

EUROBAROMETER 73

Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union

BERICHT TEIL 2

Befragung: Mai 2010

Veröffentlichung: November 2010

Diese Umfrage wurde von der Generaldirektion Kommunikation in Auftrag gegeben und koordiniert („Forschung und Verfassen von Reden“ Unit).

http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm

Dieses Dokument gibt nicht die Meinung der Europäischen Kommission wieder.
Die darin enthaltenen Interpretationen oder Ansichten sind ausschließlich die der Autoren.

Standard-Eurobarometer 73

Frühjahr 2010

DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG IN DER EUROPÄISCHEN UNION Teil 2

Durchgeführt von TNS Opinion & Social im Auftrag
der Generaldirektion Kommunikation –
Generaldirektion Kommunikation

Koordiniert von der Europäischen Kommission –
Generaldirektion Kommunikation

TNS Opinion & Social
Avenue Herrmann Debroux, 40
1160 Brüssel
Belgien

INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITUNG	7
I. DIE EUROPÄISCHE UNION UND DIE GLOBALISIERUNG	12
1. DIE WAHRNEHMUNG DER GLOBALISIERUNG.....	12
1.1. Die Globalisierung ist eine Chance auf wirtschaftliches Wachstum.....	12
1.2. Die Globalisierung führt zu mehr Investitionen aus dem Ausland.....	17
1.3. Die Globalisierung trägt zur Entwicklung ärmerer Länder bei	20
1.4. Die Globalisierung verschärft soziale Ungleichheiten.....	23
1.5. Die Globalisierung schützt nicht vor Inflation	26
1.6. Die Globalisierung lohnt sich nur für große Unternehmen, nicht für die Bürger	29
2. DIE EUROPÄISCHE UNION UND DIE GLOBALISIERUNG	32
2.1. Der Ruf nach weltweiten gemeinsamen Regeln	32
2.2. Die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union in der Weltwirtschaft... ..	35
2.3. Haben die EU, die USA und China dieselben Interessen?	38
2.3.1 Die EU und die USA	38
2.3.2 Die EU und China	42
2.4. Welche Rolle spielt die Europäische Union in der Globalisierung?.....	45
2.4.1 Die negative Formulierung (SPLIT A)	45
2.4.2 Die positive Formulierung (SPLIT B)	49
II. DIE EUROPÄISCHEN BÜRGER, DIE EUROPÄISCHE UNION UND DIE KRISE. 54	
1. HAT DIE KRISE IHREN HÖHEPUNKT SCHON ERREICHT?	55
2. DIE AUSWIRKUNGEN DER KRISE AUF DIE SITUATION DER HAUSHALTE 60	
3. WELCHE AKTEURE SIND AM BESTEN IN DER LAGE, WIRKSAME MAßNAHMEN GEGEN DIE KRISE ZU ERGREIFEN?	65
4. DIE ROLLE DES EURO IN DER KRISE.....	74
4.1. Die Meinung der Bürger der Euro-Zone über: Wäre ihr Land angesichts der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise besser geschützt gewesen, wenn es die ehemalige nationale Währung behalten hätte?	74
4.2. Meinung der Bürger der Mitgliedstaaten, die nicht der Eurozone angehören, zur Frage.....	79
4.3. Die mildernde Wirkung des Euro.....	82
5. DIE WIRKSAMSTEN MAßNAHMEN DER EUROPÄISCHEN UNION	86
5.1. Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise.....	86
5.2. Initiativen, um die Leistungsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu verbessern.....	90
6. MUSS DAS WIRTSCHAFTS- UND FINANZSYSTEM REFORMIERT WERDEN?	105
7. DER ABBAU DER STAATSVerschuldung.....	115
III. DIE EUROPÄISCHEN BÜRGER UND DIE UNIONSbüRGERSCHAFT	130
1. IDENTITÄT UND UNIONSbüRGERSCHAFT	130
2. WIE OFFEN SIND DIE EUROPÄISCHEN BÜRGER GEGENÜBER ANDEREN?....	156
2.1. Reisen ins Ausland innerhalb der letzten 12 Monate.....	160
2.2. Lesen eines Buches, einer Zeitung oder eines Magazins in einer anderen als der Muttersprache	162
2.3. Kontakt zu Menschen aus einem anderen EU-Land	164
2.4. Fernsehsendungen in einer anderen Sprache als der eigenen Muttersprache ansehen	166
2.5. Nutzung des Internets, um eine Ware oder eine Dienstleistung aus einem anderen EU-Land zu bestellen oder zu erwerben.....	168

3. VORTEILE DURCH DIE ERRUNGENSCHAFTEN DER EUROPÄISCHEN UNION.	170
3.1. Keine oder weniger Grenzkontrollen bei Reisen ins Ausland.....	171
3.2. Stärkung der Verbraucherrechte beim Kauf von Waren oder Dienstleistungen in einem anderen EU-Land als dem eigenen	173
3.3. Geringere Kosten bei der Benutzung eines Mobiltelefons in einem anderen EU-Land	174
3.4. Erhalt medizinischer Leistungen in einem anderen EU-Land	176
3.5. Stärkung der Rechte von Flugreisenden in der EU	176
4. DIE BETEILIGUNG DER BÜRGER AN DER GESELLSCHAFT	179
4.1. Wie lässt sich sicherstellen, dass die eigene Stimme in Europa gehört wird?	179
4.2. Die Bürgerinitiative.....	182
5. DIE EUROPÄISCHEN BÜRGER UND EHRENAMTLICHE TÄTIGKEITEN	187
5.1. Ehrenamtliche Tätigkeiten der europäischen Bürger	187
5.2. Bereiche, in denen ehrenamtliche Tätigkeiten eine wichtige Rolle spielen	192
IV. EUROPA 2020	195
1. WIE WICHTIG SIND DIE INITIATIVEN DER EUROPÄISCHEN UNION IM RAHMEN VON "EUROPA 2020"?.....	195
1.1. Initiativen, die in allen Mitgliedstaaten breite Unterstützung finden	199
1.2. Initiativen, die nicht in allen Mitgliedstaaten von einer Mehrheit unterstützt werden	204
2. EUROPA 2020: DIE ZIELE DER EUROPÄISCHEN UNION	208
2.1. Europa 2020: Wirtschaftliche und soziale Ziele.....	213
2.2. Europa 2020: Ziele, die sich auf eine nachhaltige Entwicklung beziehen	217
2.3. Europa 2020 : bildungspolitische Ziele	226
SCHLUSSFOLGERUNGEN	229
ANHÄNGE.....	233
TECHNISCHE SPEZIFIKATIONEN	235
FRAGEBOGEN.....	239

EINLEITUNG

Die vorliegende Eurobarometer-Umfrage wurde zwischen dem 5. und 28. Mai 2010 in 32 Ländern oder Gebieten durchgeführt¹: Den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union, den drei Bewerberländern (Kroatien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und die Türkei), Island sowie dem Teil der türkisch-zyprischen Gemeinschaft, der nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrolliert wird.

In den letzten Umfragen wurden erhebliche Veränderungen in den Meinungen der europäischen Bürger festgestellt: Nachdem sie sich nahezu kontinuierlich seit Herbst 2007 (EB68) verschlechtert hatten – insbesondere seit Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise im Herbst 2008 – konnte für die Mehrzahl der Indikatoren der öffentlichen europäischen Meinung seit dem letzten, im Herbst 2009 durchgeführten Eurobarometer (EB72) eine deutliche Verbesserung festgestellt werden. Diese Entwicklung schien darauf hinzuweisen, dass es für die Europäer Anfang des Jahres 2010 erste Anzeichen für eine Rückkehr des Wirtschaftswachstums und dadurch für einen Ausweg aus der Krise gab. In der hier vorliegenden Umfrage, die im Frühjahr 2010 (EB73) durchgeführt wurde, stellen wir allerdings eine erneute Verschlechterung der europäischen öffentlichen Meinung fest, und zwar sowohl im Hinblick auf die wirtschaftliche Lage als auch bezüglich der Meinungsindikatoren für die Unterstützung der Europäischen Union.

Seit Herbst 2009 und der vorhergehenden Eurobarometer-Umfrage haben sich mehrere Grundvoraussetzungen verändert: Während sich die Wirtschaftslage auf globaler Ebene erholt hat, unterliegen diese positiven Entwicklungen einem erheblichen geographischen Gefälle: Und zwar in erster Linie zwischen den verschiedenen Regionen der Erde – der IWF schätzt sogar, dass sich die Europäische Union „langsamer aus der Rezession herausarbeite als andere Regionen“ – aber auch innerhalb der Europäischen Union selbst. Darüber hinaus waren die ersten Monate des Jahres 2010 von Ereignissen gekennzeichnet, die in die Ergebnisanalyse miteinbezogen werden müssen: Die Haushaltskrisen einiger europäischer Mitgliedstaaten - vor allem Griechenlands -, der niedrige Stand des Euro, dessen Wert im Verhältnis zum Dollar während der ersten Monate des Jahres 2010 kontinuierlich gesunken ist, und schließlich die Arbeitslosenrate, die sich innerhalb der EU im Mai 2010 auf einem deutlich erhöhten Niveau eingependelt hat. Eine Rate von 9,6% innerhalb der Europäischen Union und 10% innerhalb der Eurozone² sind die höchsten Werte, die seit Schaffung der Einheitswährung festgestellt wurden.

¹ Siehe technischer Hinweis für die genauen Daten der einzelnen Länderbefragungen.

² Eurostat/ Euroindikatoren/Pressemitteilung/ 02 Juli 2010 *epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/.../3-02072010-AP-FR.PDF*

Wahrscheinlich beeinflussen diese unterschiedlichen Faktoren die Meinungen und Einstellung der europäischen Bürger, die in der hier vorliegenden Umfrage ermittelt wurden. Aus diesem Grunde sollte die Ergebnisanalyse zu den jeweiligen Themen dieses Standard-Eurobarometer vor dem gegenwärtigen Hintergrund beurteilt werden. In diesem Bericht werden wir auf vier große Themenbereiche eingehen: Die Meinung der Europäer zur Globalisierung; Die Europäer, die Europäische Union und die Krise; Die Europäer und die Unionsbürgerschaft; Die Strategie "Europa 2020".

Wir sollten uns wahrlich die Frage stellen, inwieweit Anfang des Jahres 2010 der wirtschaftliche und soziale Kontext die Wahrnehmungen und Ansichten der europäischen Bürger in Bezug auf die Globalisierung, auf die Krise sowie auf ihre Einstellung zur europäischen Staatsbürgerschaft beeinflusste, wenn nicht gar veränderte. Schließlich ist auch sehr interessant, die europäischen Bürger zur Strategie "Europa 2020" zu befragen. Diese Strategie wurde von der Europäischen Kommission ins Leben gerufen, um einen Ausweg aus der Krise zu finden und um den enormen weltweiten Herausforderungen begegnen zu können, denen die Union im Laufe der kommenden Jahre gegenüberstehen wird.

Dieser Bericht ist in vier Hauptteile unterteilt. Der erste Teil handelt davon, wie die europäischen Bürger die Globalisierung wahrnehmen. Als Erstes stellen wir den Europäern Fragen zu unterschiedlichen Aspekten der Globalisierung. Als nächstes analysieren wir die unterschiedlichen Wahrnehmungen der Globalisierung. Danach versuchen wir herauszufinden, ob die europäischen Bürger der Ansicht sind, dass die Globalisierung einer Regulierung bzw. einer Kontrolle auf globaler Ebene bedarf. Zuletzt bitten wir die Europäer darum, die Rolle der Europäischen Union in einem globalen Kontext zu definieren, der in ständig zunehmendem Maße von der Globalisierung geprägt ist.

Im zweiten Teil beschäftigen wir uns insbesondere mit der Wirtschafts- und Finanzkrise. Im Anschluss an die Frage, ob nach Ansicht der Bürger der Höhepunkt der Krise schon vorbei ist oder noch bevorsteht und welche aktuellen Auswirkungen die Krise auf die Situation der Haushalte hat, gehen wir in diesem Bericht auf die wichtigsten Akteure ein, die nach Meinung der Befragten in der Lage sind, effizient die Krise zu bekämpfen. Auch die Rolle der europäischen Einheitswährung wird analysiert. Als nächstes beschäftigen wir uns damit, welche Wege es aus der Krise gibt und wie diese beschritten werden können: Welche Maßnahmen gilt es zu ergreifen? Muss das Wirtschafts- und Finanzsystem reformiert werden? Müssen die Mitgliedstaaten in einem ersten Schritt ihre Vorgehensweise aufeinander abstimmen, um die Krise und deren Auswirkungen bekämpfen zu können? Zuletzt gehen wir in dem Bericht auf die Frage der öffentlichen Verschuldung ein – ein Thema, das angesichts der Schuldenkrise einiger Mitgliedstaaten Anfang des Jahres 2010 im Zentrum der Aufmerksamkeit lag.

Der dritte Teil hat als Thema die europäische Staatsbürgerschaft. Hierzu beschäftigen wir uns zunächst mit Fragen zur Identität und zur Unionsbürgerschaft: Kennen die europäischen Bürger ihre Rechte als europäische Staatsbürger? Möchten sie mehr darüber wissen? Als nächstes möchten wir von den Bürgern wissen, welche Aspekte ihrer Ansicht nach das Gefühl für die europäische Staatsbürgerschaft verstärken. Danach gehen wir darauf ein, inwieweit die europäischen Bürger in sozialer und kultureller Hinsicht offen für andere Kulturen der Europäischen Union sind. Im darauf folgenden Abschnitt analysieren wir im Detail, auf welche Art und Weise die europäischen Bürger von bestimmten Erfolgen der EU profitieren. Das letzte Kapitel schließlich beschäftigt sich mit der gesellschaftlichen Beteiligung der Bürger sowie mit der Frage der ehrenamtlichen Tätigkeit.

Im vierten Teil befassen wir uns mit der Strategie "Europa 2020", mit der die Union einen Ausweg aus der Krise finden und sich den wichtigsten globalen Herausforderungen stellen will. Daraufhin analysieren wir, welche Bedeutung die europäischen Bürger den verschiedenen von der Europäischen Kommission definierten Initiativen und den von der EU im Rahmen der Strategie Europa 2020 gesetzten Zielen beimessen

Die Ergebnisse werden prinzipiell auf drei Ebenen kommentiert:

- der Ebene des europäischen Durchschnitts der 27 Mitgliedstaaten
- der nationalen Ebene, d.h. in welchem Maße sich die Ergebnisse von Land zu Land unterscheiden
- nach dem soziodemografischen Profil der Befragten, d.h. in welchem Maße sich die Ergebnisse in Abhängigkeit der soziodemografischen Merkmale der Befragten sowie anderer Meinungsindikatoren, wie z.B. dem Bild, das die Bürger von der Europäischen Union haben, ihrem Vertrauen in die Europäische Union, ihren Kenntnissen über die Union sowie ihrer Positionierung auf der politischen Links-Rechts-Skala, unterscheiden.

Sowohl die allgemeine als auch die soziodemografische Analyse basieren auf den in der EU27 ermittelten Ergebnissen, d.h. dem Mittelwert der Ergebnisse aus den 27 Mitgliedstaaten. Dieser Mittelwert wird nach der jeweiligen Bevölkerung der einzelnen Mitgliedstaaten gewichtet. Die Mittelwerte für die vorangegangenen Jahre repräsentieren die Ergebnisse aus allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union nach ihrer Zusammensetzung zum Zeitpunkt der Durchführung der jeweiligen Studie.

Dieser Eurobarometer wurde von der Generaldirektion Kommunikation der Europäischen Kommission in Auftrag gegeben und von TNS Opinion & Social durchgeführt. Dabei wurde die Methodik der Generaldirektion Kommunikation (Referat „Forschung und Verfassen von Reden“) für die Standard-Eurobarometer-Umfragen angewandt.

Diesem Bericht ist ein technischer Hinweis zur Durchführung der Interviews durch die Institute des TNS Opinion & Social-Netzwerks beigelegt. Darin werden die Interviewmethode und die Konfidenzintervalle im Einzelnen beschrieben.

Wir weisen noch einmal darauf hin, dass es für die Standard-Eurobarometer-Umfragen drei Arten von Berichten gibt:

1) Erste Ergebnisse: Dieser Bericht bietet eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse in Bezug auf die Tendenzindikatoren und ermöglicht somit einen schnellen und operationellen Überblick über die öffentliche europäische Meinung zu entscheidenden Fragen.

2) Kompletter Bericht: Eine detaillierte Analyse der Ergebnisse zu allen Fragen.

3) Ländermerkblätter: Eine graphische Darstellung der Ergebnisse für jedes Land oder Gebiet, das an der Studie teilgenommen hat. Hierdurch werden Vergleiche zwischen den nationalen Ergebnissen und dem europäischen Durchschnitt ermöglicht.

Die Eurobarometer-Website kann unter der folgenden Adresse besucht werden:

http://ec.europa.eu/public_opinion/index_de.htm

Wir möchten an dieser Stelle allen Befragten in ganz Europa danken, die sich die Zeit genommen haben, an dieser Umfrage teilzunehmen. Ohne ihre aktive Mitarbeit wäre diese Untersuchung nicht möglich gewesen.

In diesem Bericht sind die Länder mit ihren amtlichen Abkürzungen wiedergegeben. Im Folgenden ein Überblick über die verwendeten Abkürzungen und ihre Entsprechungen:

ABREVIATIONS	
EU27	Europäische Union - 27 Mitgliedstaaten
NSP	Weiß nicht / Keine Angabe
BE	Belgien
BG	Bulgarien
CZ	Tschechische Republik
DK	Dänemark
DE	Deutschland
EE	Estland
EL	Griechenland
ES	Spanien
FR	Frankreich
IE	Irland
IT	Italien
CY	Republik Zypern *
CY (tcc)	Nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrollierter Landesteil
LT	Litauen
LV	Lettland
LU	Luxemburg
HU	Ungarn
MT	Malta
NL	Niederlande
AT	Österreich
PL	Polen
PT	Portugal
RO	Rumänien
SI	Slowenien
SK	Slowakei
FI	Finnland
SE	Schweden
UK	Vereinigtes Königreich
HR	Kroatien
TR	Türkei
MK	Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien **
IS	Island

* Zypern als Ganzes ist einer der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Für den Teil des Landes, der nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrolliert wird, ist der „gemeinschaftliche Besitzstand“ („*acquis communautaire*“) aufgehoben. Aus praktischen Gründen wurden nur die im von der Regierung der Republik Zypern kontrollierten Landesteil geführten Interviews in der Kategorie „CY“ ausgewiesen und in den EU27-Durchschnitt einbezogen. Die im nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrollierten Landesteil geführten Interviews wurden unter der Kategorie „CY(tcc)“ ausgewiesen [tcc: *Turkish Cypriot Community*, dt. türkisch-zyprische Gemeinschaft].

** Bezeichnung, die in keiner Weise die endgültige Nomenklatur für dieses Land vorwegnehmen soll, die in den derzeit bei den Vereinten Nationen stattfindenden Verhandlungen beschlossen wird.

Die spezifischen Ergebnisse für CY(tcc), HR, TR, MK und IS sind im Anhang zu diesem Bericht enthalten, in dem sich die Datentabellen befinden.

I. DIE EUROPÄISCHE UNION UND DIE GLOBALISIERUNG

Auch wenn für die positive Bewertung der Globalisierung in der Meinung der europäischen Bürger immer wieder leichte Rückgänge festgestellt werden müssen, bleiben die Gesamtwerte im Vergleich zu den vorherigen Eurobarometer-Umfragen im Großen und Ganzen doch unverändert. Eine Mehrheit der europäischen Bürger sieht die Globalisierung einerseits als Hebel des Wirtschaftswachstums und der Entwicklung, andererseits als Faktor, der soziale Ungleichheit verstärkt. Nach wie vor vertreten die europäischen Bürger die Ansicht, dass die Globalisierung vorrangig den großen Unternehmen und nicht den Bürgern nützt. Hinsichtlich der positiven Wahrnehmung der Globalisierung stellen wir zwischen den Befragten mit höherem Bildungsniveau, finanziellem Wohlstand und guter sozialer Integration und den sozial schwächeren bzw. weniger gut situierten Schichten der Bevölkerung in der europäischen Meinung eine erhebliche Diskrepanz fest. Die negativen Ansichten über die Globalisierung werden hingegen von einer großen Mehrheit der europäischen Bevölkerung aller sozialen Schichten geteilt.

Die deutlichste Veränderung stellen wir bezüglich der Rolle der Europäischen Union gegenüber den Herausforderungen der Globalisierung fest. Unabhängig davon, ob wir die Frage positiv («Die EU ermöglicht es den europäischen Bürgern, stärker von den positiven Auswirkungen der Globalisierung zu profitieren») oder negativ («Die EU hilft, die europäischen Bürger vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung zu schützen») formulieren, ergibt sich im Vergleich zur Umfrage im Herbst 2009 (EB72) ein deutlicher Rückgang für die positiven Bewertungen der Rolle der Union. Die Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die sich in der Euro-Zone abzeichnenden Schwierigkeiten haben zu dieser Entwicklung sicherlich beigetragen.

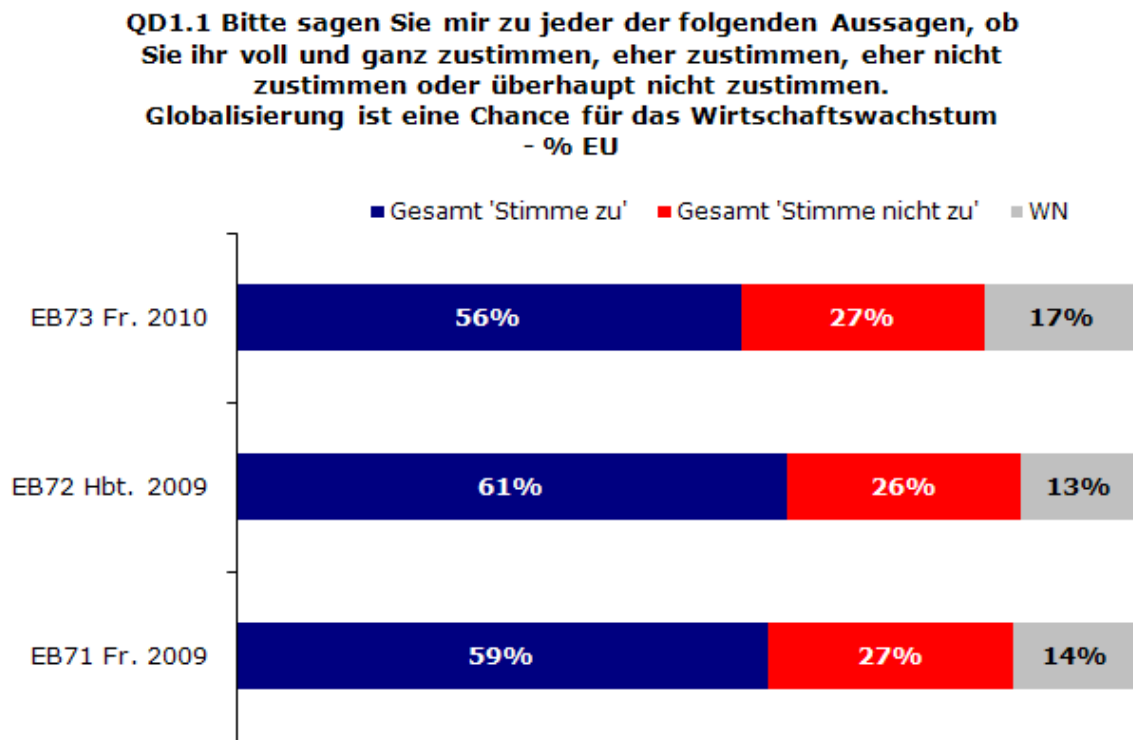
1. DIE WAHRNEHMUNG DER GLOBALISIERUNG

1.1. Die Globalisierung ist eine Chance auf wirtschaftliches Wachstum

56% der europäischen Bürger sind der Ansicht, dass die Globalisierung eine Chance auf wirtschaftliches Wachstum darstellt, wobei ein Anteil von 12% mit «Stimme voll und ganz zu» und 44% mit «Stimme eher zu» antwortet. 27% sind hingegen mit dieser Ansicht nicht einverstanden, wobei ein Anteil von 7% auf die Antwort «Stimme überhaupt nicht zu» und von 20% auf «Stimme eher nicht zu» entfällt. 17% äußern sich überhaupt nicht³.

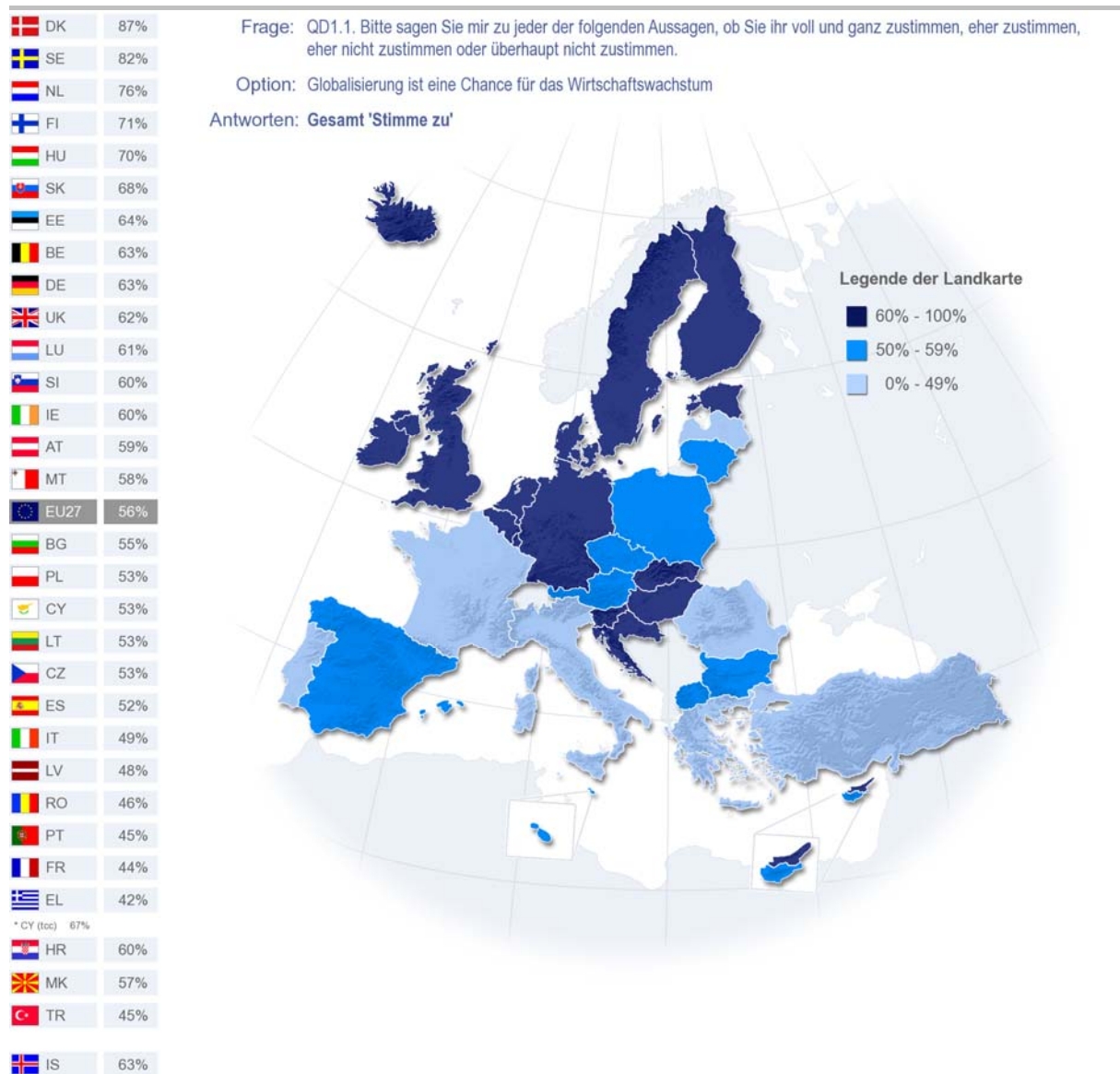
³ QD1.1 Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. Globalisierung ist eine Chance für das Wirtschaftswachstum

Der Anteil europäischer Bürger, der die Globalisierung als Chance auf Wachstum begreift, ist im Vergleich zum Herbst 2009 um fünf Punkte gesunken, gleichzeitig hat allerdings der Anteil derjenigen, die diese Aussage negativ beurteilen, nur um einen Punkt zugenommen; d.h. der Hauptanteil dieser Befragten ist nun den Bürgern zuzurechnen, die keine Meinung äußern (+4 Punkte). Dementsprechend hat sich somit zu dieser Frage keine grundlegende Veränderung ergeben.



Wenn wir die jeweiligen Länderergebnisse untersuchen, können wir in Bezug darauf, wie die Befragten die Globalisierung wahrnehmen, deutliche Unterschiede feststellen. In den nördlichen Mitgliedstaaten wird die Globalisierung am häufigsten als Chance auf wirtschaftliches Wachstum gesehen: 87% der Dänen, 82% der Schweden und 71% der Finnen teilen diese Ansicht. Auch in den Niederlanden (76%), in Ungarn (70%) und der Slowakei (68%) wird diese Meinung von hohen Befragtenanteilen unterstützt.

Im Süden Europas, d.h. in Griechenland (42%), Portugal (45%) und Italien (49%), aber auch in Rumänien (46%), Frankreich (44%) und Lettland (48%) wird diese Aussage mit der niedrigsten Wahrscheinlichkeit positiv beurteilt. In insgesamt sechs Mitgliedstaaten vertritt weniger als einer von zwei Befragten die Ansicht, dass die Globalisierung eine Chance auf wirtschaftliches Wachstum bietet.



Wenn wir untersuchen, welche Unterschiede sich im Vergleich zur vorherigen, im Herbst 2009 durchgeführten Eurobarometer-Umfrage, ergeben haben, wird deutlich, dass die Befragtenanteile, die die Ansicht vertreten, dass die Globalisierung eine Chance auf wirtschaftliches Wachstum darstelle, besonders in Portugal (-15 Punkte im Vergleich zum Herbst 2009), Rumänien (-13 Punkte), Luxemburg (-11 Punkte), Spanien (-10 Punkte), der Tschechischen Republik (-10 Punkte), Griechenland (-8 Punkte) und in Italien (-7 Punkte) deutlich zurückgegangen sind. In Dänemark (+1 Punkt), auf Zypern (+2 Punkte) und in Ungarn (+4 Punkte) hingegen wächst der Befragtenanteil, der erklärt, dass die Globalisierung wirtschaftliche Wachstumschancen bietet - wenn auch nur in geringem Maße.

Wenn es um die Kandidatenländer der Europäischen Union geht, stellen wir fest, dass eine Mehrheit der Befragten in Kroatien (60%, +4 Punkte) und in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (57%, -4 Punkte) die Ansicht vertritt, dass die Globalisierung eine Chance auf Wachstum bietet. In der Türkei fallen die Anteile positiver Meinungen weniger deutlich ins Gewicht; die Tendenz ist immerhin zunehmend (45%, +4 Punkte).




In Island schließlich ist eine Mehrheit der Befragten davon überzeugt, dass die Globalisierung eine Chance auf wirtschaftliches Wachstum bietet (63%).

Eine Ergebnisanalyse nach den soziodemografischen Merkmalen der Befragten, verdeutlicht einige Unterschiede, insbesondere, was das Geschlecht und das Alter der befragten Personen anbelangt. Männer erklären häufiger als Frauen, dass die Globalisierung eine Chance auf wirtschaftliches Wachstum bietet (60% gegenüber 53% der Frauen). Es muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass dieses Ergebnis größtenteils durch einen erhöhten Anteil von Frauen bedingt ist, die auf diese Frage keine Antwort geben (21% gegenüber 12% der Männer). Darüber hinaus können wir feststellen, dass jüngere Befragte die Globalisierung in einem positiveren Licht sehen, als ihre älteren Pendants: 64% der 15 bis 24-Jährigen sind mit dieser Aussage einverstanden, während dies nur für 51% der Befragten gilt, die 55 Jahre und älter sind. Diese Tendenz ist für die meisten Fragen feststellbar, die einen Bezug zur Globalisierung haben. Wir möchten uns jedoch auf diejenigen Unterschiede konzentrieren, die sich insbesondere in sozialer Hinsicht deutlich bemerkbar machen. Die Globalisierung gehört gewiss zu den Bereichen, in denen die europäische öffentliche Meinung besonders eklatante Unterschiede aufzeigt und zwar insbesondere in Bezug auf die sozial schwächsten einerseits und die besonders gut situierten Bevölkerungskategorien andererseits. Die Einstellungen und Meinungen der Befragten in Bezug auf die Globalisierung können besonders deutlich auf Variablen wie das Ausbildungsniveau, die berufliche Situation und das Einkommen zurückgeführt werden. Hierzu kann Folgendes festgestellt werden:

- 65% der Personen mit hohem Ausbildungsniveau sind der Ansicht, dass die Globalisierung eine Chance für wirtschaftliches Wachstum bietet, während dies für 44% derjenigen Befragten gilt, die über ein niedriges Ausbildungsniveau verfügen.
- 61% der Personen, die erklären, beim Bezahlen ihrer Rechnungen keine Schwierigkeiten zu haben, teilen diese Meinung. Dies gilt für 43% derjenigen, die zugeben, Schwierigkeiten zu haben.
- 67% der Personen, die sich den oberen Schichten der sozialen Hierarchie zurechnen, beurteilen den Zusammenhang zwischen Globalisierung und wirtschaftlichem Wachstum positiv, während dies für 46% derjenigen gilt, die sich am unteren Ende der sozialen Hierarchie positionieren.

Dafür unterliegt die Einschätzung der wirtschaftlichen Rolle der Globalisierung nicht den politischen Gegensätzen: 58% der Befragten, die sich politisch links einordnen, 59% derjenigen, die sich der Mitte zuordnen und 62% derjenigen, die politisch rechtsorientiert sind, sehen die Globalisierung als Chance auf Wachstum.

QD1.1 Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.
Globalisierung ist eine Chance für das Wirtschaftswachstum

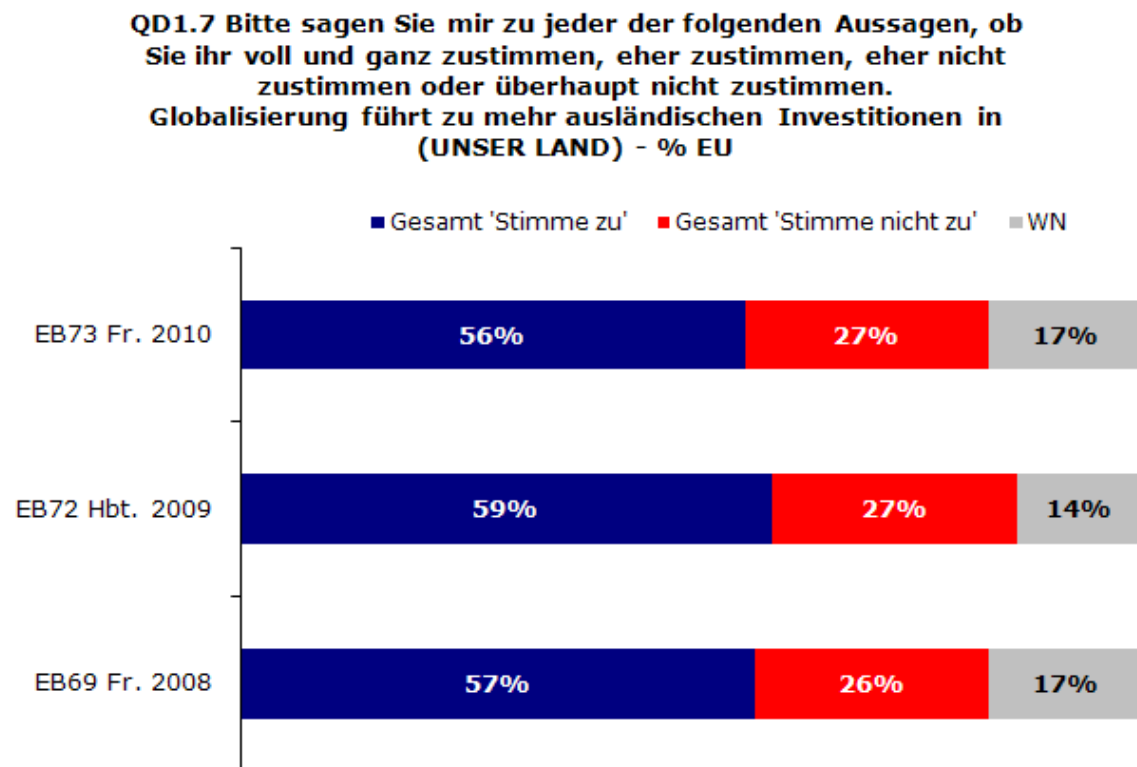
	Gesamt 'Stimme zu'	Gesamt 'Stimme nicht zu'	Weiß nicht / Keine Angabe
EU27	56%	27%	17%
Geschlecht			
 Männlich	60%	28%	12%
Weiblich	53%	26%	21%
Alter			
 15-24	64%	20%	16%
25-39	58%	28%	14%
40-54	57%	30%	13%
55 +	51%	27%	22%
Ausbildung (Ende der)			
 15-	44%	28%	28%
16-19	56%	29%	15%
20+	65%	26%	9%
Studiert noch	69%	18%	13%
Links-Rechts Skala			
(1-4) Links	58%	31%	11%
(5-6) Zentrum	59%	26%	15%
(7-10) Rechts	62%	25%	13%
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen			
Meistens	43%	34%	23%
Von Zeit zur Zeit	51%	30%	19%
Fast nie	61%	25%	14%
Selbsteinstufung auf der gesellschaftlichen Skala			
Niedrig (1-4)	46%	31%	23%
Mittel (5-6)	57%	27%	16%
Hoch (7-10)	67%	22%	11%

1.2. Die Globalisierung führt zu mehr Investitionen aus dem Ausland

56% der europäischen Bürger unterstützen die Aussage, dass «die Globalisierung zu mehr ausländischen Investitionen in ihrem Land führt». Ein Anteil von 13% dieser Befragten stimmt der Aussage «voll und ganz zu» und 43% stimmen «eher zu». Demgegenüber erklären 27%, dass sie mit dieser Aussage nicht einverstanden sind, wobei 7% auf «überhaupt nicht» und 20% auf «eher nicht» entfallen. 17% geben zu dieser Frage keine Auskunft⁴.

Der Prozentsatz von Befragten, die mit dieser Aussage einverstanden sind, sinkt im Vergleich zum Herbstbericht des Jahres 2009 um drei Punkte. Gleichzeitig bleibt der Anteil derjenigen, die nicht einverstanden sind, auf dem bisherigen Stand. Der Befragtenanteil ohne Meinung steigt um drei Punkte.

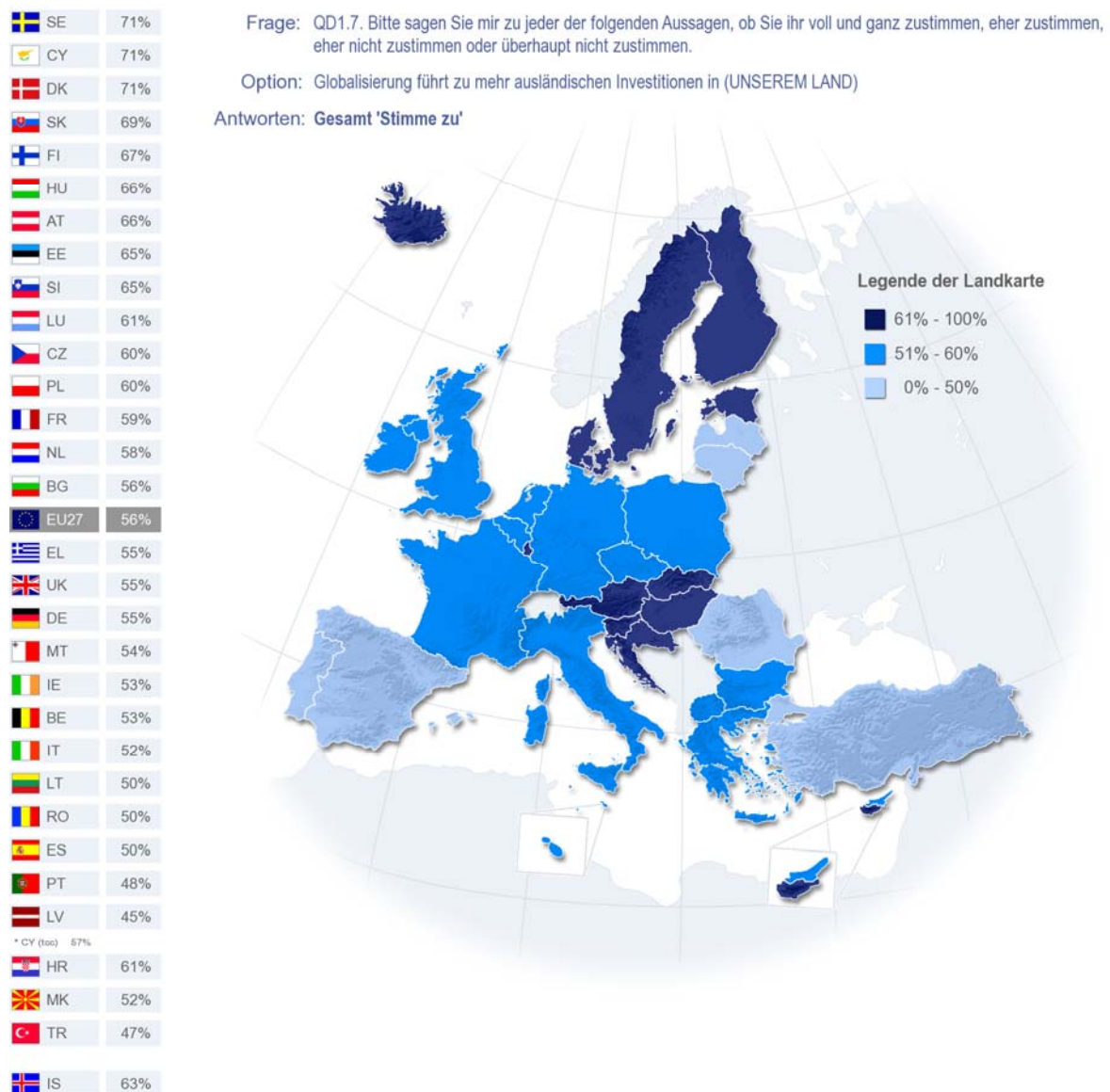
Auch im Frühjahrsbericht 2008 wurde zu diesem Thema schon eine vergleichbare Meinungslage festgestellt (EB69).



Nur in Lettland (45%) und Portugal (48%) wird diese Sichtweise nicht von einer absoluten Mehrheit der Bevölkerung geteilt. Ein weiteres Mal können wir feststellen, dass die befragten Personen in den nördlichen Mitgliedstaaten (71% in Schweden, 71% in Dänemark, 67% in Finnland) sowie in der Slowakei (69%) mit der höchsten Wahrscheinlichkeit die Meinung vertreten, dass die Globalisierung zu mehr ausländischen Investitionen führt.

⁴ QD1.7 Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. Globalisierung führt zu mehr ausländischen Investitionen in (UNSER LAND).

Die Meinungslage auf Zypern ist ebenfalls bemerkenswert: Einerseits liegt der dortige Befragtenanteil, der erklärt, dass die Globalisierung eine Chance auf wirtschaftliches Wachstum biete, unter dem europäischen Durchschnitt, andererseits zeigt sich die zyprische Meinung bezüglich der Rolle, die die Globalisierung bei der Investitionsentwicklung spielt, ausgesprochen positiv: Diese Aussage wird in gleich hohem Maße unterstützt wie dies in den nordischen Ländern der Fall ist (71%).



Für CY (tcc): Globalisierung führt zu mehr ausländischen Investitionen in unserer Gemeinschaft

In Rumänien (-14 Punkte), Portugal (-13 Punkte), der Tschechischen Republik (-11 Punkte) und in Griechenland (-7 Punkte), d.h. in den Mitgliedstaaten, in denen die Vorstellung von der Globalisierung als Chance auf wirtschaftliches Wachstum am heftigsten gelitten hat, ist auch der Anteil der Befragten deutlich rückläufig, die die Ansicht vertreten, dass die Globalisierung ein Faktor sei, der zu mehr ausländischen Investitionen führt.

In den Kandidatenländern erklären 61% der Kroaten (-1 Punkt), 52% (-7 Punkte) der Einwohner der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und 47% der Befragten in der Türkei (+1 Punkt), dass ihrer Ansicht nach die Globalisierung ein Faktor ist, der zu höheren ausländischen Investitionen in ihrem Land beiträgt.

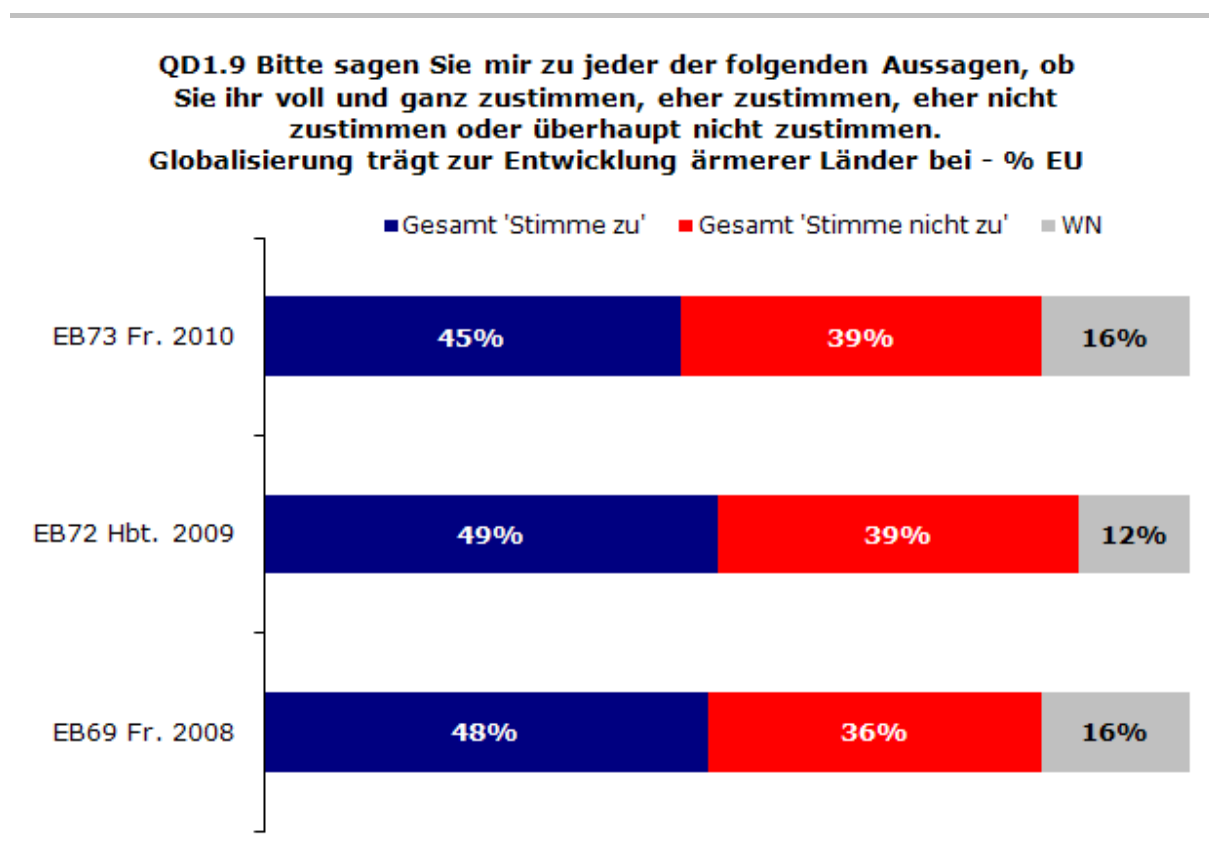
In Island stimmen 63% der Befragten dieser Aussage zu.

Anhand der soziologischen Analyse können wir feststellen, dass diese Ansicht von allen sozialen Kategorien geteilt wird. Die jeweiligen Anteile allerdings unterscheiden sich erheblich. Der Befragtenanteil, der diese Aussage unterstützt, wächst mit zunehmender Bildung und sozialer Position der befragten Personen und sinkt mit steigendem Alter. So stimmen 64% der 15-24-Jährigen mit der Aussage überein, dass die Globalisierung zu mehr ausländischen Investitionen in ihrem Land führt, während dies für 51% der Befragten gilt, die 55 Jahre und älter sind. 62% der Bürger mit einem hohen Bildungsabschluss teilen diese Überzeugung sowie 47% derjenigen, die ihre Ausbildung vor dem Alter von 16 Jahren abgeschlossen haben. Dies gilt überdies auch für 64% der Personen, die sich in der sozialen Hierarchie oben positionieren, im Vergleich zu 51% derjenigen, die sich selbst als gesellschaftlich untenstehend einschätzen. Die politische Überzeugung der Befragten spielt bezüglich der Anteile, in denen die Befragten dieser Aussage zustimmen, keine Rolle.

1.3. Die Globalisierung trägt zur Entwicklung ärmerer Länder bei

45% der europäischen Bürger stimmen der Aussage zu, dass die Globalisierung zur Entwicklung ärmerer Länder beiträgt. Ein Anteil von 9% stimmt dieser Aussage «voll und ganz» zu und 36% antworten mit «Stimme eher zu». Demgegenüber erklären 39%, dass sie dieser Aussage nicht zustimmen. Hiervon entfallen 13% auf die Antwort «Stimme überhaupt nicht zu» und 26% auf «Stimme eher nicht zu». 16% enthalten sich der Meinung⁵.

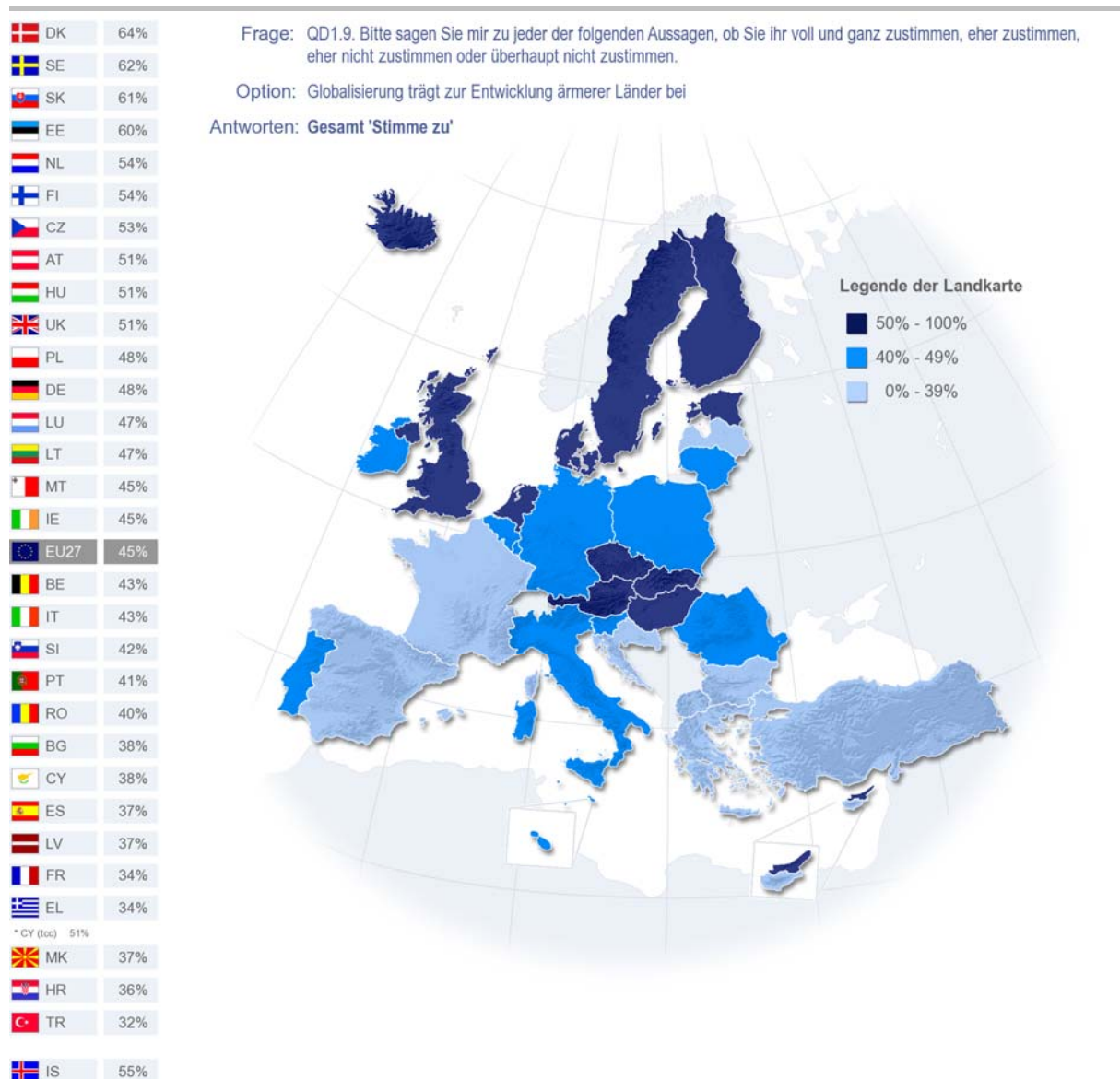
Die positiven Bewertungen dieser Aussage gehen im Vergleich zum Herbstbericht des Jahres 2009 um vier Punkte zurück, die negative Einschätzung bleibt unverändert und der Anteil der Befragten, der hierzu keine Meinung hat, steigt um vier Punkte. Im Vergleich zu den vorherigen Umfragen reduziert sich somit der Abstand zwischen den beiden Sichtweisen.



Zu dieser Frage stellen wir erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern fest. In sieben Mitgliedstaaten ist eine Mehrheit der Befragten nicht mit der Aussage einverstanden, dass die Globalisierung einen Entwicklungsfaktor darstellt.

⁵ QD1.9 Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. Globalisierung trägt zur Entwicklung ärmerer Länder bei

Dies gilt für Griechenland (63% der Befragten stimmen nicht zu, im Vergleich zu 34%, die zustimmen), Frankreich (54% gegenüber 34%), Lettland (43% gegenüber 37%), Belgien (53% gegenüber 43%), Slowenien (50% gegenüber 42%), Spanien (40% gegenüber 37%) und auf Zypern (41% gegenüber 38%). In Bulgarien (38% stimmen zu, im Vergleich zu 36%, die nicht zustimmen) und in Portugal (41% gegenüber 40%) sind die Meinungen sehr geteilt. Wie wir schon in den vorherigen Fragen festgestellt haben, wird insbesondere in den nordischen Mitgliedstaaten (64% in Dänemark, 62% in Schweden) sowie in der Slowakei (61%) die Globalisierung als Faktor angesehen, der zur Entwicklung ärmerer Länder beiträgt.



In allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union sinkt der Anteil der Befragten, die mit der Aussage übereinstimmen, dass die Globalisierung zur Entwicklung ärmerer Länder beiträgt. In den meisten Fällen ist ein diesbezüglicher Anteilsrückgang festzustellen, der ähnlich hoch ausfällt, wie im europäischen Durchschnitt (-4 Punkte).

In drei Mitgliedstaaten fällt dieser Rückgang jedoch besonders hoch aus: In Portugal (-13 Punkte), Rumänien (-11 Punkte) und Griechenland (-9 Punkte), d.h. in den Ländern, für die wir in der bisherigen Analyse schon festgestellt haben, dass die positive Sichtweise der Globalisierung besonders gelitten hat.

Der deutlichste Rückgang ist in den Kandidatenländern in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien festzustellen: Hier sinkt der Anteil der Befragten, die mit der Aussage übereinstimmen, die Globalisierung trage zur Entwicklung ärmerer Länder bei, um 13 Punkte (37%). In Kroatien (36%, +3) und der Türkei (32%, -1) vertritt nach wie vor eine Minderheit diese Überzeugung.

Auf Island ist eine Mehrheit der Befragten der Ansicht, dass die Globalisierung den ärmeren Ländern zugute kommt (55% gegenüber 30%).

Die soziodemografische Analyse hebt dieselben Variablen hervor, die schon anlässlich der bisher untersuchten Meinungsbilder beschrieben wurden. Dies zeigt sich zum Beispiel an dem Umstand, dass 54% der Personen, die sich selbst in der sozialen Hierarchie oben positionieren, der Globalisierung bei der Entwicklung der ärmeren Länder eine positive Rolle zuweisen. Dasselbe gilt für 38% derjenigen, die sich selbst eine niedrigere soziale Stellung geben. Zu dieser Frage ist die Differenzierung auf politischer Ebene deutlicher als bei den zwei ersten Fragen: 53% der Befragten, die sich auf der politischen Skala rechts einordnen, teilen die Meinung, dass die Globalisierung eine positive Rolle bei der Entwicklung der ärmeren Länder spielt, gegenüber 42% derjenigen, die politisch linksorientiert sind.

QD1.9 Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.
Globalisierung trägt zur Entwicklung ärmerer Länder bei

	Gesamt 'Stimme zu'	Gesamt 'Stimme nicht zu'	WN
EU27	45%	39%	16%
Links-Rechts Skala			
(1-4) Links	42%	48%	10%
(5-6) Mitte	47%	39%	14%
(7-10) Rechts	53%	34%	13%
Selbstpositionierung über die soziale Treppe			
Niedrig (1-4)	38%	41%	21%
Mittel (5-6)	45%	40%	15%
Hoch (7-10)	54%	35%	11%

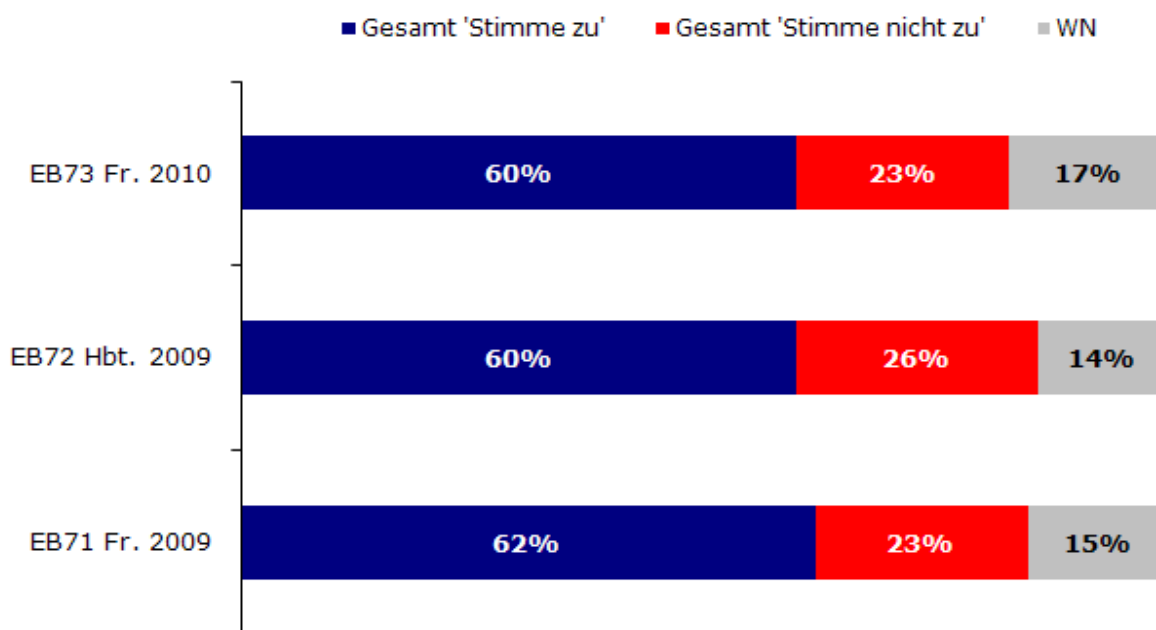
1.4. Die Globalisierung verschärft soziale Ungleichheiten

60% der europäischen Bürger sehen die Globalisierung als Faktor, der die sozialen Ungleichheiten verschärft, 23% sind entgegengesetzter Ansicht und 17% enthalten sich der Meinung.

Wenn wir diese Anteile aufschlüsseln, können wir feststellen, dass sich 20% für die Antwort «Stimme voll und ganz zu» und 40% für «Stimme eher zu» entscheiden, wenn es um die Frage geht, ob die Globalisierung soziale Ungleichheiten verschärft. Demgegenüber gibt ein Anteil von 4% die Antwort «Stimme überhaupt nicht zu» und 19% antwortet mit «Stimme eher nicht zu»⁶.

Im Vergleich zur Herbstumfrage 2009 hat sich der Anteil europäischer Bürger, die mit dieser Aussage einverstanden sind, nicht verändert. Der Anteil derjenigen, die nicht einverstanden sind, ist allerdings um drei Punkte gesunken. Der Befragtenanteil ohne Meinung nimmt um drei Punkte zu.

QD1.2 Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.
Globalisierung verschärft soziale Ungleichheiten - % EU



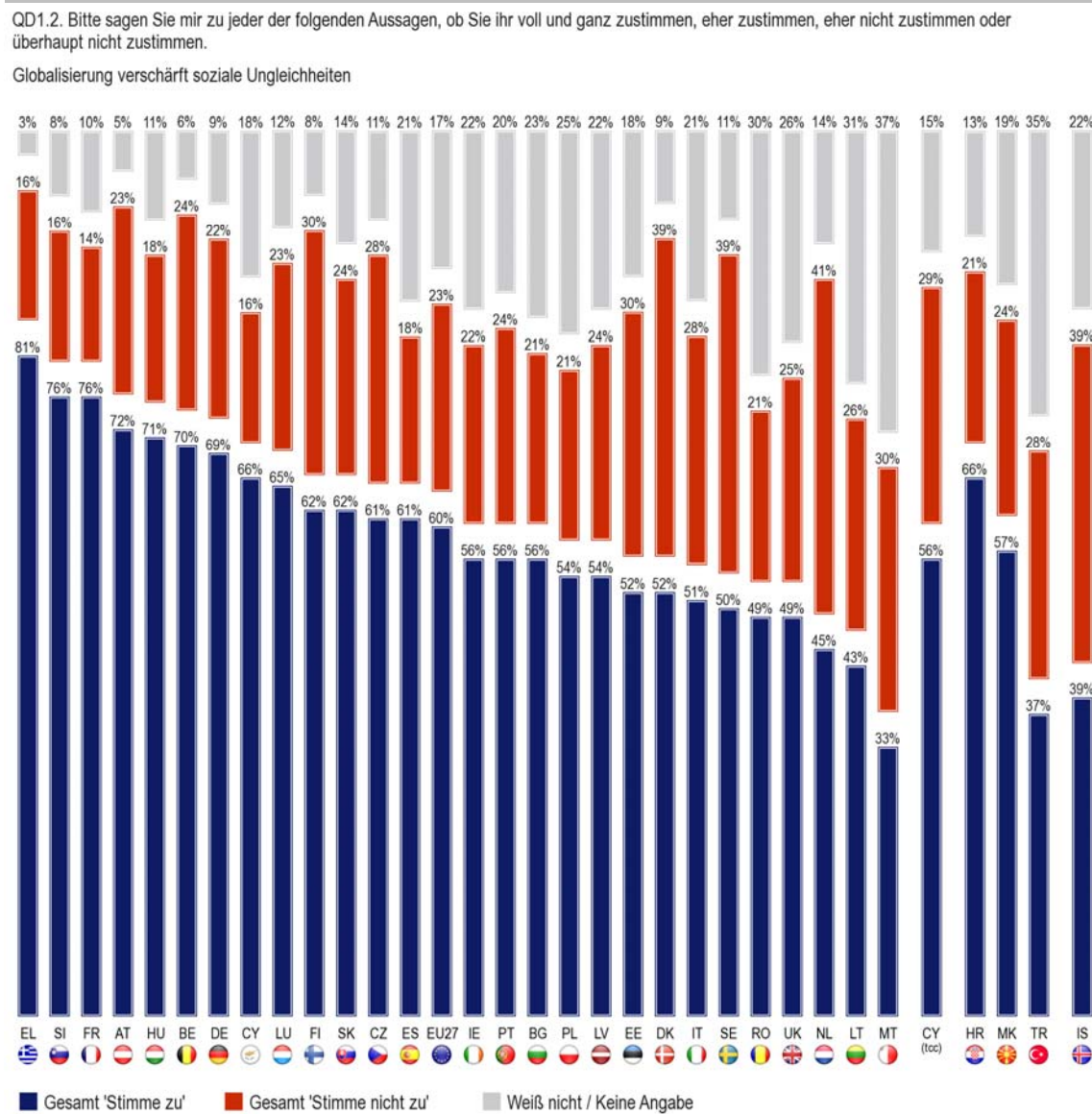
Die Globalisierung wird von einer Mehrheit der Befragten in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union als Faktor angesehen, der soziale Ungleichheiten verschärft. Nur auf Malta (33% gegenüber 30%) und in den Niederlanden (45% gegenüber 41%) sind die Meinungen geteilt. Die Sichtweise, dass die Globalisierung eine soziale Bedrohung ist, wird in Griechenland (81%), Frankreich (76%) und Slowenien (76%) am meisten unterstützt.

⁶ QD1.2 Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. Globalisierung verschärft soziale Ungleichheiten.

Folgerichtig finden wir auch hier die drei Mitgliedstaaten wieder, die in den Eurobarometer-Umfragen der Globalisierung üblicherweise am kritischsten gegenüberstehen.

In Kroatien (66%) und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (57%) stimmen die Befragten darin überein, dass die Globalisierung die sozialen Ungleichheiten verschärft, während in der Türkei die Meinungen hierzu ausgeglichener sind (37% gegenüber 28%).


Auf Island sind die Meinungen in exakt zwei gleich große Lager (39% gegenüber 39%) aufgeteilt.



In Polen (+8 Punkte im Vergleich zum Herbstbericht 2009), Estland (+7 Punkte) und in Belgien (+6 Punkte) sind die befragten Personen zunehmend davon überzeugt, dass die Globalisierung einen negativen Einfluss auf die soziale Gleichheit hat. Demgegenüber stellen wir einen deutlichen Rückgang dieser Werte in Luxemburg (-8 Punkte) und in Dänemark (-6 Punkte) fest.

Es ist besonders interessant festzustellen, dass über diese Aussage Konsens herrscht und sie von allen Bevölkerungsschichten einvernehmlich beurteilt wird. Wie wir im bisherigen Text gesehen haben, löst die Einschätzung der wirtschaftlichen Rolle der Globalisierung erhebliche Diskrepanzen zwischen den verschiedenen sozialen Schichten aus. Bei der Bewertung ihrer sozialen Auswirkungen ist dies hingegen nahezu überhaupt nicht der Fall. Unabhängig davon, ob die Befragten Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen haben (60%) oder nicht (60%), ob sie sich den oberen (60%) oder den unteren (62%) Schichten der sozialen Hierarchie zurechnen, ob sie als Führungskräfte (63%) oder Arbeiter (65%) tätig sind: Die europäische Bevölkerung ist in identischen Anteilen davon überzeugt, dass die Globalisierung soziale Ungleichheiten verstärkt.

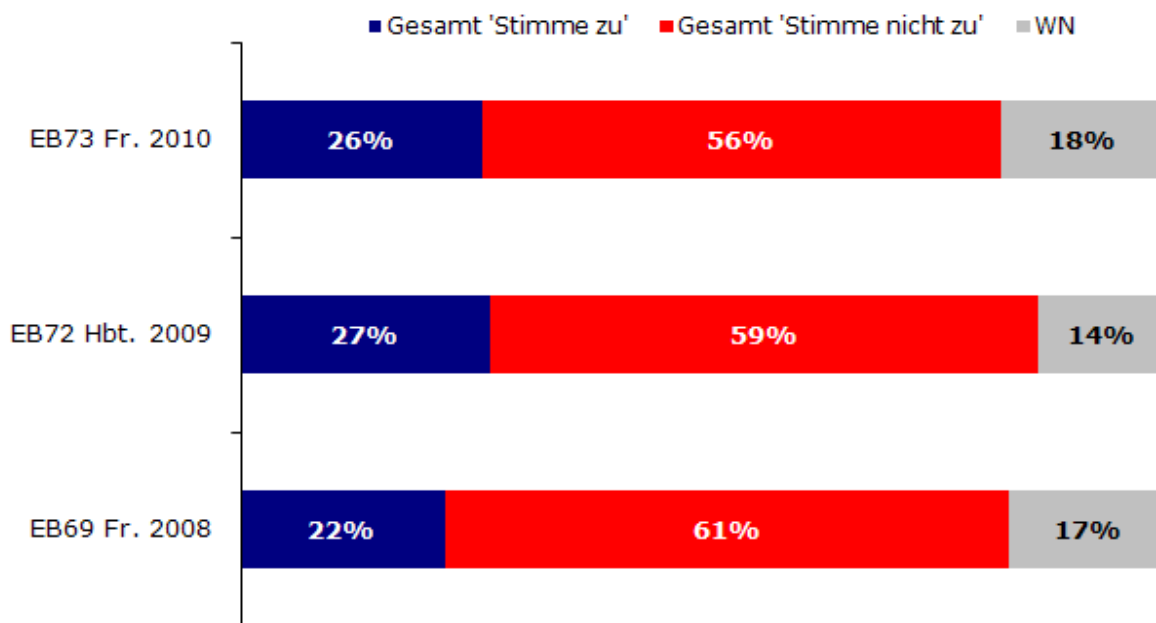
QD1.2 Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.
Globalisierung verschärft soziale Ungleichheiten

	Gesamt 'Stimme zu'	Gesamt 'Stimme nicht zu'	Weiß nicht / Keine Angabe
EU27	60%	23%	17%
Berufliche Situation der Befragten			
 Selbstständige	62%	26%	12%
Leitende Angestellte	63%	28%	9%
Andere Angestellte	63%	25%	12%
Arbeiter	65%	21%	14%
Hausfrauen / -männer	50%	21%	29%
Arbeitslose	58%	22%	20%
Rentner / Pensionäre	59%	20%	21%
Schüler / Studenten	56%	29%	15%
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen			
Meistens	60%	18%	22%
Von Zeit zur Zeit	61%	20%	19%
Fast nie	60%	25%	15%
Selbsteinstufung auf der gesellschaftlichen Skala			
Niedrig (1-4)	62%	17%	21%
Mittel (5-6)	60%	23%	17%
Hoch (7-10)	60%	28%	12%

1.5. Die Globalisierung schützt nicht vor Inflation

56% der europäischen Bürger stimmen nicht mit der Aussage überein, dass die «Globalisierung vor Preiserhöhungen schützt», wobei sich 22% für die Antwort «Stimme überhaupt nicht zu» und 34% für «Stimme eher nicht zu» entscheiden. 26% sind demgegenüber mit der Aussage einverstanden (4% «Stimme voll und ganz zu» und 22% «Stimme eher zu»). 18% machen hierzu keine Aussage⁷. Der Anteil europäischer Bürger, die mit dieser Sichtweise nicht einverstanden sind, sinkt um drei Punkte. Der Anteil derjenigen, die einverstanden sind, sinkt um einen Punkt. Der Anteil der Befragten, die keine Antwort geben, steigt um vier Punkte. Seit der Umfrage EB69, die im Frühjahr 2008 durchgeführt wurde, hat sich der Abstand zwischen den beiden Sichtweisen geringfügig reduziert.

QD1.5 Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.
Globalisierung schützt uns vor Preiserhöhungen - % EU



In 25 der 27 Mitgliedstaaten ist die Mehrheit der Befragten der Ansicht, dass die Globalisierung nicht vor Preiserhöhungen schützt, wobei wir die höchsten Werte in Frankreich (76%), Griechenland (75%), Deutschland (71%) und Österreich (69%) feststellen können. Die traditionell der Globalisierung gegenüber kritische Haltung der französischen und griechischen Bevölkerung sowie die historisch bedingte, erhebliche Sensibilität der deutschen und österreichischen Bevölkerung angesichts von Preissteigerungen können bei dieser Frage festgestellt werden.

⁷ QD1.5 Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. Globalisierung schützt uns vor Preiserhöhungen.

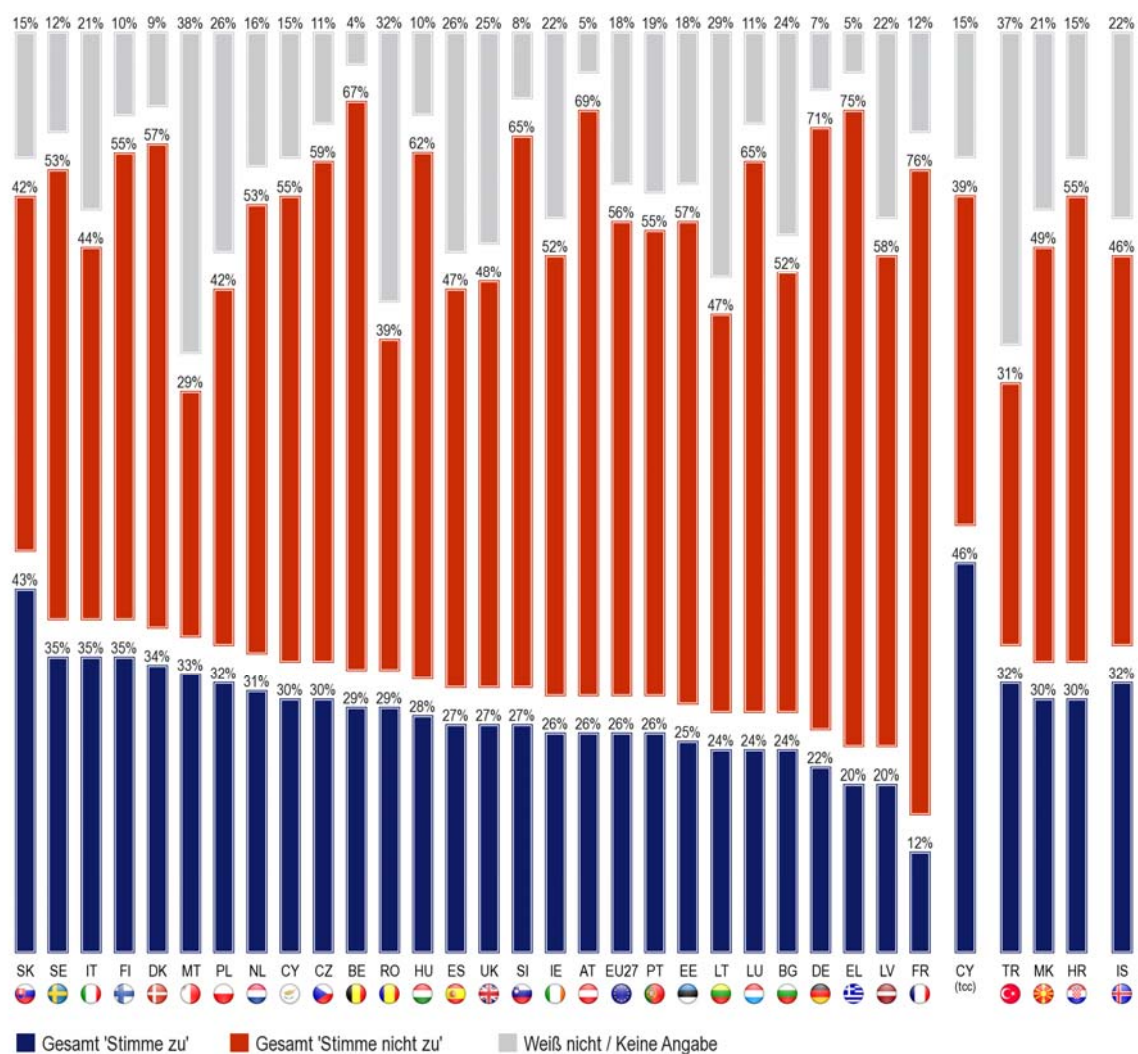
Die Slowakei, in der die Bevölkerung – wie schon im bisherigen Text festgestellt – der Globalisierung gegenüber grundsätzlich sehr positiv eingestellt ist (43% der Befragten stimmen der Aussage zu, im Vergleich zu 42%, die nicht zustimmen), und Malta (33% stimmen zu, im Vergleich zu 29%, die nicht zustimmen, wobei es hier mit 38% einen besonders hohen Anteil an Befragten gibt, die keine Meinung abgeben) sind die beiden einzigen Mitgliedstaaten, in denen die Mehrheit der Befragten die Ansicht vertritt, dass die Globalisierung die Bevölkerung vor Preissteigerungen schützt.

Mit Ausnahme der Türkei (32% gegenüber 31%) wird die Meinung, dass die Globalisierung keinen Schutz vor Preissteigerungen bietet, auch in den Kandidatenländern vorherrschend vertreten: 55% der Befragten in Kroatien und 49% in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien unterstützen diese Aussage.

Auf Island ist ein Drittel der Befragten davon überzeugt, dass die Globalisierung sie vor Preissteigerungen schützt (32%). 46% hingegen sind entgegengesetzter Meinung.

QD1.5. Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Globalisierung schützt uns vor Preiserhöhungen



Die deutlichsten Veränderungen bezüglich dieser Frage ergeben sich für Portugal, Spanien und Rumänien. In diesen Mitgliedstaaten, in denen schon bisher nur eine Minderheit der Befragten die Aussage «Globalisierung schützt uns vor Preiserhöhungen» unterstützte, geht dieser Anteil seit Herbst 2009 mittlerweile immer mehr zurück: In Portugal um 11 Punkte und in Rumänien und in Spanien um sieben Punkte.

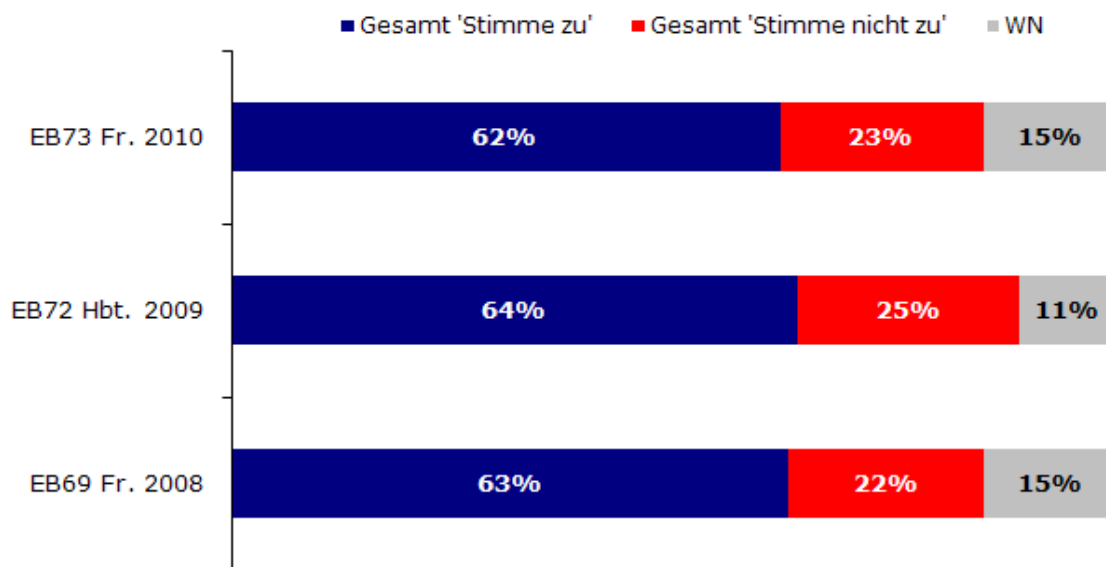
Wie schon bei der Frage, ob die Bürger die Globalisierung als Faktor wahrnehmen, der soziale Ungleichheiten verstärkt, wird auch die Überzeugung, dass die Globalisierung kein Allheilmittel gegen die Inflation ist, von allen sozialen Schichten der europäischen Bevölkerung übereinstimmend und mehrheitlich geteilt.

1.6. Die Globalisierung lohnt sich nur für große Unternehmen, nicht für die Bürger

62% der europäischen Bürger sind mit der Aussage, die «Globalisierung lohnt sich nur für große Unternehmen, nicht für die Bürger» einverstanden (25% «Stimme voll und ganz zu» und 37% «Stimme eher zu»). Ein Anteil von 23% hingegen ist mit dieser Aussage nicht einverstanden, wobei 5% auf die Antwort «Stimme überhaupt nicht zu» und 18% auf «Stimme eher nicht zu» entfallen. 15% geben auf diese Frage keine Antwort⁸.

Die eher geringfügigen Veränderungen lassen sich mit einem hohen Anteil an Befragten (+4 Punkte) erklären, die keine Antwort geben. Aus diesem Grund verringern sich die prozentualen Anteile der europäischen Bürger, die einverstanden bzw. nicht einverstanden sind, um jeweils zwei Punkte. Insgesamt wird die öffentliche europäische Meinung in erheblichem Maße von dem Eindruck bestimmt, dass die Bürger als Einzelpersonen von den positiven Auswirkungen der Globalisierung ausgeschlossen sind.

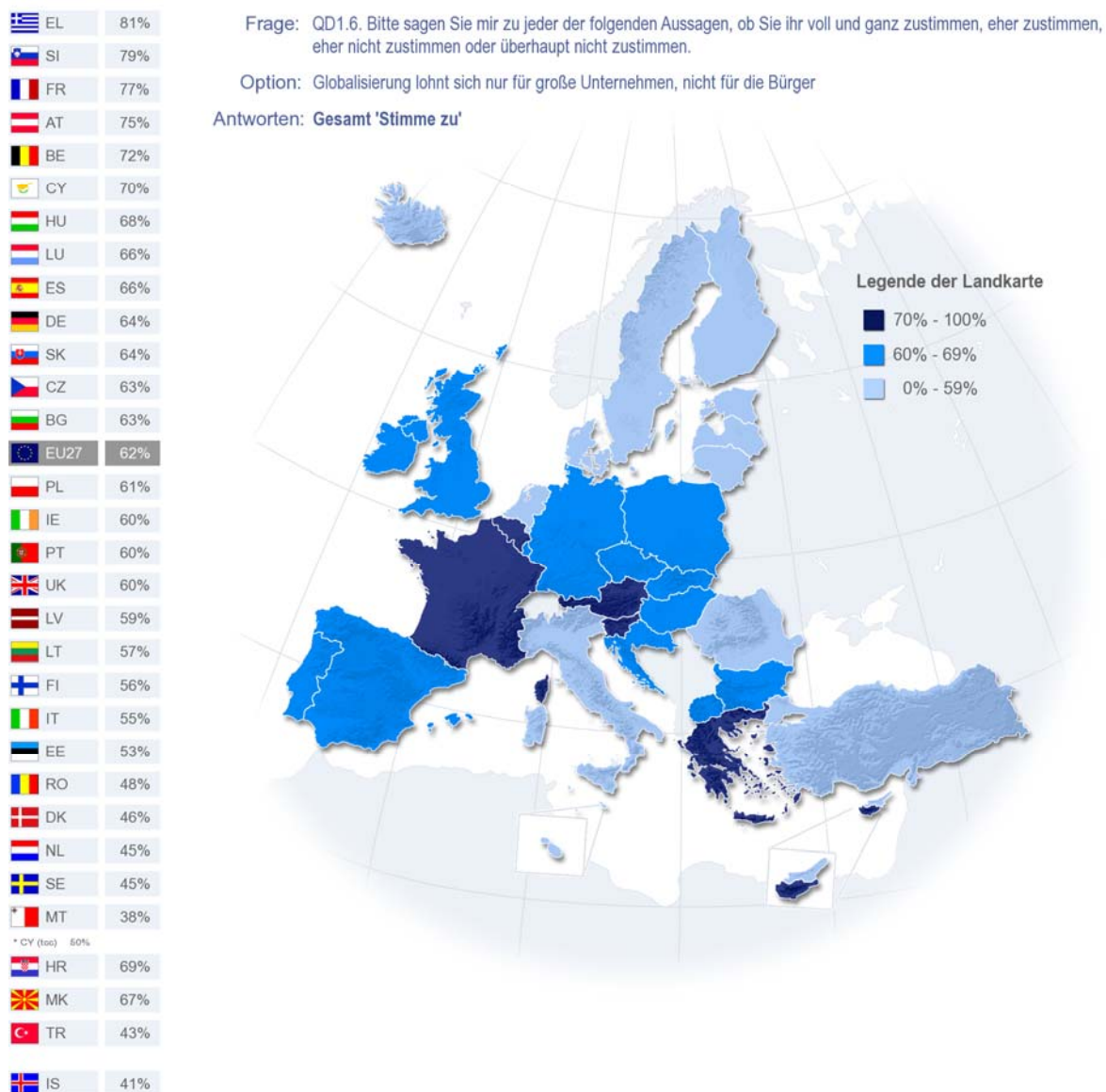
QD1.6 Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.
Globalisierung lohnt sich nur für große Unternehmen, nicht für die Bürger - % EU



⁸ QD1.6 Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. Globalisierung lohnt sich nur für große Unternehmen, nicht für die Bürger.

In 25 der 27 europäischen Mitgliedstaaten dominiert diese Überzeugung die öffentliche Meinung. Die höchsten Werte werden hierfür in Griechenland (81%), Slowenien (79%) und Frankreich (77%) gemessen. Obwohl wir für diese Ansicht auf Malta die niedrigsten Werte messen, handelt es sich aufgrund des hohen Anteils an Befragten, die keine Antwort geben (42%), dennoch um eine Mehrheitsmeinung (38% gegenüber 20%). Die drei Mitgliedstaaten Niederlande (45% «Stimme zu» gegenüber 43%), Schweden (45% «Stimme zu» gegenüber 47%) und Dänemark (46% gegenüber 47%) bilden mit ihren ausgesprochen ausgeglichenen Meinungsbildern eine große Ausnahme.

Auch an dieser Stelle ist die im Verlauf dieses Berichts immer wieder anzutreffende Tendenz festzustellen, dass die Befragten des Länderblocks Griechenland-Frankreich-Slowenien der Globalisierung gegenüber eine besonders kritische Haltung einnehmen. Demgegenüber finden wir in dem Block nordischer Länder sowie in den Niederlanden deutlich positivere Haltungen gegenüber der Globalisierung.



Im Vergleich zu der im Herbst 2009 durchgeführten Umfrage wird deutlich, dass es in diesem Bereich keine wirklich bedeutenden Veränderungen gegeben hat: Wir möchten allerdings darauf hinweisen, dass in Luxemburg (+7 Punkte), Bulgarien (+6 Punkte) und Slowenien (+5 Punkte) mittlerweile mehr Befragte die Aussage unterstützen, dass die Globalisierung sich nur für große Unternehmen lohne und nicht für die Bürger. Demgegenüber hat sich in Rumänien (-8 Punkte), Portugal und Italien (jeweils -7 Punkte), Finnland, den Niederlanden und auf Malta (jeweils -5 Punkte) im Vergleich zum Herbst 2009 die Zahl dieser Befragten verringert.

Eine absolute Mehrheit der Befragten aus allen Kategorien der Bevölkerung teilt die Ansicht, dass sich die Globalisierung nur für Unternehmen und nicht für die Bürger lohnt. Dieses Ergebnis ist unabhängig vom Alter, der beruflichen Tätigkeit, der sozialen Position, dem Ausbildungsniveau oder der politischen Einstellung der Befragten. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Kategorien sind schwach ausgeprägt. Dies weist darauf hin, dass es sich hierbei um eine Konsensmeinung handelt. Zur Verdeutlichung: 63% der Personen, die ihre Ausbildung vor dem 16. Lebensjahr beendet haben und 62% derjenigen, die ihre Ausbildung bis zu ihrem 20. Lebensjahr und darüber hinaus fortgesetzt haben, unterstützen diese Ansicht.

Abschließend weisen wir darauf hin, dass die negative Sichtweise der Globalisierung (dass sie soziale Ungleichheiten verschärft, nicht vor Preissteigerungen schützt und sich zuvorderst für Unternehmen, nicht für Bürger lohnt) von sehr hohen Anteilen der öffentlichen europäischen Meinung geteilt wird, während die positive Sichtweise (dass sie eine Chance für wirtschaftliches Wachstum bietet, zu mehr ausländischen Investitionen führt und zur Entwicklung der südlichen Länder beiträgt) zwischen den oberen und unteren Schichten der Bevölkerungshierarchie erhebliche Meinungsdiskrepanzen offen legt. Es besteht ein Konsens über die sozialen Risiken der Globalisierung. Die wirtschaftlichen Vorteile der Globalisierung ihrerseits werden vorrangig von den finanziell besser gestellten und sozial gut integrierten Bevölkerungskategorien wahrgenommen.

2. DIE EUROPÄISCHE UNION UND DIE GLOBALISIERUNG

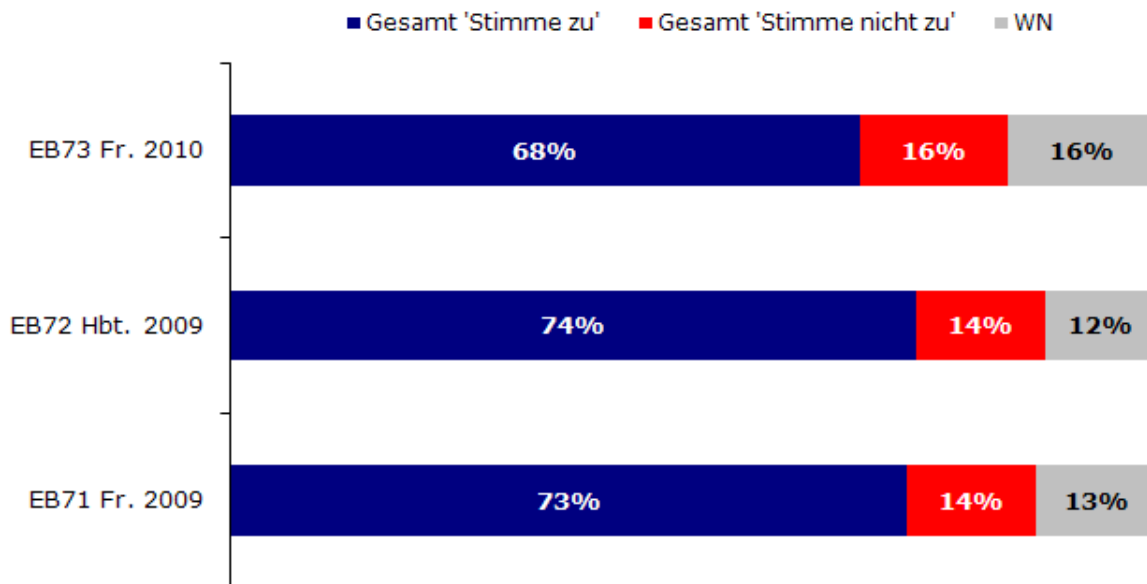
2.1. Der Ruf nach weltweiten gemeinsamen Regeln

Innerhalb der europäischen öffentlichen Meinung gibt es eine klare Forderung nach gemeinsamen Regeln: 68% der europäischen Bürger unterstützen die Aussage «Globalisierung erfordert weltweit gültige Regeln». Von diesem Anteil wählen 27% die Antwort «Stimme voll und ganz zu» und 41% «Stimme eher zu». Nur 16% der Befragten sind nicht mit dieser Aussage einverstanden (4% «Stimme überhaupt nicht zu» und 12% «Stimme eher nicht zu»). 16% enthalten sich hierzu der Meinung⁹.

Der Anteil europäischer Bürger, die der Ansicht sind, dass es weltweit gültiger Regeln bedarf, sinkt um sechs Punkte im Vergleich zur letzten Umfrage im Herbst 2009. Dies ist vor allem auf den Anstieg der Zahl an Befragten zurückzuführen, die hierzu keine Meinung äußern (+4 Punkte). Der Anteil an Befragten, die nicht mit dieser Aussage einverstanden sind, steigt seinerseits nur um zwei Punkte.

QD1.3 Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

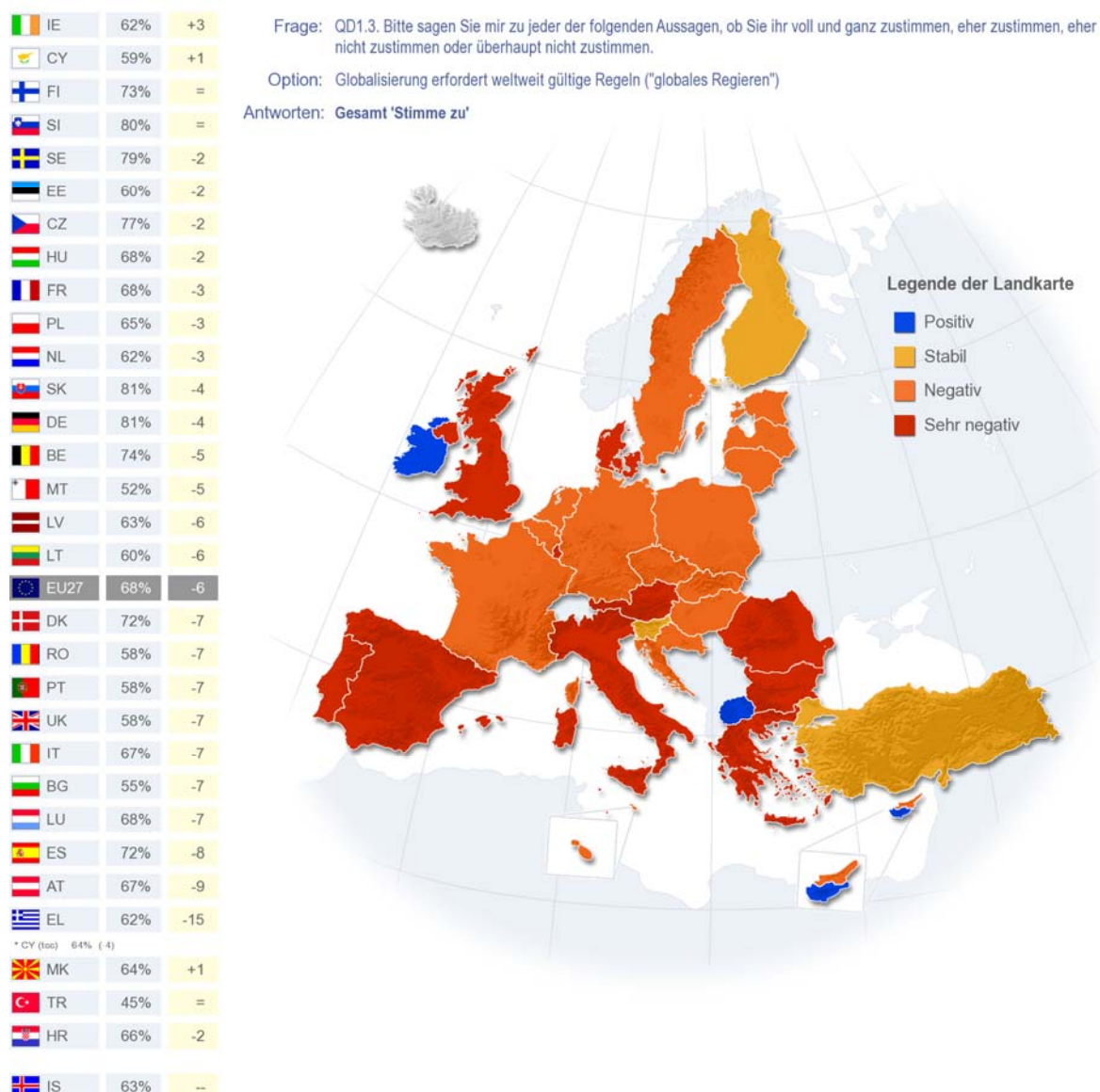
Globalisierung erfordert weltweit gültige Regeln ("globales Regieren") - % EU



⁹ QD1.3 Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. Globalisierung erfordert weltweit gültige Regeln.

Die Notwendigkeit gemeinsamer, weltweit gültiger Regeln wird in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union von einer absoluten Mehrheit der Befragten befürwortet. Den höchsten Zustimmungsggrad für gemeinsame Regeln beobachten wir in Deutschland (81%), der Slowakei (81%) und Slowenien (80%).

Im Hinblick auf die Veränderungen, die sich seit der letzten Umfrage im Herbst 2009 ergeben haben, stellen wir in Griechenland (-15 Punkte), Österreich (-9 Punkte) und Spanien (-8 Punkte) einen deutlichen Rückgang der Befragtenanteile fest, die diese Ansicht vertreten. In diesen Mitgliedstaaten handelt sich aber trotzdem nach wie vor um eine sehr deutliche Mehrheitsmeinung.



Diff. EB73-EB72

Die soziodemografische Analyse zeigt, dass die Forderung nach einer Regulierung der Globalisierung mehrheitlich in allen sozialen Schichten der europäischen Bevölkerung unterstützt wird und insbesondere innerhalb der höheren sozialen Schichten Zuspruch findet: 74% derjenigen Befragten, die sich im oberen Bereich der sozialen Hierarchie positionieren und 72% derjenigen, die keine Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen haben, teilen diese Meinung, im Vergleich zu 64% bzw. 60 derjenigen, die sich den unteren sozialen Schichten zurechnen und zugeben, Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen zu haben.

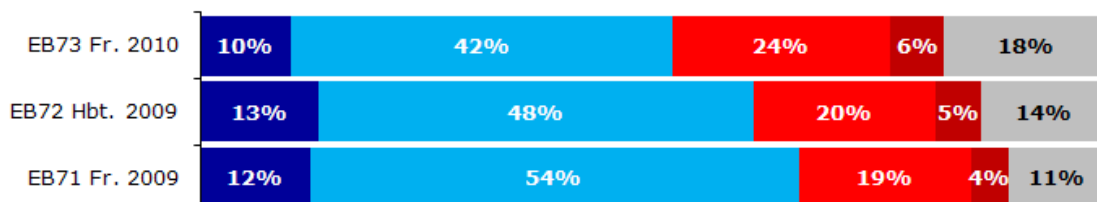
2.2. Die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union in der Weltwirtschaft

52% der europäischen Bürger stimmen darin überein, dass die EU über ausreichend Macht und Mittel zur Verteidigung ihrer wirtschaftlichen Interessen in der globalen Wirtschaft verfügt (10% wählen die Antwort «Stimme voll und ganz zu» und 42% «Stimme eher zu»). 30% sind demgegenüber mit dieser Aussage nicht einverstanden (24% «Stimme eher nicht zu» und 6% «Stimme überhaupt nicht zu») und 18% enthalten sich der Stimme¹⁰.

Zu dieser Frage haben sich erhebliche Veränderungen ergeben: Der Anteil europäischer Bürger, die die Ansicht vertreten, dass die EU über ausreichend Macht und Mittel zur Verteidigung ihrer wirtschaftlichen Interessen in der globalen Wirtschaft verfügt, sinkt um neun Punkte im Vergleich zur Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 2009 (EB72) und um 14 Punkte im Vergleich zur Umfrage vom Frühjahr 2009 (EB71). Gleichzeitig steigt der Anteil Europäer, die mit dieser Aussage nicht einverstanden sind: Seit Herbst 2009 um 5 Punkte und im Vergleich zum Frühjahr 2009 um sieben Punkte. Der Anteil an Befragten, die zu dieser Frage keine Antwort geben, steigt seinerseits gegenüber dem Herbst 2009 um vier Punkte und gegenüber dem Frühjahr 2009 um sieben Punkte an. Somit hat die Vorstellung, dass die EU über ausreichend Macht und Mittel zur Verteidigung ihrer wirtschaftlichen Interessen in der globalen Wirtschaft verfügt, im Laufe eines Jahres - möglicherweise unter dem Einfluss der Wirtschafts- und Finanzkrise - innerhalb der europäischen öffentlichen Meinung erheblich an Boden verloren. Innerhalb dieses Zeitraums hat sich das Verhältnis von 66%:23% auf 52%:30% verschoben.

QD1.10 Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. Die EU verfügt über ausreichend Macht und Mittel zur Verteidigung ihrer wirtschaftlichen Interessen in der globalen Wirtschaft -%EU

■ Stimme voll und ganz zu ■ Stimme eher zu ■ Stimme eher nicht zu ■ Stimme überhaupt nicht zu ■ Weiß nicht

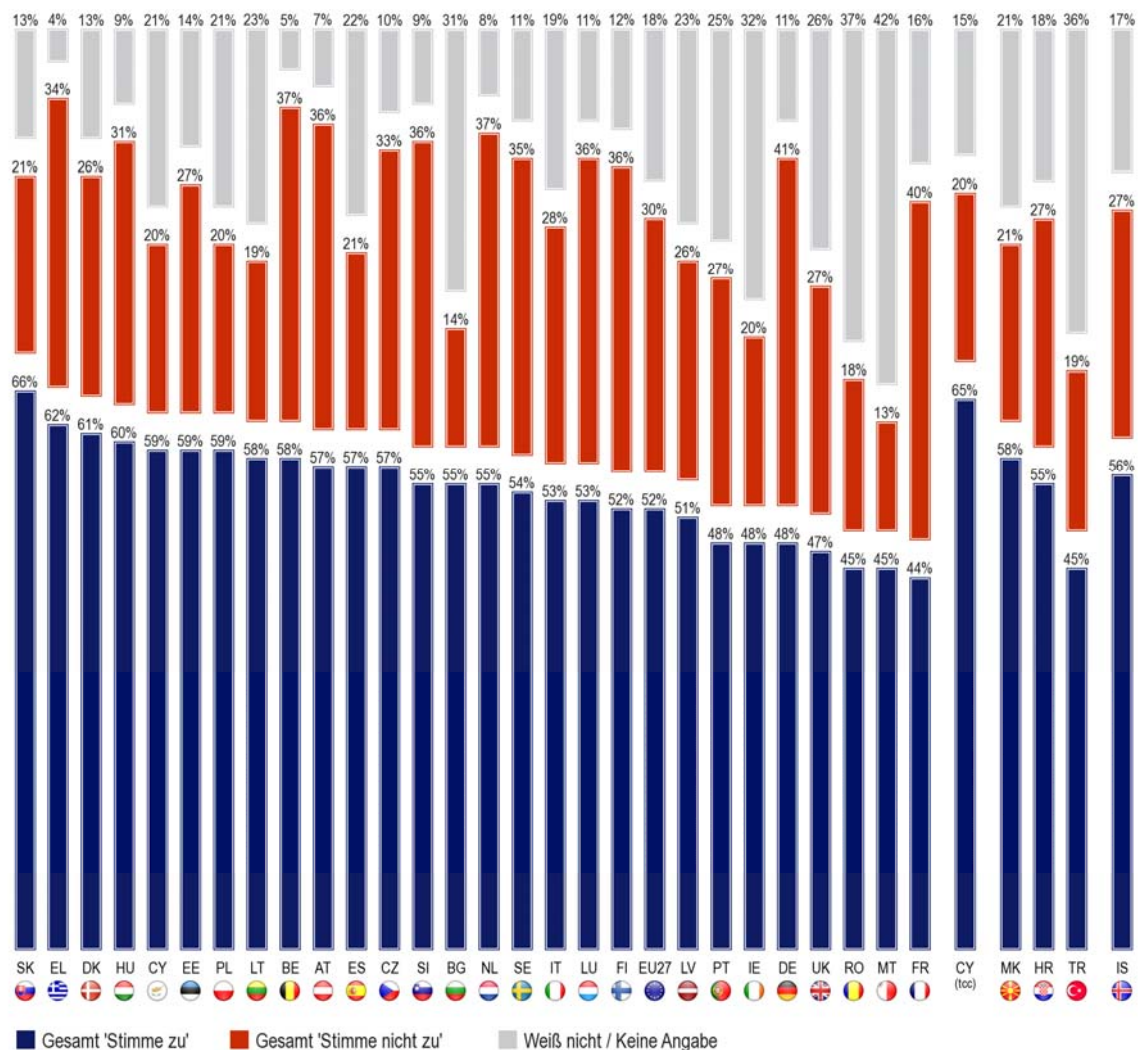


In allen Mitgliedstaaten der Union überwiegt nach wie vor die Überzeugung, dass die EU über ausreichend Macht und Mittel zur Verteidigung ihrer wirtschaftlichen Interessen in der globalen Wirtschaft verfügt. In Deutschland (41%), Frankreich (40%), den Niederlanden (37%) und Belgien (37%) zeichnen sich allerdings in der Bevölkerung starke Minderheiten ab, die diese Aussage in Frage stellen.

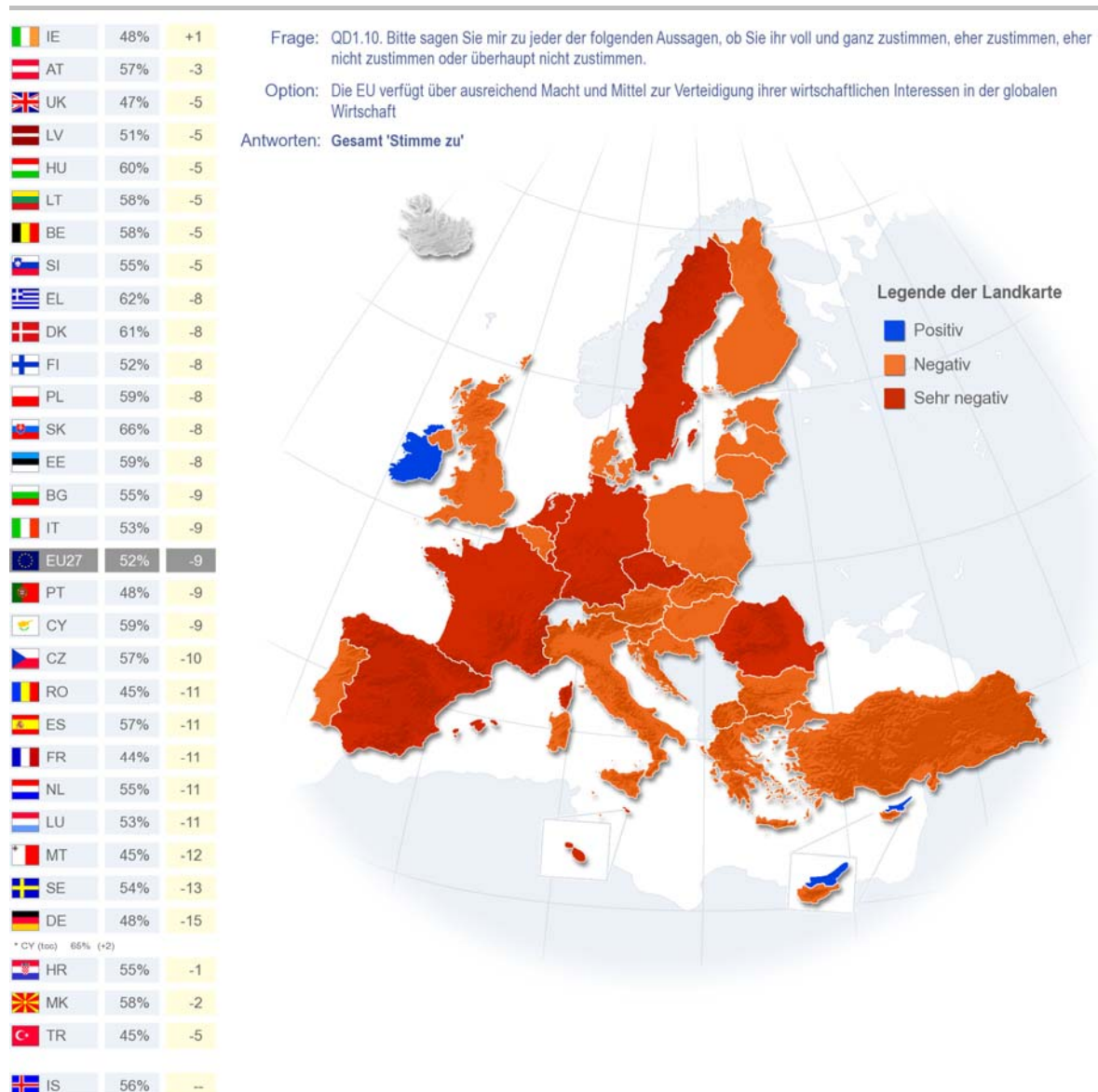
¹⁰ QD1.10 Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. Die EU verfügt über ausreichend Macht und Mittel zur Verteidigung ihrer wirtschaftlichen Interessen in der globalen Wirtschaft

QD1.10. Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Die EU verfügt über ausreichend Macht und Mittel zur Verteidigung ihrer wirtschaftlichen Interessen in der globalen Wirtschaft



Die Überzeugung, dass die EU über ausreichend Macht und Mittel zur Verteidigung ihrer wirtschaftlichen Interessen in der globalen Wirtschaft verfügt, verliert in allen Mitgliedstaaten der Union erheblich an Boden. Als einzige Ausnahme können wir Irland anführen: Hier sind die Anteile stabil geblieben. In Deutschland verliert der Anteil an Befragten, die erklären, die EU verfüge über ausreichend Möglichkeiten -15 Punkte, in Schweden -13 Punkte, auf Malta -12 Punkte, in Rumänien, Frankreich, Spanien, Luxemburg und den Niederlanden -11 Punkte, in der Tschechischen Republik -10 Punkte und in Bulgarien und Portugal neun Punkte.



Diff. EB73-EB72

Die soziodemografische Analyse lässt erkennen, dass die Vorstellung der Bürger von einer EU, die über ausreichend Macht und Mittel zur Verteidigung ihrer wirtschaftlichen Interessen in der globalen Wirtschaft verfügt, in den oberen Schichten der Gesellschaft deutlich verbreiteter ist als in den unteren: 59% der Personen, die sich selbst den oberen sozialen Schichten zurechnen, teilen diese Ansicht im Vergleich zu 46% derjenigen, die sich in der sozialen Hierarchie eher weiter unten positionieren.

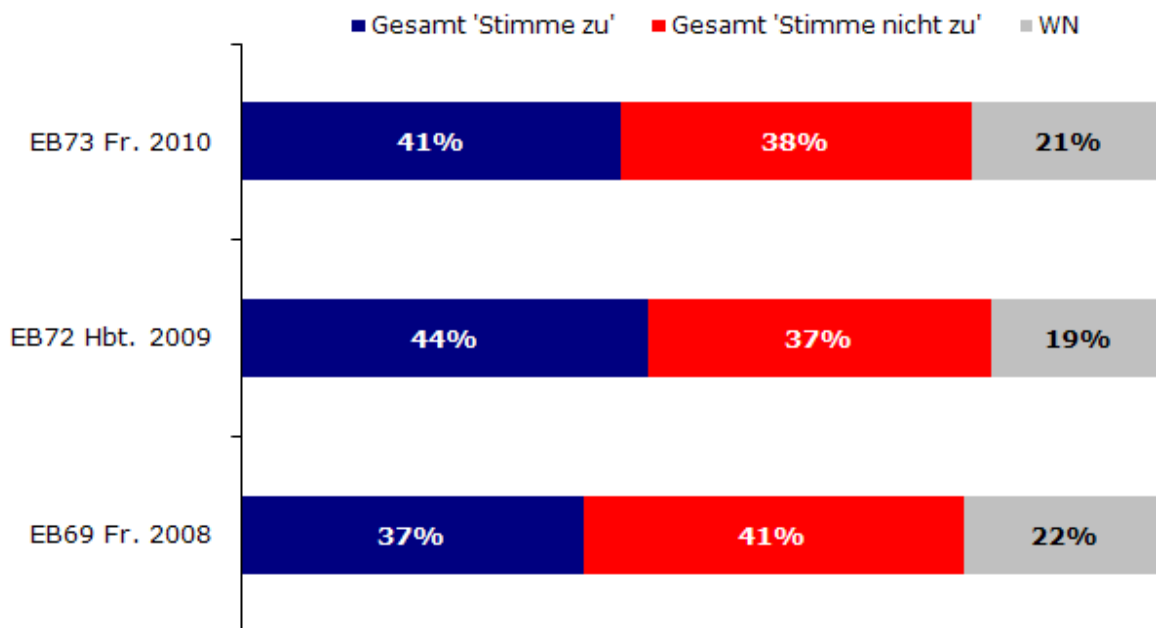
2.3. Haben die EU, die USA und China dieselben Interessen?

2.3.1 Die EU und die USA

In der vorherigen Eurobarometer-Umfrage (EB72, Herbst 2009) wurde eine deutliche Zunahme des Befragtenanteils festgestellt, der davon überzeugt ist, dass die Interessen Europas und der USA im Hinblick auf die Globalisierung übereinstimmen¹¹. Im Frühjahr 2010 hat diese Tendenz nachgelassen. 41% der europäischen Bürger (9% «Stimme voll und ganz zu» und 32% «Stimme eher zu») stimmen mit der Aussage überein, dass «die Europäische Union und die USA dieselben Interessen haben, wenn es um den Umgang mit der Globalisierung geht». Dies entspricht einem Rückgang um drei Punkte im Vergleich zum Herbst 2009. Demgegenüber erklären 38%, dass sie mit dieser Aussage nicht übereinstimmen (hiervon entfallen 12% auf die Antwort «Stimme überhaupt nicht zu» und 26% «Stimme eher zu»). Dies bedeutet eine Zunahme um einen Punkt. Mehr als zwei von zehn europäischen Bürgern (21%, +2 Punkte) haben zu dieser Frage keine Meinung¹².

QD1.4 Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Die Europäische Union und die USA haben dieselben Interessen, wenn es um den Umgang mit der Globalisierung geht - % EU



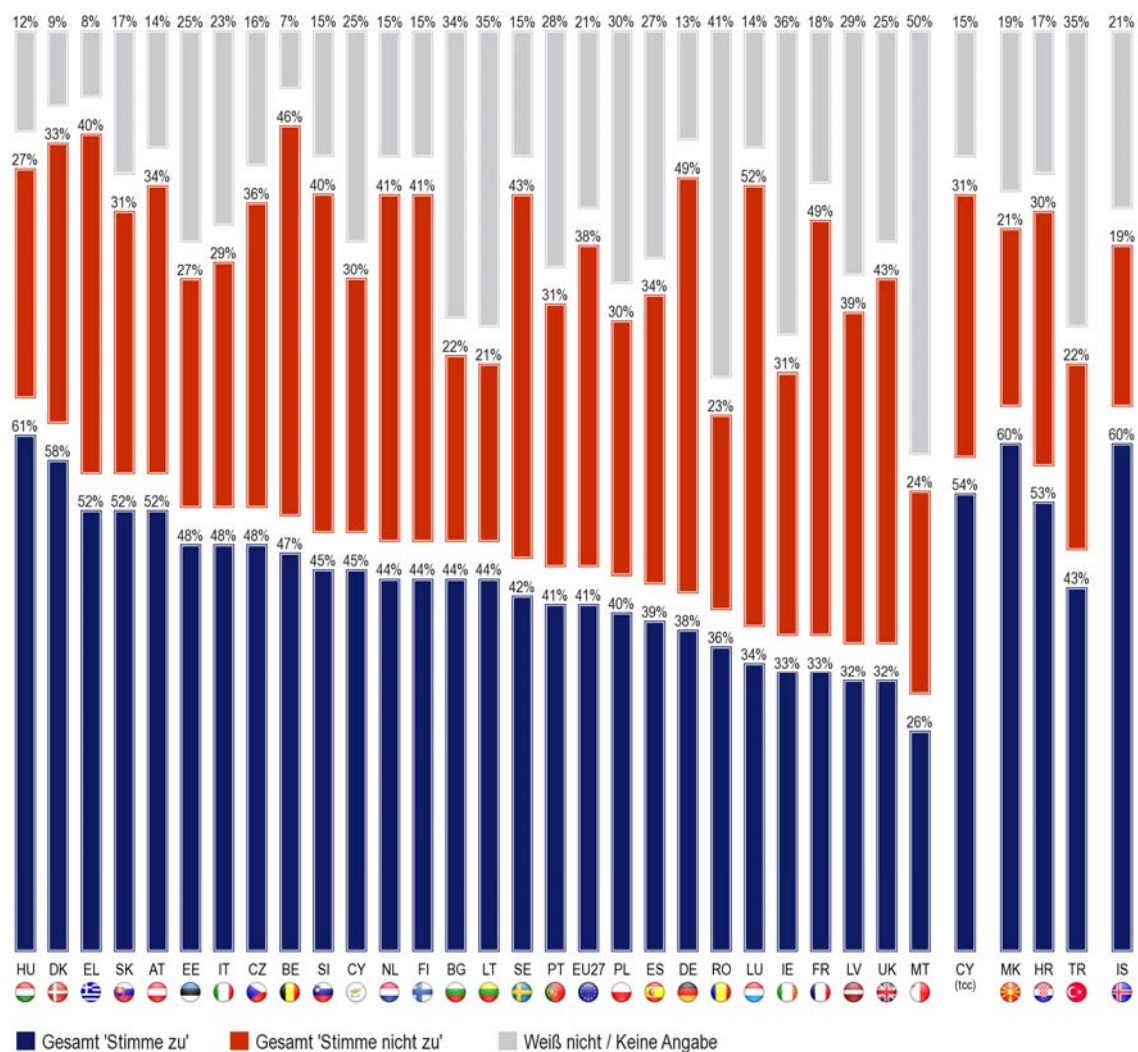
¹¹ Zur Erinnerung: Barack Obama ist seit 20. Januar 2009 Präsident der Vereinigten Staaten.

¹² QD1.4 Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. Die Europäische Union und die USA haben dieselben Interessen, wenn es um den Umgang mit der Globalisierung geht.

Zu der Frage, ob die EU und die USA dieselbe Interessenlage in Bezug auf die Globalisierung haben, teilen sich die Meinungen – wie schon auf europäischer Durchschnittsebene – auch auf Länderebene häufig recht gleichmäßig in zwei Gruppen auf. In Luxemburg (52% gegenüber 34%), Deutschland (49% gegenüber 38%), Frankreich (49% gegenüber 33%), dem Vereinigten Königreich (43% gegenüber 32%) und Lettland (39% gegenüber 32%) stimmt eine Mehrheit der Befragten darin überein, dass die Europäische Union und die USA nicht dieselben Interessen haben, wenn es um den Umgang mit der Globalisierung geht. In Irland (33% der Befragten sind der Ansicht, dass die Interessen dieselben sind, gegenüber 31%, die gegenteiliger Meinung sind), Schweden (42% gegenüber 43%) und Belgien (47% gegenüber 46%) teilen sich die Meinungen in zwei nahezu gleich große Hälften auf. Die höchsten Befragtenanteile, die erklären, dass die Interessen der EU und der USA dieselben seien, können wir in Ungarn (61%) und Dänemark (58%) feststellen. Wie schon bei anderen Fragen zur Globalisierung, unterscheidet sich Malta auch bei dieser Frage durch einen besonders hohen Befragtenanteil, der keine Antwort gibt (50%).

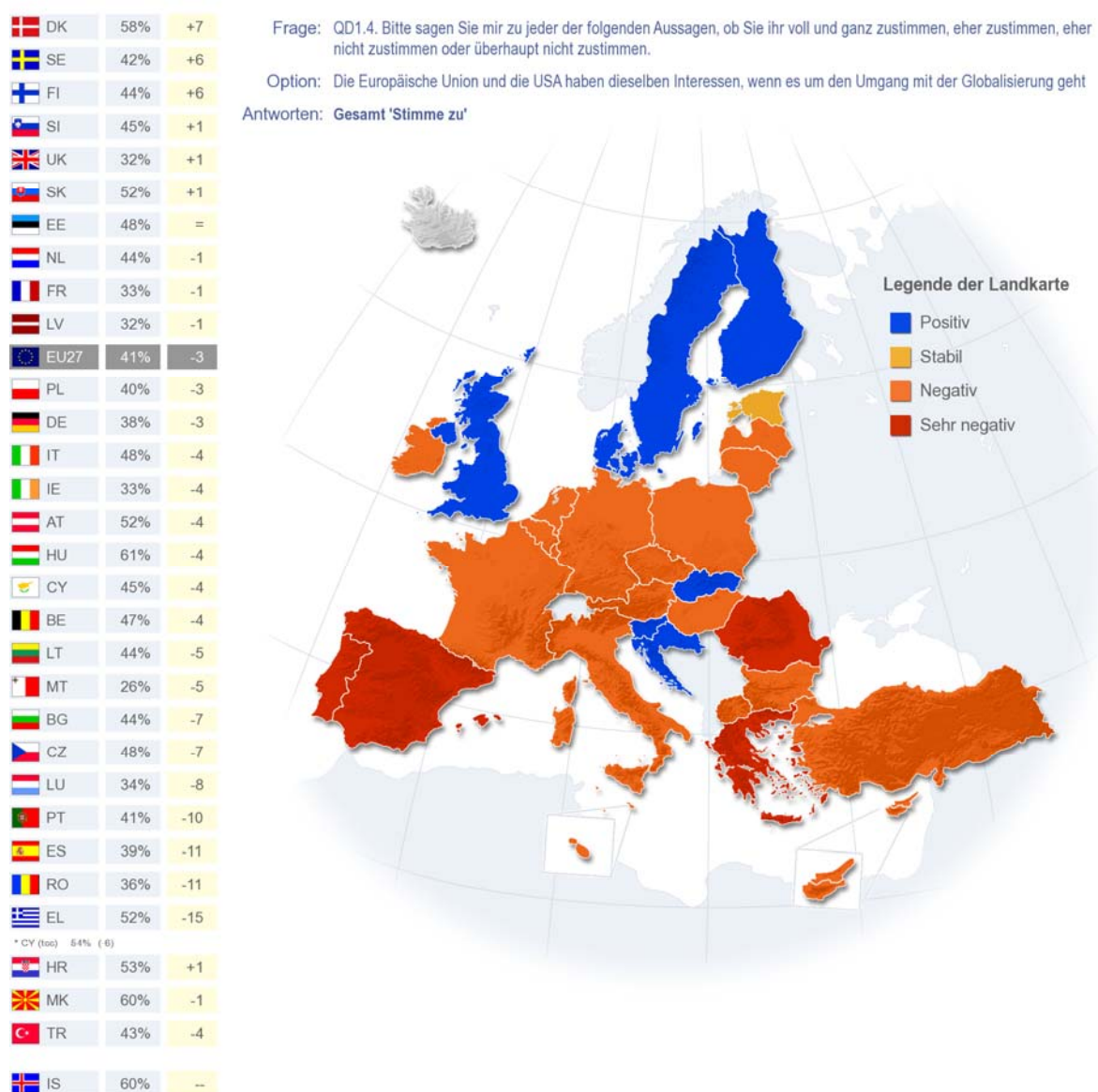
QD1.4. Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Die Europäische Union und die USA haben dieselben Interessen, wenn es um den Umgang mit der Globalisierung geht



Der Befragtenanteil, der die Ansicht vertritt, dass die Europäische Union und die USA dieselben Interessen hätten, hat im Vergleich zum Herbst 2009 nur in den drei nordischen Mitgliedstaaten deutlich zugenommen (+7 Punkte in Dänemark, +6 Punkte in Schweden und Finnland).

In Griechenland (-15 Punkte), Rumänien (-11 Punkte), Spanien (-11 Punkte) und in Portugal (-10 Punkte) hingegen ist dieser Anteil erheblich zurückgegangen. Wir weisen darauf hin, dass es sich hierbei um die Mitgliedstaaten handelt, die besonders hart von der Krise getroffen wurden.



Diff. EB73-EB72

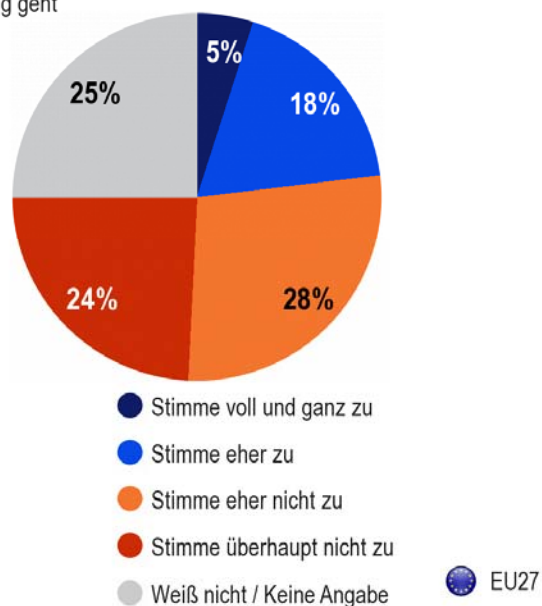
Die soziodemografische Analyse zeigt, dass Personen, die über eine höhere Berufsausbildung verfügen (49% der Befragten, die ihre Ausbildung auch nach dem 20. Lebensjahr fortgeführt haben, im Vergleich zu 31% derjenigen, die ihre Ausbildung vor dem 15. Lebensjahr beendet haben) und eine gehobene berufliche Position einnehmen (49% der Führungskräfte im Vergleich zu 33% der Arbeitslosen) eher davon ausgehen, dass die Interessenlage der EU und der USA nicht dieselbe ist. Auch die politische Variable spielt hierbei eine Rolle, was möglicherweise darauf zurückzuführen ist, dass ein Teil der politischen Kräfte des rechten Spektrums in Europa eine besondere Affinität für die USA zeigt: So können wir feststellen, dass Befragte, die sich eher dem linken politischen Spektrum zuordnen, mehrheitlich die Ansicht vertreten, dass die Interessenlage nicht übereinstimmt (45% gegenüber 40%), während rechtsorientierte Befragte mehrheitlich die Aussage unterstützen, dass die Europäische Union und die USA dieselben Interessen haben (47% gegenüber 37%).

2.3.2 Die EU und China

Die Frage, ob europäische und amerikanische Interessen in Bezug auf die Globalisierung dieselben sind, spaltet die europäische Meinung und auch auf nationaler Ebene beobachten wir sehr unterschiedliche Ansichten hierzu. Gleichzeitig stellt sich dieselbe Frage mit Bezug auf die gemeinsamen Interessen von China und der EU für die europäischen Bürger weitaus weniger kompliziert dar. Ein Anteil von 52% der europäischen Bürger stimmt der Aussage «Die EU und China haben dieselben Interessen, wenn es um den Umgang mit der Globalisierung» nicht zu (24% entfallen auf die Antwort «Stimme überhaupt nicht zu» und 28% «Stimme eher nicht zu»). Nur 23% der Befragten stimmen dieser Aussage zu (5% «Stimme voll und ganz zu» und 18% «Stimme eher zu»). Ein Viertel der befragten Personen äußert sich nicht zu dieser Frage¹³.

QD1.13. Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Die EU und China haben dieselben Interessen, wenn es um den Umgang mit der Globalisierung geht

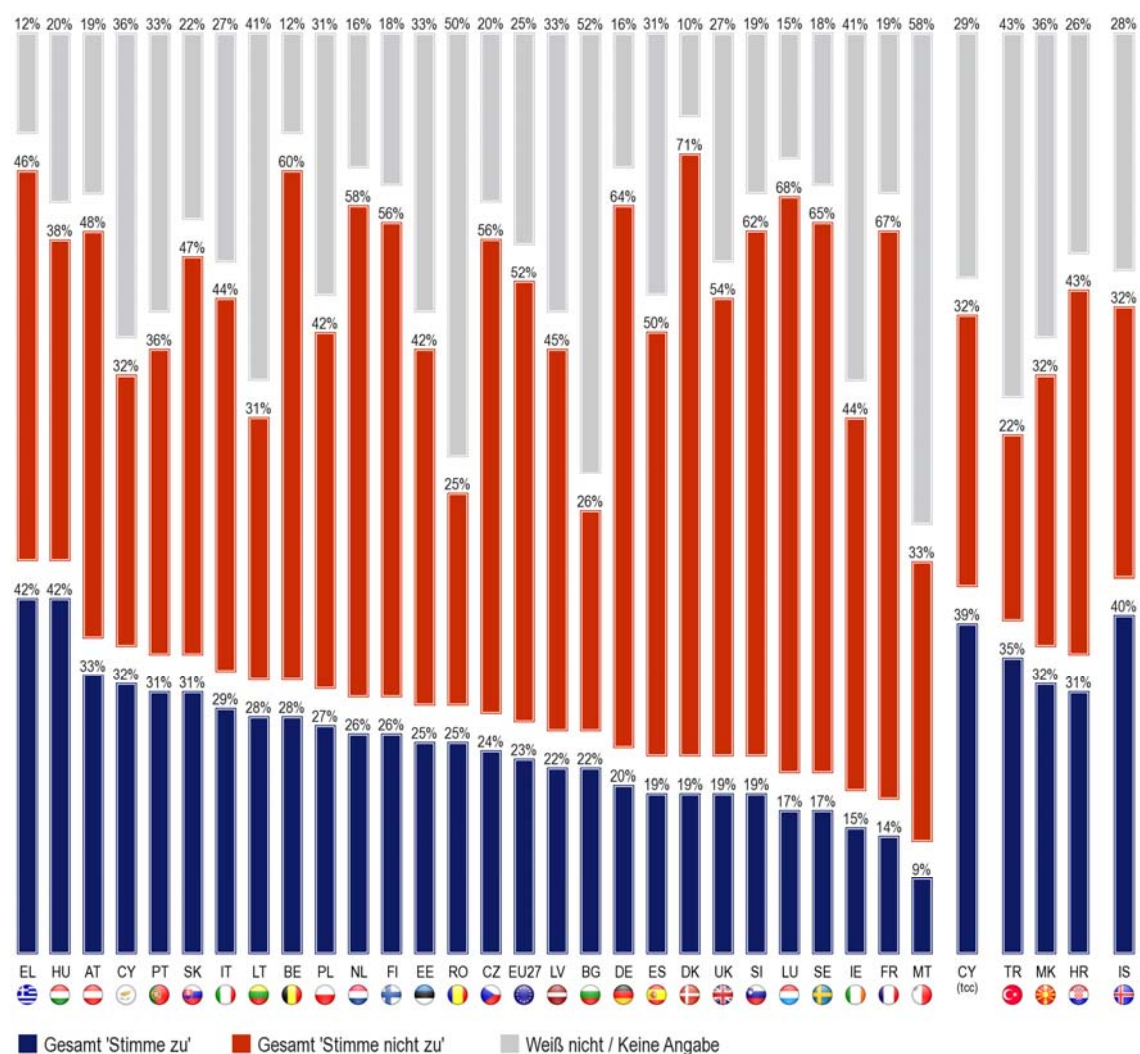


¹³ QD1.13 Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. Die EU und China haben dieselben Interessen, wenn es um den Umgang mit der Globalisierung geht.

Einige Länder unterscheiden sich insbesondere durch die äußerst hohen Anteile an Befragten, die keine Antwort geben. Auf Malta (58%), in Bulgarien (52%) und Rumänien (50%) enthält sich mindestens einer von zwei Befragten der Meinung, wenn es um das Verhältnis zwischen der EU und China in Bezug auf die Globalisierung geht. Die Überzeugung, dass die Interessen dieselben sind, wird nur in Ungarn von einer Mehrheit vertreten (42% gegenüber 38%). Auf Zypern lassen sich die Meinungen der Bürger in zwei exakt gleich große Gruppen aufteilen (32% gegenüber 32%). In allen übrigen Mitgliedstaaten spricht sich eine Mehrheit dafür aus, dass die EU und China nicht dieselben Interessen haben, wenn es um den Umgang mit der Globalisierung geht. Dies zeigt sich am deutlichsten in Dänemark (71%), Luxemburg (68%), Frankreich (67%) und Deutschland (64%).

QD1.13. Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Die EU und China haben dieselben Interessen, wenn es um den Umgang mit der Globalisierung geht



Von den befragten Personen sind diejenigen, die ihre Ausbildung auch nach dem 20. Lebensjahr fortgeführt haben, ein starkes Interesse an Politik haben (62%) und als Führungskräfte (65%) tätig sind, am ehesten davon überzeugt, dass die Interessen der EU und Chinas nicht übereinstimmen (62%). Die oben genannten Befragtenkategorien sind auch aufgrund ihres größeren Wissens und einer besseren Informiertheit im Wesentlichen eher bereit, überhaupt eine Antwort zu geben. Insbesondere bei den Personen, die den einfachen, weniger gut situierten und weniger gut ausgebildeten Bevölkerungsschichten angehören, fällt der Befragtenanteil, der zu dieser Frage keine Antwort gibt, sehr hoch aus. Bei den Personen, die angeben, sich nicht für Politik zu interessieren (39%), liegt dieser Anteil beispielsweise dreimal höher als bei denjenigen, die sich sehr dafür interessieren (13%).

2.4. Welche Rolle spielt die Europäische Union in der Globalisierung?

Anlässlich der Frage zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Union im globalen Wettbewerb, konnten wir bereits im Frühjahr 2010 feststellen, dass die europäischen Bürger unter dem Einfluss der Krise ein negativeres Bild von den Möglichkeiten der EU hatten, sie angesichts der Herausforderungen der Globalisierung zu unterstützen. Die Ergebnisse zur Frage über die Rolle der Europäischen Union bestätigen diese Einschätzung noch einmal.

Um besser beurteilen zu können, welche Rolle die europäischen Bürger der EU in der Globalisierung zuweisen, wurden die Befragten in zwei Gruppen aufgeteilt¹⁴. Die erste Stichprobenhälfte (SPLIT A) wurde gebeten, sich zu einer negativ formulierten Frage über die Globalisierung zu äußern. Die Aussage lautet folgendermaßen: «Die EU hilft, die europäischen Bürger vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung zu schützen». Die zweite Hälfte (SPLIT B) der Befragten sollte sich zu der folgenden, positiv formulierten Aussage über die Globalisierung äußern «Die EU ermöglicht es den europäischen Bürgern, stärker von den positiven Auswirkungen der Globalisierung zu profitieren». Unabhängig davon, ob die Formulierung positiv oder negativ ist, die Tendenz bleibt dieselbe: Im Vergleich zum Herbst 2009 geht der Anteil an Befragten, die sich über die Rolle der Europäischen Union positiv äußern, erheblich zurück.

2.4.1 Die negative Formulierung (SPLIT A)

42% der europäischen Bürger erklären sich gegenwärtig mit der Aussage einverstanden «Die EU hilft, die europäischen Bürger vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung zu schützen», wobei 6% die Antwort «Stimme voll und ganz zu» und 36% «Stimme eher zu» wählen. 38% sind demgegenüber nicht mit der Aussage einverstanden. Von diesem Anteil entfallen 10% auf die Antwort «Stimme überhaupt nicht zu» und 28% «Stimme eher nicht zu». 20% antworten auf diese Frage nicht.

Der Befragtenanteil, der die Ansicht vertritt, dass die EU eine Beschützerrolle übernimmt, sinkt im Vergleich zur Herbstumfrage 2009 um vier Punkte, der Anteil derjenigen, die gegenteiliger Meinung sind, nimmt um einen Punkt zu. Die Zahl von Befragten, die keine Meinung abgeben, steigt um drei Punkte. Dementsprechend verengt sich das Verhältnis der beiden Meinungen zueinander¹⁵.

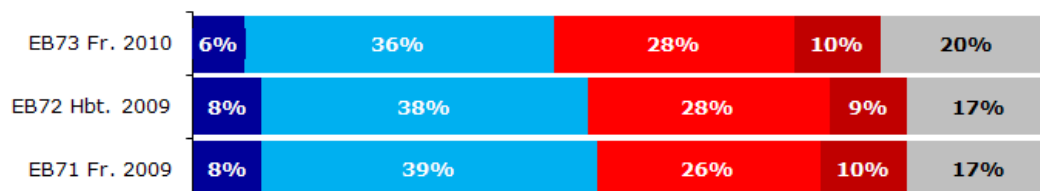
¹⁴ Technik der gegabelten Befragung (split ballot).

¹⁵ QD1.11 Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. (SPLIT A). Die EU hilft, die europäischen Bürger vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung zu schützen.

QD1.11 (SPLIT A) Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Die EU hilft, die europäischen Bürger vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung zu schützen - %EU

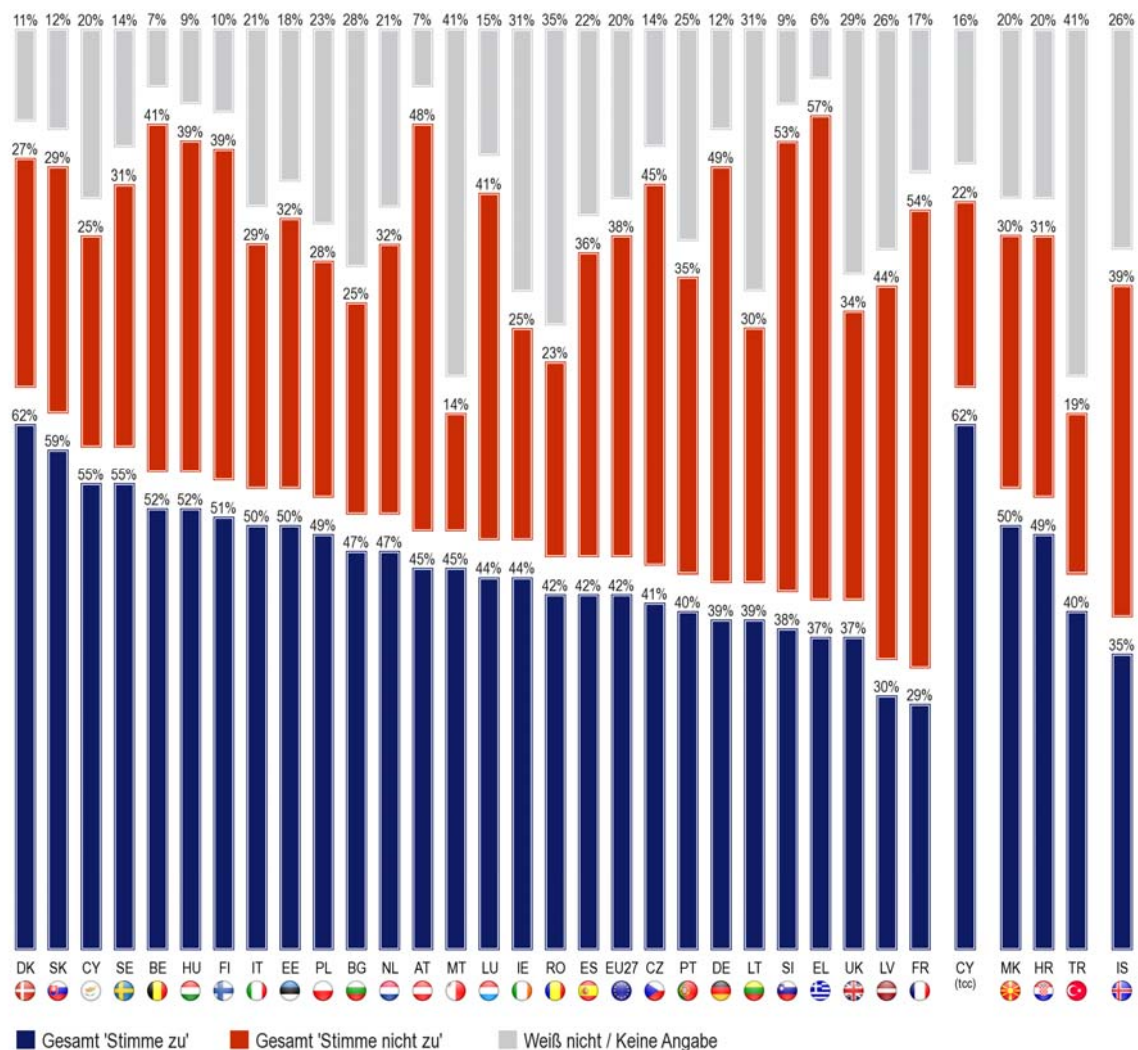
■ Stimme voll und ganz zu ■ Stimme eher zu ■ Stimme eher nicht zu ■ Stimme überhaupt nicht zu ■ Weiß nicht



Die Befragten in Griechenland (57% gegenüber 37%), in Frankreich (54% gegenüber 29%), Slowenien (53% gegenüber 38%), Deutschland (49% gegenüber 39%), Österreich (48% gegenüber 45%), Tschechien (45% gegenüber 41%) und Lettland (44% gegenüber 30%) sind mehrheitlich davon überzeugt, dass die EU nicht hilft, die europäischen Bürger vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung zu schützen. Die höchsten Befragtenanteile, die die Union in einer Beschützerrolle sehen, können wir in Dänemark (62%), der Slowakei (59%), auf Zypern (55%) und in Schweden (55%) feststellen. Wenn wir die Unterschiede zwischen den Ländern analysieren, ist es besonders interessant zu beobachten, dass die Beschützerrolle der EU am ehesten in denjenigen Mitgliedstaaten wahrgenommen wird, in denen die Globalisierung am positivsten beurteilt wird. Demgegenüber wird sie am negativsten in denjenigen Ländern beurteilt, die der Globalisierung am kritischsten gegenüberstehen.

QD1.11. Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

(SPLIT A) Die EU hilft, die europäischen Bürger vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung zu schützen



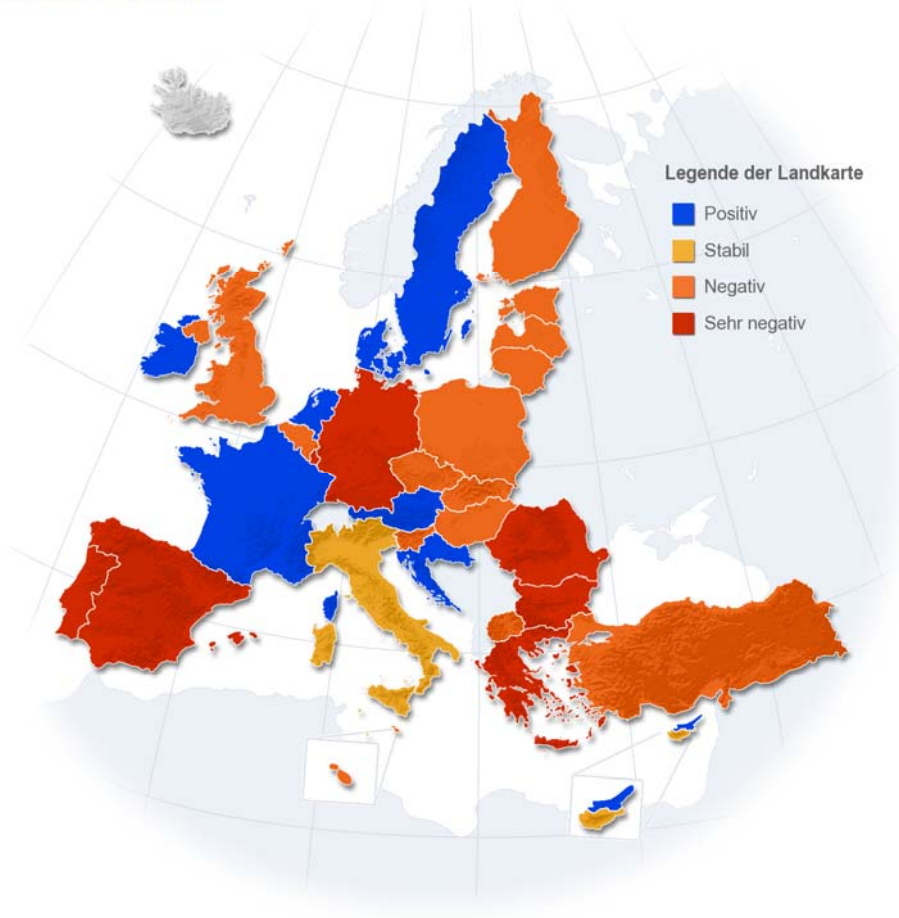
Nur in zwei Mitgliedstaaten steigen die Anteile der Befragten, die der EU eine Beschützerrolle zuweisen, deutlich an: In Schweden nimmt dieser Anteil um sechs Punkte zu, in den Niederlanden um drei Punkte. In 19 Mitgliedstaaten der Union hingegen geht dieser Anteil zurück: Am deutlichsten in Rumänien (-17 Punkte), Griechenland (-9 Punkte), Portugal (-8 Punkte), Spanien (-8 Punkte), Bulgarien (-8 Punkte), Deutschland (-8 Punkte), Luxemburg (-8 Punkte), der Tschechischen Republik (-6 Punkte), Litauen (-6 Punkte), Estland (-5 Punkte) und Slowenien (-5 Punkte).

	SE	55%	+6
	NL	47%	+3
	IE	44%	+2
	FR	29%	+1
	AT	45%	+1
	DK	62%	+1
	IT	50%	=
	CY	55%	=
	BE	52%	-1
	PL	49%	-1
	UK	37%	-2
	LV	30%	-2
	MT	45%	-2
	SK	59%	-3
	HU	52%	-3
	FI	51%	-4
	EU27	42%	-4
	SI	38%	-5
	EE	50%	-5
	LT	39%	-6
	CZ	41%	-6
	DE	39%	-8
	BG	47%	-8
	ES	42%	-8
	LU	44%	-8
	PT	40%	-8
	EL	37%	-9
	RO	42%	-17
* CY (too) 62% (+6)			
	HR	49%	+4
	TR	40%	-2
	MK	50%	-5
	IS	35%	--

Frage: QD1.11. Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Option: (SPLIT A) Die EU hilft, die europäischen Bürger vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung zu schützen

Antworten: Gesamt 'Stimme zu'



Diff. EB73-EB72

Wir stellen zu dieser Frage eine erhebliche Diskrepanz zwischen den sozialen Schichten fest. Insbesondere diejenigen Befragten, die keine Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen (45% gegenüber 37%) haben und sich selbst den oberen Schichten der sozialen Hierarchie zurechnen (54% gegenüber 32%) nehmen die EU in Bezug auf die Globalisierung in einer Beschützerrolle wahr. Die genau entgegengesetzte Wahrnehmung, d.h. dass die EU keine Beschützerrolle einnimmt, überwiegt demgegenüber bei den Befragten, die angeben, finanzielle Schwierigkeiten zu haben (44% gegenüber 31%), und jenen, die sich selbst in der sozialen Hierarchie weiter unten einordnen (43% gegenüber 34%). In anderen Worten ausgedrückt: Diejenigen, die im Kontext der Globalisierung in besonderem Maße des Schutzes durch die Union bedürften, nehmen deren Beschützerrolle derzeit am wenigsten wahr

QD1.11 Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.
(SPLIT A) Die EU hilft, die europäischen Bürger vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung zu schützen

	Gesamt 'Stimme zu'	Gesamt 'Stimme nicht zu'	Weiß nicht / Keine Angabe
EU27	42%	38%	20%
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen			
Meistens	31%	44%	25%
Von Zeit zur Zeit	41%	39%	20%
Fast nie	45%	37%	18%
Selbsteinstufung auf der gesellschaftlichen Skala			
Niedrig (1-4)	34%	43%	23%
Mittel (5-6)	41%	40%	19%
Hoch (7-10)	54%	32%	14%

2.4.2 Die positive Formulierung (SPLIT B)

Die Antworten fallen optimistischer aus, wenn wir die Frage über die Globalisierung mit einer positiven Formulierung stellen. Die Tendenz ist allerdings ähnlich wie bei den Meinungen, die wir im Rahmen der Frage mit der negativen Formulierung festgestellt haben.

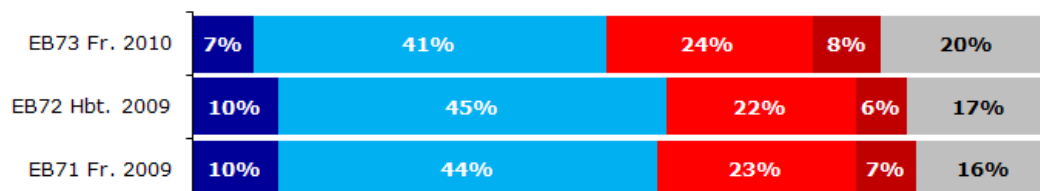
48% der europäischen Bürger sind mit der Aussage einverstanden (7% «Stimme voll und ganz zu» und 41% «Stimme eher zu»), dass «die EU es den europäischen Bürgern ermöglicht, stärker von den positiven Auswirkungen der Globalisierung zu profitieren». Dieser Anteil ist im Vergleich zur Eurobarometer-Umfrage 2009 um sieben Punkte gefallen. Im Gegensatz hierzu sind 32% der europäischen Bürger mit der Aussage nicht einverstanden (8% entfallen auf die Antwort «Stimme überhaupt nicht zu» und 24% «Stimme eher nicht zu»), wobei dieser Anteil seit Herbst 2009 um vier Punkte angestiegen ist. 20% (+3 Punkte) enthalten sich einer Meinung¹⁶.

Diese Ergebnisse bestätigen erneut, dass sich die positiven Meinungen der Bürger über die Rolle der Europäischen Union in der Globalisierung tendenziell verschlechtern.

¹⁶ QD1.12 Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. (SPLIT B) Die EU ermöglicht es den europäischen Bürgern, stärker von den positiven Auswirkungen der Globalisierung zu profitieren.

QD1.12 (SPLIT B) Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. Die EU ermöglicht es den europäischen Bürgern, stärker von den positiven Auswirkungen der Globalisierung zu profitieren
- %EU

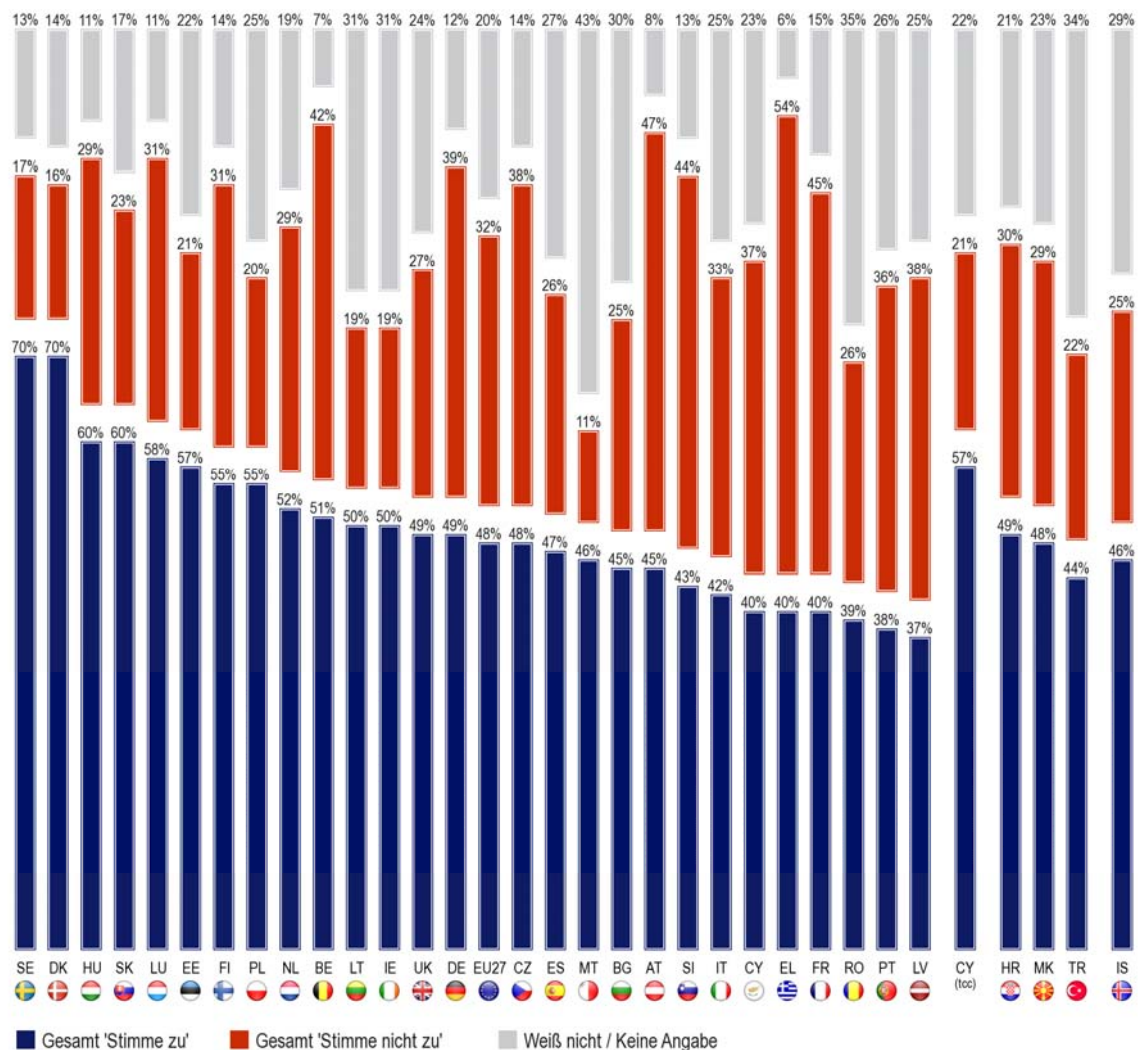
■ Stimme voll und ganz zu ■ Stimme eher zu ■ Stimme eher nicht zu ■ Stimme überhaupt nicht zu ■ Weiß nicht



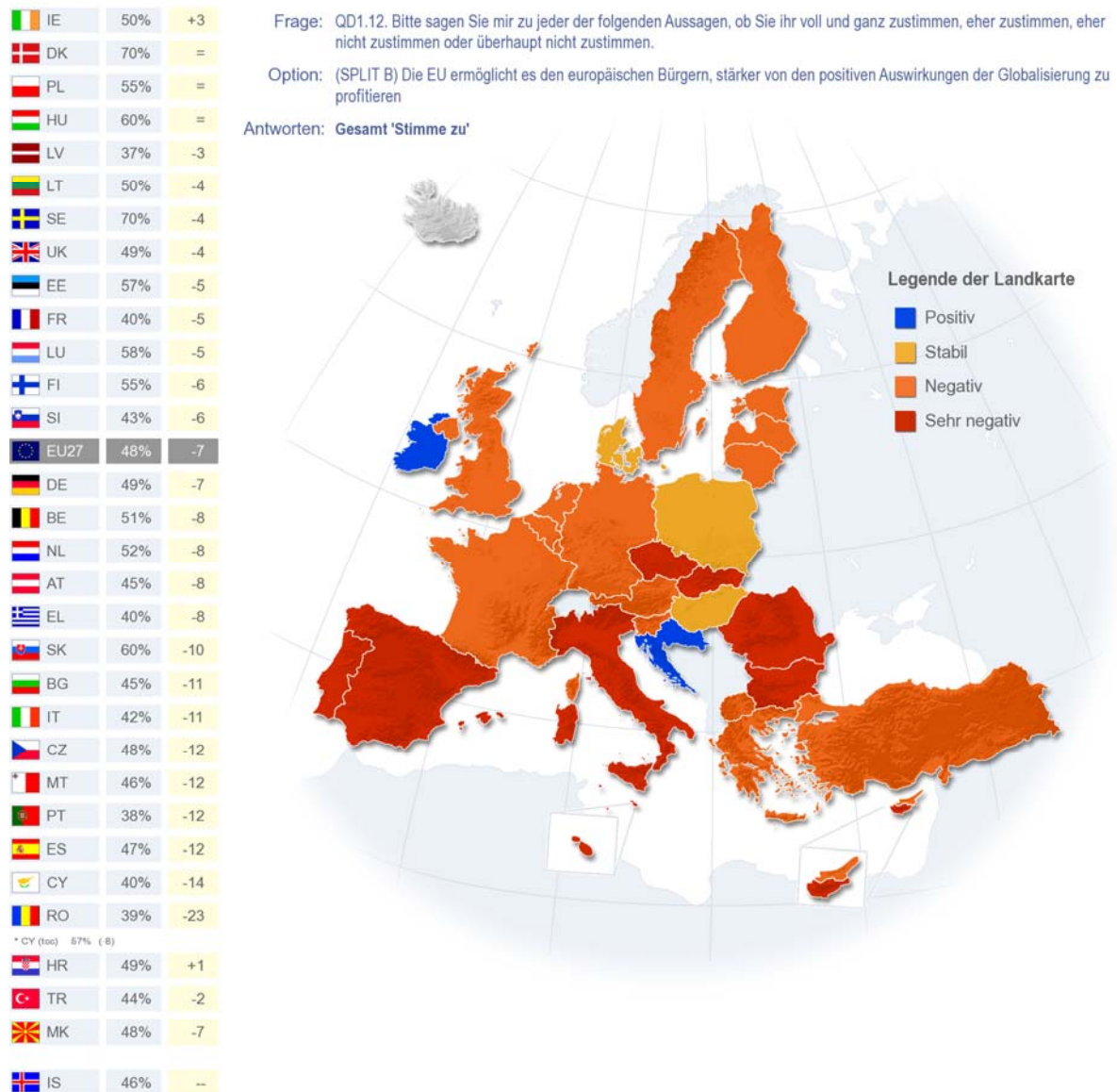
Griechenland (54% gegenüber 40%) und Frankreich (45% gegenüber 40%) sind die einzigen Mitgliedstaaten der EU, in denen eine Mehrheit der Befragten nicht davon überzeugt ist, dass es die EU den europäischen Bürgern ermöglicht, stärker von den positiven Auswirkungen der Globalisierung zu profitieren. Der Umstand, dass es sich hierbei um die beiden Länder handelt, in denen die positiven Auswirkungen mit der geringsten Wahrscheinlichkeit wahrgenommen werden, trägt hierzu zweifellos bei. In Lettland (37% bewerten die Rolle der Union positiv im Vergleich zu 38%), Portugal (38% gegenüber 36%), Österreich (45% gegenüber 47%) und in Slowenien (43% gegenüber 44%) fallen die Meinungen sehr geteilt aus. Die Befragten in Schweden (70%), Dänemark (70%), Ungarn (60%) und der Slowakei (60%) sind am häufigsten davon überzeugt, dass es die EU den Bürgern ermöglicht, von den positiven Auswirkungen der Globalisierung zu profitieren. Im Übrigen handelt es sich hierbei um diejenigen Mitgliedstaaten, in denen die positiven Auswirkungen am deutlichsten wahrgenommen werden.

QD1.12. Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

(SPLIT B) Die EU ermöglicht es den europäischen Bürgern, stärker von den positiven Auswirkungen der Globalisierung zu profitieren






Für nahezu alle Mitgliedstaaten können wir feststellen, dass die Bewertungen der positiven Rolle der Union mittlerweile schlechter ausfallen. Die einzigen Ausnahmen bilden Irland, Dänemark und Polen. Eine besonders deutliche Verschlechterung ist in Rumänien (-23 Punkte), auf Zypern (-14 Punkte), in Spanien (-12 Punkte), Portugal (-12 Punkte), auf Malta (-12 Punkte), in der Tschechischen Republik (-12 Punkte), Italien (-11 Punkte), Bulgarien (-11 Punkte), der Slowakei (-10 Punkte), Griechenland (-8 Punkte), Österreich (-8 Punkte), den Niederlanden (-8 Punkte), Belgien (-8 Punkte) sowie Deutschland (-7 Punkte) zu beobachten.



Diff. EB73-EB72

In diesen Antworten können wir auch die strukturellen sozialen Gegensätze wieder finden, die die europäische öffentliche Meinung in allen Fragen mit einem Bezug zur Globalisierung und der Europäischen Union kennzeichnen. Die Rolle der Union wird in den oberen, besser situierten und gut ausgebildeten Bevölkerungsschichten, d.h. in den Kategorien, die der Welt gegenüber aufgeschlossener sind, positiver bewertet, als in den einfacheren, sozial weniger gut situierten Bevölkerungsschichten. 36% der befragten Personen, die Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen haben, sind davon überzeugt, dass die EU den Bürgern dabei hilft, von den positiven Auswirkungen der Globalisierung zu profitieren, während dies für 51% derjenigen gilt, die keine Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen haben. 35% der befragten Personen, die ihre Ausbildung vor dem 16. Lebensjahr abgeschlossen haben, bewerten die Rolle der Union positiv, während dies für 56% derjenigen gilt, die ihre Ausbildung auch im Alter von über 19 Jahren fortgeführt haben. Das Geschlecht und das Alter der Befragten sind ebenfalls bedeutende Faktoren: 51% der Männer und 55% der Befragten im Alter von 15-24 Jahren stimmen darin überein, dass die Union eine positive Rolle spielt. Demgegenüber gilt dies für 44% der Frauen und 41% der Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber. Wir stellen darüber hinaus fest, dass der Anteil an Befragten, die keine Antwort geben, bei den Frauen (25%) und den Befragten im Alter von 55 und darüber (26%) höher liegt.

QD1.12 Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.
(SPLIT B) Die EU ermöglicht es den europäischen Bürgern, stärker von den positiven Auswirkungen der Globalisierung zu profitieren

	Gesamt 'Stimme zu'	Gesamt 'Stimme nicht zu'	Weiß nicht / Keine Angabe
EU27	48%	32%	20%
Geschlecht			
 Männlich	51%	34%	15%
Weiblich	44%	31%	25%
Alter			
 15-24	55%	25%	20%
25-39	51%	33%	16%
40-54	48%	36%	16%
55 +	41%	33%	26%
Ausbildung (Ende der)			
 15-	35%	34%	31%
16-19	48%	34%	18%
20+	56%	32%	12%
Studiert noch	55%	25%	20%
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen			
Meistens	36%	41%	23%
Von Zeit zur Zeit	45%	34%	21%
Fast nie	51%	31%	18%
Selbsteinstufung auf der gesellschaftlichen Skala			
Niedrig (1-4)	39%	38%	23%
Mittel (5-6)	48%	32%	20%
Hoch (7-10)	56%	29%	15%

II. DIE EUROPÄISCHEN BÜRGER, DIE EUROPÄISCHE UNION UND DIE KRISE

Die vorliegende Eurobarometer-Umfrage wurde zu einem Zeitpunkt durchgeführt¹⁷, als einige vorsichtige Zeichen der Erholung sichtbar zu werden schienen: Die Situation der Weltwirtschaft hatte sich etwas erholt, auch wenn der IWF davon ausging, dass die Europäische Union „sich langsamer aus der Rezession herausarbeiten würde als andere Regionen“.

Die Europäische Union befindet sich zum Zeitpunkt der Durchführung dieser Umfrage trotz der verbesserten Situation in einem sozioökonomischen Kontext, der von öffentlichen Schulden und Defiziten gekennzeichnet ist (diese überschreiten insbesondere in Griechenland bei weitem die Maastricht-Kriterien der Euro-Zone) sowie von Arbeitslosenzahlen, die in einigen Mitgliedstaaten explosionsartig ansteigen: Im Mai 2010 hat die Arbeitslosenquote mit 10,1% der aktiven Bevölkerung in der Euro-Zone einen historisch hohen Prozentsatz erreicht¹⁸.

Sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene wurden die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt ausgiebig in den Medien thematisiert, ebenso wie die verschiedenen Pläne, einen Ausweg aus der Krise zu finden. Dementsprechend sollten die Ergebnisse des hier folgenden, die Krise in der Union behandelnden Teils der Umfrage, vor dem Hintergrund einer starken Mediatisierung und einer spürbaren Verschlechterung des sozialen Klimas beurteilt werden.

¹⁷ Daten der Feldarbeit: 5. Mai 2010 – 28. Mai 2010.

¹⁸ Noch nie seit Schaffung der Eurozone im Januar 1999 war dieser Wert derart hoch.

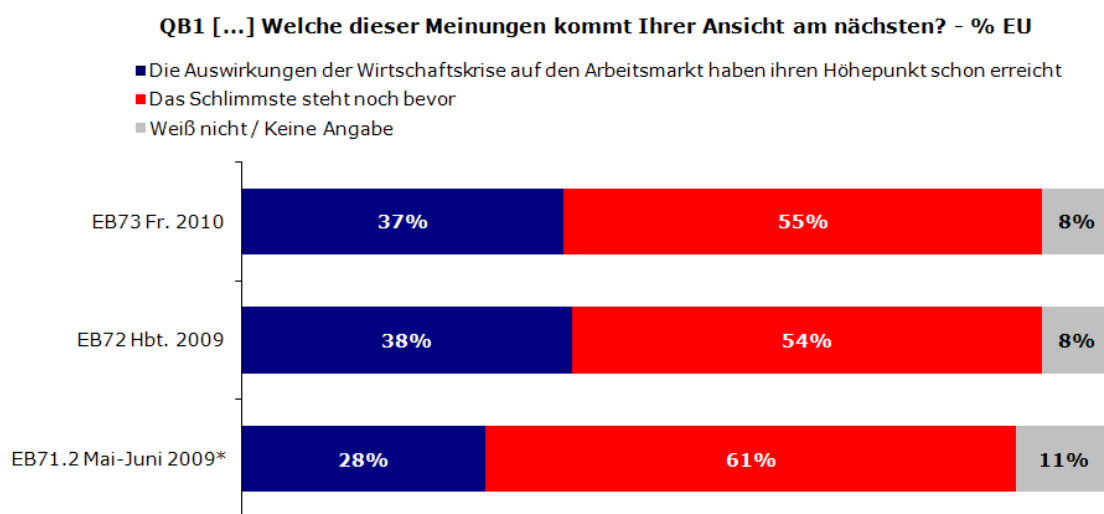
1. HAT DIE KRISE IHREN HÖHEPUNKT SCHON ERREICHT?

- Eine Mehrheit der europäischen Bürger ist davon überzeugt, dass das Schlimmste noch bevorsteht -

Die europäischen Bürger sind nach wie vor mehrheitlich der Ansicht, dass sich die negativen Konsequenzen der Wirtschaftskrise noch nicht vollständig bemerkbar gemacht haben und dass das Schlimmste für den Arbeitsmarkt noch bevorsteht (55%, +1 Punkt). Mehr als ein Drittel (37%, -1 Punkt) schätzt hingegen, dass die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt mittlerweile ihren Höhepunkt erreicht haben. Seit Herbst 2009¹⁹ sind diese Ergebnisse ausgesprochen stabil geblieben.

Wenn wir allerdings die Daten über den Zeitraum eines gesamten Jahres analysieren, stellen wir fest, dass seit Frühjahr 2009 eine deutliche Erhöhung des Anteils der «Optimisten» (+9 Punkte) beobachtet werden kann, während der Anteil der «Pessimisten» um sechs Punkte gefallen ist.

Außerdem weisen wir darauf hin, dass in den Mitgliedstaaten, die nicht der Euro-Zone angehören, eine diesbezüglich optimistischere Einstellung anzutreffen ist (42%) als in den Ländern, die zur Euro-Zone gehören (34%).



* EB71.2 war kein Standard Eurobarometer, sondern eine Studie über "Die europäische Beschäftigungs- und Sozialpolitik".

¹⁹ QB1 Einige Fachleute sagen, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht und die Situation wird sich langsam wieder bessern; andere hingegen sind der Ansicht, dass das Schlimmste noch bevorsteht. Welche dieser Meinungen kommt Ihrer Ansicht am nächsten? Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht; Das Schlimmste steht noch bevor.

Die erheblichen Differenzen zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten würde unbeachtet bleiben, wenn lediglich die Daten auf europäischer Ebene analysiert würden. Einige der im Norden der EU liegenden Länder (insbesondere die nordischen und baltischen Mitgliedstaaten) unterscheiden sich nämlich recht auffallend durch ihre erhöhten Optimismuswerte:

Die Befragten in Schweden (63%) und Dänemark (61%) sind – wie schon im Herbst 2009 – die optimistischsten Europäer, dicht gefolgt von den Befragten in Estland (59%) und in Ungarn (57%).

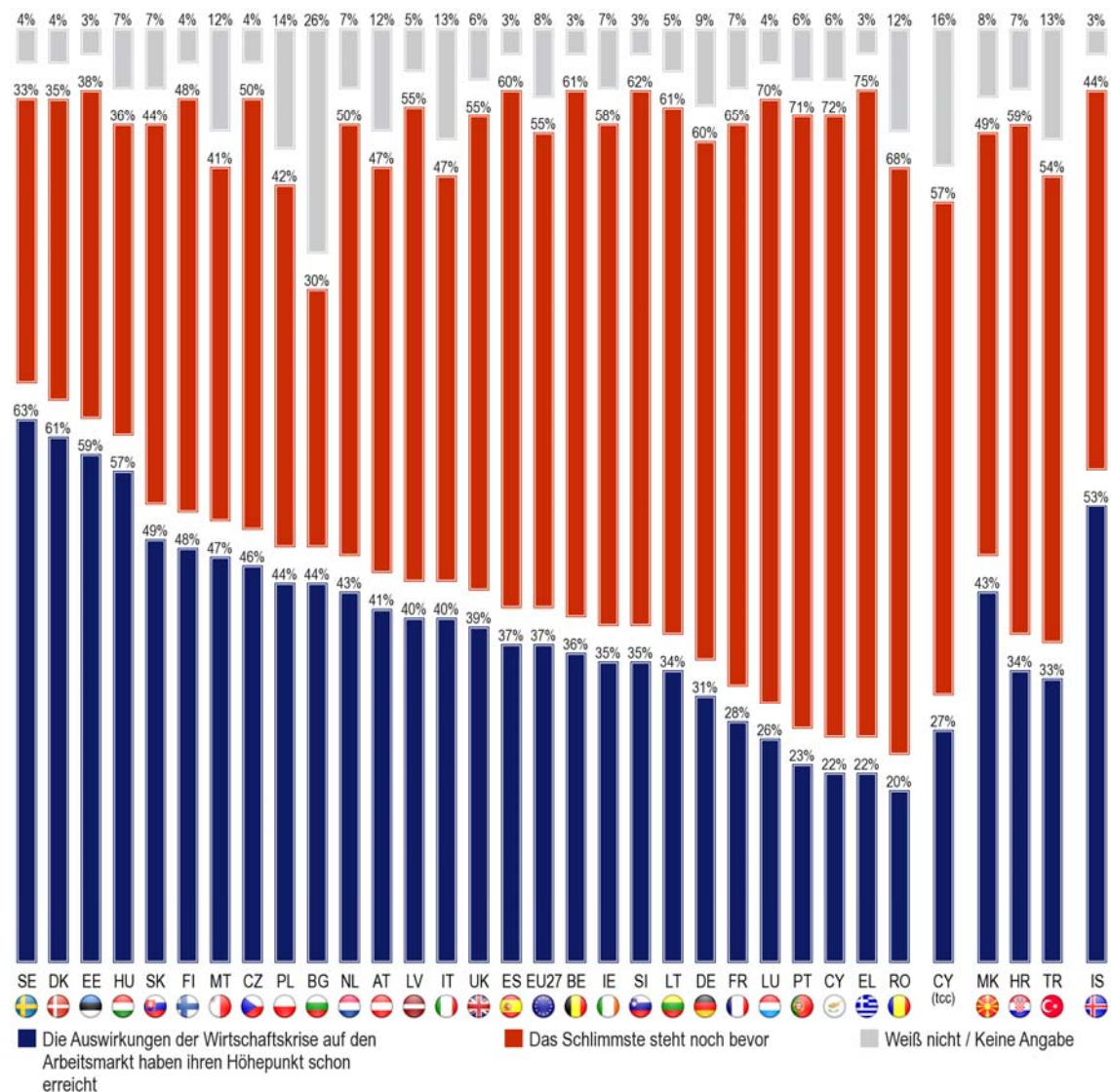
In Finnland hingegen bietet sich ein sehr gespaltenes Meinungsbild: Die Zahl der Befragten, die der Ansicht sind, dass die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt schon ihren Höhepunkt erreicht haben, ist genauso hoch (48%), wie die Zahl derjenigen, die überzeugt sind, dass das Schlimmste noch bevorsteht. In Polen und der Slowakei ist eine ähnliche Situation zu beobachten, wenn auch weniger ausgeprägt: Hier erklären 44% bzw. 49% der Befragten, eine optimistische Einstellung zu haben, während 42% bzw. 44% sich zu diesem Thema pessimistisch äußern.

In den restlichen Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind die Bürger eher pessimistisch eingestellt. Insbesondere in Griechenland (75% der Befragten sind überzeugt, dass das Schlimmste noch bevorsteht), dem Land, das mit finanziellen Schwierigkeiten noch nie gekannten Ausmaßes konfrontiert ist, stellen wir für diese Aussage ausgesprochen hohe Anteile fest. Gleiches gilt für Zypern (72%), Portugal (71%), Luxemburg (70%) und Rumänien (68%).

Es ist interessant festzustellen, dass die Befragten in den Kandidatenländern Kroatien und der Türkei exakt dieselben Antworten geben, wie die Europäer insgesamt: 59% bzw. 54% der befragten Personen vertreten die Ansicht, dass das Schlimmste noch bevorsteht und 34% bzw. 33% sind überzeugt, dass die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt ihren Höhepunkt schon erreicht haben. Die Bewohner der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien hingegen sind eher geteilter Meinung: 49% sind pessimistisch und 43% optimistisch eingestellt.

Was die öffentliche Meinung auf Island anbelangt, zeigt sich hier ein Meinungsbild, das zu demjenigen des europäischen Durchschnitts spiegelverkehrt ist: Die Mehrheit vertritt eine optimistische Einstellung (53%) während 44% überzeugt sind, dass das Schlimmste noch bevorsteht.

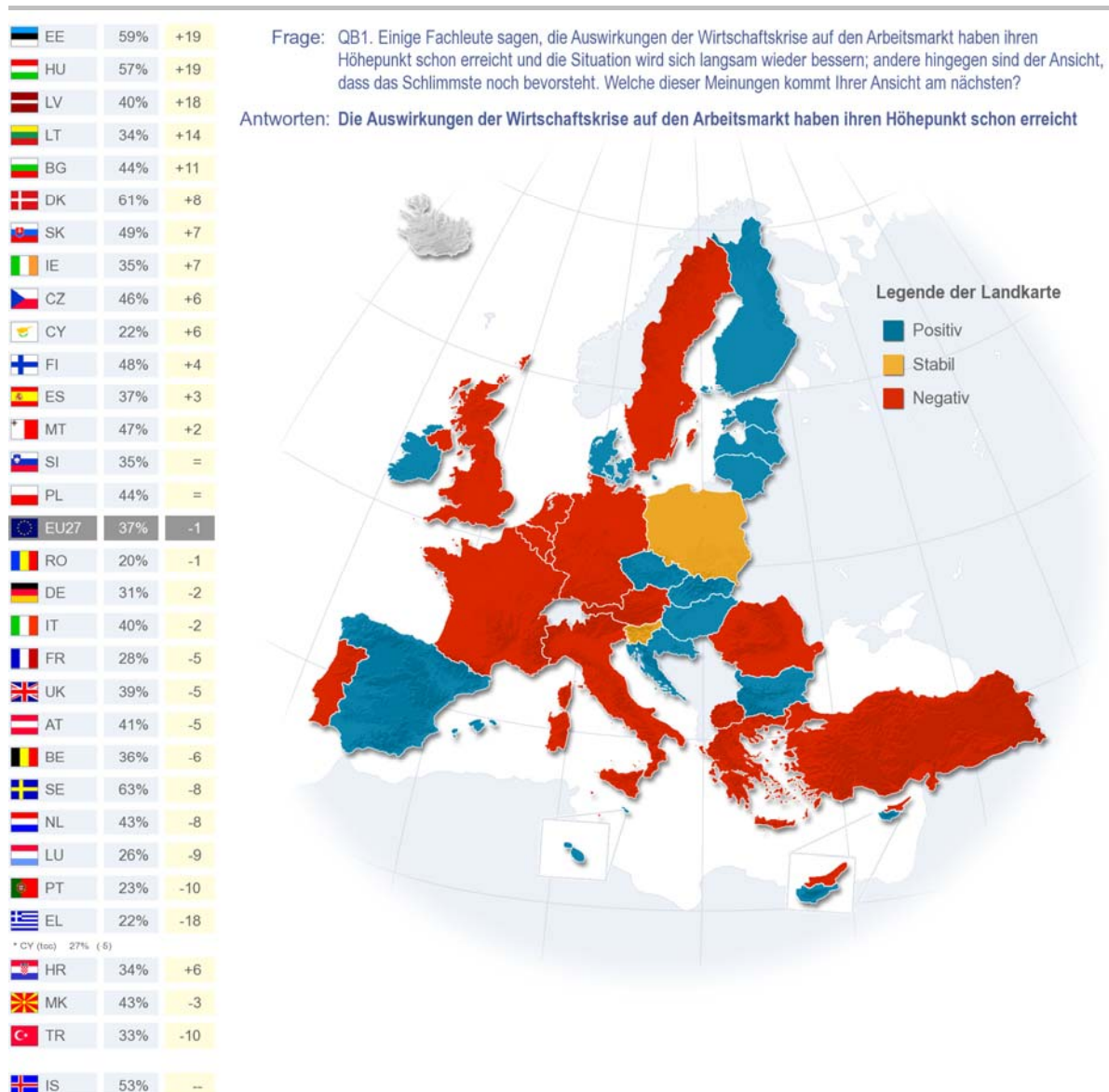
QB1. Einige Fachleute sagen, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht und die Situation wird sich langsam wieder bessern; andere hingegen sind der Ansicht, dass das Schlimmste noch bevorsteht. Welche dieser Meinungen kommt Ihrer Ansicht am nächsten?



In folgenden Mitgliedstaaten hat die öffentliche Meinung seit der letzten Eurobarometer-Umfrage wieder deutlich mehr Vertrauen in die Zukunft des Arbeitsmarktes: Estland (59%, +19 Punkte), Ungarn (57%, +19 Punkte), Lettland (40%, +18 Punkte), Litauen (34%, +14 Punkte) und Bulgarien (44%, +11 Punkte).

Andererseits kann es nicht überraschen, dass die Befragten in Griechenland (22% der Befragten haben derzeit eine optimistische Einstellung, -18 Punkte) im Zeitraum der sechs Monate zwischen den beiden Eurobarometer-Umfragen sehr viel Vertrauen verloren haben. Gleiches gilt allerdings auch für die befragten Personen in Portugal (23%, -10 Punkte), Luxemburg (26%, -9 Punkte), Schweden (63%, -8 Punkte) und den Niederlanden (43%, -8 Punkte).

Unter den Kandidatenländern lässt sich aus den Antworten der befragten Personen in der Türkei eine ähnliche Situation ablesen (33%, -10 Punkte).



Diff. EB73 – EB72

Nachdem wir festgestellt haben, dass die relative Mehrheit der europäischen Bürger (55%) eine eher pessimistische Einstellung dazu hat, wie sich die Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt auswirkt, ermöglicht es uns die **soziodemografische Analyse** einige Unterschiede zwischen den verschiedenen Befragtenkategorien aufzuzeigen.

Je älter die Befragten, umso pessimistischer ist ihre Einstellung: 57% der europäischen Bürger im Alter von 55 Jahren und darüber sind davon überzeugt, dass das Schlimmste noch bevorsteht. Dies gilt für 48% der Befragten im Alter von 15-24 Jahren.



Ebenfalls eine Rolle spielt es, wenn die Befragten zu einer der sozioökonomischen Kategorien gehören, die «besser situiert» ist: 51% bzw. 50% der Führungskräfte und Angestellten sind der Ansicht, dass das Schlimmste noch bevorsteht (im Vergleich zu 64% der Arbeitslosen und 62% der Hausfrauen und -männer).

47% der europäischen Bürger, die sich selbst am oberen Ende der sozialen Hierarchie positionieren, sind gleichermaßen pessimistisch eingestellt, während dies für 66% derjenigen gilt, die sich am unteren Ende der sozialen Hierarchie einstufen. Auch 51% der Personen, die nahezu niemals Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen haben, befürchten nach wie vor das Schlimmste, während dies für 68% derjenigen Befragten gilt, die meistens finanzielle Schwierigkeiten haben.

Zu dieser Frage beobachten wir auch in Abhängigkeit der politischen Zuordnung unterschiedliche Präferenzen: Befragte, die sich politisch eher der Linken zurechnen, haben eine deutlich pessimistischere Einstellung (60%) als diejenigen, die sich als rechtsorientiert bezeichnen (50%).

62% der europäischen Bürger schließlich, die erklären, der Euro habe die negativen Auswirkungen der Krise nicht gemildert (Frage QB5), sind in Bezug auf die Zukunft des Arbeitsmarktes pessimistisch eingestellt. Dieser Wert ist unter denjenigen niedriger (48%), die erklären, der Euro habe die Auswirkungen der Krise sehr wohl gemildert.

QB1 Einige Fachleute sagen, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht und die Situation wird sich langsam wieder bessern; andere hingegen sind der Ansicht, dass das Schlimmste noch bevorsteht. Welche dieser Meinungen kommt Ihrer Ansicht am nächsten?

	Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht	Das Schlimmste steht noch bevor	Weiß nicht / Keine Angabe
EU27	37%	55%	8%
Alter			
 15-24	43%	48%	9%
25-39	39%	53%	8%
40-54	35%	58%	7%
55 +	33%	57%	10%
Berufliche Situation der Befragten			
 Selbstständige	38%	55%	7%
Leitende Angestellte	43%	51%	6%
Andere Angestellte	41%	50%	9%
Arbeiter	37%	56%	7%
Hausfrauen / -männer	29%	62%	9%
Arbeitslose	28%	64%	8%
Rentner / Pensionäre	33%	57%	10%
Schüler / Studenten	46%	43%	11%
Links-Rechts Skala			
(1-4) Links	33%	60%	7%
(5-6) Mitte	39%	53%	8%
(7-10) Rechts	44%	50%	6%
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen			
Meistens	24%	68%	8%
Gelegentlich	32%	59%	9%
Nahezu nie	41%	51%	8%
Selbstpositionierung über die soziale Treppe			
Niedrig (1-4)	25%	66%	9%
Mittel (5-6)	38%	54%	8%
Hoch (7-10)	46%	47%	7%
Euro während der Krise			
Hat die negativen Auswirkungen gemildert	45%	48%	7%
Hat nicht die negativen Auswirkungen gemildert	32%	62%	6%

2. DIE AUSWIRKUNGEN DER KRISE AUF DIE SITUATION DER HAUSHALTE

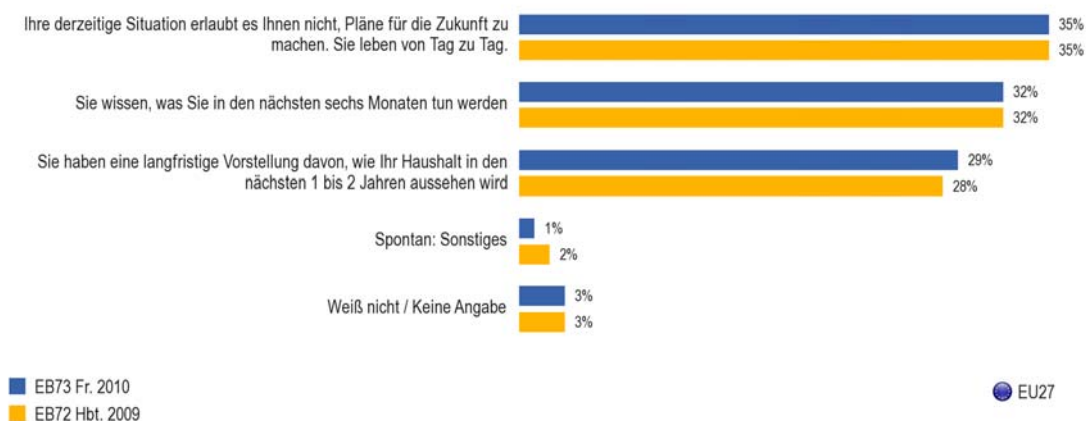
- Ein Drittel der europäischen Bürger gibt an, keine Pläne für die Zukunft zu machen -

Da die Hälfte der europäischen Bürger davon überzeugt ist, dass das Schlimmste noch bevorsteht, untersuchen wir im Folgenden, welche Vorstellung sie von ihrem Alltag und ihrer Zukunft haben.

Interessant ist zunächst einmal, dass die Ergebnisse im Vergleich zu den vorherigen Umfragen außerordentlich stabil geblieben sind²⁰. Mehr als ein Drittel der Befragten (exakt 35%) ist nach wie vor der Ansicht, dass es die derzeitige Situation nicht erlaubt, Pläne für die Zukunft zu machen. Diese Bürger leben von Tag zu Tag. Im Frühjahr und Herbst 2009 wurde jeweils dasselbe Ergebnis festgestellt (EB71 und EB72).

32% der Befragten gehören nach wie vor zu den Bürgern, die "wissen, was sie in den nächsten sechs Monaten tun werden" (im Frühjahr 2009 betrug dieser Anteil 29% und im Herbst 2009 32%). Nach wie vor hat mehr als ein Viertel der Bevölkerung (29%, +1 Punkt) "eine langfristige Vorstellung davon, wie der eigene Haushalt in den nächsten ein bis zwei Jahren aussehen wird".

QB2. Welche der folgenden Aussagen beschreibt Ihre derzeitige Haushaltssituation am besten?



²⁰ QB2 Welche der folgenden Aussagen beschreibt Ihre derzeitige Haushaltssituation am besten? Ihre derzeitige Situation erlaubt es Ihnen nicht, Pläne für die Zukunft zu machen. Sie leben von Tag zu Tag; Sie wissen, was Sie in den nächsten sechs Monaten tun werden; Sie haben eine langfristige Vorstellung davon, wie Ihr Haushalt in den nächsten 1 bis 2 Jahren aussehen wird; Sonstiges.

Von diesen europäischen Durchschnittswerten einmal abgesehen, stellen wir zwischen den Mitgliedstaaten erhebliche Unterschiede fest, und zwar vor allem in Abhängigkeit von dem Zeitpunkt ihres Beitritts zur EU.

In den EU15-Mitgliedstaaten liegt der Anteil der Bürger, die erklären, von Tag zu Tag leben zu müssen, um 10 Punkte niedriger als der Anteil, den wir für die NMS12 feststellen (33% gegenüber 43%). Für die Befragten, die erklären, sie hätten eine langfristige Vorstellung davon, wie ihr Haushalt aussehen wird, stellen wir für die EU15-Länder einen Anteil von 32% und einen von nur 15% für die NMS12 fest. Für die Befragten aus den Mitgliedstaaten, die erst vor kurzem der EU beigetreten sind, scheint es deutlich schwieriger zu sein, Pläne für die Zukunft zu machen.

In acht Mitgliedstaaten antwortet eine absolute Mehrheit der befragten Personen, dass es ihre derzeitige Situation nicht erlaubt, Pläne für die Zukunft zu machen und sie gezwungen sind, von Tag zu Tag zu leben. Dies gilt für Rumänien (55%) und Bulgarien (54%), zwei Länder, die der Union im Jahr 2007 beigetreten sind, aber auch für Malta (61%), Lettland (57%), Litauen (55%) und Ungarn (54%). Diese Länder sind im Jahr 2004 Mitglied der Europäischen Union geworden. Diese Antwort wird in insgesamt 13 Mitgliedstaaten von einer Mehrheit gewählt.

Ähnliche Ergebnisse stellen wir für die Türkei (64%) und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien (56%) fest. Diese Länder, so wie auch die türkisch-zyprische Gemeinschaft (50%), sind Kandidaten für einen Unionsbeitritt. Die Mehrheit dieser Ergebnisse entspricht nahezu exakt denjenigen, die im Herbst-Eurobarometer 2009 ermittelt wurden.

Bei den europäischen Bürgern, die eine langfristige Vorstellung davon haben, wie ihr Haushalt in den nächsten ein bis zwei Jahren aussehen wird, handelt es sich größtenteils (wie schon anlässlich der letzten Eurobarometer-Umfrage) um Bewohner der Länder, die sich im Norden Europas befinden: Finnland (49%), Dänemark und Deutschland (jeweils 47%), die Niederlande (44%), Schweden (42%) sowie Luxemburg und Österreich (jeweils 40%).

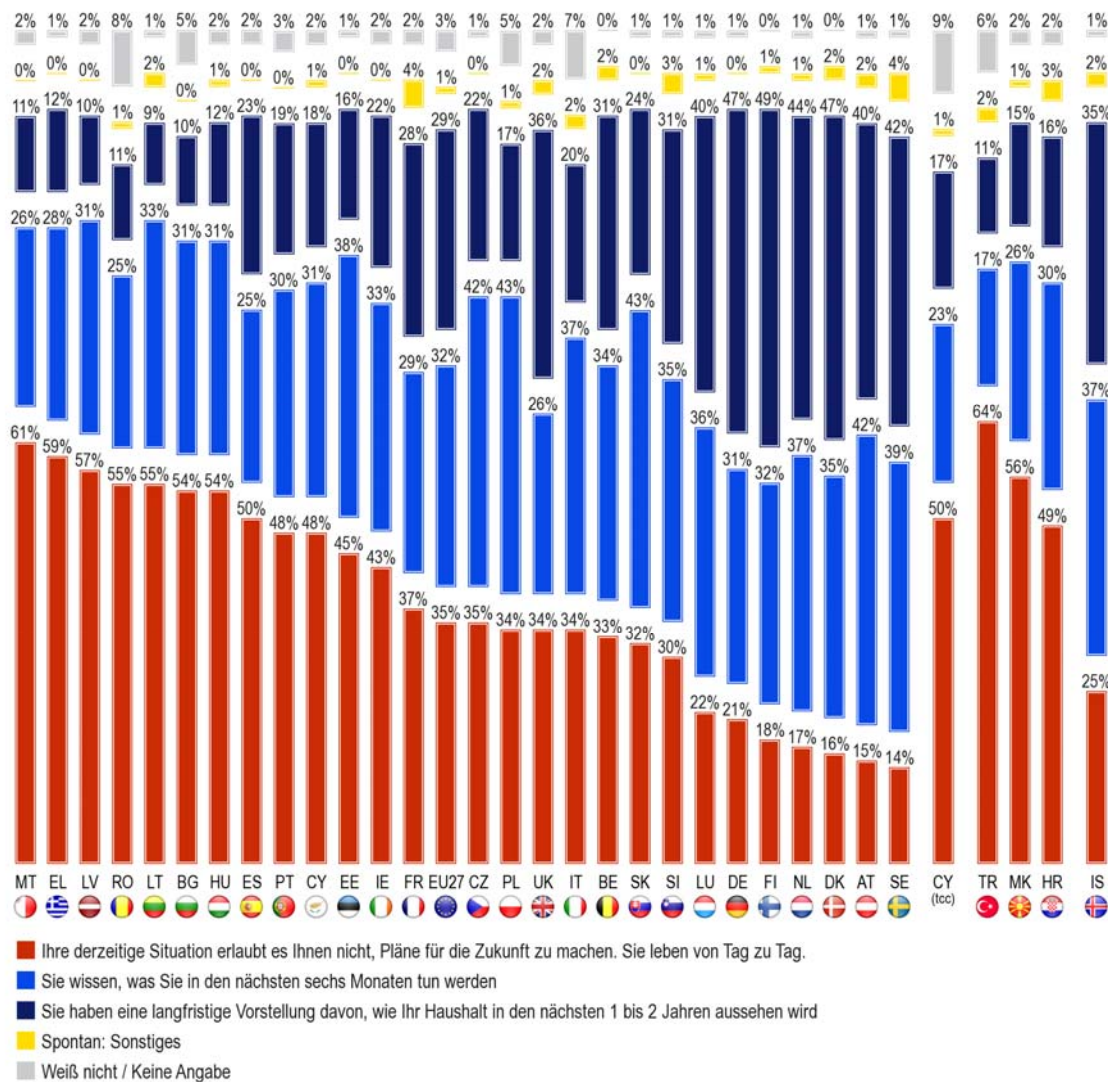
Wir weisen darauf hin, dass die Bürger der Länder, die zur Euro-Zone gehören, geringfügig seltener aussagen, sie würden von Tag zu Tag leben, als diejenigen, die aus den nichtteilnehmenden Ländern stammen (33% gegenüber 38%). Für zwei Länder der Euro-Zone, die im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit – insbesondere der Rating-Agenturen – standen, stellen wir Ergebnisse fest, die sich hiervon auffallend unterscheiden: In Griechenland erklären 59 % der Befragten, dass sie keine mittel- oder langfristigen Pläne machen und in Spanien gilt dies für 50% der Befragten.

Befragte, die angeben zu wissen, was sie in den nächsten sechs Monaten tun werden, sind vorrangig in Polen und der Slowakei (jeweils 43%) sowie in der Tschechischen Republik und in Österreich (jeweils 42%) anzutreffen.

In Bezug auf die Länder, die der Union beitreten wollen, stellen wir fest, dass die Meinung der Befragten in Kroatien derjenigen des europäischen Durchschnitts sehr ähnlich ist (30% wissen, was sie in den nächsten sechs Monaten tun werden). Dies gilt für 26% der Einwohner der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und für nur 17% der befragten Personen in der Türkei.

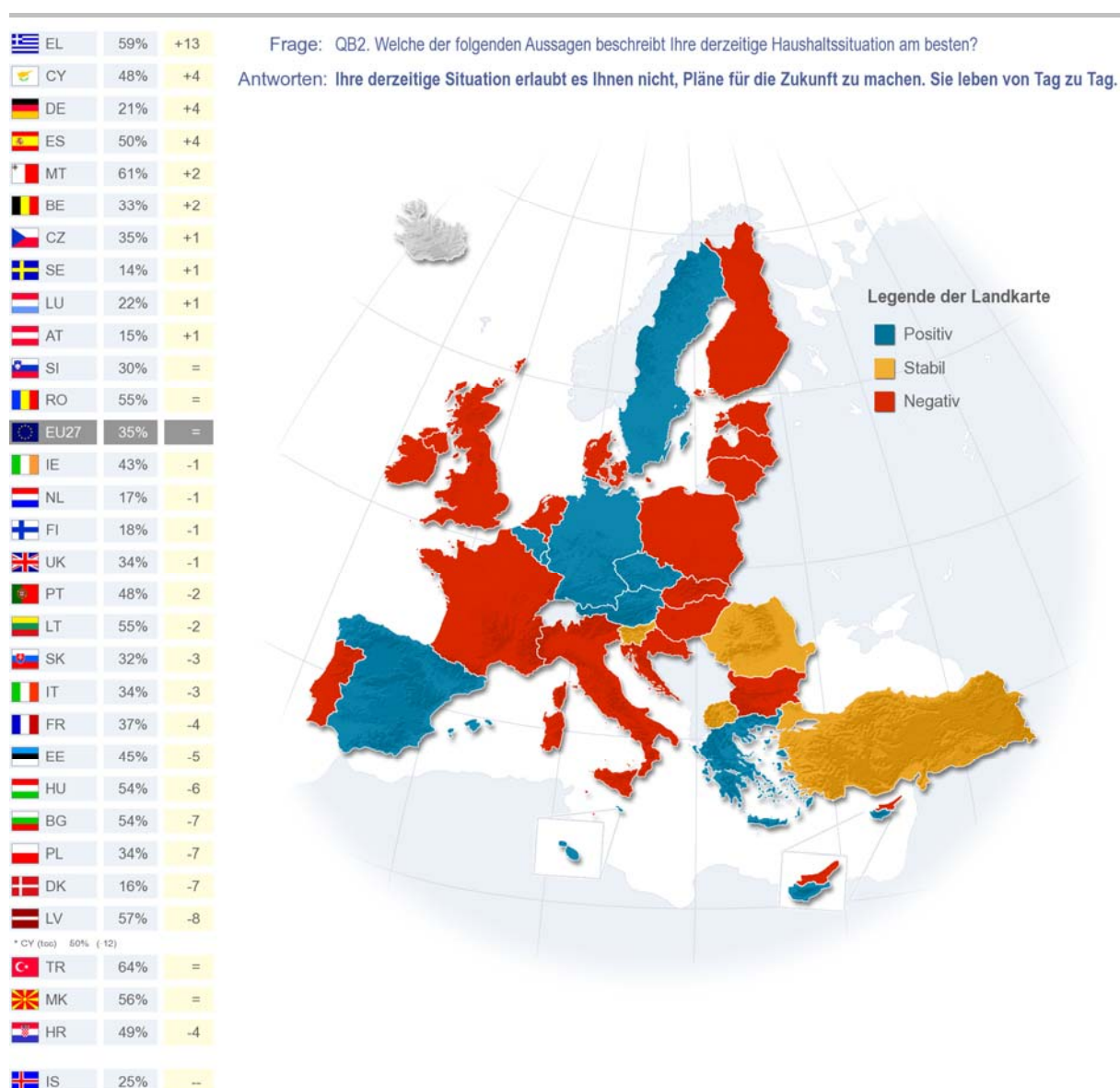
Auf Island sehen sich 37% der Befragten in der Lage, die nächsten 6 Monate vorzuplanen, im Vergleich zu einem Viertel der Bürger, die gezwungen sind, von Tag zu Tag zu leben. Allerdings gibt mehr als ein Drittel der Isländer an, langfristig zu planen: 35% von ihnen haben eine langfristige Vorstellung davon, wie ihr Haushalt in den nächsten ein bis zwei Jahren aussehen wird.

QB2. Welche der folgenden Aussagen beschreibt Ihre derzeitige Haushaltssituation am besten?



Bei einem Blick auf die Meinungsentwicklung wird deutlich, dass für Griechenland – seit Herbst 2009 in einer akuten Finanzkrise – die höchsten Zuwächse (+13 Punkte) an Befragten zu verzeichnen sind, die angeben, von Tag zu Tag zu leben. Auf Griechenland folgen Zypern, Deutschland und Spanien (jeweils +4 Punkte). In Lettland (-8 Punkte), Dänemark, Polen und Bulgarien (jeweils -7 Punkte) sowie Ungarn (-6 Punkte) hat sich demgegenüber dieser Anteil verringert.

Wenn auch nur in geringem Maße, so hat sich trotz alledem in einigen Mitgliedstaaten der Anteil der Befragten erhöht, die angeben, eine langfristige Vorstellung von der Situation ihres Haushaltes zu haben. Dies gilt insbesondere für das Vereinigte Königreich (36%, +5 Punkte), aber auch für Finnland (49%), Frankreich (28%), die Slowakei (24%) und Irland (22%). In all diesen Ländern verzeichnen wir jeweils einen Zuwachs von vier Punkten.



Diff. EB73 – EB72

Anhand der soziodemografischen Analyse können wir Folgendes verdeutlichen:

Je höher die Wahrscheinlichkeit, dass die Befragten einer «gut situierten» Kategorie angehören, umso eher können sie für die Zukunft planen. Befragte, die sich finanziell in weniger stabilen Situationen befinden, sehen sich häufiger gezwungen von Tag zu Tag zu leben.

Dementsprechend erklärt eine relative Mehrheit der Führungskräfte (48%) und der Befragten, die nahezu niemals Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen haben (39%), eine langfristige Vorstellung davon zu haben, wie ihr Haushalt (in den nächsten ein bis zwei Jahren) aussehen wird, während 66% der Arbeitslosen und 74% derjenigen, die meistens Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen haben, angeben von Tag zu Tag zu leben.

3. WELCHE AKTEURE SIND AM BESTEN IN DER LAGE, WIRKSAME MAßNAHMEN GEGEN DIE KRISE ZU ERGREIFEN?

- Die Europäische Union ist am besten in der Lage, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu ergreifen -

Im Rahmen der letzten beiden Eurobarometer-Umfragen vom Herbst (EB72) und Frühjahr 2009 (EB71), wurde den europäischen Bürgern schon einmal die Frage über den am besten geeigneten Akteur zur wirksamen Bekämpfung der Auswirkungen der Krise gestellt. Die Befragten hatten folgende Optionen zur Auswahl: Die supranationalen oder die «globalen» Institutionen (die Europäische Union, die G20 oder den Internationalen Währungsfonds), die nationalen Institutionen (die nationale Regierung) sowie die Vereinigten Staaten (USA).

In der Umfrage vom Frühjahr 2010 wurde zu Testzwecken eine zusätzliche Option eingeführt: „Die Länder der Eurozone, via die Eurogruppe“ wurde in den Fragebogen integriert. Die veränderte Frage wurde einer der beiden Hälften der gesamten Stichprobe von Befragten vorgelegt, die rein nach dem Zufallsprinzip ausgewählt worden war (SPLIT B).

Um allerdings die Ergebnisse mit denjenigen der letzten beiden Umfragen vergleichen zu können, sollte die andere Hälfte der Gesamtstichprobe (SPLIT A) auf dieselbe Frage antworten, die auch schon in den vorherigen Umfragen gestellt worden war.

Wir untersuchen als erstes die Ergebnisse der Gruppe SPLIT A, um die Entwicklungen festzustellen, die sich seit den letzten beiden Umfragen ergeben haben.

Im Vergleich zu den beiden vorherigen Umfragen können wir eine geringfügig veränderte Rangfolge der Antworten beobachten²¹:

Nach wie vor geben die Bürger die **Europäische Union** am häufigsten als Option an. Ihre Position wurde im Laufe der Monate noch gestärkt. Mehr als einer von vier Befragten wählt die EU (26%, +4 Punkte im Vergleich zur Herbstumfrage 2009 und +5 Punkte im Vergleich zur Frühjahrsumfrage 2009).

²¹ QB3a Welcher der folgenden Akteure ist Ihrer Meinung nach am besten in der Lage, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu ergreifen. (Wenn 'SPLIT A'): Die (NATIONALE) Regierung; Die Europäische Union; Die Vereinigten Staaten (USA); Die G20; Der internationale Währungsfonds (IWF); Spontan: Sonstige; Spontan: Keiner davon.

Die Option „**nationale Regierung**“ ist die einzige, deren Ergebnis im Vergleich zum Herbst 2009 keine Veränderung erfahren hat und mit 19% einen völlig gleich gebliebenen Anteil der Stimmen erhält. Schon in der letzten Eurobarometer-Umfrage wurde diese Option auf den zweiten Platz gewählt, nachdem sie zwischen Frühjahr und Herbst 2009 um sieben Punkte zugelegt hatte.

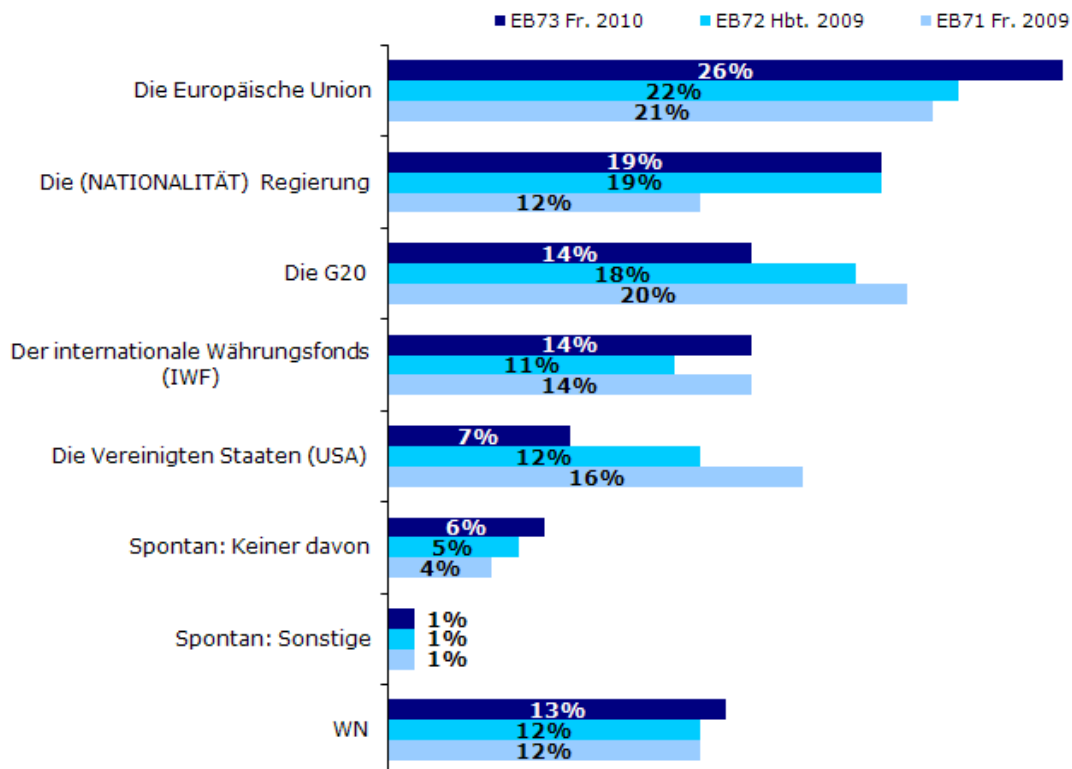
Die G20 verteidigen ihren dritten Platz unter den gewählten Antworten, ihr Anteil sinkt allerdings um vier Punkte (14%) und liegt dieses Mal gleichauf mit dem **Internationalen Währungsfonds**. Der letztere verbessert seinen Anteil um drei Punkte und wechselt im Vergleich zum Herbst 2009 vom fünften auf den dritten Platz. Wir stellen fest, dass die Anteile für die G20 seit einem Jahr kontinuierlich sinken, da sie im Frühjahr 2009 noch von 20% der europäischen Bürger gewählt wurden (es ist allerdings zu beachten, dass die Feldarbeit der Umfrage EB71 im Juni 2009 durchgeführt wurde, d.h. einige Wochen nach dem G20-Gipfel vom 2. April 2009 in London).

Der Anteil **der Vereinigten Staaten** wiederum sinkt um fünf Punkte: Nur 7% der europäischen Bürger sind der Ansicht, dass die USA am besten in der Lage wären, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu ergreifen (im Vergleich zum Frühjahr 2009 ist für diese Option sogar ein Rückgang von neun Punkten festzustellen).

Der Anteil der Befragten, die auf diese Frage keine Antwort geben, ist im Laufe der letzten Umfragen verhältnismäßig konstant geblieben (13%, +1 Punkt im Vergleich zum Herbstbericht 2009).

Des Weiteren stellen wir fest, dass in SPLIT B die Rangfolge der nationalen und supranationalen Institutionen und ihrer jeweiligen Anteile durch das Hinzufügen einer zusätzlichen Option («Die Länder der Eurozone, via die Eurogruppe») nur geringfügig verändert wurde.

QB3a Welcher der folgenden Akteure ist Ihrer Meinung nach am besten in der Lage, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu ergreifen? - % EU (SPLIT A)



Dank der Länderanalyse ist es uns möglich, die erheblichen Unterschiede zu verdeutlichen, die sich aus der von den Bürgern erstellten Rangliste zu der Frage ergeben, welche der Institutionen am besten in der Lage ist, wirksame Maßnahmen gegen die Wirtschafts- und Finanzkrise zu ergreifen:

In Belgien (36%), Polen (35%) und auf Zypern (34%) nennen die Befragten am häufigsten **die Europäische Union**. Gleiches gilt auch für Griechenland, Spanien, Italien, Luxemburg und Malta (jeweils 33%). Die befragten Personen im Vereinigten Königreich (9%) hingegen entscheiden sich am seltensten für die EU. Gefolgt sind sie von den befragten Bürgern in der Tschechischen Republik (13%) sowie, außerhalb der Union, von den Türken (11%), den Kroaten und den Befragten auf Island (jeweils 13%).

Die nationale Regierung wird besonders häufig von den Befragten in den Kandidatenländern gewählt (43% der Befragten in der Türkei, 36% in Kroatien und 30% in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien), aber auch von den Befragten der Mitgliedstaaten, die erst «kürzlich» der Union beigetreten sind: Es handelt sich um die Befragten in Rumänien (42%) – Beitritt zur Union im Jahre 2007 – und auf Malta (33%) – Beitritt 2004. Die nationale Regierung wird auch von den Befragten im Vereinigten Königreich (35%) am häufigsten genannt.

Im Vergleich hierzu wählen nur 7% der befragten Personen in der Tschechischen Republik ihre nationale Regierung. Dies gilt ebenfalls für jeweils 10% der Befragten in den Niederlanden und Belgien, aber auch für jeweils 11% der Befragten in Portugal und Slowenien.

Die G20 wird von den Befragten in Tschechien (36%), den Niederlanden (34%) und in Ungarn (28%) besonders häufig gewählt.

In Finnland wird besonders häufig **der Internationale Währungsfonds** gewählt (30%) – hier nimmt er im Übrigen auch den ersten Platz ein. Gleiches gilt für die Niederlande (20%), Österreich und Belgien (jeweils 19%). Demgegenüber gehören die Befragten in Portugal und Rumänien (jeweils 6%) zu den europäischen Bürgern, die den IWF am seltensten wählen.

Die befragten Personen in Dänemark (19%) und der Tschechischen Republik (14%) ziehen **die Vereinigten Staaten** allen anderen Optionen vor. Dies ist in Bulgarien, Griechenland, auf Zypern, in den Niederlanden und in Schweden (jeweils 4%) deutlich seltener der Fall.

In den Kandidatenländern beobachten wir eine sehr starke Verbundenheit mit der nationalen Regierung. Während die Befragten im europäischen Durchschnitt die eigene Regierung zu einem Anteil von 19% wählen, liegt dieser Wert in der Türkei bei 43%, in Kroatien bei 36% und in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien bei 30%. Im Gegenzug entscheiden sich diese Befragten seltener für die Europäische Union (11% in der Türkei, 13% in Kroatien und 21% in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien. Dies im Vergleich zu einem europäischen Durchschnitt von 26%).

Die G20 schließlich wird nur von sehr wenigen Befragten in den Kandidatenländern gewählt (jeweils 4% in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und der Türkei sowie 7% in Kroatien).

Wir stellen zuletzt noch fest, dass die Vereinigten Staaten von den Befragten in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien weitaus häufiger gewählt werden, als dies im europäischen Durchschnitt der Fall ist (18% gegenüber 7%).

Wie auch in den Kandidatenländern sind die Befragten auf Island der Ansicht, dass ihre eigene Regierung am besten in der Lage ist, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu ergreifen (29%). Die internationalen Institutionen und die Vereinigten Staaten werden von einem Anteil befragter Personen angegeben, der 13% oder weniger ausmacht.

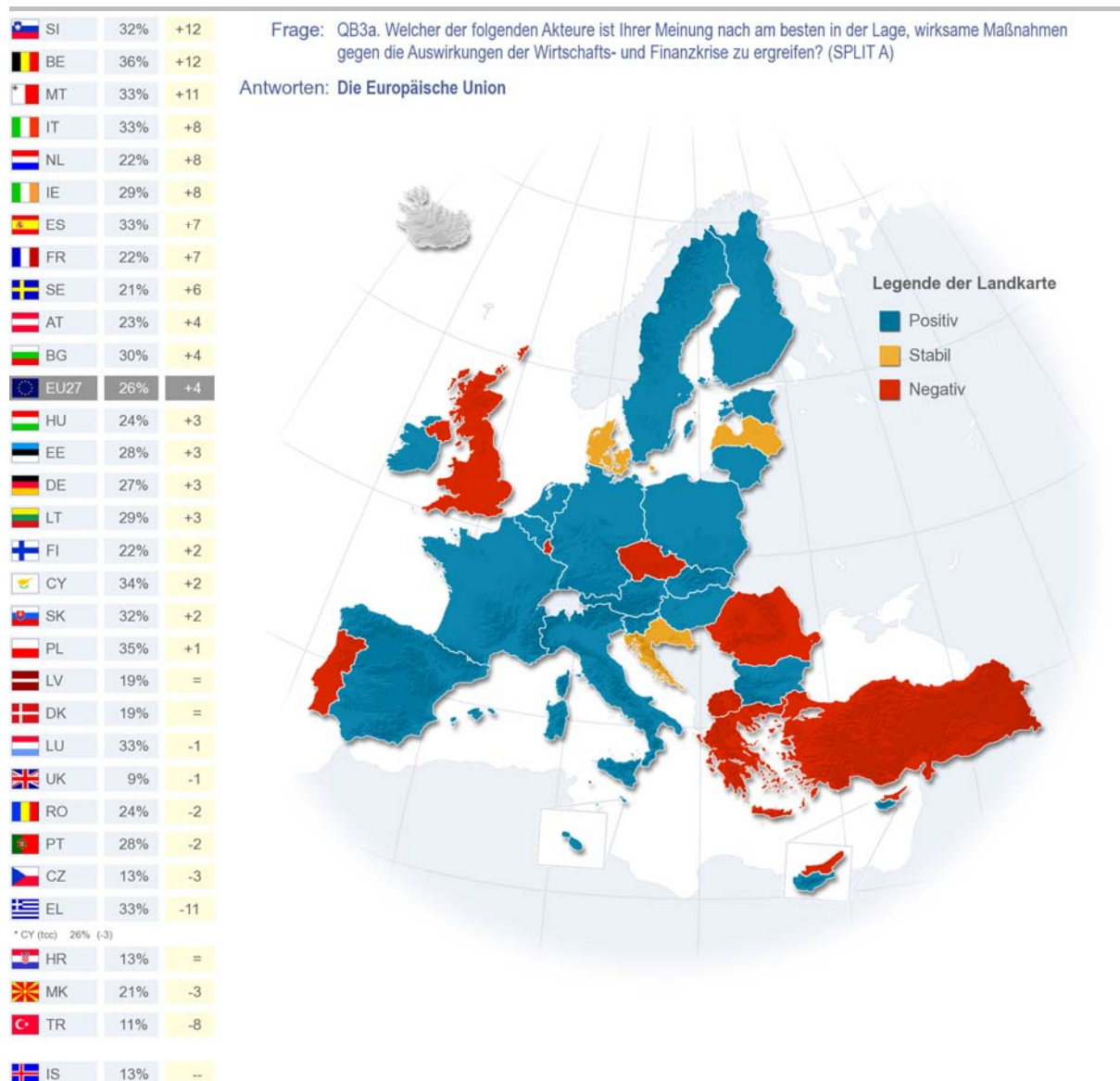
QB3a Welcher der folgenden Akteure ist Ihrer Meinung nach am besten in der Lage, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu ergreifen? (SPLIT A)

	Die Europäische Union	Die (NATIONALITÄT) Regierung	Die G20	Der internationale Währungsfonds (IWF)	Die Vereinigten Staaten (USA)	Spontan: nichts davon	Spontan: Sonstiges	WN
EU27	26%	19%	14%	14%	7%	6%	1%	13%
BE	36%	10%	17%	19%	9%	2%	2%	5%
BG	30%	23%	15%	8%	4%	4%	0%	16%
CZ	13%	7%	36%	15%	14%	5%	0%	10%
DK	19%	14%	16%	17%	19%	2%	0%	13%
DE	27%	12%	20%	16%	5%	8%	1%	11%
EE	28%	14%	18%	12%	6%	4%	2%	16%
IE	29%	24%	6%	13%	9%	3%	2%	14%
EL	33%	27%	7%	9%	4%	13%	3%	4%
ES	33%	16%	9%	14%	11%	5%	1%	11%
FR	22%	19%	14%	16%	6%	7%	1%	15%
IT	33%	17%	7%	11%	9%	6%	1%	16%
CY	34%	19%	12%	17%	4%	5%	2%	7%
LV	19%	19%	22%	10%	9%	10%	3%	8%
LT	29%	16%	12%	10%	10%	6%	2%	15%
LU	33%	14%	19%	14%	5%	2%	2%	11%
HU	24%	15%	28%	14%	8%	3%	1%	7%
MT	33%	33%	7%	9%	5%	0%	0%	13%
NL	22%	10%	34%	20%	4%	2%	2%	6%
AT	23%	20%	9%	19%	6%	9%	1%	13%
PL	35%	13%	9%	13%	7%	3%	1%	19%
PT	28%	11%	8%	6%	12%	9%	1%	25%
RO	24%	42%	9%	6%	5%	3%	1%	10%
SI	32%	11%	11%	15%	8%	13%	3%	7%
SK	32%	10%	22%	17%	5%	5%	0%	9%
FI	22%	13%	17%	30%	10%	1%	2%	5%
SE	21%	28%	18%	14%	4%	2%	1%	12%
UK	9%	35%	13%	13%	8%	5%	0%	17%
CY (tcc)	26%	28%	5%	12%	11%	7%	0%	11%
HR	13%	36%	7%	16%	8%	9%	1%	10%
TR	11%	43%	4%	8%	11%	7%	1%	15%
MK	21%	30%	4%	15%	18%	5%	1%	6%
IS	13%	29%	11%	13%	11%	8%	2%	13%
Höchster Prozentsatz per Land				<i>Niedrigster Prozentsatz per Land</i>				
Höchster Prozentsatz per Nennung				Niedrigster Prozentsatz per Nennung				

Wenn wir untersuchen, welche Entwicklungen sich für die Option «Europäische Union» im Vergleich zur Herbstumfrage 2009 (EB72) ergeben haben, erhalten wir ein recht vielschichtiges Bild. In einigen Mitgliedstaaten ist zu beobachten, dass die Fähigkeit der Europäischen Union, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu ergreifen, mittlerweile stärker anerkannt wird. In anderen Mitgliedstaaten hingegen findet sie geringere Beachtung.

Slowenien und Belgien (jeweils +12 Punkte), Malta (+11 Punkte) sowie Italien, die Niederlande und Irland (jeweils +8 Punkte) gehören zu den Mitgliedstaaten, in denen wir für diese Ergebnisse die höchsten positiven Entwicklungen feststellen können.

In Bezug auf die Mitgliedstaaten, in denen sich diese Werte negativ entwickelt haben (d.h. die Befragten nennen die Europäische Union seltener als Option) gilt dies in erster Linie für Griechenland (-11 Punkte – auch wenn die EU nach wie vor die am häufigsten genannte Institution ist). In der Tschechischen Republik (-3 Punkte), Rumänien und Portugal (-2 Punkte), im Vereinigten Königreich und in Luxemburg (-1) bleibt die negative Entwicklung in einem verhältnismäßig engen Rahmen.



Diff. EB73 – EB72

Bei einer Analyse der Ergebnisse in Abhängigkeit von den soziodemografischen Variablen stellen wir interessante Unterschiede fest. Der Anteil befragter Personen im Alter von 55 Jahren und darüber, die erklären, ihre nationale Regierung sei am besten in der Lage, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu ergreifen (21%), ist nahezu gleich hoch wie der Anteil an Befragten derselben Gruppe, die dasselbe von der Europäischen Union behaupten (24%). Demgegenüber wählen 27% der Befragten im Alter von 15-24 Jahren die Europäische Union im Vergleich zu nur 18% derselben Gruppe, die sich für die nationale Regierung entscheiden.

Darüber hinaus ist Folgendes festzustellen: Je kürzer die Ausbildungszeit, umso höher das Vertrauen der Befragten in die Fähigkeit der eigenen Regierung, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu ergreifen (22% der Personen, die ihre Ausbildung im Alter von 15 Jahren oder früher beendet haben, im Vergleich zu 15% derjenigen, die ihre Ausbildung bis zum 20. Lebensjahr und darüber hinaus fortgeführt haben). Aus der Gruppe befragter Personen, die eine kurze Ausbildungszeit absolviert haben, wird die Europäische Union hingegen von nahezu gleich vielen Befragten gewählt (26%), wie unter denjenigen Personen, die ihre Ausbildungszeit über ihren 19. Geburtstag hinaus fortgesetzt haben (27%).

Für die Wahl der jeweiligen Option scheint es bei dieser Frage überdies auch ausschlaggebend zu sein, ob der Befragte zu einer der gut situierten Kategorien gezählt werden kann:

- Nur 13% der Führungskräfte nennen ihre eigene Regierung (im Vergleich zu einem europäischen Durchschnitt von 19%), dafür entscheiden sich 22% von dieser Gruppe für die G20 (gegenüber 14% der Europäer im Durchschnitt).
- Außerdem wählen 23% der Befragten, die die meiste Zeit mit finanziellen Schwierigkeiten kämpfen, ihre nationale Regierung (während dies für 17% derjenigen gilt, die nahezu niemals Schwierigkeiten damit haben).
- Die befragten Personen schließlich, die sich im Allgemeinen überhaupt nicht für Politik interessieren, nennen häufiger ihre eigene Regierung als die europäischen Bürger im Durchschnitt (22% gegenüber 19%). Demgegenüber neigen Befragte, die sich für Politik interessieren, eher dazu die Europäische Union (27%) oder die G20 (18%) zu wählen als die europäischen Bürger im Durchschnitt.

Ergebnisse von SPLIT B:

Um Informationen darüber zu erhalten, welche Bedeutung die europäischen Bürger den Ländern der Eurozone, via die Eurogruppe, beimessen, wurde die Liste der fünf Vorschläge, die den Bürgern im Rahmen der vorherigen Umfragen zur Auswahl gegeben wurden, um diese Option erweitert.²²

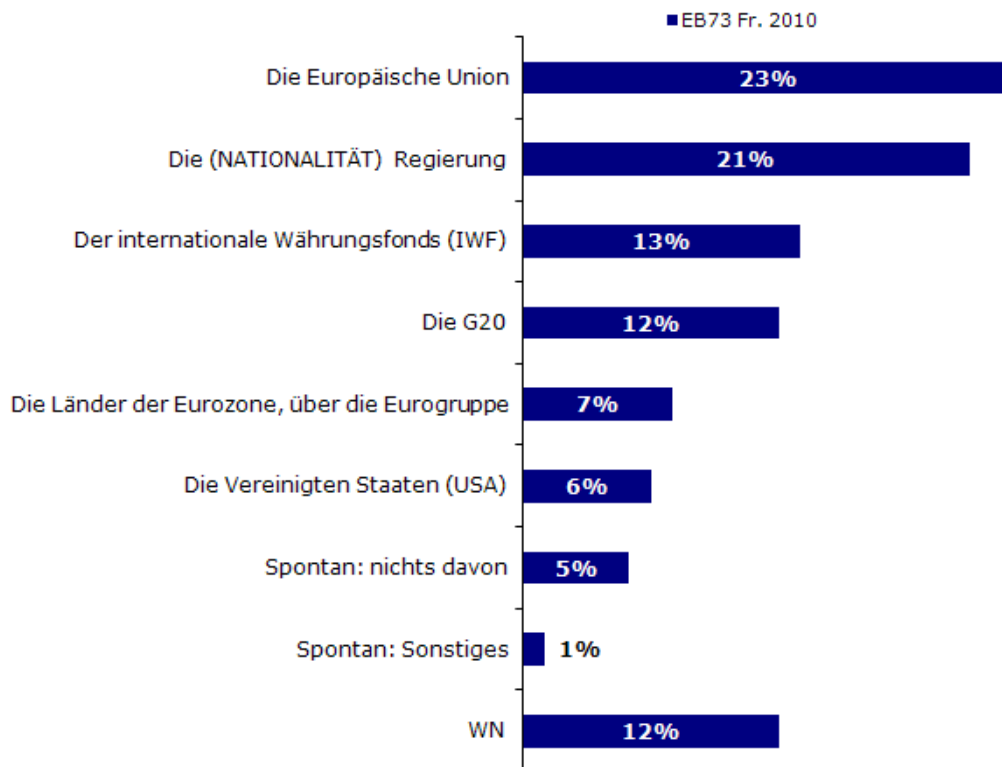
Durch das Hinzufügen dieser Option haben sich weder die Reihenfolge der Antworten, noch die Anteile, mit denen diese gewählt wurden, grundlegend geändert:

Die Europäische Union wird auch hier von den europäischen Bürgern am häufigsten als Option genannt, in diesem Fall allerdings von 23% der Befragten (gegenüber 26% im SPLIT A). Möglicherweise zieht die neue Option «Eurogruppe» einen Teil der Antworten ab, die vorher der Europäischen Union zuerkannt wurden. **Die nationale Regierung** bleibt ihrerseits unverändert auf dem zweiten Platz (21% gegenüber 19% im SPLIT A). **Der Internationale Währungsfonds** bleibt auf dem dritten Platz mit 13% der Antworten (gegenüber 14% im SPLIT A). **Die G20** liegen auf Platz vier mit einem Anteil von 12% (gegenüber 14% im SPLIT A).

Die im SPLIT B hinzugefügte Option «**Länder der Eurozone, über die Eurogruppe**» erreicht mit 7% der Stimmen nur den fünften Platz. **Die Vereinigten Staaten schließlich** kommen auf den sechsten Rang und erhalten 6% der Antworten (gegenüber 7% im SPLIT A).

²² QB3b Welcher der folgenden Akteure ist Ihrer Meinung nach am ehesten in der Lage, wirksame Maßnahmen gegen die Wirtschafts- und Finanzkrise zu ergreifen? Die (NATIONALITÄT) Regierung; Die Europäische Union; Die Vereinigten Staaten (USA); Die G20 ; Der internationale Währungsfonds (IWF); Die Länder der Eurozone, über die Eurogruppe; Spontan: Sonstige; Spontan: Keiner davon.

QB3b Welcher der folgenden Akteure ist Ihrer Meinung nach am ehesten in der Lage, wirksame Maßnahmen gegen die Wirtschafts- und Finanzkrise zu ergreifen? - % EU (SPLIT B)



Bezüglich der neu hinzugefügten Option «**Die Länder der Eurozone, über die Eurogruppe**» können wir zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten einige Unterschiede feststellen: Diese Antwortmöglichkeit scheint insbesondere die Befragten in Belgien (15%) sowie in Spanien (12%) zu anzusprechen. Die Befragten in Dänemark (1%) und Polen (3%) – beide Länder gehören nicht zur Euro-Zone – spricht diese Antwort hingegen nur in sehr geringem Maße an. Es ist verständlich, dass auch für die Befragten aus den Kandidatenländern ähnliches gilt (0% in der Türkei, 2% in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien sowie 4% in Kroatien).

Eine Ergebnisanalyse in Abhängigkeit von den soziodemografischen Variablen lässt für SPLIT B nur äußerst geringfügige Abweichungen zu SPLIT A erkennen.

4. DIE ROLLE DES EURO IN DER KRISE

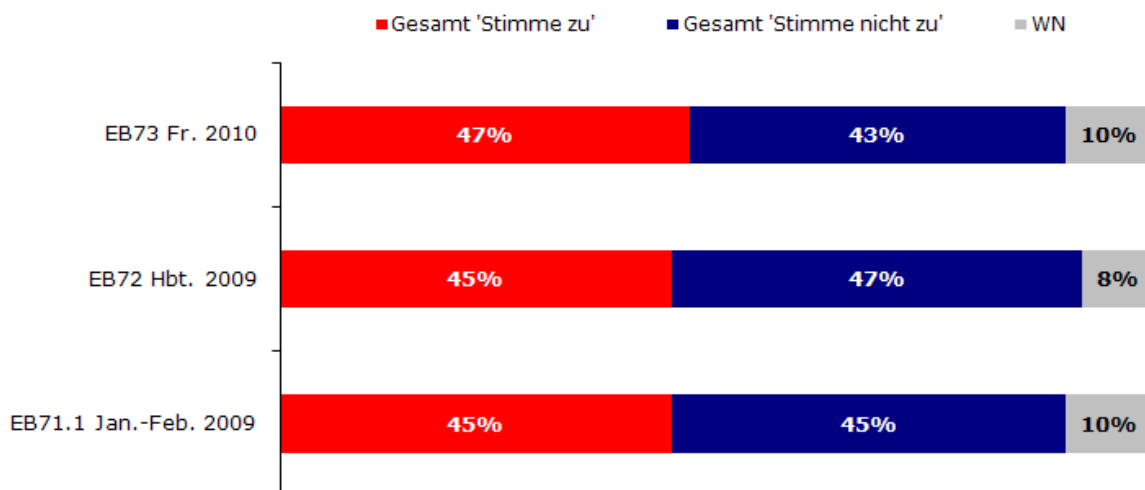
- Die europäischen Bürger sind sich uneins bezüglich der Rolle, die der Euro angesichts der Auswirkungen der Krise spielt -

Es stellt sich die Frage, ob und inwiefern das Bild, das die Europäer von der Einheitswährung haben, sich in diesen wirtschaftlich stürmischen Zeiten gewandelt hat. Sind die europäischen Bürger, ob in oder außerhalb der Euro-Zone, der Ansicht, dass der Euro eine die Krise abmildernde oder im Gegensatz verschlimmernde Wirkung gehabt hat?

4.1. Die Meinung der Bürger der Euro-Zone über: Wäre ihr Land angesichts der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise besser geschützt gewesen, wenn es die ehemalige nationale Währung behalten hätte?

Innerhalb der Euro-Zone fallen die Meinungen zu dieser Frage nach wie vor sehr gegensätzlich aus, auch wenn sich mittlerweile eine relative Mehrheit der Befragten (47%) dafür ausspricht, dass ihr Land tatsächlich besser geschützt gewesen wäre, wenn es die ehemalige nationale Währung behalten hätte. Demgegenüber sind 43% der befragten Bürger vom Gegenteil überzeugt. 10% der Bürger äußern sich zu dieser Frage nicht.²³

QB4a. Bitte sagen Sie mir, ob Sie der folgenden Aussage voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: (UNSER LAND) wäre angesichts der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise besser geschützt gewesen, wenn wir die (EHMALIGE NATIONALE WÄHRUNG) behalten hätten. - % Eurozone



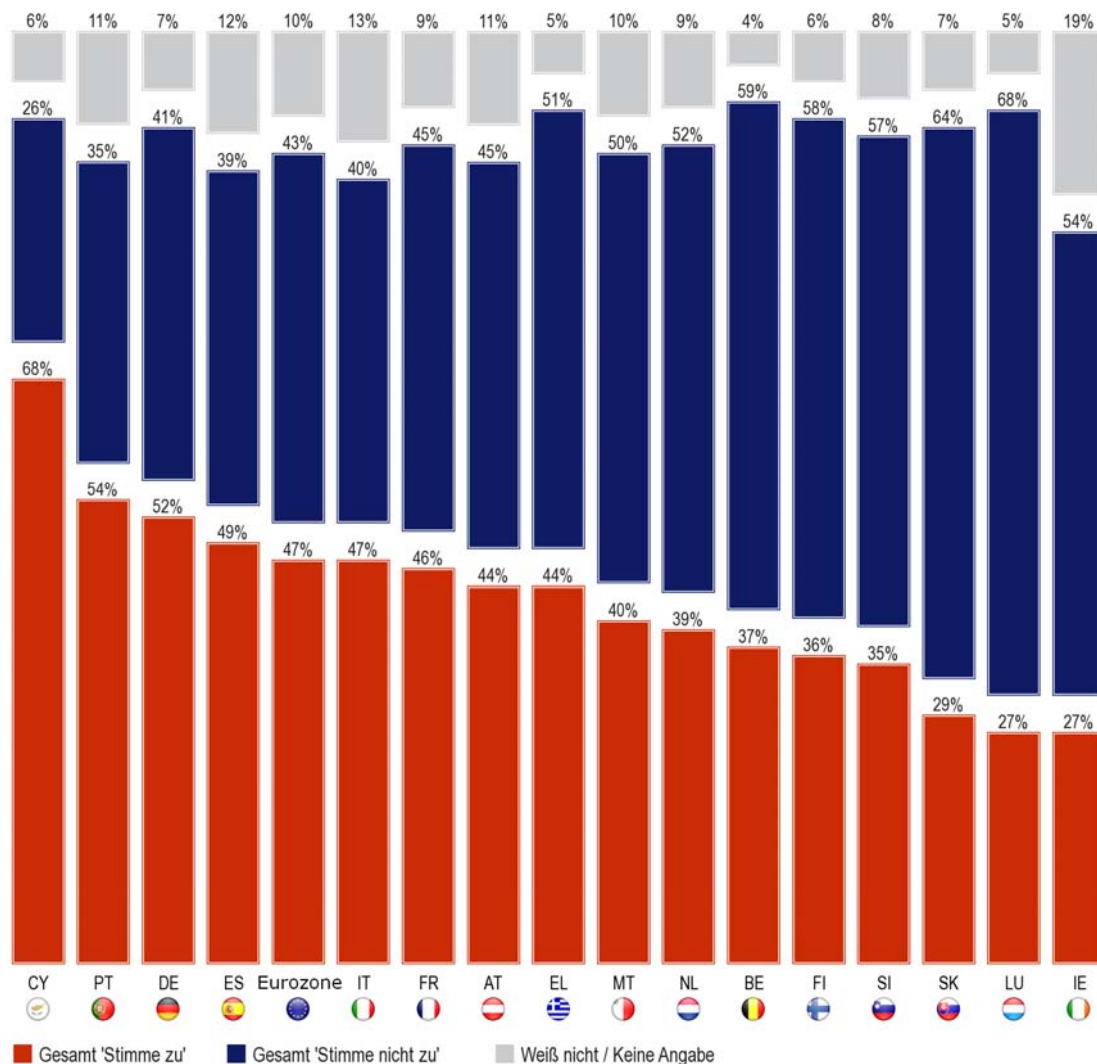
²³ QB4a Bitte sagen Sie mir, ob Sie der folgenden Aussage voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: (UNSER LAND) wäre angesichts der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise besser geschützt gewesen, wenn wir die (EHMALIGE NATIONALE WÄHRUNG) behalten hätten. (NUR MITGLIEDER DER EURO-ZONE).
Stimme voll und ganz zu; Stimme eher zu; Stimme eher nicht zu; Stimme überhaupt nicht zu.

Dieser Wert hat sich seit der letzten Eurobarometer-Umfrage im Herbst 2009 (EB72) geringfügig verändert. Damals erklärten 45% der europäischen Bürger mit dieser Aussage einverstanden zu sein (zwischenzeitlich +2 Punkte) und 47% unterstützten die gegenteilige Aussage (zwischenzeitlich -4 Punkte). Damit ergab sich damals ein zum heutigen spiegelverkehrtes Ergebnis. Hieraus lässt sich ein erster Hinweis auf die Verschlechterung des Bildes ableiten, das die Bürger der Euro-Zone von der Einheitswährung haben.

In drei Mitgliedstaaten erklärt die absolute Mehrheit der Befragten, dass ihr Land besser geschützt gewesen wäre, wenn es die ehemalige nationale Währung behalten hätte. Neben Zypern, das den Euro vor ein wenig mehr als zwei Jahren eingeführt hat (68%), gilt dies auch für Portugal (54%) und Deutschland (52%). Die befragten Personen in Spanien (49% gegenüber 39%, die mit der Aussage nicht einverstanden sind), Italien (47% gegenüber 40%) und vor allem Frankreich (46% gegenüber 45%) stimmen in dieser Frage deutlich seltener überein.

In neun anderen Mitgliedstaaten der Euro-Zone ist die Mehrheit der Befragten entgegengesetzter Ansicht. Dies ist der Fall für Luxemburg (68%), Belgien (59%), Finnland (58%), Irland (54%), den Niederlanden (52%) und darüber hinaus für Griechenland (51%), aber auch für Mitgliedstaaten, die vor nicht allzu langer Zeit den Euro eingeführt haben, wie die Slowakei (64%), Slowenien (57%) oder Malta (50%). Für Österreich gilt dies ebenfalls, allerdings sind die Befragten hier in nahezu exakt zwei Hälften aufgeteilt (45% sind nicht einverstanden gegenüber 44%, die einverstanden sind).


















QB4a. Bitte sagen Sie mir, ob Sie der folgenden Aussage voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: (UNSER LAND) wäre angesichts der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise besser geschützt gewesen, wenn wir die (EHMALIGE NATIONALE WÄHRUNG) behalten hätten.



Die höchsten Anteile an Befragten, deren Ansichten sich zwischen der letzten Eurobarometer-Umfrage im Herbst 2009 und der vorliegenden verändert haben und die mittlerweile größtenteils die Überzeugung vertreten, dass ihr Land besser geschützt gewesen wäre, wenn es die ehemalige nationale Währung beibehalten hätte, können wir in den folgenden Mitgliedstaaten verzeichnen: Zypern (68%, **+17 Punkte**), die Niederlande (39%, **+9 Punkte**), die Slowakei (29%, **+9 Punkte**), Österreich (44%, **+8 Punkte**), Finnland (36%, **+8 Punkte**), Deutschland (52%, **+7 Punkte**), Malta (40%, **+7 Punkte**), Frankreich (46%, **+7 Punkte**) und Slowenien (35%, **+6 Punkte**).

Hiervon unterschieden sich zwei Mitgliedstaaten durch gegenteilige Entwicklungen: Es handelt sich um Irland (27%, **-5 Punkte**) und Spanien (49%, **-5 Punkte**), zwei Länder, die von der Wirtschaftskrise hart getroffen wurden.

QB4a. Bitte sagen Sie mir, ob Sie der folgenden Aussage voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: (UNSER LAND) wäre angesichts der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise besser geschützt gewesen, wenn wir die (EHMALIGE NATIONALE WÄHRUNG) behalten hätten. - Eurozone

		EB72 Hbt. 2009 Gesamt 'Stimme zu' - Gesamt 'Stimme nicht zu'	EB73 Fr. 2010 Gesamt 'Stimme zu' - Gesamt 'Stimme nicht zu'	Unt. EB73-EB72
	Eurozone	-2	+4	+6
	CY	+8	+42	+34
	NL	-36	-13	+23
	AT	-18	-1	+17
	SK	-52	-35	+17
	FI	-39	-22	+17
	FR	-15	+1	+16
	SI	-38	-22	+16
	DE	-2	+11	+13
	MT	-22	-10	+12
	BE	-20	-22	-2
	LU	-39	-41	-2
	IT	+10	+7	-3
	EL	-2	-7	-5
	ES	+16	+10	-6
	PT	+25	+19	-6
	IE	-14	-27	-13




Eine Analyse nach soziodemografischen Variablen lässt uns deutlich erkennen, dass es in diesem Bereich sehr große Unterschiede zwischen Frauen und Männern gibt: Frauen sind zu 52% der Ansicht, dass ihr Land besser geschützt gewesen wäre, wenn es die ehemalige nationale Währung beibehalten hätte (im Vergleich zu nur 42% der Männer). Schon des Öfteren haben wir zwischen Männern und Frauen erhebliche Diskrepanzen in Bezug auf die Unterstützung der Einheitswährung festgestellt: An dieser Stelle wird dies wieder sichtbar, wobei Männer diesem Bereich deutlich mehr Bedeutung beimessen als Frauen.

Dies gilt ebenfalls für 50% der Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber (im Vergleich zu 43% der jüngeren Befragten im Alter zwischen 15 und 24 Jahren) sowie für 60% der Bürger, die die meiste Zeit Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen haben (im Vergleich zu 42% derjenigen, die hierbei keine Schwierigkeiten haben).

Auch Bürger, die sich auf der politischen Skala rechts einordnen (48%), vertreten häufiger die Meinung, dass ihr Land besser geschützt gewesen wäre, wenn es die ehemalige nationale Währung behalten hätte. Dies gegenüber 43% derjenigen, die sich dem linken Spektrum zurechnen.

58% der europäischen Bürger schließlich, die sich im Allgemeinen überhaupt nicht für Politik interessieren, unterstützen diese Aussage, während dies nur für 39% derjenigen gilt, die ein starkes Interesse an Politik äußern.

QB4a Bitte sagen Sie mir, ob Sie der folgenden Aussage voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: (UNSER LAND) wäre angesichts der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise besser geschützt gewesen, wenn wir die (EHMALIGE NATIONALE WÄHRUNG) behalten hätten. - Eurozone

	Gesamt "stimme zu"	Gesamt "stimme nicht zu"	Weiß nicht / Keine Angabe
Eurozone	47%	43%	10%
Geschlecht			
 Männlich	42%	50%	8%
 Weiblich	52%	37%	11%
Alter			
 15-24	43%	45%	12%
25-39	45%	45%	10%
40-54	47%	45%	8%
55 +	50%	40%	10%
Links-Rechts Skala			
(1-4) Left	43%	49%	8%
(5-6) Mitte	47%	44%	9%
(7-10) Rechts	48%	45%	7%
Index Politisches Interesse			
Hoch	39%	56%	5%
Durchschnittlich	46%	46%	8%
Niedrig	48%	41%	11%
Gar nicht	58%	28%	14%

4.2. Meinung der Bürger der Mitgliedstaaten, die nicht der Eurozone angehören, zur Frage: Wäre ihr Land angesichts der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise besser geschützt gewesen, wenn es die Einheitswährung übernommen hätte?

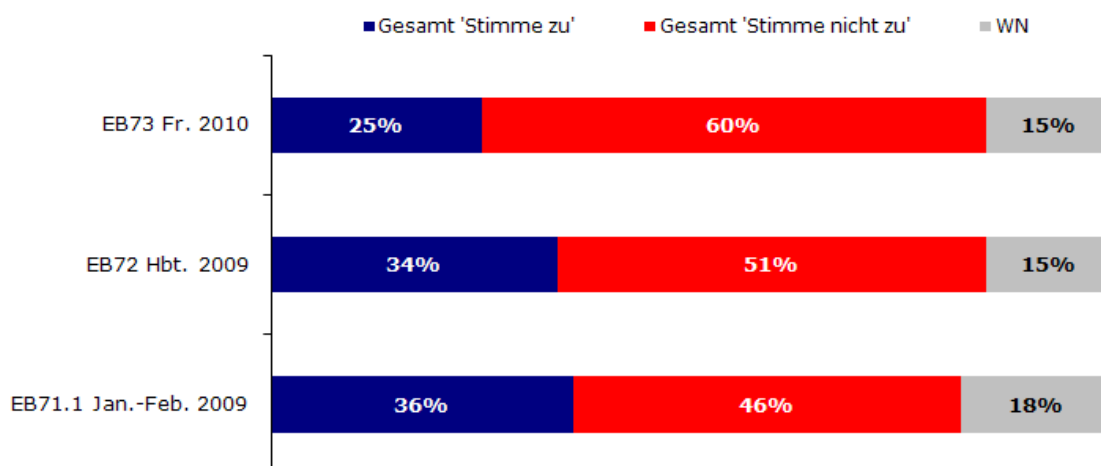
Nachdem wir uns in einem ersten Schritt an die europäischen Bürger gewandt haben, die in der Euro-Zone leben, ist es nunmehr interessant, die Staatsangehörigen der daran nichtteilnehmenden EU-Mitgliedstaaten um eine Einschätzung auf die Frage zu bitten, ob das eigene Land angesichts der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise besser geschützt gewesen wäre, wenn es die Einheitswährung übernommen hätte.

Die große Mehrheit der europäischen Bürger, die in nichtteilnehmenden Mitgliedstaaten lebt, zeigt sich der Einheitswährung außerordentlich kritisch gegenüber²⁴: Nur ein Viertel von ihnen (exakt 25%) ist davon überzeugt, dass der Euro sie besser hätte schützen können. Dieser Anteil ist im Vergleich zur letzten Eurobarometer-Umfrage im Herbst 2009 um neun Punkte zurückgegangen (und um 11 Punkte im Vergleich zur vorletzten Umfrage Anfang des Jahres 2009²⁵).

Umgekehrt erklärt eine Mehrheit von 60% der Befragten, dass dies keine positiven Auswirkungen gehabt hätte, was einem Zuwachs von neun Punkten im Vergleich zur Herbstumfrage 2009 und um 14 Punkte im Vergleich zum Januar-Februar 2009 entspricht.

Der Anteil an Befragten schließlich, die überhaupt keine Antwort geben, ist seit Herbst 2009 und Frühjahr 2010 auf einem unverändert hohen Niveau geblieben: 15%.

QB4b Bitte sagen Sie mir ob Sie zustimmen oder nicht zustimmen: (UNSER LAND) wäre angesichts der derzeitigen Wirtschafts und Finanzkrise besser geschützt gewesen, wenn wir die gemeinsame europäische Währung eingeführt hätten. - % Nicht-Eurozone

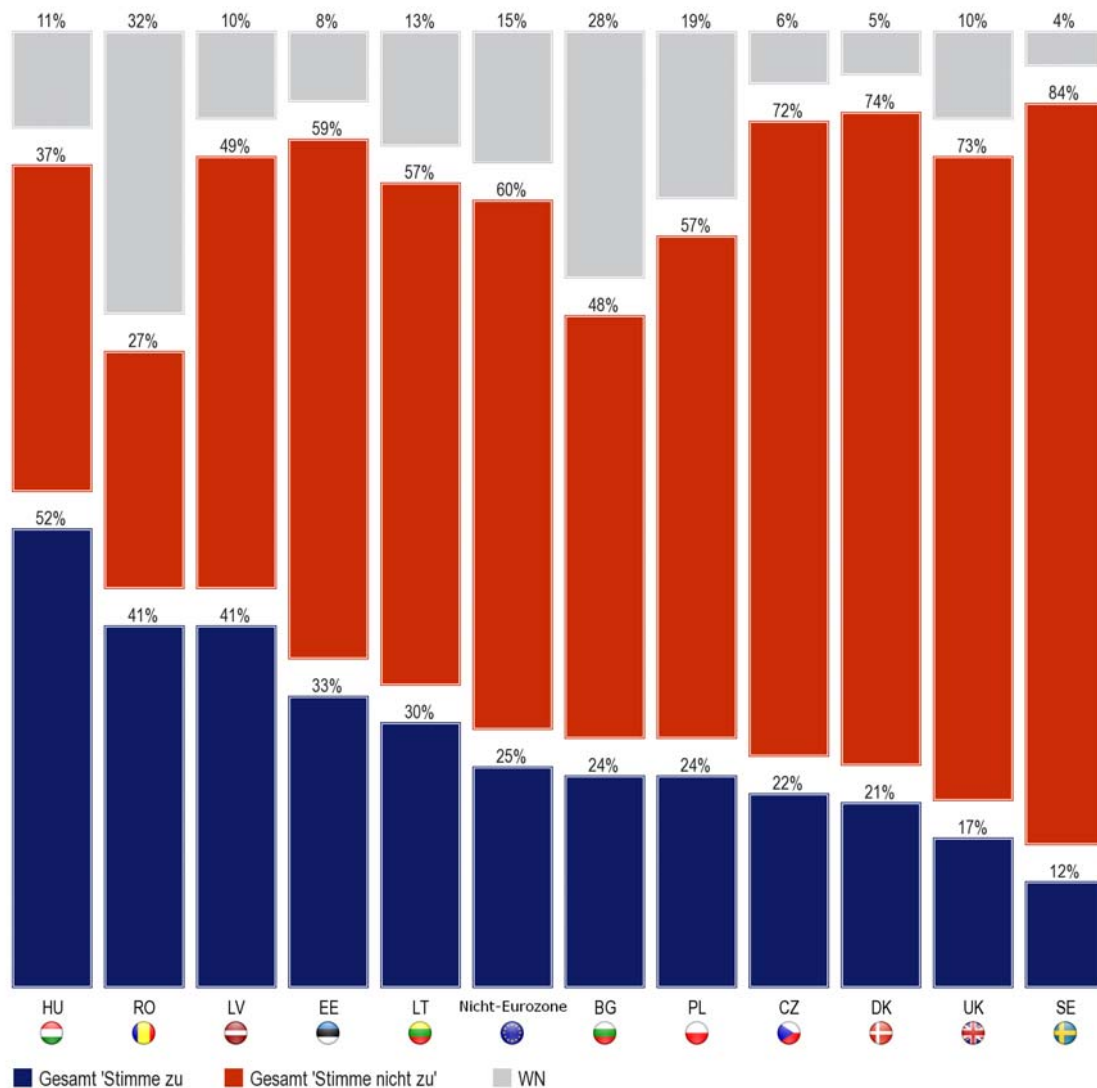


²⁴ QB4b Bitte sagen Sie mir, ob Sie der folgenden Aussage voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: (UNSER LAND) wäre angesichts der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise besser geschützt gewesen, wenn wir die gemeinsame europäische Währung, den Euro, eingeführt hätten (FALLS MITGLIEDSTAAT DER EU27, ABER AUSSERHALB DER EURO-ZONE). Stimme voll und ganz zu; Stimme eher zu; Stimme eher nicht zu; Stimme überhaupt nicht zu.

²⁵ Spezial-Eurobarometer 308 : Die europäischen Bürger im Jahr 2009













Die Länderanalyse zeigt, dass nur die Befragten in Ungarn (52%) und in Rumänien (41%) mehrheitlich die Ansicht vertreten, dass ihr Land angesichts der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise besser geschützt gewesen wäre, wenn es die gemeinsame europäische Währung, den Euro, eingeführt hätte. Ein vergleichbares Ergebnis konnten wir auch in der letzten Eurobarometer-Umfrage im Herbst 2009 feststellen; die Anteile für diese Meinung gehen allerdings in beiden Ländern zurück (jeweils -9 Punkte).

QB4b. Bitte sagen Sie mir ob Sie zustimmen oder nicht zustimmen: (UNSER LAND) wäre angesichts der derzeitigen Wirtschafts und Finanzkrise besser geschützt gewesen, wenn wir die gemeinsame europäische Währung eingeführt hätten.



Bei den Befragten, die der Aussage, dass ihr Land angesichts der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise besser geschützt gewesen wäre, wenn es die gemeinsame europäische Währung eingeführt hätte, besonders kritisch gegenüberstehen, stellen wir demgegenüber die höchsten Zuwachsraten seit der letzten Eurobarometer-Umfrage fest. Es handelt sich hierbei um die Befragten in Schweden (84%, +20 Punkte), Dänemark (74%, +10 Punkte) und dem Vereinigten Königreich (73%, +12 Punkte). Auch der Anteil von 72% der befragten Personen in der Tschechischen Republik unterscheidet sich zu den vergangenen Umfragen durch seine drastische Entwicklung (+15 Punkte).

QB4b Bitte sagen Sie mir ob Sie zustimmen oder nicht zustimmen: (UNSER LAND) wäre angesichts der derzeitigen Wirtschafts und Finanzkrise besser geschützt gewesen, wenn wir die gemeinsame europäische Währung eingeführt hätten. - Nicht-Eurozone

		EB72 Hbt. 2009 Gesamt 'Stimme zu' - Gesamt 'Stimme nicht zu'	EB73 Fr. 2010 Gesamt 'Stimme zu' - Gesamt 'Stimme nicht zu'	Unt. EB73-EB72
	Nicht-Eurozone	-17	-35	-18
	LV	-2	-8	-6
	BG	-14	-24	-10
	EE	-13	-26	-13
	PL	-20	-33	-13
	RO	+27	+14	-13
	LT	-11	-27	-16
	HU	+31	+15	-16
	DK	-31	-53	-22
	UK	-34	-56	-22
	CZ	-19	-50	-31
	SE	-34	-72	-38

Eine Ergebnisanalyse auf Basis der soziodemografischen Variablen differenziert die Ansichten der Befragten aus den Mitgliedstaaten, die nicht der Euro-Zone angehören, geringfügig. Die jüngsten Befragten (15-24 Jahre) zeigen sich weniger skeptisch als ihre älteren Pendanten, wenn es um darum geht, ob die Einheitswährung die Bürger in einer wirtschaftlichen Krisenperiode schützen kann (29% sind mit der Aussage einverstanden, im Vergleich zu 21% der Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber).

Es ist an dieser Stelle hilfreich darauf hinzuweisen, dass die «Euro»-Skepsis außerhalb der Euro-Zone nicht den sozial schwächeren oder weniger gut ausgebildeten Bevölkerungskategorien vorbehalten ist. Diese Skepsis finden wir gleichermaßen unter Befragten, die zu den am besten ausgebildeten und gut situierten Kategorien gehören (70% der Führungskräfte, im Vergleich zu einem Durchschnitt von 60%), sowie unter den europäischen Bürgern, die sich für Politik im Allgemeinen interessieren (65% derjenigen, die sich sehr für Politik interessieren, im Vergleich zu 52%, die sich überhaupt nicht dafür interessieren).

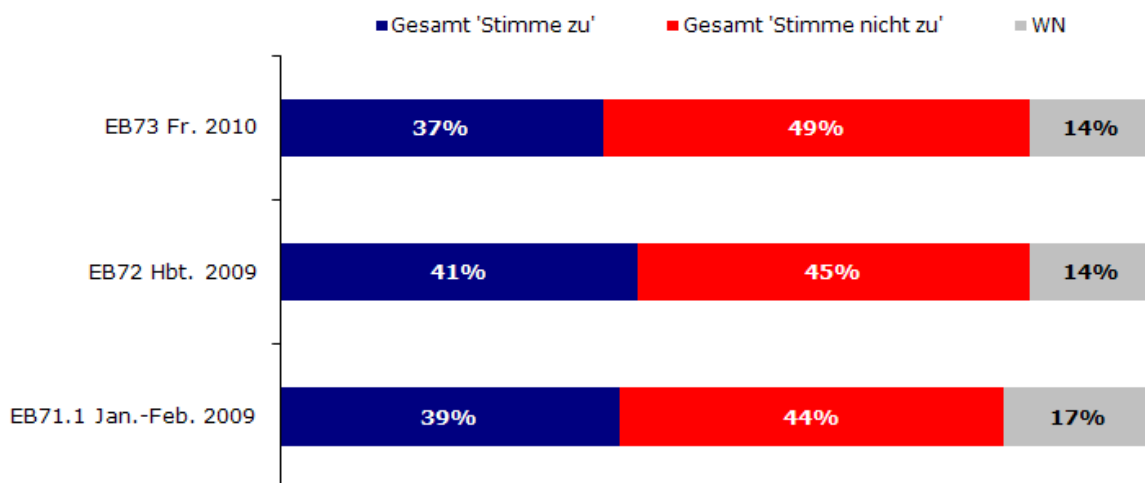
4.3. Die mildernde Wirkung des Euro

Annähernd einer von zwei europäischen Bürgern (49%) ist mittlerweile davon überzeugt, dass der Euro im Großen und Ganzen nicht die negativen Auswirkungen der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise gemildert hat²⁶. Ein Anteil von 37% ist vom Gegenteil überzeugt. 14% der Befragten äußern sich zu diesem Thema nicht.

Diese kritische Haltung gegenüber der Einheitswährung hat sich seit der letzten, im Herbst 2009 durchgeführten Eurobarometer-Umfrage, geringfügig verstärkt. Ein Anteil von 45% der Bevölkerung war zu diesem Zeitpunkt mit dieser Aussage nicht (+4 Punkte) einverstanden, 41% waren einverstanden (-4 Punkte). Die Ergebnisse sind nahezu identisch mit denjenigen vom Anfang des Jahres 2009.

Zu diesem Punkt sollte allerdings angemerkt werden, dass die **Befragten aus den Mitgliedstaaten der Euro-Zone mit deutlich höherer Wahrscheinlichkeit (42%) als die Bürger der Länder, die nicht der Euro-Zone angehören, (26%) davon ausgehen, dass der Euro die negativen Auswirkungen der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise mildert**. Trotzdem erklärt eine Mehrheit der Bewohner der Euro-Zone mittlerweile, dass die europäische Einheitswährung die Auswirkungen der Krise nicht gemildert hat (47%): Im Herbst 2009 stellte sich diese Situation noch umgekehrt dar (46% waren einverstanden mit der Aussage, gegenüber 44%, die nicht einverstanden waren).

QB5 Bitte sagen Sie mir, ob Sie der folgenden Aussage voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: Alles in allem hat der Euro die negativen Auswirkungen der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise gemildert. - % EU

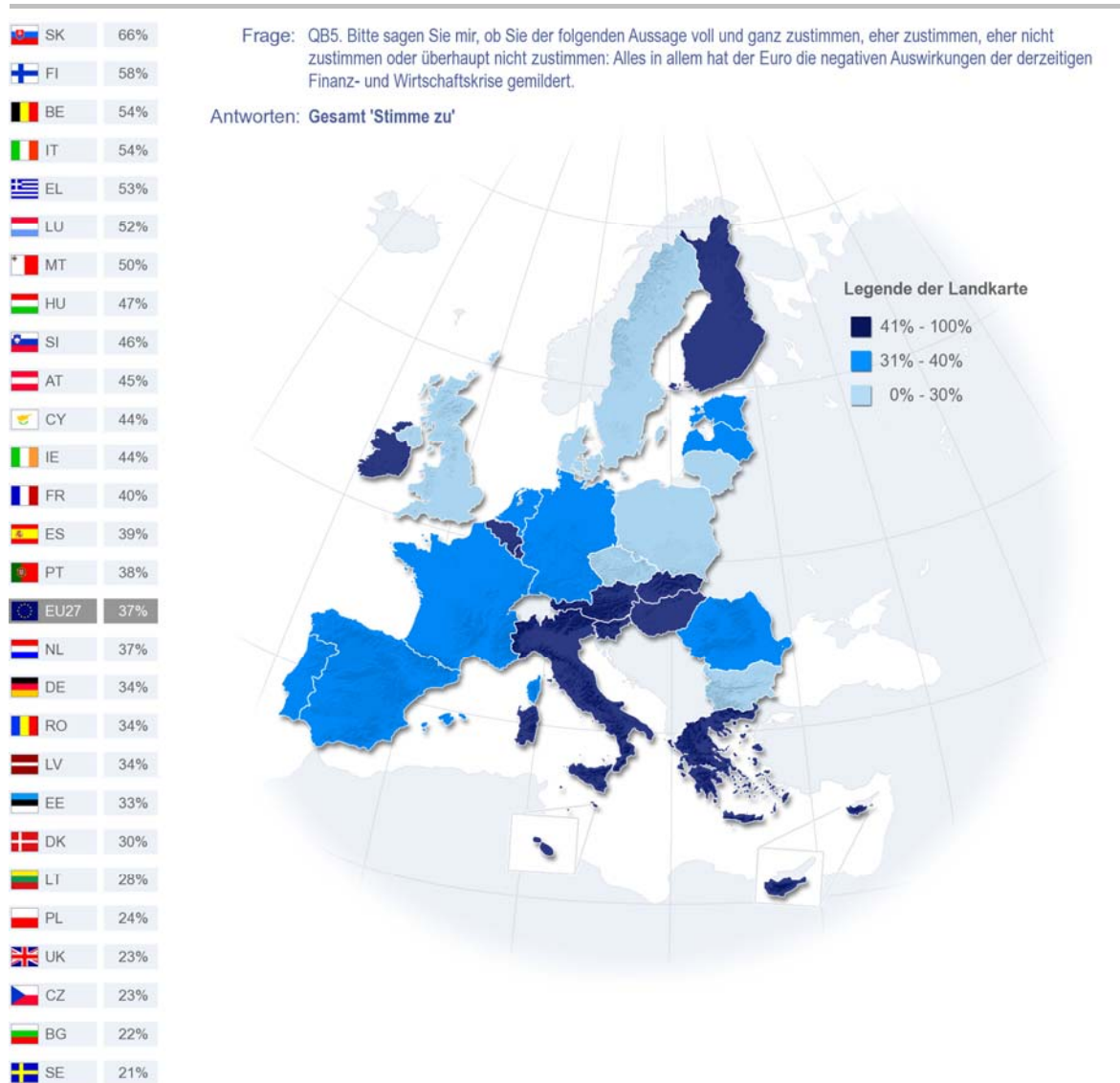


²⁶ QB5 Bitte sagen Sie mir, ob Sie der folgenden Aussage voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: Alles in allem hat der Euro die negativen Auswirkungen der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise gemildert: Stimme voll und ganz zu; Stimme eher zu; Stimme eher nicht zu; Stimme überhaupt nicht zu.

Nur in der Slowakei (66%), Finnland (58%), Belgien und Italien (jeweils 54%), Griechenland (53%), Luxemburg (52%) und auf Malta (50%), d.h. ausschließlich in Ländern der Euro-Zone, stellen wir für die Antwort «Stimme zu» absolute Mehrheiten fest. Insgesamt wird diese Meinung in 12 Mitgliedstaaten der EU27 von einer Mehrheit unterstützt.

Die meisten europäischen Bürger, die sich negativ zu diesem Thema äußern, finden wir demgegenüber auch dieses Mal in der Tschechischen Republik (71%), in Schweden (66%) sowie in Dänemark und dem Vereinigten Königreich (jeweils 60%). In 15 von 27 Mitgliedstaaten erklärt eine Mehrheit der befragten Personen, nicht mit der Aussage einverstanden zu sein, dass der Euro die negativen Auswirkungen der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise gemildert hat.





























In drei Mitgliedstaaten beobachten wir, dass sich die Bürger recht gleichmäßig auf die Gruppe Befragter, die einverstanden sind, und die Gruppe Befragter, die nicht einverstanden sind, aufteilen: 44% bzw. 42% auf Zypern, 45% bzw. 43% in Österreich und 46% bzw. 48% in Slowenien.



Die Veränderungen, die wir bezüglich der Antworten zu dieser Frage feststellen, entsprechen nicht der Tendenz, die wir zwischen der im Januar-Februar 2009 und der im Herbst 2009 durchgeführten Umfrage beobachtet hatten. **In diesem Zeitraum waren die positiven Meinungen über den Euro in 19 Mitgliedstaaten der Europäischen Union angestiegen, mittlerweile gilt dies nur noch für ein einziges Land: Italien.** Hier sind die positiven Meinungen von 53 auf 54% angestiegen.

In allen anderen 26 Mitgliedstaaten stellen wir im Vergleich zur letzten Umfrage diesbezüglich geringere Anteile fest. Die deutlichsten Veränderungen beobachten wir in Portugal (38% sind mit der Aussage einverstanden, -17 Punkte), der Tschechischen Republik (23%, -14), den Niederlanden (37%, -12) und Schweden (21%, -11): D.h. zum einen in Ländern, die die Einheitswährung eingeführt haben und zum anderen in Ländern, die nicht der Euro-Zone angehören.

QB5 Bitte sagen Sie mir, ob Sie der folgenden Aussage voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: Alles in allem hat der Euro die negativen Auswirkungen der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise gemildert.

		EB72 Hbt. 2009 Gesamt 'Stimme zu' - Gesamt 'Stimme nicht zu'	EB73 Fr. 2010 Gesamt 'Stimme zu' - Gesamt 'Stimme nicht zu'	Unt. EB73-EB72
	EU27	-4	-12	-8
	IT	+15	+20	+5
	RO	+4	+5	+1
	BE	+16	+14	-2
	FI	+27	+25	-2
	FR	-6	-9	-3
	SK	+42	+39	-3
	LU	+16	+12	-4
	ES	-4	-10	-6
	DE	-15	-22	-7
	SI	+5	-2	-7
	EL	+19	+11	-8
	IE	+24	+16	-8
	LV	-8	-16	-8
	MT	+18	+9	-9
	UK	-26	-37	-11
	CY	+14	+2	-12
	DK	-17	-30	-13
	HU	+20	+6	-14
	PL	-13	-27	-14
	BG	-5	-20	-15
	AT	+20	+2	-18
	LT	-7	-25	-18
	NL	+5	-14	-19
	SE	-23	-45	-22
	EE	+2	-23	-25
	CZ	-19	-48	-29
	PT	+24	-10	-34

Die soziodemografische Analyse der Antworten auf diese Frage zeigt, dass insbesondere bei den sozial schwächeren Kategorien eine gewisse Skepsis gegenüber der Aussage herrscht, dass der Euro die negativen Auswirkungen der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise gemildert hat: Dies gilt für 53% der Befragten, die sich den unteren Bevölkerungsschichten zurechnen, im Vergleich zu 43% derjenigen, die sich den oberen Bevölkerungsschichten zurechnen.

Zu dieser Frage lassen sich dieselben soziodemografischen Tendenzen feststellen, die wir schon vorher beobachten konnten²⁷: Die Einheitswährung wird mit höherer Wahrscheinlichkeit von Männern und Befragten, die sich sehr für Politik interessieren, unterstützt.

²⁷ Siehe Teil 4.2., Bürger der Mitgliedstaaten, die nicht der Euro-Zone angehören.

5. DIE WIRKSAMSTEN MAßNAHMEN DER EUROPÄISCHEN UNION

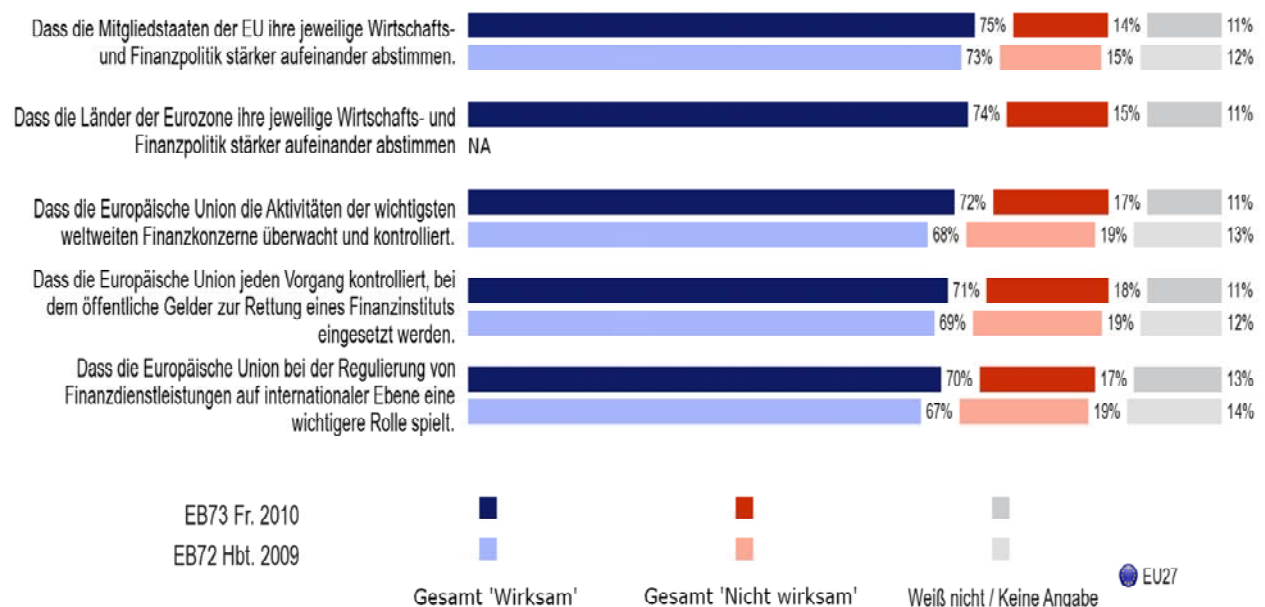
- Eine Mehrheit der europäischen Bürger bewertet eine Reihe von Maßnahmen als wirksam -

5.1. Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise

Die europäischen Institutionen haben innerhalb der letzten zwölf Monate dafür geworben, dass die wirtschaftlichen und finanzpolitischen Maßnahmen in der Union besser koordiniert und die Geldinstitute wirksamer kontrolliert werden. Die Befragten wurden gebeten, sich zur Wirksamkeit einer Reihe von Maßnahmen zu äußern, die in den europäischen Institutionen diskutiert werden: Eine große Mehrheit der Bürger ist der Ansicht, dass alle vorgeschlagenen Maßnahmen bei der Bekämpfung der derzeitigen Krise wirksam wären. Diese Meinung hat sich seit Herbst 2009 noch verstärkt.

Mehr als sieben von zehn europäischen Bürgern sind davon überzeugt, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen wirksam wären. Die jeweiligen Anteile entsprechen nicht nur annähernd denjenigen, die anlässlich der letzten beiden Umfragen festgestellt wurden, sie verzeichnen in diesen Zeiträumen sogar noch einen leichten Zuwachs.

QB10. Innerhalb der europäischen Institutionen werden derzeit bestimmte Maßnahmen zur Bekämpfung der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise diskutiert. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Maßnahmen, inwieweit Sie sie zur Bekämpfung der derzeitigen Krise für wirksam halten oder nicht.



Die von den meisten Befragten als wirksam angesehene Maßnahme (75%) ist, **«dass die Mitgliedstaaten der EU ihre jeweilige Wirtschafts- und Finanzpolitik stärker aufeinander abstimmen»** sollten. Für diese Option verzeichnen wir einen Zuwachs von zwei Punkten seit Herbst 2009 (EB72) und von vier Punkten seit Frühjahr 2009 (EB71).

74% der Befragten sind weiterhin der Ansicht, **«dass die Länder der Eurozone ihre jeweilige Wirtschafts- und Finanzpolitik stärker aufeinander abstimmen sollen»**. Dies wäre eine wirksame Maßnahme zur Bekämpfung der derzeitigen Krise (diese Frage wurde in den vorherigen Umfragen nicht gestellt).

Auf den dritten Platz wird die Maßnahme, **«dass die Europäische Union die Aktivitäten der wichtigsten weltweiten Finanzkonzerne überwacht und kontrolliert»** gewählt. Diese Option wird von 72% der Befragten genannt. Dieser Anteil erhöht sich im Vergleich zum Herbst 2009 um vier Punkte und im Vergleich zum Frühjahr 2009 um fünf Punkte.

Als nächstes wählen die Befragten den Vorschlag, **«dass die Europäische Union jeden Vorgang kontrolliert, bei dem öffentliche Gelder zur Rettung eines Finanzinstituts eingesetzt werden»**. Diese Option wird von 71% der europäischen Bürger als wirksames Mittel angesehen (+2 Punkte im Vergleich zum Herbstbericht 2009 und +4 Punkte im Vergleich zum Frühjahr 2009).

70% der befragten Personen schließlich würden es für sinnvoll halten, **«dass die Europäische Union bei der Regulierung von Finanzdienstleistungen auf internationaler Ebene eine wichtigere Rolle spielt»**. Dieses Ergebnis hat sich im Vergleich zur letzten und vorletzten Umfrage verbessert (um drei bzw. vier Punkte).

In den Ländern der Euro-Zone werden alle vorgeschlagenen Maßnahmen, die zur Bekämpfung der derzeitigen Krise als wirksam angesehen werden, von einem höheren Anteil an Bürgern gewählt, als in den Ländern, die nicht der Euro-Zone angehören.

Angesichts europäischer Durchschnittswerte, die nahe bei 70% liegen, ist es interessant festzustellen, dass es auf Länderebene verhältnismäßig große Unterschiede gibt.

Einige Mitgliedstaaten unterscheiden sich dadurch, dass ihre Bürger in besonders hohen Anteilen (zu etwa 80%) davon überzeugt sind, dass jede dieser Maßnahmen «wirksam» sei. Es handelt sich hierbei insbesondere um die Befragten in Belgien, der Slowakei, Griechenland, auf Zypern, in Spanien und Deutschland.

Demgegenüber äußern sich vor allem die Befragten im Vereinigten Königreich, Estland und Portugal am seltensten in dieser Hinsicht.

Wir stellen fest, dass die Maßnahme, die darin besteht, **«dass die Mitgliedstaaten der EU ihre jeweilige Wirtschafts- und Finanzpolitik stärker aufeinander abstimmen»**, zu sehr unterschiedlich hohen Anteilen unterstützt wird. In der Slowakei (89%), Belgien und auf Zypern (jeweils 87%), in Deutschland (85%), aber auch in den Niederlanden und in Griechenland (jeweils 84%) verzeichnen wir die höchsten Anteile an Befragten, die diese Maßnahme als wirksam beurteilen.

Auf Zypern (88%), in Belgien (87%) und der Slowakei (86%) finden wir mit der höchsten Wahrscheinlichkeit stabile Mehrheiten für die Überzeugung, dass es wirksam wäre, wenn **«die Länder der Eurozone ihre jeweilige Wirtschafts- und Finanzpolitik stärker aufeinander abstimmen»**.

Die europäischen Bürger, die die Meinung vertreten, dass es wirksam wäre, wenn **«die Europäische Union die Aktivitäten der wichtigsten weltweiten Finanzkonzerne überwachen und kontrollieren würde»**, sind besonders häufig in Belgien (85%), der Slowakei (84%), Spanien (82%), auf Zypern (81%) und in Deutschland (80%) vertreten.

Die vorletzte der Maßnahmen, die darin besteht, **«dass die Europäische Union jeden Vorgang kontrolliert, bei dem öffentliche Gelder zur Rettung eines Finanzinstituts eingesetzt werden»**, wird in besonderem Maße von den befragten Personen auf Zypern (86%), in der Slowakei (84%), in Belgien (82%) und in Spanien (81%) als wirksam bewertet.

Wie wir schon im Falle der ersten vier Maßnahmen gesehen haben, wird schließlich von den Befragten in Belgien und der Slowakei (jeweils 82%) sowie in Griechenland (81%) folgende Maßnahme besonders häufig als wirksam angesehen: **«Dass die Europäische Union bei der Regulierung von Finanzdienstleistungen auf internationaler Ebene eine wichtigere Rolle spielt»**.

Geringfügig mehr als einer von zehn europäischen Bürgern äußert sich nicht dazu, ob die vorgeschlagenen fünf Maßnahmen wirksam sind. Die Befragten in Bulgarien, Rumänien, Estland und Litauen, in Polen, auf Malta und im Vereinigten Königreich geben am häufigsten keine Antwort auf diese Frage. Die öffentliche Meinung bleibt nichtsdestotrotz in hohem Maße von der Wirksamkeit dieser Maßnahmen überzeugt.

Wenn wir diese Ergebnisse anhand der Maßstäbe soziodemografischer Variablen untersuchen, zeigt sich, dass es meistens die Befragten aus den sozial besser gestellten Kategorien sind, die grundsätzlich sehr positive Antworten geben.

Das bedeutet, dass Personen, die jede der fünf Maßnahmen als «wirksam» beurteilen, mit hoher Wahrscheinlichkeit den folgenden Kategorien angehören: Führungskräfte, Personen, die eine längere Ausbildungszeit absolviert haben und nahezu niemals Schwierigkeiten beim Bezahlen der Rechnungen haben sowie diejenigen, die sich spontan am oberen Ende der gesellschaftlichen Hierarchie einordnen.

Wir können auch beobachten, dass die europäischen Bürger, die sich am häufigsten positiv über die Wirksamkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen äußern, mit denjenigen übereinstimmen, die sich sehr für Politik im Allgemeinen und europäische Politik im Besonderen interessieren.

QB10 Innerhalb der europäischen Institutionen werden derzeit bestimmte Maßnahmen zur Bekämpfung der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise diskutiert. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Maßnahmen, inwieweit Sie sie zur Bekämpfung der derzeitigen Krise für wirksam halten oder nicht.

	Dass die Mitgliedstaaten der EU ihre jeweilige Wirtschafts- und Finanzpolitik stärker aufeinander abstimmen		Dass die Länder der Eurozone ihre jeweilige Wirtschafts- und Finanzpolitik stärker aufeinander abstimmen		Dass die Europäische Union die Aktivitäten der wichtigsten weltweiten Finanzkonzerne überwacht und kontrolliert		Dass die Europäische Union jeden Vorgang kontrolliert, bei dem öffentliche Gelder zur Rettung eines Finanzinstituts eingesetzt werden		Dass die Europäische Union bei der Regulierung von Finanzdienstleistungen auf internationaler Ebene eine wichtigere Rolle spielt	
	Gesamt 'Wirksam'	Gesamt 'Nicht wirksam'	Gesamt 'Wirksam'	Gesamt 'Nicht wirksam'	Gesamt 'Wirksam'	Gesamt 'Nicht wirksam'	Gesamt 'Wirksam'	Gesamt 'Nicht wirksam'	Gesamt 'Wirksam'	Gesamt 'Nicht wirksam'
EU27	75%	14%	74%	15%	72%	17%	71%	18%	70%	17%
BE	87%	10%	87%	11%	85%	12%	82%	15%	82%	14%
BG	76%	7%	74%	6%	75%	8%	77%	7%	70%	9%
CZ	74%	17%	74%	17%	74%	18%	74%	19%	69%	21%
DK	79%	16%	78%	16%	71%	23%	50%	44%	64%	27%
DE	85%	11%	83%	12%	80%	16%	80%	16%	77%	16%
EE	64%	19%	64%	17%	59%	21%	52%	28%	60%	20%
IE	77%	9%	76%	9%	73%	11%	77%	9%	75%	10%
EL	84%	13%	84%	13%	77%	19%	79%	17%	81%	15%
ES	83%	8%	84%	8%	82%	8%	81%	9%	78%	10%
FR	78%	9%	74%	13%	73%	14%	68%	19%	71%	14%
IT	73%	14%	73%	14%	69%	18%	70%	16%	70%	15%
CY	87%	6%	88%	5%	81%	10%	86%	7%	77%	11%
LV	67%	22%	68%	19%	67%	22%	70%	20%	61%	24%
LT	67%	16%	66%	16%	66%	16%	68%	18%	64%	17%
LU	81%	13%	80%	13%	78%	15%	72%	21%	79%	14%
HU	67%	27%	68%	25%	68%	26%	66%	28%	67%	25%
MT	74%	5%	73%	4%	70%	5%	73%	7%	65%	7%
NL	84%	11%	81%	13%	78%	15%	70%	23%	76%	16%
AT	74%	21%	71%	24%	70%	26%	69%	27%	66%	27%
PL	70%	14%	67%	15%	67%	16%	64%	21%	63%	19%
PT	62%	27%	63%	25%	64%	26%	63%	26%	62%	26%
RO	70%	12%	71%	10%	65%	13%	72%	11%	62%	13%
SI	81%	13%	82%	13%	78%	15%	78%	17%	77%	16%
SK	89%	5%	86%	7%	84%	10%	84%	9%	82%	9%
FI	78%	15%	79%	15%	70%	23%	73%	22%	72%	20%
SE	70%	23%	72%	20%	63%	30%	65%	26%	65%	24%
UK	60%	22%	57%	25%	57%	25%	54%	29%	56%	28%

Höchster Prozentsatz per Land

Niedrigster Prozentsatz per Land

Höchster Prozentsatz per Nennung

Niedrigster Prozentsatz per Nennung

5.2. Initiativen, um die Leistungsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu verbessern

Als nächstes haben wir die europäischen Bürger gebeten, aus der Liste der elf vorgeschlagenen **Initiativen maximal drei** auszuwählen, die **ihrer Ansicht nach besonders geeignet sind**, die Leistungsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu verbessern.

Die Ergebnisse zeigen besonders deutlich, welche Anstrengungen nach Ansicht der Europäer auf dem Arbeitsmarkt, bezüglich der Bildung aber auch hinsichtlich eines Abbaus der öffentlichen Verschuldung unternommen werden müssten. Vorschläge, die sich auf zusätzliche Anstrengungen der Arbeitnehmer beziehen (Anhebung des Rentenalters oder die Zahl der Arbeitsstunden erhöhen), erhalten nur wenig Zustimmung.

Zu dieser Frage gibt es zwei neue Antwortoptionen («Abbau des öffentlichen Defizits und der Verschuldung der öffentlichen Hand» sowie «Stärkere Regulierung der Finanzmärkte»).

Die ohne Zweifel am meisten unterstützte Initiative ist **«Bildung und berufliche Weiterbildung»**: Mehr als vier von zehn Befragten (42%) wählen diese Initiative vorrangig.

«Die Gründung neuer Firmen erleichtern» wird von einem Drittel der befragten Personen als nächster Punkt gewählt (33%).

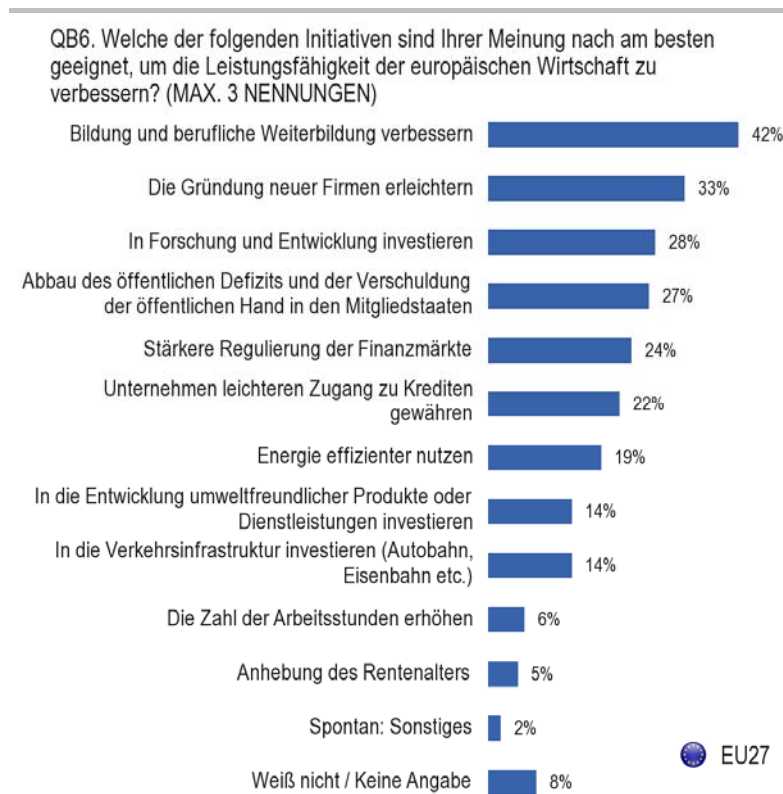
«In Forschung und Entwicklung investieren» liegt auf dem dritten Platz mit mehr als einem Viertel (28%) der Antworten, dicht gefolgt von der Initiative: **«Abbau des öffentlichen Defizits und der Verschuldung der öffentlichen Hand in den Mitgliedstaaten»** (27%), einer seit der vorherigen Umfrage neu hinzugekommenen Option.

Die ebenfalls neue Option: **«Stärkere Regulierung der Finanzmärkte»** wird von geringfügig weniger als einem von vier Befragten gewählt (24%).

Auf den sechsten Platz wählen die Befragten die Option **«Unternehmen leichteren Zugang zu Krediten gewähren»** (22%), noch vor der Option **«Energie effizienter nutzen»** (19%).

Die übrigen Initiativen werden von weniger als 15% der befragten Personen genannt: Investitionen **«in die Verkehrsinfrastruktur (Autobahn, Eisenbahn etc.)»** oder in **«die Entwicklung umweltfreundlicher Produkte oder Dienstleistungen»** werden jeweils von 14% der europäischen Bürger gewählt. Schließlich entscheiden sich nur 6% der Befragten für die Initiative, die dafür plädiert **«die Zahl der Arbeitsstunden zu erhöhen»**. Die **«Anhebung des Rentenalters»** schließlich wird mit 5% der Antworten von den wenigsten Befragten genannt.

Die Ergebnisse zu dieser Frage, die bei der vorherigen Umfrage im Herbst 2009 ermittelt wurden, sind folgende: Auf den ersten Platz wurde ebenfalls die Initiative «Bildung und berufliche Weiterbildung» (60%) gewählt, gefolgt von «In Forschung und Entwicklung investieren» (47%) und «Die Gründung neuer Firmen erleichtern» (42%), d.h. die Reihenfolge der Optionen auf dem zweiten und dritten Platz hat sich zwischenzeitlich vertauscht.



Bevor wir die Länderergebnisse analysieren, gehen wir zuerst auf die erheblichen Unterschiede ein, die sich zwischen den Antworten der Bürger aus den Ländern der Euro-Zone und den Bürgern der Mitgliedstaaten, die nicht der Euro-Zone angehören, feststellen lassen. Fünf der elf zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der europäischen Wirtschaft vorgeschlagenen Optionen werden von den Befragten der ersten Gruppe erheblich häufiger gewählt als von jenen der zweiten Gruppe:

- **Bildung und berufliche Weiterbildung verbessern:** 44% bzw. 38%.
- **Die Gründung neuer Firmen erleichtern:** 35% bzw. 27%.
- **In Forschung und Entwicklung investieren:** 31% bzw. 21%.
- **Abbau des öffentlichen Defizits und der Verschuldung der öffentlichen Hand in den Mitgliedstaaten:** 29% bzw. 22%.
- **Unternehmen leichteren Zugang zu Krediten gewähren:** 24% bzw. 19%.

Die Option «**In die Verkehrsinfrastruktur investieren (Autobahn, Eisenbahn etc.)**» wird andererseits erheblich häufiger von den Befragten der nichtteilnehmenden Länder gewählt (21%, im Vergleich zu 11% in der Euro-Zone).

Wie aus der untenstehender Tabelle ersichtlich wird, variiert die Reihenfolge der vorrangig gewählten Maßnahmen erheblich von einem Land zum anderen. Im Folgenden gehen wir näher auf die Optionen ein, die am häufigsten genannt werden:

Bildung und berufliche Weiterbildung verbessern wird von einer Mehrheit der Befragten auf Zypern (59%), in Deutschland (56%), Estland (55%) und Dänemark (51%) vorrangig gewählt. Demgegenüber nennen die Bürger im Osten der EU diese Option am seltensten: Dies gilt für die Tschechischen Republik (30%), Slowenien und die Slowakei (jeweils 31%).

Die Gründung neuer Firmen erleichtern stellt insbesondere für die Befragten in Lettland (61%), Spanien (57%), Rumänien (47%), Griechenland (46%) und Schweden (44%) eine dringliche Initiative dar. Dies gilt erheblich seltener für die Befragten im Vereinigten Königreich (10%) und in den Niederlanden (12%).

In Forschung und Entwicklung investieren wird vorrangig von den befragten Personen in Deutschland (39%), Slowenien (38%), Dänemark und Italien (jeweils 35%), Schweden (33%) und den Niederlanden (32%) gewählt. In Polen (17%), Ungarn (18%) und Lettland (19%) wird diese Option eher selten genannt.

Der Abbau des öffentlichen Defizits und der Verschuldung der öffentlichen Hand in den Mitgliedstaaten ist eine vorrangige Initiative für die Befragten in der Tschechischen Republik (45%), Griechenland (41%) und den Niederlanden (40%). Demgegenüber wählen die befragten Personen in Rumänien (12%), Estland (13%) und Portugal (15%) diese Option eher selten.

Eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte wird von den Befragten in Deutschland (40%), Finnland (38%) und den Niederlanden (34%) am häufigsten genannt. In Portugal (6%) und Rumänien (10%) ist dies hingegen eine sehr selten angegebene Option.

QB6 Welche der folgenden Vorschläge sind Ihrer Meinung nach am besten geeignet, um die Leistungsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu verbessern? (MAX. 3 ANTWORTEN)

	Bildung und berufliche Weiterbildung verbessern	Die Gründung neuer Firmen erleichtern	In Forschung und Entwicklung investieren	Abbau des öffentlichen Defizits und der Verschuldung der öffentlichen Hand in den Mitgliedstaaten	Stärkere Regulierung der Finanzmärkte	Unternehmen leichter Zugang zu Krediten gewähren	Energie effizienter nutzen	In die Verkehrsinfrastruktur investieren (Autobahn, Eisenbahn etc.)	In die Entwicklung umweltfreundlicher Produkte oder Dienstleistungen investieren	Die Zahl der Arbeitsstunden erhöhen	Anhebung des Rentenalters	Spontan: Sonstiges	WN
EU27	42%	33%	28%	27%	24%	22%	19%	14%	14%	6%	5%	2%	8%
BE	45%	31%	29%	31%	20%	18%	30%	13%	17%	10%	9%	2%	1%
BG	32%	22%	22%	16%	31%	32%	29%	22%	17%	4%	1%	2%	13%
CZ	30%	24%	29%	45%	20%	15%	31%	19%	16%	3%	3%	2%	5%
DK	51%	33%	35%	22%	17%	24%	25%	11%	21%	17%	15%	0%	2%
DE	56%	25%	39%	34%	40%	20%	18%	7%	14%	4%	3%	1%	5%
EE	55%	42%	25%	13%	21%	10%	24%	16%	9%	4%	5%	2%	8%
IE	49%	29%	26%	18%	23%	36%	32%	20%	14%	9%	5%	0%	6%
EL	39%	46%	29%	41%	15%	17%	26%	12%	19%	4%	2%	1%	5%
ES	42%	57%	20%	18%	16%	36%	10%	10%	6%	3%	1%	3%	4%
FR	44%	40%	27%	38%	31%	17%	18%	7%	13%	11%	6%	1%	4%
IT	34%	37%	35%	20%	12%	30%	17%	12%	16%	6%	4%	2%	9%
CY	59%	27%	23%	39%	15%	14%	33%	17%	22%	5%	9%	1%	4%
LV	32%	61%	19%	21%	26%	21%	14%	14%	9%	2%	2%	1%	5%
LT	34%	41%	21%	27%	27%	29%	25%	6%	11%	3%	2%	3%	7%
LU	46%	28%	25%	33%	27%	19%	17%	13%	12%	8%	4%	1%	4%
HU	37%	27%	18%	38%	33%	23%	36%	17%	15%	2%	2%	2%	4%
MT	43%	28%	23%	31%	16%	10%	42%	8%	19%	5%	2%	0%	10%
NL	47%	12%	32%	40%	34%	18%	20%	24%	18%	6%	11%	1%	2%
AT	46%	27%	26%	24%	25%	21%	31%	16%	28%	8%	7%	1%	4%
PL	34%	37%	17%	21%	17%	21%	13%	22%	10%	4%	4%	1%	14%
PT	46%	38%	31%	15%	6%	23%	16%	6%	9%	6%	2%	3%	8%
RO	42%	47%	22%	12%	10%	21%	12%	32%	9%	12%	3%	1%	12%
SI	31%	24%	38%	29%	32%	18%	21%	13%	26%	2%	2%	5%	5%
SK	31%	20%	30%	31%	24%	20%	32%	31%	17%	3%	4%	1%	6%
FI	36%	27%	28%	38%	38%	9%	31%	12%	28%	4%	7%	1%	2%
SE	48%	44%	33%	35%	18%	11%	21%	25%	19%	7%	10%	1%	2%
UK	41%	10%	20%	19%	27%	17%	24%	19%	13%	7%	7%	2%	16%
Höchster Prozentsatz per Land				Niedrigster Prozentsatz per Land									
Höchster Prozentsatz per Nennung				Niedrigster Prozentsatz per Nennung									

Wir analysieren die Ergebnisse auf die Frage, welche Maßnahmen am besten geeignet sind, um die Leistungsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu verbessern, unter Berücksichtigung der soziodemographischen Variablen. Auf diese Weise wird es möglich, die deutlichen Unterschiede herauszuarbeiten, die sich in Bezug auf die Präferenzen der jeweiligen Untergruppen der Bevölkerung ergeben. Im Folgenden gehen wir auf die wichtigsten Maßnahmen ein, die von den europäischen Bürgern gewählt wurden:

Die Verbesserung von Bildung und beruflicher Weiterbildung ist verständlicherweise ein Thema, für das sich die jüngsten Befragten begeistern (49% der 15-24-Jährigen). Dieser Bereich ist für Führungskräfte (46%), Personen, die sich der politischen Linken zurechnen (47%) sowie diejenigen, die angeben, ein großes Interesse an Politik im Allgemeinen zu haben (46%), ebenfalls von großer Bedeutung.

Interessanterweise wird von Befragten im Alter zwischen 25 und 39 Jahren besonders häufig der Wunsch geäußert, dass **die Gründung neuer Firmen erleichtert** werden sollte (35%). Es ist schlüssig, dass dieser Punkt von Selbstständigen (34%), aber auch besonders häufig von Arbeitslosen (39%) und Personen, die die meiste Zeit Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen haben (37%) genannt wird. Für 34% der Hausfrauen, -männer und Angestellten gilt dies ebenfalls.

In Forschung und Entwicklung zu investieren wird in besonders hohem Maße von Führungskräften (37%), politisch linksorientierten Personen (32%) und Befragten gefordert, die sich selbst in der gesellschaftlichen Hierarchie oben positionieren, und zwar deutlich häufiger, als dies für Befragte gilt, die sich den unteren sozialen Schichten zurechnen (33% gegenüber 21%). Europäische Bürger, die sich sehr für Politik interessieren, begeistern sich für diese Option ebenfalls erheblich häufiger, als diejenigen, die sich überhaupt nicht für Politik interessieren (36% gegenüber 19%).

Von 27% aller europäischen Bürger wird **der Abbau des öffentlichen Defizits und der Verschuldung der öffentlichen Hand in den Mitgliedstaaten** als vorrangige Maßnahme gewählt. Die Befragten, die ihre Ausbildung bis zum 20. Lebensjahr und darüber hinaus fortgeführt haben, nennen diese Option zu einem Anteil von 33%, die Führungskräfte zu 34% und Personen, die sich stark für Politik im Allgemeinen interessieren zu 33%.

Die nahezu gleiche Situation ergibt sich für **eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte**: Diese Maßnahme wird von 34% der Führungskräfte und 33% der Personen, die sich sehr für Politik interessieren gefordert.

Den **Unternehmen leichteren Zugang zu Krediten gewähren**, ist schließlich besonders häufig ein Anliegen der Selbstständigen (31%).

5.3. Maßnahmen um den Menschen zu helfen, die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu bewältigen

Wir haben die Bürger gebeten, zwei Maßnahmen auszuwählen, die ihrer Ansicht nach die Europäische Union vorrangig ergreifen sollte, um europäische Bürger dabei zu unterstützen, die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu bewältigen.²⁸ Hierfür wurde den Befragten eine Liste von acht Vorschlägen vorgelegt, aus denen sie maximal zwei auswählen sollten.

Wie schon angemerkt, wurde eine neue Option zu dieser Frage hinzugefügt: Es handelt sich um die Maßnahme «Eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte». Zum ersten Mal auf der Liste der Optionen, wird dieser Punkt umgehend auf den vierten Platz der Maßnahmen gewählt, die die europäischen Bürger vorrangig in die Tat umgesetzt sehen wollen. **Insgesamt gibt es drei umfassende Bereiche, die von den Befragten besonders häufig angesprochen werden: Unterstützung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite, Investitionen im Bereich Bildung und Forschung sowie eine bessere Kontrolle der Finanzmärkte.** Aus den Ergebnissen lässt sich bei näherer Betrachtung folgende Rangfolge ableiten:

Auf den ersten Platz wählen die befragten Personen die Maßnahme **«Unterstützung für kleine und mittelständische Unternehmen»**: Mehr als vier von zehn europäischen Bürgern (41%) sind davon überzeugt, dass es sich hierbei um die wichtigste Maßnahme handelt, um den Menschen zu helfen, die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu bewältigen.

Die am zweithäufigsten genannte Maßnahme ist die **«Unterstützung für Arbeitslose»**. Auf diese Option entfallen 30% der Antworten.

Jeweils über ein Viertel der europäischen Bürger wählt (26%) eine der folgenden zwei Optionen:

- **«Investitionen in Bildung / Ausbildung / Forschung».**
- **«Stärkere Regulierung der Finanzmärkte».**

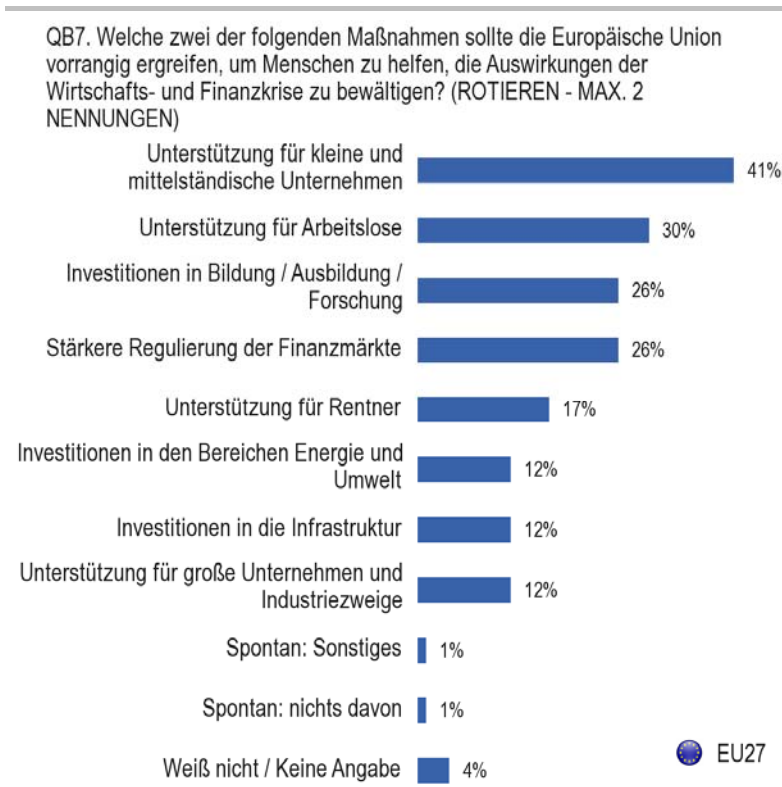
Die Option **«Unterstützung für Rentner»** wird von 17% der Befragten gewählt.

Drei Maßnahmen erhalten jeweils 12% der Anteile:

- **«Unterstützung für große Unternehmen und Industriezweige».**
- **«Investitionen in den Bereichen Energie und Umwelt».**
- **«Investitionen in die Infrastruktur».**

²⁸ QB7 Welche zwei der folgenden Maßnahmen sollte die Europäische Union vorrangig ergreifen, um Menschen zu helfen, die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu bewältigen? (ROTATION - MAX. 2 ANTWORTEN). Stärkere Regulierung der Finanzmärkte; Investitionen in Bildung / Ausbildung / Forschung; Investitionen in die Infrastruktur; Investitionen in den Bereichen Energie und Umwelt; Unterstützung für große Unternehmen und Industriezweige; Unterstützung für kleine und mittelständische Unternehmen; Unterstützung für Arbeitslose; Unterstützung für Rentner; Spontan: Sonstiges; Spontan: nichts davon.

Wir weisen darauf hin, dass diese Frage im Herbst 2009 ohne die zusätzliche Option über die stärkere Regulierung der Finanzmärkte gestellt worden war. Die Fragestellung war folgende: «Welche zwei der folgenden Maßnahmen sollte die Europäische Union vorrangig ergreifen, um Menschen zu helfen, die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu bewältigen?». **Hier folgend die damaligen Ergebnisse in der entsprechenden Reihenfolge:** «Unterstützung für kleine und mittelständische Unternehmen» wurde von 37% der Europäer gewählt, gefolgt von «Investitionen in Bildung / Ausbildung / Forschung» (28%), «Unterstützung für Arbeitslose» (24%) und «Unterstützung für die Ärmsten» (22%). Die übrigen Optionen wurden von weniger als 20% der europäischen Bürger genannt.



Eine Länderanalyse ermöglicht es uns, die von den Bürgern der jeweiligen Mitgliedstaaten vorrangig gewählten Maßnahmen darzustellen:

Die am häufigsten gewählte Maßnahme – **die Unterstützung für kleine und mittelständische Unternehmen** – wird von besonders hohen Anteilen der Bürger in drei der Länder genannt, die im Jahr 2004 der Union beigetreten sind: Lettland (60%), die Tschechische Republik (54%) und Slowenien (52%). Ähnliches gilt für Spanien (57%). Die Befragten auf Malta (22%) sowie im Vereinigten Königreich und Rumänien (jeweils 31%) unterstützen hingegen diese Maßnahme am seltensten.

Vor allem die in den letzten Monaten hart von der Krise getroffenen Befragten in Griechenland (61%), in Spanien (50%), auf Zypern (46%) und in Bulgarien (43%) sehen **die Unterstützung der Arbeitslosen** als vorrangig benötigte Maßnahme an. Dies gilt deutlich weniger für die Befragten in Dänemark (16%), Deutschland (17%) und den Niederlanden (18%). In diesen drei Ländern sind die Arbeitslosenraten erheblich niedriger als im Süden der Union.

Nach Ansicht der Befragten in Deutschland (45%), Österreich (38%), Luxemburg (37%) und Ungarn (35%) wäre eine **stärkere Regulierung der Finanzmärkte** eine besonders wirksame Maßnahme. Die Befragten in Griechenland (11%), Polen und Spanien (jeweils 13%) teilen diese Meinung in deutlich geringerem Maße. Wir stellen fest, dass diese Maßnahme von 28% der europäischen Bürger, die in der Euro-Zone leben, als wirksam angesehen wird (im Vergleich zu 21% derjenigen, die in den Mitgliedstaaten leben, die nicht der Euro-Zone angehören)

Investitionen in Bildung / Ausbildung / Forschung stellen besonders in den Augen der Bürger aus dem Norden Europas eine wichtige Maßnahme dar: Es handelt sich hierbei um die Befragten in den Niederlanden (49%), Dänemark (48%), Schweden (45%) und Deutschland (43%). Demgegenüber teilen nur wenige Befragte in Ungarn (15%), Griechenland und Spanien (jeweils 16%) dieselbe Ansicht.





























Die Unterstützung für Rentner (auf europäischer Ebene von einem Durchschnitt von 17% gewählt) wird von den Befragten in Portugal (25%), Frankreich (24%) sowie in Belgien und Griechenland (jeweils 23%) etwas häufiger angenommen. Dies ist bei den Befragten in den Niederlanden und in Dänemark sehr viel seltener der Fall (jeweils 5%).

Investitionen in die Infrastruktur werden besonders häufig von den Befragten in Rumänien (25%), Griechenland (23%), Österreich (19%) sowie in der Slowakei und auf Zypern (jeweils 18%) gefordert. Diesen Bedarf sehen die Befragten in Frankreich (5%), Estland, Spanien, Luxemburg und Finnland (jeweils 8%) erheblich seltener.

Das Thema **Investitionen in den Bereichen Energie und Umwelt** eint die Befragten auf Malta (33%), in Dänemark (26%), Ungarn (21%), Schweden (19%) und Österreich (18%). Es wird allerdings von nur 5% der Befragten in Spanien und 6% in Lettland gewählt.

Eine **Unterstützung für große Unternehmen und Industriezweige** schließlich, wird in Lettland und Rumänien (jeweils 24%) sowie in Irland (18%) etwas häufiger, dafür äußerst selten in Deutschland (4%) und in Griechenland (6%) genannt.

QB7 Welche zwei der folgenden Maßnahmen sollte die Europäische Union vorrangig ergreifen, um Menschen zu helfen, die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu bewältigen? (MAX. 2 ANTWORTEN)

		Unterstützung für kleine und mittelständische Unternehmen	Unterstützung für Arbeitslose	Stärkere Regulierung der Finanzmärkte	Investitionen in Bildung / Ausbildung / Forschung	Unterstützung für Rentner	Investitionen in die Infrastruktur	Investitionen in den Bereichen Energie und Umwelt	Unterstützung für große Unternehmen und Industriezweige	Spontan: Sonstiges	Spontan: nichts davon	WN
	EU27	41%	30%	26%	26%	17%	12%	12%	12%	1%	1%	4%
	BE	38%	21%	27%	32%	23%	13%	17%	14%	1%	1%	1%
	BG	34%	43%	25%	17%	17%	17%	12%	13%	1%	0%	6%
	CZ	54%	32%	19%	20%	16%	13%	12%	14%	1%	1%	2%
	DK	41%	16%	28%	48%	5%	10%	26%	13%	0%	0%	3%
	DE	42%	17%	45%	43%	11%	10%	13%	4%	0%	0%	3%
	EE	46%	37%	14%	32%	14%	8%	8%	14%	1%	0%	6%
	IE	41%	30%	27%	36%	8%	17%	11%	18%	0%	0%	4%
	EL	37%	61%	11%	16%	23%	23%	13%	6%	1%	0%	2%
	ES	57%	50%	13%	16%	18%	8%	5%	15%	1%	0%	1%
	FR	48%	28%	33%	21%	24%	5%	12%	12%	1%	1%	3%
	IT	38%	29%	18%	24%	14%	14%	16%	15%	1%	1%	6%
	CY	49%	46%	14%	30%	12%	18%	16%	8%	0%	0%	1%
	LV	60%	31%	15%	18%	14%	10%	6%	24%	1%	1%	3%
	LT	45%	32%	24%	17%	15%	10%	14%	14%	1%	1%	5%
	LU	43%	20%	37%	32%	9%	8%	12%	15%	0%	1%	2%
	HU	39%	31%	35%	15%	18%	12%	21%	10%	1%	1%	2%
	MT	22%	38%	18%	32%	15%	9%	33%	15%	0%	0%	4%
	NL	40%	18%	34%	49%	5%	15%	13%	12%	1%	1%	2%
	AT	34%	22%	38%	21%	19%	19%	18%	10%	1%	1%	4%
	PL	37%	36%	13%	18%	22%	12%	9%	15%	0%	1%	8%
	PT	37%	37%	14%	22%	25%	11%	11%	10%	1%	0%	5%
	RO	31%	28%	17%	20%	18%	25%	9%	24%	2%	0%	8%
	SI	52%	32%	30%	20%	18%	7%	12%	11%	3%	1%	1%
	SK	43%	33%	25%	21%	14%	18%	14%	13%	1%	0%	3%
	FI	47%	39%	31%	22%	11%	8%	17%	10%	1%	0%	1%
	SE	43%	25%	26%	45%	6%	17%	19%	11%	0%	0%	1%
	UK	31%	30%	23%	23%	19%	14%	12%	11%	1%	3%	9%
Höchster Prozentsatz per Land												
Höchster Prozentsatz per Nennung						Niedrigster Prozentsatz per Land						
						Niedrigster Prozentsatz per Nennung						

Aus soziodemografischer Perspektive lassen sich folgende Unterschiede sowohl in Bezug auf die jeweiligen Anteile, mit der die Maßnahmen genannt werden, als auch auf deren Reihenfolge beobachten:

Die in diesem Bereich persönlich interessierte Befragtengruppe der Selbstständigen und der Führungskräfte wählt zu einem Anteil von 54% bzw. 45% die **Unterstützung für kleine und mittelständische Unternehmen**. Dies im Vergleich zu 41% aller europäischen Bürger. Überdurchschnittlich interessieren sich für diese Maßnahme auch Befragte, die angeben, nahezu niemals Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen zu haben (43%), diejenigen, die sich auf der politischen Skala rechts einordnen (46%) und diejenigen, die sich sehr für Politik interessieren (43%).

Die Unterstützung für Arbeitslose wird von 30% der gesamten europäischen Bevölkerung gewählt. Den jungen Befragten im Alter von 15 bis 24 Jahren scheint dieser Punkt besonders wichtig zu sein (38%). Gleiches gilt für befragte Personen, die ihre Ausbildung im Alter von 15 Jahren oder vorher beendet haben (34%), Hausfrauen und -männer (37%) und verständlicherweise für die Arbeitslosen selber (51%). Es ist auch nachvollziehbar, dass dieser Punkt für Befragte wichtig ist, die die meiste Zeit Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen haben (45%).

Eine Maßnahme, die nach Ansicht der besser situierten Befragten vorrangig von der Europäischen Union umgesetzt werden sollte, ist **eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte**: 37% der Führungskräfte und 33% der Personen, die ihre Ausbildung bis zum Alter von 20 Jahren und darüber hinaus fortgeführt haben. Dies im Vergleich zu einem europäischen Durchschnitt von 26%. Europäische Bürger, die sich sehr für Politik im Allgemeinen (34%) und für europäische Politik im Besonderen (31%) interessieren, wählen diese Initiative ebenfalls etwas häufiger.

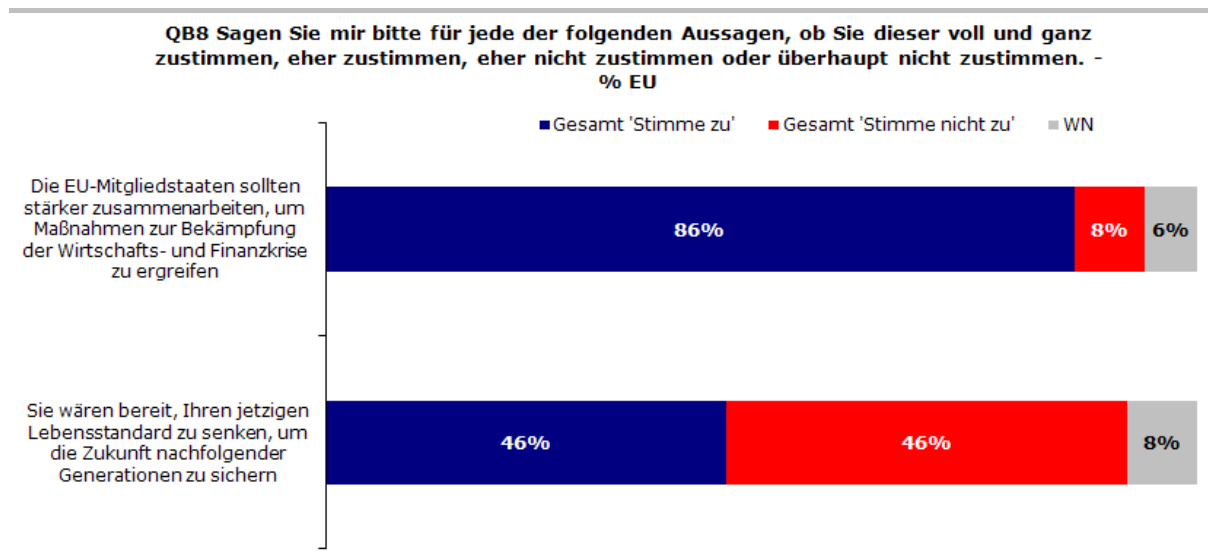
Im europäischen Durchschnitt sprechen sich 26% für **Investitionen in Bildung / Ausbildung / Forschung** aus. Dieser Bereich sollte nach Meinung der jungen Befragten im Alter von 15-24 Jahren eine vorrangig von der EU zu ergreifende Maßnahme sein (32%). Dies gilt ebenfalls für die europäischen Bürger, die eine lange Ausbildungszeit hatten (33%) sowie selbstverständlich für die Studenten (38%). Personen, die sich dem linken politischen Spektrum zuordnen, sind diesem Thema gegenüber deutlich aufgeschlossener als diejenigen, die sich auf der politischen Skala rechts einordnen (30% gegenüber 23%). Gleiches gilt für europäische Bürger, die sich in der sozialen Hierarchie oben einordnen (31%) und diejenigen, die angeben, großes Interesse an der Politik zu haben (33%).

Die Unterstützung für Rentner wird verständlicherweise vor allem von den Rentnern selber (27%), den Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber (25%), von 28% der befragten Personen, die ihre Ausbildung nach dem 16. Lebensjahr nicht fortgeführt haben (häufig handelt es sich dabei um ältere Personen) und von 22% der Hausfrauen und -männer gewählt. Dies im Vergleich zu 17% im europäischen Durchschnitt. Diese Ansicht vertreten ebenfalls 22% der Europäer, die meistens Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen haben, 24% der Befragten, die keinerlei Interesse an der Politik haben, und 22% derjenigen, die die Ansicht vertreten, dass Reformen, die den künftigen Generationen zugute kommen, nicht vorangetrieben werden sollten, wenn dies für die gegenwärtige Generation Opfer bedeutet.

- Höhere Zustimmung für die europäische Kooperation... allerdings noch keine ausgeprägte generationenübergreifende Solidarität... -

Die europäischen Bürger vertreten in Bezug auf die Maßnahmen, die vorrangig von der Europäischen Union ergriffen werden sollten, um den Menschen zu helfen, die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu bewältigen, unterschiedliche Meinungen. In einem Punkt allerdings stimmen sie überein: Die Mitgliedstaaten sollten stärker zusammenarbeiten, um Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkrise zu ergreifen²⁹: 86% unterstützen diese Aussage, gegenüber nur 8%, die entgegengesetzter Ansicht sind, und 6%, die sich hierzu nicht äußern.

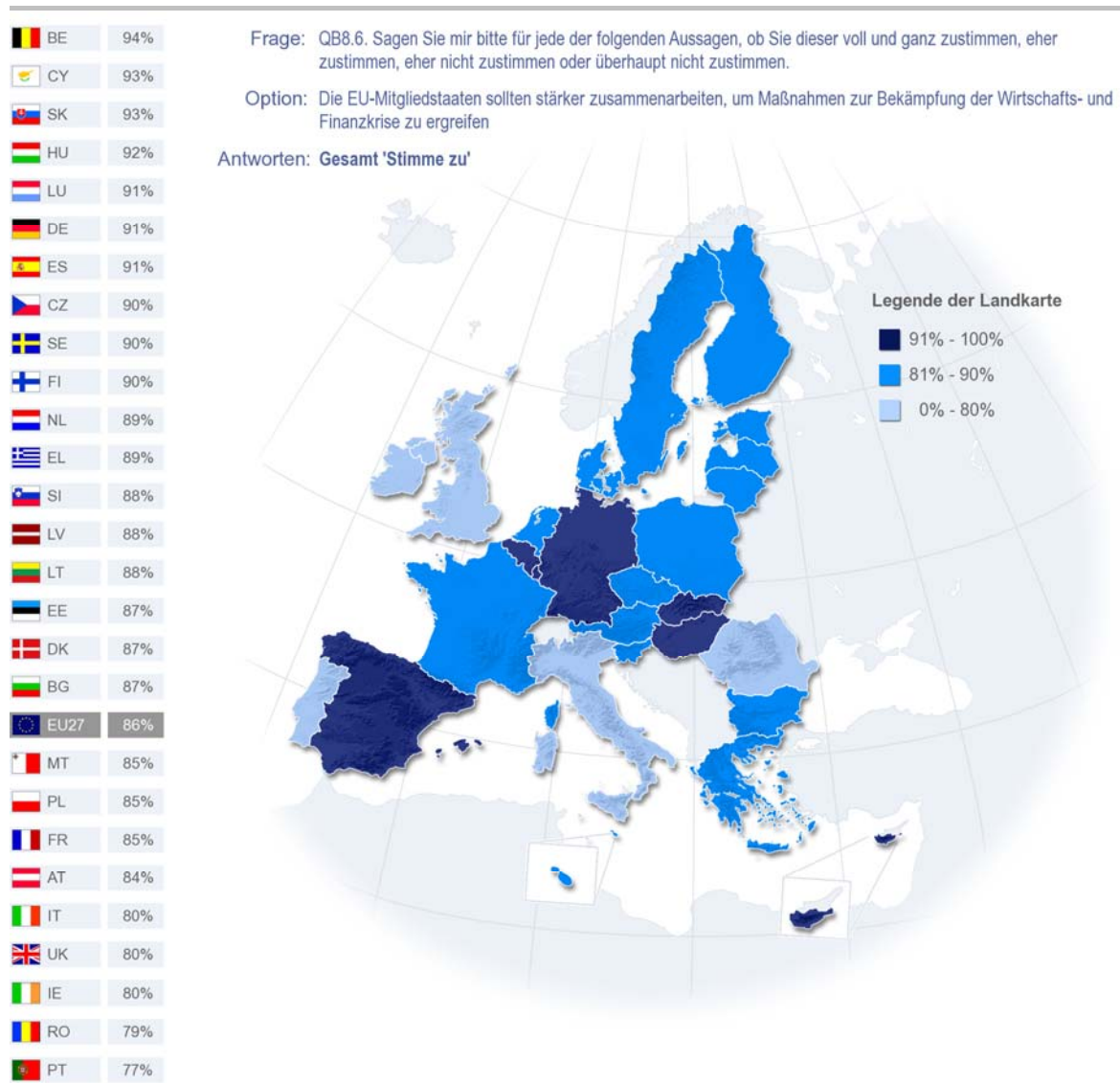
Außerdem sind die europäischen Bürger insoweit nach wie vor sehr unterschiedlicher Ansicht, wenn es darum geht, den eigenen Lebensstandard zu senken, um die Zukunft nachfolgender Generationen zu sichern³⁰.



Unter den Befragten besteht tatsächlich Konsens über die Aussage, dass die **EU-Mitgliedstaaten stärker zusammenarbeiten sollten, um Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkrise zu ergreifen**. Darüber hinaus können auch keine bedeutenden nationalen Unterschiede festgestellt werden. Wir möchten nichtsdestoweniger darauf aufmerksam machen, dass in folgenden Mitgliedstaaten mehr als neun von zehn Bürgern mit dieser Aussage einverstanden sind: Belgien (94%), Zypern und die Slowakei (jeweils 93%), Ungarn (92%) sowie Deutschland und Spanien (91%). Die Mitgliedstaaten, in denen wir die niedrigsten, allerdings immer noch bei 77% bzw. 79% liegenden Anteile positiver Antworten feststellen, sind Portugal und Rumänien.

²⁹ QB8.6 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. Die EU-Mitgliedstaaten sollten stärker zusammenarbeiten, um Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkrise zu ergreifen. Stimme voll und ganz zu; Stimme eher zu; Stimme eher nicht zu; Stimme überhaupt nicht zu.

³⁰ QB8.7 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. Sie wären bereit, Ihren jetzigen Lebensstandard zu senken, um die Zukunft nachfolgender Generationen zu sichern. Stimme voll und ganz zu; Stimme eher zu; Stimme eher nicht zu; Stimme überhaupt nicht zu.



Wenn wir die Ergebnisse unter Berücksichtigung der soziodemografischen Variablen untersuchen, stellen wir fest, dass die europäischen Bürger, die in besonders hohem Maße die Ansicht vertreten, die Mitgliedstaaten der EU sollten stärker zusammenarbeiten, mit dem Wort «gut situiert» beschrieben werden können: 91% der Führungskräfte teilen diese Ansicht sowie 89% der Personen, die keine Schwierigkeiten haben, ihre Rechnungen zu bezahlen. Es handelt sich hierbei um Personen, die sehr viel Interesse an Politik haben (90% im Vergleich zu 76% derjenigen, die sich nicht für Politik interessieren).

Wenn es allerdings um die Bereitschaft der Bürger geht, den **jetzigen Lebensstandard zu senken, um die Zukunft nachfolgender Generationen zu sichern**, dann teilen sich die europäischen Bürger in zwei gleich große Lager (46% sind mit dieser Aussage einverstanden gegenüber 46%, die nicht einverstanden sind).

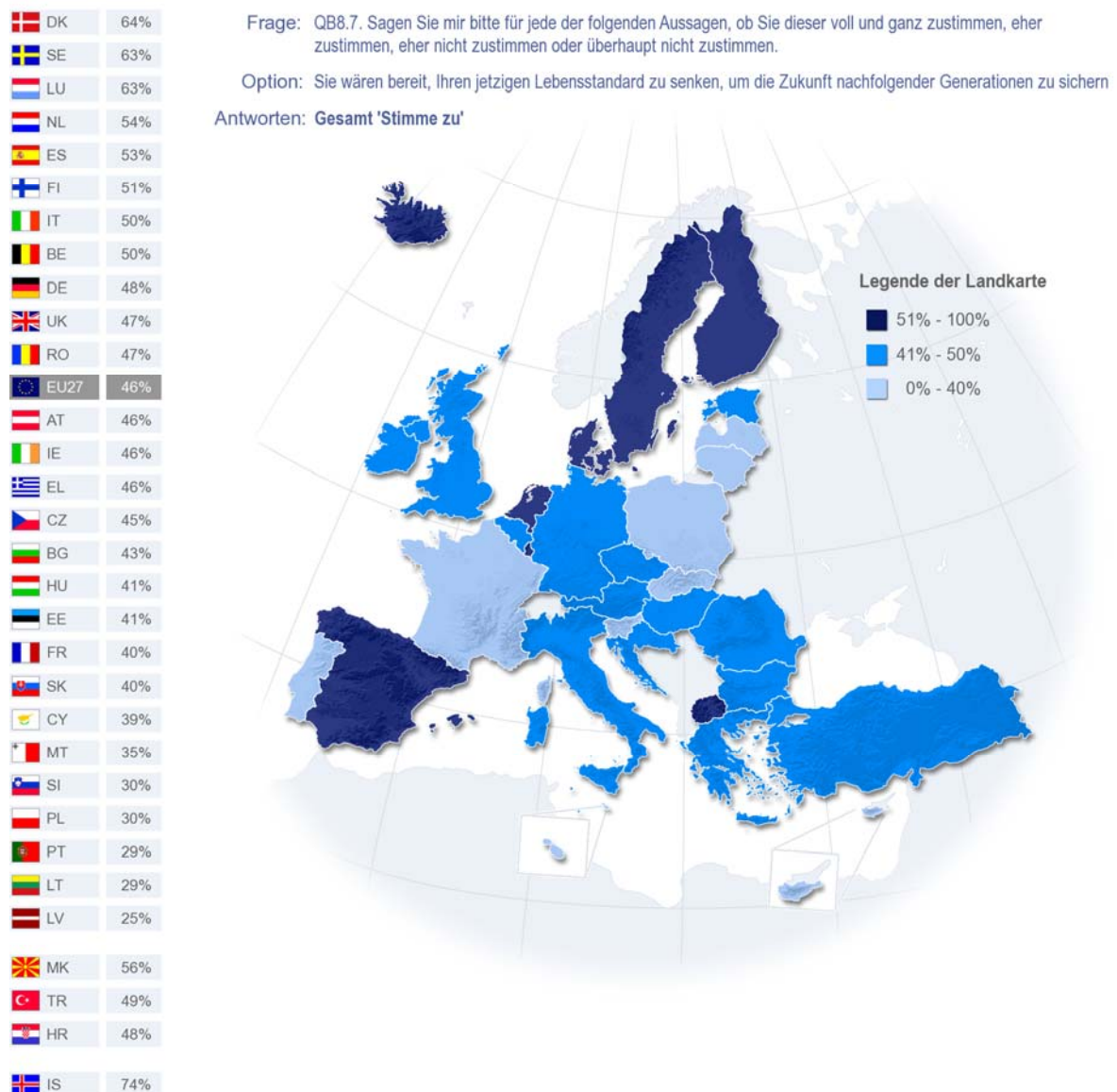
Wenn wir die Ergebnisse von Land zu Land untersuchen, beobachten wir, dass es vor allem die Bewohner der nördlichen Mitgliedstaaten Europas sind, die diese Aussage am häufigsten unterstützen: Die Befragten in Dänemark (64%) und Schweden (63%), aber auch in Luxemburg (63%), den Niederlanden (54%) und Spanien (53%).

Die Befragten in Lettland (25%), Litauen und Portugal (jeweils 29%), aber auch in Slowenien und Polen (jeweils 30%) gehören zu den Bürgern, die mit der geringsten Wahrscheinlichkeit bereit sind, ihren jetzigen Lebensstandard zu senken, um die Zukunft nachfolgender Generationen zu sichern.

Für jedes der drei Kandidatenländer stellen wir fest, dass hier die Befragten mit höherer Wahrscheinlichkeit bereit sind, ihren jetzigen Lebensstandard zu senken, als die europäischen Bürger im Durchschnitt. Dies gilt insbesondere für die Bewohner der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (56%), und in etwas geringerem Maße für die befragten Personen in der Türkei (49%) und in Kroatien (48%).

Wir weisen noch darauf hin, dass sich die Befragten in der Türkei mit der Beantwortung dieser Frage offenbar schwer tun, da sich ein Anteil von 24% hierzu nicht äußert.

Die befragten Personen auf Island schließlich sind bei weitem am häufigsten bereit (74%), ihren jetzigen Lebensstandard zu senken, um die Zukunft nachfolgender Generationen zu sichern.



Die Befragten, die zu einer höheren Berufskategorie gehören, sind verständlicherweise am ehesten bereit, ihren jetzigen Lebensstandard zu senken, um die Zukunft nachfolgender Generationen zu sichern: Dies gilt für 56% der Befragten, die eine lange Ausbildungszeit hatten, 58% der Führungskräfte und 53% der Selbstständigen. Dies im Vergleich zu 39% derjenigen, die die Schule vor dem 16. Geburtstag verlassen haben, 43% der Arbeiter und 38% der Arbeitslosen. Diese Aussage unterstützen überdies 55% der Personen, die sich sehr für Politik interessieren, im Vergleich zu nur 37% derjenigen, die sich überhaupt nicht für Politik interessieren.

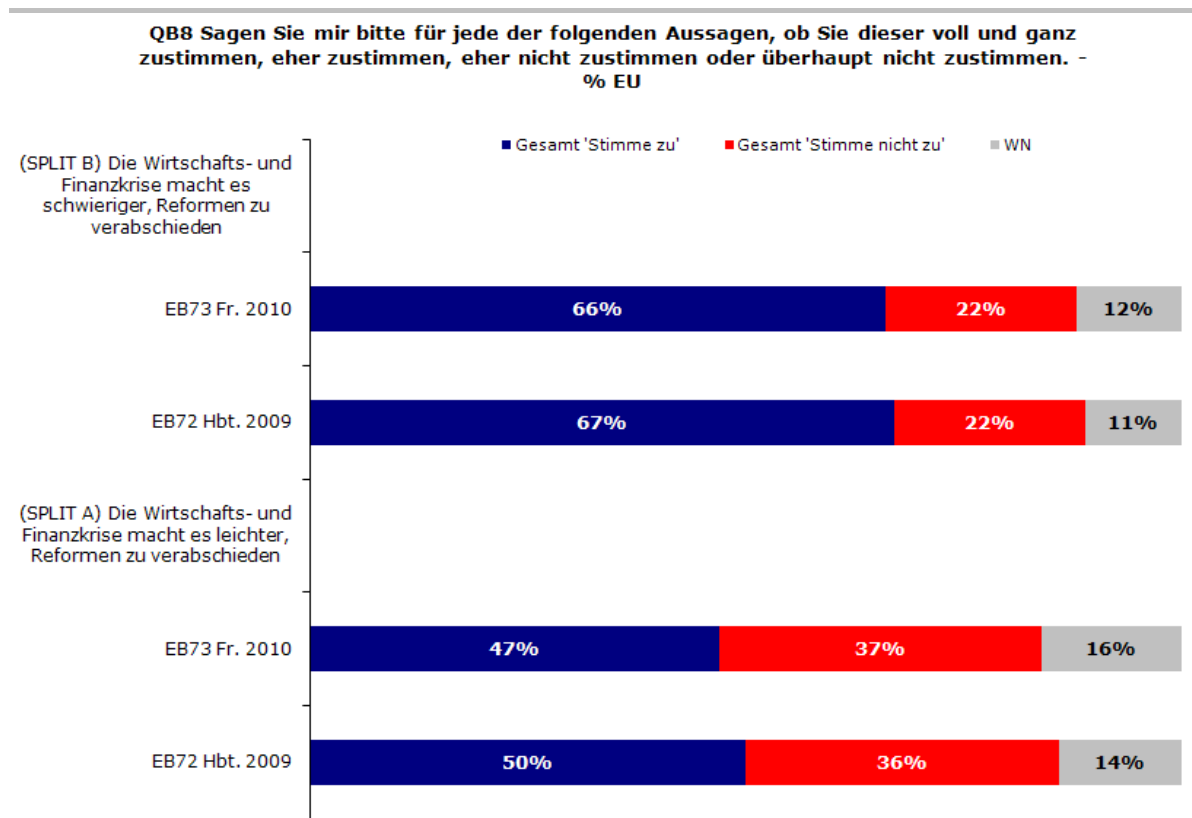
6. MUSS DAS WIRTSCHAFTS- UND FINANZSYSTEM REFORMIERT WERDEN?

- Laute Rufe nach mehr Reformen -

Da sich das Ausmaß der Wirtschaftskrise sowie die sich hieraus ergebenden sozialen Konsequenzen für die Europäische Union seit mittlerweile einigen Monaten abzeichnen, ist davon auszugehen, dass sich die Umsetzung von Reformen für die Bevölkerungen derzeit als deutlich schwieriger erweisen würde, als in wirtschaftlich ruhigeren Zeiten. In dieser Umfrage wurde untersucht, ob es in der Bevölkerung eine Bereitschaft dafür gibt, Reformen zu verabschieden. Es erschien uns sinnvoll, diesen Bereich mit einer gegabelten Befragung zu testen. Hier wird die Stichprobe der Befragten in zwei Hälften geteilt und die beiden Hälften werden jeweils mit der Frage in einer anderen Formulierung konfrontiert: Eine positive (SPLIT A – « Die Wirtschafts- und Finanzkrise **macht es leichter**, Reformen zu verabschieden») und eine negative Formulierung (SPLIT B – « Die Wirtschafts- und Finanzkrise **macht es schwieriger**, Reformen zu verabschieden»).

Wir stellen interessanterweise fest, dass in beiden Fällen eine Mehrheit der Befragten (relativ oder nicht) mit der jeweils vorgegebenen Aussage einverstanden ist: 47% der Befragten von SPLIT A erklären, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise es leichter macht, Reformen zu verabschieden, während 66% der Befragten von SPLIT B im Gegensatz dazu davon überzeugt sind, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise es schwieriger macht, Reformen zu verabschieden. **Offenbar lassen sich die befragten Personen eher durch eine negative Formulierung überzeugen.**

Abgesehen davon weist die Ergebnisanalyse der anderen untersuchten Aussagen darauf hin, dass sich die Mehrheit der **europäischen Bürger darüber im Klaren ist, dass Reformen verabschiedet werden müssen, insbesondere um für die Zukunft gerüstet zu sein.**



– Die europäischen Bürger sind geteilter Meinung darüber, ob die Krise es leichter macht, Reformen zu verabschieden –

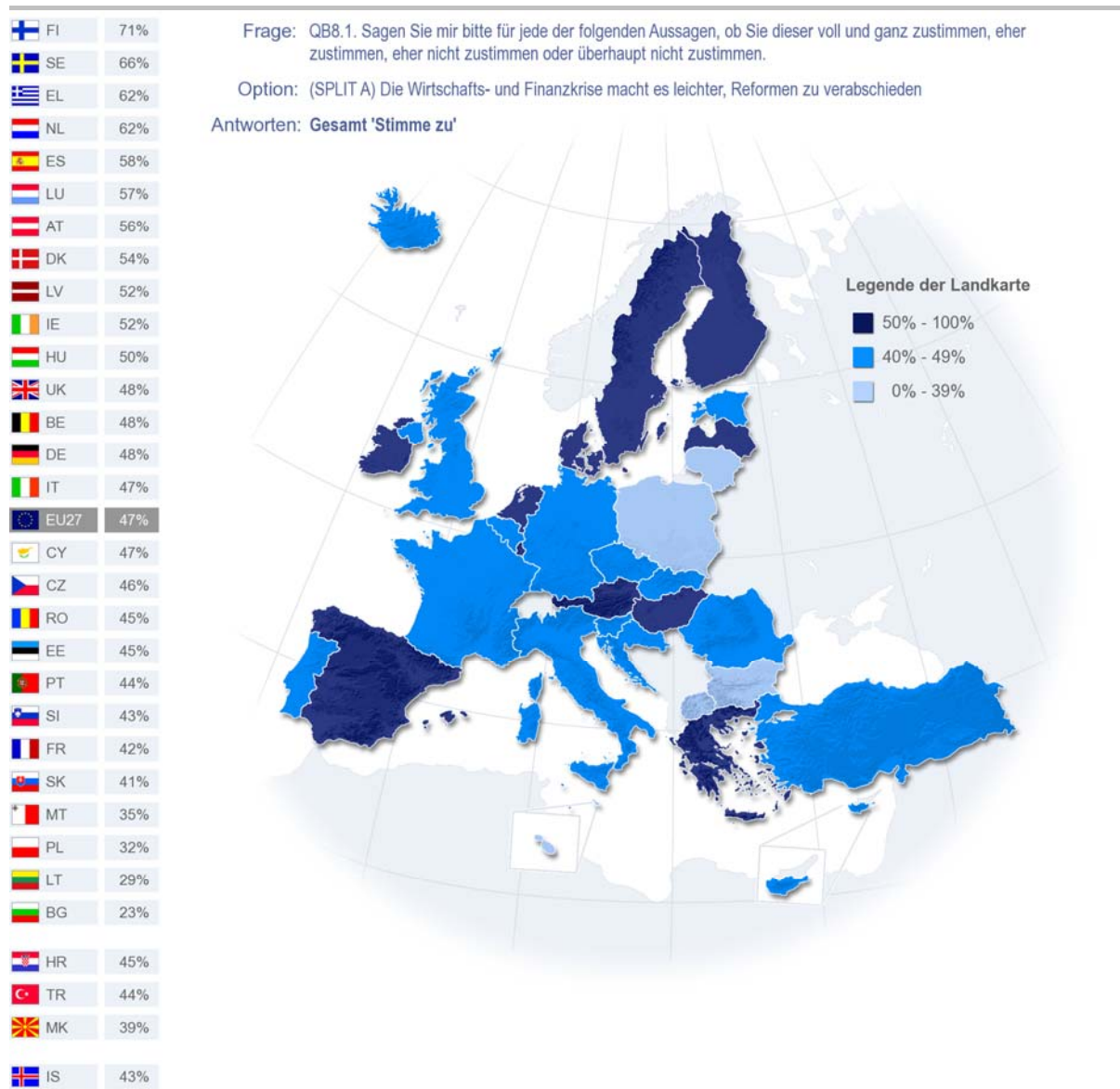
SPLIT A

Eine relative Mehrheit der europäischen Bürger (47%) geht davon aus, dass es die Wirtschafts- und Finanzkrise leichter macht, Reformen zu verabschieden³¹. Dieses Ergebnis sollte allerdings etwas relativiert werden: Der Anteil der Bürger, die diese Aussage voll und ganz unterstützen, ist nicht sehr hoch (10% entscheiden sich für die Antwort „Stimme voll und ganz zu“).

Andererseits stellen wir für die Befragtengruppe, die mit dieser Aussage nicht einverstanden ist, einen Anteil von 37% fest, d.h. einen Unterschied von 10 Punkten zur vorher genannten Gruppe.

Die Länderanalyse macht deutlich, in welchen Ländern die Befragten mit der höchsten Wahrscheinlichkeit die Meinung vertreten, dass es die Wirtschafts- und Finanzkrise leichter macht, Reformen zu verabschieden. Es handelt sich insbesondere um Finnland (71%), Schweden (66%) und Griechenland – das verpflichtet wurde, eine Reihe von Reformen zu verabschieden – sowie die Niederlande (jeweils 62%). Demgegenüber stellen wir in Bulgarien (23%), Litauen (29%), Polen (32%) und auf Malta (35%) die niedrigsten Anteile an Befragten fest, die diese Ansicht vertreten.

³¹ QB8.1 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. Die Wirtschafts- und Finanzkrise macht es leichter, Reformen zu verabschieden (NUR AN SPLIT A). Stimme voll und ganz zu; Stimme eher zu ; Stimme eher nicht zu; Stimme überhaupt nicht zu.



Bei einem Vergleich zwischen diesen Ergebnissen und denjenigen der letzten Eurobarometer-Umfrage von Herbst 2009, beobachten wir für den Anteil an Befragten, die auf diese Frage mit «Stimme zu» antworten, einen Rückgang um drei Punkte und für den Anteil derjenigen, die mit «Stimme nicht zu» antworten, einen Zuwachs von einem Punkt.

Diese rückläufige Entwicklung stellen wir in der Mehrheit der Mitgliedstaaten fest. Nur in Lettland (52%), der Slowakei (41%) und Polen (32%) werden die Ergebnisse der letzten Umfrage mit absolut stabilen Durchschnittswerten bestätigt. Finnland (+7 Punkte), Rumänien (+5 Punkte), Schweden und die Türkei (jeweils +4 Punkte), Ungarn (+3 Punkte), Deutschland (+2 Punkte) und Österreich (+1 Punkt) verzeichnen eine Zunahme der Befragten, die mit dieser Aussage einverstanden sind.

Unter soziodemografischen Gesichtspunkten können wir Folgendes feststellen: Männer geben mit höherer Wahrscheinlichkeit als Frauen die Antwort «Stimme zu», wenn es um die Behauptung geht, die Wirtschafts- und Finanzkrise mache es leichter, Reformen zu verabschieden (53% gegenüber 42%).

Die gesellschaftlich am besten integrierten Befragten antworten ebenfalls häufiger in diesem Sinne: 58% der Führungskräfte, 51% der Personen, die nahezu niemals Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen haben, bzw. 56% derjenigen, die sich am oberen Ende der sozialen Hierarchie positionieren, stimmen dieser Aussage zu. Dies im Vergleich zu 45% der Arbeiter, 44% der Arbeitslosen, 41% derjenigen, die meistens Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen haben, und 40% derjenigen, die sich am unteren Ende der sozialen Hierarchie positionieren.

Die «optimistischsten» Befragten (diejenigen, die davon überzeugt sind, dass die Krise ihren Höhepunkt schon erreicht hat) äußern sich ebenfalls in diesem Sinne (57%). Gleiches gilt auch für 56% derjenigen, die die Ansicht vertreten, dass Reformen vorangetrieben werden sollten, selbst wenn dies für die gegenwärtige Generation gewisse Opfer bedeutet.

- Eine Mehrheit der europäischen Bürger ist der Ansicht, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise es schwieriger macht, Reformen zu verabschieden -

SPLIT B

Wenn wir die Frage negativ formulieren³², erhalten wir sehr viel drastischere Ergebnisse: Zwei Drittel der befragten Personen, die sich zu dieser Formulierung äußern, (exakt 66%) sind der Ansicht, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise es schwieriger macht, Reformen zu verabschieden.

Dieser Wert geht im Vergleich zur vorherigen Umfrage im Herbst 2009 geringfügig zurück (-1 Punkt). Der Anteil an Befragten, die mit «Stimme nicht zu» antworten, hat sich demgegenüber nicht verändert (22%). Geringfügig mehr als einer von 10 europäischen Bürgern äußert sich nicht zu dieser Frage (12%).

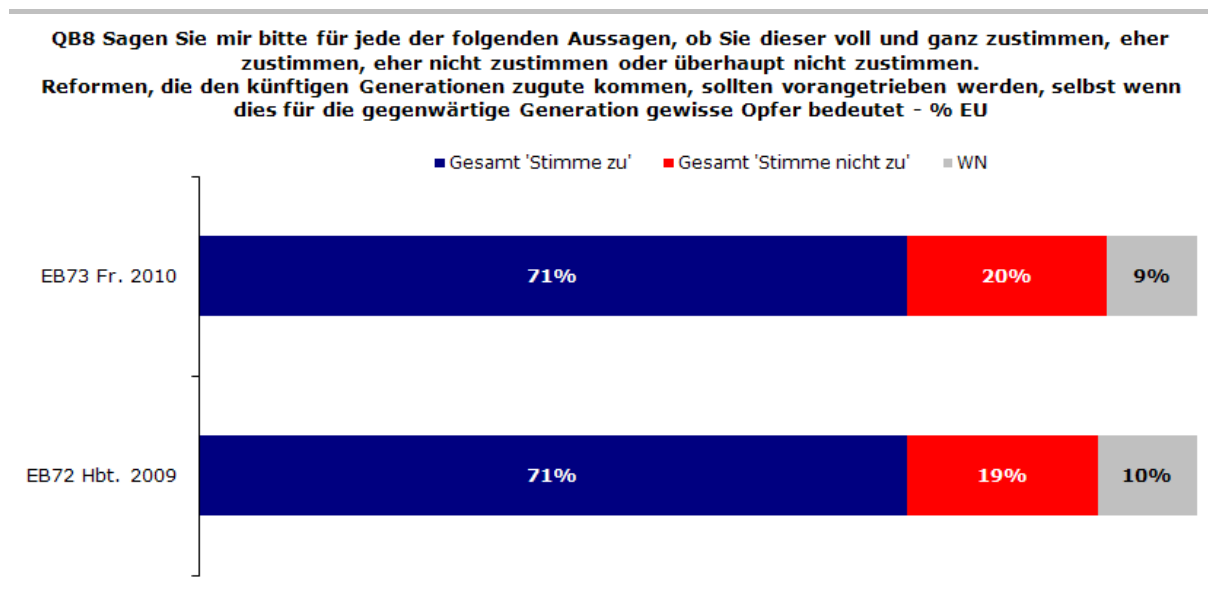
Die Länderanalyse zeigt, dass die befragten Personen am häufigsten in Ungarn (79%), Belgien (77%), Bulgarien (75%), Finnland und Estland (jeweils 74%) mit dieser Aussage einverstanden sind.

Griechenland (61%, -15 Punkte) und Malta (56%, -13 Punkte) sind die zwei Mitgliedstaaten, in denen wir für den Anteil an Befragten, die mit «Stimme zu» antworten, die deutlichsten Entwicklungen feststellen, und zwar in beiden Fällen im negativen Sinne.

³² QB8.2 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. Die Wirtschafts- und Finanzkrise macht es schwieriger, Reformen zu verabschieden (NUR AN SPLIT B). Stimme voll und ganz zu; Stimme eher zu; Stimme eher nicht zu; Stimme überhaupt nicht zu.

Unter soziodemografischen Gesichtspunkten erweisen sich die Meinungen zu dieser Aussage als verhältnismäßig ausgeglichen, in gewissem Sinne können wir sogar von einem Konsens innerhalb der Bevölkerung sprechen: 69% der Führungskräfte sind mit der untersuchten Aussage einverstanden. Gleiches gilt für 70% der Arbeiter, 68% der Personen, die keine Schwierigkeiten beim Bezahlen der Rechnungen haben, sowie 62% derjenigen, die die meiste Zeit mit derartigen Schwierigkeiten kämpfen.

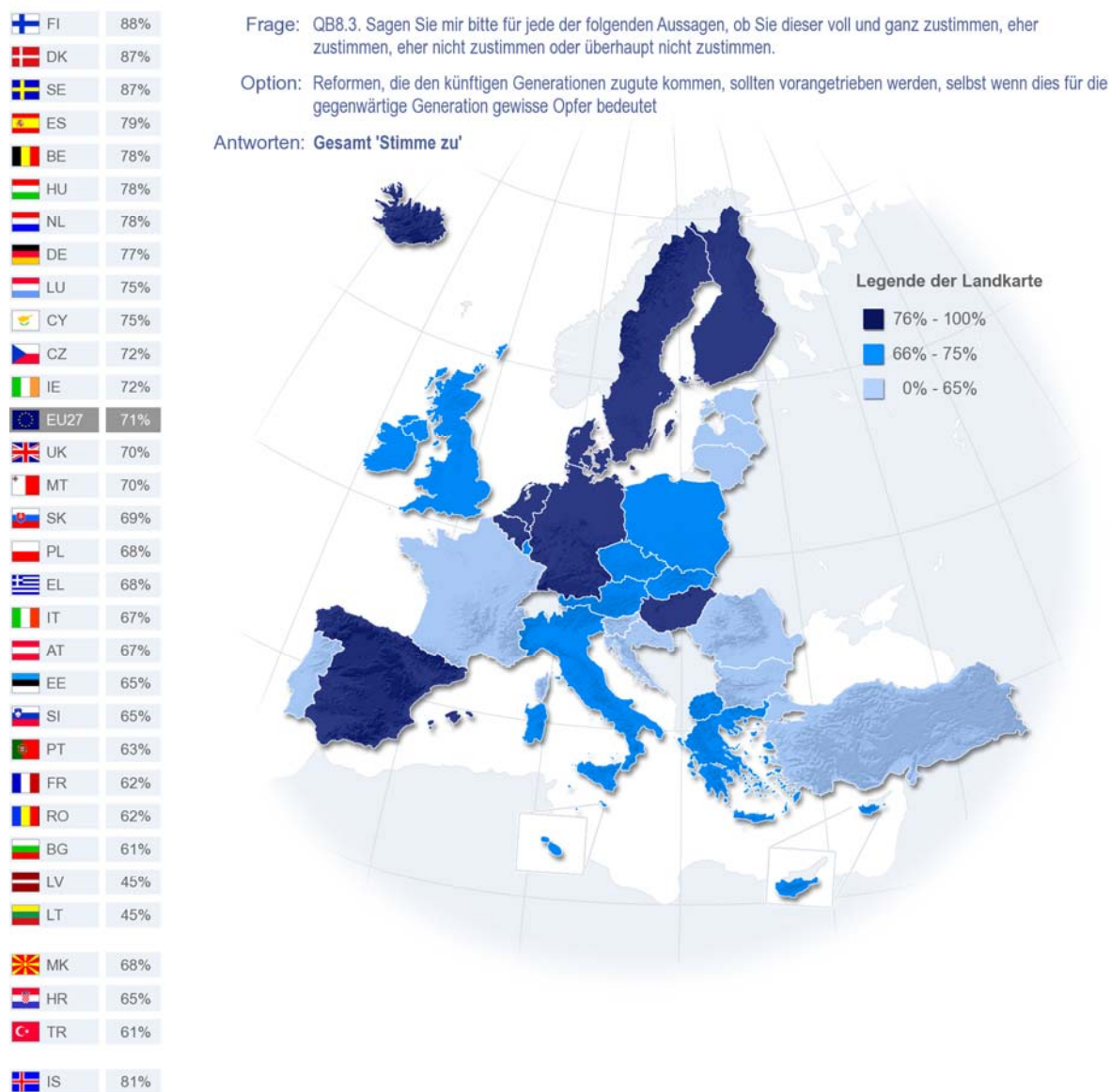
- Eine sehr große Mehrheit der europäischen Bürger vertritt die Ansicht, dass Reformen, die den künftigen Generationen zugute kommen, vorangetrieben werden sollten, selbst wenn dies für die gegenwärtige Generation gewisse Opfer bedeutet -



Wie schon im Herbst 2009 erklärt eine sehr große Mehrheit der europäischen Bürger (71%), dass die Reformen, die den künftigen Generationen zugute kommen, vorangetrieben werden sollten³³. Einer von fünf Europäern hingegen ist nicht mit dieser Forderung einverstanden (20%). 9% der Befragten gibt auf diese Frage keine Antwort.

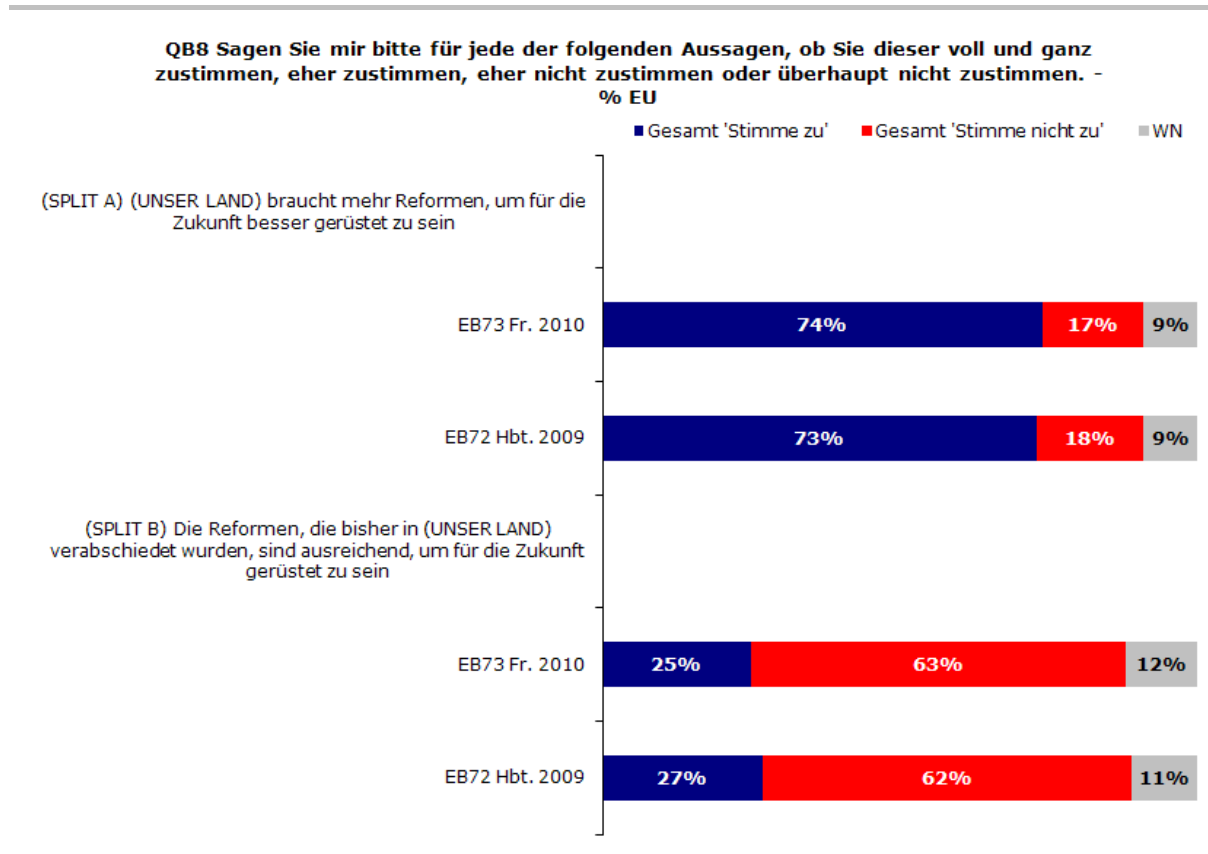
Insbesondere in Finnland (88%), Dänemark und Schweden (jeweils 87%) ist eine große generationenübergreifende Solidarität festzustellen. Demgegenüber äußern sich nur sehr wenige Befragte in Lettland und Litauen in diesem Sinne (jeweils 45%).

³³ QB8.3 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. Reformen, die den künftigen Generationen zugute kommen, sollten vorangetrieben werden, selbst wenn dies für die gegenwärtige Generation gewisse Opfer bedeutet. Stimme voll und ganz zu; Stimme eher zu; Stimme eher nicht zu; Stimme überhaupt nicht zu.



Befragte, die in den oberen beruflichen Kategorien tätig sind, erklären ebenfalls mit großer Wahrscheinlichkeit, dass die Reformen, die den künftigen Generationen zugute kommen, vorangetrieben werden sollten, selbst wenn dies für die gegenwärtige Generation gewisse Opfer bedeutet: 81% der Führungskräfte, 76% der Personen, die keine Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen haben, sowie 78% derjenigen, die sich den oberen Bevölkerungsschichten zurechnen. Dies gilt überdies für 79% der europäischen Bürger, die sehr viel Interesse an Politik im Allgemeinen haben (+20 Punkte im Vergleich zu denjenigen, die sich nicht dafür interessieren) und 78% derjenigen, die davon überzeugt sind, dass die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt ihren Höhepunkt erreicht haben.

Zu dieser Frage über die Notwendigkeit von Reformen wurde ebenfalls die Technik des "split ballot" - der gegabelten Befragung - angewandt, um zu messen, welchen Einfluss die Formulierung auf die Ergebnisse zweier «entgegengesetzter» Aussagen hat.



- Eine sehr große Mehrheit der europäischen Bürger ist der Ansicht, dass ihr Land mehr Reformen benötigt, um für die Zukunft besser gerüstet zu sein -

SPLIT A

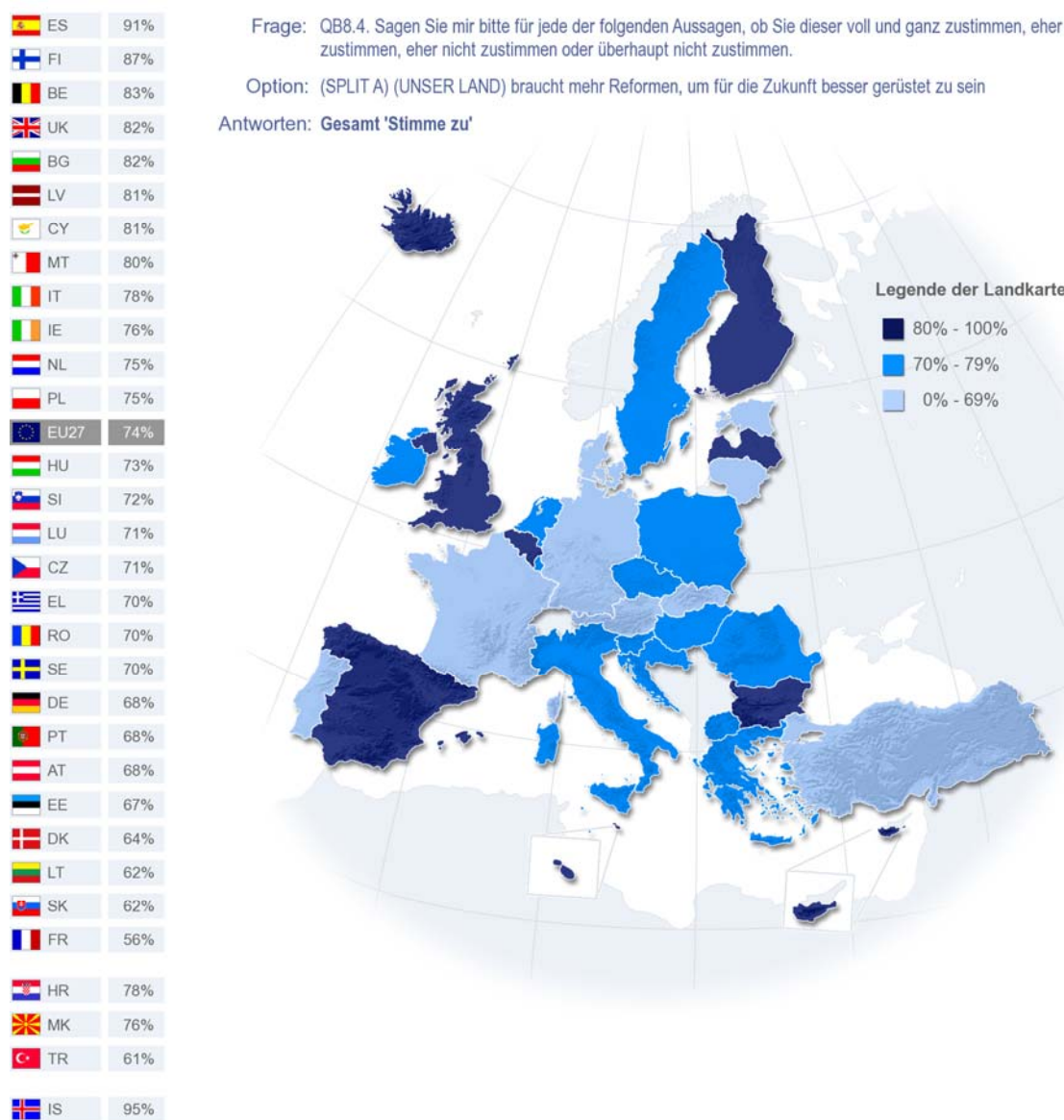
Schlüssig zu den bisherigen Ergebnissen stimmen die europäischen Bürger mehrheitlich (74%) mit der Aussage überein, dass ihr Land mehr Reformen braucht, um für die Zukunft besser gerüstet zu sein³⁴. Dieses Ergebnis ist nahezu identisch mit demjenigen, das wir anlässlich der letzten Eurobarometer-Umfrage im Herbst 2009 festgestellt haben (73%).

Demgegenüber erklären 17% der Befragten, nicht mit dieser Aussage einverstanden zu sein (-1 Punkt im Vergleich zum Herbst 2009). 9% geben zu dieser Frage keine Antwort.

³⁴ QB8.4 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. (UNSER LAND) braucht mehr Reformen, um für die Zukunft besser gerüstet zu sein (NUR AN SPLIT A). Stimme voll und ganz zu; Stimme eher zu; Stimme eher nicht zu; Stimme überhaupt nicht zu.

In jedem der Mitgliedstaaten, in denen die Umfrage durchgeführt wurde, befürwortet eine Mehrheit der Befragten die Aussage. Zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten gibt es aber hinsichtlich der Anteile erhebliche Unterschiede: Die europäischen Bürger, die sich mit der höchsten Wahrscheinlichkeit für mehr Reformen in ihrem Land aussprechen, sind die Befragten in Spanien (91%), in Finnland (87%), in Belgien (83%), aber auch in Bulgarien und im Vereinigten Königreich (jeweils 82%). Die Befragten, die sich gegenüber mehr Reformen am kritischsten zeigen, sind jene in Frankreich (56%), in der Slowakei und Litauen (jeweils 62%) sowie in Dänemark (64%).

In diesem Zusammenhang sprechen wir den besonderen Fall Griechenlands an: In diesem Land sind die Anteile, die für diese Aussage ermittelt wurden, um 18 Punkte gesunken. Im Herbst 2009 erklärte noch ein Anteil von 88% der Befragten, dass Reformen durchgeführt werden müssen. Im Frühjahr 2010, nachdem die Regierung die Sparmaßnahmen angekündigt hatte, waren es noch 70%.



Unter soziodemografischen Gesichtspunkten können wir feststellen, dass Männer (76% im Vergleich zu 71% der Frauen), Selbstständige (84%), Personen, die sich selbst in der sozialen Hierarchie oben einordnen (80%), politisch Rechtsorientierte (78%) und Personen, die sich sehr stark für Politik interessieren (78%), mit der höchsten Wahrscheinlichkeit der Ansicht sind, dass ihr Land mehr Reformen braucht, um für die Zukunft besser gerüstet zu sein.

- Die Mehrheit der europäischen Bürger ist davon überzeugt, dass die Reformen, die bisher in ihrem Land verabschiedet wurden, ausreichend sind, um für die Zukunft gerüstet zu sein -

SPLIT B

Die unterschiedlich formulierten Aussagen – und zwar einerseits der Wunsch nach zusätzlichen Reformen (SPLIT A) und andererseits die Überzeugung, dass die schon verabschiedeten Reformen ausreichend sind (SPLIT B)³⁵ – erzeugen keine offensichtlichen Widersprüche, wenn man die Ergebnisse näher betrachtet. Entsprechend den 74% der Befragten, die in der ersten Untergruppe angeben, dass ihr Land mehr Reformen benötigt, geben nahezu zwei Drittel der befragten Personen in der zweiten Untergruppe an (63%), dass die bisher in ihrem Land verabschiedeten Reformen nicht ausreichen, um für die Zukunft gerüstet zu sein. Dieses Ergebnis ist im Vergleich zum Herbst 2009 äußerst stabil geblieben (+1 Punkt). Ein Viertel dieser Befragten (25%) erklärt demgegenüber, dass es keiner weiteren Reformen bedarf (-2 Punkte im Vergleich zur letzten Eurobarometer-Umfrage). Mehr als einer von zehn Befragten (12%) ist übrigens nicht bereit, sich zu diesem Thema zu äußern.

Die Länderanalyse zeigt immerhin erhebliche Unterschiede: Die Befragten in Lettland (79%), Frankreich (77%), Bulgarien (72%) und Deutschland (71%) gehören zu den europäischen Bürgern, die am häufigsten dieser Aussage nicht zustimmen – und dementsprechend die Ansicht vertreten, dass die bisher verabschiedeten Reformen nicht ausreichend sind. Die befragten Personen im Vereinigten Königreich (48%) und in Litauen (49%) gehören stattdessen zu den Befragten, die am häufigsten die Meinung vertreten, dass die bisher verabschiedeten Reformen ausreichen würden.

In Bezug auf die Kandidatenländer können wir feststellen, dass 46% der Befragten in der Türkei diese Ansicht ebenfalls unterstützen.

Wir machen auch an dieser Stelle auf den besonderen Fall Griechenlands aufmerksam, wo im Herbst 2009 ein Anteil von 65% nicht die Aussage unterstützte, dass die bisher verabschiedeten Reformen ausreichend seien, um für die Zukunft gerüstet zu sein. Im Frühjahr 2010 stellen wir für diese Meinung einen Befragtenanteil fest, der um 14% gesunken ist.

³⁵ QB8.5 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. Die Reformen, die bisher in (UNSEREM LAND) verabschiedet wurden, sind ausreichend, um für die Zukunft gerüstet zu sein (NUR AN SPLIT B). Stimme voll und ganz zu; Stimme eher zu; Stimme eher nicht zu; Stimme überhaupt nicht zu.

Wie schon bei der Analyse von SPLIT A, können wir anhand der Bewertung der Ergebnisse **unter soziodemografischen Gesichtspunkten** erkennen, dass es vor allem die besser situierten Bevölkerungskategorien sind, die den Wunsch äußern, weitere Reformen zu verabschieden: 71% der Führungskräfte unterstützen die Aussage, dass die Reformen, die bisher im eigenen Land verabschiedet wurden, ausreichend seien, um für die Zukunft gerüstet zu sein. Gleichzeitig äußern sich die Befragten aus den weniger gut situierten Kategorien in diesem Punkt ähnlich: 62% der Personen, die sich selbst in der sozialen Hierarchie oben einordnen, antworten in diesem Sinne, wobei dies ebenfalls für 64% derjenigen gilt, die sich den unteren gesellschaftlichen Schichten zuordnen. Darüber hinaus gilt dies auch für 65% derjenigen, die keine Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen haben, sowie für 61% derjenigen, die meistens mit diesbezüglichen Problemen zu kämpfen haben.

Demgegenüber wünschen vor allem diejenigen europäischen Bürger, die sich sehr für Politik interessieren, dass weitere Reformen verabschiedet werden: 71% stimmen dem zu im Vergleich zu 54% derjenigen, die sich nicht für Politik interessieren.

7. DER ABBAU DER STAATSVerschULDUNG

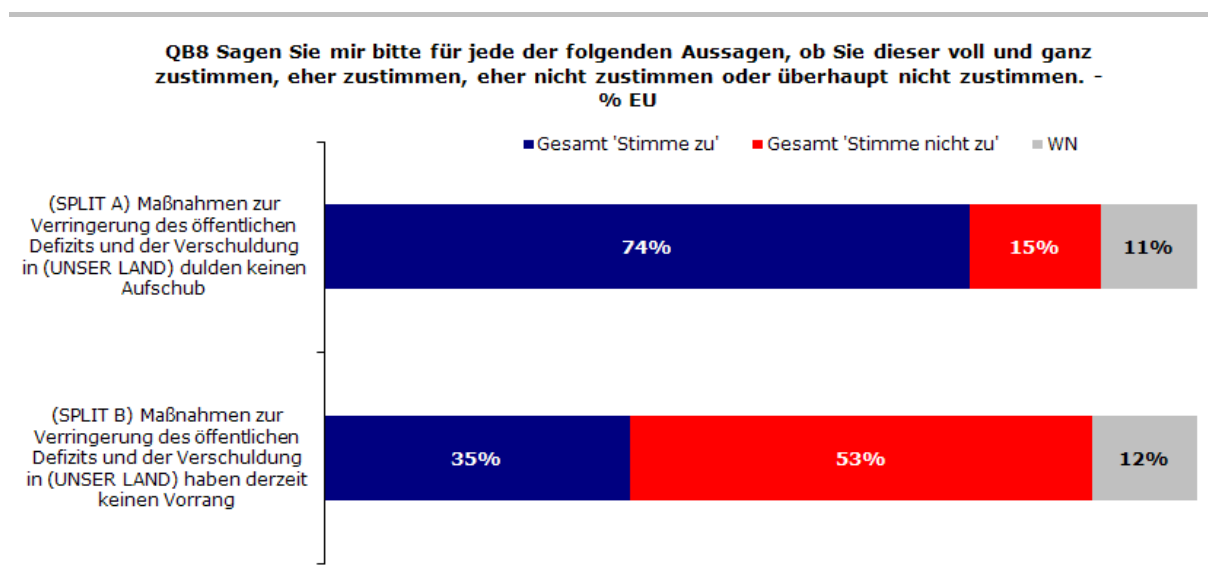
- *Es ist dringend notwendig, das öffentliche Defizit und die Verschuldung der öffentlichen Hand zu verringern -*

Auch an dieser Stelle haben wir die Technik der gegabelten Befragung verwendet. Diesmal um herauszufinden, ob die europäischen Bürger es für nötig halten, Maßnahmen zum Abbau des öffentlichen Defizits und der Verschuldung der öffentlichen Hand zu ergreifen. Hierfür haben wir die Bürger gefragt, ob sie mit folgender Aussage einverstanden sind:

- Die Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung **dulden keinen Aufschub**.³⁶

Bzw. im Gegensatz hierzu:

- Die Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung **haben derzeit keinen Vorrang**.³⁷



³⁶ QB8.8 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

(NUR AN SPLIT A) Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung in (UNSER LAND) dulden keinen Aufschub. Stimme voll und ganz zu; Stimme eher zu; Stimme eher nicht zu; Stimme überhaupt nicht zu.

³⁷ QB8.9 (NUR AN SPLIT B) Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung in (UNSER LAND) haben derzeit keinen Vorrang.

Annähernd drei von vier europäischen Bürgern (74%) sind mit der Aussage einverstanden, dass die Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung in ihrem Land keinen Aufschub dulden. 15% von ihnen sind entgegengesetzter Ansicht. 11% möchten sich hierzu nicht äußern.

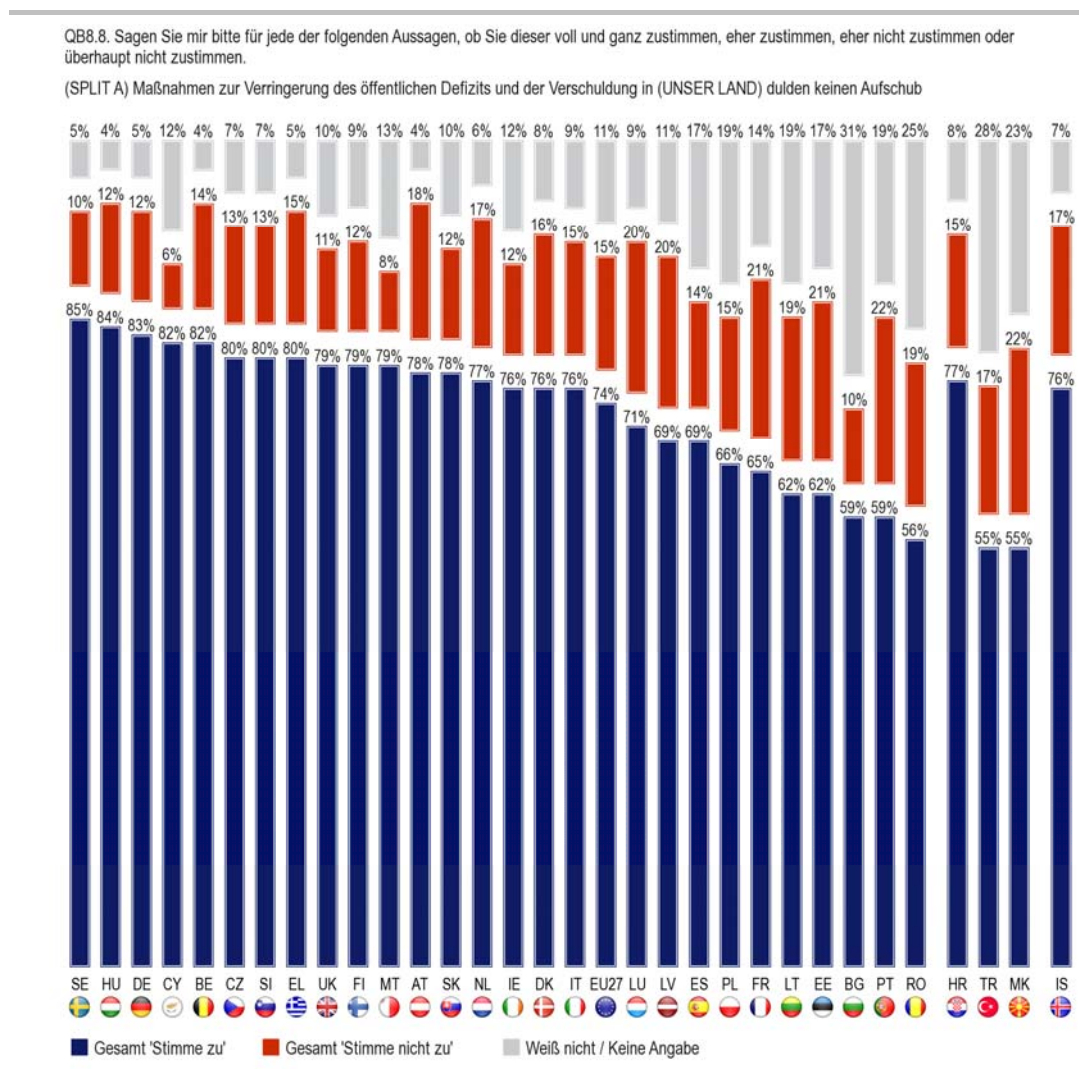
Wenn wir mit einer anderen Formulierung die Aussage ins Gegenteil verkehren, erklärt nur geringfügig mehr als eine Drittel (35%) der befragten Personen, dass die Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung derzeit keinen Vorrang haben.

Eine Mehrheit hingegen (53%) erklärt, dass sie mit dieser Aussage nicht einverstanden ist. Diese Personen sind der Ansicht, dass derartige Maßnahmen in ihrem Land derzeit sehr wohl Vorrang haben. 12% äußern sich im Übrigen nicht zu diesem Thema.

SPLIT A: Die Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung in (UNSER LAND) dulden keinen Aufschub.

Maßnahmen in diesem Bereich scheinen besonders in Schweden (85%), Ungarn (84%), Deutschland (83%), Belgien und auf Zypern (jeweils 82%) sowie in Griechenland, Slowenien und der Tschechischen Republik (jeweils 80%) als sehr dringlich angesehen zu werden.

Die Bewohner von zwei der Beitrittskandidaten zur Europäischen Union sind am seltensten mit dieser Aussage einverstanden: Es handelt sich hierbei um die Befragten in der Türkei und die Bewohner der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (jeweils 55%). Dies gilt allerdings auch für Rumänien (56%) und Bulgarien (59%), die sich darüber hinaus von den anderen durch besonders hohe Anteile an Befragten unterscheiden, die keine Antwort geben, sowie die Portugiesen (59%).



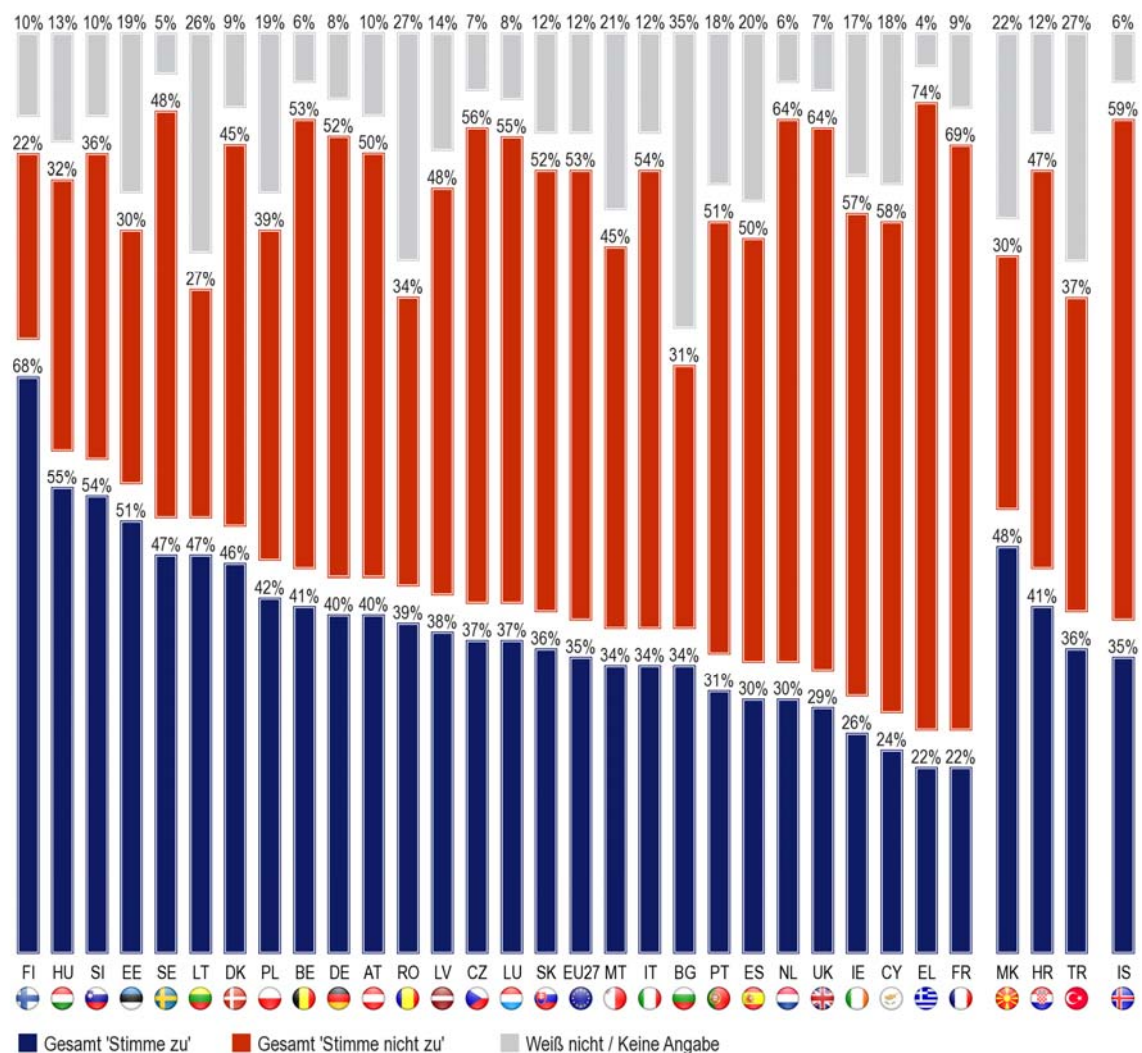
Die am besten situierten Kategorien von Befragten sowie diejenigen, die sich am meisten für Politik interessieren, sind am häufigsten davon überzeugt, dass die Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung in ihrem Land keinen Aufschub dulden.

SPLIT B: Die Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung in (UNSER LAND) haben derzeit keinen Vorrang.

In nahezu allen Mitgliedstaaten gibt eine Mehrheit der Befragten an, dass sie mit dieser Aussage nicht einverstanden ist: Die europäischen Bürger sind vielmehr davon überzeugt, dass die Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung Vorrang hat. Dies gilt insbesondere für die befragten Personen in Griechenland (74%), Frankreich (69%) aber auch in den Niederlanden und im Vereinigten Königreich (64%).

QB8.9. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

(SPLIT B) Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung in (UNSER LAND) haben derzeit keinen Vorrang


































In neun Mitgliedstaaten ist demgegenüber eine Mehrheit der Befragten mit der Aussage einverstanden, dass die Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung derzeit keinen Vorrang hat. Dies gilt vor allem für die Befragten in Finnland (68% sind einverstanden), Ungarn (55%), Slowenien (54%), Estland (51%) und Litauen (47%). Wir möchten daran erinnern, dass Ungarn, Estland und Litauen zu den Mitgliedstaaten gehören, in denen innerhalb von 6 Monaten die Überzeugung, dass bezüglich der Krise das Schlimmste schon hinter uns ist, am deutlichsten angestiegen ist³⁸. Es mag sein, dass sich in diesen Ergebnissen die Befürchtung äußert, dass der erhoffte wirtschaftliche Aufschwung durch einschneidende Maßnahmen behindert würde. Auch in Dänemark (46%), Polen (42%), Rumänien (39%) und Bulgarien (34%) ist die Bevölkerung mehrheitlich der Meinung, dass die Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung keinen Vorrang hat, in diesen Ländern fallen die Meinungen der Befragten allerdings geteilter aus.

Die am besten situierten europäischen Bürger (59% der Führungskräfte und 55% der Befragten, die keine Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen haben) sowie die Bürger, die sich am meisten für Politik interessieren (57%), gehören erneut zu denjenigen, die am häufigsten die Meinung vertreten, dass die Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung in ihrem Land keinen Aufschub dulden.

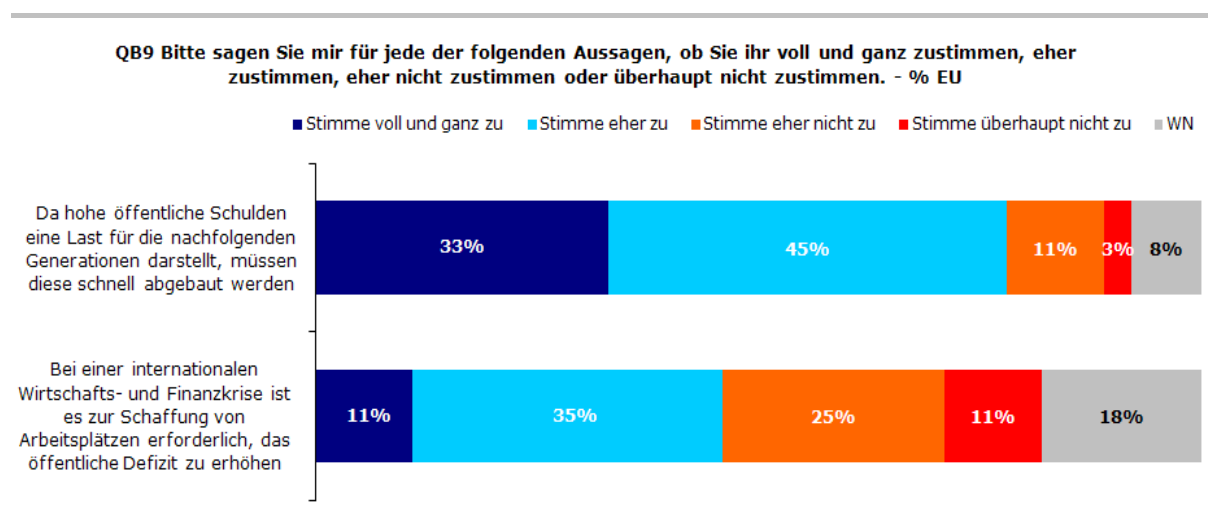
³⁸ Siehe Kapitel 1: Hat die Krise schon ihren Höhepunkt erreicht?

QB8.9 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.
(SPLIT B) Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung in (UNSER LAND) haben derzeit keinen Vorrang

		Gesamt 'Stimme zu'	Gesamt 'Stimme nicht zu'	Unt. Gesamt 'Stimme zu' - Gesamt 'Stimme nicht zu'
	EU27	35%	53%	-18
	FI	68%	22%	+46
	HU	55%	32%	+23
	EE	51%	30%	+21
	LT	47%	27%	+20
	SI	54%	36%	+18
	RO	39%	34%	+5
	BG	34%	31%	+3
	PL	42%	39%	+3
	DK	46%	45%	+1
	SE	47%	48%	-1
	LV	38%	48%	-10
	AT	40%	50%	-10
	MT	34%	45%	-11
	BE	41%	53%	-12
	DE	40%	52%	-12
	SK	36%	52%	-16
	LU	37%	55%	-18
	CZ	37%	56%	-19
	ES	30%	50%	-20
	IT	34%	54%	-20
	PT	31%	51%	-20
	IE	26%	57%	-31
	CY	24%	58%	-34
	NL	30%	64%	-34
	UK	29%	64%	-35
	FR	22%	69%	-47
	EL	22%	74%	-52
	MK	48%	30%	+18
	TR	36%	37%	-1
	HR	41%	47%	-6
	IS	35%	59%	-24

- Die europäischen Bürger sind unschlüssig: Schulden verringern oder gezielte Unterstützung des Arbeitsmarktes? -

Als nächstes haben wir die europäischen Bürger gebeten, sich zu folgender Frage zu äußern: Ist es notwendig, rasch die öffentlichen Schulden abzubauen, da diese eine Last für die nachfolgenden Generationen darstellen oder sollte in einer Wirtschaftskrise das öffentliche Defizit erhöht werden, um Arbeitsplätze zu schaffen. Die Antworten der Bürger, die auf den ersten Blick widersprüchlich erscheinen, machen deutlich, dass es sich hierbei um ein komplexes Thema handelt, in dem es schwierig ist, eine klare Stellung zu beziehen.



- Eine sehr große Mehrheit der europäischen Bürger ist davon überzeugt, dass es notwendig ist, die öffentlichen Schulden rasch abzubauen -

Die europäische Bevölkerung hat die Botschaft offenbar stark verinnerlicht, dass es wichtig ist, die öffentlichen Schulden abzubauen. In diesem Eurobarometer stellen wir fest, dass mehr als drei Viertel der befragten Personen (78%) von der Notwendigkeit überzeugt sind, die öffentlichen Schulden schnell abzubauen³⁹. 14% sind vom Gegenteil überzeugt und 8% äußern sich nicht.

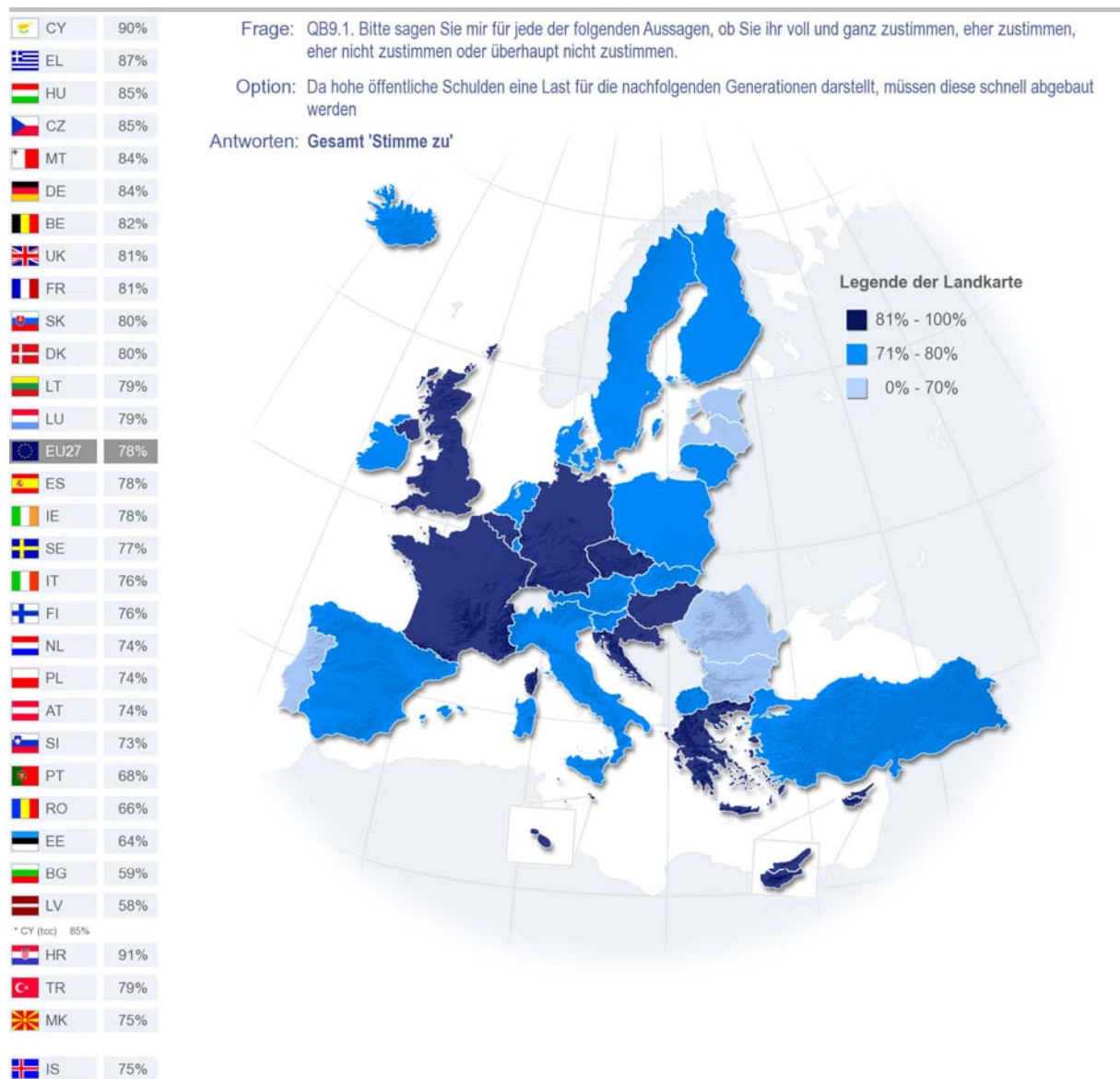
Darüber hinaus beobachten wir in jedem Land, in dem die Umfrage durchgeführt wurde, dass das Verhältnis zwischen den Bürgern, die einen raschen Abbau der Schuldenlast fordern und denjenigen, die diese Notwendigkeit nicht erkennen, nach wie vor positiv ausfällt; d.h. es besteht in der europäischen Bevölkerung ein ausreichend breiter Konsens, dass dieses Problem rasch angegangen werden muss.

³⁹ QB9.1 Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: Da hohe öffentliche Schulden eine Last für die nachfolgenden Generationen darstellen, müssen diese schnell abgebaut werden. Stimme voll und ganz zu; Stimme eher zu; Stimme eher nicht zu; Stimme überhaupt nicht zu.

Auf Zypern (90%), in Griechenland (87%), aber auch in der Tschechischen Republik sowie in Ungarn (85%) finden wir im Wesentlichen die größten Befragtenanteile, die einem raschen Abbau der öffentlichen Schulden positiv gegenüberstehen. Demgegenüber stehen die europäischen Bürger in Lettland (58%) und Bulgarien (59%) einem raschen Schuldenabbau am kritischsten gegenüber.

Wir stellen fest, dass die Bevölkerung in einem der Kandidatenländer – nämlich Kroatien – einem öffentlichen Schuldenabbau besonders deutlich zustimmt (91%), wobei auch die Bürger der Türkei (79%) und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (75%) sich in diesem Sinne äußern.




Für 75% der befragten Personen auf Island gilt dies ebenfalls.



Die soziodemografischen Unterschiede fallen hierzu nicht sehr deutlich aus. Wir möchten allerdings darauf hinweisen, dass wir in den Befragten Gruppen, die sozial besser gestellt sind, sowie für diejenigen, die sich sehr für Politik interessieren, zu dieser Aussage besonders hohe Zustimmungswerte feststellen.

81% der befragten Personen, die ihre Ausbildung nach dem 19. Lebensjahr fortgeführt haben, 82% derjenigen, die nahezu niemals Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen haben und 82% derjenigen, die sich mäßig oder stark für Politik interessieren, sind mit der Aussage einverstanden, dass die öffentlichen Schulden schnell abgebaut werden müssen, da sie eine Last für die nachfolgenden Generationen darstellen. In etwas niedrigeren Anteilen wird diese Meinung auch von einer Mehrheit der Personen vertreten, die ihre Ausbildung vor dem 16. Geburtstag abgeschlossen haben (76%). Gleiches gilt für diejenigen, die die meiste Zeit Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen haben (72%), sowie diejenigen, die sich überhaupt nicht für Politik interessieren (70%). In diesen Bevölkerungsgruppen liegen die Anteile allerdings geringfügig niedriger.

QB9.1 Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. Da hohe öffentliche Schulden eine Last für die nachfolgenden Generationen darstellt, müssen diese schnell abgebaut werden

	Gesamt "stimme zu"	Gesamt "stimme nicht zu"	Weiß nicht / Keine Angabe
EU27	78%	14%	8%
Geschlecht			
 Männlich	79%	15%	6%
Weiblich	77%	13%	10%
Alter			
 15-24	79%	12%	9%
25-39	78%	14%	8%
40-54	79%	15%	6%
55 +	78%	12%	10%
Ausbildung (Ende der)			
 15-	76%	11%	13%
16-19	78%	15%	7%
20+	81%	15%	4%
Studiert noch	81%	11%	8%
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen			
Meistens	72%	15%	13%
Gelegentlich	75%	16%	9%
Nahezu nie	82%	12%	6%
Index Politisches Interesse			
Hoch	82%	14%	4%
Durchschnittlich	82%	13%	5%
Niedrig	77%	14%	9%
Gar nicht	70%	13%	17%

- Die europäischen Bürger sind uneins darüber, ob angesichts der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise das öffentliche Defizit erhöht werden soll, um Arbeitsplätze zu schaffen -

Im Gegensatz zu den Antworten, die wir auf die Frage QB8.8 feststellen konnten (eine große Mehrheit der Befragten erklärt, dass Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung keinen Aufschub dulden) zeigen sich die europäischen Bürger recht uneins, wenn es um das Thema Schaffung von Arbeitsplätzen geht. In diesem Zusammenhang kommt es auch zu Widersprüchen. Denn eine relative Mehrheit der Bürger ist davon überzeugt, dass eine gezielte oder zeitlich begrenzte Erhöhung des öffentlichen Defizits erforderlich sei, um den Arbeitsmarkt zu unterstützen (46%)⁴⁰. Dieser offensichtliche Widerspruch kann zweifellos durch die starke Besorgnis der Bürger in Anbetracht der Arbeitslosigkeit erklärt werden, die ein weiteres Mal ganz oben auf die Liste der wichtigsten Probleme gesetzt wird, mit denen das eigene Land konfrontiert ist⁴¹.

Ein Drittel der Befragten (36%) teilt diese Ansicht allerdings nicht und nahezu zwei von 10 Befragten (18%) äußern sich zu dieser Frage nicht. Dies hat möglicherweise einerseits damit zu tun, dass die Frage einen eher technischen Charakter hat, aber andererseits haben die Bürger zweifellos Schwierigkeiten, sich zwischen zwei Notwendigkeiten, nämlich die öffentlichen Schulden zu verringern und Arbeitsplätze zu schaffen, zu entscheiden.

Während die Befragten in den Ländern der Euro-Zone nahezu in exakt zwei gleich große Lager geteilt sind (41% sind damit einverstanden, die öffentlichen Schulden zu erhöhen, um Arbeitsplätze zu schaffen, im Vergleich zu 42%, die hiermit nicht einverstanden sind), erklärt eine verhältnismäßig deutliche Mehrheit in den Ländern, die nicht zur Euro-Zone gehören, dass es zur Schaffung von Arbeitsplätzen erforderlich sei, das öffentliche Defizit zu erhöhen (55% vertreten diese Ansicht gegenüber 27%, die diese Ansicht nicht vertreten).

In der Slowakei (66%) sowie in den nordischen Mitgliedstaaten Schweden (66%), Finnland (65%) und Dänemark (63%) finden wir die meisten Befragten, die einer Erhöhung des öffentlichen Defizits zur Schaffung von Arbeitsplätzen positiv gegenüberstehen. In geringerem Umfang ist diese Ansicht auch in Litauen und im Vereinigten Königreich (jeweils 60%) zu beobachten.

Außerhalb der Union gilt dieser Fall auch für eine verhältnismäßig deutliche Mehrheit der Bewohner der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (64%) und der Befragten in Kroatien (60%) sowie auf Island (67%).

































⁴⁰ QB9.2 Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. Bei einer internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise ist es zur Schaffung von Arbeitsplätzen erforderlich, das öffentliche Defizit zu erhöhen. Stimme voll und ganz zu; Stimme eher zu; Stimme eher nicht zu; Stimme überhaupt nicht zu.

⁴¹ Siehe Band 1, Teil I, Das Leben in der Europäischen Union, Kapitel 3, Die wirtschaftlichen Aspekte

Im Gegensatz dazu sind die Europäer, die einer Erhöhung der öffentlichen Schulden zur Schaffung von Arbeitsplätzen kritisch gegenüberstehen, am häufigsten in Bulgarien (33% - allerdings muss darauf hingewiesen werden, dass eine relative Mehrheit zu dieser Frage keine Antwort gibt), Lettland (35%) sowie in Deutschland, Griechenland, Frankreich und den Niederlanden (jeweils 37%) anzutreffen.




Anders als in der vorherigen Frage über die Notwendigkeit, das öffentliche Defizit rasch zu verringern, stellen wir fest, dass in einigen Mitgliedstaaten (insgesamt sieben) eine noch höhere Anzahl an Befragten (in absoluten Zahlen) angibt, mit dieser Aussage nicht einverstanden zu sein. Es handelt sich hierbei um Slowenien, Belgien, Frankreich, Lettland, die Niederlande, Deutschland und vor allem um Griechenland: Hier scheinen die befragten Bürger von der Unvermeidbarkeit eines Abbaus des öffentlichen Defizits und der Verschuldung überzeugt zu sein.

QB9.2 (...) Bei einer internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise ist es zur Schaffung von Arbeitsplätzen erforderlich, das öffentliche Defizit zu erhöhen

		Gesamt 'Stimme zu'	Gesamt 'Stimme nicht zu'	Unt. Gesamt 'Stimme zu' - Gesamt 'Stimme nicht zu'
	EU27	46%	36%	+10
	Eurozone	41%	42%	-1
	Nicht-Eurozone	55%	27%	+28
	SK	66%	21%	+45
	SE	66%	25%	+41
	IE	58%	18%	+40
	FI	65%	25%	+40
	LT	60%	22%	+38
	UK	60%	26%	+34
	RO	51%	17%	+34
	DK	63%	30%	+33
	LU	59%	30%	+29
	PL	53%	26%	+27
	AT	56%	33%	+23
	CZ	56%	34%	+22
	CY	51%	32%	+19
	PT	44%	29%	+15
	ES	45%	34%	+11
	HU	50%	39%	+11
	BG	33%	22%	+11
	MT	43%	35%	+8
	EE	42%	36%	+6
	IT	39%	36%	+3
	SI	43%	47%	-4
	BE	44%	49%	-5
	FR	37%	45%	-8
	LV	35%	48%	-13
	NL	37%	51%	-14
	DE	37%	52%	-15
	EL	37%	53%	-16
	CY (tcc)	51%	30%	+21
	MK	64%	14%	+50
	HR	60%	26%	+34
	TR	38%	35%	+3
	IS	67%	25%	+42

Zu dieser Frage beobachten wir verhältnismäßig geringe Unterschiede, die sich aus der Zugehörigkeit der Befragten zu bestimmten **soziodemografischen Kategorien** ergeben. Wir stellen immerhin fest, dass die jüngsten Befragten erheblich häufiger einer Erhöhung des öffentlichen Defizits zur Schaffung von Arbeitsplätzen zustimmen: 49% der 15-24-Jährigen unterstützten diese Aussage, im Vergleich zu 43% der Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber. Darüber hinaus erklären die Arbeitslosen (49%) und die Arbeiter (49%) geringfügig häufiger als die europäischen Bürger im Durchschnitt (46%), dass es zur Schaffung von Arbeitsplätzen erforderlich ist, das öffentliche Defizit zu erhöhen.

QB9.2 DE Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. Bei einer internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise ist es zur Schaffung von Arbeitsplätzen erforderlich, das öffentliche Defizit zu erhöhen

	Gesamt "stimme zu"	Gesamt "stimme nicht zu"	Weiß nicht / Keine Angabe
EU27	46%	36%	18%
Geschlecht			
 Männlich	48%	38%	14%
Weiblich	44%	35%	21%
Alter			
 15-24	49%	32%	19%
25-39	48%	36%	16%
40-54	46%	40%	14%
55 +	43%	36%	21%
Berufliche Situation der Befragten			
 Selbstständige	46%	41%	13%
Leitende Angestellte	47%	43%	10%
Andere Angestellte	48%	38%	14%
Arbeiter	49%	35%	16%
Hausfrauen / -männer	40%	33%	27%
Arbeitslose	49%	31%	20%
Rentner / Pensionäre	43%	37%	20%
Schüler / Studenten	47%	34%	19%

Aus diesem Teil des Standard-Eurobarometers, der sich mit der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise beschäftigt, können wir **abschließend** folgende Schlussfolgerungen ziehen.

Auf der einen Seite beobachten wir bei den **europäischen Bürgern nach wie vor einen verhaltenen Pessimismus** im Hinblick auf die wirtschaftlichen Perspektiven, und insbesondere auf diejenigen der Europäischen Union. Eine Mehrheit der europäischen Bürger (55%) ist davon überzeugt, dass das Schlimmste noch bevorsteht. Aus diesem Grunde erklärt ein Drittel von ihnen (35%), keine Zukunftspläne zu schmieden.

In beiderlei Hinsicht beobachten wir allerdings sehr deutliche Entwicklungen. Einerseits hat sich der Durchschnitt der Befragten, die von Tag zu Tag leben, in Griechenland innerhalb von 6 Monaten um 13 Punkte erhöht, andererseits ist dieser Wert in Lettland (-8 Punkte) wie auch in Dänemark, Polen und Bulgarien (-7 Punkte in allen drei Fällen) zurückgegangen.

Gleichzeitig erklären die Bürger, dass die Europäische Union noch vor den nationalen Regierungen am ehesten in der Lage ist, wirksame Maßnahmen gegen die Wirtschafts- und Finanzkrise zu ergreifen.

Demgegenüber ist eine relative Mehrheit der europäischen Bürger (49%) davon überzeugt, dass der Euro die negativen Auswirkungen der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise nicht gemildert hat. Diese Meinung hat sich in den sechs Monaten seit dem letzten Herbst noch verstärkt: Damals vertraten noch 45% diese Meinung. An dieser Stelle sollte daran erinnert werden, dass die vorliegende Umfrage im Mai 2010⁴² durchgeführt wurde, zu einem Zeitpunkt, als die Krise wegen der Zinssätze für die Kreditvergabe an Griechenland ihren Höhepunkt erreicht hatte und Griechenland Kursabstürze des Euro im Verhältnis zum Dollar verursachte, da es die Einheit der Euro-Zone in Frage gestellt hatte.

In diesem Kontext **und mit dem Ziel die europäische Wirtschaft leistungsfähiger zu machen**, befürworten die europäischen Bürger **eine Reihe von Initiativen: z.B. Bildung und berufliche Weiterbildung verbessern, die Gründung neuer Firmen erleichtern oder in Forschung und Entwicklung investieren**

Die Bürger sind davon überzeugt, dass die Europäische Union bestimmte Maßnahmen vorrangig ergreifen muss, um die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu bewältigen. Hier geht es insbesondere um **die Unterstützung für kleine und mittelständische Unternehmen sowie der Arbeitslosen, eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte sowie Investitionen in Bildung / Ausbildung / Forschung.**

Eine überwältigende Mehrheit der europäischen Bürger (86%) spricht sich außerdem dafür aus, dass die Mitgliedstaaten stärker zusammenarbeiten sollten, um Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkrise zu ergreifen.

⁴² Zeitraum der Feldarbeit: 5. Mai 2010 – 28. Mai 2010.

Konfrontiert mit einem derart schwierigen wirtschaftlichen Kontext, sind sich die **europäischen Bürger nach wie vor nicht im Klaren darüber, ob sie bereit sind, persönliche Opfer bezüglich des Lebensstandards zu bringen, um die Zukunft künftiger Generationen zu sichern** (46% dafür und 46% dagegen).

Eine Mehrheit der Bürger ist sich allerdings der schwierigen Situation bewusst und befürwortet **Reformen im eigenen Land, damit es für die Zukunft gerüstet ist**. Wie schon im Herbst 2009 ist eine sehr große Mehrheit der europäischen Bürger der Ansicht (71%), dass die Reformen, die den künftigen Generationen zugute kommen, vorangetrieben werden sollten.

Darüber hinaus erklären nahezu drei von vier europäischen Bürgern (74%), dass **die Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung in ihrem Land keinen Aufschub dulden**. Die europäische Bevölkerung hat die Botschaft offenbar stark verinnerlicht, dass es **wichtig ist, die öffentlichen Schulden abzubauen**. Es muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass eine relative Mehrheit der Bürger den Gedanken nachvollziehen kann, dass in Krisenzeiten eine außergewöhnliche Erhöhung des öffentlichen Defizits zur Unterstützung des Arbeitsmarktes erforderlich ist (46%).

III. DIE EUROPÄISCHEN BÜRGER UND DIE UNIONSBÜRGERSCHAFT

1. IDENTITÄT UND UNIONSBÜRGERSCHAFT

- Die eigene Nationalität bleibt die wichtigste Bestimmungsgröße der europäischen Bürger in Bezug auf ihre Identität -

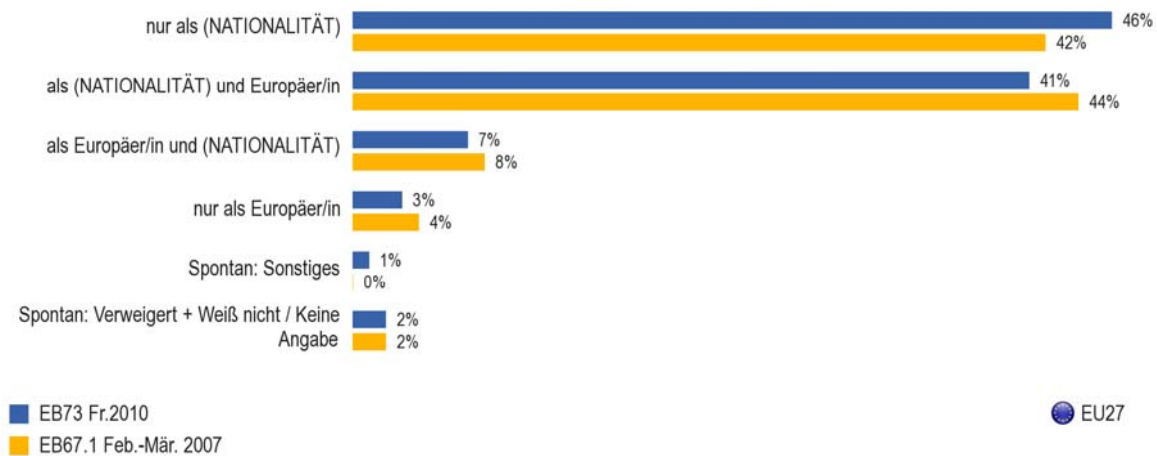
Die europäischen Bürger definieren sich weiterhin und vorrangig über ihre nationale Identität. Auf die Frage, wie sie sich selbst in absehbarer Zukunft sehen⁴³, antworten 46% der europäischen Bürger, dass sie sich zunächst **ausschließlich als Staatsbürger des eigenen Landes bezeichnen**. 41% antworten «als (NATIONALITÄT)⁴⁴ und Europäer/in» und 7% «als Europäer/in und (NATIONALITÄT)». Nur 3% definieren sich ausschließlich als Europäer/in und 3% geben hierzu keine Antwort. Wenn wir die verschiedenen Anteile zusammenzählen, wählen 87% der europäischen Bürger eine Antwortoption, in der ihre nationale vor der europäischen Identität genannt wird.

Im Rahmen der Eurobarometer-Umfrage im Frühjahr 2007 (EB67) wurde schon einmal eine ähnliche Frage gestellt. Wenn wir analysieren, welche Entwicklungen sich hierzu ergeben haben, wird deutlich, dass sich das Gefühl für eine europäische Identität innerhalb von drei Jahren nicht verstärkt, sondern möglicherweise leicht verringert hat. Im Frühjahr 2007 definierten sich 42% der europäischen Bürger ausschließlich über ihre nationale Identität, d.h. zu einem Prozentsatz, der um vier Punkte niedriger liegt als derjenige, den wir in der aktuellen Umfrage messen. 44% definierten sich über ihre Nationalität und die Unionsbürgerschaft, d.h. zu einem Prozentsatz, der drei Punkte über dem aktuell gemessenen Anteil liegt. Schließlich hatten sich 8% für die Option «als Europäer/in und (NATIONALITÄT)» entschieden, d.h. zu einem Prozentsatz, der um einen Punkt höher liegt, als der aktuell gemessene.

⁴³ QE1. In der nahen Zukunft, sehen Sie sich da -?

⁴⁴ Die befragte Person gab dem Fragesteller die genaue Nationalität an, z.B. belgisch und europäisch, oder slowakisch und europäisch.

QE1. In der nahen Zukunft, sehen Sie sich da - (NATIONALITÄT WIE IN Q1 GENANNT)



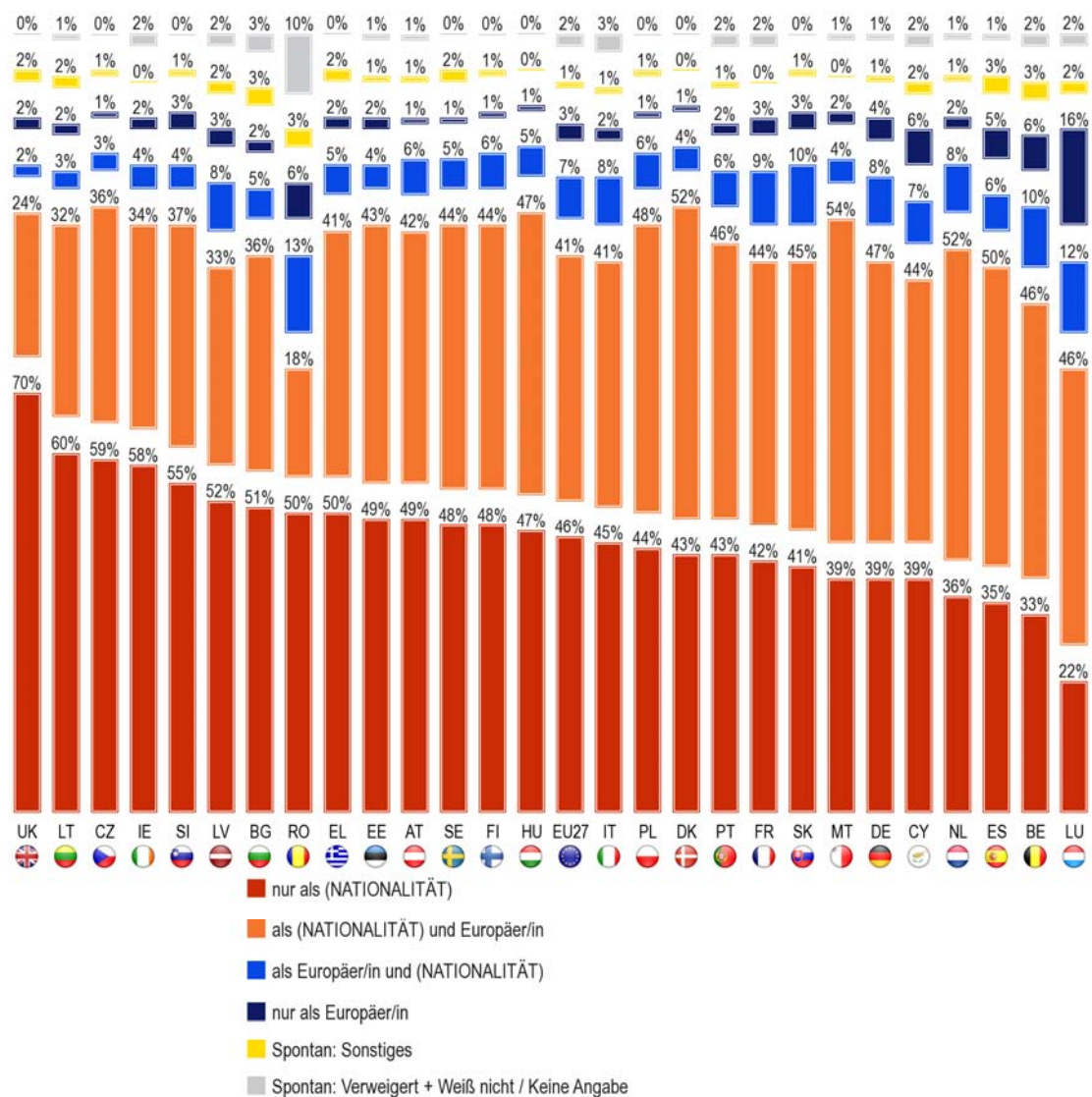
In sechzehn Mitgliedstaaten der Union definieren sich die Bürger ausschließlich über ihre eigene Nationalität. Dies gilt insbesondere für eine absolute Mehrheit der Befragten im Vereinigten Königreich (70%), Litauen (60%), der Tschechischen Republik (59%), Irland (58%), Slowenien (55%), Lettland (52%), Bulgarien (51%) und Rumänien (50%).

Die Antwort «als (NATIONALITÄT) und Europäer/in» wird in zehn Mitgliedstaaten von einer Mehrheit gewählt. Dies gilt insbesondere auf Malta (54% gegenüber 39%, die sich ausschließlich über die nationale Identität definieren), in den Niederlanden (52% gegenüber 36%), Dänemark (52% gegenüber 43%), Spanien (50% gegenüber 35%), Polen (48% gegenüber 44%), Deutschland (47% gegenüber 39%), Luxemburg (46% gegenüber 22%), Portugal (46% gegenüber 43%), Slowakei (45% gegenüber 41%) – wir erinnern außerdem daran, dass unter anderen die Befragten in der Tschechischen Republik am häufigsten antworteten, dass sie sich nur über ihre nationale Identität definieren – sowie in Frankreich (44% gegenüber 42%). In Ungarn schließlich sind die Befragten in zwei gleich große Lager gespalten (47% gegenüber 47%).

Die Antwort «als Europäer/in und (NATIONALITÄT)» erhält in Rumänien (13%), Luxemburg (12%), Belgien und der Slowakei (10%) die höchsten Werte.

In Luxemburg wird die Antwort «nur als Europäer/in» am häufigsten gewählt (16%).



QE1. In der nahen Zukunft, sehen Sie sich da - (NATIONALITÄT WIE IN Q1 GENANNT)



Die soziodemografische Analyse zeigt, wie wichtig die sozialen Variablen bei der Definition der eigenen Identität sind. Befragte, die älter und weniger gut ausgebildet sind sowie einen sozial niedrigeren Status haben, definieren sich häufiger nur über die eigene Nationalität. Wir erinnern daran, dass diese Kategorien üblicherweise die größte Skepsis gegenüber der EU an den Tag legen. Im Gegensatz hierzu definieren sich die Kategorien mit einem höheren sozialen Status deutlich häufiger sowohl über ihre Nationalität als auch über die Unionsbürgerschaft. Die Unterschiede sind erheblich und aussagekräftig, wie wir anhand der folgenden Beispiele erkennen können:

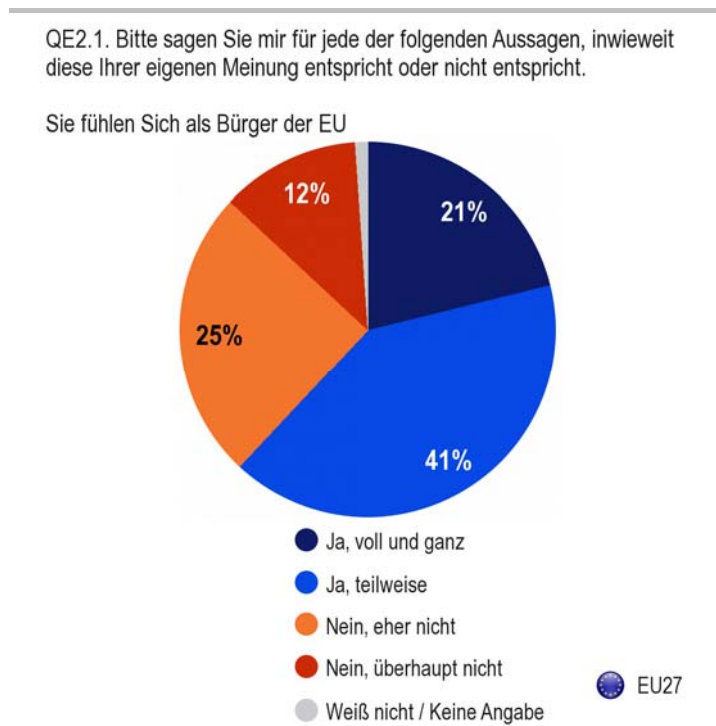
- 54% der Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber definieren sich ausschließlich über ihre Nationalität, im Vergleich zu 41% der Befragten im Alter zwischen 15 und 24 Jahren.
- 61% der Personen, die ihre Ausbildung vor dem 16. Geburtstag abgeschlossen haben, definieren sich ausschließlich über ihre nationale Identität, während dies nur für 31% derjenigen gilt, die ihre Ausbildung bis zum Alter von 20 und darüber hinaus fortgeführt haben (53% der letztgenannten Gruppe definiert sich «als (NATIONALITÄT) und Europäer/in«
- 56% der Personen, die sich selbst am unteren Ende der sozialen Hierarchie positionieren, definieren sich ausschließlich über ihre nationale Identität, im Vergleich zu 39% derjenigen, die sich weiter oben auf der sozialen Leiter einordnen.

QE1 In der nahen Zukunft, sehen Sie sich da -

	nur als (NATIONALITÄT)	als (NATIONALITÄT) und als Europäer(in)	als Europäer(in) und als (NATIONALITÄT)	nur als Europäer(in)	Spontan: Sonstiges	Spontan: Verweigert
EU27	46%	41%	7%	3%	1%	2%
Alter						
 15-24	41%	44%	9%	3%	1%	2%
25-39	42%	44%	8%	3%	1%	2%
40-54	43%	44%	7%	4%	1%	1%
55 +	54%	36%	6%	2%	1%	1%
Ausbildung (Ende der)						
 15-	61%	30%	4%	2%	2%	1%
16-19	50%	39%	5%	3%	1%	2%
20+	31%	53%	10%	4%	1%	1%
Studiert noch	33%	50%	11%	3%	1%	2%
Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen						
Meistens	57%	29%	5%	4%	2%	0%
Gelegentlich	50%	37%	7%	3%	2%	0%
Nahezu nie	43%	45%	7%	3%	1%	0%
Selbsteinstufung auf der gesellschaftlichen Skala						
Niedrig (1-4)	56%	32%	6%	3%	1%	2%
Mittel (5-6)	45%	43%	7%	3%	1%	1%
Hoch (7-10)	39%	47%	9%	3%	1%	1%

- Das Gefühl der europäischen Zugehörigkeit wird nichtsdestoweniger von einer Mehrheit der Befragten geteilt, selbst wenn es in den sozial und finanziell schlechter gestellten Bevölkerungsschichten nach wie vor deutlich schwächer ausfällt -

Auch wenn die Nationalität weiterhin an erster Stelle der Definitionskriterien für die eigene Identität genannt wird, so bedeutet dies allerdings nicht, dass das Gefühl, ein europäischer Bürger zu sein, irrelevant ist. Auf die Frage, ob sie sich «als Bürger der EU fühlen»⁴⁵, stimmen 62% der befragten Personen zu (21% wählen die Antwort «Stimme voll und ganz zu» und 41% «Stimme eher zu») während 37% diese Frage verneinen (25% «Stimme eher nicht zu» und 12% «Stimme überhaupt nicht zu»). Im Frühjahr 2009 (EB71) wurde eine nahezu identische Frage gestellt⁴⁶. Wenn wir die Entwicklungen hierzu analysieren, stellen wir fest, dass die Anteile für das Gefühl ein europäischer Bürger zu sein, leicht abnehmen. Damals gaben 64% der europäischen Bürger an, sich als Bürger der Union zu fühlen. Dies entspricht einem Anteil, der 2 Punkte über dem heute gemessenen liegt.




⁴⁵ QE2.1 Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Aussagen, inwieweit diese Ihrer eigenen Meinung entspricht oder nicht entspricht. Sie fühlen sich als Bürger der EU.

⁴⁶ Im EB71 gab es andere Antwortoptionen: Ja, stimme eher zu; Nein, stimme eher nicht zu. Wir weisen außerdem darauf hin, dass diese Frage ausschließlich Personen gestellt wurde, die im Wahlalter waren (18 Jahre oder älter, bzw. 16 Jahre oder älter in Österreich).

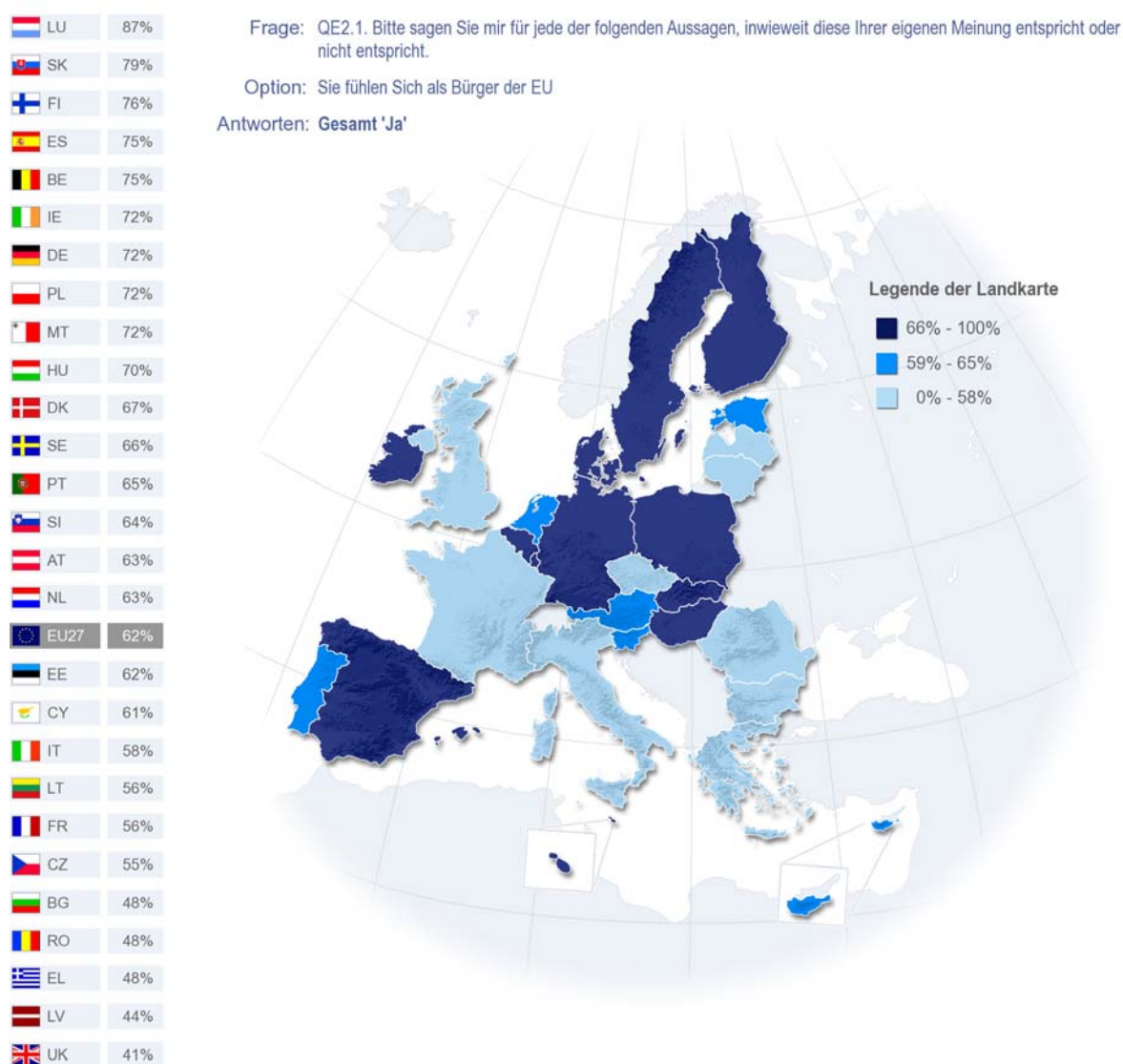
In den Mitgliedstaaten der Euro-Zone wird das Gefühl, ein europäischer Bürger zu sein, stärker wahrgenommen: In den Ländern, die die europäische Einheitswährung eingeführt haben, erklären zwei von drei befragten Personen, dass sie sich als Bürger der Europäischen Union fühlen (66%), während dies für geringfügig mehr als einem von zwei Befragten in den Ländern gilt (54%), die nicht der Euro-Zone angehören.

Im Gegensatz hierzu wird diese Meinung in den Ländern der EU15 (61%) von gleich vielen Befragten vertreten, wie in denjenigen der NMS12 (62%).

**QE2.1 Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Aussagen, inwieweit diese Ihrer eigenen Meinung entspricht oder nicht entspricht.
Sie fühlen sich als Bürger der EU**

	Gesamt 'Ja'	Gesamt 'Nein'	Weiß nicht / Keine Angabe
 EU27	62%	37%	1%
EU15 Staaten	61%	38%	1%
NMS12 Staaten	62%	35%	3%
Eurozone	66%	33%	1%
Nicht-Eurozone	54%	44%	2%




In vier Mitgliedstaaten der Union stellen wir für eine Mehrheit der Befragten fest, dass sie sich nicht als Bürger der Europäischen Union fühlen. Dies gilt für das Vereinigte Königreich (58%), Lettland (55%), Griechenland (52%) und Bulgarien (51%). In Rumänien sind die Meinungen in zwei gleich große Gruppen aufgeteilt (48% gegenüber 48%). In allen übrigen Ländern erklärt eine Mehrheit der Befragten, sich als Bürger der EU zu fühlen, wobei dieses Gefühl besonders stark in Luxemburg (87%), der Slowakei (79%), Finnland (76%), Belgien (75%) und Spanien (75%) ausgeprägt ist.



Wenn wir diese Ergebnisse mit jenen des Frühjahrs 2009 vergleichen, so hat der Anteil von Befragten, die sich als europäische Bürger fühlen, in 16 der 27 Mitgliedstaaten abgenommen. Ausnahmen von dieser europäischen Tendenz bilden Ungarn (+7 Punkte), Österreich (+7 Punkte), Malta (+5 Punkte), das Vereinigte Königreich (+4 Punkte), Irland (+3 Punkte), Polen (+2 Punkte), Finnland (+2 Punkte), Bulgarien (+1 Punkt), Deutschland (+1 Punkt), Luxemburg (+1 Punkt) und die Slowakei (+1 Punkt): In diesen Mitgliedstaaten nehmen die Anteile zu. Am deutlichsten sinkt der Anteil der Befragten, die sich als europäische Bürger fühlen, in Griechenland (-15 Punkte), Slowenien (-13 Punkte), auf Zypern (-10 Punkte), in Estland (-9) und in Dänemark (-9 Punkte). Bezüglich dieser Frage bedarf die Situation in Griechenland besonderer Aufmerksamkeit: Während vor einem Jahr 63% der Griechen angaben, sich als Bürger der EU zu fühlen, gilt dies mittlerweile nur noch für 48% (gegenüber 52%, die erklären, sich nicht mehr als europäische Bürger zu fühlen).

Unter sozialen Gesichtspunkten ist das Gefühl einer Unionsbürgerschaft eindeutig definiert. Von den unteren Bevölkerungsschichten wird die Unionsbürgerschaft derzeit nicht geteilt. 50% der Personen, die ihre Ausbildung vor dem 16. Geburtstag abgeschlossen haben, 54% der Hausfrauen bzw. -männer, 55% der Arbeitslosen und 55% derjenigen, die angeben, häufig Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen zu haben, fühlen sich nicht «als Bürger der EU». Demgegenüber erklären 73% derjenigen, die mindestens bis zum Alter von 20 Jahren in Ausbildung waren, 76% der Führungskräfte, 68% der Selbstständigen und 67% derjenigen, die angeben keine finanziellen Schwierigkeiten zu haben, sich als europäische Bürger zu fühlen. Wir stellen außerdem fest, dass das Gefühl, ein europäischer Bürger zu sein, bei den Bewohnern großer Städte (67%) deutlicher ausgeprägter ist, als bei denjenigen, die in Dörfern (60%) bzw. Kleinstädten (60%) leben.

QE2.1 Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Aussagen, inwieweit diese Ihrer eigenen Meinung entspricht oder nicht entspricht. Sie fühlen sich als Bürger der EU

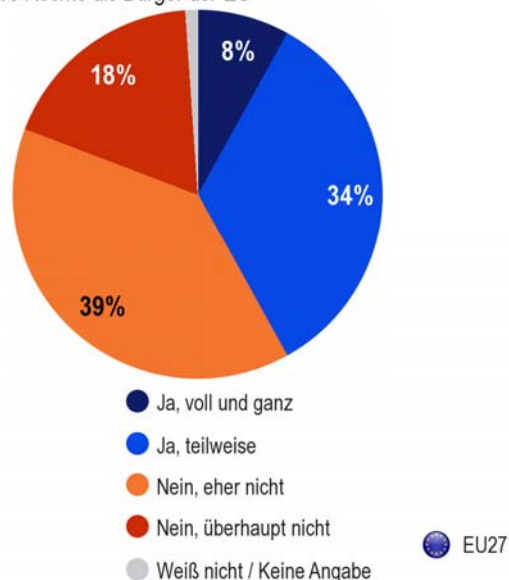
	Gesamt "ja"	Gesamt "nein"	Weiß nicht / Keine Angabe
EU27	62%	37%	1%
Ausbildung (Ende der)			
 15-16-19	48%	50%	2%
20+	59%	40%	1%
20+	73%	26%	1%
Studiert noch	76%	23%	1%
Verstädterung			
 Ländliche Gegend	60%	39%	1%
Kleine und mittelgroße Stadt	60%	39%	1%
Großstadt	67%	32%	1%
Berufliche Situation der Befragten			
 Selbstständige	68%	31%	1%
Leitende Angestellte	76%	24%	-
Andere Angestellte	65%	34%	1%
Arbeiter	60%	39%	1%
Hausfrauen / -männer	54%	44%	2%
Arbeitslose	55%	45%	-
Rentner / Pensionäre	54%	44%	2%
Schüler / Studenten	76%	23%	1%
Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen			
Meistens	43%	55%	2%
Gelegentlich	57%	41%	2%
Nahezu nie	67%	32%	1%

- Geringe Kenntnisse ihrer Rechte als Bürger der EU... -

57% der europäischen Bürger geben an, ihre Rechte als Bürger der EU nicht zu kennen. Gleichzeitig erklären 42%, dass sie sich im Gegenteil dazu gut informiert fühlen. Wenn wir diese Ergebnisse näher untersuchen, stellen wir fest, dass die Aussage «Sie kennen Ihre Rechte als Bürger der EU» der Meinung von 39% der Befragten «eher nicht» und von 18% «überhaupt nicht» entspricht. Demgegenüber geben 8% an, dass diese Aussage der eigenen Meinung «Ja, voll und ganz» und 34%, dass sie ihr «Ja, teilweise» entspricht.⁴⁷

QE2.2. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Aussagen, inwieweit diese Ihrer eigenen Meinung entspricht oder nicht entspricht.

Sie kennen Ihre Rechte als Bürger der EU



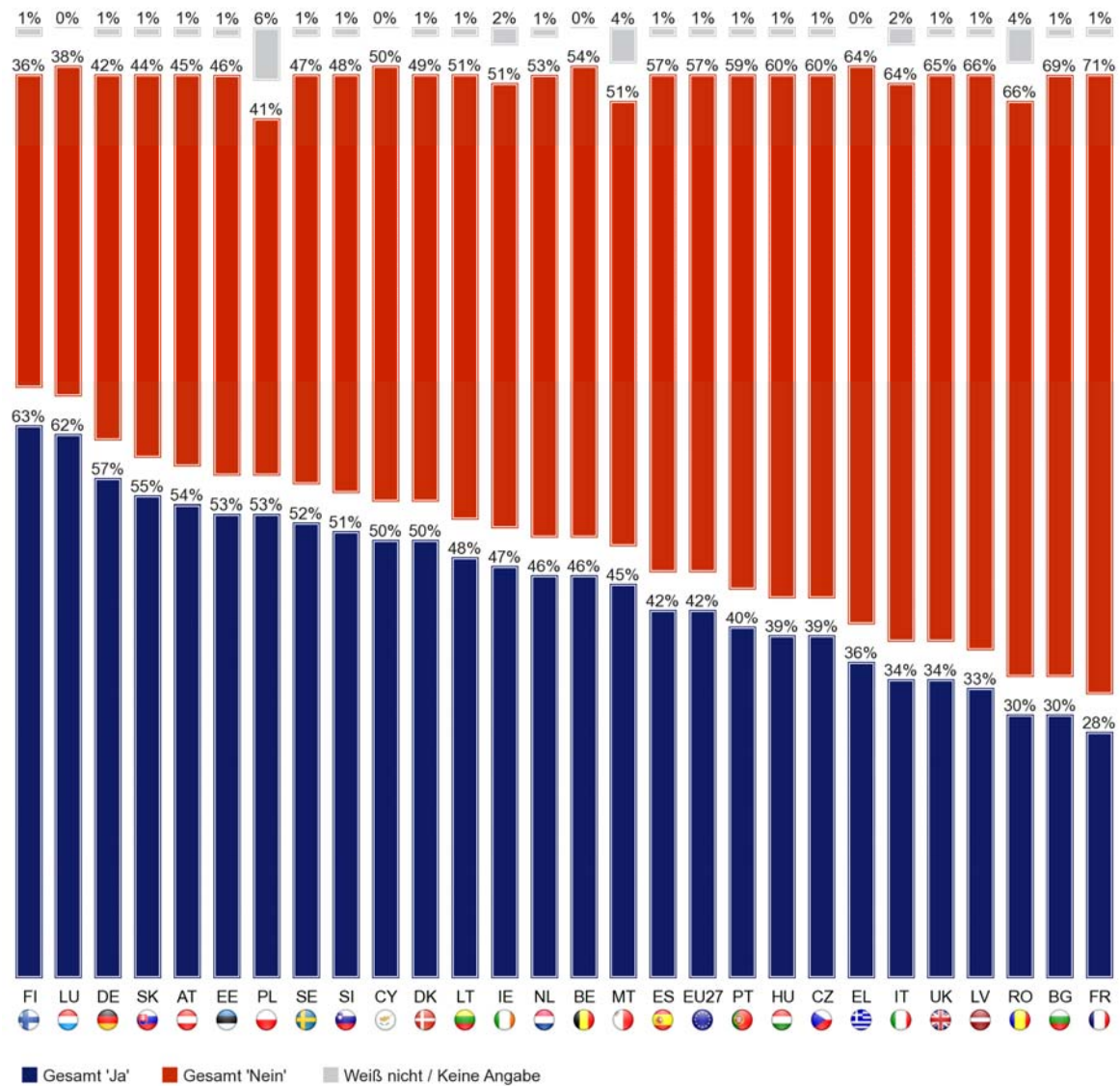
Auf Länderebene lassen sich deutliche Unterschiede in Bezug darauf feststellen, ob die Europäer meinen, ihre Rechte als EU-Bürger zu kennen: In zehn Mitgliedstaaten der Union erklärt eine absolute Mehrheit der Bevölkerung, die eigenen Rechte als EU-Bürger zu kennen. Es handelt sich hierbei um Finnland (63% gegenüber 36%), Luxemburg (62% gegenüber 38%), Deutschland (57% gegenüber 42%), die Slowakei (55% gegenüber 44%), Österreich (54% gegenüber 45%), Polen (53% gegenüber 41%), Estland (53% gegenüber 46%), Schweden (52% gegenüber 47%), Slowenien (51% gegenüber 48%) und Dänemark (50% gegenüber 49%).

Auf Zypern sind die Meinungen in zwei gleich große Lager geteilt (50% gegenüber 50%). Entsprechend überwiegt in sechzehn Mitgliedstaaten der Union der Anteil an Befragten, die davon überzeugt sind, ihre Rechte als EU-Bürger nicht zu kennen. Die höchsten Werte hierzu stellen wir in Frankreich (71%), Bulgarien (69%), Rumänien (66%), Lettland (66%), dem Vereinigten Königreich (65%) und Ungarn (60%) fest.

⁴⁷ QE2.2 Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Aussagen, inwieweit diese Ihrer eigenen Meinung entspricht oder nicht entspricht. Sie kennen Ihre Rechte als Bürger der EU.

QE2.2. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Aussagen, inwieweit diese Ihrer eigenen Meinung entspricht oder nicht entspricht.

Sie kennen Ihre Rechte als Bürger der EU





Auch bei dieser Frage ist eine erhebliche Diskrepanz zwischen den sozialen Kategorien festzustellen: Befragte aus sozial integrierten und gut situierten Bevölkerungsschichten geben an, ihre Rechte gut zu kennen, während dies bei denjenigen aus den unteren, weniger gut gestellten Schichten nicht der Fall ist:

- 54% derjenigen, die ihre Ausbildung auch nach dem 19. Lebensjahr fortgeführt haben, geben an, ihre Rechte als Bürger der EU gut zu kennen. Gleichzeitig erklären 72% derjenigen, die ihre Ausbildung vor dem 16. Geburtstag abgeschlossen haben, diese Rechte nicht zu kennen.
- 60% der Führungskräfte und 54% der Befragten, die sich am oberen Ende der sozialen Hierarchie positionieren, sind davon überzeugt, ihre Rechte zu kennen. 66% der Arbeitslosen und 71% derjenigen, die sich selbst in der sozialen Hierarchie weiter unten einordnen, kennen hingegen ihre Rechte nicht.

Hier stellen wir erneut fest, wie schwierig es ist, eine Wertschätzung für die Unionsbürgerschaft in den unteren Bevölkerungsschichten zu verankern.

QE2.2 Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Aussagen, inwieweit diese Ihrer eigenen Meinung entspricht oder nicht entspricht. Sie kennen Ihre Rechte als Bürger der EU

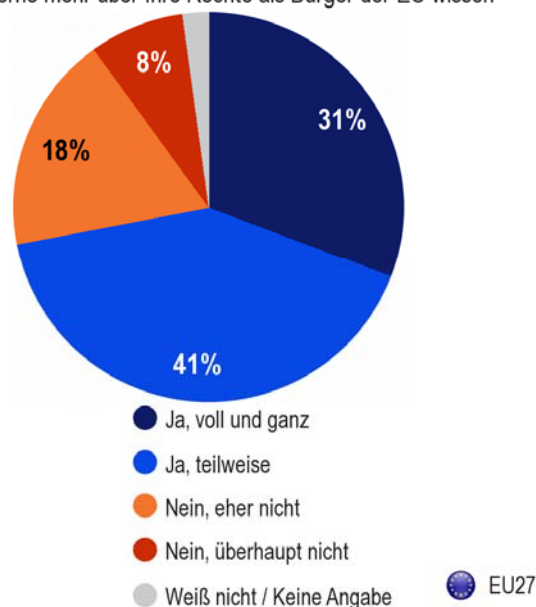
	Gesamt "ja"	Gesamt "nein"	Weiß nicht / Keine Angabe
EU27	42%	57%	1%
Ausbildung (Ende der)			
 15-	26%	72%	2%
16-19	42%	57%	1%
20+	54%	45%	1%
Studiert noch	52%	47%	1%
Berufliche Situation der Befragten			
 Selbstständige	51%	48%	1%
Leitende Angestellte	60%	39%	1%
Andere Angestellte	44%	55%	1%
Arbeiter	41%	58%	1%
Hausfrauen / -männer	31%	68%	1%
Arbeitslose	33%	66%	1%
Rentner / Pensionäre	34%	64%	2%
Schüler / Studenten	52%	47%	1%
Selbsteinstufung auf der gesellschaftlichen Skala			
Niedrig (1-4)	27%	71%	2%
Mittel (5-6)	43%	56%	1%
Hoch (7-10)	54%	45%	1%

- ... die europäischen Bürger würden gerne mehr über ihre Rechte als Bürger der EU wissen -

Eine Mehrheit der Europäer gibt an, die eigenen Rechte als EU-Bürger nicht zu kennen. Konsequenterweise stellen wir in der europäischen öffentlichen Meinung einen Wunsch nach mehr Informationen fest. 72% der Europäer erklären, dass sie gerne mehr über ihre Rechte als Bürger der EU wissen würden (31% antworten, dass dies «voll und ganz» und 41%, dass dies «teilweise» ihrer Meinung entspricht), 26% sind hingegen entgegengesetzter Ansicht (18% sind «eher nicht» und 8% «überhaupt nicht» mit dieser Aussage einverstanden).⁴⁸

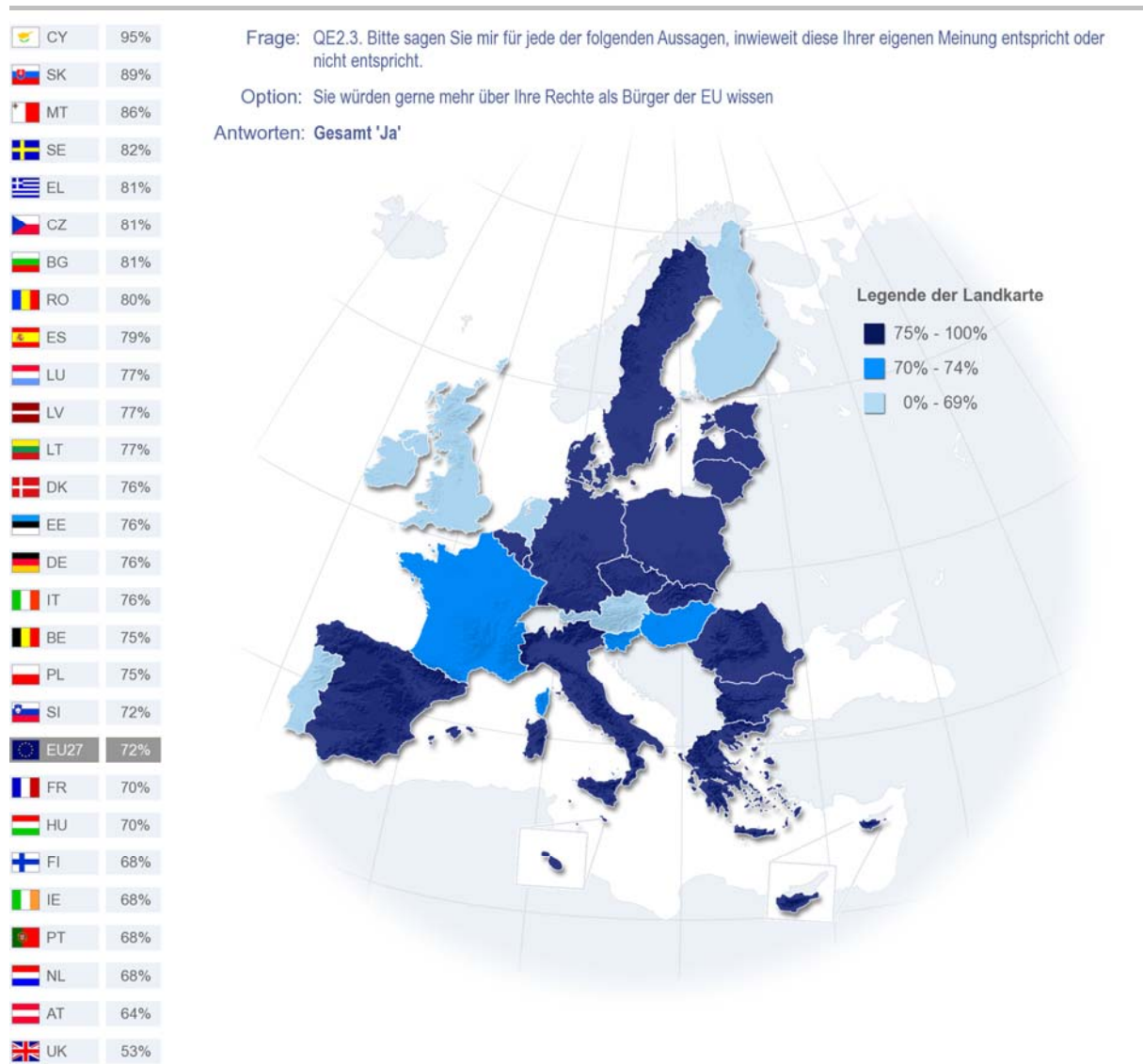
QE2.3. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Aussagen, inwieweit diese Ihrer eigenen Meinung entspricht oder nicht entspricht.

Sie würden gerne mehr über Ihre Rechte als Bürger der EU wissen



Mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs, in dem die Meinungen gegensätzlicher ausfallen (53% gegenüber 45%), wird dieser Bedarf an Informationen in allen Mitgliedstaaten der Union von einer breiten Mehrheit betont. Am deutlichsten fallen die Werte auf Zypern (95%), in der Slowakei (89%), auf Malta (86%), in Schweden (82%), Bulgarien (81%) und Griechenland (81%) aus. Wir stellen fest, dass das Ausmaß, in dem dieser Bedarf in den jeweiligen Ländern geäußert wird, nicht automatisch mit einer mangelnden Kenntnis der eigenen Rechte einhergeht. Die Slowakei und Schweden sind Länder, in denen ein ausgeprägter Bedarf an Informationen geäußert wird, gleichzeitig gehören sie aber auch zu der Ländergruppe, in denen die höchsten Anteile von Befragten festgestellt wurden, die erklären, die eigenen Rechte zu kennen.

⁴⁸ QE2.3 Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Aussagen, inwieweit diese Ihrer eigenen Meinung entspricht oder nicht entspricht. Sie würden gerne mehr über Ihre Rechte als Bürger der EU wissen.



Aus der soziodemografischen Analyse lassen sich zwei wichtige Erkenntnisse ableiten. Erstens wird dieser Bedarf von einer Mehrheit der Befragten in allen sozialen Kategorien geäußert. Zweitens wird er in besonders hohem Maße von Personen formuliert, die ihre Ausbildung bis zum Alter von 20 Jahren und darüber hinaus fortgesetzt haben: 79% dieser Bürger würden gerne mehr über ihre Rechte als EU-Bürger wissen, im Vergleich zu 62% derjenigen, die ihre Ausbildung vor dem 16. Geburtstag abgeschlossen haben. Darüber hinaus erklären Führungskräfte und Selbstständige (78% für beide Kategorien) etwas häufiger als Hausfrauen und -männer (70%) sowie Pensionäre (64%), dass sie gerne mehr über ihre Rechte als EU-Bürger wissen würden. Einige Unterschiede ergeben sich auch in Abhängigkeit davon, wo sich die befragten Personen in der sozialen Hierarchie einordnen: Bei den Personen, die sich am oberen Ende der sozialen Hierarchie positionieren, wird der Bedarf an Informationen deutlicher formuliert (76%) als bei denjenigen, die sich selbst weiter unten positionieren (68%). Anders formuliert: **In den Bevölkerungskategorien, in denen die Befragten mit der höchsten Wahrscheinlichkeit angeben, ihre Rechte nicht zu kennen, ist der Bedarf an Informationen am geringsten.**

- Die Europäer beziehen sich eher auf Themen sozialer Absicherung als auf politische Rechte, wenn es darum geht, ihr Gefühl für die Unionsbürgerschaft zu verstärken -

Nachdem wir untersucht und verglichen haben, wie die Bürger ihre nationale und europäische Identität wahrnehmen, schien es uns wichtig, darauf einzugehen, welche Elemente nach Ansicht der europäischen Bürger geeignet wären, ihr Gefühl zu stärken, ein europäischer Bürger zu sein. Die Befragten hatten die Möglichkeit, vier Optionen aus einer langen Liste sozialer, wirtschaftlicher und politischer Themen auszuwählen, die möglicherweise dazu beitragen könnten, dieses Gefühl zu verstärken.

Zu dieser Frage erscheint uns folgendes Ergebnis am wichtigsten: Die Themen sozialer Absicherung werden noch vor den politischen Themen an die Spitze der Antworten gewählt. Von den Möglichkeiten, die dazu beitragen können, das Gefühl zu stärken, ein europäischer Bürger zu sein, wählen die europäischen Bürger denn auch an erster Stelle folgende Option: «Ein europäisches Sozialsystem, das zwischen den Mitgliedstaaten vereinheitlicht ist» (34%). Auf den zweiten Platz kommt: «Die Möglichkeit, nach dem Eintritt in den Ruhestand in jedes andere Land der EU zu ziehen und dort die Rente zu beziehen» (27%).

Auf den dritten Platz wählen die Bürger mit 23% der Nennungen die Einrichtung «eines europäischen Notfalldienstes zur Bekämpfung internationaler Naturkatastrophen».

Die Ausgabe eines europäischen Personalausweises zusätzlich zu dem nationalen Personalausweis wird mit 21% der Nennungen auf den vierten Platz gewählt.

Für die anderen vorgeschlagenen Optionen stellen wir jeweils weniger als 20% der Nennungen fest: 19% der befragten Bürger sind der Ansicht, dass die Möglichkeit, mit dem Mobiltelefon in allen Ländern der EU zum gleichen Tarif zu telefonieren, ihr Gefühl einer europäischen Identität verstärken würde. 18% erklären, dass ein europäischer Kurs in Staatskunde für Kinder im Grundschulalter oder ein Präsident der EU, der direkt von den Bürgern aller Mitgliedstaaten gewählt wird, dieses Gefühl verstärken könnte. 17% erwähnen eine weitere Initiative aus dem staatsbürgerlichen Bereich: Die Möglichkeit, in dem Mitgliedstaat, in dem sie leben, an allen Wahlen teilnehmen zu können, selbst dann, wenn sie kein Staatsangehöriger dieses Mitgliedstaates sind. 14% der befragten Personen sind der Ansicht, dass die Möglichkeit, in allen Ländern der EU Online-Einkäufe zum gleichen Preis und mit den gleichen Verbraucherschutzrechten zu erledigen, das Gefühl verstärken würde, ein europäischer Bürger zu sein. 12% nennen die Übertragung der Steuerhoheit an das Europäische Parlament für Steuern, die in der EU erhoben werden. Eine von zehn befragten Personen wählt die militärische Option: Die Bildung einer europäischen Armee (10%). 7% der Befragten nennen die Option, im Fernsehen zu sehen, dass der Präsident der Europäischen Kommission vor dem Europäischen Parlament eine Rede zu allgemeinen politischen Angelegenheiten hält und ein gleichgroßer Anteil spricht sich für EU-Botschaften in Ländern aus, die nicht zur EU gehören (7%). 3% der befragten Personen schließlich würden sich eher als europäischer Bürger fühlen, wenn ein europäischer Forscher einen Nobelpreis gewinnt.

7% der europäischen Bürger geben keine Antwort, 7% geben an, dass keine der genannten Optionen dazu geeignet ist, das Gefühl, ein europäischer Bürger zu sein, zu verstärken und 5% erklären, dass «sie kein europäischer Bürger sein möchten».⁴⁹

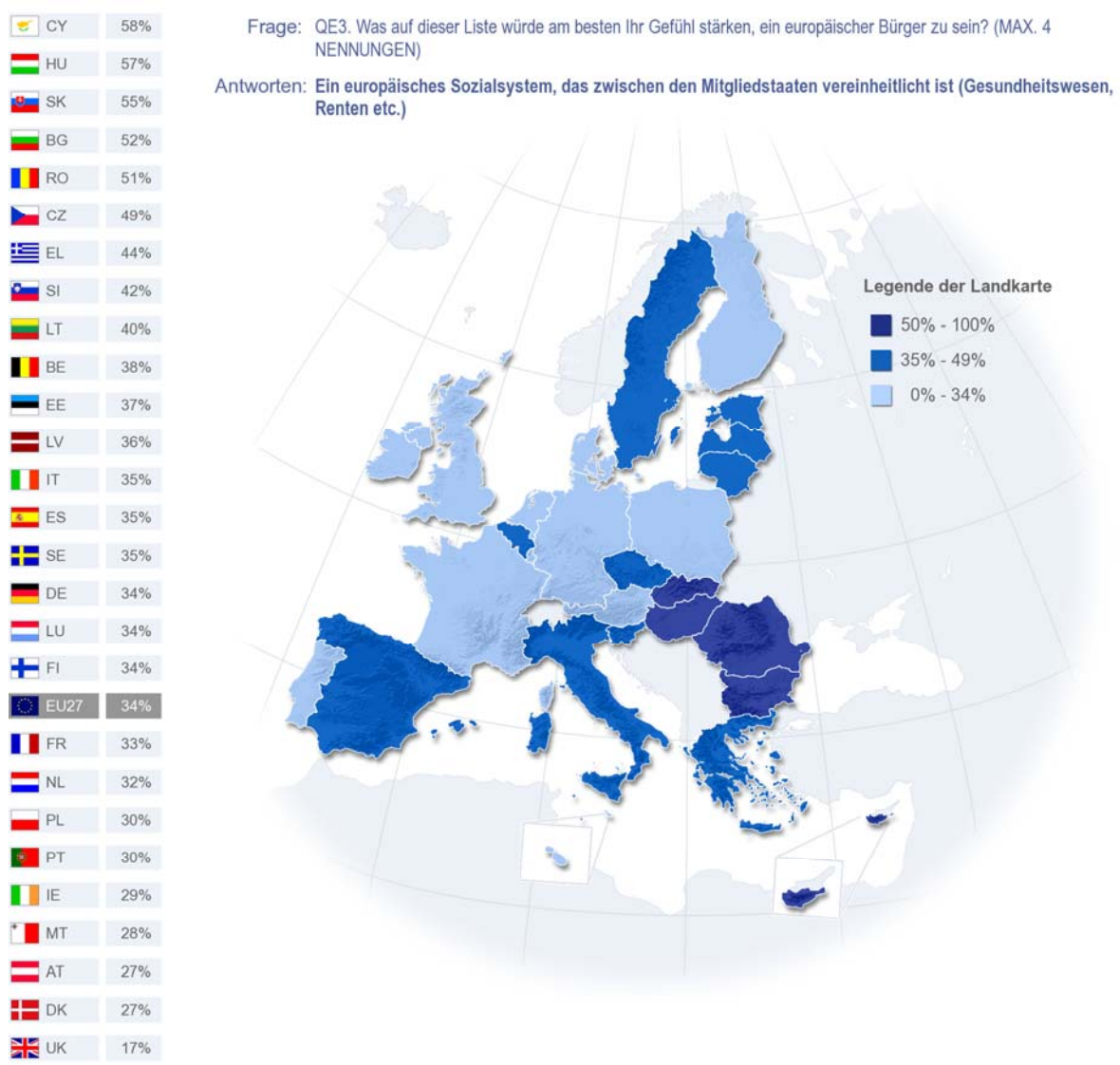
QE3. Was auf dieser Liste würde am besten Ihr Gefühl stärken, ein europäischer Bürger zu sein? (MAX. 4 NENNUNGEN)



Nach Ansicht der europäischen Bürger kann also eine Verstärkung des Gefühls europäischer Identität vor allem über soziale Harmonisierung, Freizügigkeit und die Weiterentwicklung der humanitären Aufgaben der Union erreicht werden. Gleiches gilt für Initiativen, die auf die Übertragung neuer politischer Rechte oder neuer Verbraucherrechte abzielen. **In einem Kontext der Krise sehen die europäischen Bürger die Unionsbürgerschaft vor allem als Möglichkeit, die sozialen Schutzmechanismen zu verbessern.**

⁴⁹QE3 Was auf dieser Liste würde am besten Ihr Gefühl stärken, ein europäischer Bürger zu sein? (MAX. 4 ANTWORTEN)

Die Harmonisierung des Sozialsystems wird besonders häufig auf Zypern (58%), in Ungarn (57%), der Slowakei (55%), Bulgarien (52%), Rumänien (51%) und der Tschechischen Republik (49%) gewählt. Allerdings hängt die Wertschätzung, die die Bürger dem Sozialsystem als wichtiges Element der Unionsbürgerschaft entgegenbringen, von der Dauer der Mitgliedschaft des jeweiligen Landes in der Union ab: Im Durchschnitt wird diese Option von 43% der Befragten aus den NMS12 und von 32% der Befragten aus den EU15-Staaten gewählt.



Die Möglichkeit, nach dem Eintritt in den Ruhestand in jedes andere Land der EU zu ziehen und dort die Rente zu beziehen wird am häufigsten von Befragten in den im Norden Europas liegenden Mitgliedstaaten gewählt: 44% in Schweden, 39% in den Niederlanden, 38% in Finnland und Dänemark, 35% in Deutschland und in Belgien.

Ein europäischer Notfalldienst zur Bekämpfung internationaler Naturkatastrophen erhält die häufigsten Nennungen auf Zypern (37%), in Dänemark (36%) und in Österreich (34%).

Die Ausstellung eines europäischen Personalausweises zusätzlich zu dem nationalen Personalausweis findet besonders viele Anhänger auf Zypern (34%) und in Bulgarien (33%).

Für alle sonstigen Optionen können wir auf Länderebene keine weiteren Besonderheiten feststellen, die von Bedeutung sind.

Die Befragten aus allen Bevölkerungsschichten stimmen generell mit der Rangfolge der Themen überein, auf denen die Unionsbürgerschaft aufbaut. Wir stellen hierzu keine bemerkenswerten Unterschiede fest, was die sozialen Variablen anbelangt. D.h. das Sozialsystem wird beispielsweise von gleich großen Anteilen der Bevölkerung gewählt (35%), unabhängig davon, ob sie sich auf den oberen oder den unteren Sprossen der sozialen Leiter einordnen.

Die Möglichkeit, nach dem Eintritt in den Ruhestand in jedes andere Land der EU zu ziehen und dort die Rente zu beziehen wird im Übrigen von Pensionären nicht häufiger genannt (23%) als von Befragten im Alter von 15-24 Jahren (26%).

- Am häufigsten nennen die Bürger die europäischen Abgeordneten, wenn es darum geht, wer ihre Interessen verteidigt oder wer erklärt, wie die europäische Politik das tägliche Leben beeinflusst und was die EU für die europäischen Bürger tut -

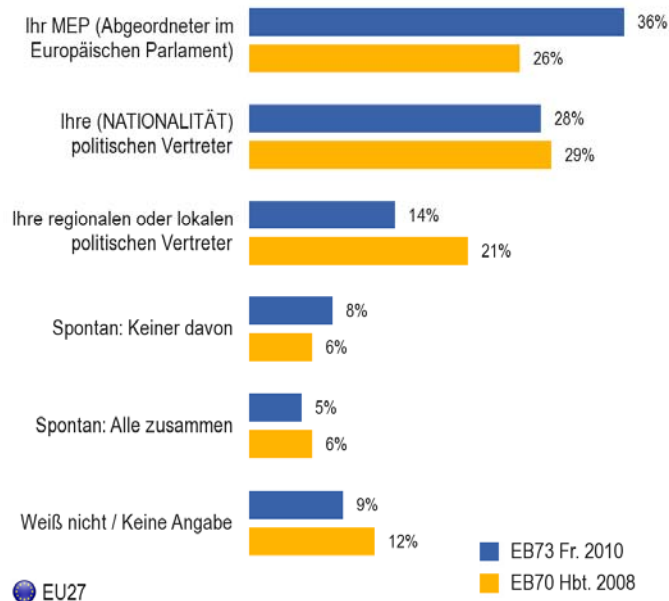
36% der europäischen Bürger sind davon überzeugt, dass die Abgeordneten im Europäischen Parlament «am besten in der Lage sind», ihre persönlichen Interessen auf europäischer Ebene zu verteidigen. 28% entscheiden sich für ihre nationalen politischen Vertreter und 14% für die politischen Vertreter auf lokaler oder regionaler Ebene. 5% geben spontan zur Antwort «Alle zusammen», 9% äußern sich nicht und 8% antworten mit «Keiner davon».⁵⁰

Diese Frage wurde auch schon anlässlich des Herbst-Eurobarometers 2008 (EB70) gestellt, was uns in die Lage versetzt, eine interessante Analyse der Entwicklungen vorzunehmen. Als wichtigste Tendenz stellen wir fest, dass die Glaubwürdigkeit der europäischen Abgeordneten in den Augen der Bürger außerordentlich zugenommen hat: Der Anteil an Befragten, die davon überzeugt sind, dass die europäischen Abgeordneten am besten geeignet sind, um ihre Interessen zu verteidigen, steigt in der Tat innerhalb von zwei Jahren um 10 Punkte an. Die lokalen und regionalen politischen Vertreter werden von einem Befragtenanteil gewählt, der im Vergleich zum Herbst 2008 um 7 Punkte gesunken ist. Der Anteil für die nationalen politischen Vertreter verliert einen Punkt.

⁵⁰ QE7.1 Vertreter der verschiedenen Ebenen öffentlicher Behörden (europäische Ebene, nationale Ebene und regionale oder lokale Ebene) sind in den europäischen Institutionen vertreten. Welcher politische Vertreter auf der folgenden Liste ist am besten geeignet ...? Ihre persönlichen Interessen auf europäischer Ebene zu verteidigen.

QE7.1. Vertreter der verschiedenen Ebenen öffentlicher Behörden (europäische Ebene, nationale Ebene und regionale oder lokale Ebene) sind in den europäischen Institutionen vertreten. Welcher politische Vertreter auf der folgenden Liste ist am besten geeignet ...?

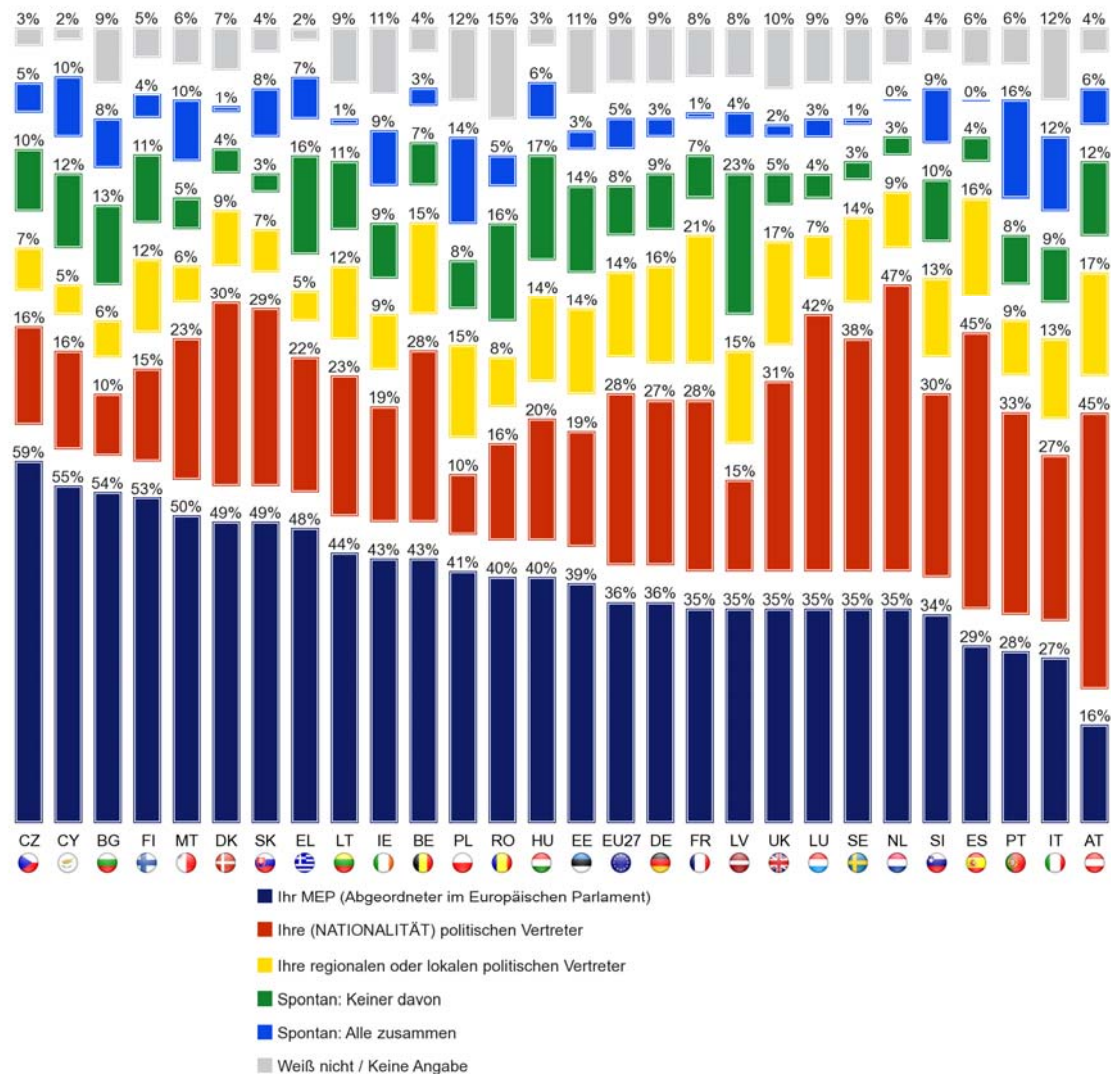
Ihre persönlichen Interessen auf europäischer Ebene zu verteidigen



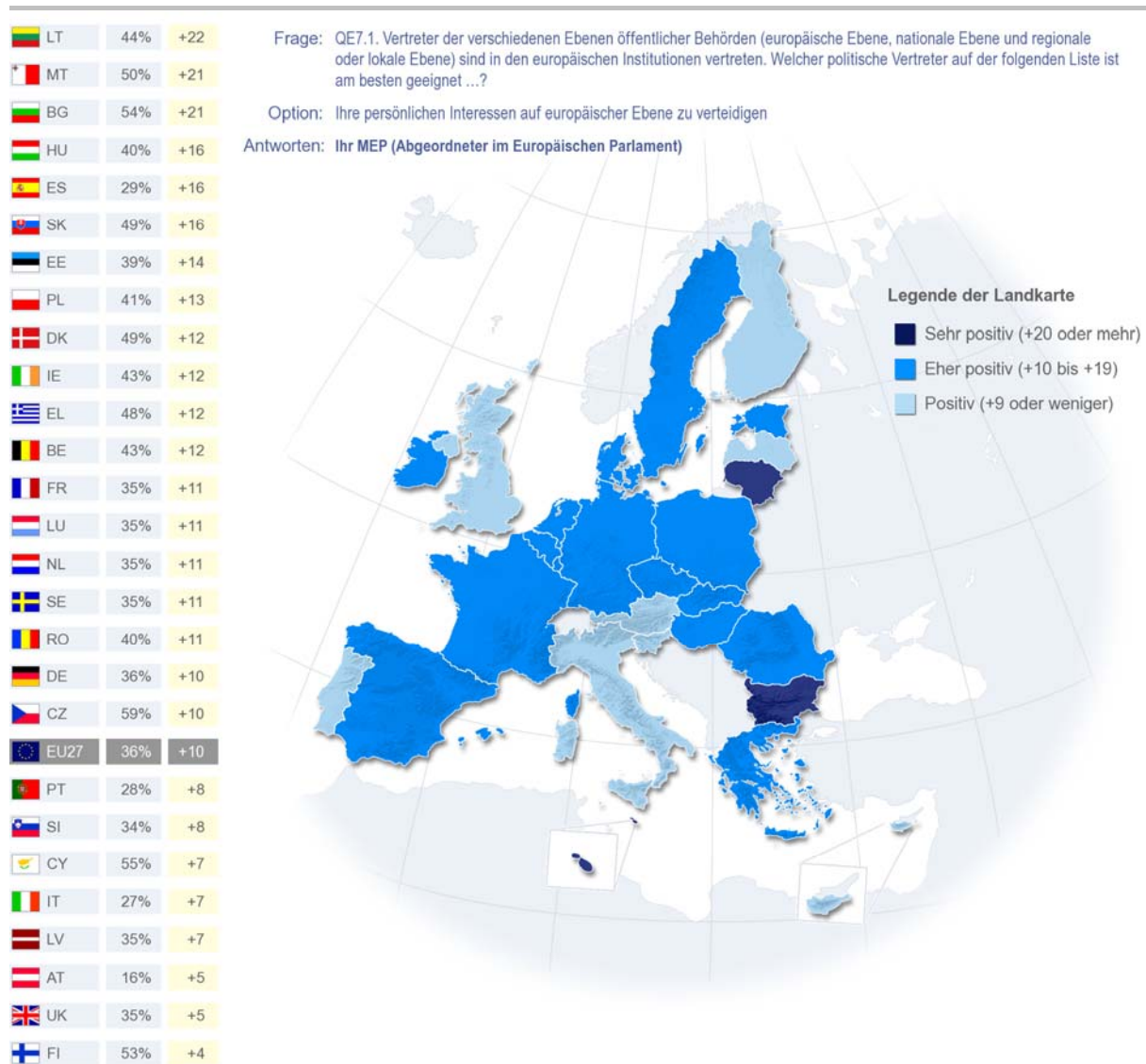
In 21 Mitgliedstaaten der Union werden die Abgeordneten des Europäischen Parlaments an die Spitze der Liste gewählt. Die höchsten Anteile an Befragten, die sich für diese Option entscheiden, beobachten wir in der Tschechischen Republik (59%), auf Zypern (55%), in Bulgarien (54%), Finnland (53%), auf Malta (50%), in Dänemark und der Slowakei (jeweils 49%). In sechs Mitgliedstaaten bevorzugen die befragten Bürger ihre nationalen politischen Vertreter: Dies gilt für die Niederlande (47%), Österreich (45%), Spanien (45%), Luxemburg (42%), Schweden (38%) und Portugal (33%). In Italien (27% gegenüber 27%) schließlich sind die Meinungen geteilt. In Frankreich (21%) werden die lokalen und regionalen politischen Vertreter am häufigsten genannt, sie belegen aber trotz alledem einen Platz hinter den europäischen Abgeordneten (35%) und den nationalen politischen Vertretern (28%).

QE7.1. Vertreter der verschiedenen Ebenen öffentlicher Behörden (europäische Ebene, nationale Ebene und regionale oder lokale Ebene) sind in den europäischen Institutionen vertreten. Welcher politische Vertreter auf der folgenden Liste ist am besten geeignet ...?

Ihre persönlichen Interessen auf europäischer Ebene zu verteidigen



In allen Mitgliedstaaten der Union gibt es eine Tendenz, dass sich die Glaubwürdigkeit der europäischen Abgeordneten erhöht: Der Anteil, der auf die europäischen Parlamentarier entfällt, ist im Vergleich zum Herbst 2008 in allen Mitgliedstaaten um mindestens 4 Punkte angestiegen. In Litauen (+22 Punkte), auf Malta (+21 Punkte), Bulgarien (+21 Punkte), Ungarn (+16 Punkte), der Slowakei (+16 Punkte), Spanien (+16 Punkte) und in Estland (+14 Punkte) sind die Anteile besonders stark angestiegen.



Diff. EB73-EB70

Es ist nicht überraschend, dass Befragte, die sich den oberen Bevölkerungsschichten zurechnen (42% von den befragten Personen, die sich am oberen Ende der sozialen Hierarchie einstufen, 47% von den Führungskräften, 45% von den Personen, die eine höhere Ausbildung haben), die Glaubwürdigkeit der europäischen Abgeordneten positiver bewerten als Befragte aus den einfacheren Bevölkerungsschichten (30% von den Personen, die sich am unteren Ende der sozialen Hierarchie einstufen, 31% von den Arbeitslosen, 24% von den Personen, die die Ausbildung vor dem 16. Lebensjahr beendet haben).

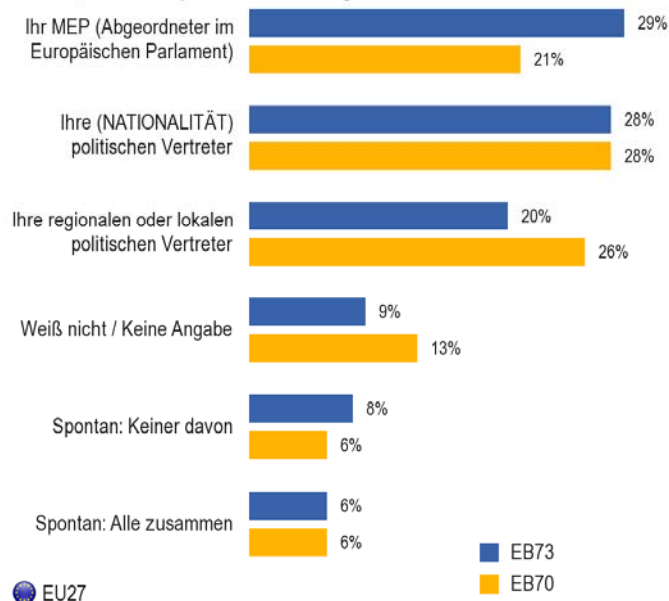
Wer erklärt am besten, wie die europäische Politik das tägliche Leben beeinflusst?

Bezüglich der Frage, wer am besten erklären kann, wie die europäische Politik Einfluss auf das tägliche Leben nimmt, sind die Meinungen in der EU entsprechend differenzierter. 29% der Europäer sind der Ansicht, dass die europäischen Abgeordneten am besten in der Lage sind, diese Erklärungen zu leisten, während sich 28% häufiger für ihre nationalen politischen Vertreter entscheiden. 20% sind davon überzeugt, dass die lokalen und regionalen politischen Vertreter hierzu am besten in der Lage sind. 6% antworten mit «Alle zusammen», 8% mit «Keiner davon» und 9% äußern sich hierzu nicht.⁵¹

Auch bei diesem Indikator nimmt die Glaubwürdigkeit der europäischen Abgeordneten innerhalb der letzten zwei Jahre zu. Der Anteil an Befragten, die die Ansicht vertreten, dass die europäischen Abgeordneten am besten dazu in der Lage sind, derartige Fragen zu klären, steigt im Vergleich zum Herbst 2008 (EB70) um acht Punkte. Der Anteil für die nationalen politischen Vertreter bleibt stabil, während derjenige für die lokalen politischen Vertreter um sechs Punkte abnimmt. Die Antwort «Alle zusammen» bleibt stabil und für die Antwort «Keiner davon» verzeichnen wir zwei Punkte mehr. Der Anteil an Befragten, die keine Antwort geben, sinkt um vier Punkte. Nachdem die Bürger vor zwei Jahren die nationalen politischen Vertreter an die Spitze der Liste gewählt hatten, werden diese mittlerweile knapp von den europäischen Abgeordneten geschlagen. Im Jahr 2008 lagen die europäischen Abgeordneten noch auf dem dritten Platz, sowohl hinter den regionalen als auch hinter den lokalen politischen Vertretern.

QE7.2. Vertreter der verschiedenen Ebenen öffentlicher Behörden (europäische Ebene, nationale Ebene und regionale oder lokale Ebene) sind in den europäischen Institutionen vertreten. Welcher politische Vertreter auf der folgenden Liste ist am besten geeignet ...?

zu erklären, wie die europäische Politik Ihr tägliches Leben beeinflusst

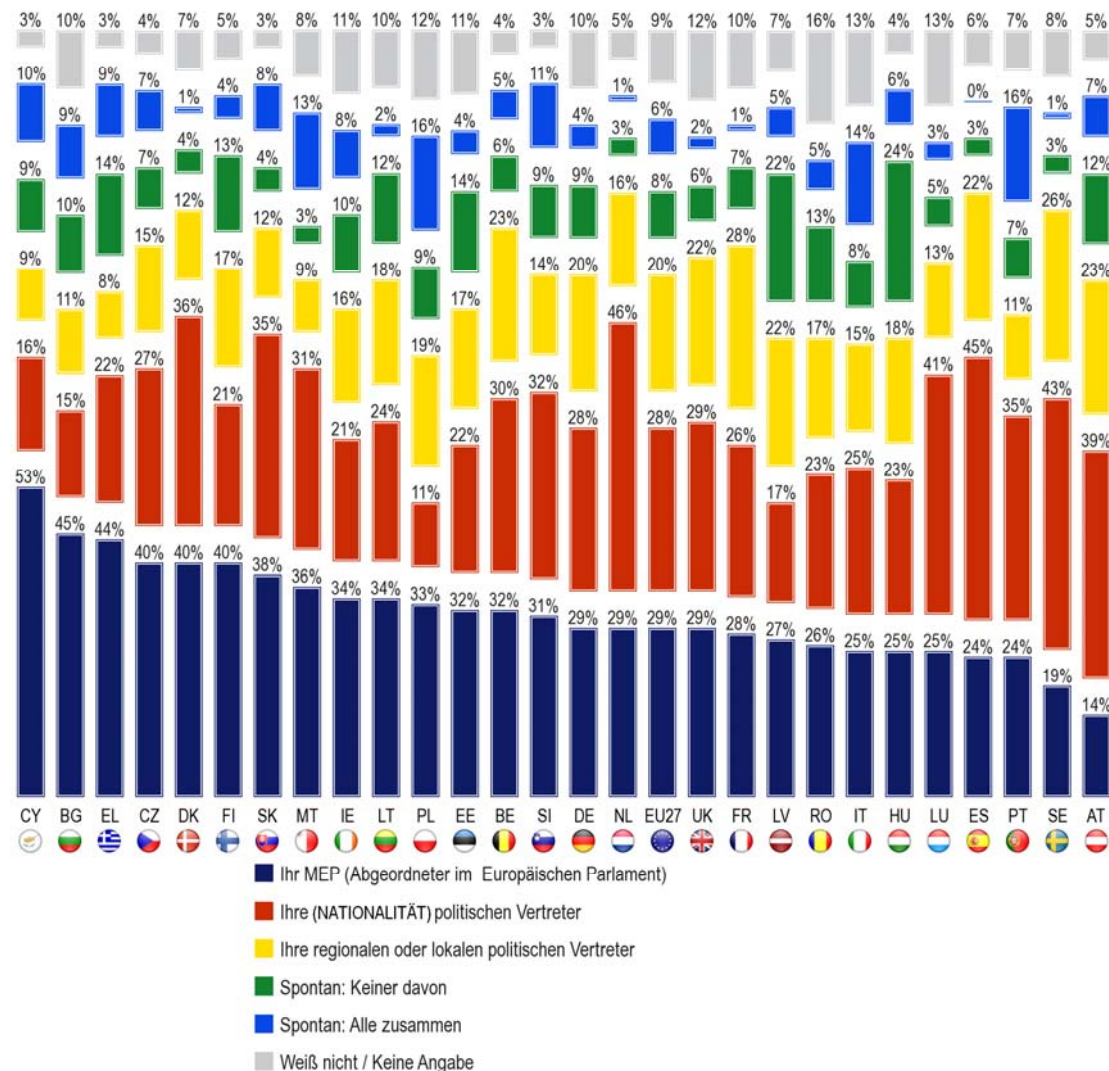


⁵¹ QE7.2 Vertreter der verschiedenen Ebenen öffentlicher Behörden (europäische Ebene, nationale Ebene und regionale oder lokale Ebene) sind in den europäischen Institutionen vertreten. Welcher politische Vertreter auf der folgenden Liste ist am besten geeignet ...? (...) zu erklären, wie die europäische Politik Ihr tägliches Leben beeinflusst.

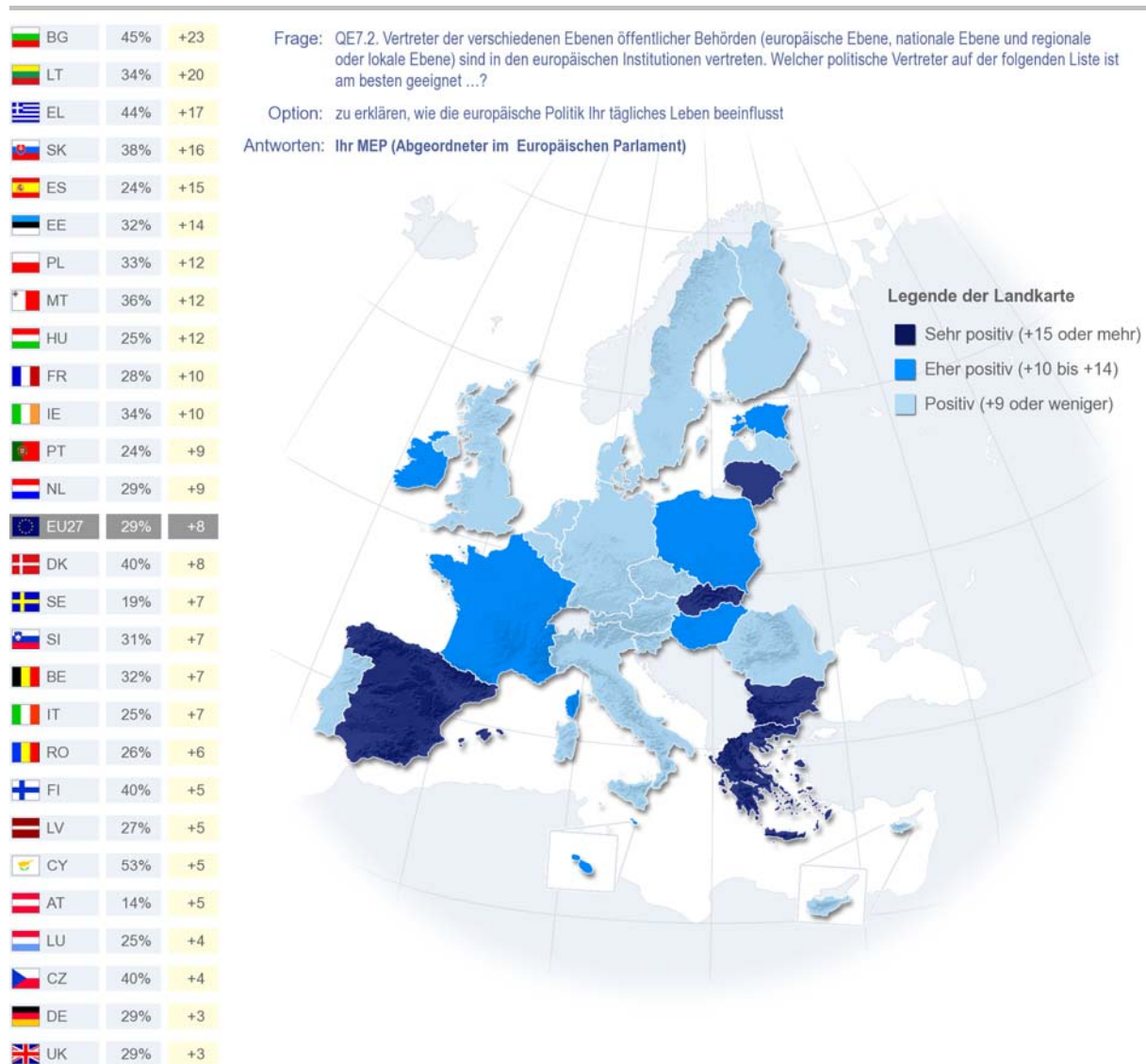
Auf Zypern (53%), in Bulgarien (45%), Griechenland (44%), der Tschechischen Republik (40%), Dänemark (40%) und Finnland (40%) wird die Glaubwürdigkeit der europäischen Abgeordneten von den Befragten am höchsten eingeschätzt. In den Niederlanden (46%), Spanien (45%), Schweden (43%) und in Luxemburg (41%) hingegen wird die Glaubwürdigkeit der nationalen politischen Vertreter am höchsten eingeschätzt.

QE7.2. Vertreter der verschiedenen Ebenen öffentlicher Behörden (europäische Ebene, nationale Ebene und regionale oder lokale Ebene) sind in den europäischen Institutionen vertreten. Welcher politische Vertreter auf der folgenden Liste ist am besten geeignet ...?

zu erklären, wie die europäische Politik Ihr tägliches Leben beeinflusst



In allen Mitgliedstaaten stellen wir die Tendenz fest, dass die Glaubwürdigkeit der europäischen Abgeordneten zunimmt, und zwar um mindestens 3 Punkte. Die größten Zunahmen beobachten wir in Bulgarien (+23 Punkte), Litauen (+20 Punkte), Griechenland (+17 Punkte), der Slowakei (+16 Punkte), Spanien (+15 Punkte) und in Estland (+14 Punkte).



Diff. EB73-EB70

Die in dieser Frage entscheidenden sozialen Variablen sind identisch mit denjenigen, die wir schon anlässlich der Frage nach der Glaubwürdigkeit der verschiedenen politischen Vertreter, wenn es um die Interessen der europäischen Bürger geht, beschrieben haben.

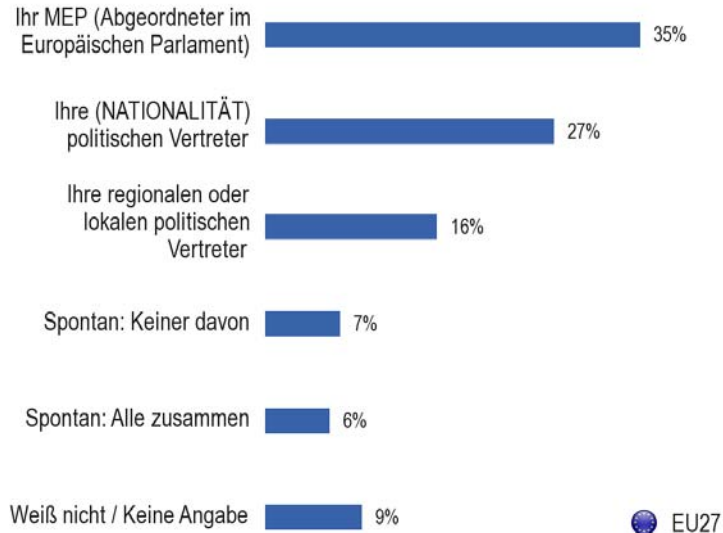
Wer erklärt am besten, was die EU für die europäischen Bürger tut?

Mit einem Anteil von 35% der Nennungen werden schließlich die europäischen Abgeordneten an die Spitze der Hierarchie politischer Vertreter gewählt, die nach Ansicht der Befragten am besten in der Lage sind, «zu erklären, was die EU für die europäischen Bürger tut». In Bezug auf dieses Kriterium liegen sie vor den nationalen (27%) und den lokalen und regionalen politischen Vertretern (16%). 7% der Befragten antworten mit «Keiner davon» und 6% «Alle zusammen». 9% äußern hierzu keine Meinung.⁵²

⁵² QE7.3 Vertreter der verschiedenen Ebenen öffentlicher Behörden (europäische Ebene, nationale Ebene und regionale oder lokale Ebene) sind in den europäischen Institutionen vertreten. Welcher politische Vertreter auf der folgenden Liste ist am besten geeignet ...? ...zu erklären, was die EU für die europäischen Bürger tut

QE7.3. Vertreter der verschiedenen Ebenen öffentlicher Behörden (europäische Ebene, nationale Ebene und regionale oder lokale Ebene) sind in den europäischen Institutionen vertreten. Welcher politische Vertreter auf der folgenden Liste ist am besten geeignet ...?

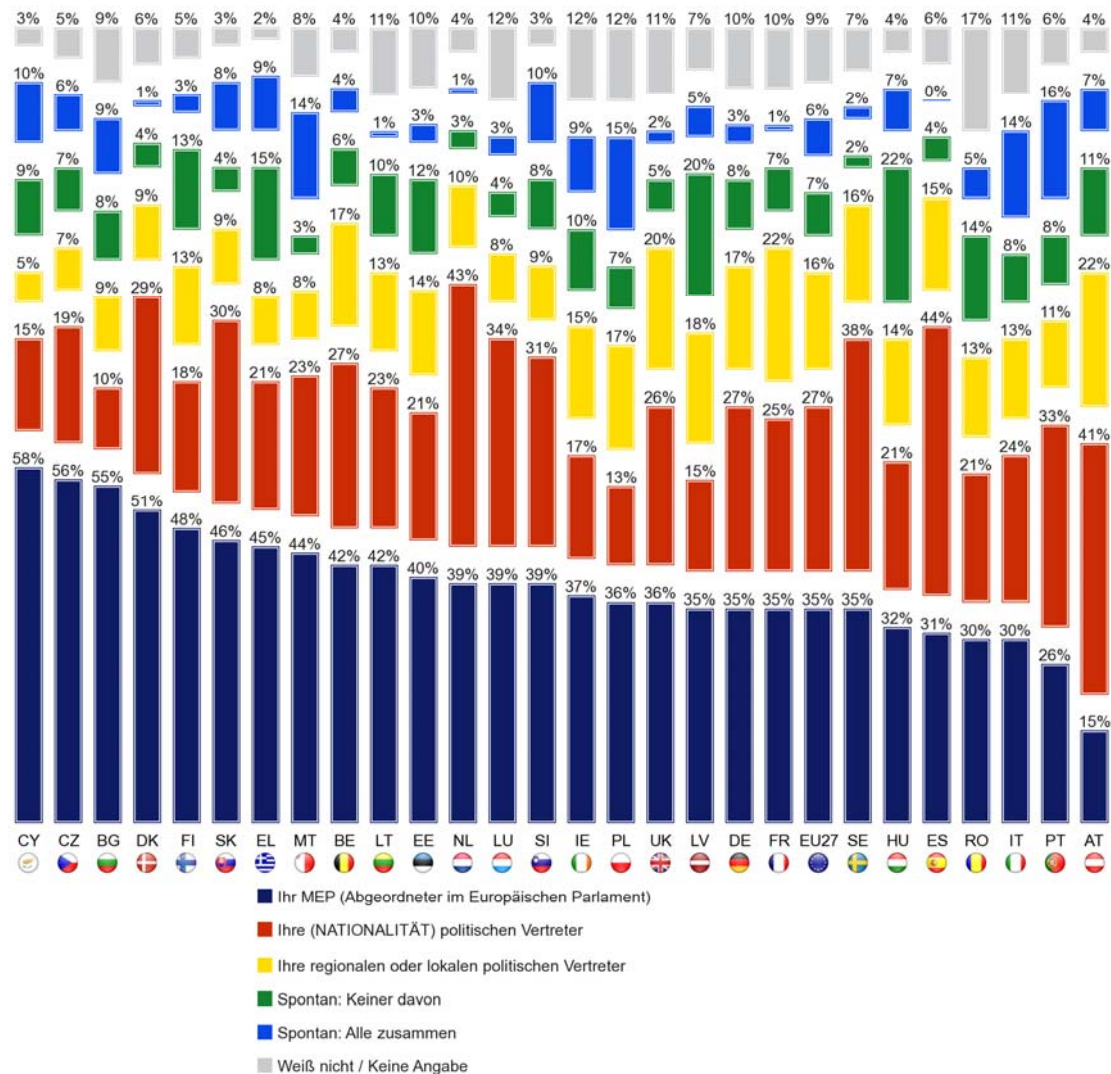
zu erklären, was die EU für die europäischen Bürger tut



In Bezug auf die Frage, wer am besten erklären kann, was die EU für ihre Bürger tut, wird die Glaubwürdigkeit der europäischen Abgeordneten auf Zypern (58%), in der Tschechischen Republik (56%), Bulgarien (55%) und Dänemark (51%) am höchsten eingeschätzt. Nur in fünf Mitgliedstaaten wird die Glaubwürdigkeit der nationalen politischen Vertreter diesbezüglich höher eingeschätzt als jene der europäischen Parlamentarier: In Spanien (44% gegenüber 31%), den Niederlanden (43% gegenüber 39%), Österreich (41% gegenüber 15%), Schweden (38% gegenüber 35%) und Portugal (33% gegenüber 26%).

QE7.3. Vertreter der verschiedenen Ebenen öffentlicher Behörden (europäische Ebene, nationale Ebene und regionale oder lokale Ebene) sind in den europäischen Institutionen vertreten. Welcher politische Vertreter auf der folgenden Liste ist am besten geeignet ...?

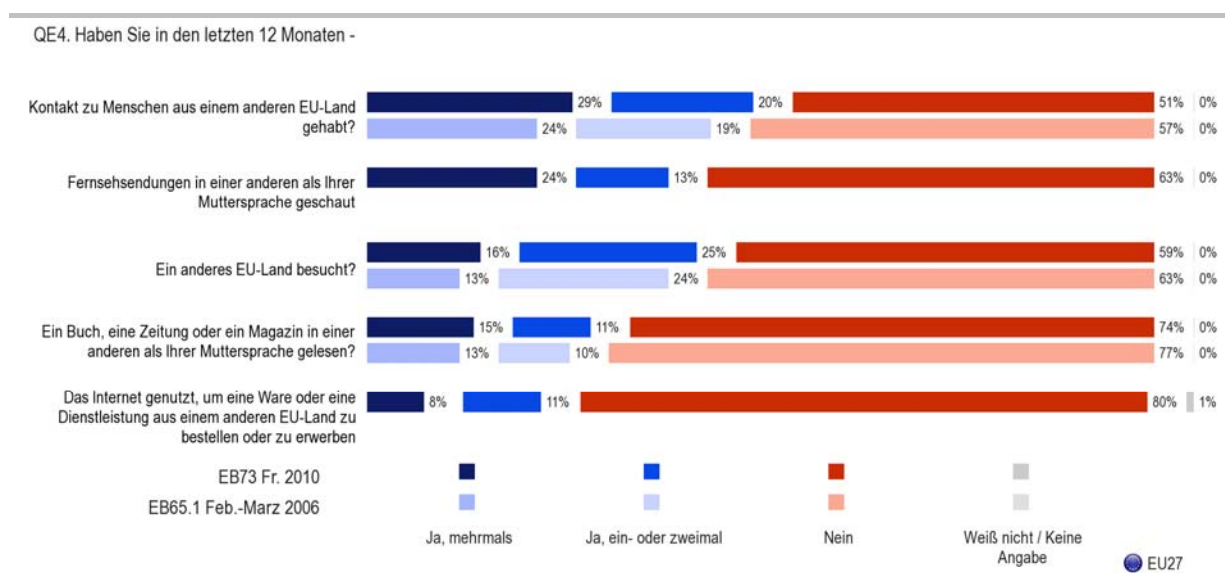
zu erklären, was die EU für die europäischen Bürger tut



Wie schon bei den beiden vorherigen Fragen festzustellen war, wird die Glaubwürdigkeit der europäischen Abgeordneten in den oberen Schichten der Gesellschaft deutlich höher bewertet als in den unteren und weniger gut situierten Schichten.

2. WIE OFFEN SIND DIE EUROPÄISCHEN BÜRGER GEGENÜBER ANDEREN?

Die vorliegende Umfrage versucht auch Einblicke zu erhalten, in welchem Maße die europäischen Bürger offen gegenüber dem Rest der Europäischen Union sind. Um dies zu erreichen, haben wir den Bürgern die Frage gestellt, ob sie in den letzten 12 Monaten folgende Dinge getan haben: ein anderes europäisches Land besucht, ein Buch, eine Zeitung oder ein Magazin in einer anderen als der Muttersprache gelesen, Kontakt zu Menschen aus einem anderen EU-Land gehabt, Fernsehsendungen in einer anderen als der Muttersprache gesehen, das Internet genutzt, um eine Ware oder eine Dienstleistung aus einem anderen EU-Land zu bestellen oder zu erwerben. Die Anteile für die jeweils gegebenen Antworten variieren zwischen 19% für diejenigen, die das Internet genutzt haben, um eine Ware oder eine Dienstleistung aus einem anderen EU-Land zu bestellen oder zu erwerben, und 49% derjenigen, die Kontakt zu Menschen aus einem anderen EU-Land gehabt haben.

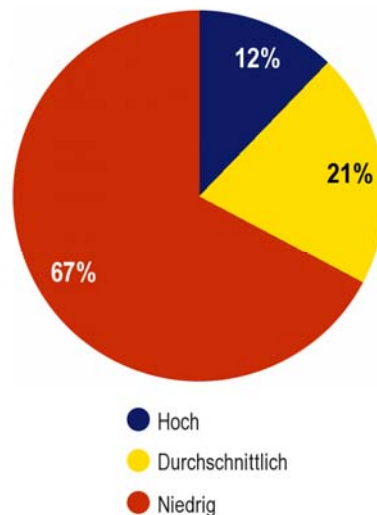


Im Februar-März 2006 wurden anlässlich des Spezial-Eurobarometers, der in der damals aus 25 Mitgliedstaaten bestehenden EU durchgeführt wurde⁵³, schon einmal drei der fünf Optionen dieser Frage untersucht. Wie wir im Verlauf des folgenden Kapitels sehen können, **haben diese Werte in allen drei Bereichen zugenommen**. Auch wenn sich diese Ergebnisse offenbar nicht in ein stärkeres Zugehörigkeitsgefühl zur Union umsetzen lassen, bedeutet das, dass die europäischen Bürger gegenüber allen anderen europäischen Mitgliedstaaten mittlerweile offener geworden sind.

⁵³ Spezial-Eurobarometer Nr. 251 : Die Zukunft Europas

Auf Basis der Antworten auf die jeweiligen Optionen haben wir einen Offenheits-Index entwickelt. Dieser geht von «schwach» über «mittel» zu «stark». Die wichtigste aus diesem Index gewonnene Erkenntnis ist wohl, dass die Mehrheit der europäischen Bürger es bevorzugt, innerhalb der nationalen Grenzen zu bleiben und sich nur mäßig offen gegenüber dem restlichen europäischen Raum zeigt. Mehr als zwei Drittel der Befragten (67%) verfügen dementsprechend über einen schwachen Offenheits-Index, 21% über einen mittleren und nur 12% über einen starken Index.

C3. Index Internationale Aufgeschlossenheit



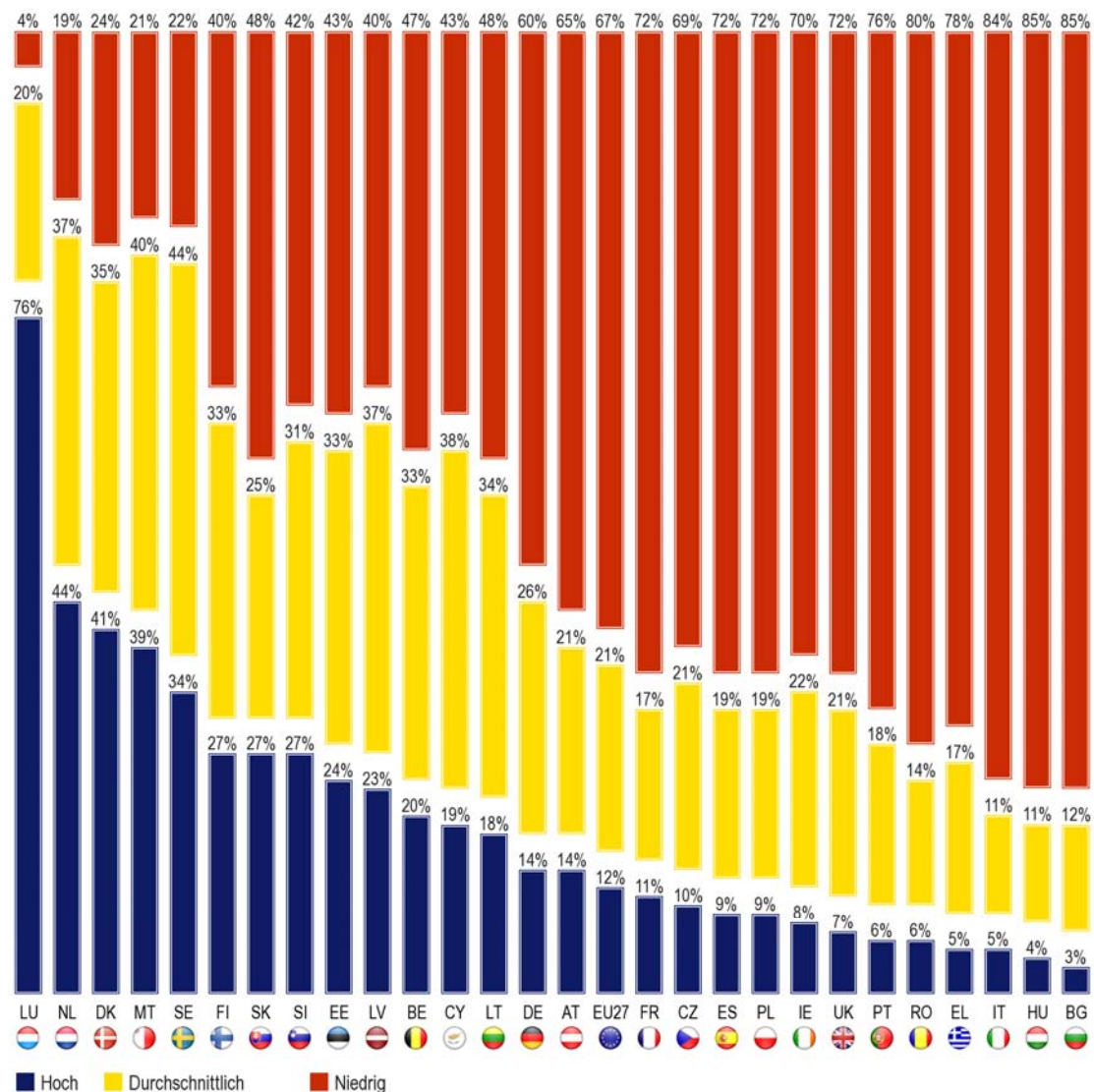
EU27

Zu diesem Indikator stellen wir allerdings besonders große nationale Unterschiede fest. Besonders deutlich wird dies durch das frappierende Beispiel eines Vergleichs zwischen dem Anteil an Befragten mit starkem Offenheits-Index in Luxemburg (76%) und in Bulgarien (3%).

Wir können also davon ausgehen, dass die Befragten in Luxemburg am weltoffensten sind, wobei es sich hierbei um einen speziellen Fall handelt, da dieses Land in unmittelbarer Nähe zu Deutschland, Belgien und Frankreich liegt und einen sehr hohen Bevölkerungsanteil verzeichnet, der eine andere als die luxemburgische Staatsbürgerschaft hat. Auch in den Niederlanden (44%), in Dänemark (41%), auf Malta (39%), in Schweden (34%), Finnland, der Slowakei und Slowenien (jeweils 27%) liegt dieser Index weit über dem europäischen Durchschnitt.

In Bulgarien (85% der Bevölkerung haben einen schwachen Index), Ungarn (85%), Italien (84%), Rumänien (80%), Griechenland (78%), Portugal (76%), dem Vereinigten Königreich (72%) und Spanien (72%) hingegen stellen wir nur sehr schwache Werte für die Weltoffenheit der Bürger fest.

C3. Index Internationale Aufgeschlossenheit






Zu dieser Frage stellen wir eine erhebliche Diskrepanz in sozialer Hinsicht fest, d.h. es hängt unmittelbar von der sozioökonomischen Situation eines Bürgers ab, wie weltoffen er ist.

Von den Befragten, die ihre Ausbildung bis zum Alter von 20 und darüber hinaus fortgeführt haben, verfügen 22% über einen starken, 31% über einen mittleren und 47% über einen schwachen Offenheits-Index. Gleichzeitig haben 88% der befragten Personen, die ihre Ausbildung vor dem Alter von 16 Jahren abgeschlossen haben, einen schwachen Index. 73% der Arbeitslosen haben im Vergleich zu 43% der Führungskräfte einen schwachen Offenheits-Index. Das Alter der Befragten ist ebenfalls eine wichtige Variable: 55% der Befragten im Alter von 15-24 Jahren haben einen schwachen Index, während dies für 79% der Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber gilt.

Erhebliche Unterschiede ergeben sich überdies aus dem individuellen Lebensweg der Befragten: 36% der Befragten, die im Ausland geboren sind, verfügen über einen starken, 30% über einen mittleren und 34% über einen schwachen Offenheits-Index. Im Vergleich hierzu: Für Befragte, die in dem Land, in dem sie ihren Wohnsitz haben, auch geboren sind, belaufen sich diese Anteile auf 10%, 20% bzw. 70%.

C3 Index Internationale Aufgeschlossenheit

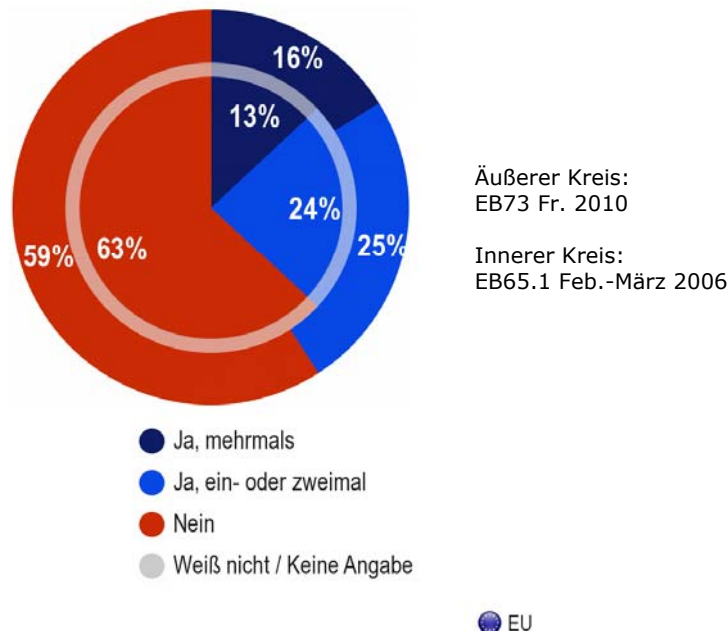
	Hoch	Durchschnittlich	Niedrig
EU27	12%	21%	67%
Alter			
 15-24	17%	28%	55%
25-39	16%	24%	60%
40-54	12%	22%	66%
55 +	7%	14%	79%
Ausbildung (Ende der)			
 15-	3%	9%	88%
16-19	8%	19%	73%
20+	22%	31%	47%
Studiert noch	24%	30%	46%
Berufliche Situation der Befragten			
 Selbstständige	17%	21%	62%
Leitende Angestellte	25%	32%	43%
Andere Angestellte	12%	25%	63%
Arbeiter	9%	20%	71%
Hausfrauen / -männer	7%	13%	80%
Arbeitslose	7%	20%	73%
Rentner / Pensionäre	6%	13%	81%
Schüler / Studenten	24%	30%	46%
Geboren			
Im Aufenthaltsland	10%	20%	70%
In einem anderen Land	36%	30%	34%

2.1. Reisen ins Ausland innerhalb der letzten 12 Monate

41% der europäischen Bürger haben innerhalb des vergangenen Jahres ein anderes europäisches Land besucht (von diesen geben 16% zur Antwort «Ja, mehrmals» und 25% «Ja, ein- oder zweimal»). Gleichzeitig erklärt ein Anteil von 59%, dies nicht getan zu haben.⁵⁴ Der Anteil europäischer Bürger, die mindestens eine Reise innerhalb der EU unternommen haben, steigt im Vergleich zur der Umfrage vom Februar-März 2006 (EB65.1), in der dieses Thema das letzte Mal untersucht wurde, um 4 Punkte. Die Zahl der ins Ausland reisenden Europäer hat somit innerhalb der vergangenen vier Jahre zugenommen, dies aber nur in verhältnismäßig geringem Ausmaß.

QE4.1. Haben Sie in den letzten 12 Monaten -

Ein anderes EU-Land besucht?

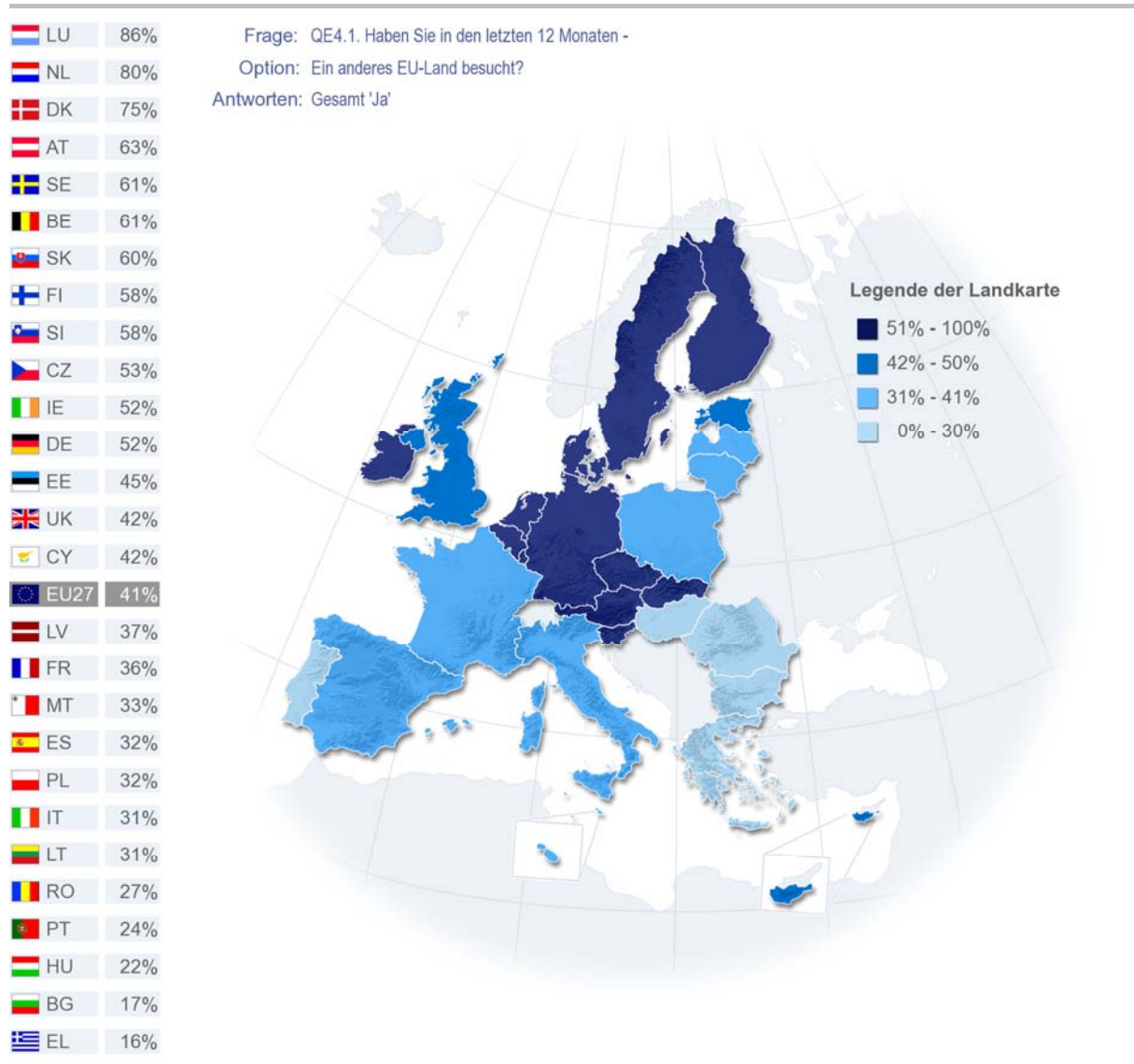


In 12 Mitgliedstaaten gibt eine absolute Mehrheit der Befragten zur Antwort, im vergangenen Jahr mindestens einmal in ein anderes Land der Union gereist zu sein. Dies gilt für die Luxemburger (86%), Holländer (80%), Dänen (75%), Österreicher (63%), Schweden (61%), Belgier (61%), Slowaken (60%), Slowenen (58%), Finnen (58%), Tschechen (53%), Deutsche (52%) und Iren (52%).

In Bulgarien (83%), Ungarn (78%), Portugal (76%), Rumänien (72%), Litauen (69%) und Polen (68%) stellen wir die höchsten Anteile von Befragten fest, die innerhalb der vergangenen 12 Monate keine Reise innerhalb der Europäischen Union unternommen haben.

⁵⁴ QE4.1 Haben Sie in den letzten 12 Monaten -... ? Ein anderes EU-Land besucht?

Wenn wir uns die Entwicklungen ansehen, können wir feststellen, dass der Anteil an Befragten, die mindestens einmal im vergangenen Jahr ins Ausland gereist sind, in folgenden Mitgliedstaaten angestiegen ist: In der Slowakei (+18 Punkte), Lettland (+16 Punkte), Spanien (+15 Punkte), Estland (+15 Punkte), Litauen (+12 Punkte) und Polen (+10 Punkte). Die Rückgänge fallen nicht ganz so hoch aus und betreffen nur Österreich (-5 Punkte), das Vereinigte Königreich und Ungarn (jeweils -2 Punkte) sowie Belgien (-1 Punkt).



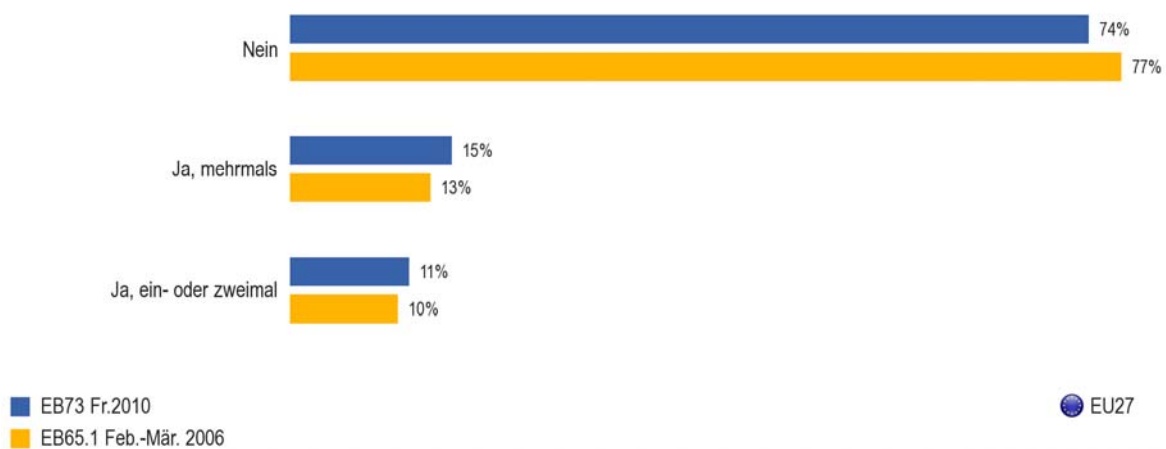
Europäische Bürger, die reisen, haben ein sehr deutliches soziales Profil. Dies trifft auf beispielsweise 53% der Studenten, aber nur auf 29% der Rentner zu. Auf Reisen gehen 58% der Befragten, die eine höhere Ausbildung haben, aber nur 21% derjenigen, deren Ausbildungsniveau niedrig ist. 55% der befragten Personen, die sich am oberen Ende der sozialen Hierarchie einstufen, waren während des vergangenen Jahres innerhalb der EU auf Reisen, während dies für nur 27% derjenigen gilt, die sich am unteren Ende dieser Skala positionieren.

2.2. Lesen eines Buches, einer Zeitung oder eines Magazins in einer anderen als der Muttersprache

Ein Viertel der europäischen Bürger liest Printmedien in einer anderen Sprache als der Muttersprache (26% insgesamt; von diesen antworten 15% mit «Ja, mehrmals» und 11% «Ja, ein- oder zweimal»). Demgegenüber erklären 74% der Befragten, dass sie im vergangenen Jahr nichts dergleichen getan haben⁵⁵. Der Anteil von Lesern von Printmedien in einer Fremdsprache steigt um drei Punkte im Vergleich zur letzten diesbezüglichen Umfrage im Februar-März 2006.

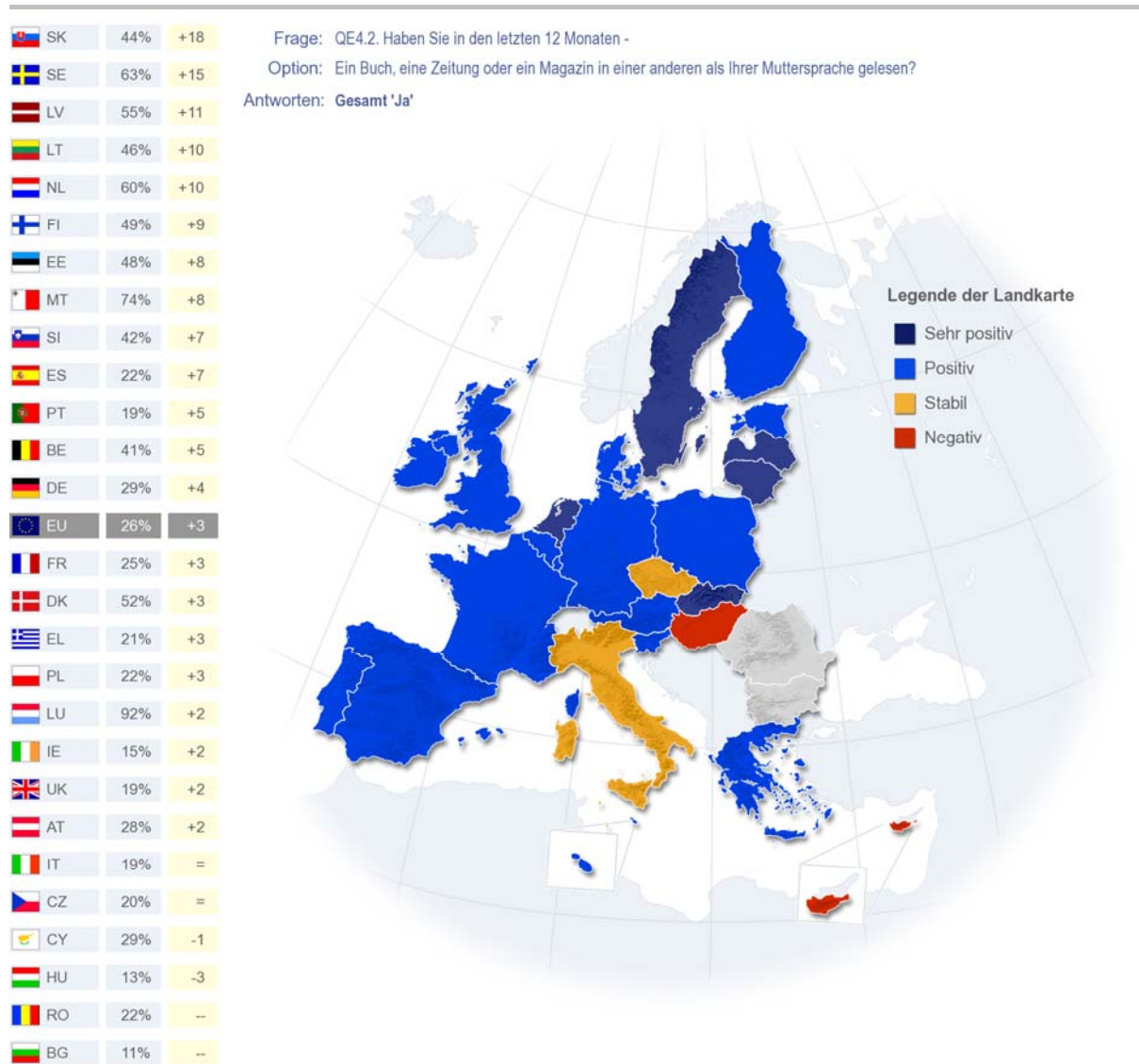
QE4.2. Haben Sie in den letzten 12 Monaten -

Ein Buch, eine Zeitung oder ein Magazin in einer anderen als Ihrer Muttersprache gelesen?



Der überaus große Anteil an Nicht-Lesern, den wir auf europäischer Ebene feststellen, sollte nicht über die erheblichen nationalen Unterschiede hinwegtäuschen. In Luxemburg (92%), auf Malta (74%), in Schweden (63%), den Niederlanden (60%) und in Dänemark (52%) erklärt eine Mehrheit der Befragten, ein Buch, eine Zeitung oder ein Magazin in einer anderen als ihrer Muttersprache gelesen zu haben. Demgegenüber stellen wir in Bulgarien (88%), Ungarn (87%), Irland (84%), Portugal (81%), dem Vereinigten Königreich (81%), der Tschechischen Republik (80%) und in Italien (80%) fest, dass dies für mehr als acht von 10 Befragten nicht gilt. Im Vergleich zum Februar-März 2006 ist der Anteil von Lesern von Printmedien in einer Fremdsprache in der Slowakei (+18 Punkte), Schweden (+15 Punkte), Lettland (+11 Punkte), Litauen (+10 Punkte) und den Niederlanden (+10 Punkte) sehr stark angestiegen.

⁵⁵ QE4.2 Haben Sie in den letzten 12 Monaten - Ein Buch, eine Zeitung oder ein Magazin in einer anderen als Ihrer Muttersprache gelesen?



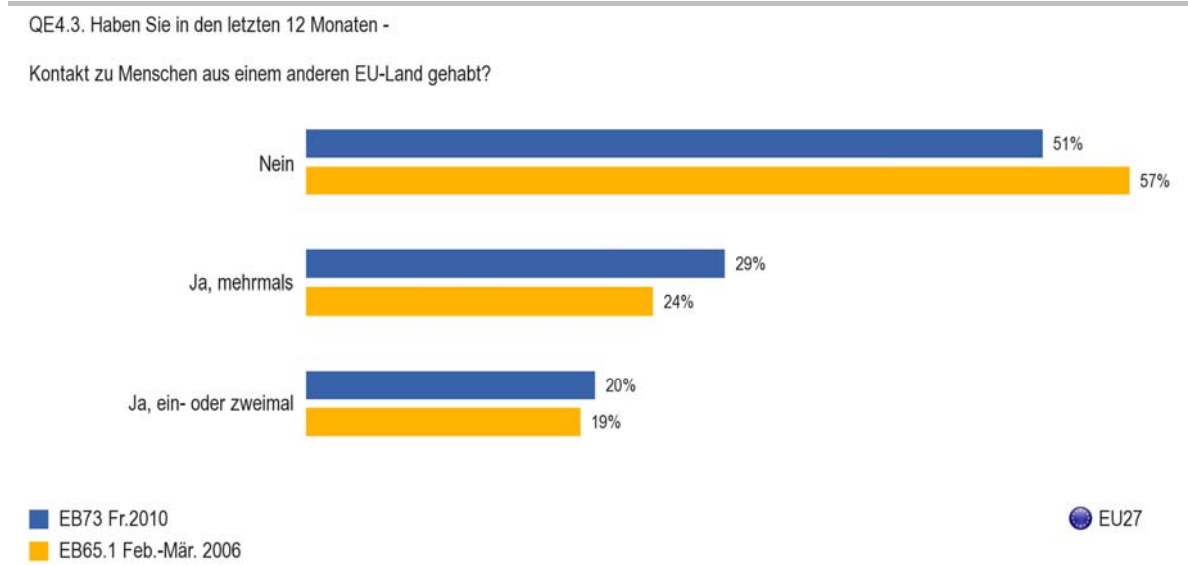
Diff. EB73-EB65.1

Mit Ausnahme der Studenten (54%) gibt es keine soziale Kategorie, in der eine Mehrheit angibt, Printmedien in einer Fremdsprache zu lesen, eingeschlossen die besonders gut situierten und am besten ausgebildeten Kategorien. Immerhin ist in diesen Kategorien das Lesen in einer Fremdsprache deutlich verbreiteter, als in den einfacheren Bevölkerungsschichten: 44% der Personen, die mindestens bis zum Alter von 20 Jahren in Ausbildung waren, geben an, ein Buch in einer Fremdsprache gelesen zu haben, während dies nur für 9% derjenigen gilt, die ihre Ausbildung vor dem 16. Geburtstag abgeschlossen haben.

2.3. Kontakt zu Menschen aus einem anderen EU-Land

Von den fünf untersuchten Optionen, mit denen wir feststellen können, wie offen europäische Bürger sind, wird diejenige über die sozialen Kontakte zu Personen aus anderen Ländern am häufigsten gewählt. Nahezu einer von zwei europäischen Bürgern (49%) erklärt, innerhalb der letzten zwölf Monate Kontakt zu Menschen aus anderen Mitgliedstaaten der EU gehabt zu haben. 51% hatten keine derartigen Kontakte.⁵⁶

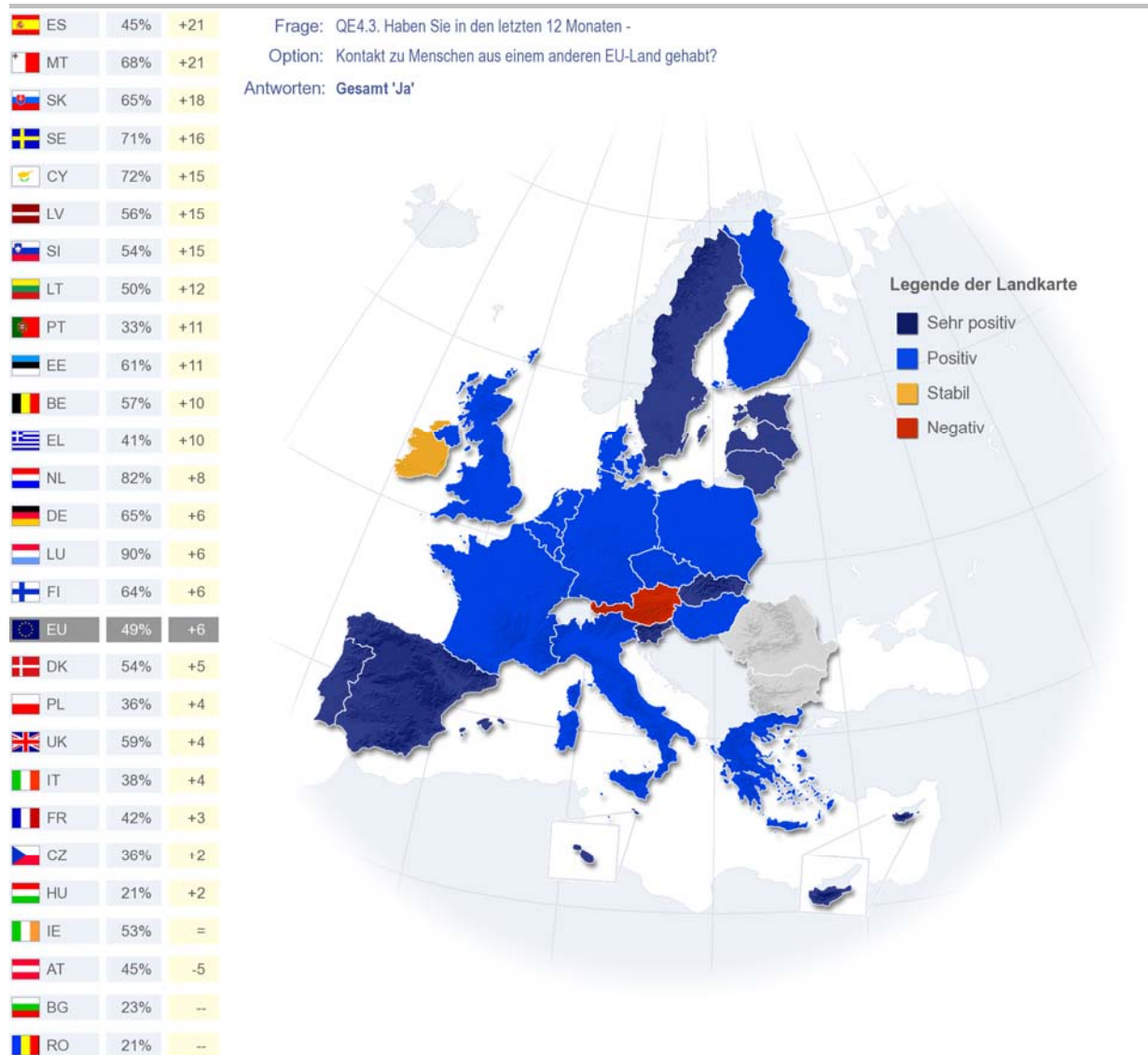
Es ist deutlich festzustellen, dass internationale Kontakte immer weiter zunehmen. Der Anteil europäischer Bürger, die Kontakt zu Menschen aus einem anderen EU-Land gehabt haben, ist im Vergleich zum Februar-März Bericht des Jahres 2006 um sechs Punkte angestiegen.



In 17 Mitgliedstaaten erklärt eine Mehrheit der Befragten, dass sie Kontakt zu Menschen aus einem anderen EU-Land gehabt haben, wobei wir die hierfür höchsten Anteile in Luxemburg (90%), den Niederlanden (82%), auf Zypern (72%), Schweden (71%) und auf Malta (68%) feststellen können. Demgegenüber stellen wir in Ungarn (79%), Rumänien (76%) und Bulgarien (76%) die niedrigsten Anteile an Befragten fest, die Kontakte mit Menschen aus anderen Ländern der EU gehabt haben. Diese Umgänglichkeit der Bürger ist in verhältnismäßig hohem Maße von der Dauer der Zugehörigkeit zur EU abhängig: In den Mitgliedstaaten der EU15 beträgt der Anteil 52% im Vergleich zu 34% in der Ländergruppe der NMS12.

Seit Februar-März 2006 stellen wir fest, dass sich der Anteil der Befragten, die Kontakte zu Menschen außerhalb ihres eigenen Landes gehabt haben, in folgenden Ländern stark erhöht hat: In Spanien (+21 Punkte), auf Malta (+21 Punkte), in der Slowakei (+18 Punkte), in Schweden (+16 Punkte), auf Zypern (+15 Punkte), in Lettland (+15 Punkte), Slowenien (+15 Punkte), Litauen (+12 Punkte) und Portugal (+11 Punkte).

⁵⁶ QE4.3 Haben Sie in den letzten 12 Monaten - Kontakt zu Menschen aus einem anderen EU-Land gehabt?



Diff. EB73-EB65.1

Zu dieser Frage stellen wir erhebliche Unterschiede in Abhängigkeit vom Alter und der sozialen Stellung der Befragten fest: 57% der Befragten im Alter von 15-24 Jahren hatten Kontakt mit Menschen aus anderen EU-Mitgliedstaaten. Dies im Vergleich zu 37% der Befragten in Alter von 55 Jahren und darüber. «Europäische» Kontakte hatten im vergangenen Jahr 66% der Personen, die ihre Ausbildung bis zum Alter von 20 Jahren und darüber hinaus fortgeführt haben und im Vergleich dazu nur 29% derjenigen, die ihre Ausbildung mit 15 Jahren oder vorher beendet haben.

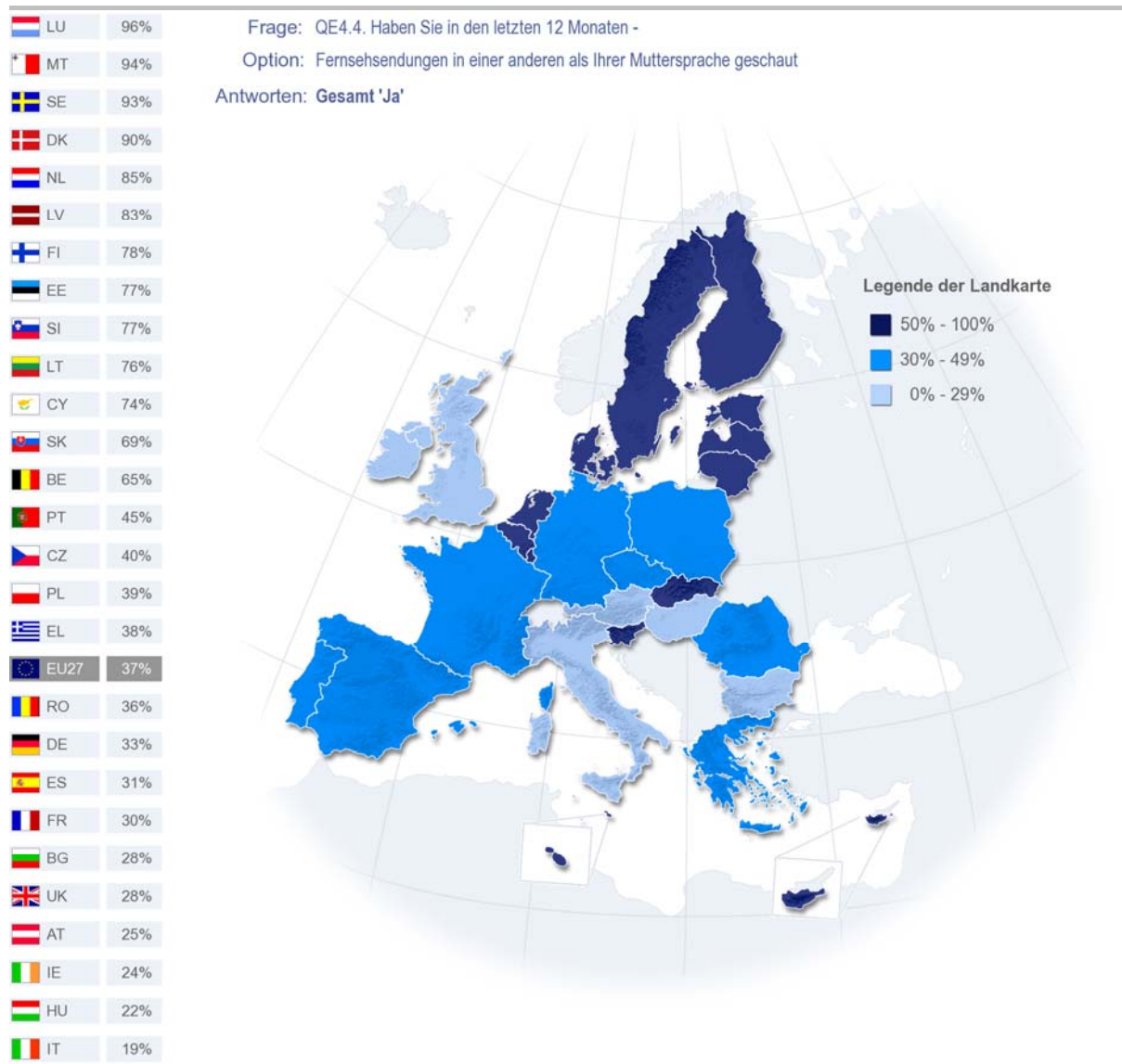
2.4. Fernsehsendungen in einer anderen Sprache als der eigenen Muttersprache ansehen

Geringfügig mehr als ein Drittel der europäischen Bürger sehen Fernsehsendungen in einer anderen als ihrer Muttersprache an: Insgesamt 37% der Befragten erklären, dies im vergangenen Jahr getan zu haben. Von diesen antworten 24% mit «Ja, mehrmals » und 13% mit «Ja, ein- oder zweimal». Ein Anteil von 63% hingegen erklärt, nichts dergleichen getan zu haben.⁵⁷

Die Unterschiede auf Länderebene sind auch bei dieser Option ausgesprochen hoch. Fernsehsendungen in einer anderen als der Muttersprache ansehen ist eine sehr verbreitete Beschäftigung in den nordischen Mitgliedstaaten (93% in Schweden, 90% in Dänemark, 78% in Finnland), in den Benelux-Ländern (96% in Luxemburg, 85% in den Niederlanden, 65% in Belgien), in den baltischen Staaten (83% in Lettland, 77% in Estland, 76% in Litauen), auf den Inseln des Mittelmeers (94% auf Malta und 74% auf Zypern) sowie in der Slowakei (69%) und in Slowenien (77%).

In Italien (80% der Befragten tun dies nicht), Ungarn (78%), Irland (75%), Österreich (75%), Bulgarien (72%), dem Vereinigten Königreich (72%), Spanien (69%), Deutschland (67%), Griechenland (62%), Rumänien (62%) und Polen (61%) beschäftigt sich dagegen nur eine Minderheit auf diese Art und Weise.

⁵⁷ QE4.4 Haben Sie in den letzten 12 Monaten - Fernsehsendungen in einer anderen als Ihrer Muttersprache geschaut

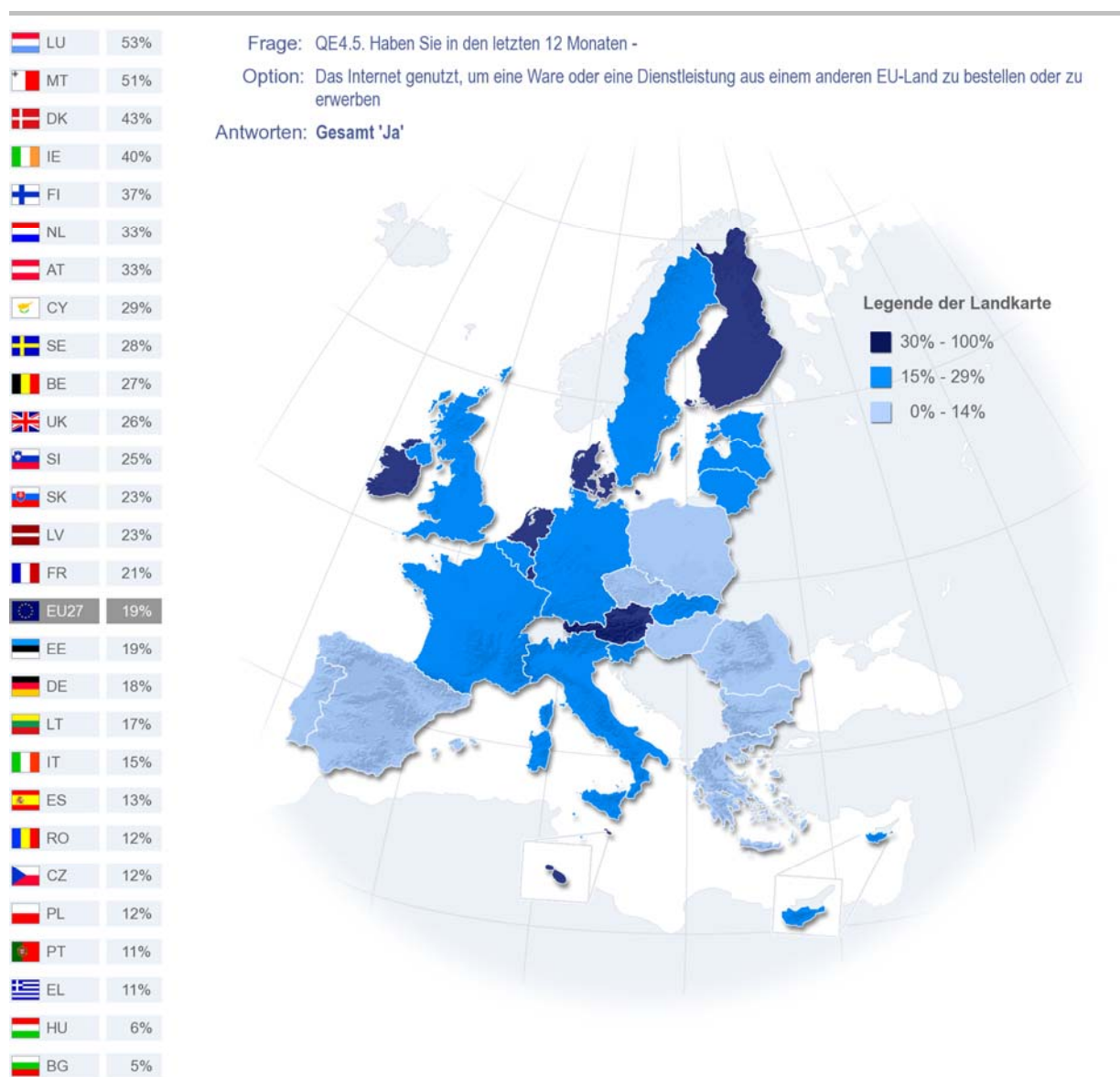


Zu dieser Option stellen wir bezüglich der unterschiedlichen Alters- bzw. Sozialgruppen dieselben Gegensätze fest, die wir schon vorher beschrieben haben: 52% der Befragten im Alter von 15-24 Jahren, 55% der Personen, die ihre Ausbildung nach dem 19. Lebensjahr fortgeführt haben sowie 54% der Führungskräfte, im Vergleich zu nur 26% der Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber, 17% derjenigen, die ihre Ausbildung vor dem 16. Lebensjahr beendet haben und 34% der Arbeitslosen beschäftigen sich auf diese Art und Weise.

2.5. Nutzung des Internets, um eine Ware oder eine Dienstleistung aus einem anderen EU-Land zu bestellen oder zu erwerben

Nur 19% der europäischen Bürger nutzen das Internet, um eine Ware oder Dienstleistung aus einem anderen EU-Land zu bestellen. Von diesem Prozentsatz antworten 8% mit «Ja, mehrmals» und 11% «Ja, ein- oder zweimal». 80% der Befragten haben dies noch nie getan und 1% äußert sich nicht zu diesem Thema.⁵⁸





In allen Mitgliedstaaten der Union wird das Internet nur von einer Minderheit für diese Zwecke genutzt. Ausnahmen sind Luxemburg und Malta. In diesen beiden Ländern erklären 53% bzw. 51% der Befragten, Käufe über das Internet in anderen Ländern der Union getätigt zu haben. Ebenfalls deutlich über dem Durchschnitt liegen die Anteile der Befragten in Dänemark (43%), Irland (40%), Finnland (37%), den Niederlanden (33%) und Österreich (33%).



⁵⁸ QE4.5 Haben Sie in den letzten 12 Monaten - Das Internet genutzt, um eine Ware oder eine Dienstleistung aus einem anderen EU-Land zu bestellen oder zu erwerben.

Gleiches gilt für eine Minderheit der Befragten in allen sozialen Kategorien der europäischen Bevölkerung, wobei es sich bei diesem Bereich – wie auch bei den anderen – um Tätigkeiten handelt, die eher unter den jüngeren Generationen und den besser ausgebildeten Bevölkerungsschichten verbreitet sind. Wir stellen eine Diskrepanz zwischen den Generationen fest: 28% der Befragten unter 40 Jahren haben schon das Internet genutzt, um grenzüberschreitende Einkäufe zu tätigen, im Vergleich zu 8% der Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber. Das Ausbildungsniveau ist ein Faktor, der die Gruppen noch deutlicher voneinander abgrenzt: 30% der Personen, die mindestens bis zum Alter von 20 Jahren in Ausbildung waren, haben schon einmal das Internet genutzt, um im Ausland online einzukaufen. Dies im Vergleich zu nur 5% derjenigen, die ihre Ausbildung vor dem Alter von 16 Jahren beendet haben.

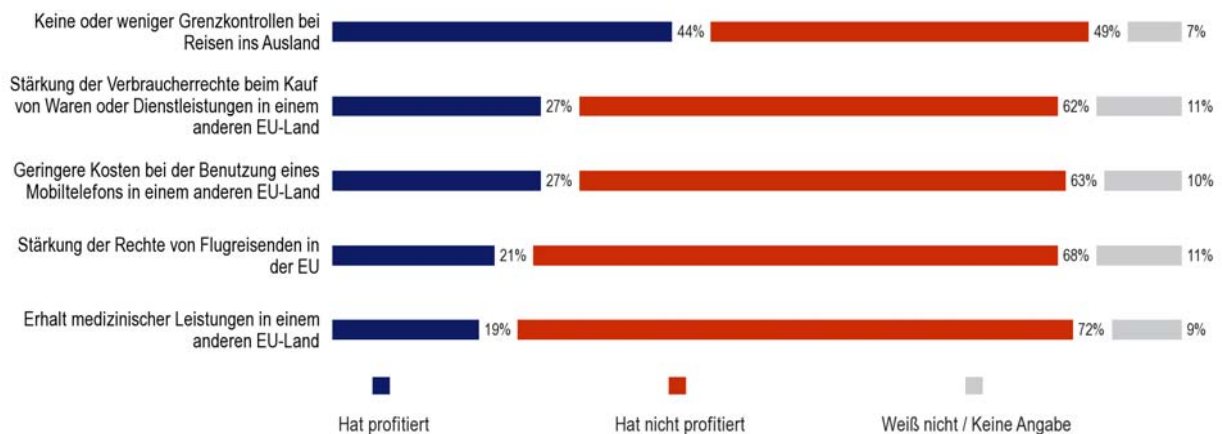
QE4 Haben Sie in den letzten 12 Monaten...
Antwort: Gesamt 'Ja'

	Kontakt zu Menschen aus einem anderen EU-Land gehabt?	Ein anderes EU-Land besucht?	Fernsehsendungen in einer anderen als Ihrer Muttersprache geschaut?	Ein Buch, eine Zeitung oder ein Magazin in einer anderen als Ihrer Muttersprache gelesen?	Das Internet genutzt, um eine Ware oder eine Dienstleistung aus einem anderen EU-Land zu bestellen oder zu erwerben?
EU27	49%	41%	37%	26%	19%
Geschlecht					
 Männlich	51%	44%	40%	28%	23%
Weiblich	46%	38%	34%	25%	15%
Alter					
 15-24	57%	46%	52%	41%	28%
25-39	56%	46%	43%	31%	28%
40-54	51%	43%	37%	25%	19%
55 +	37%	33%	26%	17%	8%
Ausbildung (Ende der)					
 15-	29%	21%	17%	9%	5%
16-19	46%	39%	32%	18%	17%
20+	66%	58%	55%	44%	30%
Studiert noch	64%	53%	61%	54%	31%
Berufliche Situation der Befragten					
 Selbstständige	56%	48%	42%	30%	28%
Leitende Angestellte	74%	68%	54%	48%	36%
Andere Angestellte	54%	50%	39%	28%	25%
Arbeiter	49%	38%	35%	20%	18%
Hausfrauen / -männer	36%	29%	27%	15%	12%
Arbeitslose	42%	29%	34%	22%	15%
Rentner / Pensionäre	34%	29%	25%	15%	6%
Schüler / Studenten	64%	53%	61%	54%	31%
Selbsteinstufung auf der gesellschaftlichen Skala					
Niedrig (1-4)	38%	27%	28%	18%	13%
Mittel (5-6)	48%	40%	36%	25%	18%
Hoch (7-10)	59%	55%	47%	37%	26%

3. VORTEILE DURCH DIE ERRUNGENSCHAFTEN DER EUROPÄISCHEN UNION

Im Rahmen des vorliegenden Eurobarometers erschien es darüber hinaus zweckmäßig, näher zu untersuchen, ob die europäischen Bürger von einer Reihe Errungenschaften der Union persönlich profitieren. Den befragten Personen wurden fünf Errungenschaften zur Auswahl vorgelegt: Keine oder weniger Grenzkontrollen bei Reisen ins Ausland, die Stärkung der Verbraucherrechte beim Kauf von Waren oder Dienstleistungen in einem anderen EU-Land, geringere Kosten bei der Benutzung eines Mobiltelefons in einem anderen EU-Land, der Erhalt medizinischer Leistungen in einem anderen EU-Land und schließlich die Stärkung der Rechte von Flugreisenden in der EU. Von jeder dieser Errungenschaften hat ein Anteil zwischen 19% und 44% der europäischen Bürger persönlich profitiert. Die jeweiligen Anteile an Befragten, die profitiert haben, variieren zwischen mindestens 19% für den Erhalt medizinischer Leistungen im Ausland und höchstens 44% für weniger Grenzkontrollen bei Reisen ins Ausland.

QE5. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Errungenschaften der EU, ob Sie persönlich davon profitiert haben oder nicht.



EU27

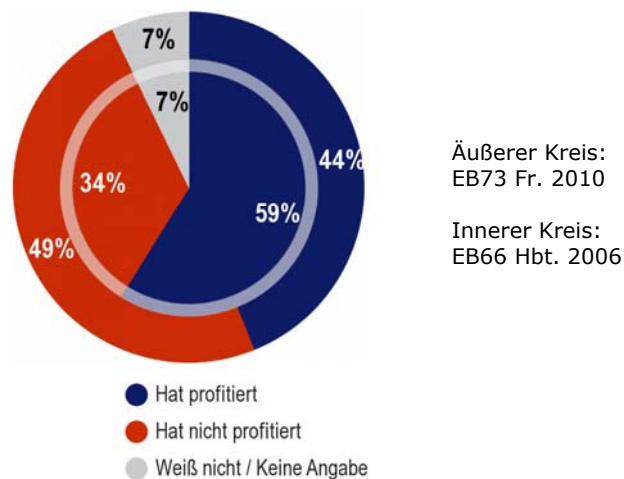
3.1. Keine oder weniger Grenzkontrollen bei Reisen ins Ausland

44% der europäischen Bürger geben an, dass sie von der Verringerung der Grenzkontrollen bei Reisen ins Ausland profitiert hätten, während 49% gegenteiliger Ansicht sind. 7% enthalten sich hierzu einer Meinung.⁵⁹

Diese Option wurde schon einmal im Herbst-Eurobarometer 2006 (EB66) abgefragt. Im Vergleich zur vorherigen Erhebung stellen wir fest, dass die Bürger erheblich seltener das Gefühl haben, von der Verringerung der Grenzkontrollen im Ausland profitiert zu haben. Dieser Rückgang entspricht 15 Punkten. Der Anteil an Befragten, die erklären, nicht davon zu profitiert zu haben, nimmt entsprechend um 15 Punkte zu.

QE5.1. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Errungenschaften der EU, ob Sie persönlich davon profitiert haben oder nicht.

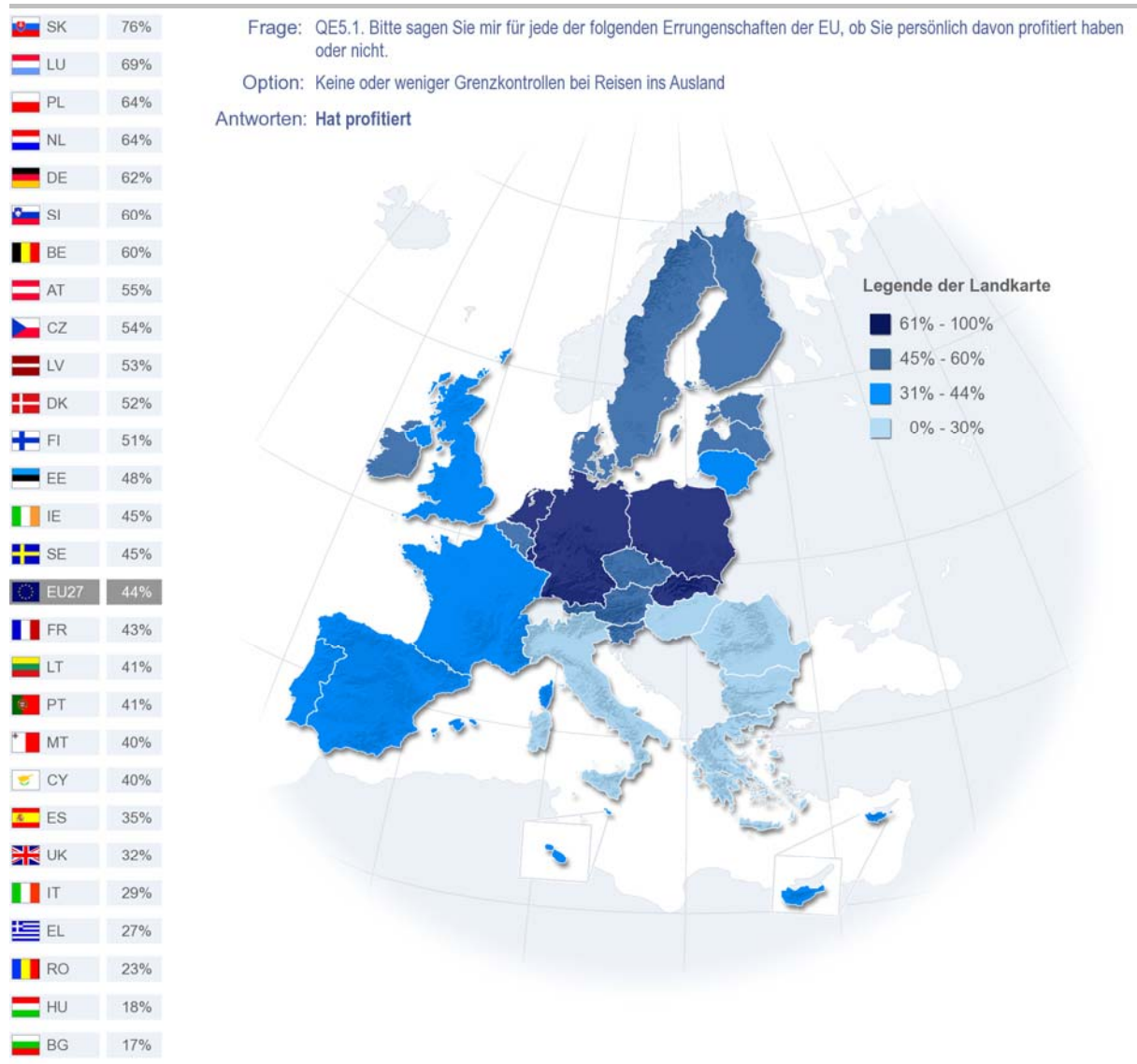
Keine oder weniger Grenzkontrollen bei Reisen ins Ausland



EU

Eine Mehrheit der Befragten in 12 Mitgliedstaaten der Union antwortet, dass sie von dieser Errungenschaft profitiert haben. Dies gilt für die Slowakei (76%), Luxemburg (69%), die Niederlande (64%), Polen (64%), Deutschland (62%), Slowenien (60%), Belgien (60%), Österreich (55%), die Tschechische Republik (54%), Lettland (53%), Dänemark (52%) und Finnland (51%). Die Meinungen in Estland (48% gegenüber 47%) und Litauen (41% gegenüber 41%) sind sehr differenziert. In Ungarn (80%), Bulgarien (68%), Rumänien (66%), Griechenland (66%), Spanien (61%) und im Vereinigten Königreich (60%) stellen wir die höchsten Anteile an Befragten fest, die erklären, nicht von dieser europäischen Errungenschaft profitiert zu haben.

⁵⁹ QE5.1 Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Errungenschaften der EU, ob Sie persönlich davon profitiert haben oder nicht. Keine oder weniger Grenzkontrollen bei Reisen ins Ausland.



Eine Ergebnisanalyse in Abhängigkeit von den soziodemografischen Variablen, zeigt recht deutliche Unterschiede. Die folgenden Anteile an Befragten erklären, dass sie von der Verringerung der Grenzkontrollen profitiert haben: 78% derjenigen, die einen starken und 66%, die einen mittleren Offenheits-Index haben, 61% derjenigen, die ihre Ausbildung auch nach dem 19. Lebensjahr fortgeführt haben und 51% derjenigen, die keine Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen haben. Dies im Vergleich zu nur 31% derjenigen, die einen schwachen Offenheits-Index haben, 25% derjenigen, die zugeben, finanzielle Schwierigkeiten zu haben und 26% derjenigen, die ihre Ausbildung vor dem 16. Lebensjahr abgeschlossen haben. Was das Gefühl der Bürger anbetrifft, von den Errungenschaften der Union profitiert zu haben oder nicht, so finden wir dieselben sozialen Determinanten wieder, die wir schon bei der Frage über die Optionen zur Feststellung des Offenheits-Index der Bürger sowie bezüglich der Sichtweise der Europäischen Union festgestellt haben.

3.2. Stärkung der Verbraucherrechte beim Kauf von Waren oder Dienstleistungen in einem anderen EU-Land als dem eigenen

62% der europäischen Bürger geben an, von dieser Errungenschaft nicht profitiert zu haben, 27% stellen das Gegenteil fest und 11% äußern sich hierzu nicht.⁶⁰

Die Befragten in der Slowakei (68% gegenüber 24%), auf Malta (55% gegenüber 34%), in Polen (53% gegenüber 33%) und Luxemburg (45% gegenüber 42%) sind die Einzigen, die mehrheitlich erklären, sie hätten von dieser Errungenschaft zugunsten der Verbraucherrechte profitiert. Im Umkehrschluss heißt das, dass in 23 Mitgliedstaaten das Gefühl dominiert, nicht profitiert zu haben. In Belgien (48%), der Tschechischen Republik (47%), Irland (49%), Lettland (47%) und Litauen (45%) sind erheblich weniger Befragte der Ansicht profitiert zu haben, als dies für den europäischen Durchschnitt gilt. In Ungarn (87%), Schweden (76%), Frankreich (75%), Spanien (75%), Rumänien (74%) und in Bulgarien (72%) sind die diesbezüglich ermittelten Anteile deutlich höher.

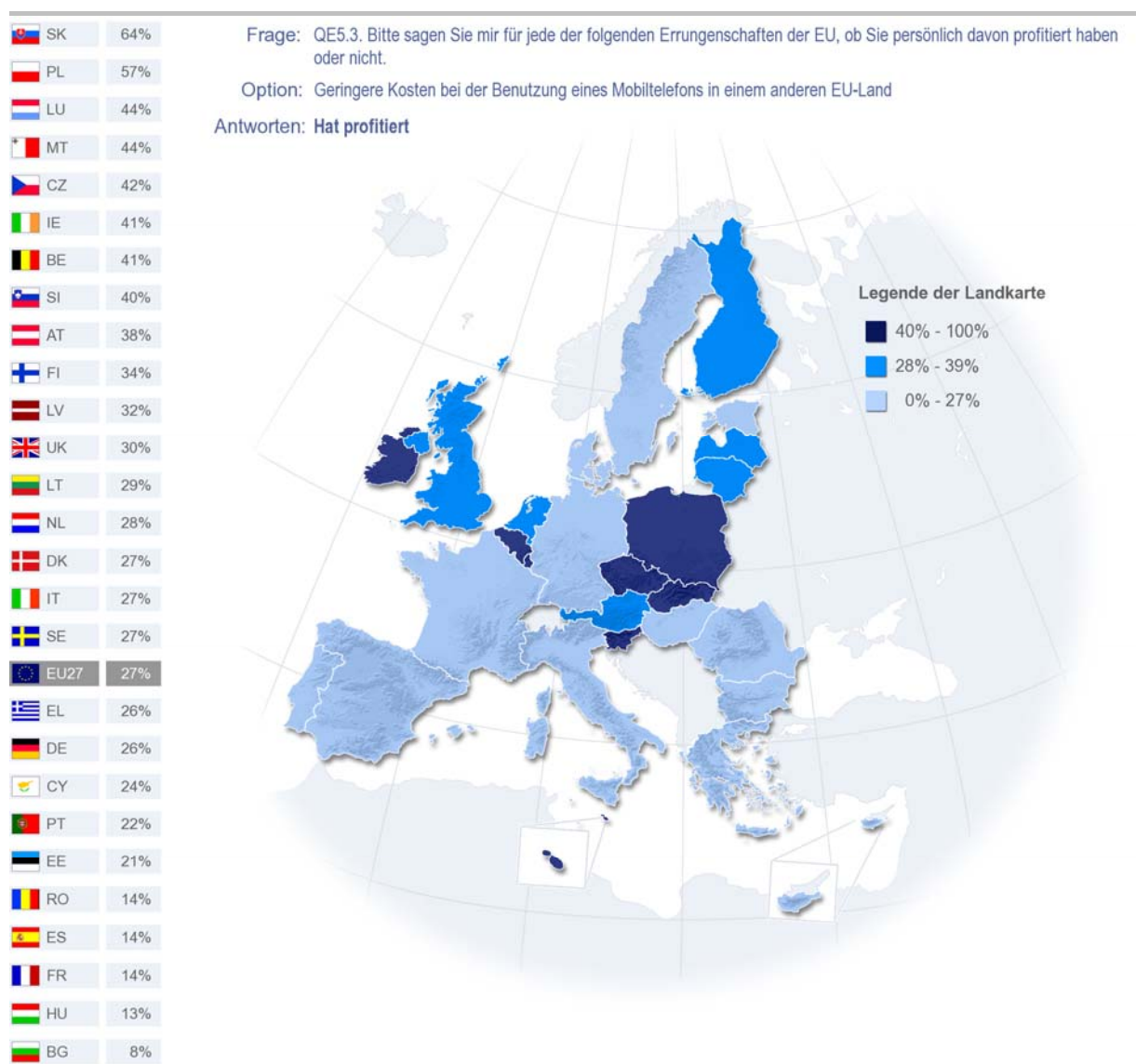
In keiner der Sozialkategorien finden wir eine Mehrheit an Befragten, die angibt, von dieser europäischen Errungenschaft profitiert zu haben. Die jeweiligen Anteile variieren aber erheblich. Den geringsten Anteil (15%) stellen wir für die Befragten fest, die ihre Ausbildung vor dem Alter von 16 Jahren abgeschlossen haben, den höchsten für die Führungskräfte (40%).

⁶⁰ QE5.2 Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Errungenschaften der EU, ob Sie persönlich davon profitiert haben oder nicht. Stärkung der Verbraucherrechte beim Kauf von Waren oder Dienstleistungen in einem anderen EU-Land

3.3. Geringere Kosten bei der Benutzung eines Mobiltelefons in einem anderen EU-Land

63% der europäischen Bürger erklären, von dieser Errungenschaft nicht profitiert zu haben, 27% behaupten das Gegenteil und 10% geben keine Auskunft.⁶¹

Nur in der Slowakei (64% gegenüber 30%), Polen (57% gegenüber 32%) und auf Malta (44% gegenüber 41%) überwiegt das Gefühl der Befragten, von dieser Errungenschaft profitiert zu haben. In allen übrigen Mitgliedstaaten überwiegt das Gefühl, nicht profitiert zu haben. Die höchsten Anteile stellen wir für diese Meinung in Ungarn (85%), Spanien (82%), Frankreich (79%), Rumänien (74%) und Estland (73%) fest.



⁶¹ QE5.3 Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Errungenschaften der EU, ob Sie persönlich davon profitiert haben oder nicht. Geringere Kosten bei der Benutzung eines Mobiltelefons in einem anderen EU-Land

Das Gefühl, nicht von geringeren Kosten bei der Benutzung eines Mobiltelefons in einem anderen EU-Land profitiert zu haben, wird in allen Sozialkategorien von einer Mehrheit der Bevölkerung geteilt. Bei befragten Personen, die sich am oberen Ende der sozialen Hierarchie positionieren (38%, im Vergleich zu 16% derjenigen, die sich am unteren Ende dieser Skala ansiedeln) ist allerdings häufiger das Gefühl anzutreffen, von dieser Errungenschaft profitiert zu haben. Dieses Gefühl ist auch häufiger bei Befragten festzustellen, die ihre Ausbildung auch nach dem 19. Lebensjahr fortgesetzt haben (36%) und bei den Führungskräften (41%). Dies gilt ebenfalls bei einem von zwei Personen (51%), die einen starken Öffnungs-Index haben. Wir schließen daraus, dass dieser Bereich für die Minderheit, die am ehesten davon betroffen ist, eine merkliche Errungenschaft darstellt.

3.4. Erhalt medizinischer Leistungen in einem anderen EU-Land

72% der europäischen Bürger behaupten, nicht von dieser Errungenschaft profitiert zu haben, 19% behaupten das Gegenteil und 9% geben keine Antwort.⁶²

Mit Ausnahme der Slowakei (54% der Befragten erklären, sie hätten profitiert) und Polen (45%), überwiegt in allen Mitgliedstaaten der Union das Gefühl nicht profitiert zu haben. Dieses Ergebnis ist nachvollziehbar, da die Wahrscheinlichkeit im Ausland krank zu sein, nur eine eingeschränkte Anzahl von Personen betrifft. Zweifellos bedeuten die hohen Anteile, die wir in der Slowakei und in Polen feststellen, dass diese Maßnahme in den betreffenden Ländern die bekannteste ist.

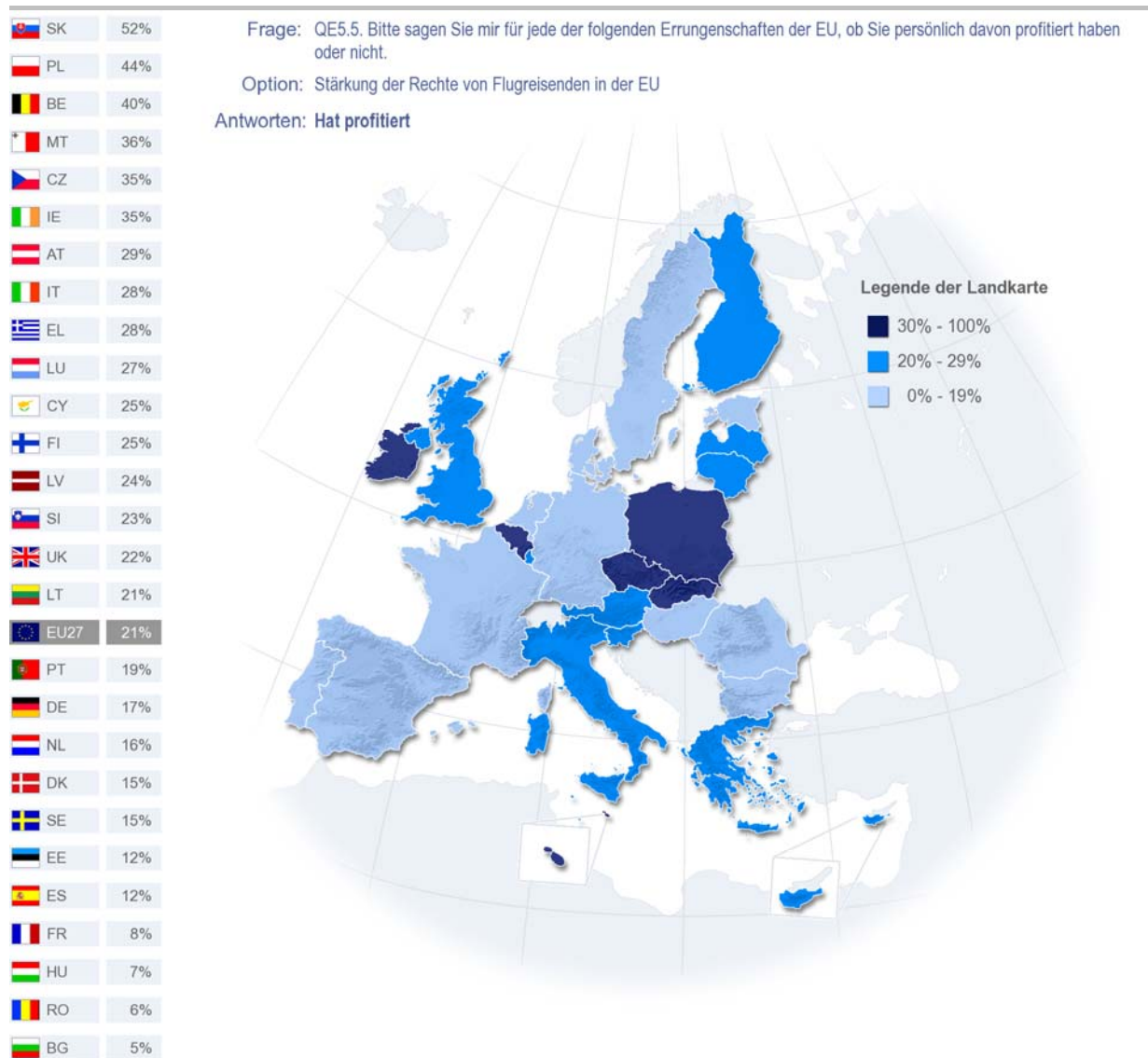
34% der Befragten, die einen starken Offenheits-Index haben, geben an, von dieser Errungenschaft der Union profitiert zu haben.

3.5. Stärkung der Rechte von Flugreisenden in der EU

Nur 21% der europäischen Bürger geben an, sie hätten von dieser Errungenschaft profitiert, 68% behaupten, sie hätten im Gegenteil nicht davon profitiert und 11% äußern sich nicht zu dieser Frage.⁶³ Wiederum sind die Slowaken (52% gegenüber 34%) und die Polen (44% gegenüber 40%) die einzigen Befragten, die mehrheitlich angeben, von dieser Errungenschaft profitiert zu haben. Diese Errungenschaft scheint demgegenüber den Ungarn (91% erklären, sie hätten nicht profitiert), Franzosen (84%), Spaniern (83%), Rumänen (80%), Dänen (80%), Esten (79%), Bulgaren (75%), Schweden (74%) und Finnen (72%) in hohem Maße fremd zu sein.

⁶² QE5.4 Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Errungenschaften der EU, ob Sie persönlich davon profitiert haben oder nicht. Erhalt medizinischer Leistungen in einem anderen EU-Land

⁶³ QE5.5 Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Errungenschaften der EU, ob Sie persönlich davon profitiert haben oder nicht. Stärkung der Rechte von Flugreisenden in der EU







Für eine große Mehrheit der europäischen Bürger ist diese Errungenschaft nicht spürbar. Wir können allerdings feststellen, dass sowohl diese als auch die im bisherigen Text analysierten Errungenschaften der Union in deutlich höherem Maße von denjenigen wahrgenommen werden, die in erster Linie davon betroffen sind, nämlich den Bürgern, die viel reisen: 39% derjenigen, die einen starken Öffnungs-Index haben, geben an, von dieser Maßnahme profitiert zu haben. Dies im Vergleich zu 15% derjenigen, die einen schwachen Offenheits-Index haben.

Europäische Bürger, die anderen als dem eigenen Land offen gegenüberstehen, erklären mit deutlich höherer Wahrscheinlichkeit, dass sie diese Errungenschaften wahrnehmen und als nützlich empfinden. Zur Verdeutlichung listen wir hier folgend die Kategorien der europäischen Bevölkerung auf, die einen starken Offenheits-Index haben (entsprechend 12% der gesamten europäischen Bevölkerung):

- 78% geben an, von der Verringerung der Grenzkontrollen profitiert zu haben
- 50% geben an, von der Stärkung der Verbraucherrechte beim Kauf von Waren oder Dienstleistungen in einem anderen EU-Land profitiert zu haben
- 51% geben an, von den geringeren Kosten bei der Benutzung eines Mobiltelefons in einem anderen EU-Land profitiert zu haben
- 34% geben an, von dem Erhalt medizinischer Leistungen in einem anderen EU-Land profitiert zu haben
- 39% geben an, von der Stärkung der Rechte von Flugreisenden in der EU profitiert zu haben.

QE5 Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Errungenschaften der EU, ob Sie persönlich davon profitiert haben oder nicht. - Antwort: Hat profitiert

	Keine oder weniger Grenzkontrollen bei Reisen ins Ausland	Stärkung der Verbraucherrechte beim Kauf von Waren oder Dienstleistungen in einem anderen EU-Land	Geringere Kosten bei der Benutzung eines Mobiltelefons in einem anderen EU-Land	Stärkung der Rechte von Flugreisenden in der EU	Erhalt medizinischer Leistungen in einem anderen EU-Land
EU27	44%	27%	27%	21%	19%
Geschlecht					
 Männlich	48%	30%	29%	23%	20%
Weiblich	40%	24%	25%	19%	18%
Alter					
 15-24	45%	32%	35%	25%	22%
25-39	48%	33%	32%	25%	21%
40-54	48%	27%	28%	22%	20%
55 +	38%	21%	20%	16%	16%
Ausbildung (Ende der)					
 15-	26%	15%	13%	12%	12%
16-19	42%	27%	26%	20%	19%
20+	61%	34%	36%	27%	23%
Studiert noch	51%	36%	39%	29%	25%
Berufliche Situation der Befragten					
 Selbstständige	53%	32%	36%	31%	26%
Leitende Angestellte	67%	40%	41%	31%	26%
Andere Angestellte	51%	32%	34%	26%	24%
Arbeiter	42%	27%	26%	18%	17%
Hausfrauen / -männer	31%	19%	18%	16%	16%
Arbeitslose	33%	22%	21%	14%	14%
Rentner / Pensionäre	36%	20%	18%	15%	15%
Schüler / Studenten	51%	36%	39%	29%	25%
Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen					
Meistens	25%	16%	15%	13%	12%
Gelegentlich	35%	25%	25%	19%	18%
Nahezu nie	51%	30%	30%	23%	21%
Index Internationale Aufgeschlossenheit					
Niedrig	31%	19%	19%	15%	14%
Durchschnittlich	66%	41%	40%	29%	26%
Hoch	78%	50%	51%	39%	34%

4. DIE BETEILIGUNG DER BÜRGER AN DER GESELLSCHAFT

4.1. Wie lässt sich sicherstellen, dass die eigene Stimme in Europa gehört wird?

Eine breite Mehrheit der europäischen Bürger ist davon überzeugt, dass die eigene Stimme in der Europäischen Union nicht gehört wird⁶⁴. Aus diesem Grunde ist es interessant, die Bürger zu fragen, auf welche Weise ihrer Ansicht nach dafür gesorgt werden kann, dass die eigene Stimme von den Entscheidungsträgern gehört wird.

Ein Anteil von 60% der Nennungen entfallen auf die Antwort «Sich an Wahlen zu beteiligen», womit diese Option klar an der Spitze liegt und alle anderen Antwortmöglichkeiten weit abgeschlagen hinter sich lässt. Die Option «Eine Petition unterschreiben» erreicht mit nur 16% der Stimmen den zweiten Platz vor den Optionen «Einer politischen Partei beitreten» (15%), «An einer Demonstration teilnehmen» (12%), «In Streik treten» (11%), «Einer Gewerkschaft beitreten» (11%), «Mitglied eines Verbraucherverbandes sein» (7%), «Mitglied oder Unterstützer einer Nichtregierungsorganisation sein» (7%) sowie «An Debatten im Internet teilnehmen» (7%). 11% der europäischen Bürger äußern sich nicht zu dieser Frage.⁶⁵

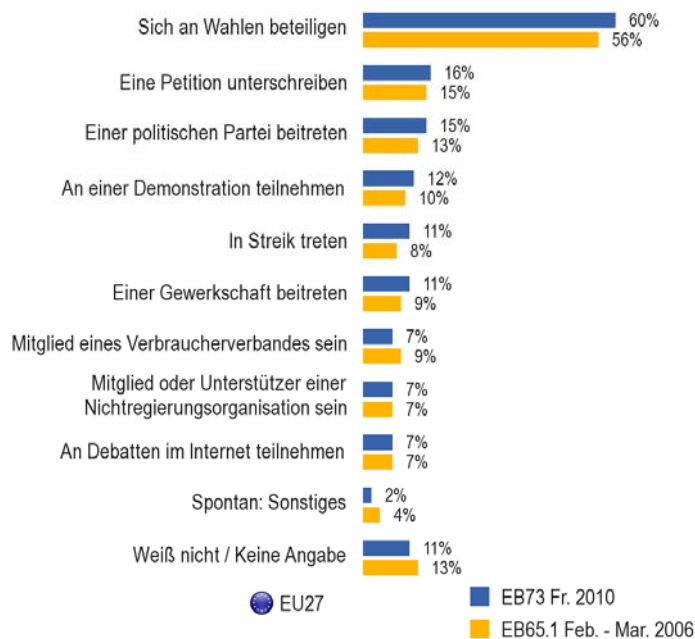
Um zu erreichen, dass die eigene Stimme gehört wird, entscheiden sich die europäischen Bürger in großen Anteilen dafür, sich politisch bei Wahlen zu beteiligen (theoretisch zumindest, da die hohen Anteile von Nichtwählern bei den letzten europäischen Wahlen gezeigt haben, dass derartige Aussagen nicht immer der Realität entsprechen). In der Vorstellung der Europäer stellt das Wahlrecht nach wie vor das wesentlichste und wichtigste demokratische Recht dar, dessen Legitimität sich weiterhin erhöht: Im Vergleich zur letzten diesbezüglichen Erhebung im Frühjahrs-Eurobarometer 2006 (EB65.1) verzeichnen wir einen Zuwachs der Anteile von Befragten, die sich für das Wahlrecht als bestes Mittel aussprechen, um der eigenen Stimme Gehör zu verschaffen, um vier Punkte⁶⁶. Die Anzahl von Befragten, die die Option «In Streik treten» wählen, steigt um drei Punkte, die Anteile für «Einer politischen Partei beitreten», «Einer Gewerkschaft beitreten» sowie «An einer Demonstration teilnehmen» steigen jeweils um zwei Punkte und «Eine Petition unterschreiben» nimmt um einen Punkt zu. Die Anteile befragter Personen, die sich für die Option «An Debatten im Internet teilnehmen» oder «Mitglied oder Unterstützer einer Nichtregierungsorganisation sein» entscheiden, bleiben stabil, während die Nennungen für die Option «Mitglied eines Verbraucherverbandes sein» um zwei Punkte sinken. Gleiches gilt für die Gruppe von Befragten, die keine Meinung äußert.

⁶⁴ Siehe diesbezüglich das Kapitel Die Europäische Union und ihre Bürger, Band I, Teil II, Kapitel 2, Die Demokratie in der Europäischen Union.

⁶⁵ QE8 Welche beiden der folgenden Dinge sind Ihrer Meinung nach am besten geeignet, um sicherzustellen, dass die eigene Stimme von den Entscheidungsträgern gehört wird?

⁶⁶ Spezial-Eurobarometer Nr. 251 : Die Zukunft Europas

QE8. Welche beiden der folgenden Dinge sind Ihrer Meinung nach am besten geeignet, um sicherzustellen, dass die eigene Stimme von den Entscheidungsträgern gehört wird? (ROTIEREN - MAX. 2 NENNUNGEN)



In der Rangliste der Möglichkeiten, wie die Bürger sicherstellen können, dass die eigene Stimme von den Entscheidungsträgern gehört wird, belegt die Beteiligung an Wahlen in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union mit großem Vorsprung den ersten Platz. Die niedrigsten diesbezüglichen Anteile stellen wir in Italien (41%), Litauen (47%), Griechenland (45%) und Lettland (44%) und die höchsten in Dänemark (83%), Schweden (81%), Irland (79%), auf Malta (78%), den Niederlanden (76%) und Frankreich (73%) fest.

Die Option «Eine Petition unterschreiben» wird am häufigsten in Ungarn (24%), der Slowakei (24%) und Slowenien (22%) gewählt.

Bemerkenswert ist die sehr deutliche Unterstützung der Option «Einer politischen Partei beitreten» durch die Befragten in Schweden (45%) und Dänemark (36%).

Innerhalb der EU wählen die Griechen am häufigsten die Option «An einer Demonstration teilnehmen» (24%) und «In Streik treten» (28%). Diese Ergebnisse sind möglicherweise auf die aktuelle Konjunktur und das derzeitige Empowerment zurückzuführen. Auch in Bulgarien liegt der Anteil potentieller „Protestler“ höher als im europäischen Durchschnitt (22% wählen «An einer Demonstration teilnehmen» und 20% entscheiden sich für «In Streik treten»).

Die Beteiligung an Wahlen belegt auch in den Kandidatenländern den ersten Platz auf der Rangliste der Möglichkeiten, wie die Bürger ihrer eigenen Stimme Gehör verschaffen können. Dies gilt für 54% der Nennungen in Kroatien, 60% in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und vor allem für 76% in der Türkei. «In Streik treten» wird in Kroatien (27%) erheblich häufiger gewählt als im europäischen Durchschnitt.

Auf Island schließlich erklärt ein Anteil von 71% der Befragten, dass die Beteiligung an Wahlen die beste Möglichkeit darstellt, um sicherzustellen, dass die eigene Stimme von den Entscheidungsträgern gehört wird.

QE8 Welche beiden der folgenden Dinge sind Ihrer Meinung nach am besten geeignet, um sicherzustellen, dass die eigene Stimme von den Entscheidungsträgern gehört wird? (ROTIEREN - MAX. 2 NENNUNGEN)

	Sich an Wahlen beteiligen	Eine Petition unterschreiben	Einer politischen Partei beitreten	An einer Demonstration teilnehmen	In Streik treten	Einer Gewerkschaft beitreten	Mitglied eines Verbraucherverbandes sein	Mitglied oder Unterstützer einer Nichtregierungsorganisation sein	An Debatten im Internet teilnehmen	Spontan: Sonstiges	WN
EU27	60%	16%	15%	12%	11%	11%	7%	7%	7%	2%	11%
BE	58%	18%	19%	10%	11%	17%	9%	5%	7%	3%	6%
BG	58%	13%	12%	22%	20%	6%	4%	5%	7%	1%	15%
CZ	58%	20%	16%	14%	15%	7%	4%	9%	4%	1%	11%
DK	83%	10%	36%	3%	4%	16%	7%	11%	11%	0%	2%
DE	66%	21%	19%	16%	8%	8%	7%	6%	5%	1%	9%
EE	62%	8%	10%	7%	8%	13%	6%	8%	15%	2%	13%
IE	79%	15%	14%	14%	10%	15%	9%	8%	3%	1%	7%
EL	45%	21%	10%	24%	28%	15%	9%	6%	5%	3%	6%
ES	64%	10%	10%	9%	13%	7%	4%	7%	4%	5%	12%
FR	73%	12%	10%	11%	12%	10%	12%	8%	8%	1%	5%
IT	41%	12%	18%	12%	10%	11%	15%	8%	5%	4%	17%
CY	65%	11%	22%	12%	10%	13%	14%	7%	10%	1%	8%
LV	44%	9%	16%	19%	23%	9%	2%	7%	8%	1%	12%
LT	47%	15%	14%	14%	15%	15%	3%	5%	8%	4%	14%
LU	65%	14%	23%	10%	9%	15%	7%	10%	4%	2%	8%
HU	70%	24%	10%	7%	6%	6%	5%	12%	4%	1%	9%
MT	78%	17%	8%	8%	8%	14%	4%	4%	6%	1%	8%
NL	76%	14%	31%	6%	9%	17%	7%	6%	6%	1%	2%
AT	46%	16%	18%	16%	15%	18%	11%	9%	8%	3%	8%
PL	42%	20%	9%	11%	11%	6%	3%	10%	13%	1%	22%
PT	61%	16%	10%	11%	14%	8%	4%	2%	2%	0%	14%
RO	48%	14%	17%	15%	18%	13%	4%	6%	3%	2%	16%
SI	47%	22%	11%	16%	16%	6%	6%	12%	13%	8%	6%
SK	53%	24%	15%	16%	11%	7%	5%	12%	10%	1%	9%
FI	72%	16%	10%	4%	6%	19%	4%	14%	16%	3%	4%
SE	81%	7%	45%	5%	8%	14%	4%	8%	11%	1%	1%
UK	64%	21%	13%	7%	10%	15%	5%	7%	9%	2%	10%
CY (tcc)	58%	6%	28%	8%	23%	14%	5%	10%	4%	0%	3%
HR	54%	24%	13%	17%	27%	8%	4%	6%	5%	1%	7%
TR	76%	11%	17%	7%	10%	7%	5%	14%	4%	1%	5%
MK	60%	11%	22%	10%	12%	10%	4%	10%	5%	3%	10%
IS	71%	15%	22%	20%	14%	10%	6%	20%	10%	1%	1%
Höchster Prozentsatz per Land							Niedrigster Prozentsatz per Land				
Höchster Prozentsatz per Nennung							Niedrigster Prozentsatz per Nennung				

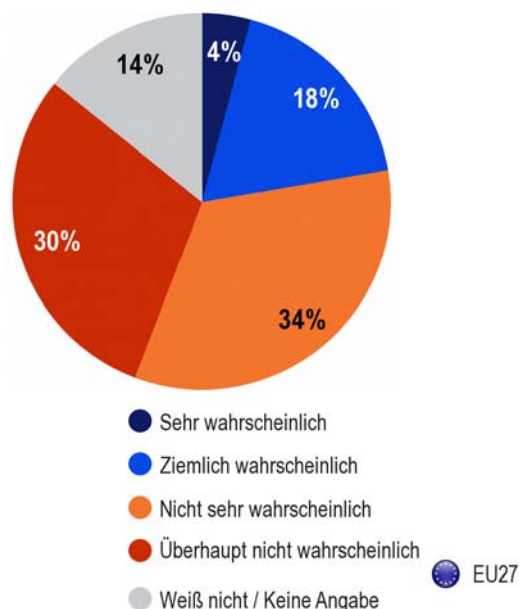
Die soziodemografische Analyse zeigt, dass es zu dieser Frage einen Konsens gibt und die Befragten aus allen sozialen Kategorien vom Wahlrecht als bestem Mittel überzeugt sind. Die Anteile liegen in den oberen Bevölkerungskategorien geringfügig höher, ohne dass es hierbei zu krassen Gegensätzen kommt. 70% der Führungskräfte und 59% der Arbeiter nennen die Beteiligung an Wahlen als bestes Mittel, um sicherzustellen, dass die eigene Stimme von den Entscheidungsträgern gehört wird. Dies gilt auch für 64% derjenigen, die sich in der sozialen Hierarchie oben einordnen und 53%, die sich den unteren Bevölkerungsschichten zuordnen. Schließlich stellen wir zwischen den Befragten, die sich politisch links orientieren (65%) und jenen, die sich der politischen Rechten zugehörig fühlen (62%) eine geringfügige Differenz fest.

4.2. Die Bürgerinitiative

Wie wahrscheinlich ist es, dass die europäische Bürgerinitiative in Anspruch genommen wird?

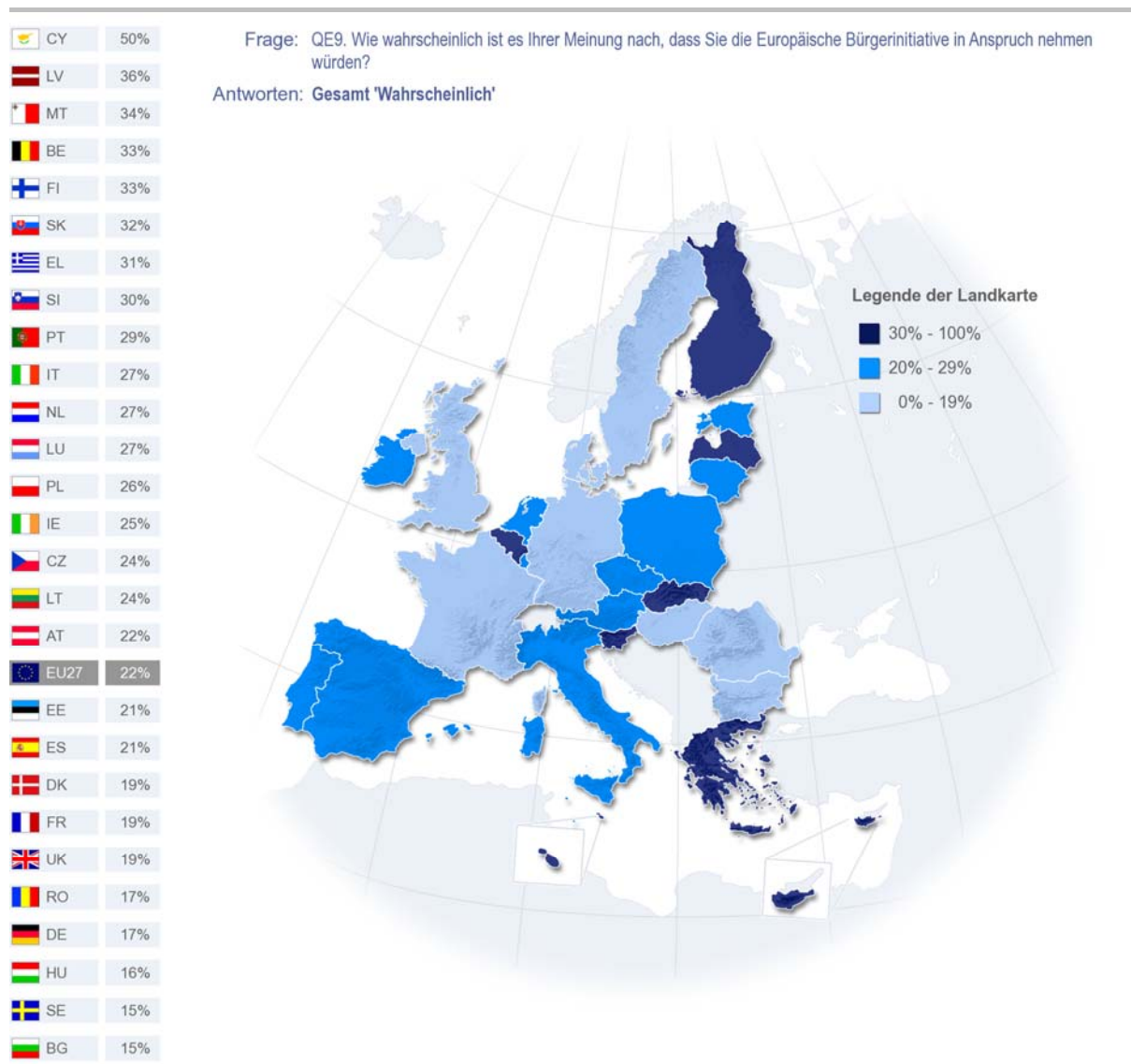
Die Möglichkeit einer Bürgerinitiative, deren Prinzip den Umfrageteilnehmern im Vorfeld erläutert wurde, ist den befragten Personen offenbar derzeit noch unbekannt und überzeugt deshalb nur eine Minderheit der Europäer. Nur 22% der europäischen Bürger geben an, dass sie die Möglichkeit einer Bürgerinitiative in Anspruch nehmen würden (4% «Sehr wahrscheinlich» und 18% «wahrscheinlich») während 64% erklären, diesbezüglich keine Absichten zu verfolgen (34% «Nicht sehr wahrscheinlich» und 30% «Überhaupt nicht wahrscheinlich»). 14% äußern sich hierzu nicht.⁶⁷

QE9. Wie wahrscheinlich ist es Ihrer Meinung nach, dass Sie die Europäische Bürgerinitiative in Anspruch nehmen würden?



Mit Ausnahme von Zypern (hier erklären 50% der Befragten, dass sie dieses Recht wahrscheinlich in Anspruch nehmen würden, im Vergleich zu 36%, die das Gegenteil angeben) und Malta (34% gegenüber 32%, wobei ein hoher Anteil von 34% auf die Befragten entfällt, die sich nicht äußern) erklärt nur eine sehr geringe Minderheit in allen Mitgliedstaaten der Union, dieses Recht in Anspruch nehmen zu wollen. Die Länderergebnisse ihrerseits unterscheiden sich nur geringfügig vom europäischen Durchschnitt.

⁶⁷ QE9. Der Vertrag von Lissabon ist im Dezember 2009 in Kraft getreten. Dieser Vertrag hat die "europäische Bürgerinitiative" ins Leben gerufen. Mit dieser Initiative haben die Bürger die Möglichkeit, die Europäische Kommission zur Vorlage eines Vorschlags in einem Bereich aufzufordern, für den die EU zuständig ist, sofern dies von mindestens einer Million Bürgern unterstützt wird. Wie wahrscheinlich ist es Ihrer Meinung nach, dass Sie die Europäische Bürgerinitiative in Anspruch nehmen würden?



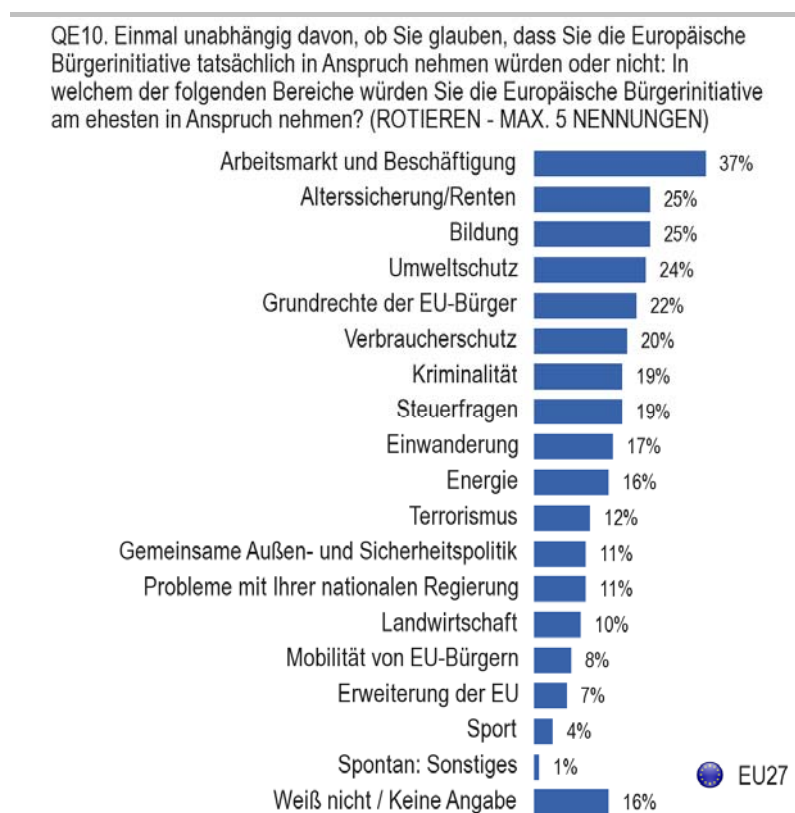
Die Befragten aller sozialen Schichten der europäischen Bevölkerung, die die Möglichkeit in Betracht ziehen, dieses Recht auszuüben, befinden sich deutlich in der Minderheit, auch wenn die Wahrscheinlichkeit in den oberen Bevölkerungsschichten geringfügig höher ausfällt, als im Durchschnitt (28% der Personen, die ihre Ausbildung auch nach dem 19. Lebensjahr weitergeführt haben, 28% der Führungskräfte sowie 28% der Personen, die sich auf der sozialen Leiter oben positionieren).

Bereiche, in denen die europäischen Bürger das Recht auf eine Bürgerinitiative in Anspruch nehmen würden

Für den Fall, dass die Bürger dieses Recht auf eine Bürgerinitiative in Anspruch nehmen würden (unabhängig davon, welche Antwort sie auf die zuletzt gestellte Frage über die Wahrscheinlichkeit gegeben haben, mit der sie das Recht in Anspruch werden würden), wären es vor allem die sozialen, umweltpolitischen oder die Grundrechte der Bürger betreffenden Bereiche.

Mit 37% der Nennungen werden Arbeitsmarkt und Beschäftigung von den europäischen Bürgern klar auf den ersten Platz der Bereiche gewählt, in denen die europäischen Bürger das Recht auf eine Bürgerinitiative am ehesten in Anspruch nehmen würden. Auf den zweiten Platz kommen mit jeweils gleich vielen Nennungen (25%) die Alterssicherung/Renten und die Bildung und liegen damit nur knapp vor dem Umweltschutz (24%) und den Grundrechten der EU-Bürger (22%).

Der Bereich Verbraucherschutz erhält 20% der Nennungen, die Bereiche Steuerfragen und Kriminalität jeweils 19%. Die Einwanderung wird von 17% der Befragten gewählt und der Bereich Energie von 16%. Alle sonstigen Themenbereiche erhalten weniger als 15% der Nennungen (12% für den Terrorismus, 11% für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, 11% für Probleme mit der nationalen Regierung, 10% für die Landwirtschaft, 8% für die Mobilität von EU-Bürgern, 7% für die Erweiterung der EU, 4% für den Sport). 16% schließlich erklären, zu diesem Thema keine Meinung zu haben.⁶⁸



In 24 Mitgliedstaaten der Union wird **das Thema Arbeitsmarkt und Beschäftigung** auf den ersten Platz der Bereiche gewählt, in denen die Bürgerinitiative in Anspruch genommen werden würde. In manchen Mitgliedstaaten sind die Anteile hierfür sehr hoch, z.B. in Spanien (54%), Irland (52%), Bulgarien (49%) und Griechenland (46%), in anderen stellen wir gleich starke Anteile auch für sonstige Bereiche fest, z.B. in Finnland (jeweils 35% der Nennungen für die Arbeit und den Umweltschutz) und in Österreich (jeweils 26% der Nennungen für die Arbeit, die Alterssicherung/Renten und den Umweltschutz).

⁶⁸ QE10. Einmal unabhängig davon, ob Sie glauben, dass Sie die Europäische Bürgerinitiative tatsächlich in Anspruch nehmen würden oder nicht: In welchem der folgenden Bereiche würden Sie die Europäische Bürgerinitiative am ehesten in Anspruch nehmen? (MAXIMAL 5 ANTWORTEN)

Nur in vier Mitgliedstaaten wählen die Befragten diesen Bereich nicht auf den ersten Platz: Dies gilt für Deutschland, hier liegt dieser Bereich nach dem **Respekt für die Grundrechte** (37%) auf dem zweiten Platz (30%), für Dänemark, hier wird nach **Umweltschutz** (38%) und **Bildung** (38%) das Thema Arbeit auf den dritten Platz gewählt (26%), für Schweden, hier liegt dieser Bereich nach **Umweltschutz** (45%) und **Bildung** (35%) auf dem dritten Platz (34%), und für die Niederlande, hier liegt er ebenfalls hinter **Umweltschutz** (33%) und **Bildung** (36%) auf dem dritten Platz (30%).

Bei der Lektüre dieser Ergebnisse können wir feststellen, dass in den nordischen Mitgliedstaaten der **Umweltschutz** am häufigsten gewählt wird (45% in Schweden, 38% in Dänemark und 35% in Finnland).

Der Bereich Bildung erhält die höchsten Anteile auf Zypern (42%), in Dänemark (38%), auf Malta und in den Niederlanden (jeweils 36%).

Wir beobachten einige bemerkenswerte nationale Besonderheiten, wie z.B. eine starke Neigung der Befragten in Österreich, das Bürgerrecht in Fragen der Sicherheit und der Identität in Anspruch nehmen zu wollen: 38% wählen **Kriminalität** und 33% **Einwanderung**. In Deutschland hingegen wird das Bürgerrecht sehr häufig im Zusammenhang mit dem **Respekt für die Grundrechte der EU-Bürger** genannt (37%). Wie schon festgestellt, liegt diese Option hier auf dem ersten Platz der Nennungen.

Im Vereinigten Königreich (31%), in Rumänien (26%) sowie in Irland und auf Malta (jeweils 25%) stellen wir zu dieser Frage besonders hohe Anteile Befragter fest, die keine Antwort geben.

Zu dieser Frage gibt es keine größeren sozialen Differenzen. Das Thema Arbeit und Beschäftigung wird von allen sozialen Kategorien auf die ersten Plätze der Bereiche gewählt, in denen die Bürger vorrangig ihr Recht auf eine Bürgerinitiative ausüben würden. Dieses Thema wird von befragten Personen aus den einfacheren Schichten geringfügig häufiger gewählt, als von jenen aus den oberen Schichten (43% derjenigen, die sich selbst den unteren Bevölkerungsschichten zurechnen, im Vergleich zu 34% derjenigen, die sich den oberen Bevölkerungsschichten zurechnen). Der Umweltschutz seinerseits folgt der entgegengesetzten Logik (29% der Nennungen von Befragten, die sich in der sozialen Hierarchie oben sehen, gegenüber 19% derjenigen, die sich unten sehen).

QE10 Einmal unabhängig davon, ob Sie glauben, dass Sie die Europäische Bürgerinitiative tatsächlich in Anspruch nehmen würden oder nicht: In welchem der folgenden Bereiche würden Sie die Europäische Bürgerinitiative am ehesten in Anspruch nehmen? (ROTIEREN - MAX. 5 NENNUNGEN)

	Arbeitsmarkt und Beschäftigung	Alterssicherung / Renten	Bildung	Umweltschutz	Grundrechte der EU-Bürger	Verbraucherschutz	Steuerfragen	Kriminalität	Einwanderung	Energie	Terrorismus	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	Probleme mit Ihrer nationalen Regierung	Landwirtschaft	Mobilität von EU-Bürgern	Erweiterung der EU	Sport	Spontan: Sonstiges	WN
EU27	37%	25%	25%	24%	22%	20%	19%	19%	17%	16%	12%	11%	11%	10%	8%	7%	4%	1%	16%
BE	38%	32%	27%	28%	19%	22%	24%	24%	22%	26%	13%	10%	12%	9%	10%	9%	7%	1%	5%
BG	49%	29%	25%	23%	19%	29%	17%	20%	8%	17%	7%	11%	5%	17%	15%	4%	5%	1%	20%
CZ	42%	37%	20%	28%	29%	24%	18%	16%	11%	17%	10%	12%	19%	16%	9%	5%	5%	0%	9%
DK	26%	10%	38%	38%	30%	26%	6%	26%	20%	21%	21%	14%	6%	7%	11%	9%	5%	1%	14%
DE	30%	26%	28%	29%	37%	29%	13%	18%	17%	20%	13%	16%	13%	6%	8%	14%	3%	1%	14%
EE	30%	24%	28%	21%	14%	16%	25%	12%	11%	14%	4%	10%	13%	17%	5%	5%	7%	1%	22%
IE	52%	21%	34%	19%	13%	20%	17%	23%	13%	18%	6%	6%	14%	11%	11%	5%	10%	1%	25%
EL	46%	35%	29%	35%	19%	30%	27%	27%	17%	12%	13%	10%	9%	15%	7%	2%	7%	1%	7%
ES	54%	24%	28%	22%	18%	12%	23%	22%	23%	9%	20%	7%	8%	8%	5%	3%	3%	1%	10%
FR	42%	29%	24%	27%	22%	26%	16%	21%	17%	14%	9%	9%	11%	11%	9%	8%	3%	1%	14%
IT	39%	24%	18%	22%	19%	23%	27%	18%	19%	15%	13%	10%	12%	6%	7%	4%	2%	1%	14%
CY	43%	34%	42%	33%	39%	43%	13%	32%	26%	10%	5%	18%	6%	8%	7%	2%	7%	4%	7%
LV	44%	29%	32%	13%	13%	13%	30%	8%	8%	11%	3%	5%	13%	21%	3%	2%	6%	1%	15%
LT	41%	26%	20%	11%	15%	13%	39%	11%	8%	23%	2%	7%	18%	11%	4%	4%	4%	1%	13%
LU	40%	25%	29%	23%	23%	16%	18%	15%	15%	13%	9%	13%	13%	5%	12%	13%	7%	2%	8%
HU	34%	30%	20%	26%	17%	21%	23%	22%	9%	26%	9%	8%	6%	22%	8%	5%	4%	1%	16%
MT	41%	21%	36%	32%	15%	24%	10%	3%	19%	35%	3%	5%	10%	4%	7%	3%	8%	1%	25%
NL	30%	15%	36%	33%	32%	22%	16%	28%	17%	20%	21%	22%	8%	8%	10%	17%	5%	2%	8%
AT	26%	26%	17%	26%	27%	29%	20%	38%	33%	24%	13%	14%	10%	9%	7%	19%	7%	2%	11%
PL	37%	31%	20%	16%	14%	14%	18%	8%	5%	15%	5%	10%	12%	12%	9%	4%	5%	2%	20%
PT	35%	28%	20%	14%	17%	14%	23%	12%	5%	8%	5%	5%	10%	11%	6%	3%	4%	1%	24%
RO	40%	32%	29%	16%	11%	11%	16%	14%	5%	5%	5%	9%	11%	31%	8%	4%	6%	1%	26%
SI	41%	32%	24%	25%	27%	15%	21%	14%	4%	15%	5%	11%	11%	18%	8%	7%	7%	6%	10%
SK	58%	37%	29%	27%	31%	26%	20%	22%	9%	17%	9%	13%	12%	17%	8%	7%	4%	1%	6%
FI	35%	23%	22%	35%	27%	14%	22%	21%	26%	21%	14%	13%	10%	11%	8%	12%	4%	2%	8%
SE	34%	16%	35%	45%	32%	16%	16%	23%	19%	33%	10%	12%	6%	11%	16%	6%	6%	2%	11%
UK	25%	16%	22%	18%	12%	9%	15%	19%	26%	16%	15%	9%	9%	5%	6%	3%	4%	1%	31%

Höchster Prozentsatz per Land

Niedrigster Prozentsatz per Land

Höchster Prozentsatz per Nennung

Niedrigster Prozentsatz per Nennung

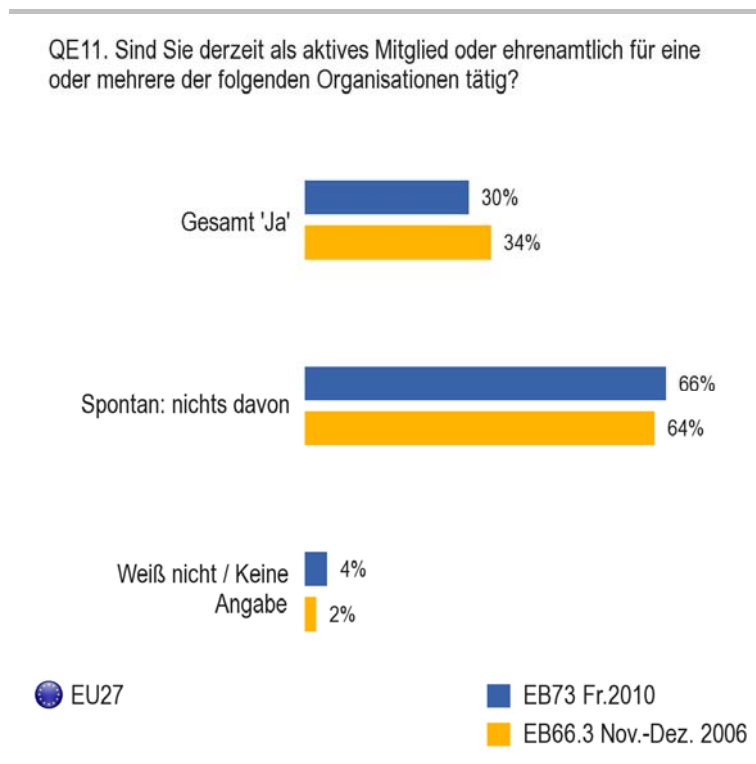
5. DIE EUROPÄISCHEN BÜRGER UND EHRENAMTLICHE TÄTIGKEITEN

5.1. Ehrenamtliche Tätigkeiten der europäischen Bürger

- Drei von zehn Bürgern engagieren sich ehrenamtlich in einer Organisation -

30% der europäischen Bürger geben an, dass sie sich ehrenamtlich in einer assoziativen Organisation engagieren. 66% erklären, dass dies für sie nicht gilt und 4% geben keine Antwort.

Dieser letztgenannte Anteil ähnelt stark demjenigen, den wir anlässlich der letzten diesbezüglichen Erhebung im Herbst-Eurobarometer 2006 gemessen haben⁶⁹: Zu dieser Zeit erklärten 64% der europäischen Bürger, dass sie keine ehrenamtliche Tätigkeit in einer Organisation ausüben würden und 2% gaben hierzu keine Antwort.



Das Engagement der 30% europäischer Bürger, die als aktives Mitglied oder ehrenamtlich für eine Organisation tätig sind, ist recht vielseitig und betrifft alle möglichen Arten von Organisationen. **Die hier folgende Grafik schlüsselt die Antworten der 30% europäischen Bürger auf, die sich ehrenamtlich betätigen:** Mehr als ein Drittel der ehrenamtlich tätigen Europäer engagieren sich in einem Sport- oder Freizeitverein, während 22% sich in eine kulturelle, bildende oder künstlerische Organisation einbringen.

⁶⁹ Standard-Eurobarometer 66, Herbst 2006 : http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb66/eb66_de.pdf

17% der in dieser Form engagierten Bürger betätigen sich ehrenamtlich in einem Wohlfahrtsverband und 16% in einem religiösen Verein. 13% der ehrenamtlich engagierten europäischen Bürger betätigen sich in einer Gewerkschaft.

Alle sonstigen diesbezüglichen Tätigkeiten und Engagements betreffen weniger als 10% der sich ehrenamtlich einbringenden Bevölkerung: 9% engagieren sich in einer Umweltschutzorganisation, 8% volontieren in einer Freizeitorganisation für Ältere, einem Berufsverband oder einer politischen Partei, 7% in anderen Interessengruppen, 6% in einer internationalen Organisation, 5% in einer Organisation zur Verteidigung der Rechte von Patienten oder Behinderten oder einer Verbraucherorganisation.

4% der europäischen Bürger schließlich engagieren sich als aktives Mitglied oder ehrenamtlich für eine Organisation zur Verteidigung der Rechte älterer Menschen.⁷⁰

⁷⁰ QE11. Sind Sie derzeit als aktives Mitglied oder ehrenamtlich für eine oder mehrere der folgenden Organisationen tätig? (MEHRFACHNENNUNGEN MÖGLICH)

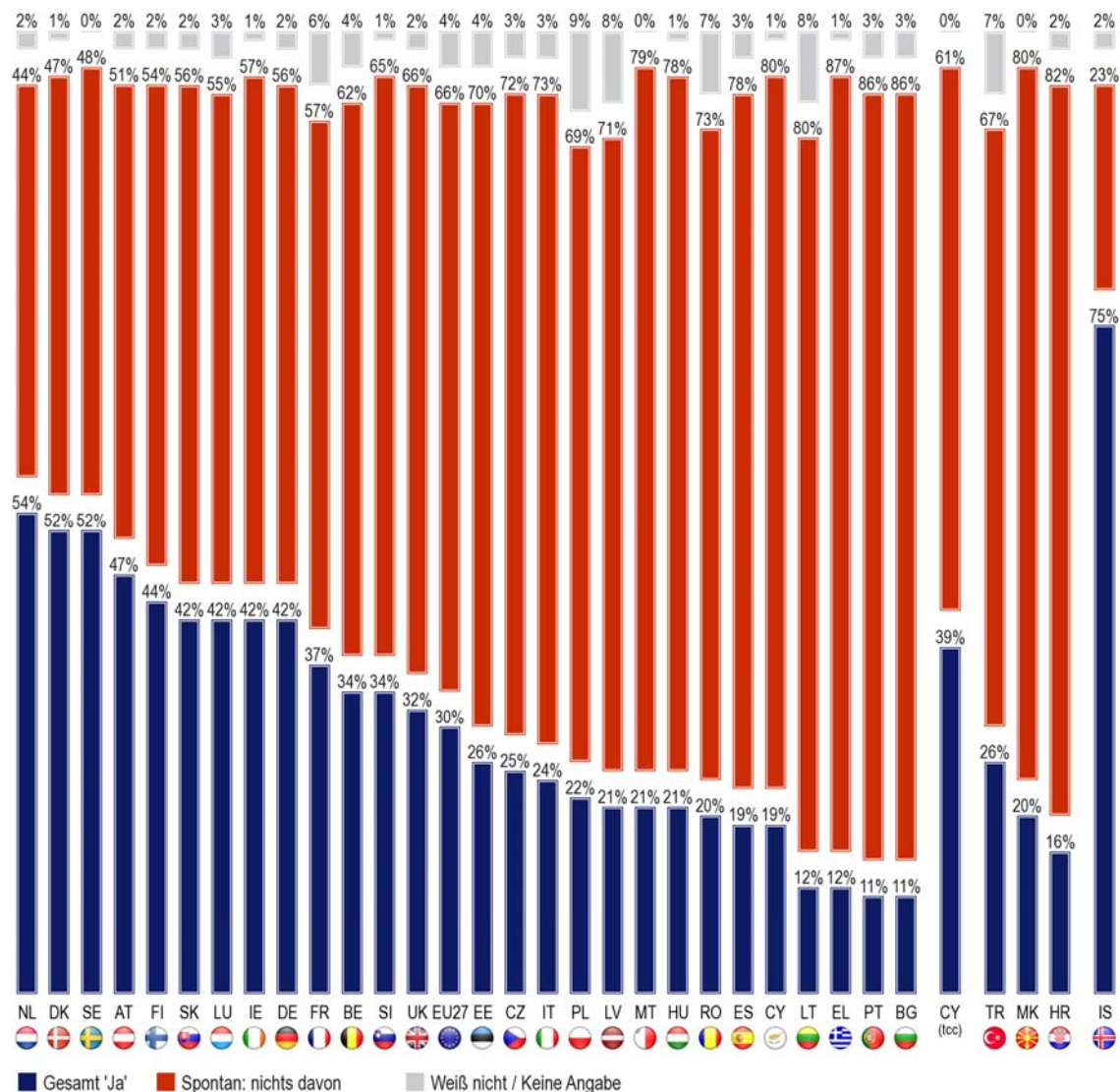
QE11. Sind Sie derzeit als aktives Mitglied oder ehrenamtlich für eine oder mehrere der folgenden Organisationen tätig?



Basis: Befragte, die mindestens eine Organisation genannt haben (30% der gesamten Stichprobe)




In drei Mitgliedstaaten der Union ist eine Mehrheit der Bürger ehrenamtlich tätig: Dies gilt für die Niederlande (54%), Dänemark (52%) und Schweden (52%). Im Gegenteil hierzu engagieren sich die Menschen in Griechenland (87% nehmen nicht an einer ehrenamtlichen Tätigkeit teil), Portugal (86%), Bulgarien (86%), auf Zypern (80%), in Litauen (80%), auf Malta (79%) und in Spanien (78%) am seltensten ehrenamtlich.

QE11. Sind Sie derzeit als aktives Mitglied oder ehrenamtlich für eine oder mehrere der folgenden Organisationen tätig?



Das Engagement variiert in Abhängigkeit vom soziodemografischen Profil der Befragten. Am häufigsten engagieren sich Befragte aus den gut situierten und gut ausgebildeten Schichten: 43% der Befragten, die ihre Ausbildung bis zum Alter von 20 Jahren und darüber hinaus fortgesetzt haben, 46% der Führungskräfte, 40% der Personen, die sich eher oben auf der sozialen Leiter sehen und 45% derjenigen, die ein starkes Interesse an Politik haben, geben an, ehrenamtlich tätig zu sein. Dies im Vergleich zu nur 21% der Personen, die ihre Ausbildung im Alter von 15 Jahren oder früher beendet haben, 28% der Arbeiter, 23% der Personen, die sich selbst unten auf der sozialen Leiter einordnen und 18% derjenigen, die sich nicht für Politik interessieren.

Im Gegensatz hierzu ist das Alter der Befragten kein ausschlaggebender Faktor dafür, ob sie sich ehrenamtlich engagieren: 31% der 15-24-Jährigen, 29% der 25-39-Jährigen, 34% der 40-54-Jährigen und 30% der Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber erklären, ehrenamtlich in einem Verein oder einer Organisation tätig zu sein.

QE11 Sind Sie derzeit als aktives Mitglied oder ehrenamtlich für eine oder mehrere der folgenden Organisationen tätig?			
	Gesamt „ja“	Spontan: nichts davon	Weiß nicht
EU27	30%	66%	4%
Alter			
 15-24	31%	65%	4%
25-39	29%	68%	3%
40-54	34%	63%	3%
55 +	30%	66%	4%
Ausbildung (Ende der)			
 15-	21%	75%	4%
16-19	27%	69%	4%
20+	43%	54%	3%
Studiert noch	36%	61%	3%
Berufliche Situation der Befragten			
 Selbstständige	33%	65%	2%
Leitende Angestellte	46%	50%	4%
Andere Angestellte	35%	63%	2%
Arbeiter	28%	69%	3%
Hausfrauen / -männer	22%	73%	5%
Arbeitslose	19%	77%	4%
Rentner / Pensionäre	29%	66%	5%
Schüler / Studenten	36%	61%	3%
Selbstpositionierung über die soziale Treppe			
Niedrig (1-4)	23%	73%	4%
Mittel (5-6)	31%	66%	3%
Hoch (7-10)	40%	57%	3%
Index Politisches Interesse			
Hoch	45%	53%	2%
Durchschnittlich	34%	63%	3%
Niedrig	28%	68%	4%
Gar nicht	18%	78%	4%

5.2. Bereiche, in denen ehrenamtliche Tätigkeiten eine wichtige Rolle spielen

- Die europäischen Bürger sind der Ansicht, dass ehrenamtliche Tätigkeiten im sozialen Bereich eine besonders wichtige Rolle spielen -

Auf die Frage, in welchen Bereichen ehrenamtliche Tätigkeiten eine besonders wichtige Rolle spielen, wählen die europäischen Bürger auf die ersten drei Plätze die Bereiche Solidarität und humanitäre Hilfe (34%), Gesundheitswesen (24%) sowie soziale Integration benachteiligter Bürger (20%) und – mit einem gleich hohen Anteil – Schutz der Menschenrechte (20%). Solidarität und Humanismus sind mithin die wichtigsten Werte, in denen nach Ansicht der europäischen Bürger ehrenamtliche Arbeit eine besondere Rolle spielt.

Als nächsten Bereich, in dem ehrenamtliche Arbeit eine wichtige Rolle spielt, nennen 18% der Befragten den Umweltschutz, 16% wählen den Sport, 14% Bildung und Ausbildung, 13% aktives Altern, 11% Kultur und 10% Arbeitsmarkt und Beschäftigung. Der Dialog zwischen den Generationen (8%), Verbraucherschutz (7%), interkultureller und interreligiöser Dialog (7%), demokratisches Leben (7%) sowie Schaffung einer europäischen Identität (2%) erhalten jeweils weniger als 10% der Nennungen. 7% der europäischen Bürger erklären schließlich, dass ehrenamtliche Arbeit in keiner der genannten Bereiche eine wichtige Rolle spielt und 6% äußern zu diesem Thema keine Meinung.⁷¹

QE12. In welchen der folgenden Bereiche spielt Ihrer Meinung nach ehrenamtliche Arbeit eine wichtige Rolle? (ROTIEREN - MAX. 3 NENNUNGEN)



⁷¹ QE12. In welchen der folgenden Bereiche spielt Ihrer Meinung nach ehrenamtliche Arbeit eine wichtige Rolle? (ROTATION - MAX. 3 ANTWORTEN)

Die Bedeutung der ehrenamtlichen Arbeit in den Bereichen **Solidarität und humanitäre Hilfe** findet besonders viele Unterstützer auf Zypern (68%), in Slowenien (56%), Schweden (54%), Spanien (54%), Frankreich (47%), Portugal (45%) und der Tschechischen Republik (44%).

Die Befragten in den Niederlanden (44%), Litauen (31%) und Italien (30%) erklären am häufigsten, dass ehrenamtliche Arbeit wichtig für das **Gesundheitswesen** ist.

Auf den ersten Platz der Bereiche, in denen ihrer Meinung nach ehrenamtliche Tätigkeit eine wichtige Rolle spielt, wählen die Befragten in Finnland das Thema **Soziale Integration benachteiligter Bürger** (31%). Was die Höhe des Anteils anbelangt, werden sie hierin noch von den Befragten in Dänemark übertroffen (32%), die diesen Bereich auf den dritten Platz wählen.

Der **Umweltschutz** wird in Griechenland (46%) und Estland (29%) auf den ersten Platz derjenigen Bereiche gewählt, in denen nach Ansicht der Bürger ehrenamtliche Tätigkeit eine wichtige Rolle spielt.

In Dänemark (49%) und Irland (24%) wählen die Befragten den **Sport** auf den ersten Platz der Bereiche, in denen nach Ansicht der Befragten ehrenamtliche Arbeit eine große Rolle spielt.

Die befragten Personen im Vereinigten Königreich schließlich unterscheiden sich vom Rest der sonstigen europäischen Bevölkerung dadurch, dass nur hier und noch dazu mit dem höchsten Anteil (23%) die Bürger das Thema **Bildung und Ausbildung** auf den ersten Platz der Bereiche wählen, in denen ehrenamtliche Tätigkeit von großer Bedeutung ist.

QE12 In welchen der folgenden Bereiche spielt Ihrer Meinung nach ehrenamtliche Arbeit eine wichtige Rolle?
(ROTIEREN - MAX. 3 NENNUNGEN)

	Solidarität und humanitäre Hilfe	Gesundheitswesen	Soziale Integration benachteiligter Bürger	Schutz der Menschenrechte	Umweltschutz	Sport	Bildung und Ausbildung	Aktives Altern	Kultur	Arbeitsmarkt und Beschäftigung	Dialog zwischen den Generationen	Demokratisches Leben	Interkultureller und interreligiöser Dialog	Verbraucherschutz	Schaffung einer europäischen Identität	Spontan: nichts davon	Spontan: Sonstiges	WN
EU27	34%	24%	20%	20%	18%	16%	14%	13%	11%	10%	8%	7%	7%	7%	2%	7%	1%	6%
BE	33%	24%	19%	16%	18%	18%	19%	23%	15%	13%	8%	7%	7%	7%	2%	3%	2%	2%
BG	32%	12%	26%	23%	16%	6%	8%	13%	4%	14%	16%	10%	6%	13%	5%	8%	0%	15%
CZ	44%	24%	24%	24%	24%	15%	9%	16%	9%	13%	4%	7%	3%	12%	1%	3%	0%	3%
DK	34%	13%	32%	16%	18%	49%	6%	25%	19%	5%	12%	17%	21%	3%	1%	0%	0%	2%
DE	34%	27%	26%	18%	24%	32%	15%	14%	16%	7%	14%	8%	8%	7%	2%	3%	0%	3%
EE	26%	17%	20%	13%	29%	11%	19%	9%	17%	10%	10%	4%	9%	6%	1%	4%	1%	13%
IE	11%	15%	12%	12%	8%	24%	16%	19%	9%	12%	1%	6%	3%	2%	2%	28%	1%	6%
EL	37%	22%	13%	27%	46%	25%	8%	1%	26%	11%	2%	5%	2%	14%	2%	4%	0%	1%
ES	54%	18%	28%	29%	16%	4%	11%	7%	8%	11%	2%	3%	4%	3%	1%	2%	0%	3%
FR	47%	14%	16%	19%	17%	24%	18%	20%	14%	12%	8%	8%	6%	12%	1%	2%	0%	4%
IT	37%	30%	23%	28%	13%	2%	9%	11%	6%	8%	6%	6%	8%	10%	4%	7%	1%	6%
CY	68%	15%	18%	40%	21%	9%	15%	22%	11%	10%	14%	9%	5%	10%	1%	0%	1%	1%
LV	20%	27%	12%	12%	19%	10%	17%	4%	13%	12%	7%	4%	4%	6%	1%	11%	1%	10%
LT	22%	31%	12%	18%	16%	6%	9%	7%	13%	12%	7%	7%	6%	6%	1%	7%	2%	11%
LU	44%	15%	25%	18%	16%	18%	19%	19%	15%	10%	9%	8%	11%	7%	3%	5%	1%	7%
HU	32%	26%	24%	22%	25%	9%	10%	4%	10%	10%	8%	10%	9%	8%	3%	11%	0%	4%
MT	35%	27%	24%	16%	20%	14%	19%	30%	9%	9%	4%	8%	7%	8%	1%	3%	0%	8%
NL	28%	44%	24%	15%	11%	35%	18%	24%	17%	4%	10%	4%	10%	3%	0%	3%	1%	2%
AT	26%	25%	23%	24%	20%	16%	18%	16%	10%	13%	15%	9%	8%	13%	4%	6%	2%	2%
PL	25%	36%	9%	18%	13%	6%	14%	17%	8%	6%	6%	5%	6%	5%	2%	11%	0%	14%
PT	45%	29%	22%	17%	5%	3%	8%	17%	4%	7%	2%	3%	4%	5%	1%	6%	0%	12%
RO	34%	22%	11%	14%	16%	3%	13%	5%	4%	15%	12%	10%	6%	4%	3%	4%	0%	21%
SI	56%	10%	21%	15%	21%	18%	9%	12%	18%	11%	18%	4%	11%	3%	3%	3%	2%	1%
SK	39%	22%	17%	24%	27%	16%	7%	9%	15%	14%	9%	7%	10%	10%	5%	2%	0%	5%
FI	27%	24%	31%	27%	21%	24%	9%	13%	12%	14%	11%	11%	10%	3%	1%	2%	1%	2%
SE	54%	23%	24%	34%	25%	22%	10%	9%	15%	7%	14%	19%	8%	2%	1%	1%	1%	2%
UK	8%	21%	15%	12%	19%	18%	23%	11%	6%	10%	6%	4%	7%	2%	1%	22%	1%	7%
CY (tcc)	23%	15%	7%	30%	23%	12%	24%	8%	11%	9%	13%	19%	10%	4%	4%	7%	0%	7%
HR	50%	16%	25%	26%	13%	4%	11%	9%	4%	18%	6%	12%	4%	10%	1%	6%	0%	6%
TR	28%	14%	13%	14%	9%	2%	30%	5%	5%	7%	6%	23%	8%	6%	5%	16%	1%	10%
MK	39%	16%	9%	20%	11%	6%	14%	5%	6%	27%	6%	15%	5%	3%	5%	12%	0%	8%
IS	29%	23%	32%	38%	23%	32%	15%	20%	15%	5%	7%	13%	13%	8%	2%	0%	1%	2%
Höchster Prozentsatz per Land										Niedrigster Prozentsatz per Land								
Höchster Prozentsatz per Nennung										Niedrigster Prozentsatz per Nennung								

IV. EUROPA 2020

1. WIE WICHTIG SIND DIE INITIATIVEN DER EUROPÄISCHEN UNION IM RAHMEN VON "EUROPA 2020"?

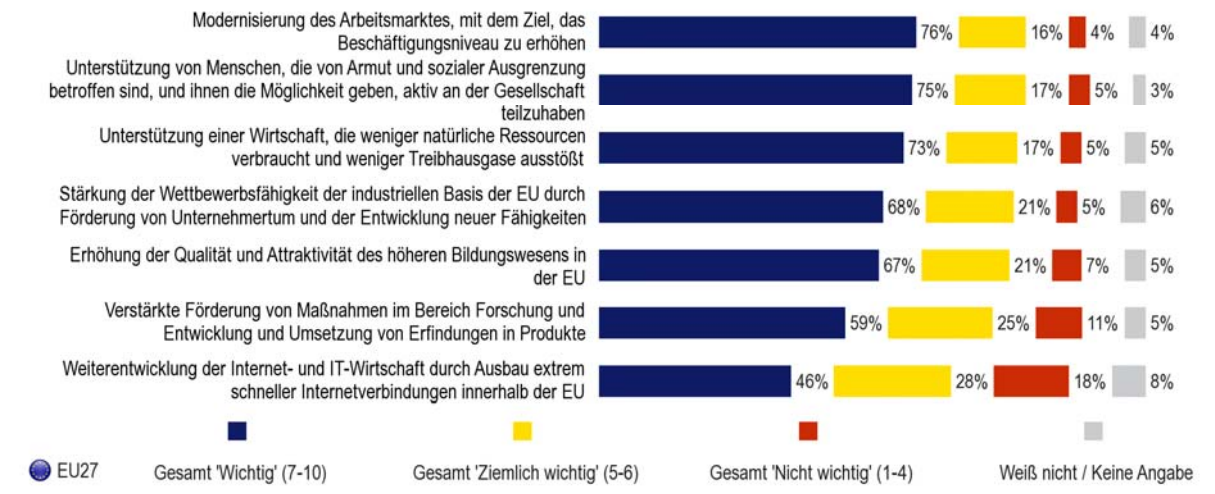
Wir haben die europäischen Bürger gebeten, sich bezüglich der Bedeutung einer Reihe von Initiativen zu äußern, die unternommen werden sollten, um die Europäische Union für die Zeit bis 2020 zu rüsten und einen Ausweg aus der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise zu finden. Für jede der sieben vorgeschlagenen Initiativen sollten die Befragten eine Bewertung von 1 bis 10 vergeben, wobei '1' bedeutet, dass sie diese Initiative für "überhaupt nicht wichtig" halten und '10', dass sie diese für "sehr wichtig" halten. Die Bewertungen von 7 bis 10 (wichtig), 5 bis 6 (mäßig wichtig) und 1 bis 4 (überhaupt nicht wichtig) wurden in einem nächsten Schritt zusammengefasst, um eine Rangfolge der Initiativen aufstellen zu können⁷². Eine absolute Mehrheit der europäischen Bevölkerung bewertet insgesamt sechs der sieben untersuchten Initiativen als wichtig, für die Bedeutung der siebten spricht sich eine relative Mehrheit aus. Dies bestätigt die Forderung der Bürger, alles zu tun, um die Krise zu bekämpfen.

Ganz oben in der Rangfolge der Initiativen, die nach Ansicht der europäischen Bürger in den kommenden Jahren vorrangig ergriffen werden sollten, finden wir Maßnahmen aus dem sozialen (Arbeitsmarkt, Unterstützung der Ärmsten) und umweltpolitischen Bereich (Unterstützung einer Wirtschaft, die weniger natürliche Ressourcen verbraucht und weniger Treibhausgase ausstößt). Nahezu drei Viertel der europäischen Bürger sind davon überzeugt, dass es wichtig ist, folgende Maßnahmen zur ergreifen: «Modernisierung des Arbeitsmarktes, mit dem Ziel, das Beschäftigungsniveau zu erhöhen» (76%), «Unterstützung von Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, und ihnen die Möglichkeit geben, aktiv an der Gesellschaft teilzuhaben» (75%) und «Unterstützung einer Wirtschaft, die weniger natürliche Ressourcen verbraucht und weniger Treibhausgase ausstößt» (73%).

Die Initiativen «Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der industriellen Basis der EU durch Förderung von Unternehmertum und der Entwicklung neuer Fähigkeiten» und «Erhöhung der Qualität und Attraktivität des höheren Bildungswesens in der EU» erhalten 68% bzw. 67% der Nennungen. Die Initiativen «Verstärkte Förderung von Maßnahmen im Bereich Forschung und Entwicklung und Umsetzung von Erfindungen in Produkte», mit 59% der Stimmen, sowie «Weiterentwicklung der Internet- und IT- Wirtschaft durch Ausbau extrem schneller Internetverbindungen innerhalb der EU» mit 46% der Anteile, schließen die Liste ab.

⁷² QC1. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Initiativen, für wie wichtig oder unwichtig Sie diese halten, damit die Europäische Union aus der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise herauskommt und für das nächste Jahrzehnt gerüstet ist. Nutzen Sie dafür bitte eine Skala von 1 bis 10, wobei '1' bedeutet, dass Sie diese Initiative für "überhaupt nicht wichtig" halten und '10', dass diese Ihrer Meinung nach "sehr wichtig" ist.

QC1. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Initiativen, für wie wichtig oder unwichtig Sie diese halten, damit die Europäische Union aus der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise herauskommt und für das nächste Jahrzehnt gerüstet ist. Nutzen Sie dafür bitte eine Skala von 1 bis 10, wobei '1' bedeutet, dass Sie diese Initiative für "überhaupt nicht wichtig" halten und '10', dass diese Ihrer Meinung nach "sehr wichtig" ist.

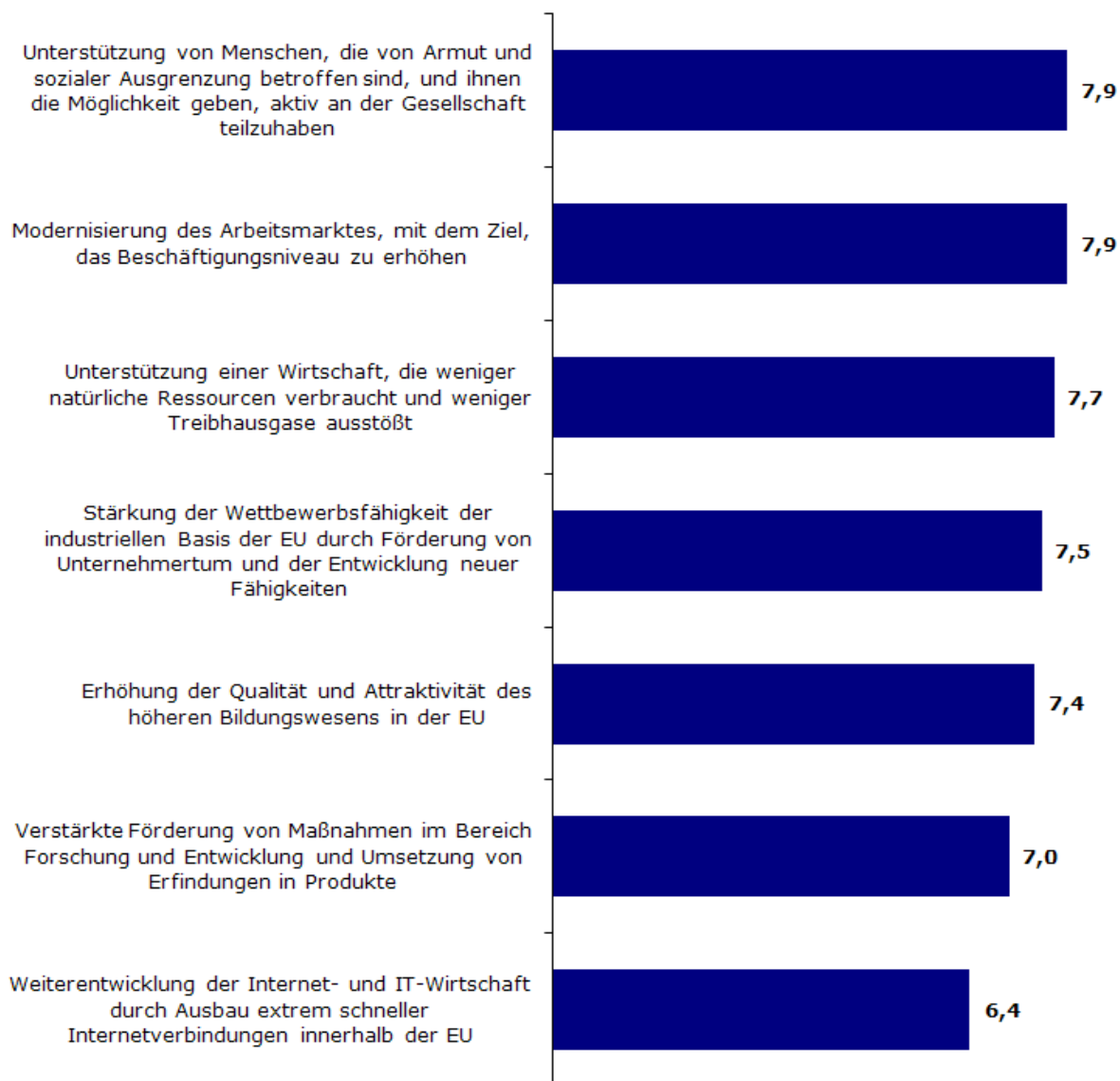


Die im bisherigen Text beschriebene Rangfolge bestätigt sich bei der Auswertung der Durchschnittswerte⁷³, die wir zu jeder der Initiativen ermitteln. Gezielte Arbeitsmarktpolitik, der Kampf gegen soziale Ausgrenzung und die Unterstützung eines umweltgerechten Wachstums erhalten die höchsten Durchschnittswerte und werden somit von den europäischen Bürgern als diejenigen Initiativen angesehen, die vorrangig in die Tat umgesetzt werden sollten, um einen Ausweg aus der Wirtschafts- und Finanzkrise zu finden. **Von dieser Rangfolge einmal abgesehen, sollte auch berücksichtigt werden, dass alle untersuchten Initiativen hohe Werte erhalten (die Durchschnittswerte belaufen sich auf 6,4 bis 7,9 bei einem Maximalwert von 10).**

⁷³ Durchschnitt der Anteile auf der Wichtigkeits-Skala von 1 bis 10.

QC1 Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Initiativen, für wie wichtig oder unwichtig Sie diese halten, damit die Europäische Union aus der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise herauskommt und für das nächste Jahrzehnt gerüstet ist. Nutzen Sie dafür bitte eine Skala von 1 bis 10, wobei '1' bedeutet, dass Sie diese Initiative für "überhaupt nicht wichtig" halten und '10', dass diese Ihrer Meinung nach "sehr wichtig" ist.

Durchschnitt - EU



Bevor wir auf Länderebene auf die Einzelergebnisse für die Initiativen eingehen, weisen wir schon jetzt auf einige generelle Tendenzen hin: Auf Zypern, in der Slowakei und in Griechenland stellen wir besonders hohe Anteile von Befragten fest, die die vorgeschlagenen verschiedenen Initiativen für wichtig halten. Für mehr als die Hälfte der untersuchten Initiativen (fünf von sieben auf Zypern und der Slowakei, vier von sieben in Griechenland) verzeichnen wir in diesen drei Mitgliedstaaten die positivsten Werte. Demgegenüber zeigen sich die Franzosen (für sechs von sieben Initiativen verzeichnen wir in diesem Land die drei niedrigsten Anteile für die Antwort «wichtig»), die Luxemburger (für fünf von sieben) und die Briten (für vier von sieben) am wenigsten von der Bedeutung dieser Initiativen überzeugt.

QC1 Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Initiativen, für wie wichtig oder unwichtig Sie diese halten, damit die Europäische Union aus der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise herauskommt und für das nächste Jahrzehnt gerüstet ist. Nutzen Sie dafür bitte eine Skala von 1 bis 10, wobei '1' bedeutet, dass Sie diese Initiative für "überhaupt nicht wichtig" halten und '10', dass diese Ihrer Meinung nach "sehr wichtig" ist. - Durchschnitt

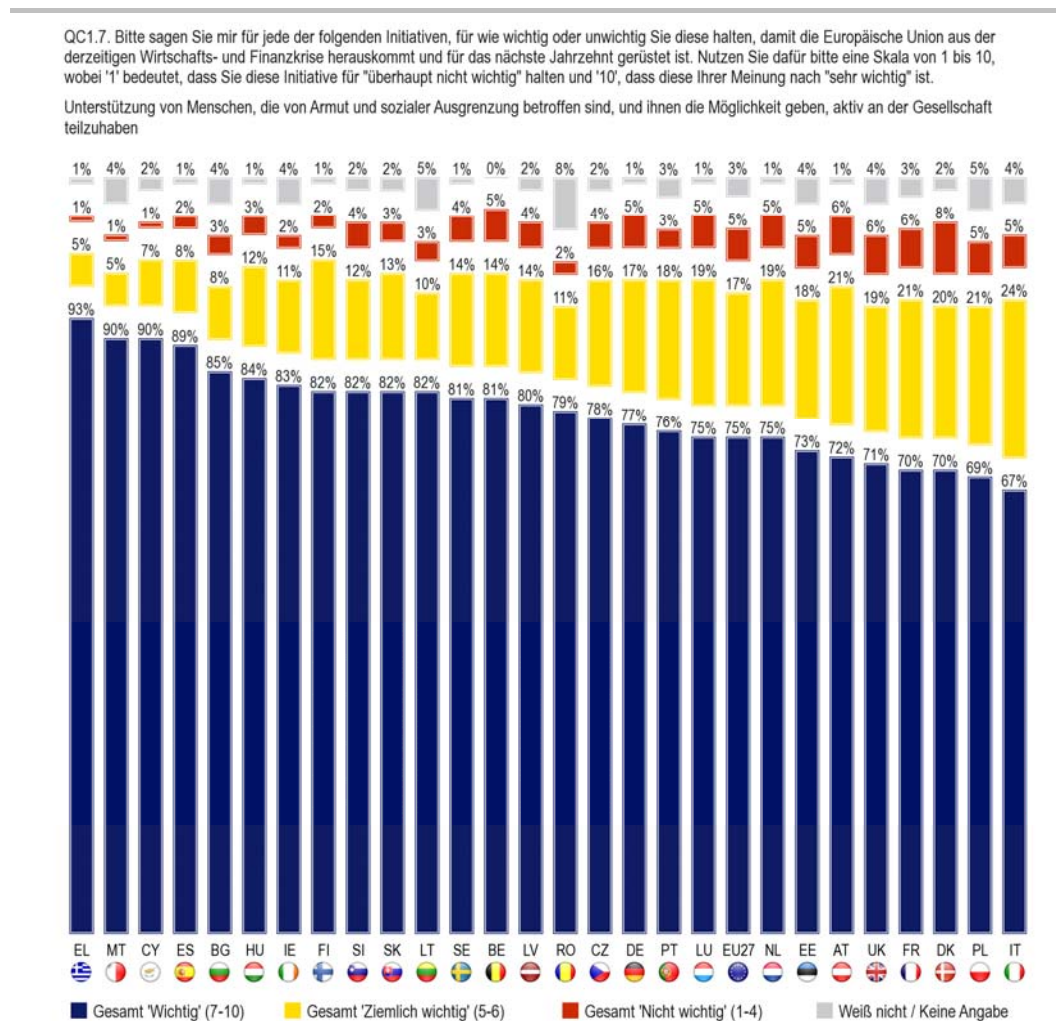
	Modernisierung des Arbeits- marktes, mit dem Ziel, das Beschäftigungs- niveau zu erhöhen	Unterstützung von Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, und ihnen die Möglichkeit geben, aktiv an der Gesellschaft teilzuhaben	Unterstützung einer Wirtschaft, die weniger natürliche Ressourcen verbraucht und weniger Treibhausgase ausstößt	Stärkung der Wettbewerbs- fähigkeit der industriellen Basis der EU durch Förderung von Unternehmertum und der Entwicklung neuer Fähigkeiten	Erhöhung der Qualität und Attraktivität des höheren Bildungs- wesens in der EU	Verstärkte Förderung von Maßnahmen im Bereich Forschung und Entwicklung und Umsetzung von Erfindungen in Produkte	Weiter- entwicklung der Internet- und IT- Wirtschaft durch Ausbau extrem schneller Internet- verbindungen innerhalb der EU
EU27	7,9	7,9	7,7	7,5	7,4	7,0	6,4
BE	7,6	7,8	7,5	7,2	7,1	6,7	6,0
BG	9,0	8,8	8,7	8,7	7,9	7,8	7,6
CZ	8,7	7,9	8,0	8,1	7,6	7,5	6,6
DK	7,6	7,4	7,6	7,4	8,0	7,5	5,7
DE	8,2	8,0	8,2	7,5	8,3	7,6	6,6
EE	8,1	8,0	8,0	8,1	7,7	7,1	6,9
IE	8,4	8,4	7,7	8,2	7,8	7,8	7,6
EL	8,6	8,9	8,4	7,9	8,1	7,6	7,4
ES	8,5	8,6	8,2	8,0	8,2	7,6	6,8
FR	7,2	7,5	7,4	6,9	6,6	6,0	5,2
IT	7,3	7,2	7,2	7,3	6,9	6,7	6,6
CY	8,9	9,0	8,6	8,4	8,4	6,9	7,4
LV	8,4	8,3	7,3	7,9	7,4	7,1	6,4
LT	8,4	8,4	8,4	8,4	7,9	7,5	7,1
LU	7,2	7,8	7,1	6,9	7,0	6,1	5,5
HU	8,5	8,5	8,5	8,3	7,6	7,6	6,8
MT	8,8	9,0	8,8	8,3	8,8	7,7	7,6
NL	7,2	7,4	7,2	7,0	7,1	6,6	5,8
AT	7,8	7,6	7,8	7,1	7,6	7,2	6,4
PL	8,0	7,8	7,7	7,5	7,2	6,8	7,0
PT	7,8	7,8	7,4	7,5	7,4	7,1	6,8
RO	8,8	8,6	8,2	8,2	8,0	7,6	7,1
SI	8,8	8,5	8,2	8,3	7,5	7,6	7,0
SK	9,1	8,3	8,3	8,4	8,2	7,9	7,5
FI	7,9	7,9	8,0	7,8	7,1	7,0	6,1
SE	7,5	8,1	8,2	7,5	7,6	7,5	4,9
UK	7,6	7,6	7,2	7,1	6,6	6,4	5,7
Höchster Durchschnitt per Land				<i>Niedrigster Durchschnitt per Land</i>			
Höchster Durchschnitt per Nennung				Niedrigster Durchschnitt per Nennung			

1.1. Initiativen, die in allen Mitgliedstaaten breite Unterstützung finden

In allen Mitgliedstaaten werden von mindestens einem von zwei Befragten fünf der sieben untersuchten Initiativen als wichtig eingeschätzt. Von den nationalen Differenzen einmal abgesehen, besteht somit in der europäischen Bevölkerung Konsens darüber, dass die Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt, im Kampf gegen Ausgrenzung, für eine nachhaltige Entwicklung, für Bildung und für die Unterstützung von Unternehmertum sehr wichtig sind.

«Unterstützung von Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, und ihnen die Möglichkeit geben, aktiv an der Gesellschaft teilzuhaben.»

Über die Initiative, die den Kampf gegen Ausgrenzung und die Solidarität mit den Ärmsten zum Thema hat, besteht in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union breiter Konsens. Die Werte, mit denen dieser Initiative hohe Wichtigkeit bescheinigt wird, schwanken zwischen 67% und 93%. Für die Bedeutung dieser Initiative stellen wir besonders hohe Werte in Griechenland (93%), auf Malta (90%), auf Zypern (90%) und in Spanien (89%) fest. In Italien (67%), Polen (69%), Dänemark und in Frankreich (jeweils 70%) wird die Bedeutung dieser Initiative ebenfalls von einer breiten Mehrheit bestätigt, in diesen Ländern sind die Werte allerdings etwas geringer.

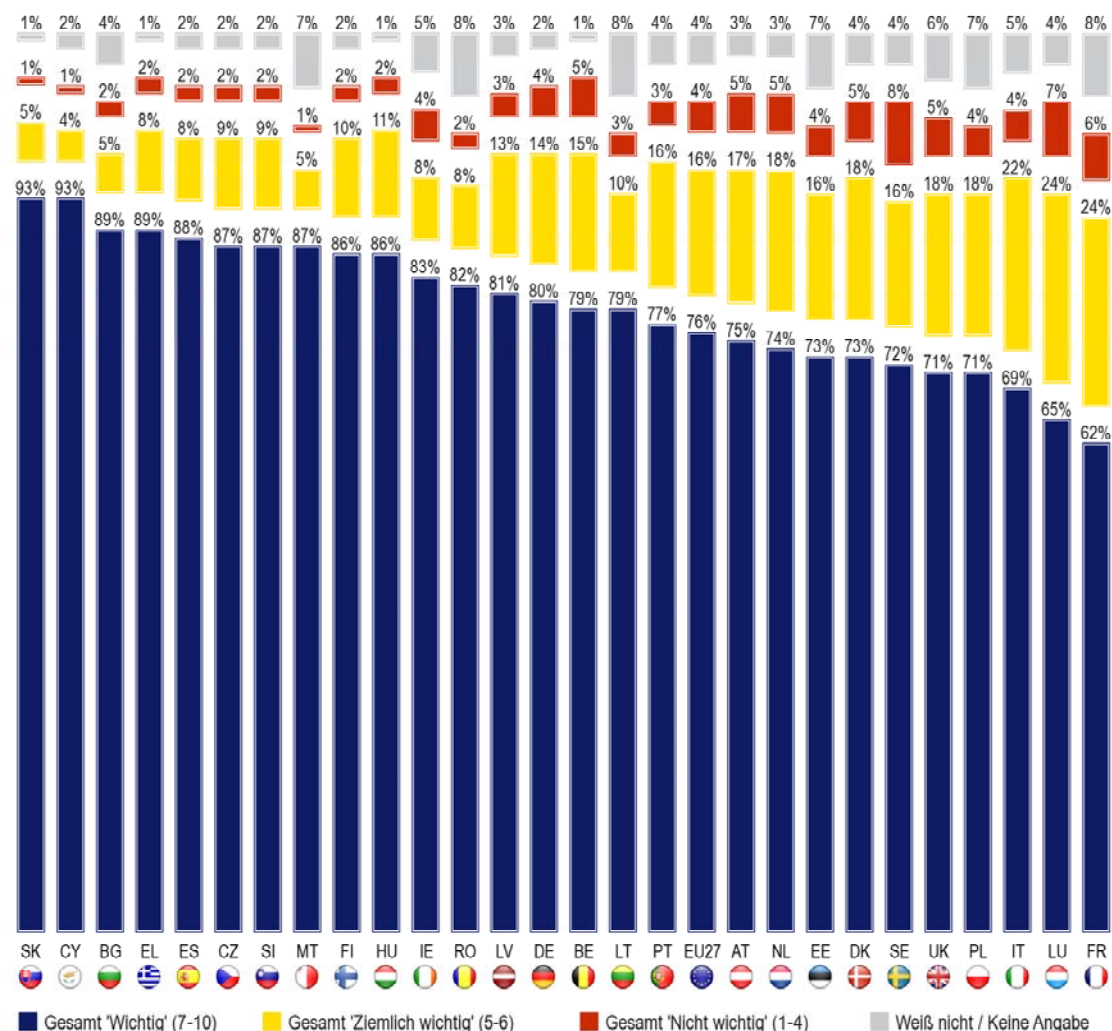


«Modernisierung des Arbeitsmarktes, mit dem Ziel, das Beschäftigungsniveau zu erhöhen»

In den verschiedenen Mitgliedstaaten schwanken die Anteile an Befragten, die die Maßnahmen für die Modernisierung des Arbeitsmarkts und somit für mehr Arbeitsplätze als wichtig bewerten, zwischen 62% und 93%. In Frankreich (62%), Luxemburg (65%) und in Italien (69%) stellen wir hierfür die niedrigsten und in der Slowakei (93%), auf Zypern (93%), in Bulgarien (89%) sowie in Griechenland (89%) die höchsten Anteile fest.

QC1.6. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Initiativen, für wie wichtig oder unwichtig Sie diese halten, damit die Europäische Union aus der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise herauskommt und für das nächste Jahrzehnt gerüstet ist. Nutzen Sie dafür bitte eine Skala von 1 bis 10, wobei '1' bedeutet, dass Sie diese Initiative für "überhaupt nicht wichtig" halten und '10', dass diese Ihrer Meinung nach "sehr wichtig" ist.

Modernisierung des Arbeitsmarktes, mit dem Ziel, das Beschäftigungsniveau zu erhöhen

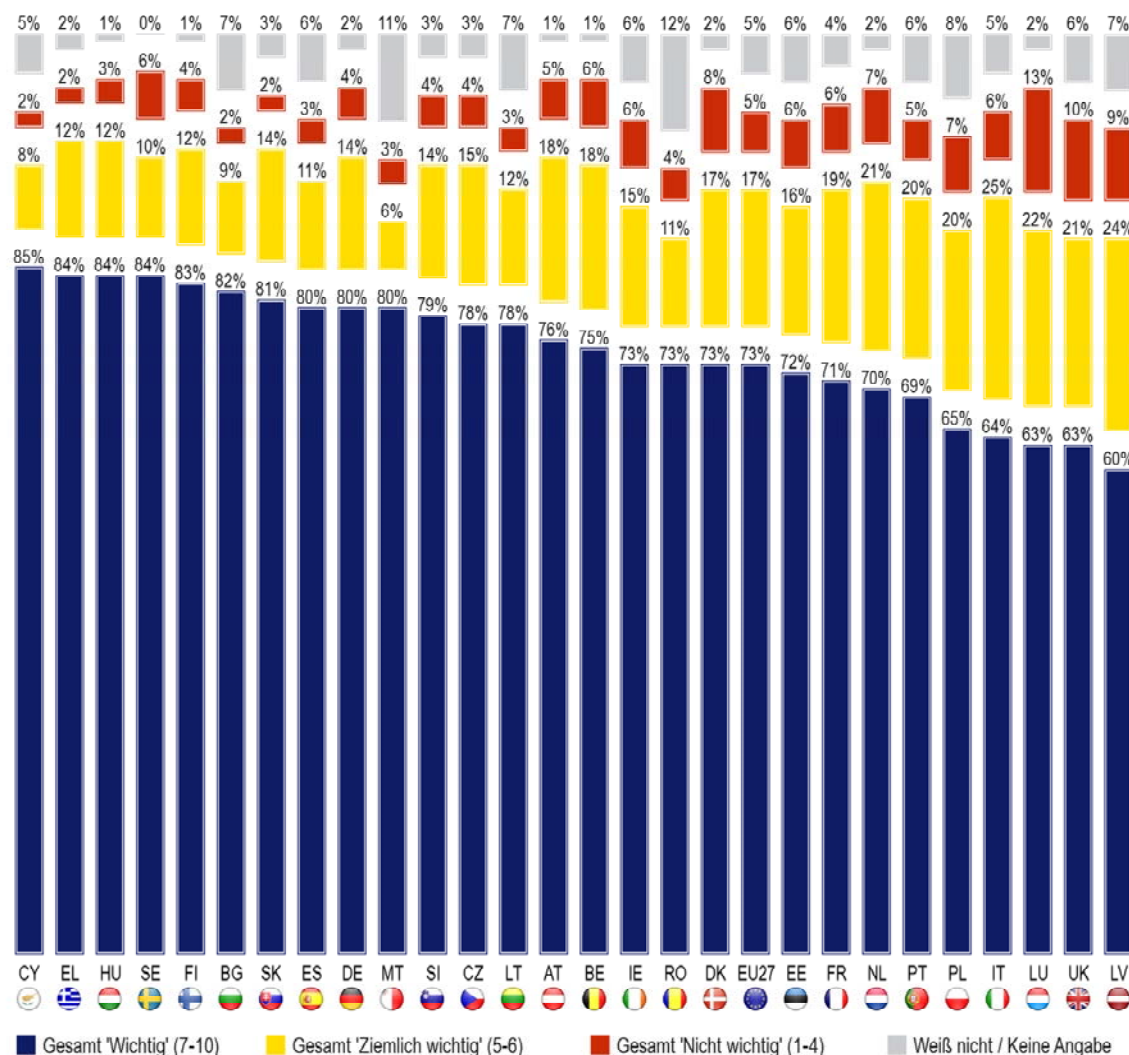


«Unterstützung einer Wirtschaft, die weniger natürliche Ressourcen verbraucht und weniger Treibhausgase ausstößt»

Auch in Bezug auf das Thema nachhaltige und umweltgerechte Wirtschaft, d.h. einer Wirtschaft, die weniger natürliche Ressourcen verbraucht und weniger Treibhausgase ausstößt, besteht breiter Konsens. Mit Anteilen, die zwischen 60% in Lettland und 85% auf Zypern liegen, wird deutlich, für wie wichtig die Befragten derartige Maßnahmen halten. Bei den Befragten in Griechenland und Ungarn (84%), aber auch in Schweden (84%) und Finnland (83%) stellen wir ganz besonders hohe Zustimmungswerte fest. Hier bestätigt sich die besondere Verbundenheit dieser Bürger mit umweltpolitischen Themen.

QC1.4. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Initiativen, für wie wichtig oder unwichtig Sie diese halten, damit die Europäische Union aus der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise herauskommt und für das nächste Jahrzehnt gerüstet ist. Nutzen Sie dafür bitte eine Skala von 1 bis 10, wobei '1' bedeutet, dass Sie diese Initiative für "überhaupt nicht wichtig" halten und '10', dass diese Ihrer Meinung nach "sehr wichtig" ist.

Unterstützung einer Wirtschaft, die weniger natürliche Ressourcen verbraucht und weniger Treibhausgase ausstößt

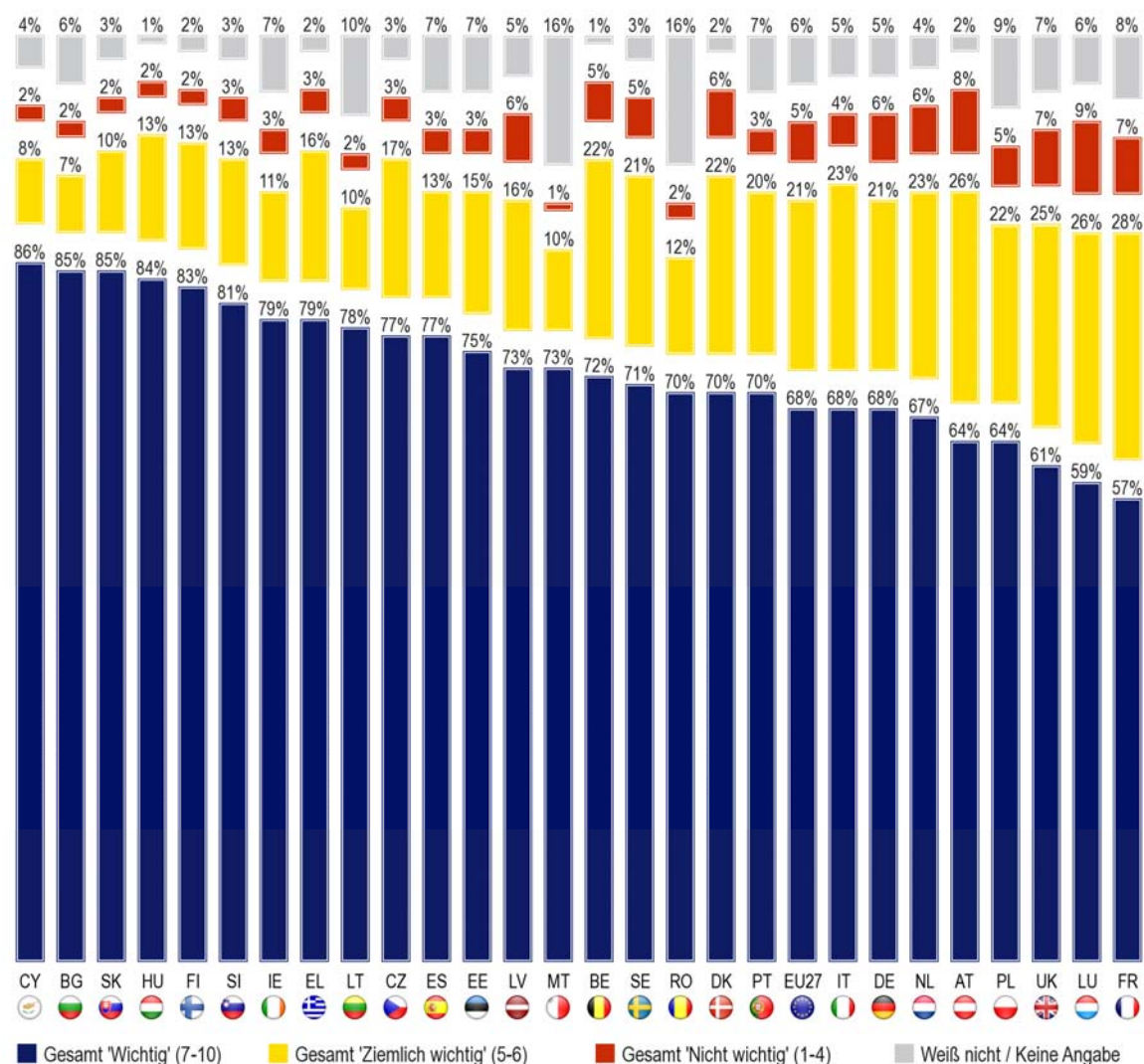


«Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der industriellen Basis der EU durch Förderung von Unternehmertum und der Entwicklung neuer Fähigkeiten»

Eine absolute Mehrheit der Befragten in allen Mitgliedstaaten der Union misst der Stärkung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit der EU und des Unternehmertums ebenfalls hohe Bedeutung bei. Die diesbezüglichen Anteile schwanken zwischen 57% in Frankreich und 86% auf Zypern. Mehr als acht von zehn Befragten in Bulgarien und in der Slowakei (jeweils 85%), in Ungarn (84%), in Finnland (83%) und in der Slowakei (jeweils 85%), in Ungarn (84%), Finnland (83%) und Slowenien (81%) beurteilen diese Initiative ebenfalls als sehr wichtig.

QC1.5. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Initiativen, für wie wichtig oder unwichtig Sie diese halten, damit die Europäische Union aus der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise herauskommt und für das nächste Jahrzehnt gerüstet ist. Nutzen Sie dafür bitte eine Skala von 1 bis 10, wobei '1' bedeutet, dass Sie diese Initiative für "überhaupt nicht wichtig" halten und '10', dass diese Ihrer Meinung nach "sehr wichtig" ist.

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der industriellen Basis der EU durch Förderung von Unternehmertum und der Entwicklung neuer Fähigkeiten

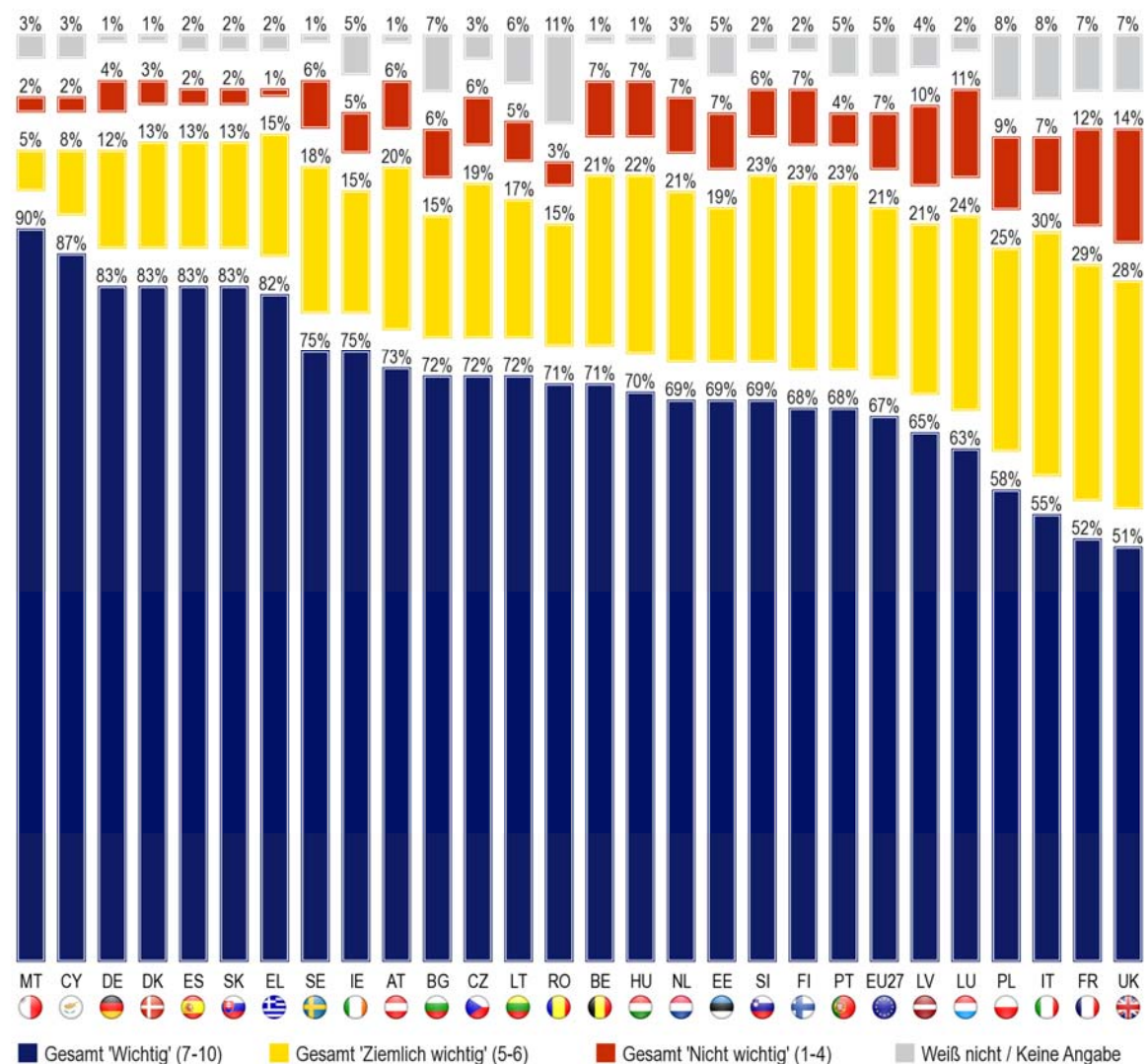


«Erhöhung der Qualität und des Attraktivität des höheren Bildungswesens in der EU»

In allen Mitgliedstaaten der Union werden die Maßnahmen für ein besseres höheres Bildungswesen von mehr als einem von zwei Europäern als wichtig bewertet, auch wenn der jeweilige Zustimmungsgrad unterschiedlich stark ausfällt. Auf Malta (90%), Zypern (87%), in Deutschland (83%), Dänemark (83%), Spanien (83%) und der Slowakei (83%) stellen wir besonders hohe Anteile an Befragten fest, die sich hierfür aussprechen. Im Vereinigten Königreich (51%), Frankreich (52%) und in Italien (55%) messen die Befragten diesem Bereich die geringste Bedeutung bei.

QC1.2. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Initiativen, für wie wichtig oder unwichtig Sie diese halten, damit die Europäische Union aus der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise herauskommt und für das nächste Jahrzehnt gerüstet ist. Nutzen Sie dafür bitte eine Skala von 1 bis 10, wobei '1' bedeutet, dass Sie diese Initiative für "überhaupt nicht wichtig" halten und '10', dass diese Ihrer Meinung nach "sehr wichtig" ist.

Erhöhung der Qualität und Attraktivität des höheren Bildungswesens in der EU

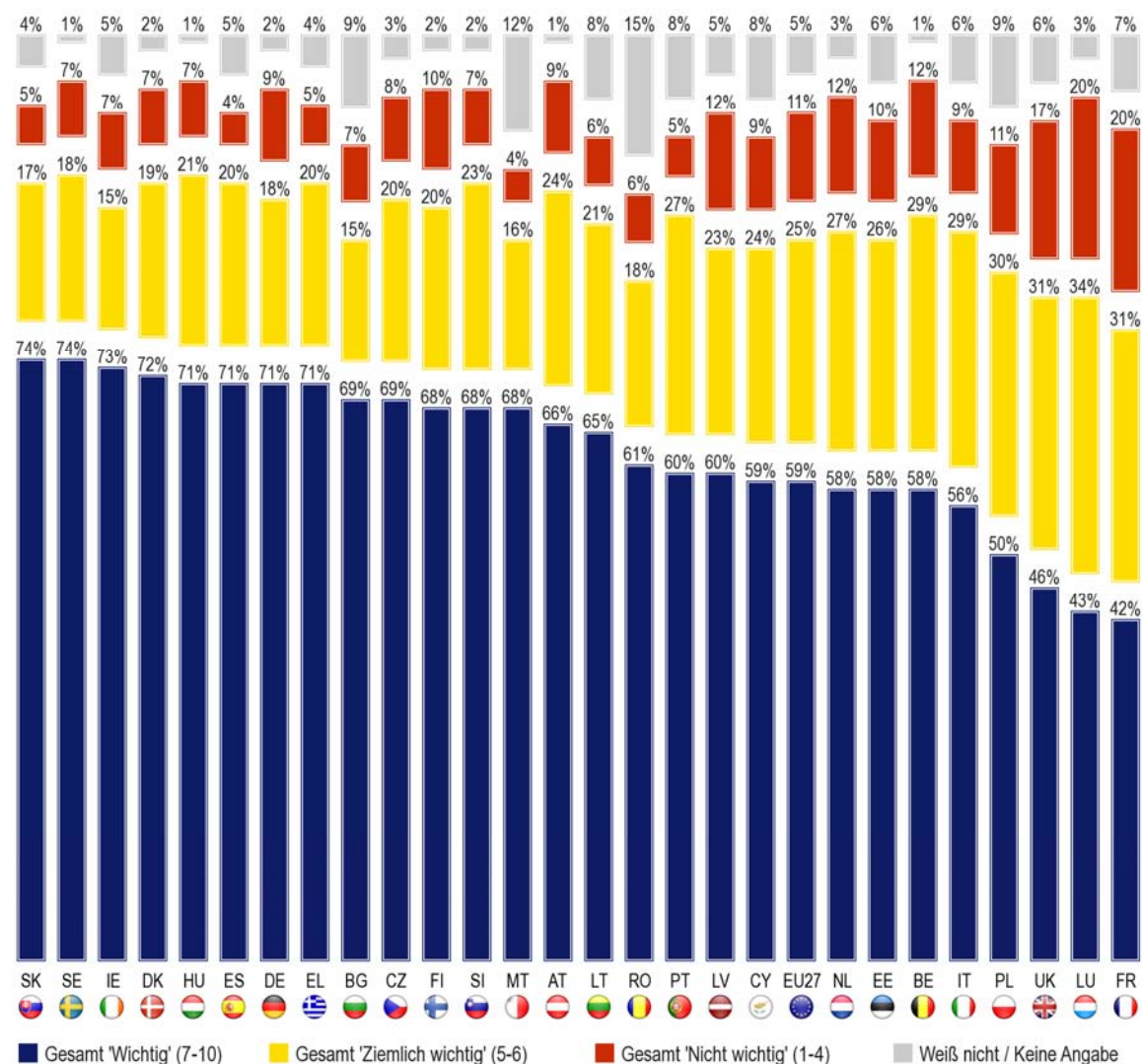


1.2. Initiativen, die nicht in allen Mitgliedstaaten von einer Mehrheit unterstützt werden

Für zwei der sieben untersuchten Initiativen gilt, dass sie nicht von einer absoluten Mehrheit in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union unterstützt werden. In erster Linie handelt es sich dabei um die Initiative zur **«Verstärkten Förderung von Maßnahmen im Bereich Forschung und Entwicklung und Umsetzung von Erfindungen in Produkte»**. Diese Initiative wird in folgenden drei Mitgliedstaaten der Union von einer relativen Mehrheit als nicht wichtig bewertet: In Frankreich (42%), Luxemburg (43%) und dem Vereinigten Königreich (46%). In der Slowakei (74%), Luxemburg (43%) und dem Vereinigten Königreich (46%). In der Slowakei (74%), Schweden (74%) und Irland (73%) stellen wir die höchsten Anteile an Befragten fest, die diese Maßnahmen als wichtig bewerten.

QC1.1. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Initiativen, für wie wichtig oder unwichtig Sie diese halten, damit die Europäische Union aus der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise herauskommt und für das nächste Jahrzehnt gerüstet ist. Nutzen Sie dafür bitte eine Skala von 1 bis 10, wobei '1' bedeutet, dass Sie diese Initiative für "überhaupt nicht wichtig" halten und '10', dass diese Ihrer Meinung nach "sehr wichtig" ist.

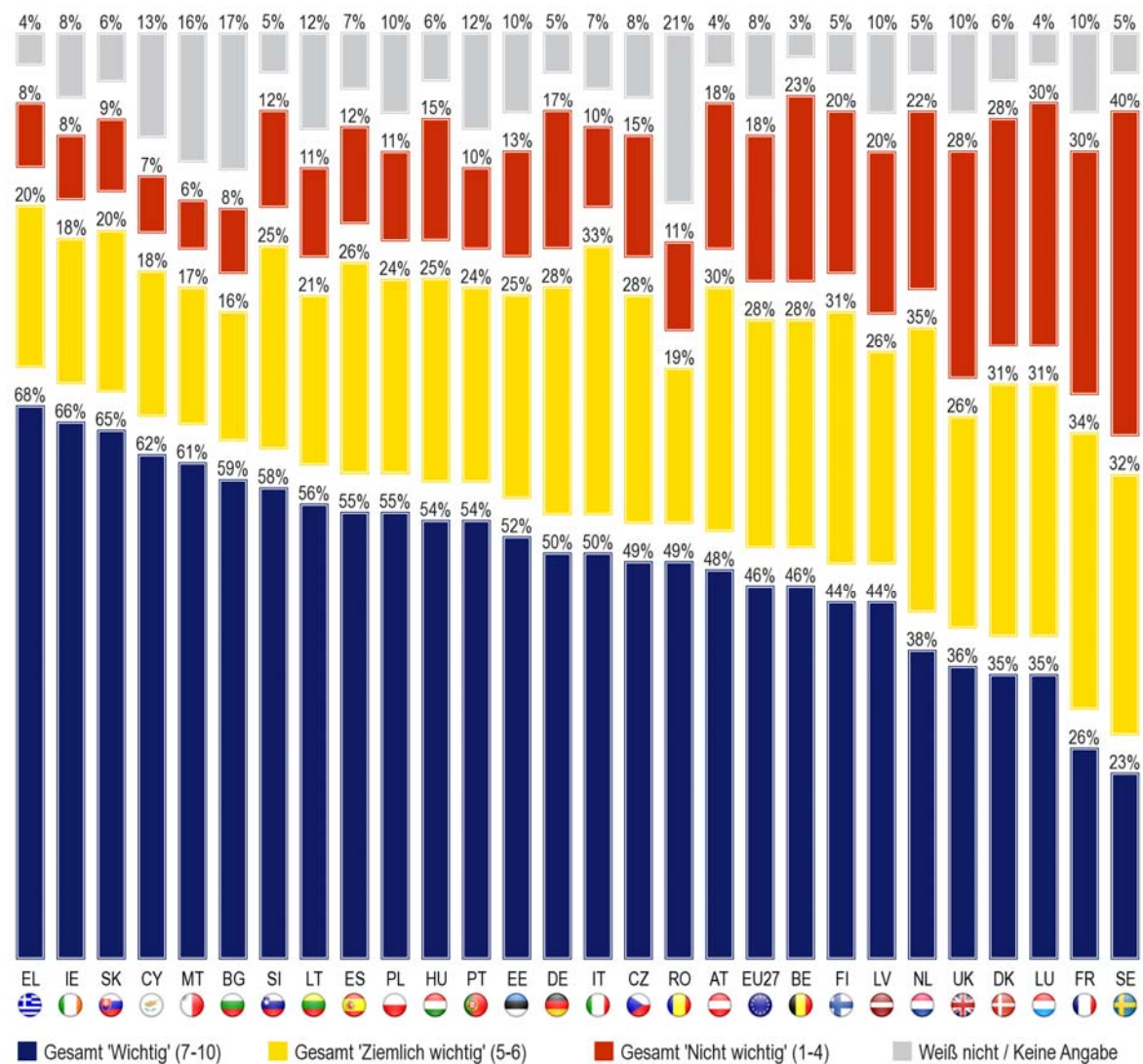
Verstärkte Förderung von Maßnahmen im Bereich Forschung und Entwicklung und Umsetzung von Erfindungen in Produkte



Die zweite dieser Initiativen gilt dem **Ausbau extrem schneller Internetverbindungen**, deren Bedeutung in nur 15 Mitgliedstaaten der Union von einer absoluten Mehrheit als hoch eingeschätzt wird. In zwei Ländern, Schweden und Frankreich, wird diese Initiative mit Werten unter 30% als besonders unbedeutend eingeschätzt. In Schweden (23% der Befragten bewerten sie als sehr wichtig, 32% als mäßig wichtig und 40% als nicht wichtig) und Frankreich (26% der befragten Personen bewerten sie als sehr wichtig, 34% als mäßig wichtig und 30% als überhaupt nicht wichtig) ist nur eine Minderheit der Befragten der Ansicht, dass es sich hierbei um eine wichtige Initiative handelt. In Luxemburg (35%) und Dänemark (35%) messen die Befragten dieser Maßnahme ebenfalls verhältnismäßig geringe Bedeutung bei. In Griechenland (68%), Irland (66%) und der Slowakei (65%) erklären demgegenüber nahezu zwei von drei befragten Personen, dass sie diese Initiative für wichtig halten.

QC1.3. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Initiativen, für wie wichtig oder unwichtig Sie diese halten, damit die Europäische Union aus der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise herauskommt und für das nächste Jahrzehnt gerüstet ist. Nutzen Sie dafür bitte eine Skala von 1 bis 10, wobei '1' bedeutet, dass Sie diese Initiative für "überhaupt nicht wichtig" halten und '10', dass diese Ihrer Meinung nach "sehr wichtig" ist.

Weiterentwicklung der Internet- und IT-Wirtschaft durch Ausbau extrem schneller Internetverbindungen innerhalb der EU





Eine sehr breite Mehrheit der europäischen Bürger ist der Ansicht, dass die Initiativen der Europäischen Union im Rahmen von Europa 2020 von hoher Wichtigkeit sind. Die Initiative, die in der Weiterentwicklung der Internet- und IT-Wirtschaft durch den Ausbau extrem schneller Internetverbindungen besteht, ist die einzige Ausnahme hiervon und wird nur von einer relativen⁷⁴ Mehrheit gewählt. Insgesamt besteht in allen Mitgliedstaaten der Union zu dieser Meinung Konsens. Dieser Konsens ist auch in sozialer Hinsicht gültig: Die Reihenfolge, in der die Bürger die einzelnen Initiativen nach ihrer Bedeutung einschätzen, unterscheidet sich nur geringfügig zwischen den unterschiedlichen sozialen Gruppen der Bevölkerung. Dies zeigt sich dadurch, dass 79% derjenigen, die sich am unteren Ende der sozialen Hierarchie einstufen sowie 76% derjenigen, die sich oben einstufen, die Ansicht vertreten, dass es wichtig ist, den Ärmsten zu helfen; dass 75% derjenigen, die Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen haben sowie 76% derjenigen, die dieses Problem nicht haben, erklären, dass die Modernisierung des Arbeitsmarktes große Bedeutung hat; dass die Unterstützung einer Wirtschaft, die weniger natürliche Ressourcen verbraucht nach Ansicht von 76% der Arbeiter sowie 75% der Führungskräfte erforderlich ist. Anders ausgedrückt: Sämtliche Sozialkategorien der europäischen Bevölkerung stimmen darin überein, dass jede dieser Initiativen von hoher Bedeutung ist.

Einige Unterschiede lassen sich immerhin in Abhängigkeit vom Geschlecht der Befragten feststellen: Männer sind etwas häufiger als Frauen der Auffassung, dass die folgenden Initiativen wichtig sind: «Verstärkte Förderung von Maßnahmen im Bereich Forschung und Entwicklung und Umsetzung von Erfindungen in Produkte» (63% im Vergleich zu 56%), «Weiterentwicklung der Internet- und IT-Wirtschaft durch Ausbau extrem schneller Internetverbindungen innerhalb der EU» (49% im Vergleich zu 43%), sowie «Unterstützung einer Wirtschaft, die weniger natürliche Ressourcen verbraucht und weniger Treibhausgase ausstößt» (73% im Vergleich zu 72%). Demgegenüber erklären Frauen geringfügig häufiger, dass die Initiative «Unterstützung von Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, und ihnen die Möglichkeit geben, aktiv an der Gesellschaft teilzuhaben» sehr wichtig ist (77% im Vergleich zu 74%).

⁷⁴ 46% der europäischen Bürger bewerten diese Initiative als wichtig.

QC1. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Initiativen, für wie wichtig oder unwichtig Sie diese halten, damit die Europäische Union aus der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise herauskommt und für das nächste Jahrzehnt gerüstet ist. Nutzen Sie dafür bitte eine Skala von 1 bis 10, wobei '1' bedeutet, dass Sie diese Initiative für "überhaupt nicht wichtig" halten und '10', dass diese Ihrer Meinung nach "sehr wichtig" ist.
- % Gesamt 'Wichtig' (7-10)

	Unterstützung von Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, und ihnen die Möglichkeit geben, aktiv an der Gesellschaft teilzuhaben	Modernisierung des Arbeitsmarktes, mit dem Ziel, das Beschäftigungsniveau zu erhöhen	Unterstützung einer Wirtschaft, die weniger natürliche Ressourcen verbraucht und weniger Treibhausgase ausstößt	Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der industriellen Basis der EU durch Förderung von Unternehmertum und der Entwicklung neuer Fähigkeiten	Erhöhung der Qualität und Attraktivität des höheren Bildungswesens in der EU	Verstärkte Förderung von Maßnahmen im Bereich Forschung und Entwicklung und Umsetzung von Erfindungen in Produkte	Weiter-entwicklung der Internet- und IT-Wirtschaft durch Ausbau extrem schneller Internetverbindungen innerhalb der EU
EU27	76%	76%	73%	68%	67%	59%	46%
Geschlecht							
 Männlich	74%	76%	73%	71%	67%	63%	49%
Weiblich	77%	75%	72%	66%	67%	56%	43%
Berufliche Situation der Befragten							
 Selbstständige	75%	79%	71%	74%	69%	63%	51%
Leitende Angestellte	73%	76%	75%	74%	69%	67%	47%
Andere Angestellte	72%	74%	73%	70%	66%	58%	49%
Arbeiter	76%	79%	76%	70%	67%	57%	46%
Hausfrauen / -männer	78%	75%	68%	63%	63%	54%	43%
Arbeitslose	81%	77%	72%	67%	65%	54%	48%
Rentner / Pensionäre	74%	73%	70%	64%	65%	60%	40%
Schüler / Studenten	78%	76%	76%	68%	74%	60%	54%
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen							
Meistens	78%	75%	70%	67%	64%	53%	43%
Gelegentlich	76%	75%	71%	67%	64%	55%	46%
Nahezu nie	75%	76%	74%	69%	69%	62%	46%
Selbsteinstufung auf der gesellschaftlichen Skala							
Niedrig (1-4)	79%	74%	70%	65%	63%	53%	39%
Mittel (5-6)	74%	76%	72%	67%	67%	59%	47%
Hoch (7-10)	76%	79%	77%	75%	73%	66%	53%

2. EUROPA 2020: DIE ZIELE DER EUROPÄISCHEN UNION

Nachdem wir die Befragten befragt haben, für wie wichtig sie die einzelnen Initiativen halten, die ergriffen werden sollten, um einen Ausweg aus der Wirtschafts- und Finanzkrise zu finden, haben wir sie gebeten, sich zu den Zielen zu äußern, die bis zum Jahr 2020 in der Europäischen Union erreicht werden sollen. Die Bürger sollten angeben, ob sie diese Ziele für «zu ehrgeizig», «zu bescheiden» oder «ungefähr angemessen» halten.⁷⁵

Die europäischen Bürger halten die acht abgefragten Ziele für realistisch. Eine absolute Mehrheit bewertet sie als «ungefähr angemessen». Wir stellen allerdings die Hypothese auf, dass ein großer Anteil der Stichprobe Befragter nicht zwangsläufig über die Kenntnisse oder notwendigen Informationen verfügte, um zu wissen, ob diese Ziele objektiv erreichbar wären, oder nicht. Demzufolge muss dieses Ergebnis möglicherweise eher als Ausdruck einer Erwartung interpretiert werden (die Bürger beurteilen diese Ziele als realistisch, da sie wünschen, sie wären realistisch), denn als fundierte Bewertung der einzelnen Ziele, die abgefragt wurden. Darüber hinaus wäre es möglich die Schlussfolgerung zu ziehen, dass die Ziele für Europa 2020 und die Erwartungen und Hoffnungen der europäischen Bürger kohärent sind.

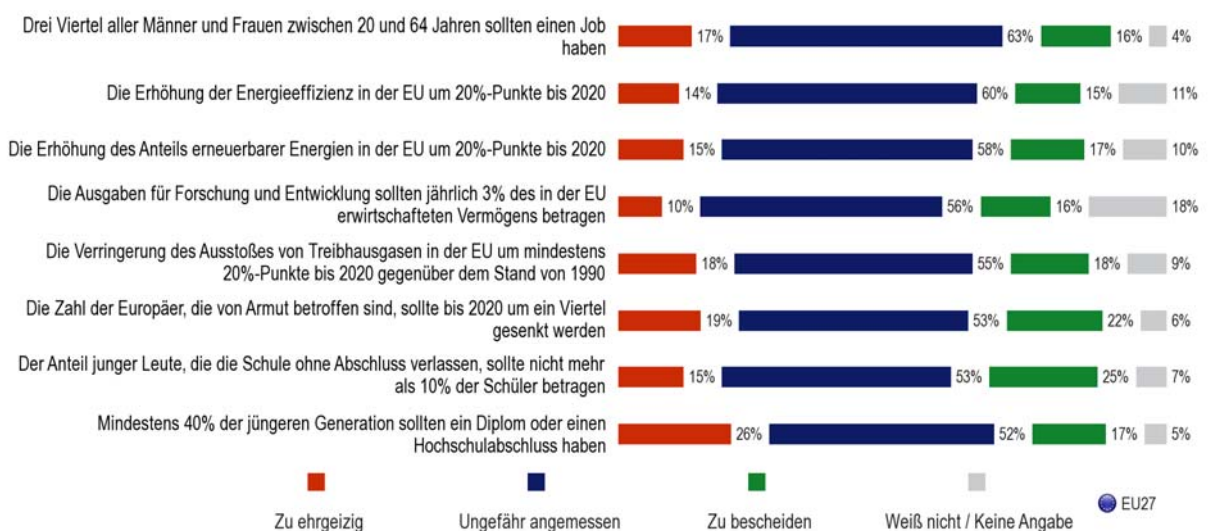
Im Detail zeigt sich dies folgendermaßen:

- 63% der europäischen Bürger sind davon überzeugt, dass das Ziel «Drei Viertel aller Männer und Frauen zwischen 20 und 64 Jahren sollten einen Job haben» realistisch ist, wobei ein Anteil von 17% dieses Ziel als «zu ehrgeizig» und 16% als «zu bescheiden» bewertet.
- 60% erklären, dass sie das Ziel «Die Erhöhung der Energieeffizienz in der EU um 20%-Punkte bis 2020» für realistisch halten. 15% bewerten dieses Ziel als zu bescheiden und 14% als zu ehrgeizig.
- Das Ziel «Die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien in der EU um 20%-Punkte bis 2020» wird von 58% der europäischen Bürger als realistisch eingeschätzt, ein Anteil von 17% bewertet es als zu bescheiden und ein Anteil von 15% als zu ehrgeizig.
- Nach Ansicht von 56% der befragten Europäer ist es ein realistisches Ziel, dafür zu sorgen, dass die Ausgaben für Forschung und Entwicklung jährlich 3% des in der EU erwirtschafteten Vermögens betragen. Ein Anteil von 16% erklärt, es sei zu bescheiden und ein Anteil von 10%, es sei zu ehrgeizig.

⁷⁵ QC2. Bitte sagen Sie mir für jedes der nachfolgend genannten Ziele, die bis zum Jahr 2020 in der Europäischen Union erreicht werden sollen, ob es Ihrer Meinung nach zu ehrgeizig, ungefähr angemessen oder zu bescheiden ist.

- 55% der europäischen Bürger sind der Meinung, dass das Ziel «Die Verringerung des Ausstoßes von Treibhausgasen in der EU um mindestens 20%-Punkte bis 2020 gegenüber dem Stand von 1990» realistisch ist. Ein gleich hoher Anteil (18%) bewertet dieses Ziel als entweder zu ehrgeizig oder zu bescheiden.
- 53% der befragten Personen stimmen darin überein, dass das Ziel «Die Zahl der Europäer, die von Armut betroffen sind, sollte bis 2020 um ein Viertel gesenkt werden» der Realität entspricht. 22% schätzen dieses Ziel als zu bescheiden und 19% als zu ehrgeizig ein.
- 53% der befragten Europäer sind der Ansicht, dass das Ziel «Der Anteil junger Leute, die die Schule ohne Abschluss verlassen, sollte nicht mehr als 10% der Schüler betragen» realistisch ist, wobei 25% dieses Ziel als zu bescheiden und 15% als zu ehrgeizig einschätzen. Von allen untersuchten Zielen stellen wir für dieses Ziel den höchsten Anteil an Befragten fest, die erklären, dass es zu bescheiden sei. Ein Viertel der europäischen Bürger vertritt die Meinung, dass die Ziele im Kampf gegen einen zu hohen Anteil von Schulabgängern ohne Abschluss weiter gesteckt werden sollten.
- Schließlich bewerten 52% der Europäer das Ziel als realistisch, dass mindestens 40% der jüngeren Generation ein Diplom oder einen Hochschulabschluss haben sollten. 26% der Befragten halten es für zu ehrgeizig und 17% für zu bescheiden. Von allen untersuchten Zielen, stellen wir hierfür den höchsten Anteil an Befragten fest, die der Meinung sind, dass dieses Ziel «zu ehrgeizig» ist.

QC2. Bitte sagen Sie mir für jedes der nachfolgend genannten Ziele, die bis zum Jahr 2020 in der Europäischen Union erreicht werden sollen, ob es Ihrer Meinung nach zu ehrgeizig, ungefähr angemessen oder zu bescheiden ist.



In Italien und Spanien stimmen die Bürger mit der höchsten Wahrscheinlichkeit darin überein, dass alle diese Ziele der Realität entsprechen. In Spanien verzeichnen wir für vier der acht vorgeschlagenen Ziele die höchsten Werte für die Antwort «Ungefähr angemessen». Dies gilt für: «Die Erhöhung der Energieeffizienz in der EU um 20%-Punkte bis 2020», «Die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien in der EU um 20%-Punkte bis 2020», «Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sollten jährlich 3% des in der EU erwirtschafteten Vermögens betragen», «Mindestens 40% der jüngeren Generation sollten ein Diplom oder einen Hochschulabschluss haben».

In Italien erhalten die folgenden vier Ziele die häufigsten Nennungen: «Drei Viertel aller Männer und Frauen zwischen 20 und 64 Jahren sollten einen Job haben»; «Die Verringerung des Ausstoßes von Treibhausgasen in der EU um mindestens 20%-Punkte bis 2020 gegenüber dem Stand von 1990»; «Der Anteil junger Leute, die die Schule ohne Abschluss verlassen, sollte nicht mehr als 10% der Schüler betragen»; «Die Zahl der Europäer, die von Armut betroffen sind, sollte bis 2020 um ein Viertel gesenkt werden».

Zypern, Griechenland und Schweden unterscheiden sich hinsichtlich aller Ziele von den anderen Ländern: Die Anteile der Befragten, die die jeweiligen Ziele als realistisch einschätzen, liegen alle unter dem europäischen Durchschnitt. Auf Zypern stellen wir für die Antwort «Ungefähr angemessen» bei drei der acht vorgeschlagenen Ziele die niedrigsten Anteile fest, wobei es sich bei allen dreien um Ziele handelt, die mit Energie und nachhaltiger Entwicklung zu tun haben: «Die Erhöhung der Energieeffizienz in der EU um 20%-Punkte bis 2020», «Die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien in der EU um 20%-Punkte bis 2020», «Die Verringerung des Ausstoßes von Treibhausgasen in der EU um mindestens 20%-Punkte bis 2020 gegenüber dem Stand von 1990». In Griechenland und Schweden gilt dies für jeweils zwei Ziele, wobei es sich in Schweden in beiden Fällen um die Ziele handelt, die das Thema Bildung betreffen: «Der Anteil junger Leute, die die Schule ohne Abschluss verlassen, sollte nicht mehr als 10% der Schüler betragen» und «Mindestens 40% der jüngeren Generation sollten ein Diplom oder einen Hochschulabschluss haben». In Griechenland handelt es sich vorrangig um soziale Ziele und den Kampf gegen Ausgrenzung: «Drei Viertel aller Männer und Frauen zwischen 20 und 64 Jahren sollten einen Job haben» sowie «Die Zahl der Europäer, die von Armut betroffen sind, sollte bis 2020 um ein Viertel gesenkt werden».

In der Länderanalyse können wir interessanterweise feststellen, dass für keines der Ziele die Antworten «zu ehrgeizig» oder «ungefähr angemessen» von absoluten Mehrheiten gewählt werden. Hinsichtlich der Ziele, die die Bildung zum Thema haben, stellen wir allerdings zwei bemerkenswerte Ausnahmen fest:

- 71% bzw. 58% der Schweden halten die Ziele, nach denen bis zum Jahr 2020 mindestens 40% der jüngeren Generation ein Diplom oder einen Hochschulabschluss haben und der Anteil junger Leute, die die Schule ohne Abschluss verlassen, nicht mehr als 10% der Schüler betragen sollte, für zu bescheiden.

- 56% der Befragten in Dänemark teilen ebenfalls die Ansicht, dass es ein zu bescheidenes Ziel ist, wenn ein Prozentsatz von mindestens 40% der jüngeren Generation ein Diplom- oder einen Hochschulabschluss haben sollte. Demgegenüber erklären 55% der Deutschen, dieses Ziel sei zu ehrgeizig.

Dies sind die einzigen Fälle, in denen wir in allen 27 Mitgliedstaaten der Union eine absolute Mehrheit der Befragten verzeichnen, die diese Ziele entweder als «zu ehrgeizig» oder «zu bescheiden» einschätzen.

Indem wir die einzelnen Ziele auch auf Länderebene untersuchen, können wir feststellen, dass die Wahrnehmungen der Bürger von Land zu Land sehr unterschiedlich ausfallen. Wir haben die unterschiedlichen Ziele in Abhängigkeit von ihrer jeweiligen Thematik zu Gruppen zusammengefasst: wirtschaftliche und soziale Ziele; Ziele, die sich mit nachhaltiger Entwicklung auseinandersetzen; bildungspolitische Ziele.

QC2 Bitte sagen Sie mir für jedes der nachfolgend genannten Ziele, die bis zum Jahr 2020 in der Europäischen Union erreicht werden sollen, ob es Ihrer Meinung nach zu ehrgeizig, ungefähr angemessen oder zu bescheiden ist.

	Drei Viertel aller Männer und Frauen zwischen 20 und 64 Jahren sollten einen Job haben			Die Erhöhung der Energieeffizienz in der EU um 20%-Punkte bis 2020			Die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien in der EU um 20%-Punkte bis 2020			Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sollten jährlich 3% des in der EU erwirtschafteten Vermögens betragen			Die Verringerung des Ausstoßes von Treibhausgasen in der EU um mindestens 20%-Punkte bis 2020 gegenüber dem Stand von 1990			Der Anteil junger Leute, die die Schule ohne Abschluss verlassen, sollte nicht mehr als 10% der Schüler betragen			Die Zahl der Europäer, die von Armut betroffen sind, sollte bis 2020 um ein Viertel gesenkt werden			Mindestens 40% der jüngeren Generation sollten ein Diplom oder einen Hochschulabschluss haben		
	Zu ehrgeizig	Zu bescheiden	Index	Zu ehrgeizig	Zu bescheiden	Index	Zu ehrgeizig	Zu bescheiden	Index	Zu ehrgeizig	Zu bescheiden	Index	Zu ehrgeizig	Zu bescheiden	Index	Zu ehrgeizig	Zu bescheiden	Index	Zu ehrgeizig	Zu bescheiden	Index	Zu ehrgeizig	Zu bescheiden	Index
EU27	17%	16%	+1	14%	15%	-1	15%	17%	-2	10%	16%	-6	18%	18%	=	15%	25%	-10	19%	22%	-3	26%	17%	+9
BE	26%	20%	+6	19%	23%	-4	18%	27%	-9	16%	23%	-7	24%	27%	-3	19%	41%	-22	27%	32%	-5	14%	46%	-32
BG	18%	10%	+8	19%	6%	+13	21%	7%	+14	12%	9%	+3	21%	8%	+13	17%	14%	+3	21%	17%	+4	29%	10%	+19
CZ	23%	19%	+4	22%	10%	+12	24%	13%	+11	12%	13%	-1	23%	19%	+4	14%	27%	-13	26%	22%	+4	40%	6%	+34
DK	16%	14%	+2	18%	17%	+1	15%	24%	-9	9%	19%	-10	26%	20%	+6	13%	43%	-30	19%	26%	-7	5%	56%	-51
DE	18%	24%	-6	14%	20%	-6	15%	24%	-9	9%	20%	-11	17%	25%	-8	15%	41%	-26	24%	23%	+1	55%	4%	+51
EE	11%	16%	-5	14%	7%	+7	16%	7%	+9	9%	15%	-6	20%	10%	+10	15%	24%	-9	24%	17%	+7	43%	10%	+33
IE	17%	11%	+6	15%	12%	+3	17%	13%	+4	8%	16%	-8	20%	12%	+8	12%	17%	-5	14%	20%	-6	18%	12%	+6
EL	24%	26%	-2	23%	21%	+2	23%	23%	=	21%	23%	-2	25%	26%	-1	20%	27%	-7	28%	36%	-8	23%	23%	=
ES	16%	11%	+5	9%	11%	-2	11%	12%	-1	8%	11%	-3	14%	12%	+2	15%	19%	-4	15%	17%	-2	13%	14%	-1
FR	28%	12%	+16	17%	14%	+3	18%	19%	-1	13%	19%	-6	23%	21%	+2	19%	28%	-9	27%	32%	-5	14%	35%	-21
IT	8%	10%	-2	11%	11%	=	11%	14%	-3	8%	13%	-5	11%	14%	-3	9%	14%	-5	14%	13%	+1	15%	14%	+1
CY	18%	31%	-13	21%	23%	-2	23%	26%	-3	9%	24%	-15	22%	31%	-9	24%	29%	-5	21%	30%	-9	33%	21%	+12
LV	14%	17%	-3	9%	10%	-1	11%	11%	=	5%	15%	-10	10%	11%	-1	14%	34%	-20	7%	27%	-20	23%	18%	+5
LT	14%	17%	-3	10%	7%	+3	12%	7%	+5	7%	10%	-3	17%	8%	+9	11%	23%	-12	13%	14%	-1	22%	11%	+11
LU	31%	13%	+18	25%	18%	+7	24%	23%	+1	15%	22%	-7	26%	24%	+2	21%	34%	-13	29%	33%	-4	15%	45%	-30
HU	17%	19%	-2	11%	20%	-9	13%	23%	-10	9%	17%	-8	13%	24%	-11	18%	15%	+3	17%	30%	-13	45%	4%	+41
MT	18%	8%	+10	11%	7%	+4	10%	9%	+1	10%	8%	+2	14%	10%	+4	26%	13%	+13	16%	12%	+4	23%	10%	+13
NL	22%	15%	+7	19%	19%	=	17%	24%	-7	10%	15%	-5	23%	25%	-2	14%	41%	-27	24%	24%	=	14%	45%	-31
AT	14%	22%	-8	14%	23%	-9	14%	30%	-16	10%	25%	-15	15%	28%	-13	16%	33%	-17	16%	32%	-16	42%	9%	+33
PL	13%	17%	-4	12%	12%	=	13%	14%	-1	6%	18%	-12	19%	11%	+8	7%	21%	-14	13%	20%	-7	19%	14%	+5
PT	17%	11%	+6	18%	13%	+5	18%	11%	+7	16%	12%	+4	18%	14%	+4	19%	14%	+5	19%	18%	+1	20%	10%	+10
RO	16%	5%	+11	11%	8%	+3	13%	11%	+2	11%	8%	+3	14%	11%	+3	13%	14%	-1	17%	13%	+4	14%	12%	+2
SI	38%	5%	+33	17%	9%	+8	17%	12%	+5	19%	14%	+5	19%	13%	+6	25%	9%	+16	21%	14%	+7	33%	7%	+26
SK	25%	15%	+10	19%	12%	+7	21%	13%	+8	13%	13%	=	22%	16%	+6	19%	20%	-1	27%	18%	+9	40%	6%	+34
FI	20%	18%	+2	17%	16%	+1	17%	19%	-2	13%	12%	+1	24%	20%	+4	9%	35%	-26	21%	21%	=	10%	47%	-37
SE	10%	37%	-27	10%	30%	-20	12%	36%	-24	6%	26%	-20	17%	35%	-18	10%	58%	-48	9%	39%	-30	5%	71%	-66
UK	15%	14%	+1	14%	12%	+2	15%	13%	+2	10%	13%	-3	19%	14%	+5	19%	16%	+3	16%	15%	+1	32%	10%	+22

Die 3 höchsten Index-Ergebnisse je Ziel

Die 3 niedrigsten Index-Ergebnisse je Ziel

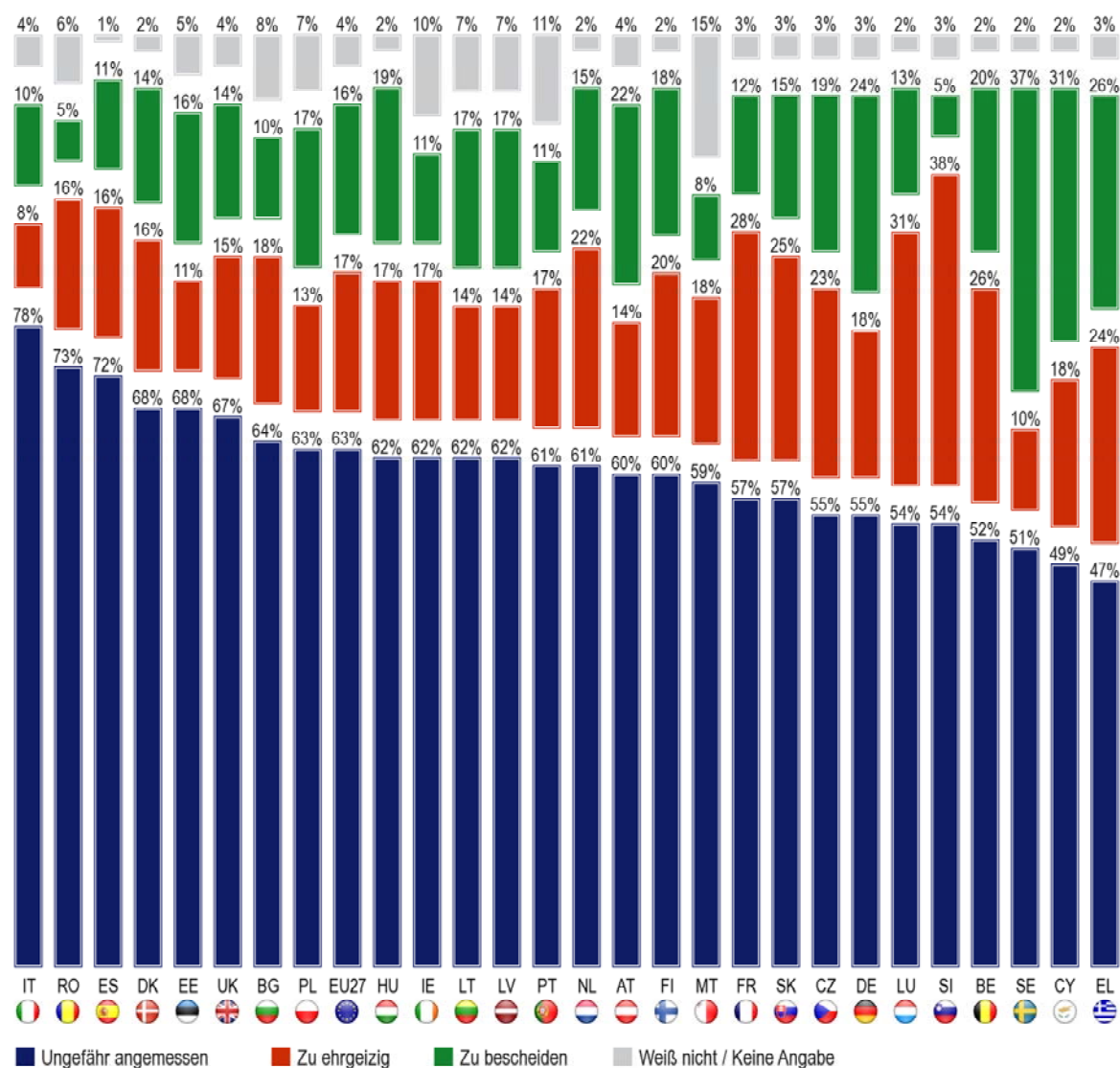
2.1. Europa 2020: Wirtschaftliche und soziale Ziele

«Drei Viertel aller Frauen und Männer zwischen 20 und 64 Jahren sollten einen Job haben»

Nur in Griechenland und auf Zypern hält eine Mehrheit der Befragten dieses Ziel für unrealistisch. In Griechenland halten sich die Antworten «zu ehrgeizig» und «zu bescheiden» die Waage (24% gegenüber 26%), während auf Zypern die Antwort «zu bescheiden» überwiegt (31% gegenüber 18%). Wir beobachten zwei weitere nationale Besonderheiten: Dieses Ziel wird von einem hohen Anteil der Befragten in Slowenien (38%) als zu ehrgeizig und im Gegenteil dazu von einem hohen Anteil der Befragten in Schweden (37%) als zu bescheiden empfunden.

QC2.1. Bitte sagen Sie mir für jedes der nachfolgend genannten Ziele, die bis zum Jahr 2020 in der Europäischen Union erreicht werden sollen, ob es Ihrer Meinung nach zu ehrgeizig, ungefähr angemessen oder zu bescheiden ist.

Drei Viertel aller Männer und Frauen zwischen 20 und 64 Jahren sollten einen Job haben



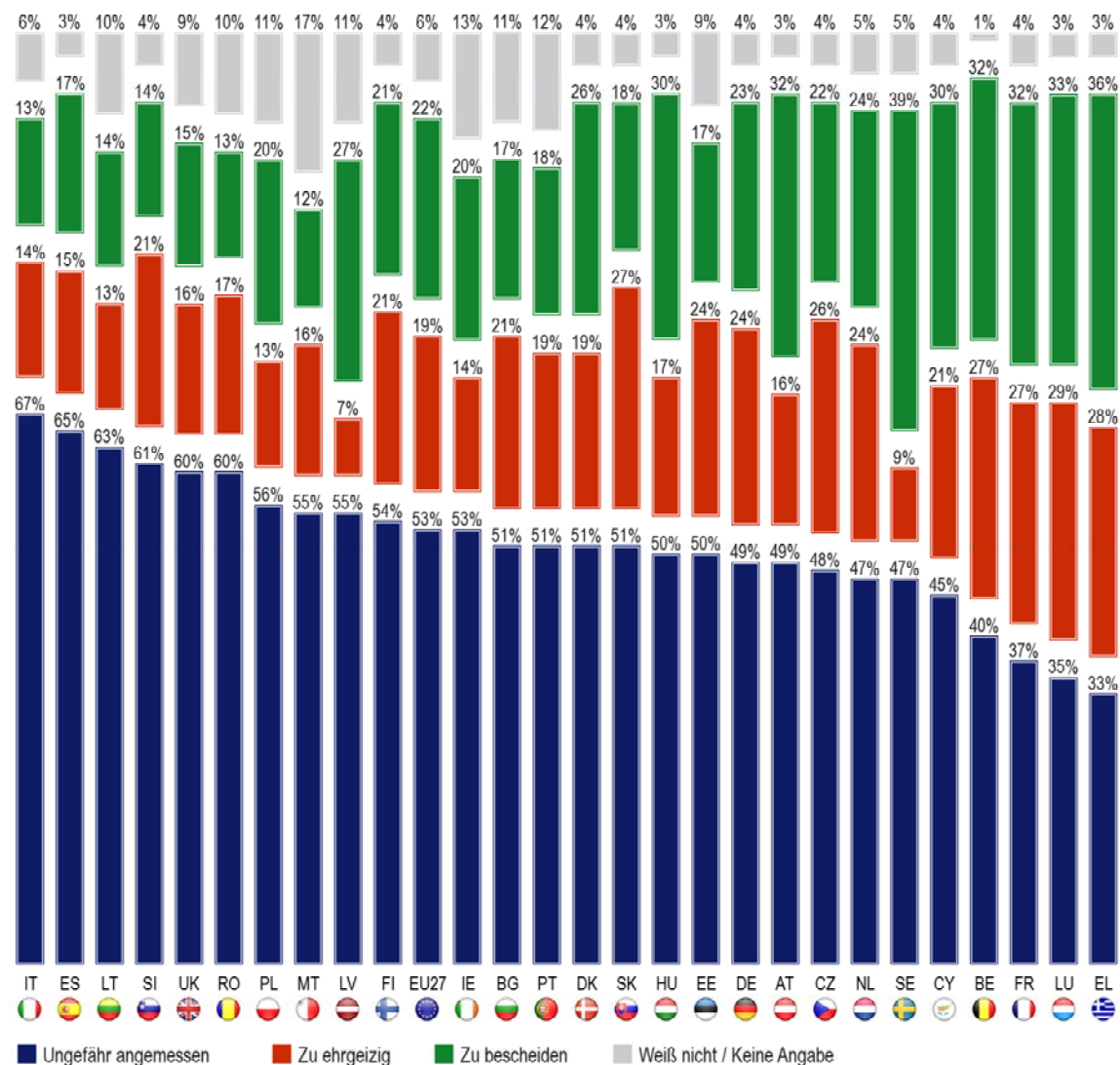
Die soziodemografische Analyse lässt keine bedeutenden Unterschiede hinsichtlich der Bewertung dieses Ziels erkennen. Zum Beispiel erklären 64% der Befragten, die sich am oberen Ende der sozialen Hierarchie positionieren und 61% derjenigen, die sich am unteren Ende ansiedeln, dass dieses Ziel «ungefähr angemessen» ist. Die am besten ausgebildeten Befragten allerdings sind mit geringfügig höherer Wahrscheinlichkeit der Ansicht, dass das Ziel, bis zum Jahr 2020 drei Viertel aller Männer und Frauen zwischen 20 und 64 Jahren in Arbeit zu bringen, zu bescheiden ist (dies gilt für die Befragten, die ihre Ausbildung mit 19 Jahren und danach fortgesetzt und für 13% derjenigen, die die Schule vor dem 16. Geburtstag verlassen haben). Diese Tendenz lässt sich für alle Ziele, die den europäischen Bürgern vorgelegt wurden, feststellen.

«Die Zahl der Europäer, die von Armut betroffen sind, sollte bis 2020 um ein Viertel gesenkt werden»

Dieses Ziel wird in 10 Mitgliedstaaten der Union von weniger als einem von zwei Befragten als «ungefähr angemessen» bezeichnet. Dies gilt insbesondere für Griechenland (33%), Luxemburg (35%) und Frankreich (37%). Wie auch schon beim vorherigen Ziel, erklären die Schweden am häufigsten (39%), dass dieses Ziel zu bescheiden ist, dicht gefolgt von den Griechen (36%). In Luxemburg (29%), Griechenland (28%), der Slowakei (27%), der Tschechischen Republik (26%), Frankreich (27%) und in Belgien (27%) gibt ein Viertel der befragten Personen an, dass sie dieses Ziel als zu ehrgeizig einschätzen.

QC2.8. Bitte sagen Sie mir für jedes der nachfolgend genannten Ziele, die bis zum Jahr 2020 in der Europäischen Union erreicht werden sollen, ob es Ihrer Meinung nach zu ehrgeizig, ungefähr angemessen oder zu bescheiden ist.

Die Zahl der Europäer, die von Armut betroffen sind, sollte bis 2020 um ein Viertel gesenkt werden



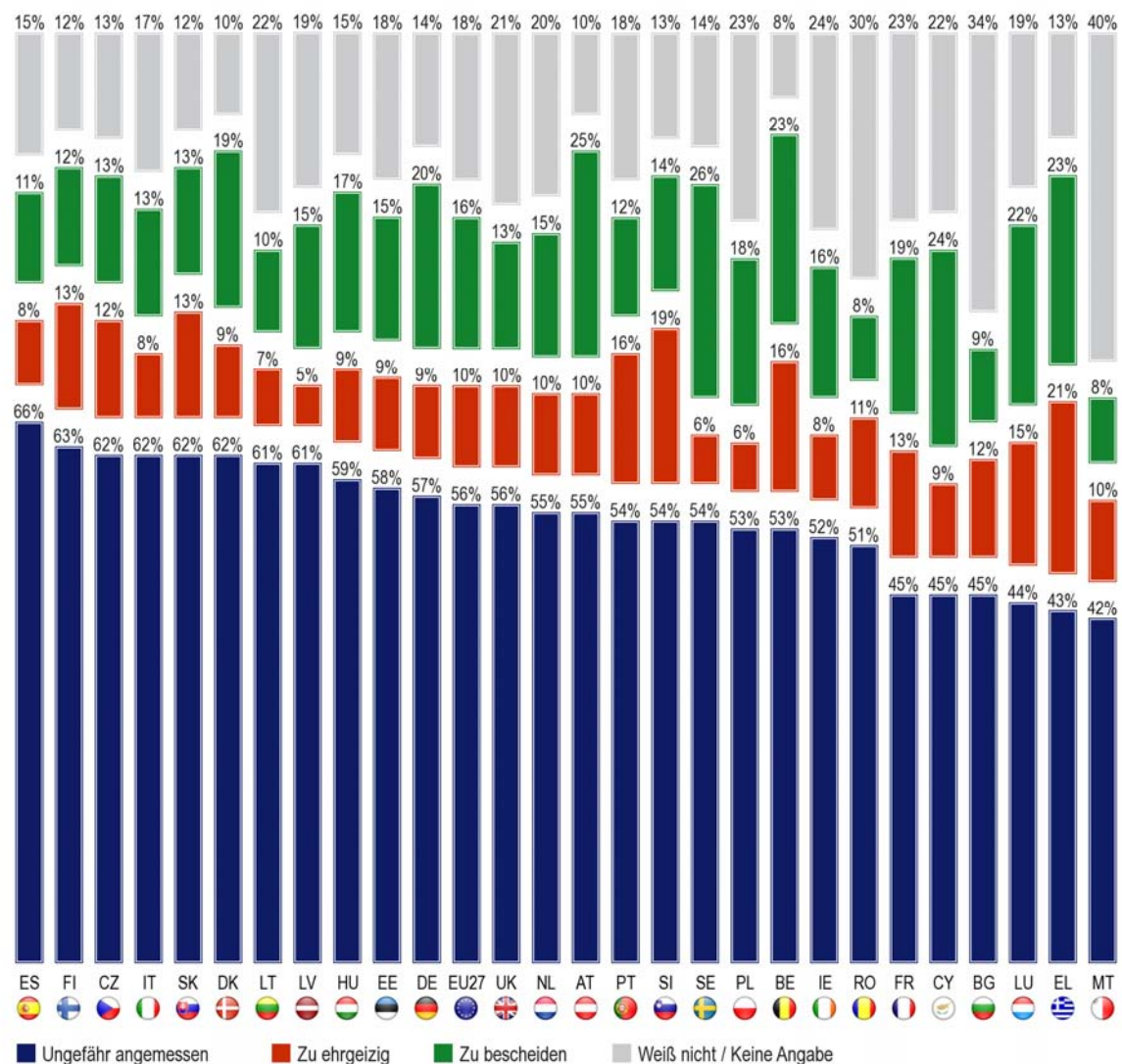
Auch zu diesem Punkt können wir in der soziodemografischen Analyse keine besonderen Unterschiede zwischen den einzelnen Bevölkerungsschichten ausmachen. Dieses Ziel wird von 53% derjenigen, die zugeben, Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen zu haben, und von 54% derjenigen, die diese Probleme nicht haben, als «ungefähr angemessen» bezeichnet. Erneut stellen wir fest, dass befragte Personen, die ein höheres Ausbildungsniveau haben, häufiger die Meinung vertreten, dieses Ziel sei zu bescheiden (26%), als diejenigen, die ihre Ausbildung im Alter von 15 Jahren oder früher beendet haben (17%).

«Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sollten jährlich 3% des in der EU erwirtschafteten Vermögens betragen»

Nur in sechs Mitgliedstaaten der Union wird dieses Ziel von einer absoluten Mehrheit der Befragten als unrealistisch bewertet. In Österreich (25%), Belgien (23%) und Griechenland (23%) finden wir die stärksten Minderheiten, die die Meinung vertreten, dass dieses Ziel zu bescheiden sei. Auf Malta (40%), in Bulgarien (34%) und in Rumänien (30%) stellen wir zu dieser Frage hohe Anteile an Befragten fest, die sich nicht äußern.

QC2.2. Bitte sagen Sie mir für jedes der nachfolgend genannten Ziele, die bis zum Jahr 2020 in der Europäischen Union erreicht werden sollen, ob es Ihrer Meinung nach zu ehrgeizig, ungefähr angemessen oder zu bescheiden ist.

Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sollten jährlich 3% des in der EU erwirtschafteten Vermögens betragen



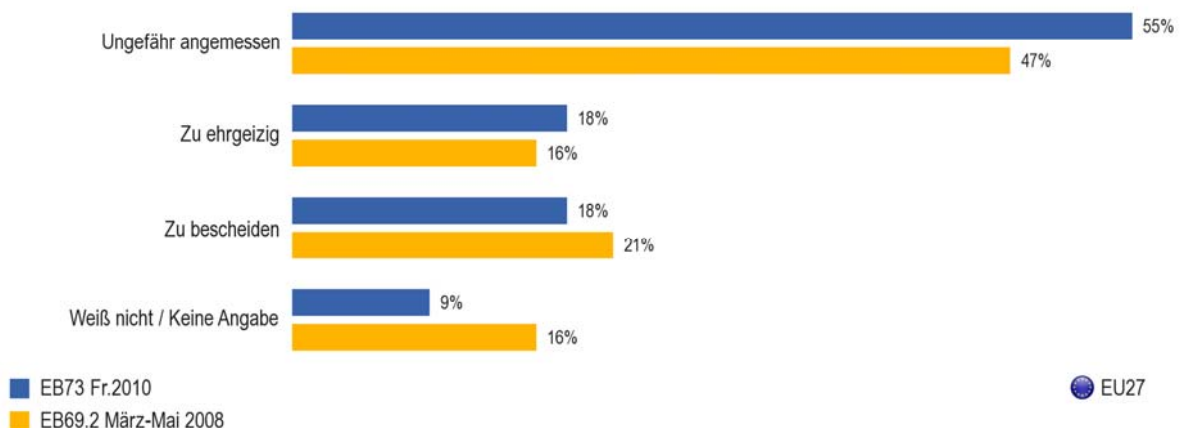
2.2. Europa 2020: Ziele, die sich auf eine nachhaltige Entwicklung beziehen

«Die Verringerung des Ausstoßes von Treibhausgasen in der EU um mindestens 20%-Punkte bis 2020 gegenüber dem Stand von 1990»

Im Vergleich zu den vorherigen, im Rahmen des Frühlings-Eurobarometer 2008 (EB69) festgestellten Ergebnissen, sind die europäischen Bürger mittlerweile deutlich mehr vom Realismus dieses Ziels überzeugt. Der Anteil Befragter, die dieses Ziel als „ungefähr angemessen“ bezeichnen, ist um acht Punkte angestiegen. Der Anteil Bürger, die das Ziel als zu ehrgeizig bezeichnen, nimmt um zwei Punkte zu, der Anteil derjenigen, die es als zu bescheiden bewerten, fällt um drei Punkte. Alle diesbezüglichen Zunahmen können mit dem deutlichen Rückgang des Anteils befragter Personen erklärt werden, die sich hierzu nicht äußern (-7 Punkte). Das Ergebnis weist darauf hin, dass die europäischen Bürger für das Thema nachhaltige Entwicklung zunehmend sensibilisiert sind.

QC2.3. Bitte sagen Sie mir für jedes der nachfolgend genannten Ziele, die bis zum Jahr 2020 in der Europäischen Union erreicht werden sollen, ob es Ihrer Meinung nach zu ehrgeizig, ungefähr angemessen oder zu bescheiden ist.

Die Verringerung des Ausstoßes von Treibhausgasen in der EU um mindestens 20%-Punkte bis 2020 gegenüber dem Stand von 1990

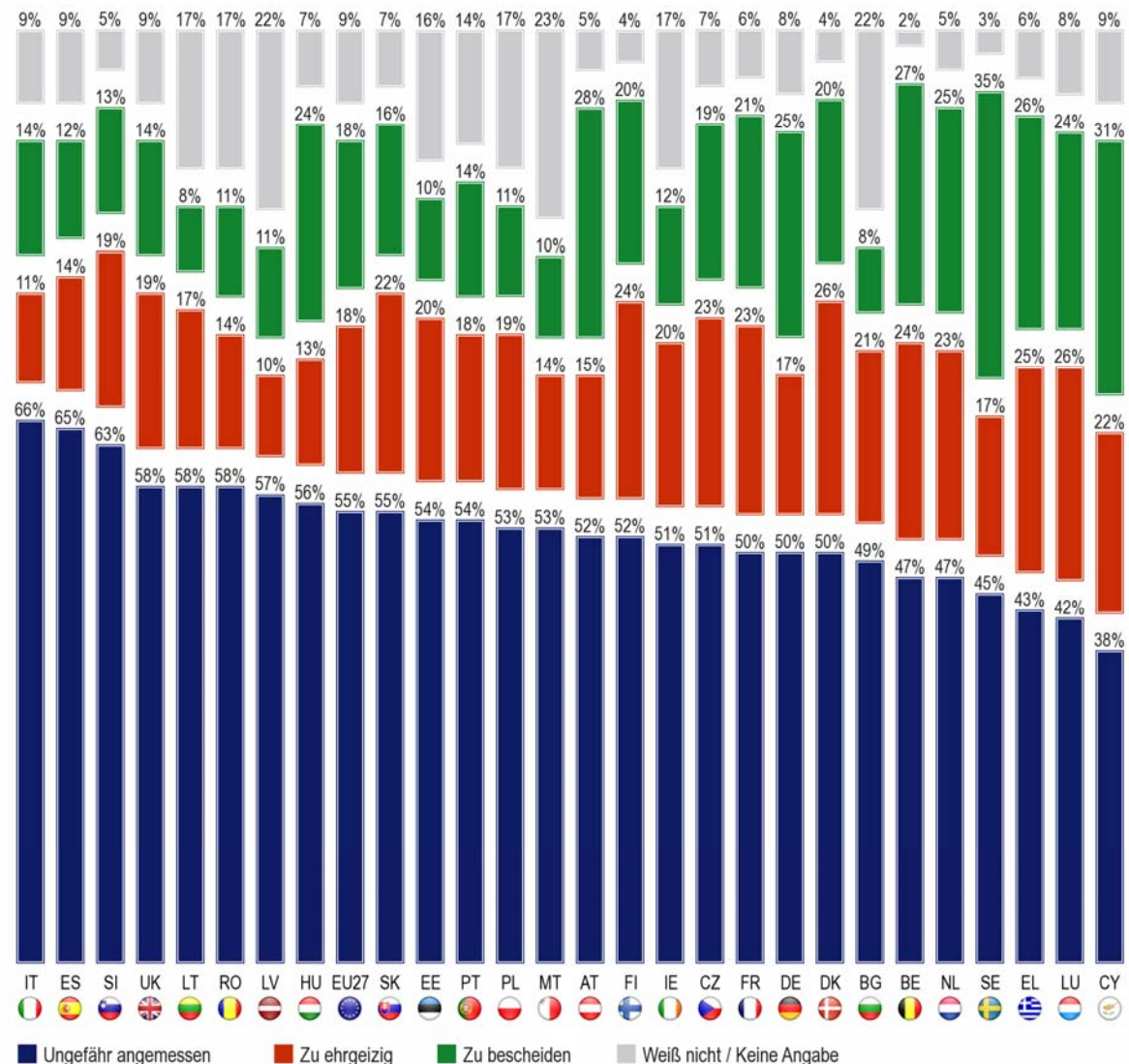


Fragepunkt war in EB69 geringfügig anders formuliert: Bitte sagen Sie mir für jedes der nachfolgend genannten Ziele, die bis zum Jahr 2020 in der Europäischen Union erreicht werden sollen, ob es Ihrer Meinung nach zu ehrgeizig, ungefähr angemessen oder zu bescheiden ist.

In Schweden (35%) und auf Zypern (31%) stellen wir die stärksten Minderheiten für die Meinung fest, dass dieses Ziel nicht ehrgeizig genug ist. Im Gegensatz hierzu beobachten wir in Dänemark (26%) und Luxemburg (26%) die höchsten Anteile an Befragten, die der Meinung sind, dass dieses Ziel zu ehrgeizig ist.

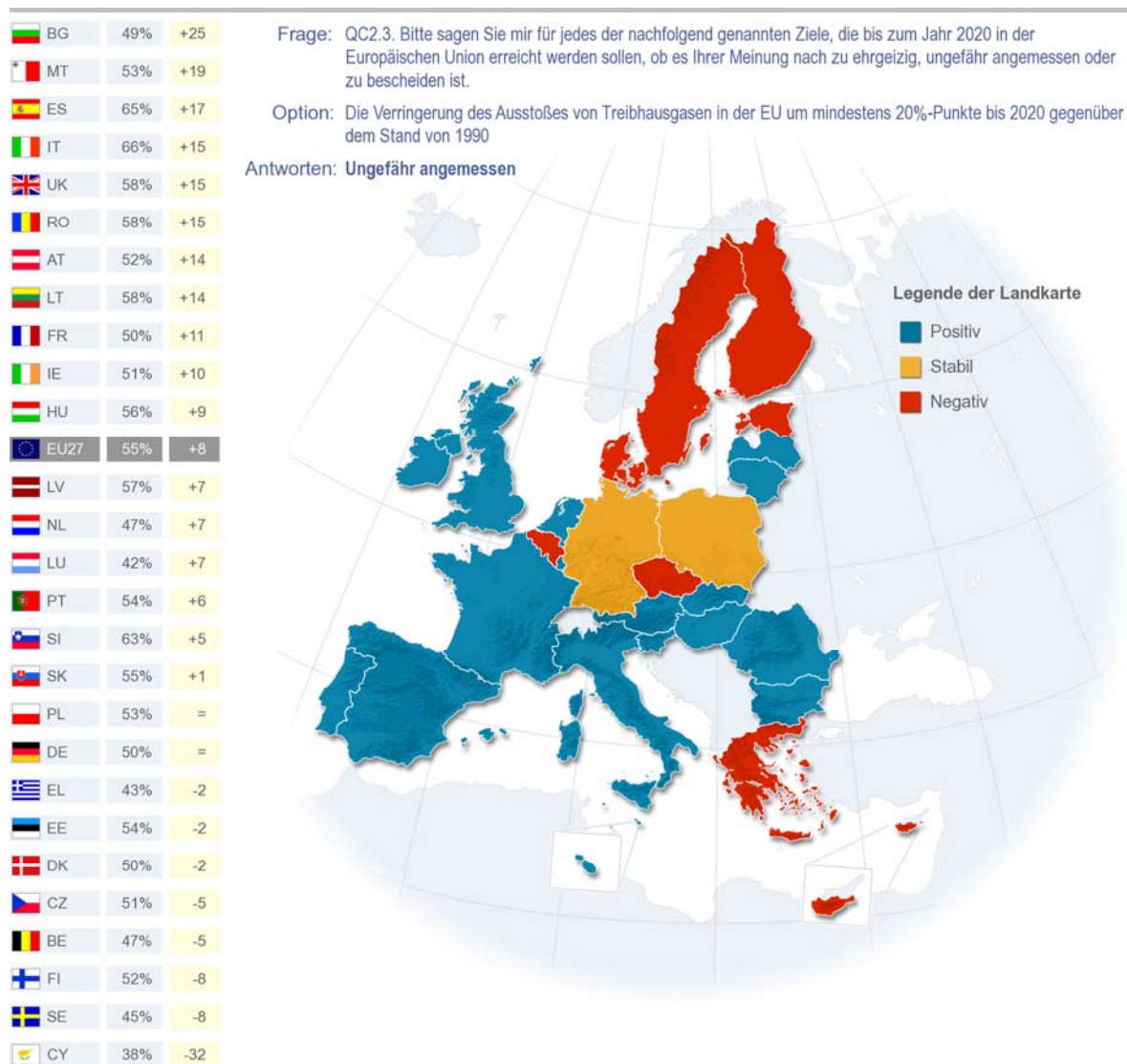
QC2.3. Bitte sagen Sie mir für jedes der nachfolgend genannten Ziele, die bis zum Jahr 2020 in der Europäischen Union erreicht werden sollen, ob es Ihrer Meinung nach zu ehrgeizig, ungefähr angemessen oder zu bescheiden ist.

Die Verringerung des Ausstoßes von Treibhausgasen in der EU um mindestens 20%-Punkte bis 2020 gegenüber dem Stand von 1990



Im Vergleich zum Frühjahr 2008 beobachten wir bei den Befragten in Bulgarien (+25 Punkte), auf Malta (+19 Punkte), in Spanien (+17 Punkte), Italien (+15 Punkte), dem Vereinigten Königreich (+15 Punkte), Rumänien (+15 Punkte), Österreich (+14 Punkte), Litauen (+14 Punkte), Frankreich (+11 Punkte) sowie in Irland (+10 Punkte), dass sie dieses Ziel mittlerweile mit deutlich höherer Wahrscheinlichkeit als realistisch einstufen.

Demgegenüber nimmt der Anteil befragter Personen, die dieses Ziel als „ungefähr angemessen“ bewerten, auf Zypern um 32 Punkte und in Schweden um 8 Punkte ab. Es handelt sich hierbei um die zwei Mitgliedstaaten, in denen - wie schon festgestellt - die stärksten Minderheiten zu finden sind, die einen Mangel an Ehrgeiz für dieses Ziel beklagen.



Vergleich mit EB69.2 März-Mai 2008

Für EB69.2: Bitte sagen Sie mir für jedes der nachfolgend genannten Ziele, die bis zum Jahr 2020 in der Europäischen Union erreicht werden sollen, ob es Ihrer Meinung nach zu ehrgeizig, ungefähr angemessen oder zu bescheiden ist.

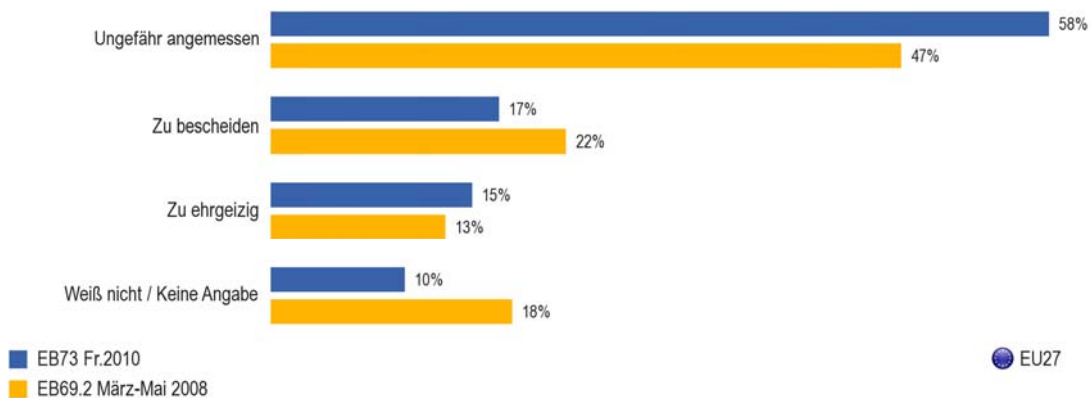
Da sich das ökologische Bewusstsein der europäischen Bevölkerung mittlerweile stark entwickelt hat und diese Überzeugungen in hohem Maße von den Bürgern geteilt werden, stellen wir zwischen den unterschiedlichen sozialen Schichten der Bevölkerung nur geringfügige Unterschiede hinsichtlich der Bewertung dieses Zieles fest. Die Bewertungen fallen verhältnismäßig homogen aus, d.h. sie sind unabhängig vom Alter, dem Ausbildungsniveau, der beruflichen Tätigkeit und der gesellschaftlichen Stellung der Befragten. Generell ist allerdings festzustellen, dass die Überzeugung, ein Ziel sei nicht ehrgeizig genug, vor allem von den besser situierten Kategorien der Gesellschaft vertreten wird. Diese Analyse gilt auch für die beiden anderen Ziele mit dem Thema nachhaltiger Entwicklung, die im Folgenden untersucht werden.

«Die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien in der EU um 20%-Punkte bis 2020»

In Bezug auf das zweite Ziel mit dem Thema nachhaltige Entwicklung stellen wir ähnliche Entwicklungen fest, wie schon bei dem Ziel zur Verringerung des Ausstoßes von Treibhausgasen. Der Anteil europäischer Bürger, die das Ziel, den Anteil erneuerbarer Energie um 20%-Punkte zu erhöhen, als „ungefähr angemessen« bewerten, hat sich seit der Umfrage vom Frühjahr 2008 um 11 Punkte erhöht. Der Anteil befragter Personen, die dieses Ziel als zu ehrgeizig beurteilen, ist um zwei Punkte angestiegen, während der Anteil derjenigen, die dieses Ziel als zu bescheiden ansehen, um fünf Punkte gesunken ist. Der Anteil Befragter, die hierzu keine Meinung äußern, verringert sich um acht Punkte.

QC2.4. Bitte sagen Sie mir für jedes der nachfolgend genannten Ziele, die bis zum Jahr 2020 in der Europäischen Union erreicht werden sollen, ob es Ihrer Meinung nach zu ehrgeizig, ungefähr angemessen oder zu bescheiden ist.

Die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien in der EU um 20%-Punkte bis 2020

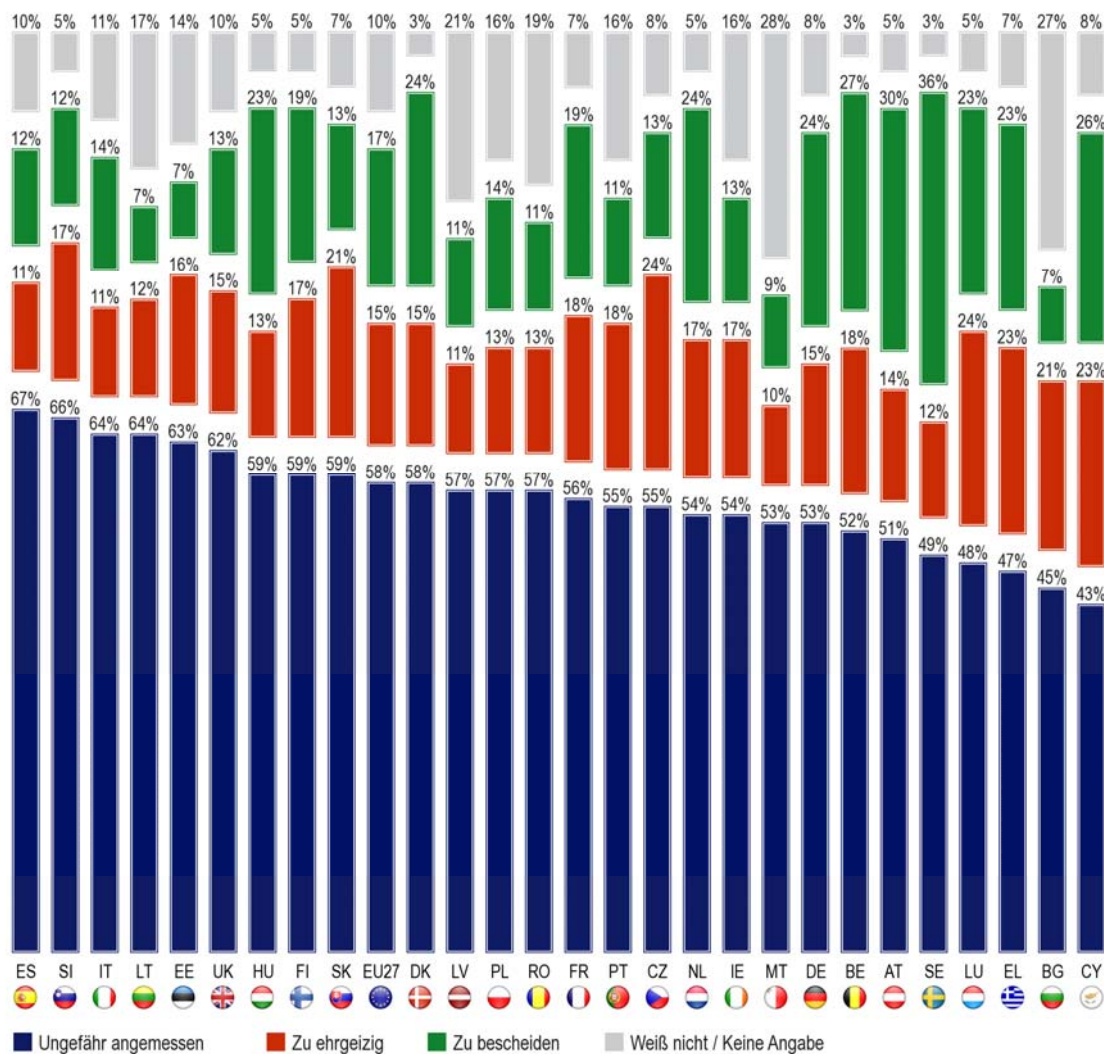


Frage war im EB69 geringfügig anders formuliert: Die Europäische Union hat sich als Ziel für 2020 die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien in der EU um 20%-Punkte gesetzt. Bitte sagen Sie mir für dieses Ziel, ob es Ihrer Meinung nach zu ehrgeizig, ungefähr angemessen oder zu bescheiden ist?

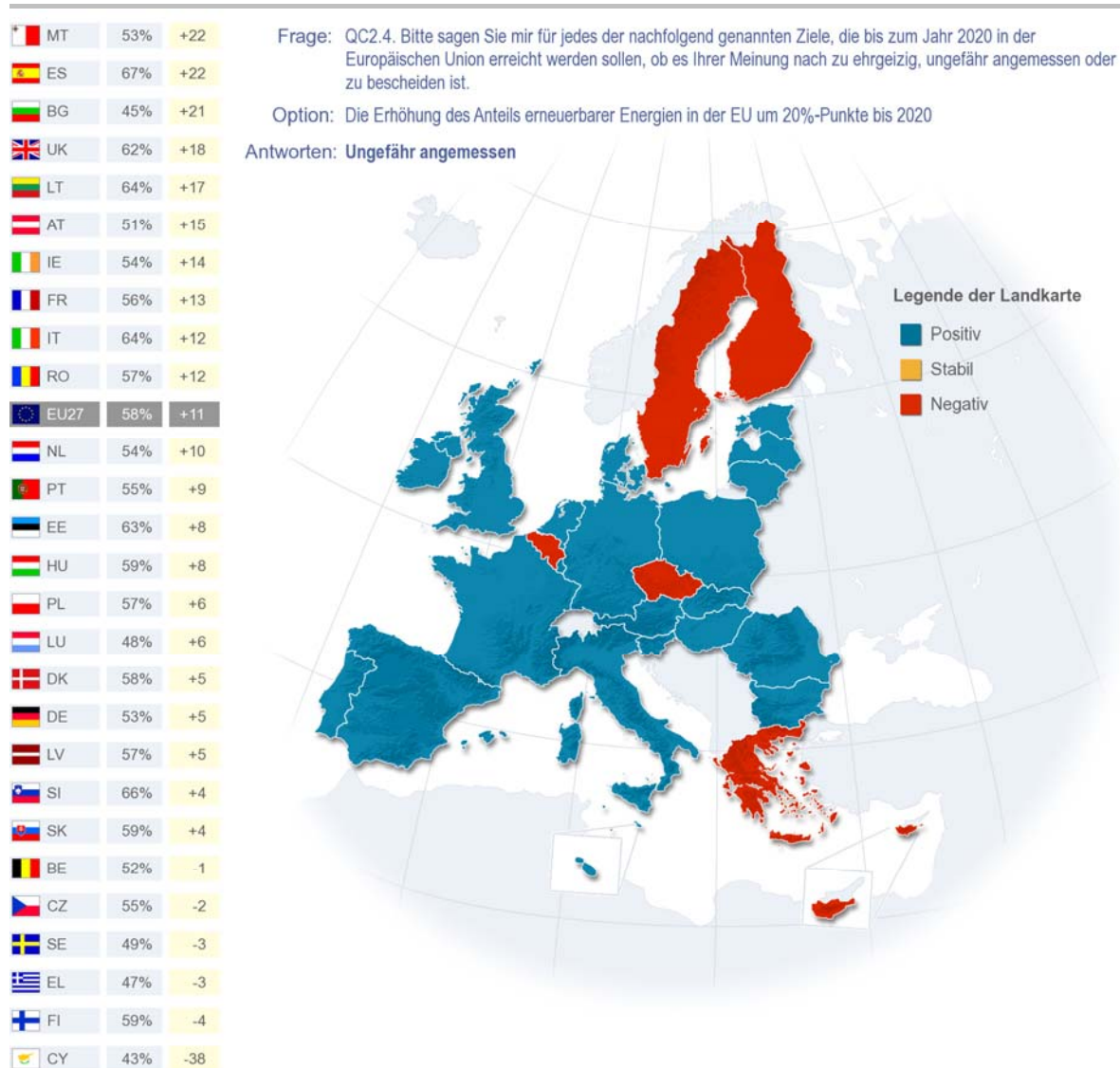
In Schweden (36%) und Österreich (30%) finden wir die höchsten Anteile an Befragten, die dieses Ziel als zu bescheiden einschätzen. Die Antwort „zu ehrgeizig“ wird ihrerseits am häufigsten in Luxemburg (24%) und der Tschechischen Republik (24%) gewählt.

QC2.4. Bitte sagen Sie mir für jedes der nachfolgend genannten Ziele, die bis zum Jahr 2020 in der Europäischen Union erreicht werden sollen, ob es Ihrer Meinung nach zu ehrgeizig, ungefähr angemessen oder zu bescheiden ist.

Die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien in der EU um 20%-Punkte bis 2020



Auf Malta (+22 Punkte im Vergleich zum Frühjahr 2008), Spanien (+22 Punkte), Bulgarien (+21 Punkte), dem Vereinigten Königreich (+18 Punkte), Litauen (+17 Punkte), Österreich (+15 Punkte), Irland (+14 Punkte) und in Frankreich (+13 Punkte) stellen wir eine sehr starke Zunahme derjenigen Befragten fest, die dieses Ziel als realistisch einschätzen. Die Meinungen auf Zypern unterscheiden sich erneut von der allgemeinen Tendenz, da hier der Anteil an Befragten, die dieses Ziel als „ungefähr angemessen» bezeichnen, um 38 Punkte abnimmt.



Vergleich mit EB69.2 März-Mai 2008

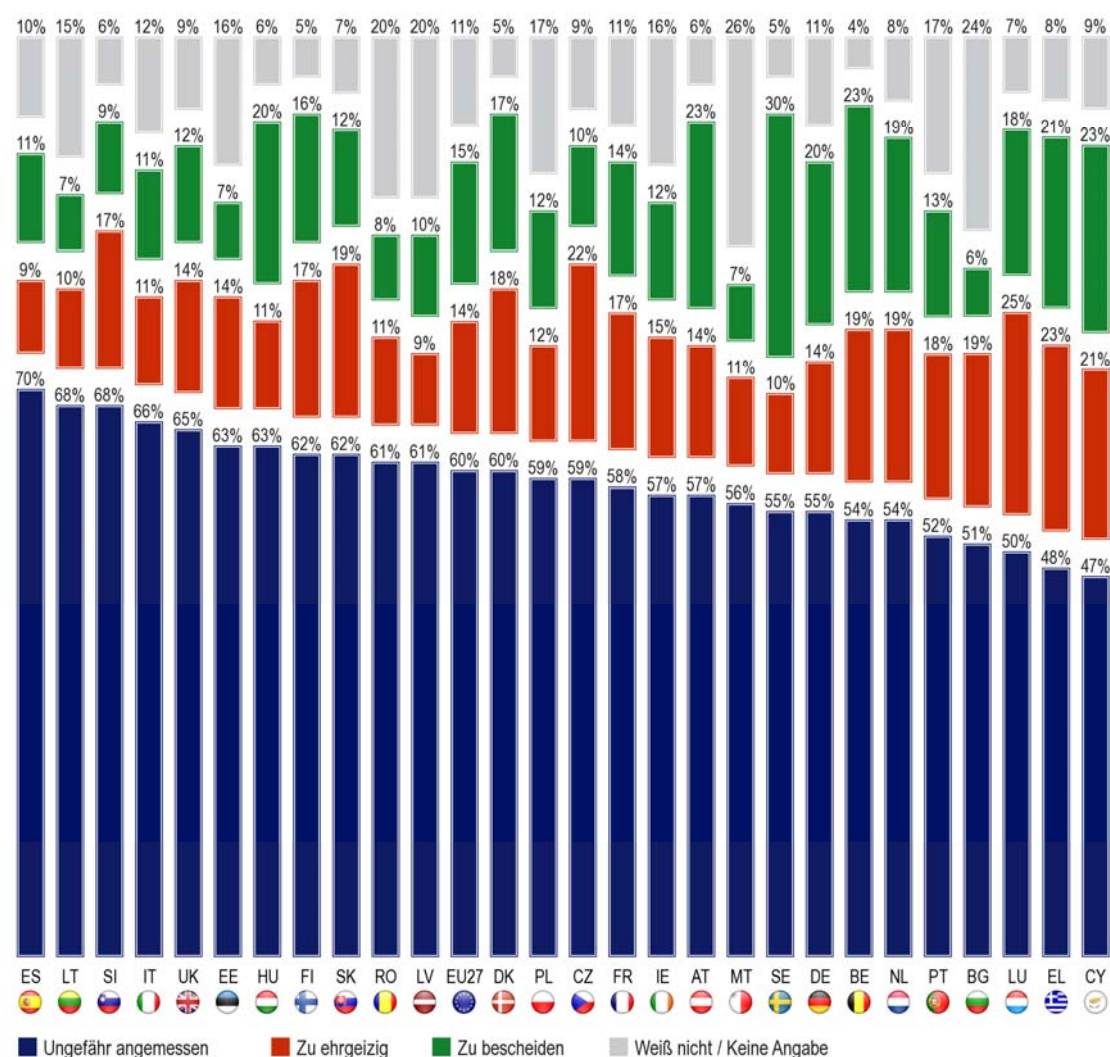
Frage war im EB69 geringfügig anders formuliert: Die Europäische Union hat sich als Ziel für 2020 die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien in der EU um 20%-Punkte gesetzt. Bitte sagen Sie mir für dieses Ziel, ob es Ihrer Meinung nach zu ehrgeizig, ungefähr angemessen oder zu bescheiden ist?

«Die Erhöhung der Energieeffizienz in der EU um 20%-Punkte bis 2020»

Nur in Griechenland (48%) und auf Zypern (47%) gibt es keine absolute Mehrheit für die Meinung, dass dieses Ziel «ungefähr angemessen» sei. Erneut stellen wir für Schweden den höchsten Anteil an Befragten (30%) fest, die dieses Ziel als zu bescheiden bewerten. Und in Luxemburg finden wir die stärkste Minderheit, die das Ziel als zu ehrgeizig einschätzt (25%).



QC2.5. Bitte sagen Sie mir für jedes der nachfolgend genannten Ziele, die bis zum Jahr 2020 in der Europäischen Union erreicht werden sollen, ob es Ihrer Meinung nach zu ehrgeizig, ungefähr angemessen oder zu bescheiden ist.

Die Erhöhung der Energieeffizienz in der EU um 20%-Punkte bis 2020



Aus soziodemografischer Sicht ist festzustellen, dass befragte Personen mit der besten Ausbildung und diejenigen aus den oberen Berufskategorien geringfügig häufiger der Ansicht sind, dass das Ziel, die Energieeffizienz in der EU um 20%-Punkte bis 2020 zu erhöhen, zu bescheiden ist. Dies gilt ebenfalls für 19% derjenigen, die ihre Ausbildung auch nach dem Alter von 19 Jahren fortgeführt haben und 21% der Führungskräfte, im Vergleich zu 10% derjenigen, die die Schule im Alter von 15 Jahren oder früher verlassen haben und 10% der Hausfrauen bzw. -männer. Ob die Befragten Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen haben oder nicht, ist bei dieser Frage von geringerer Bedeutung.

QC2 Bitte sagen Sie mir für jedes der nachfolgend genannten Ziele, die bis zum Jahr 2020 in der Europäischen Union erreicht werden sollen, ob es Ihrer Meinung nach zu ehrgeizig, ungefähr angemessen oder zu bescheiden ist.

Die Verringerung des Ausstoßes von Treibhausgasen in der EU um mindestens 20%-Punkte bis 2020 gegenüber dem Stand von 1990					Die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien in der EU um 20%-Punkte bis 2020				Die Erhöhung der Energieeffizienz in der EU um 20%-Punkte bis 2020			
	Zu ehrgeizig	Ungefähr angemessen	Zu bescheiden	WN	Zu ehrgeizig	Ungefähr angemessen	Zu bescheiden	WN	Zu ehrgeizig	Ungefähr angemessen	Zu bescheiden	WN
EU27	18%	55%	18%	9%	15%	58%	17%	10%	14%	60%	15%	11%
Ausbildung (Ende der)												
 15-	15%	59%	13%	13%	13%	59%	12%	16%	13%	60%	10%	17%
16-19	17%	57%	17%	9%	15%	59%	17%	9%	14%	62%	14%	10%
20+	21%	51%	23%	5%	16%	56%	23%	5%	16%	58%	19%	7%
Studiert noch	21%	52%	20%	7%	17%	58%	19%	6%	14%	63%	15%	8%
Berufliche Situation der Befragten												
 Selbstständige	18%	56%	20%	6%	15%	59%	20%	6%	14%	59%	19%	8%
Leitende Angestellte	20%	52%	23%	5%	16%	55%	24%	5%	13%	60%	21%	6%
Andere Angestellte	17%	57%	19%	7%	15%	58%	20%	7%	14%	61%	16%	9%
Arbeiter	18%	55%	19%	8%	14%	59%	18%	9%	14%	61%	15%	10%
Hausfrauen / -männer	15%	57%	13%	15%	13%	59%	11%	17%	13%	59%	10%	18%
Arbeitslose	17%	56%	16%	11%	15%	57%	16%	12%	13%	61%	13%	13%
Rentner / Pensionäre	18%	56%	14%	12%	15%	58%	13%	14%	15%	60%	10%	15%
Schüler / Studenten	21%	52%	20%	7%	17%	58%	19%	6%	14%	63%	15%	8%
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen												
Meistens	17%	54%	14%	15%	14%	55%	16%	15%	13%	57%	15%	15%
Gelegentlich	16%	56%	17%	11%	14%	58%	16%	12%	13%	60%	13%	14%
Nahezu nie/ nie	19%	55%	19%	7%	15%	59%	18%	8%	14%	62%	15%	9%

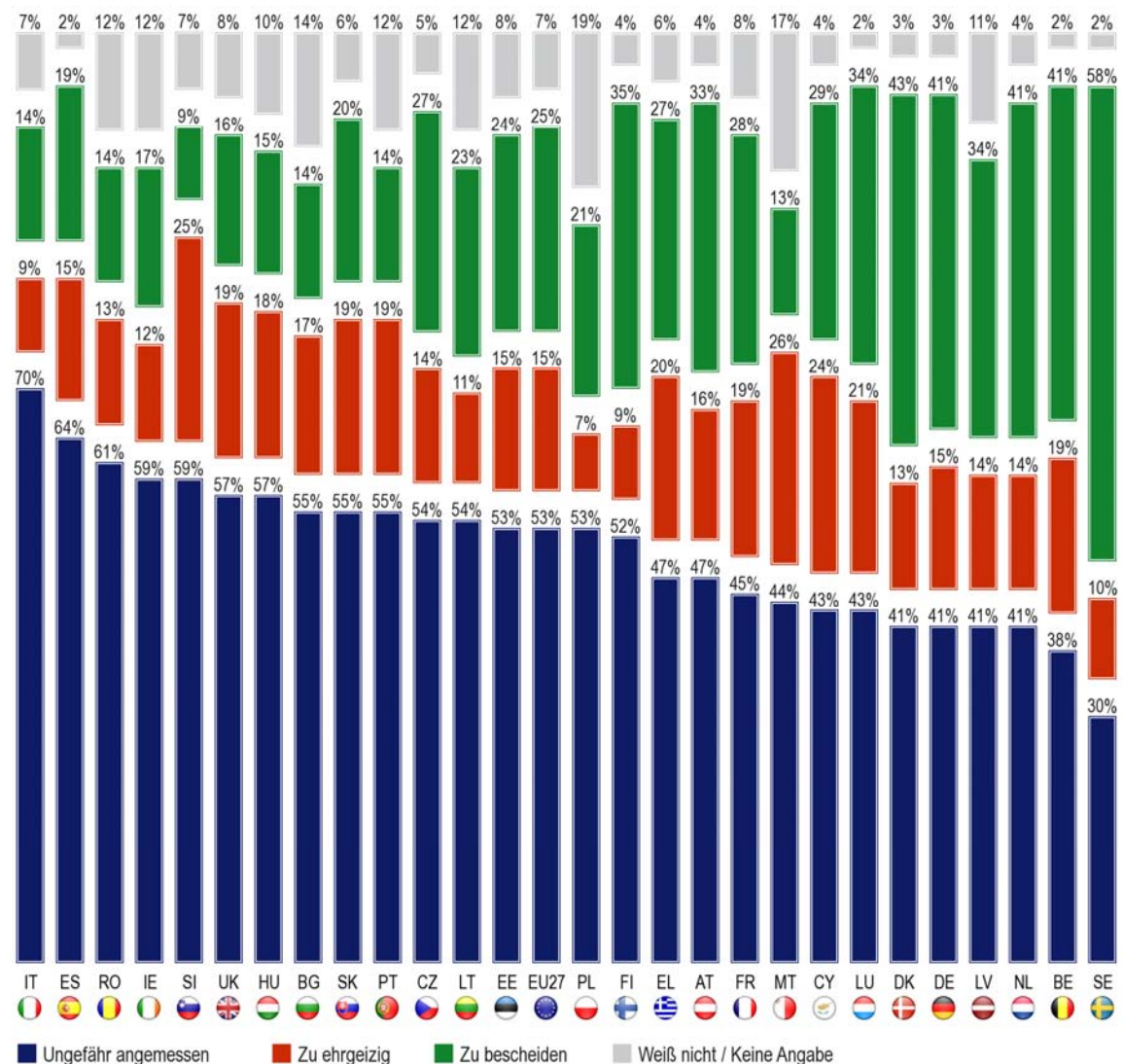
2.3. Europa 2020 : bildungspolitische Ziele

«Der Anteil junger Leute, die die Schule ohne Abschluss verlassen, sollte nicht mehr als 10% der Schüler betragen»

In drei Mitgliedstaaten der Union überwiegt die Überzeugung, dass dieses Ziel nicht ehrgeizig genug ist: Dies gilt für Schweden (58%), Dänemark (43%) und Belgien (41%). In Deutschland und den Niederlanden verteilen sich die Meinungen auf zwei gleich große Lager (41% bewerten das Ziel als «ungefähr angemessen» und 41% als «zu bescheiden»).

QC2.6. Bitte sagen Sie mir für jedes der nachfolgend genannten Ziele, die bis zum Jahr 2020 in der Europäischen Union erreicht werden sollen, ob es Ihrer Meinung nach zu ehrgeizig, ungefähr angemessen oder zu bescheiden ist.

Der Anteil junger Leute, die die Schule ohne Abschluss verlassen, sollte nicht mehr als 10% der Schüler betragen



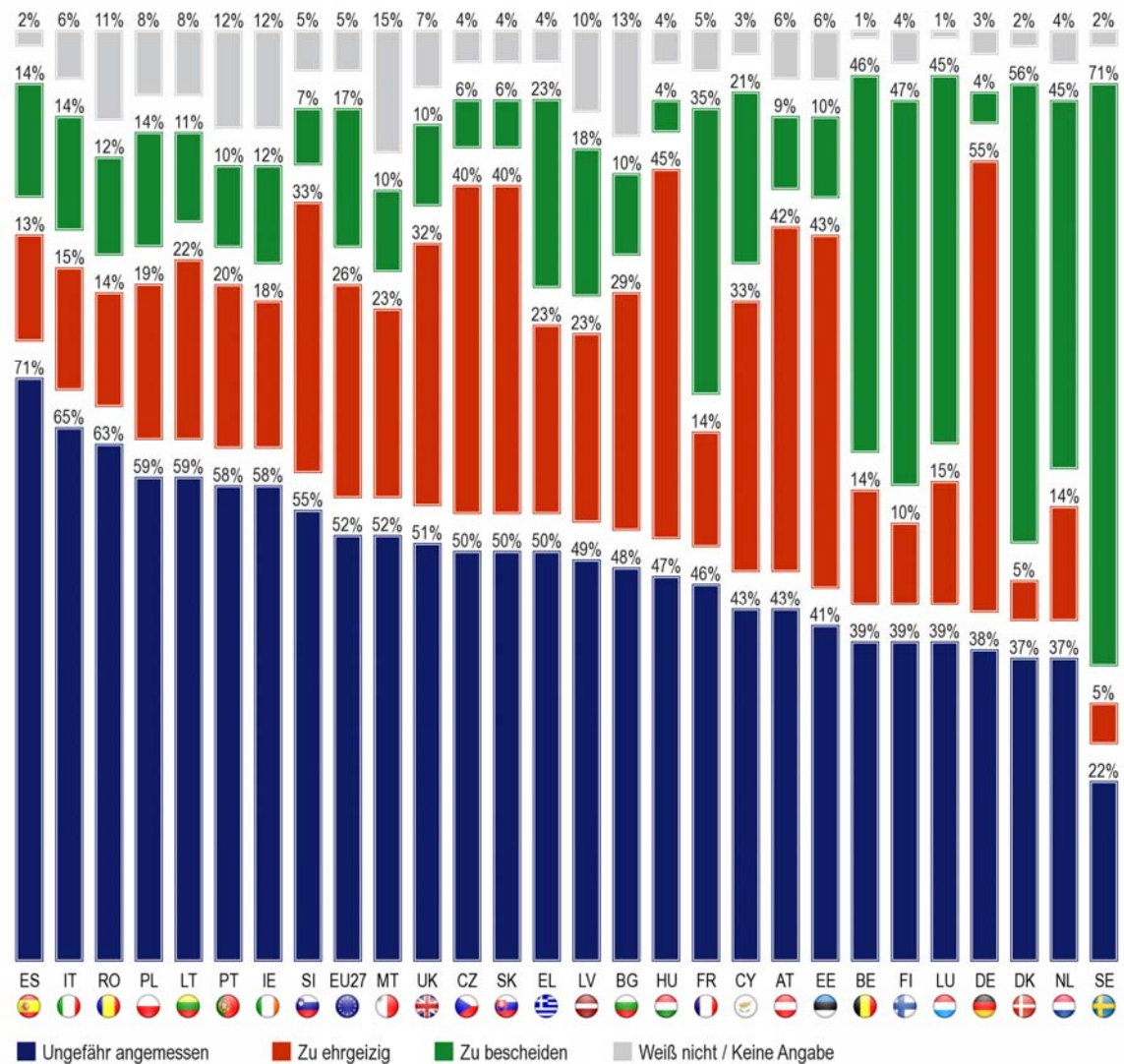
Zu dieser Frage stellen wir in Abhängigkeit vom Ausbildungsniveau der Befragten einige Unterschiede fest: Die Überzeugung, dass dieses Ziel nicht ehrgeizig genug ist, wird mit höherer Wahrscheinlichkeit von befragten Personen geteilt, die über ein hohes Ausbildungsniveau verfügen (32% der Befragten, die ihre Ausbildung mit 19 Jahren und danach fortgesetzt haben) als von denjenigen, die ein niedriges Ausbildungsniveau haben (19% der Personen, die ihre Ausbildung vor dem 16. Geburtstag abgeschlossen haben).

«Mindestens 40% der jüngeren Generation sollten ein Diplom oder einen Hochschulabschluss haben»

Die größten nationalen Unterschiede stellen wir zweifellos bei der Bewertung dieses Ziels fest: In sechs Mitgliedstaaten der Union wird es von einer Mehrheit als zu bescheiden eingestuft: Dies gilt für Schweden (71%), Dänemark (56%), Finnland (47%), Belgien (46%), Luxemburg (45%) und die Niederlande (45%). Demgegenüber zeichnet sich für Deutschland eine sehr spezifische Meinungslage ab, da dieses Land das einzige in der Union ist, in dem eine absolute Mehrheit dieses Ziel als zu ehrgeizig bewertet (55%). Auch in Estland (43% gegenüber 41% der Befragten, die es als „ungefähr angemessen« bewerten), Ungarn (45% gegenüber 47%) Österreich (42% gegenüber 43%), der Slowakei (40% gegenüber 50%) und der Tschechischen Republik (40% gegenüber 50%) sind die Anteile Befragter hoch, die dieses Ziel als zu ehrgeizig beurteilen. Insgesamt beobachten wir in sechs Mitgliedstaaten der EU, dass ein Anteil von mindestens 40% der befragten Personen dieses Ziel als zu ehrgeizig einschätzt.

QC2.7. Bitte sagen Sie mir für jedes der nachfolgend genannten Ziele, die bis zum Jahr 2020 in der Europäischen Union erreicht werden sollen, ob es Ihrer Meinung nach zu ehrgeizig, ungefähr angemessen oder zu bescheiden ist.

Mindestens 40% der jüngeren Generation sollten ein Diplom oder einen Hochschulabschluss haben



In Abhängigkeit vom Ausbildungsniveau der Befragten lassen sich hierzu einige Unterschiede feststellen: 26% der Personen, die ihre Ausbildung auch nach dem Alter von 19 Jahren fortgeführt haben, stufen dieses Ziel als zu bescheiden ein, während dies nur für 10% derjenigen gilt, die ihre Ausbildung vor dem 16. Geburtstag abgeschlossen haben.

QC2 Bitte sagen Sie mir für jedes der nachfolgend genannten Ziele, die bis zum Jahr 2020 in der Europäischen Union erreicht werden sollen, ob es Ihrer Meinung nach zu ehrgeizig, ungefähr angemessen oder zu bescheiden ist.

	Der Anteil junger Leute, die die Schule ohne Abschluss verlassen, sollte nicht mehr als 10% der Schüler betragen				Mindestens 40% der jüngeren Generation sollten ein Diplom oder einen Hochschulabschluss haben			
	Zu ehrgeizig	Ungefähr angemessen	Zu bescheiden	WN	Zu ehrgeizig	Ungefähr angemessen	Zu bescheiden	WN
EU27	15%	53%	25%	7%	26%	52%	17%	5%
Ausbildung (Ende der)								
15-	14%	58%	19%	9%	24%	59%	10%	7%
16-19	16%	52%	24%	8%	29%	50%	15%	6%
20+	14%	48%	32%	6%	24%	46%	26%	4%
Studiert noch	16%	53%	27%	4%	22%	53%	22%	3%

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Auch wenn wir einen geringfügigen Rückgang der positiven Einstellungen beobachten, **können wir doch feststellen, dass sich die generelle Sichtweise der europäischen Bürger über die Globalisierung seit den letzten Eurobarometer-Umfragen nicht verändert hat:**

- Die Globalisierung wird nach wie vor von einer Mehrheit der Bürger einerseits als Antrieb für Wirtschaftswachstum und Entwicklung und andererseits als Faktor, der soziale Ungleichheiten verstärkt, wahrgenommen.
- Gleichmaßen sind die Befragten weiterhin davon überzeugt, dass die Globalisierung mehr den großen Unternehmen nützt, als den Bürgern. Eine Mehrheit der Bürger hat nicht den Eindruck, dass die Globalisierung sie vor Preissteigerungen schützt.
- Nach Ansicht der Bürger benötigt die Globalisierung weltweit gültige Regeln, auch wenn dies im Vergleich zur vorherigen Umfrage mittlerweile von weniger Befragten gefordert wird.
- Die Vorstellung der Bürger davon, welche Rolle die Europäische Union angesichts der Herausforderungen der Globalisierung übernimmt, hat sich stark gewandelt: Die positiven Bewertungen dieser Rolle der Union sind seit der Herbstumfrage 2009 deutlich zurückgegangen. Eine Erklärung hierfür mag sein, dass die Anteile für die Auffassung, die Union verfüge über ausreichend Macht und Mittel zur Verteidigung ihrer wirtschaftlichen Interessen in der globalen Wirtschaft, erheblich gesunken sind, auch wenn es sich nach wie vor um eine Mehrheitsmeinung handelt.
- In Folge der Wahl von Barack Obama waren zwischen Herbst 2008 und Herbst 2009 deutlich mehr Bürger davon überzeugt, dass die Interessen der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten übereinstimmen. Für diese Ansicht verzeichnen wir mittlerweile einen geringfügigen Rückgang, es handelt sich aber nach wie vor um eine Mehrheitsmeinung. Im Vergleich hierzu erklärt nur einer von vier europäischen Bürgern, dass China und die Europäische Union überschneidende wirtschaftliche Interessen haben.

Die Krise löst bei den Bürgern einen deutlichen Wunsch nach einer stärkeren Regulierung der Finanzmärkte durch die Union aus. Die EU wird in diesem Zusammenhang mehr denn je als Akteur gesehen, der am besten dazu in der Lage ist, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Krise zu ergreifen.

- Besonders große Erwartungen bringen die Bürger einer besseren Abstimmung der Wirtschafts- und Finanzpolitik zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten der EU bzw. auch zwischen den Ländern der Euro-Zone entgegen. Eine überwältigende Mehrheit der europäischen Bürger ist der Ansicht, dass die verschiedenen Mitgliedstaaten der EU im Kampf gegen die Krise mehr zusammenarbeiten sollten.
- Eine Mehrheit der Bürger ist weiterhin davon überzeugt, dass die schlimmsten Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt noch bevorstehen. Diese Meinung ist seit Herbst 2009 stabil geblieben.
- Wir stellen zu dieser Frage auf europäischer Ebene stabile Werte fest, dagegen sind die Unterschiede auf Länderebene beträchtlich: Die öffentliche Meinung in Ungarn und den baltischen Staaten hat in hohem Maße wieder Vertrauen in die Zukunft des Arbeitsmarktes gewonnen. Demgegenüber hat sich der Pessimismus in Griechenland erheblich verstärkt.
- Die EU stärkt ihre Position als Akteur, der am besten in der Lage ist, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Krise zu ergreifen: Dieser Auffassung sind mittlerweile mehr als einer von vier europäischen Bürgern.
- Auch wenn die Bürger von der Schutzfunktion der Europäischen Union angesichts der Krise überzeugt sind, so hat der Ruf des Euro als wirksamer Stabilitätsfaktor zwischenzeitlich deutlich gelitten: Weniger als einer von drei europäischen Bürgern vertritt noch die Meinung, dass die Einheitswährung die Auswirkungen der Krise abgeschwächt hat.
- Immer dringlicher wird die Forderung erhoben, dass die Europäische Union tätig werden muss, um einen Ausweg aus der Krise zu finden: Eine Mehrheit der europäischen Bürger stimmt darin überein, dass Reformen verabschiedet werden müssen, um einen Weg aus der Krise zu finden, selbst wenn dies für die gegenwärtige Generation gewisse Opfer bedeutet.
- Die Europäer sind darüber hinaus der Ansicht, dass es von Vorteil wäre, wenn die Union verstärkt die Finanzmärkte überwachen, kontrollieren und reglementieren würde.
- Knapp drei von vier europäischen Bürgern erklären, dass die Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung keinen Aufschub dulden. Wenn allerdings die Arbeitsmarktfrage mit in die Waagschale geworfen wird, betrachten die Bürger diese Maßnahmen mit deutlich kritischeren Augen: In der Tat ist eine relative Mehrheit der Befragten der Ansicht, dass eine gezielte oder vorübergehende Erhöhung des öffentlichen Defizits zur Schaffung von Arbeitsplätzen erforderlich sein kann.
- Hinsichtlich der Frage, welche Maßnahmen ergriffen werden sollten, um die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft zu erhöhen, plädieren die europäischen Bürger vorrangig für Investitionen im Bereich Bildung und beruflicher Weiterbildung, Unterstützung bei der Gründung neuer Firmen und Investitionen im Bereich Forschung und Entwicklung.

Eine große Mehrheit der Befragten bestätigt, sich als europäischer Bürger zu fühlen. Diesbezüglich stellen wir einen deutlichen Wunsch nach mehr Information fest. Auf die sozialen Themen wird hierbei besonders viel Wert gelegt: Vor dem Hintergrund der Krise **wünschen die europäischen Bürger, dass die Unionsbürgerschaft vor allem auf einer Vereinheitlichung und Verbesserung der Sozialsysteme aufbaut.**

- Die europäischen Bürger definieren sich in allererster Linie über ihre Nationalität – knapp einer von zwei Bürgern bezieht sich ausschließlich auf die nationale Identität. Nichtsdestoweniger ist die europäische Dimension gegenwärtig: Mehr als vier von zehn europäischen Bürgern definieren sich vor allem als «Nationalbürger und Europäer/in». Seit Frühjahr 2007 stellen wir allerdings hierfür leichte Rückgänge fest.
- Ansonsten erklärt eine klare Mehrheit der Befragten, sich als Unionsbürger zu fühlen, wobei diese Ansicht stark von den sozialen Umständen der Befragten abhängt: Es handelt sich hierbei um eine Meinung, die in besonderem Maße von den oberen und gut ausgebildeten Bevölkerungsschichten geteilt wird.
- Wenig mehr als vier von 10 europäischen Bürgern erklären, ihre Rechte als Bürger der EU zu kennen und wünschen trotzdem, diesbezüglich bessere Informationen zu erhalten: Nahezu drei Viertel der Europäer möchten mehr über ihre Rechte als Unionsbürger wissen.
- Die europäischen Bürger sind der Ansicht, dass vor allem soziale Themen das Gefühl stärken könnten, ein europäischer Bürger zu sein. Dies gilt in geringerem Maße für politische Themen. Die Befragten aus allen Bevölkerungsschichten stimmen generell mit der Rangfolge der Themen überein, auf denen die Unionsbürgerschaft aufbaut.
- Ein vergleichsweise hoher Anteil der europäischen Bevölkerung ist (aus sozialer und kultureller Sicht) dem Rest der Europäischen Union gegenüber offen. Im Vergleich zum März 2006 sind diese Anteile gestiegen. Einer von drei europäischen Bürgern ist dem Rest der Union gegenüber mäßig oder stark offen.
- Der Wegfall der Grenzkontrollen ist die Errungenschaft der EU, von der die europäischen Bürger persönlich am meisten profitiert haben. Als nächstes geben die Befragten die Verbesserung der Verbraucherrechte und die geringeren Kosten für internationale Gespräche an. Am häufigsten nutzen diese Errungenschaften zwangsläufig diejenigen Europäer, die viel auf Reisen sind.
- Die europäischen Bürger sprechen sich in sehr hohen Anteilen für die Beteiligung an Wahlen aus, um sicherzustellen, dass die eigene Stimme von den Entscheidungsträgern gehört wird. Diese Option wird mit deutlichem Abstand an die Spitze der Rangfolge gewählt und hat seit März 2006 ihren Anteil noch verstärken können.
- Es scheint, als hätten nur wenige Bürger Kenntnis von der Möglichkeit einer Bürgerinitiative. Aus diesem Grunde überzeugt sie bisher nur eine Minderheit der Europäer. Auf die Frage, in welchen Bereichen sie die Bürgerinitiative im Zweifelsfalle in Anspruch nehmen würden, entscheiden sich die Bürger in erster Linie für soziale, umweltpolitische oder die Grundrechte der Bürger betreffende Themen.

- Drei von 10 europäischen Bürgern sind aktiv oder ehrenamtlich in Organisationen oder Vereinen tätig; sie engagieren sich insbesondere in Sportclubs oder kulturellen Organisationen.

Die europäischen Bürger sind von der Krise und deren Auswirkungen gezeichnet und wünschen vor allem, dass so schnell wie möglich ein Ausweg gefunden wird. Aus diesem Grunde unterstützen sie in hohem Maße die Strategie "Europa 2020".

- Eine Mehrheit der europäischen Bürger ist der Ansicht, dass die sieben Initiativen der Strategie Europa 2020 wichtig sind. Es besteht der deutliche Wunsch, diese Initiativen umzusetzen, um einen Ausweg aus der Krise zu finden.
- In der Rangfolge der Initiativen, die von den Bürgern als besonders wichtig bewertet werden, kommen zuerst die sozialen und dann die umweltpolitischen Maßnahmen. Als nächstes nennen die Bürger Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union, zur Verbesserung der Bildung und zur Förderung von Innovationen. Die Initiative mit der schließlich die Weiterentwicklung der Internet- und IT-Wirtschaft vorangetrieben werden soll, wird von geringfügig weniger als einem von zwei Bürgern als wichtig bewertet.
- Die Ziele, die sich die Europäische Union im Rahmen von Europa 2020 gesetzt hat, werden von einer breiten Mehrheit der europäischen Bürger als realistisch eingeschätzt.
- Wenig mehr als einer von vier Bürgern ist der Ansicht, dass es schwierig sein würde, das Ziel zu erreichen nach welchem bis zum Jahr 2020 mindestens 40% der jüngeren Generation ein Diplom oder einen Hochschulabschluss haben sollten. Demgegenüber ist ein Viertel der Bürger davon überzeugt, dass das Ziel, den Anteil junger Leute, die die Schule ohne Abschluss verlassen, auf maximal 10% der Schüler zu begrenzen, zu bescheiden ist.

ANHÄNGE

TECHNISCHE SPEZIFIKATIONEN

STANDARD-EUROBAROMETER 73

Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union

TECHNISCHE SPEZIFIKATIONEN

Zwischen dem 5. und dem 28. Mai 2010, hat TNS Opinion & Social, ein Konsortium aus TNS plc und TNS opinion, im Auftrag der EUROPÄISCHEN KOMMISSION, Generaldirektion Kommunikation, Referat „Forschung und Verfassen von Reden“, die EUROBAROMETER-Umfragewelle 73.4 durchgeführt.

Die STANDARD-EUROBAROMETER 73 ist Teil der Umfragewelle 73.4 und deckt die Gruppe der mindestens 15 jährigen Personen ab, die über die Nationalität eines EU-Mitgliedsstaates verfügen und in einem der Mitgliedstaaten der Europäischen Union ihren Wohnsitz haben. Die STANDARD-EUROBAROMETER 73 wurde außerdem in Island, in den drei Bewerberländern (Kroatien, Türkei und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien) sowie in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft durchgeführt. In diesen Ländern wurden die einheimische Bevölkerung und die Bürger aller EU-Mitgliedsländer befragt, die ihren Wohnsitz in diesen Ländern haben und eine der Landessprachen ausreichend beherrschen, um den Fragebogen beantworten zu können. In den einzelnen Ländern wurden jeweils mit einer zur Bevölkerungszahl (um jeweils das gesamte Land abzudecken) und Bevölkerungsdichte proportionalen Wahrscheinlichkeit mehrere Erhebungspunkte durch Ziehung ermittelt.

Zu diesem Zweck wurden aus den "regionalen Verwaltungseinheiten" nach einer Schichtung pro Einzeleinheit und nach Regionstypen, diese Erhebungspunkte systematisch durch Ziehung ermittelt. Sie repräsentieren so das Gesamtgebiet des an der Studie teilnehmenden Landes, nach EUROSTAT-NUTS II (oder entsprechendem) und nach der Verteilung der nationalen Wohnbevölkerung in Bezug auf großstädtische Ballungszentren sowie städtische und ländliche Gebiete. Für jeden der Erhebungspunkte wurde nach dem Zufallsprinzip eine Ausgangsadresse gezogen. Die weiteren Adressen (jede n-te Adresse) wurden daraufhin ausgehend von der Ausgangsadresse nach einem Random-Route-Verfahren ausgewählt. In jedem Haushalt wurde dann der Befragte nach einem Zufallsprinzip bestimmt (nach der Regel des „zeitlich am nächsten liegenden Geburtstags“). Alle Interviews wurden von Angesicht zu Angesicht mit dem Befragten und in der jeweiligen Landessprache durchgeführt. Was die Technik der Datensammlung betrifft, wurde in allen Ländern, in denen dies möglich war, das CAPI-System (Computer Assisted Personal Interview) eingesetzt.

ABK.	LÄNDER	INSTITUT	ZAHL DER INTERVIEWS	FELDZEIT		BEVÖLKERUNG 15+
BE	Belgien	TNS Dimarso	1.013	06/05/2010	27/05/2010	8.866.411
BG	Bulgarien	TNS BBSS	1.000	05/05/2010	17/05/2010	6.584.957
CZ	Tschech.Rep.	TNS Aisa	1.021	07/05/2010	22/05/2010	8.987.535
DK	Dänemark	TNS Gallup DK	1.007	07/05/2010	25/05/2010	4.533.420
DE	Deutschland	TNS Infratest	1.515	06/05/2010	26/05/2010	64.545.601
EE	Estland	Emor	1.000	07/05/2010	24/05/2010	916.000
IE	Irland	TNS MRBI	1.014	07/05/2010	23/05/2010	3.375.399
EL	Griechenland	TNS ICAP	1.000	07/05/2010	23/05/2010	8.693.566
ES	Spanien	TNS Demoscopia	1.006	08/05/2010	25/05/2010	39.035.867
FR	Frankreich	TNS Sofres	1.020	07/05/2010	27/05/2010	47.620.942
IT	Italien	TNS Infratest	1.028	07/05/2010	21/05/2010	51.252.247
CY	Zypern	Synovate	507	07/05/2010	23/05/2010	651.400
LV	Lettland	TNS Latvia	1.003	07/05/2010	24/05/2010	1.448.719
LT	Litauen	TNS Gallup Lithuania	1.019	07/05/2010	21/05/2010	2.849.359
LU	Luxemburg	TNS ILReS	505	07/05/2010	25/05/2010	404.907
HU	Ungarn	TNS Hungary	1.021	07/05/2010	23/05/2010	8.320.614
MT	Malta	MISCO	500	07/05/2010	23/05/2010	335.476
NL	Niederlande	TNS NIPO	1.013	07/05/2010	28/05/2010	13.288.200
		Österreichisches				
AT	Österreich	Gallup-Institut	1.000	05/05/2010	24/05/2010	6.973.277
PL	Polen	TNS OBOP	1.000	08/05/2010	25/05/2010	32.306.436
PT	Portugal	TNS EUROTESTE	1.025	07/05/2010	24/05/2010	8.080.915
RO	Rumänien	TNS CSOP	1.020	07/05/2010	19/05/2010	18.246.731
SI	Slowenien	RM PLUS	1.010	07/05/2010	23/05/2010	1.748.308
SK	Slowakei	TNS AISA SK	1.027	08/05/2010	23/05/2010	4.549.954
FI	Finnland	TNS Gallup Oy	1.001	07/05/2010	25/05/2010	4.412.321
SE	Schweden	TNS GALLUP	1.050	06/05/2010	25/05/2010	7.723.931
UK	Vereinigtes Königreich	TNS UK	1.316	07/05/2010	23/05/2010	51.081.866
GESAMT EU27			26.641	05/05/2010	28/05/2010	406.834.359
IS	Iceland	Capacent	526	07/05/2010	24/05/2010	252.277
CY(tcc)	Türkisch-zyprische Gem.	Kadem	500	07/05/2010	23/05/2010	143.226
HR	Kroatien	Puls	1.000	07/05/2010	25/05/2010	3.749.400
TR	Türkei	TNS PIAR	1.000	07/05/2010	25/05/2010	52.728.513
	Ehemalige jugoslawische					
MK	Rep. Mazedonien	TNS Brima	1.048	07/05/2010	13/05/2010	1.678.404
GESAMT			30.715	05/05/2010	28/05/2010	465.386.179

In jedem Land wurde ein Vergleich der Stichprobe mit der Grundgesamtheit durchgeführt. Die Beschreibung der Grundgesamtheit basiert auf den Bevölkerungsdaten von EUROSTAT bzw. den von den nationalen Statistik-Instituten stammenden Daten. Für alle von der Studie abgedeckten Länder wurde auf der Basis dieser Beschreibung der Grundgesamtheit ein Verfahren zur nationalen Gewichtung ausgearbeitet (unter Einbeziehung von Marginal- und Kreuzgewichtungen). In allen Ländern wurden das Geschlecht, das Alter, die Regionen und die Siedlungsgröße in das Iterationsverfahren einbezogen. Für die internationale Gewichtung (z.B. EU-Mittelwerte) hat TNS Opinion & Social auf die offiziellen, von EUROSTAT oder den nationalen Statistik-Instituten herausgegebenen Zahlen zurückgegriffen. Die vollständigen Bevölkerungszahlen, die in dieses Verfahren der nachträglichen Gewichtung eingeflossen sind, sind oben angegeben.

Der Leser sollte darauf hingewiesen werden, dass es sich bei den Ergebnissen einer Umfrage stets um Schätzungen handelt, deren Genauigkeit – bei sonst gleichen Voraussetzungen – von der Stichprobengröße und dem Stichprobenanteil abhängig ist. Für eine Stichprobengröße von ungefähr 1.000 Interviews, schwanken die wahren Werte innerhalb der folgenden Konfidenzintervalle:

Stichprobenanteil	10% oder 90%	20% oder 80%	30% oder 70%	40% oder 60%	50%
Konfidenzgrenzen	± 1,9 Punkte	± 2,5 Punkte	± 2,7 Punkte	± 3,0 Punkte	± 3,1 Punkte

FRAGEBOGEN

1. CORE TREND QUESTIONS

QA1	On the whole, are you very satisfied, fairly satisfied, not very satisfied or not at all satisfied with the life you lead?
-----	--

(READ OUT)

Very satisfied	1
Fairly satisfied	2
Not very satisfied	3
Not at all satisfied	4
DK	5

EB72.4 QA1

QA2	When you get together with friends or relatives, would you say you discuss frequently, occasionally or never about...?
-----	--

(ONE ANSWER PER LINE)

	(READ OUT)	Frequently	Occasionally	Never	DK
--	------------	------------	--------------	-------	----

1	National political matters	1	2	3	4
2	European political matters	1	2	3	4
3	Local political matters (N)	1	2	3	4

EB65.1 QA6 TREND MODIFIED

1. FRAGEN ZU HAUPTTENDENZEN

QA1	Sind Sie insgesamt gesehen mit dem Leben, das Sie führen -
-----	--

sehr zufrieden,	1
ziemlich zufrieden,	2
nicht sehr zufrieden oder	3
überhaupt nicht zufrieden?	4
Weiß nicht / Keine Angabe	5

EB72.4 QA1

QA2	Wenn Sie mit Freunden oder Verwandten zusammen sind, würden Sie sagen, Sie diskutieren häufig, gelegentlich oder niemals über
-----	---

		Häufig	Gelegentlich	Niemals	WN
--	--	--------	--------------	---------	----

1	nationale politische Angelegenheiten	1	2	3	4
2	europäische politische Angelegenheiten	1	2	3	4
3	lokale politische Angelegenheiten	1	2	3	4

EB65.1 QA6 TREND MODIFIED

QA3	When you hold a strong opinion, do you ever find yourself persuading your friends, relatives or fellow workers to share your views? Does this happen...?
-----	--

(READ OUT)

Often	1
From time to time	2
Rarely	3
Never	4
DK	5

EB70.1 QA2

DO NOT ASK QA4a IN CY(tcc) – CY(tcc) GO TO QA4b

QA4a	How would you judge the current situation in each of the following?
------	---

(SHOW CARD WITH SCALE - ONE ANSWER PER LINE)

	(READ OUT)	Very good	Rather good	Rather bad	Very bad	DK
1	The situation of the (NATIONALITY) economy	1	2	3	4	5
2	The situation of the European economy	1	2	3	4	5
3	The situation of the economy in the world	1	2	3	4	5
4	Your personal job situation	1	2	3	4	5
5	The financial situation of your household	1	2	3	4	5
6	The employment situation in (OUR COUNTRY)	1	2	3	4	5
7	The situation of the environment in (OUR COUNTRY)	1	2	3	4	5

EB72.4 QA2a

QA3	Kommt es vor, dass Sie Ihre Freunde, Ihre Verwandten oder Ihre Arbeitskollegen von einer Meinung überzeugen, auf die Sie selbst großen Wert legen? Geschieht dies -
-----	---

Häufig	1
Von Zeit zu Zeit	2
Selten oder	3
Niemals	4
WN	5

EB70.1 QA2

QA4a nicht in CY(tcc) abfragen - CY(tcc) weiter mit QA4b

QA4a	Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste?
------	---

		Sehr gut	Ziemlich gut	Ziemlich schlecht	Sehr schlecht	WN
1	Die Lage der (NATIONALEN) Wirtschaft	1	2	3	4	5
2	Die Lage der europäischen Wirtschaft	1	2	3	4	5
3	Die Lage der Weltwirtschaft	1	2	3	4	5
4	Ihre persönliche berufliche Situation	1	2	3	4	5
5	Die finanzielle Situation Ihres Haushalts	1	2	3	4	5
6	Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in (UNSEREM LAND)	1	2	3	4	5
7	Die Situation der Umwelt in (UNSEREM LAND)	1	2	3	4	5

EB72.4 QA2a

ASK QA4b ONLY IN CY(tcc) – OTHERS GO TO QA5a

QA4b How would you judge the current situation in each of the following?

(SHOW CARD WITH SCALE - ONE ANSWER PER LINE)

	(READ OUT)	Very good	Rather good	Rather bad	Very bad	DK
1	The economic situation in the Turkish Cypriot Community	1	2	3	4	5
2	The situation of the European economy	1	2	3	4	5
3	The situation of the economy in the world	1	2	3	4	5
4	Your personal job situation	1	2	3	4	5
5	The financial situation of your household	1	2	3	4	5
6	The employment situation in the Turkish Cypriot Community	1	2	3	4	5
7	The situation of the environment in the Turkish Cypriot Community	1	2	3	4	5

EB72.4 QA2b

QA4b NUR IN CY(tcc) FRAGEN - SONST WEITER MIT QA5a

QA4b Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste?

		Sehr gut	Ziemlich gut	Ziemlich schlecht	Sehr schlecht	WN
1	Die wirtschaftliche Lage in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft	1	2	3	4	5
2	Die Lage der europäischen Wirtschaft	1	2	3	4	5
3	Die Lage der Weltwirtschaft	1	2	3	4	5
4	Ihre persönliche berufliche Situation	1	2	3	4	5
5	Die finanzielle Situation Ihres Haushalts	1	2	3	4	5
6	Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft	1	2	3	4	5
7	Die Situation der Umwelt in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft	1	2	3	4	5

EB72.4 QA2b

DO NOT ASK QA5a IN CY(tcc) – CY(tcc) GO TO QA5b

QA5a	For each of the following domains, would you say that the situation in (OUR COUNTRY) is better or less good than the average of the European Union countries?
------	---

(SHOW CARD WITH SCALE - ONE ANSWER PER LINE)

	(READ OUT - ROTATE)	Much better	Somewhat better	Somewhat less good	Definitely less good	DK
1	The situation of the (NATIONALITY) economy	1	2	3	4	5
2	The employment situation in (OUR COUNTRY)	1	2	3	4	5
3	The cost of living in (OUR COUNTRY)	1	2	3	4	5
4	Energy prices in (OUR COUNTRY)	1	2	3	4	5
5	The quality of life in (OUR COUNTRY)	1	2	3	4	5
6	The situation of the environment in (OUR COUNTRY)	1	2	3	4	5

EB72.4 QA3a

QA5a NICHT IN CY(tcc) ABFRAGEN - CY(tcc) WEITER MIT QA5b

QA5a	Sagen Sie mir bitte für jeden Bereich auf der Liste, ob die Situation in (UNSEREM LAND) Ihrer Meinung nach besser oder schlechter ist als im Durchschnitt der Mitgliedsländer der Europäischen Union?
------	---

		Viel besser	Etwas besser	Etwas schlechter	Viel schlechter	WN
1	Die Lage der (NATIONALEN) Wirtschaft	1	2	3	4	5
2	Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in (UNSEREM LAND)	1	2	3	4	5
3	Die Lebenshaltungskosten in (UNSEREM LAND)	1	2	3	4	5
4	Die Energiepreise in (UNSEREM LAND)	1	2	3	4	5
5	Die Lebensqualität in (UNSEREM LAND)	1	2	3	4	5
6	Die Situation der Umwelt in (UNSEREM LAND)	1	2	3	4	5

EB72.4 QA3a

ASK QA5b ONLY IN CY(tcc) - OTHERS GO TO QA6a

QA5b	For each of the following domains, would you say that the situation in the Turkish Cypriot Community is better or less good than the average of the European Union countries?
------	---

(SHOW CARD WITH SCALE - ONE ANSWER PER LINE)

	(READ OUT - ROTATE)	Much better	Somewhat better	Somewhat less good	Definitely less good	DK
1	The situation of our economy	1	2	3	4	5
2	The employment situation in our Community	1	2	3	4	5
3	The cost of living in our Community	1	2	3	4	5
4	Energy prices in our Community	1	2	3	4	5
5	The quality of life in our Community	1	2	3	4	5
6	The situation of the environment in our Community	1	2	3	4	5

EB72.4 QA3b

QA5b NUR IN CY(tcc) FRAGEN - SONST WEITER MIT QA6a

QA5b	Sagen Sie mir bitte für jeden Bereich auf der Liste, ob die Situation in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft Ihrer Meinung nach besser oder schlechter ist als im Durchschnitt der Mitgliedsländer der Europäischen Union?
------	---

		Viel besser	Etwas besser	Etwas schlechter	Viel schlechter	WN
1	Die Lage unserer Wirtschaft	1	2	3	4	5
2	Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in unserer Gemeinschaft	1	2	3	4	5
3	Die Lebenshaltungskosten in unserer Gemeinschaft	1	2	3	4	5
4	Die Energiepreise in unserer Gemeinschaft	1	2	3	4	5
5	Die Lebensqualität in unserer Gemeinschaft	1	2	3	4	5
6	Die Situation der Umwelt in unserer Gemeinschaft	1	2	3	4	5

EB72.4 QA3b

DO NOT ASK QA6a in CY(tcc) – CY(tcc) GO TO QA6b

QA6a What are your expectations for the next twelve months: will the next twelve months be better, worse or the same, when it comes to...?

(ONE ANSWER PER LINE)

	(READ OUT)	Better	Worse	Same	DK
--	------------	--------	-------	------	----

1	Your life in general	1	2	3	4
2	The economic situation in (OUR COUNTRY)	1	2	3	4
3	The financial situation of your household	1	2	3	4
4	The employment situation in (OUR COUNTRY)	1	2	3	4
5	Your personal job situation	1	2	3	4
6	The economic situation in the European Union	1	2	3	4
7	The economic situation in the world	1	2	3	4
8	The situation of the environment in (OUR COUNTRY)	1	2	3	4

EB72.4 QA4a

QA6a NICHT IN CY(tcc) ABFRAGEN - CY(tcc) WEITER MIT QA6b

QA6a Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?

		Besser	Schlechter	Gleich	WN
--	--	--------	------------	--------	----

1	Ihr Leben im Allgemeinen	1	2	3	4
2	Die wirtschaftliche Lage in (UNSEREM LAND)	1	2	3	4
3	Die finanzielle Situation Ihres Haushaltes	1	2	3	4
4	Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in (UNSEREM LAND)	1	2	3	4
5	Ihre persönliche berufliche Situation	1	2	3	4
6	Die wirtschaftliche Lage in der EU	1	2	3	4
7	Die Lage der Weltwirtschaft	1	2	3	4
8	Die Situation der Umwelt in (UNSEREM LAND)	1	2	3	4

EB72.4 QA4a

ASK QA6b ONLY IN CY(tcc) - OTHERS GO TO QA7a

--

QA6b What are your expectations for the next twelve months: will the next twelve months be better, worse or the same, when it comes to...?

(ONE ANSWER PER LINE)

	(READ OUT)	Better	Worse	Same	DK
--	------------	--------	-------	------	----

1	Your life in general	1	2	3	4
2	The economic situation in the Turkish Cypriot Community	1	2	3	4
3	The financial situation of your household	1	2	3	4
4	The employment situation in the Turkish Cypriot Community	1	2	3	4
5	Your personal job situation	1	2	3	4
6	The economic situation in the European Union	1	2	3	4
7	The economic situation in the world	1	2	3	4
8	The situation of the environment in our Community	1	2	3	4

EB72.4 QA4b

QA6b NUR IN CY(tcc) FRAGEN - SONST WEITER MIT QA7a

--

QA6b Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?

--

		Besser	Schlechter	Gleich	WN
--	--	--------	------------	--------	----

1	Ihr Leben im Allgemeinen	1	2	3	4
2	Die wirtschaftliche Lage in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft	1	2	3	4
3	Die finanzielle Situation Ihres Haushaltes	1	2	3	4
4	Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft	1	2	3	4
5	Ihre persönliche berufliche Situation	1	2	3	4
6	Die wirtschaftliche Lage in der EU	1	2	3	4
7	Die Lage der Weltwirtschaft	1	2	3	4
8	Die Situation der Umwelt in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft	1	2	3	4

EB72.4 QA4b

DO NOT ASK QA7a AND QA8a IN CY(tcc) – CY(tcc) GO TO QA7b

--

QA7a What do you think are the two most important issues facing (OUR COUNTRY) at the moment?

(SHOW CARD - READ OUT - MAX. 2 ANSWERS)

Crime	1,
Economic situation	2,
Rising prices\ inflation	3,
Taxation	4,
Unemployment	5,
Terrorism	6,
Defence\ Foreign affairs	7,
Housing	8,
Immigration	9,
Healthcare system	10,
The educational system	11,
Pensions	12,
The environment	13,
Energy	14,
Other (SPONTANEOUS)	15,
None (SPONTANEOUS)	16,
DK	17,

EB72.4 QA5a

QA7a und QA8a nicht in CY(tcc) abfragen - CY(tcc) weiter mit QA7b

--

QA7a Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen (UNSER LAND) derzeit gegenübersteht?

MAX. 2 NENNUNGEN

Kriminalität	1,
Wirtschaftliche Lage	2,
Steigende Preise / Inflation	3,
Steuern	4,
Arbeitslosigkeit	5,
Terrorismus	6,
Verteidigung / Außenpolitik	7,
Wohnungsbau	8,
Einwanderung	9,
Gesundheitssystem	10,
Bildungssystem	11,
Renten	12,
Umwelt	13,
Energie	14,
Spontan: Sonstiges	15,
Spontan: Nichts davon	16,
WN	17,

EB72.4 QA5a

QA8a	And personally, what are the two most important issues you are facing at the moment?

(SHOW CARD - READ OUT - MAX. 2 ANSWERS)

Crime	1,
Economic situation	2,
Rising prices\ inflation	3,
Taxation	4,
Unemployment	5,
Terrorism	6,
Defence\ Foreign affairs	7,
Housing	8,
Immigration	9,
Healthcare system	10,
The educational system	11,
Pensions	12,
The environment	13,
Energy	14,
Other (SPONTANEOUS)	15,
None (SPONTANEOUS)	16,
DK	17,

EB72.4 QA6a

QA8a	Und von welchen zwei der folgenden Themen sind Sie persönlich momentan am meisten betroffen?

MAX. 2 NENNUNGEN

Kriminalität	1,
Wirtschaftliche Lage	2,
Steigende Preise / Inflation	3,
Steuern	4,
Arbeitslosigkeit	5,
Terrorismus	6,
Verteidigung / Außenpolitik	7,
Wohnungsbau / Wohnungsbeschaffung	8,
Einwanderung	9,
Gesundheitssystem	10,
Bildungssystem	11,
Renten	12,
Umwelt	13,
Energie	14,
Spontan: Sonstige	15,
Spontan: Nichts davon	16,
WN	17,

EB72.4 QA6a

ASK QA7b AND QA8b ONLY IN CY(tcc) - OTHERS GO TO QA9a

--

QA7b	What do you think are the two most important issues facing our Community at the moment?
------	---

(SHOW CARD - READ OUT - MAX. 2 ANSWERS)

Crime	1,
Economic situation	2,
Rising prices\ inflation	3,
Taxation	4,
Unemployment	5,
Terrorism	6,
Cyprus issue	7,
Housing	8,
Immigration	9,
Healthcare system	10,
The educational system	11,
Pensions	12,
The environment	13,
Energy	14,
Other (SPONTANEOUS)	15,
None (SPONTANE)	16,
DK	17,

EB72.4 QA5b

QA7b UND QA8b NUR IN CY(tcc) FRAGEN - SONST WEITER MIT QA9a

--

QA7b	Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen unsere Gemeinschaft derzeit gegenübersteht?
------	--

MAX. 2 NENNUNGEN

Kriminalität	1,
Wirtschaftliche Lage	2,
Steigende Preise / Inflation	3,
Steuern	4,
Arbeitslosigkeit	5,
Terrorismus	6,
Zypemfrage	7,
Wohnungsbau / Wohnungsbeschaffung	8,
Einwanderung	9,
Gesundheitssystem	10,
Bildungssystem	11,
Renten	12,
Umwelt	13,
Energie	14,
Spontan: Sonstige	15,
Spontan: Nichts davon	16,
WN	17,

EB72.4 QA5b

QA8b	And personally, what are the two most important issues you are facing for the moment?
------	---

(SHOW CARD - READ OUT - MAX. 2 ANSWERS)

Crime	1,
Economic situation	2,
Rising prices\ inflation	3,
Taxation	4,
Unemployment	5,
Terrorism	6,
Cyprus issue	7,
Housing	8,
Immigration	9,
Healthcare system	10,
The educational system	11,
Pensions	12,
The environment	13,
Energy	14,
Other (SPONTANEOUS)	15,
None (SPONTANE)	16,
DK	17,

EB72.4 QA6b

ASK QA9a AND QA10a ONLY IN EU27 – IS, MK, TR AND HR GO TO QA9b – CY(tcc) GO TO QA9c

QA9a	Generally speaking, do you think that (OUR COUNTRY)'s membership of the European Union is...?
------	---

(READ OUT)

A good thing	1
A bad thing	2
Neither good nor bad	3
DK	4

EB72.4 QA7a

QA8b	Und von welchen zwei der folgenden Themen sind Sie persönlich momentan am meisten betroffen?
------	--

MAX. 2 NENNUNGEN

Kriminalität	1,
Wirtschaftliche Lage	2,
Steigende Preise / Inflation	3,
Steuern	4,
Arbeitslosigkeit	5,
Terrorismus	6,
Zypemfrage	7,
Wohnungsbau / Wohnungsbeschaffung	8,
Einwanderung	9,
Gesundheitssystem	10,
Bildungssystem	11,
Renten	12,
Umwelt	13,
Energie	14,
Spontan: Sonstige	15,
Spontan: Nichts davon	16,
WN	17,

EB72.4 QA6b

QA9a und QA10a nur in EU27 abfragen – IS, MK, TR und HR weiter mit QA9b – CY(tcc) weiter mit QA9c

QA9a	Ist die Mitgliedschaft (UNSERES LANDES) in der Europäischen Union Ihrer Meinung nach -
------	--

Eine gute Sache	1
Eine schlechte Sache	2
Weder gut noch schlecht	3
WN	4

EB72.4 QA7a

QA10a	Taking everything into account, would you say that (OUR COUNTRY) has on balance benefited or not from being a member of the European Union?
-------	---

Benefited	1
Not benefited	2
DK	3

EB72.4 QA8a

ASK QA9b AND QA10b ONLY IN IS, MK, TR AND HR – EU27 GO TO QA11a - CY(tcc) GO TO QA9c
--

QA9b	Generally speaking, do you think that (OUR COUNTRY)'s membership of the European Union would be...?
------	---

(READ OUT)

A good thing	1
A bad thing	2
Neither good nor bad	3
DK	4

EB72.4 QA7b

QA10b	Taking everything into account, would you say that (OUR COUNTRY) would benefit or not from being a member of the European Union?
-------	--

Would benefit	1
Would not benefit	2
DK	3

EB72.4 QA8b

QA10a	Hat Ihrer Meinung nach (UNSER LAND) insgesamt gesehen durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union Vorteile, oder ist das nicht der Fall?
-------	---

Vorteile	1
Ist nicht der Fall	2
WN	3

EB72.4 QA8a

QA9b UND QA10b NUR IN IS, MK, TR UND HR FRAGEN - EU27 WEITER MIT QA11a - CY(tcc) WEITER MIT QA9c
--

QA9b	Wäre die Mitgliedschaft (UNSERES LANDES) in der Europäischen Union Ihrer Meinung nach -
------	---

--

Eine gute Sache	1
Eine schlechte Sache	2
Weder gut noch schlecht	3
WN	4

EB72.4 QA7b

QA10b	Hätte Ihrer Meinung nach (UNSER LAND) insgesamt gesehen durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union Vorteile, oder wäre das nicht der Fall?
-------	--

Hätte Vorteile	1
Wäre nicht der Fall	2
WN	3

EB72.4 QA8b

ASK QA9c AND QA10c ONLY IN CY(tcc) – OTHERS GO TO QA11a

QA9c Generally speaking, do you think that for the Turkish Cypriot Community the full application of European Union legislation would be...?

(READ OUT)

A good thing	1
A bad thing	2
Neither good nor bad	3
DK	4

EB72.4 QA7c

QA10c Taking everything into consideration, would you say that the Turkish Cypriot Community would benefit or not from the full application of the European Union legislation?

Would benefit	1
Would not benefit	2
DK	3

EB72.4 QA8c

QA9c UND QA10c NUR IN CY(tcc) FRAGEN - SONST WEITER MIT QA11a

QA9c Wäre die vollständige Anwendung des EU-Rechts für die türkisch-zyprische Gemeinschaft Ihrer Meinung nach -

Eine gute Sache	1
Eine schlechte Sache	2
Weder gut noch schlecht	3
WN	4

EB72.4 QA7c

QA10c Hätte Ihrer Ansicht nach die türkisch-zyprische Gemeinschaft durch die vollständige Anwendung des EU-Rechts Vorteile, oder wäre dies nicht der Fall?

Hätte Vorteile	1
Wäre nicht der Fall	2
WN	3

EB72.4 QA8c

DO NOT ASK QA11a IN CY(tcc) - CY(tcc) GO TO QA11b - ASK ONLY IF "(OUR COUNTRY) HAS BENEFITED\ WOULD BENEFIT FROM BEING A MEMBER OF THE EU" - CODE 1 in QA10a OR QA10b - OTHERS GO TO QA12a

INT: Adapt to your country. In EU27 countries, use the present tense (e.g.: "contributes to democracy"). In countries outside EU27 use the conditional tense (e.g.: "would contribute to democracy").

QA11a Which of the following are the main reasons for thinking that (OUR COUNTRY) has benefited\ would benefit from being a member of the European Union?

(SHOW CARD - READ OUT - ROTATE - MAX. 3 ANSWERS)

The EU contributes\ would contribute to democracy in (OUR COUNTRY)	1,
The EU contributes\ would contribute to maintain peace and reinforce security	2,
The EU contributes\ would contribute to economic growth in (OUR COUNTRY)	3,
Some issues that are important for (NATIONALITY) people are\ would be best dealt with at the EU level	4,
Membership of the EU improves\ would improve the co-operation between (OUR COUNTRY) and other countries	5,
(NATIONALITY) people have\ would have an important influence in decisions made at EU level	6,
The EU gives\ would give (NATIONALITY) people a stronger say in the world	7,
The EU improves\ would improve (NATIONALITY) peoples' standard of living	8,
The EU helps\ would help (NATIONALITY) people to face the new challenges of globalisation	9,
The EU brings\ would bring (NATIONALITY) people new work opportunities	10,
You are generally in favour of the EU (SPONTANEOUS)	11,
Other (SPONTANEOUS)	12,
DK	13,

EB69.2 QA9a

QA11a nicht in CY(tcc) abfragen - CY(tcc) weiter mit QA11b - QA11a nur fragen, wenn "(UNSER LAND) hat von EU-Mitgliedschaft profitiert" - Code 1 in QA10a - sonst weiter mit QA12a

INT.: An Ihr Land anpassen. In den EU27-Ländern Präsens benutzen (z.B. "trägt zur Demokratie bei"). In Ländern außerhalb der EU27 Konjunktiv benutzen (z.B. "würde zur Demokratie beitragen").

QA11a Welche der folgenden sind die Hauptgründe dafür, dass (UNSER LAND) Ihrer Meinung nach davon profitiert hat, dass es Mitglied der Europäischen Union ist?

ROTIEREN - MAX. 3 NENNUNGEN

Die EU trägt zur Demokratie in (UNSEREM LAND) bei	1,
Die EU trägt dazu bei, dass Frieden und Sicherheit gewahrt werden	2,
Die EU trägt zum Wirtschaftswachstum in (UNSEREM LAND) bei	3,
Einige Themen, die den Menschen in (UNSEREM LAND) wichtig sind, können am besten auf europäischer Ebene behandelt werden	4,
Die Mitgliedschaft in der EU verbessert die Zusammenarbeit zwischen (UNSEREM LAND) und anderen Staaten	5,
(NATIONALITÄT) Bürger haben gewichtigen Einfluss auf Entscheidungen, die auf europäischer Ebene getroffen werden	6,
Die EU stärkt die Rolle (UNSERES LANDES) in der Welt	7,
Die EU verbessert den Lebensstandard der (NATIONALITÄT)	8,
Die EU hilft den (NATIONALITÄT), mit den Herausforderungen der Globalisierung fertig zu werden	9,
Die EU verschafft den (NATIONALITÄT) neue Arbeitsplatzmöglichkeiten	10,
Spontan: Sie befürworten die EU generell	11,
Spontan: Sonstiges	12,
WN	13,

EB69.2 QA9a

ASK QA11b ONLY IN CY(tcc) - OTHERS GO TO QA12a - ASK IF "TURKISH CYPRIOT COMMUNITY WOULD BENEFIT FROM THE FULL APPLICATION OF THE EU LEGISLATION", CODE 1 IN QA10c

--

QA11b	Which of the following are the main reasons for thinking that our Community would benefit from the full application of the European Union legislation?
-------	--

(SHOW CARD - READ OUT - ROTATE - MAX. 3 ANSWERS)

The EU would contribute to democracy in our Community	1,
The EU would contribute to maintain peace and reinforce security	2,
The EU would contribute to economic growth in our Community	3,
Some issues that are important for people of our Community would be best dealt with at the EU level (M)	4,
Membership of the EU would improve the co-operation between our Community and other countries	5,
People of our Community would have an important influence in decisions made at EU level (M)	6,
The EU would give people of our community a stronger say in the world (M)	7,
The EU would improve the standard of living of people of our Community (M)	8,
The EU would help people of our Community to face the new challenges of globalisation (M)	9,
The EU would bring people of our Community new work opportunities (M)	10,
You are generally in favour of the EU (SPONTANEOUS)	11,
Other (SPONTANEOUS)	12,
DK	13,

EB69.2 QA9b TREND MODIFIED

QA11b NUR IN CY(tcc) FRAGEN - SONST WEITER MIT QA12a - FRAGEN, WENN "TÜRKISCH-ZYPRISCHE GEMEINSCHAFT HÄTTE VORTEILE DURCH DIE VOLLSTÄNDIGE ANWENDUNG DES EU-RECHTS", CODE 1 IN QA10c

--

QA11b	Welche der folgenden wären die Hauptgründe dafür, dass unsere Gemeinschaft Ihrer Meinung nach von der vollständigen Anwendung des EU-Rechts profitieren würde?
-------	--

ROTIEREN - MAX. 3 NENNUNGEN

Die EU würde zur Demokratie in unserer Gemeinschaft beitragen	1,
Die EU würde zur Wahrung von Frieden und Sicherheit beitragen	2,
Die EU würde zum Wirtschaftswachstum in unserer Gemeinschaft beitragen	3,
Einige der Themen, die den Menschen in unserer Gemeinschaft wichtig sind, könnten am besten auf europäischer Ebene behandelt werden	4,
Die Mitgliedschaft in der EU würde die Zusammenarbeit zwischen unserer Gemeinschaft und anderen Staaten verbessern	5,
Die Bürger unserer Gemeinschaft hätten gewichtigen Einfluss auf Entscheidungen, die auf europäischer Ebene getroffen werden	6,
Die EU würde die Rolle unserer Gemeinschaft in der Welt stärken	7,
Die EU würde den Lebensstandard der Menschen in unserer Gemeinschaft verbessern	8,
Die EU würde den Menschen in unserer Gemeinschaft helfen, mit den Herausforderungen der Globalisierung fertig zu werden	9,
Die EU würde den Menschen in unserer Gemeinschaft neue Arbeitsplatzmöglichkeiten verschaffen	10,
Spontan: Sie befürworten die EU generell	11,
Spontan: Sonstiges	12,
WN	13,

EB69.2 QA9b TREND MODIFIED

DO NOT ASK QA12a IN CY(tcc) - CY(tcc) GO TO QA12b - ASK IF "(OUR COUNTRY) HAS NOT\ WOULD NOT BENEFIT FROM BEING A MEMBER OF THE EU", CODE 2 in QA10a OU QA10b - OTHERS GO TO QA13a

INT: Adapt to your country. In EU27 countries, use the present (e.g.: "has a negative effect"). In countries outside EU27 use the conditional tense (e.g.: "would have a negative effect").

QA12a Which of the following are the main reasons for thinking that (OUR COUNTRY) did not\ would not benefit from being a member of the European Union?

(SHOW CARD - READ OUT - ROTATE - MAX. 3 ANSWERS)

Membership of the EU has\ would have a negative effect on democracy in (OUR COUNTRY)	1,
Membership of the EU has\ would have a negative effect on maintaining peace and guaranteeing security	2,
Membership of the EU has\ would have a negative effect on economic growth in (OUR COUNTRY)	3,
Issues that are important for (NATIONALITY) people are\ would be best dealt at the national level	4,
Being a Member of the EU creates\ would create some tensions between (OUR COUNTRY) and other countries	5,
(NATIONALITY) people have\ would have very little influence in decisions made at EU level	6,
(OUR COUNTRY)'s voice in the world is\ would be diluted by being a Member of the EU	7,
The EU decreases\ would decrease (NATIONALITY) peoples' standard of living	8,
Membership of the EU makes\ would make (OUR COUNTRY) more vulnerable to the negative effects of globalisation	9,
The EU puts\ would put (NATIONALITY) peoples' jobs in danger	10,
Your are generally against the EU (SPONTANEOUS)	11,
Other (SPONTANEOUS)	12,
DK	13,

EB69.2 QA10a

QA12a NICHT IN CY(tcc) ABFRAGEN - CY(tcc) weiter mit QA12b. QA12a ABFRAGEN: WENN "(UNSER LAND) HAT NICHT VON EU-MITGLIEDSCHAFT PROFITIERT" - CODE 2 in QA10a - sonst weiter mit QA13a

INT.: An Ihr Land anpassen. In den EU27-Ländern Präsens verwenden (z.B. "hat negative Auswirkungen"). In Ländern außerhalb der EU27 Konjunktiv verwenden (z.B. "hätte negative Auswirkungen").

QA12a Welche der folgenden sind die Hauptgründe dafür, dass (UNSER LAND) Ihrer Meinung nach nicht davon profitiert hat, dass es Mitglied der Europäischen Union ist?

ROTIEREN - MAX. 3 NENNUNGEN

Die Mitgliedschaft in der EU hat negative Auswirkungen auf die Demokratie in (UNSEREM LAND)	1,
Die Mitgliedschaft in der EU hat negative Auswirkungen auf die Erhaltung des Friedens und der Sicherheit	2,
Die Mitgliedschaft in der EU hat negative Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum in (UNSEREM LAND)	3,
Einige Themen, die den Menschen in (UNSEREM LAND) wichtig sind, können am besten auf nationaler Ebene behandelt werden.	4,
Die Mitgliedschaft in der EU sorgt für Spannungen zwischen (UNSEREM LAND) und anderen Ländern.	5,
Die (NATIONALITÄT) Bürger haben sehr wenig Einfluss auf Entscheidungen, die auf europäischer Ebene getroffen werden.	6,
Die Rolle (UNSERES LANDES) in der Welt wird durch die Mitgliedschaft in der EU geschwächt	7,
Die EU senkt den Lebensstandard der (NATIONALITÄT)	8,
Die Mitgliedschaft in der EU macht (UNSER LAND) anfälliger für die negativen Auswirkungen der Globalisierung	9,
Die EU gefährdet die Arbeitsplätze der (NATIONALITÄT)	10,
Spontan: Sie sind generell gegen die EU	11,
Spontan: Sonstiges	12,
WN	13,

EB69.2 QA10a

ASK QA12b ONLY IN CY(tcc) - OTHERS GO TO QA13a - ASK IF "TURKISH CYPRIOT COMMUNITY WOULD NOT BENEFIT FROM THE FULL APPLICATION OF THE EU LEGISLATION", CODE 2 IN QA10c

QA12b NUR IN CY(tcc) FRAGEN - SONST WEITER MIT QA13a - FRAGEN, WENN "TÜRKISCH-ZYPRISCHE GEMEINSCHAFT WÜRD NICH VON DER VOLLSTÄNDIGEN ANWENDUNG DES EU-RECHTS PROFITIEREN", CODE 2 IN QA10c

QA12b Which of the following are the main reasons for thinking that our Community would not benefit from the full application of the European Union legislation?

QA12b Welche der folgenden wären die Hauptgründe dafür, dass unsere Gemeinschaft Ihrer Meinung nach nicht von der vollständigen Anwendung des EU-Rechts profitieren würde?

(SHOW CARD - READ OUT - ROTATE - MAX. 3 ANSWERS)

Membership of the EU would have a negative effect on democracy in our Community	1,
Membership of the EU would have a negative effect on maintaining peace and guaranteeing security	2,
Membership of the EU would have a negative effect on economic growth in our Community	3,
Issues that are important for people of our Community would be best dealt with at the national level (M)	4,
Being a Member of the EU would create some tensions between our Community and other countries	5,
People of our Community would have very little influence in decisions made at EU level (M)	6,
Our community's voice in the world would be diluted by being a Member of the EU	7,
The EU would decrease the standard of living of people of our Community (M)	8,
Membership of the EU would make our Community more vulnerable to the negative effects of globalisation	9,
The EU would put in danger jobs of people of our Community (M)	10,
Your are generally against the EU (SPONTANEOUS)	11,
Other (SPONTANEOUS)	12,
DK	13,

EB69.2 QA10b

ROTIEREN - MAX. 3 NENNUNGEN

Die Mitgliedschaft in der EU hätte negative Auswirkungen auf die Demokratie in unserer Gemeinschaft	1,
Die Mitgliedschaft in der EU hätte negative Auswirkungen auf die Erhaltung des Friedens und der Sicherheit	2,
Die Mitgliedschaft in der EU hätte negative Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum in unserer Gemeinschaft	3,
Einige Themen, die den Menschen in unserer Gemeinschaft wichtig sind, könnten am besten auf nationaler Ebene behandelt werden	4,
Die Mitgliedschaft in der EU würde für Spannungen zwischen unserer Gemeinschaft und anderen Ländern sorgen	5,
Die Menschen in unserer Gemeinschaft hätten sehr wenig Einfluss auf Entscheidungen, die auf europäischer Ebene getroffen werden.	6,
Die Rolle unserer Gemeinschaft in der Welt würde durch die Mitgliedschaft in der EU geschwächt	7,
Die EU würde den Lebensstandard der Menschen in unserer Gemeinschaft senken	8,
Die Mitgliedschaft in der EU würde unsere Gemeinschaft anfälliger für die negativen Auswirkungen der Globalisierung machen	9,
Die EU würde die Arbeitsplätze der Menschen in unserer Gemeinschaft gefährden	10,
Spontan: Sie sind generell gegen die EU	11,
Spontan: Sonstiges	12,
WN	13,

EB69.2 QA10b

DO NOT ASK QA13a IN CY(tcc) - CY(tcc) GO TO QA13b

QA13a	At the present time, would you say that, in general, things are going in the right direction or in the wrong direction, in...?
-------	--

(ONE ANSWER PER LINE)

	(READ OUT)	Things are going in the right direction	Things are going in the wrong direction	Neither the one nor the other (SPONTA NEOUS)	DK
--	------------	---	---	--	----

1	OUR COUNTRY	1	2	3	4
2	The European Union	1	2	3	4
3	The USA	1	2	3	4

EB72.4 QA9a

ASK QA13b ONLY IN CY(tcc) - OTHERS GO TO QA14

QA13b	At the present time, would you say that, in general, things are going in the right direction or in the wrong direction, in...?
-------	--

(ONE ANSWER PER LINE)

	(READ OUT)	Things are going in the right direction	Things are going in the wrong direction	Neither the one nor the other (SPONTA NEOUS)	DK
--	------------	---	---	--	----

1	Our Community	1	2	3	4
2	The European Union	1	2	3	4
3	The USA	1	2	3	4

EB72.4 QA9b

QA13a nicht in CY(tcc) abfragen- CY(tcc) weiter mit QA13b

QA13a	Würden Sie sagen, dass sich die Dinge in (UNSEREM LAND) derzeit ganz allgemein in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung entwickeln? Und in der Europäischen Union? Und in den USA?
-------	---

		Dinge entwickeln sich in die richtige Richtung	Dinge entwickeln sich in die falsche Richtung	Spontan: Weder noch	WN
--	--	--	---	---------------------	----

1	(UNSER LAND)	1	2	3	4
2	Europäische Union	1	2	3	4
3	USA	1	2	3	4

EB72.4 QA9a

QA13b NUR IN CY(tcc) FRAGEN - SONST WEITER MIT QA14

QA13b	Würden Sie sagen, dass sich die Dinge in unserer Gemeinschaft derzeit ganz allgemein in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung entwickeln? Und in der Europäischen Union? Und in den USA?
-------	---

		Dinge entwickeln sich in die richtige Richtung	Dinge entwickeln sich in die falsche Richtung	Spontan: Weder noch	WN
--	--	--	---	---------------------	----

1	Unsere Gemeinschaft	1	2	3	4
2	Europäische Union	1	2	3	4
3	USA	1	2	3	4

EB72.4 QA9b

ASK ALL

QA14 I would like to ask you a question about how much trust you have in certain institutions. For each of the following institutions, please tell me if you tend to trust it or tend not to trust it.

(ONE ANSWER PER LINE)

	(READ OUT)	Tend to trust	Tend not to trust	DK
--	------------	---------------	-------------------	----

1	Political parties	1	2	3
2	(NOT IN CY(tcc)) The (NATIONALITY) Government	1	2	3
3	(NOT IN CY(tcc)) The (NATIONALITY) PARLIAMENT (USE PROPER NAME FOR LOWER HOUSE)	1	2	3
4	The European Union	1	2	3
5	The United Nations	1	2	3
6	Regional or local public authorities	1	2	3

EB72.4 QA10 TREND MODIFIED

QA15 In general, does the European Union conjure up for you a very positive, fairly positive, neutral, fairly negative or very negative image?

(ONE ANSWER ONLY)

Very positive	1
Fairly positive	2
Neutral	3
Fairly negative	4
Very negative	5
DK	6

EB72.4 QA11

An alle

QA14 Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit -

		Eher vertrauen	Eher nicht vertrauen	WN
--	--	----------------	----------------------	----

1	den politischen Parteien	1	2	3
2	der (NATIONALEN) Regierung	1	2	3
3	dem (NATIONALEN) Parlament	1	2	3
4	der Europäischen Union	1	2	3
5	den Vereinten Nationen	1	2	3
6	den regionalen oder lokalen Behörden	1	2	3

EB72.4 QA10 TREND MODIFIED

QA15 Ganz allgemein gesprochen, ruft die Europäische Union bei Ihnen ein sehr positives, ziemlich positives, weder positives noch negatives, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild hervor?

Sehr positiv	1
Ziemlich positiv	2
Weder positiv noch negativ	3
Ziemlich negativ	4
Sehr negativ	5
WN	6

EB72.4 QA11

--

QA16 What does the European Union mean to you personally?

(SHOW CARD - READ OUT - ROTATE TOP TO BOTTOM\ BOTTOM TO TOP - MULTIPLE ANSWERS POSSIBLE)

Peace	1,
Economic prosperity	2,
Democracy	3,
Social protection	4,
Freedom to travel, study and work anywhere in the EU	
	5,
Cultural diversity	6,
Stronger say in the world	7,
Euro	8,
Unemployment	9,
Bureaucracy	10,
Waste of money	11,
Loss of our cultural identity	12,
More crime	13,
Not enough control at external borders	14,
Other (SPONTANEOUS)	15,
DK	16,

EB72.4 QA12

QA17 Have you heard of...?

	(READ OUT)	Yes	No	DK
1	The European Parliament	1	2	3
2	The European Commission	1	2	3
3	The Council of the European Union	1	2	3
4	The European Central Bank	1	2	3
5	The European Ombudsman	1	2	3
6	The Committee of the Regions of the European Union	1	2	3
7	The European Council (N)	1	2	3
8	The Court of Justice of the European Union (M)	1	2	3
9	The European Economic and Social Committee (M)	1	2	3

EB72.4 QA13 + EB68.1 QA15 (items 5, 6, 8, 9) TREND MODIFIED

--

QA16 Was bedeutet die Europäische Union für Sie persönlich?

VON OBEN NACH UNTEN/UNTEN NACH OBEN ROTIEREN! MEHRFACHNENNUNGEN MÖGLICH!

Frieden	1,
Wirtschaftlicher Wohlstand	2,
Demokratie	3,
Soziale Absicherung	4,
Die Freiheit, überall innerhalb der EU reisen, studieren und arbeiten zu können	5,
Kulturelle Vielfalt	6,
Mehr Mitsprache in der Welt	7,
Der Euro	8,
Arbeitslosigkeit	9,
Bürokratie	10,
Geldverschwendung	11,
Der Verlust unserer kulturellen Identität	12,
Mehr Kriminalität	13,
Nicht genug Kontrollen an den Außengrenzen	14,
Spontan: Andere	15,
WN	16,

EB72.4 QA12

QA17 Haben Sie schon einmal etwas über folgende Einrichtungen gehört oder gelesen?

		Ja	Nein	WN
1	Das Europäische Parlament	1	2	3
2	Die Europäische Kommission	1	2	3
3	Den Rat der Europäischen Union	1	2	3
4	Die Europäische Zentralbank	1	2	3
5	Den Europäischen Bürgerbeauftragten	1	2	3
6	Den Ausschuss der Regionen der Europäischen Union	1	2	3
7	Den Europäischen Rat	1	2	3
8	Den Gerichtshof der Europäischen Union	1	2	3
9	Den europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss	1	2	3

EB72.4 QA13 + EB68.1 QA15 (items 5, 6, 8, 9) TREND MODIFIED

QA18	For each of the following European bodies, please tell me if you tend to trust it or tend not to trust it.
------	--

(ONE ANSWER PER LINE)

	(READ OUT)	Tend to trust	Tend not to trust	DK
--	------------	---------------	-------------------	----

1	The European Parliament	1	2	3
2	The European Commission	1	2	3
3	The Council of the European Union	1	2	3
4	The European Central Bank	1	2	3
5	The European Ombudsman	1	2	3
6	The Committee of the Regions of the European Union	1	2	3
7	The European Council (N)	1	2	3
8	The Court of Justice of the European Union (M)	1	2	3
9	The European Economic and Social Committee (M)	1	2	3

EB72.4 QA14 + EB68.1 QA16 (items 5, 6, 8, 9) TREND MODIFIED

QA19	For each of the following statements about the European Union could you please tell me whether you think it is true or false.
------	---

(ONE ANSWER PER LINE)

	(READ OUT - ROTATE)	True.	False.	DK
--	---------------------	-------	--------	----

1	The EU currently consists of 27 Member States (M)	1	2	3
2	The members of the European Parliament are directly elected by the citizens of each Member State	1	2	3
3	One of the objectives of the Lisbon Treaty is to strengthen Europe's position in international relations (N)	1	2	3
4	Switzerland is a member of the EU	1	2	3

EB72.4 QA17 + EB73.1 QA4 (item 2) TREND MODIFIED

QA18	Sagen Sie mir bitte für jede dieser europäischen Einrichtungen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen.
------	--

		Eher vertrauen	Eher nicht vertrauen	WN
--	--	----------------	----------------------	----

1	Dem Europäischen Parlament	1	2	3
2	Der Europäischen Kommission	1	2	3
3	Dem Rat der Europäischen Union	1	2	3
4	Der Europäischen Zentralbank	1	2	3
5	Den Europäischen Bürgerbeauftragten	1	2	3
6	Dem Ausschuss der Regionen der Europäischen Union	1	2	3
7	Dem Europäischen Rat	1	2	3
8	Dem Gerichtshof der Europäischen Union	1	2	3
9	Dem europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss	1	2	3

EB72.4 QA14 + EB68.1 QA16 (items 5, 6, 8, 9) TREND MODIFIED

QA19	Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen über die Europäische Union, ob diese Ihrer Meinung nach richtig oder falsch ist.
------	--

		Richtig	Falsch	WN
--	--	---------	--------	----

1	Die EU besteht zurzeit aus 27 Mitgliedsstaaten.	1	2	3
2	Die Mitglieder des Europäischen Parlamentes werden direkt von den Bürgern jedes Mitgliedsstaates gewählt	1	2	3
3	Eines der Ziele des Vertrages von Lissabon ist die Stärkung der Position Europas in den internationalen Beziehungen	1	2	3
4	Die Schweiz ist Mitglied der EU	1	2	3

EB72.4 QA17 + EB73.1 QA4 (item 2) TREND MODIFIED

QA20	What is your opinion on each of the following statements? Please tell me for each statement, whether you are for it or against it.			

(ONE ANSWER PER LINE)

	(READ OUT - ROTATE)	For	Against	DK
--	---------------------	-----	---------	----

1	A European economic and monetary union with one single currency, the euro (M)	1	2	3
2	Further enlargement of the EU to include other countries in future years	1	2	3
3	A common foreign policy of the 27 Member States of the EU (M)	1	2	3

EB72.4 QA15 + EB70.1 QA27 (item 3) TREND MODIFIED

QA20	Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind.			

		Dafür	Dagegen	WN
--	--	-------	---------	----

1	Eine Europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung, nämlich dem Euro.	1	2	3
2	Eine zusätzliche Erweiterung der EU, um in den nächsten Jahren andere Länder aufzunehmen.	1	2	3
3	Eine gemeinsame Außenpolitik der 27 Mitgliedsstaaten der EU.	1	2	3

EB72.4 QA15 + EB70.1 QA27 (item 3) TREND MODIFIED

QA21	European integration has been focusing on various issues in the last years. In your opinion, which aspects should be emphasized by the European institutions in the coming years, to strengthen the European Union in the future?

(SHOW CARD – READ OUT – ROTATE – MAX. 5 ANSWERS)

The Internal market	1,
Cultural policy	2,
Foreign policy	3,
Defence policy	4,
Immigration policy	5,
Education policy	6,
Environment policy	7,
Energy policy	8,
Regional development policy	9,
Scientific research policy	10,
Health policy	11,
Social policy	12,
The fight against crime	13,
The fight against climate change	14,
Transport policy	15,
Consumer protection	16,
Fundamental rights of European Union's citizens	17,
Economic and monetary policy	18,
Other (SPONTANEOUS)	19,
None (SPONTANEOUS)	20,
DK	21,

NEW BASED ON EB72.4 QA16

QA21	Die europäische Integration hat sich in den letzten Jahren auf verschiedene Bereiche konzentriert. Welche Belange sollten Ihrer Meinung nach durch die europäischen Institutionen in den nächsten Jahren verstärkt beachtet werden, um die Europäische Union in Zukunft zu stärken?

ROTIEREN -MAX. 5 NENNUNGEN

Der Binnenmarkt	1,
Kulturpolitik	2,
Außenpolitik	3,
Verteidigungspolitik	4,
Einwanderungspolitik	5,
Bildungspolitik	6,
Umweltpolitik	7,
Energiepolitik	8,
Regionale Entwicklungspolitik	9,
Wissenschaftspolitik	10,
Gesundheitspolitik	11,
Sozialpolitik	12,
Die Bekämpfung der Kriminalität	13,
Der Kampf gegen den Klimawandel	14,
Verkehrspolitik	15,
Verbraucherschutz	16,
Grundrechte der Bürger der Europäischen Union	17,
Wirtschafts- und Währungspolitik	18,
Spontan: Sonstiges	19,
Spontan: nichts davon	20,
WN	21,

NEW BASED ON EB72.4 QA16

ASK QA22 AND QA23 ONLY IN EU27 - OTHERS GO TO QA24

--

QA22	For each of the following areas, do you think that decisions should be made by the (NATIONALITY) Government, or made jointly within the European Union?
------	---

	(READ OUT - ROTATE)	(NATIONALITY) Government	Jointly within the EU	DK
--	---------------------	-----------------------------	-----------------------------	----

1	Fighting crime	1	2	3
2	Taxation	1	2	3
3	Fighting unemployment	1	2	3
4	Fighting terrorism	1	2	3
5	Defence and foreign affairs	1	2	3
6	Immigration	1	2	3
7	The educational system	1	2	3
8	Pensions	1	2	3
9	Protecting the environment	1	2	3

EB69.2 QA35a

QA22 UND QA23 NUR IN EU27 ABFRAGEN - ANDERE WEITER MIT QA24

--

QA22	Sagen Sie mir bitte für jeden der folgenden Bereiche, ob er Ihrer Meinung nach von der (NATIONALEN) Regierung oder gemeinsam innerhalb der Europäischen Union entschieden werden sollte.
------	--

	ROTIEREN	Von der (NATIONALEN) Regierung	Gemeinsam innerhalb der EU	WN
--	----------	--------------------------------------	----------------------------------	----

1	Kampf gegen Kriminalität	1	2	3
2	Steuern	1	2	3
3	Kampf gegen Arbeitslosigkeit	1	2	3
4	Kampf gegen Terrorismus	1	2	3
5	Verteidigung und Außenpolitik	1	2	3
6	Einwanderung	1	2	3
7	Das Bildungssystem	1	2	3
8	Renten	1	2	3
9	Umweltschutz	1	2	3

EB72.4 QF3

QA23	And for each of the following areas, do you think that decisions should be made by the (NATIONALITY) Government, or made jointly within the European Union?

	(READ OUT - ROTATE)	(NATIONALITY) Government	Jointly within the EU	DK
--	---------------------	-----------------------------	-----------------------------	----

1	Health	1	2	3
2	Social welfare	1	2	3
3	Agriculture and fishery	1	2	3
4	Consumer protection	1	2	3
5	Scientific and technological research	1	2	3
6	Support for regions facing economic difficulties	1	2	3
7	Energy	1	2	3
8	Competition	1	2	3
9	Transports	1	2	3
10	Economy	1	2	3
11	Fighting inflation	1	2	3

EB69.2 QA36a

QA23	Und sagen Sie mir bitte für jeden der folgenden Bereiche, ob er Ihrer Meinung nach von der (NATIONALEN) Regierung oder gemeinsam innerhalb der Europäischen Union entschieden werden sollte.

	ROTIEREN	Von der (NATIONALEN) Regierung	Gemeinsam innerhalb der EU	WN
--	----------	--------------------------------------	----------------------------------	----

1	Gesundheit	1	2	3
2	Sozialwesen	1	2	3
3	Landwirtschaft und Fischerei	1	2	3
4	Verbraucherschutz	1	2	3
5	Wissenschaftliche und technologische Forschung	1	2	3
6	Unterstützung von Regionen mit wirtschaftlichen Problemen	1	2	3
7	Energie	1	2	3
8	Wettbewerb	1	2	3
9	Verkehr	1	2	3
10	Wirtschaft	1	2	3
11	Bekämpfung der Inflation	1	2	3

EB72.4 QF4

DO NOT ASK QA24a AND QA24b IN CY(tcc) – CY(tcc) GO TO QA25

--

QA24a On the whole, are you very satisfied, fairly satisfied, not very satisfied or not at all satisfied with the way democracy works in (OUR COUNTRY)?

QA24b And how about the way democracy works in the European Union?

(SHOW CARD WITH SCALE - ONE ANSWER PER COLUMN)

(READ OUT)	QA24a In (OUR COUNTRY)	QA24b In the European Union
Very satisfied	1	1
Fairly satisfied	2	2
Not very satisfied	3	3
Not at all satisfied	4	4
DK	5	5

EB72.4 QA18a&b

ASK ALL

QA25 Please tell me for each statement, whether you tend to agree or tend to disagree.

	(READ OUT)	Tend to agree	Tend to disagree	DK
1	I understand how the EU works	1	2	3
2	(ONLY IN EU27) The interests of (OUR COUNTRY) are well taken into account in the EU	1	2	3

EB72.4 QA19a

QA24a und QA24b nicht in CY(tcc) abfragen – CY(tcc) weiter mit QA25

--

QA24a Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in (UNSEREM LAND) funktioniert, alles in allem gesehen zufrieden? Sagen Sie es mir bitte anhand dieser Skala.

QA24b Und wie ist es mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Europäischen Union funktioniert?

--

	QA24a In (UNSEREM LAND)	QA24b In der EU
Sehr zufrieden	1	1
Ziemlich zufrieden	2	2
Nicht sehr zufrieden	3	3
Überhaupt nicht zufrieden	4	4
WN	5	5

EB72.4 QA18a&b

An alle

QA25 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie ihr eher zustimmen oder sie eher ablehnen.

		Stimme eher zu	Lehne eher ab	WN
1	Ich verstehe, wie die EU funktioniert.	1	2	3
2	(NUR IN EU27) Die Interessen (UNSERES LANDES) werden in der EU gut berücksichtigt.	1	2	3

EB72.4 QA19a

ASK QA26 TO QA28 ONLY IN EU27 - OTHERS GO TO QB1

--

QA26 Would you say that you are very optimistic, fairly optimistic, fairly pessimistic or very pessimistic about the future of the European Union?

(ONE ANSWER ONLY)

Very optimistic	1
Fairly optimistic	2
Fairly pessimistic	3
Very pessimistic	4
DK	5

EB72.4 QA25

2. TREND ROTATING PRESIDENCY QUESTIONS

--

QA27 In the European Union, each Member State, in turn, becomes the President of the Council of the European Union for six months. Right now, it's the turn of Spain. Have you recently read in the newspapers or heard on the radio or television or seen on Internet anything about Spanish presidency? (M)

Yes	1
No	2
DK	3

EB72.4 QA21 TREND MODIFIED

QA26 BIS QA28 NUR IN EU27 FRAGEN - ANDERE WEITER MIT QB1

--

QA26 Würden Sie sagen, dass Sie die Zukunft der Europäischen Union sehr optimistisch, ziemlich optimistisch, ziemlich pessimistisch oder sehr pessimistisch sehen?

--

Sehr optimistisch	1
Ziemlich optimistisch	2
Ziemlich pessimistisch	3
Sehr pessimistisch	4
WN	5

EB72.4 QA25

2. FRAGEN TREND ROTIERENDE EU-PRÄSIDENTSCHAFT

--

QA27 In der Europäischen Union übernehmen alle Mitgliedstaaten abwechselnd für je sechs Monate die Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union. Im Moment ist Spanien an der Reihe. Haben Sie in letzter Zeit in Zeitungen, im Radio, im Fernsehen oder im Internet etwas über die spanische Präsidentschaft gelesen oder gehört?

Ja	1
Nein	2
WN	3

EB72.4 QA21 TREND MODIFIED

ASK QA28 ONLY IN ES - OTHERS EU27 GO TO QB1

QA28	Whether you have heard about it or not, do you think it is important or not that Spain is President of the Council of the European Union at this time? Would you say it is...? (M)
------	--

(READ OUT)

Very important	1
Important	2
Not very important	3
Not at all important	4
DK	5

EB72.4 QA22 TREND MODIFIED

QA28 NUR IN ES FRAGEN - ANDERE EU27 WEITER MIT QB

QA28	Ganz gleich, ob Sie etwas davon gehört haben oder nicht, ist es Ihrer Meinung nach wichtig oder nicht wichtig, dass Spanien derzeit die Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union innehat? Würden Sie sagen, dass dies ... ist?
------	---

sehr wichtig	1
wichtig	2
nicht sehr wichtig	3
überhaupt nicht wichtig	4
WN	5

EB72.4 QA22 TREND MODIFIED

B. THE EUROPEANS AND THE CRISIS

ASK ALL

QB1	Some analysts say that the impact of the economic crisis on the job market has already reached its peak and things will recover little by little. Others, on the contrary, say that the worst is still to come. Which of the two statements is closer to your opinion?
-----	--

(READ OUT - ONE ANSWER ONLY)

The impact of the crisis on jobs has already reached its peak	1
The worst is still to come	2
DK	3

EB72.4 QC1

QB2	Which of the following statements best reflects your household situation?
-----	---

(SHOW CARD - READ OUT – ONE ANSWER ONLY)

Your current situation does not allow you to make any plans for the future. You live day by day	1
You know what you will be doing in the next six months	2
You have a long-term perspective of what your household will be in the next 1 or 2 years	3
Other	4
DK	5

EB72.4 QC2

B. DIE EUROPÄER UND DIE KRISE

An alle

QB1	Einige Fachleute sagen, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht und die Situation wird sich langsam wieder bessern; andere hingegen sind der Ansicht, dass das Schlimmste noch bevorsteht. Welche dieser Meinungen kommt Ihrer Ansicht am nächsten?
-----	---

Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht	1
Das Schlimmste steht noch bevor	2
WN	3

EB72.4 QC1

QB2	Welche der folgenden Aussagen beschreibt Ihre derzeitige Haushaltssituation am besten?
-----	--

Ihre derzeitige Situation erlaubt es Ihnen nicht, Pläne für die Zukunft zu machen. Sie leben von Tag zu Tag.	1
Sie wissen, was Sie in den nächsten sechs Monaten tun werden	2
Sie haben eine langfristige Vorstellung davon, wie Ihr Haushalt in den nächsten 1 bis 2 Jahren aussehen wird	3
Spontan: Sonstiges	4
WN	5

EB72.4 QC2

ASK ONLY QB3a TO SPLIT A - OTHERS GO TO QB3b

--

QB3a	In your opinion, which of the following is best able to take effective actions against the effects of the financial and economic crisis?
------	--

(SHOW CARD - READ OUT - ROTATE - ONE ANSWER ONLY)

The (NATIONALITY) Government	1
The European Union	2
The United States	3
The G20	4
The International Monetary Fund (IMF)	5
Other (SPONTANEOUS)	6
None (SPONTANEOUS)	7
DK	8

EB72.4 QC3

ASK ONLY QB3b TO SPLIT B - OTHERS GO TO QB4a

--

QB3b	In your opinion, which of the following is best able to take effective actions against the financial and economic crisis?
------	---

(SHOW CARD – READ OUT – ROTATE – ONE ANSWER ONLY)

The (NATIONALITY) Government	1
The European Union	2
The United States	3
The G20	4
The International Monetary Fund (IMF)	5
The countries of the euro area, via the Eurogroup (N)	6
Other (SPONTANEOUS)	7
None (SPONTANEOUS)	8
DK	9

NEW BASED ON EB72.4 QC3

QB3a NUR IN SPLIT A FRAGEN - SONST WEITER MIT QB3b

--

QB3a	Welcher der folgenden Akteure ist Ihrer Meinung nach am besten in der Lage, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu ergreifen?
------	--

ROTIEREN

Die (NATIONALE) Regierung	1
Die Europäische Union	2
Die Vereinigten Staaten (USA)	3
Die G20	4
Der internationale Währungsfonds (IWF)	5
Spontan: Sonstige	6
Spontan: Keiner davon	7
WN	8

EB72.4 QC3

QB3b NUR IN SPLIT B FRAGEN - SONST WEITER MIT QB4a

--

QB3b	Welcher der folgenden Akteure ist Ihrer Meinung nach am ehesten in der Lage, wirksame Maßnahmen gegen die Wirtschafts- und Finanzkrise zu ergreifen?
------	--

ROTIEREN

Die (NATIONALE) Regierung	1
Die Europäische Union	2
Die Vereinigten Staaten (USA)	3
Die G20	4
Der internationale Währungsfonds (IWF)	5
Die Länder der Eurozone, über die Eurogruppe	6
Spontan: Sonstiges	7
Spontan: nichts davon	8
WN	9

NEW BASED ON EB72.4 QC3

ASK QB4a IN THE EU27 COUNTRIES THAT ARE IN THE EURO AREA - OTHER EU27 GO TO QB4b - CY(tcc) GO TO QC1 - OTHERS GO TO QB8

QB4a Tell me whether you totally agree, tend to agree, tend to disagree or totally disagree with the following statement: (OUR COUNTRY) would have been better protected in the face of the current financial and economic crisis if we had kept the (FORMER NATIONAL CURRENCY).

(ONE ANSWER ONLY)

Totally agree	1
Tend to agree	2
Tend to disagree	3
Totally disagree	4
DK	5

EB72.4 QC4a

ASK QB4b ONLY TO EU27 COUNTRIES THAT ARE NOT IN THE EURO AREA - OTHER EU27 GO TO QB5

QB4b Tell me whether you totally agree, tend to agree, tend to disagree or totally disagree with the following statement: (OUR COUNTRY) would have been better protected in the face of the current financial and economic crisis if we had adopted the European single currency, the euro.

(ONE ANSWER ONLY)

Totally agree	1
Tend to agree	2
Tend to disagree	3
Totally disagree	4
DK	5

EB72.4 QC4b

QB4a in den Ländern der EU27 abfragen, die Mitglied der Eurozone sind - Andere EU27 weiter mit QB4b - CY(tcc) weiter mit QC1 - Andere weiter mit QB8

QB4a Bitte sagen Sie mir, ob Sie der folgenden Aussage voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: (UNSER LAND) wäre angesichts der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise besser geschützt gewesen, wenn wir die (EHMALIGE NATIONALE WÄHRUNG) behalten hätten.

Stimme voll und ganz zu	1
Stimme eher zu	2
Stimme eher nicht zu	3
Stimme überhaupt nicht zu	4
WN	5

EB72.4 QC4a

QB4b NUR IN DEN LÄNDERN DER EU27 ABFRAGEN, DIE NICHT MITGLIED DER EUROZONE SIND - ANDERE EU27 WEITER MIT QB5

QB4b Bitte sagen Sie mir, ob Sie der folgenden Aussage voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: (UNSER LAND) wäre angesichts der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise besser geschützt gewesen, wenn wir die europäischen Einheitswährung, d.h. den Euro eingeführt hätten.

Stimme voll und ganz zu	1
Stimme eher zu	2
Stimme eher nicht zu	3
Stimme überhaupt nicht zu	4
WN	5

EB72.4 QC4b

ASK QB5 TO QB7 ONLY IN EU27 - CY(tcc) GO TO QC1 - OTHERS GO TO QB8

--

QB5	Could you tell me whether you totally agree, tend to agree, tend to disagree or totally disagree with the following statement: Overall the euro has mitigated the negative effects of the current financial and economic crisis.
-----	--

(ONE ANSWER ONLY)

Totally agree	1
Tend to agree	2
Tend to disagree	3
Totally disagree	4
DK	5

EB72.4 QC5

--

QB6	Which of the following initiatives would you prioritise in order to improve the performance of the European economy?
-----	--

(SHOW CARD – READ OUT – MAX. 3 ANSWERS)

Increase the number of working hours	1,
Improve education and professional training	2,
Invest in research and innovation	3,
Facilitate companies' access to credit	4,
Facilitate the creation of companies	5,
Use energy more efficiently	6,
Invest in transport infrastructure (motorways, railways, etc.)	7,
Invest in the development of environmentally friendly products or services	8,
Increase the retirement age	9,
Reduce Member States' public deficits and debt	10,
Strengthen the regulation of financial markets	11,
Other (SPONTANEOUS)	12,
DK	13,

NEW BASED ON EB72.4 QC7 (SPLIT A)

QB5 bis QB7 nur in EU27 abfragen - CY(tcc) weiter mit QC1 - Andere weiter mit QB8

--

QB5	Bitte sagen Sie mir, ob Sie der folgenden Aussage voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: Alles in allem hat der Euro die negativen Auswirkungen der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise gemildert.
-----	--

--

Stimme voll und ganz zu	1
Stimme eher zu	2
Stimme eher nicht zu	3
Stimme überhaupt nicht zu	4
WN	5

EB72.4 QC5

--

QB6	Welche der folgenden Initiativen sind Ihrer Meinung nach am besten geeignet, um die Leistungsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu verbessern?
-----	---

MAX. 3 NENNUNGEN

Die Zahl der Arbeitsstunden erhöhen	1,
Bildung und berufliche Weiterbildung verbessern	2,
In Forschung und Entwicklung investieren	3,
Unternehmen leichter Zugang zu Krediten gewähren	4,
Die Gründung neuer Firmen erleichtern	5,
Energie effizienter nutzen	6,
In die Verkehrsinfrastruktur investieren (Autobahn, Eisenbahn etc.)	7,
In die Entwicklung umweltfreundlicher Produkte oder Dienstleistungen investieren	8,
Anhebung des Rentenalters	9,
Abbau des öffentlichen Defizits und der Verschuldung der öffentlichen Hand in den Mitgliedstaaten	10,
Stärkere Regulierung der Finanzmärkte	11,
Spontan: Sonstiges	12,
WN	13,

NEW BASED ON EB72.4 QC7 (SPLIT A)

QB7	Which two of the following measures should the European Union prioritise in order to help people overcome the effects of the financial and economic crisis?

(SHOW CARD – READ OUT - ROTATE – MAX. 2 ANSWERS)

Strengthen the regulation of financial markets	1,
Investment in education\ training\ research	2,
Investment in infrastructures	3,
Investment in energy and the environment	4,
Support for large companies and industry	5,
Support to SMEs / small businesses	6,
Support for the unemployed	7,
Support for pensioners	8,
Other (SPONTANEOUS)	9,
None (SPONTANEOUS)	10,
DK	11,

NEW BASED ON 72.4 QC8

QB7	Welche zwei der folgenden Maßnahmen sollte die Europäische Union vorrangig ergreifen, um Menschen zu helfen, die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu bewältigen?

ROTIEREN - MAX. 2 NENNUNGEN

Stärkere Regulierung der Finanzmärkte	1,
Investitionen in Bildung / Ausbildung / Forschung	2,
Investitionen in die Infrastruktur	3,
Investitionen in den Bereichen Energie und Umwelt	4,
Unterstützung für große Unternehmen und Industriezweige	5,
Unterstützung für kleine und mittelständische Unternehmen	6,
Unterstützung für Arbeitslose	7,
Unterstützung für Rentner	8,
Spontan: Sonstiges	9,
Spontan: nichts davon	10,
WN	11,

NEW BASED ON 72.4 QC8

ASK QB8 TO ALL EXCEPT CY(tcc) - CY(tcc) GO TO QC1

--

QB8 For each of the following statements, please tell me whether you totally agree, tend to agree, tend to disagree or totally disagree.

(SHOW CARD WITH SCALE – ONE ANSWER PER LINE)

		Totally agree	Tend to agree	Tend to disagree	Totally disagree	DK
1	(ONLY TO SPLIT A) the financial and economic crisis makes it easier to adopt reforms	1	2	3	4	5
2	(ONLY TO SPLIT B) the financial and economic crisis makes it more difficult to adopt reforms	1	2	3	4	5
3	Reforms that benefit future generations should be pursued even if that means some sacrifices for the present generation	1	2	3	4	5
4	(ONLY TO SPLIT A) (OUR COUNTRY) needs more reforms to face the future	1	2	3	4	5

QB8 an alle außer CY(tcc) - CY(tcc) weiter mit QC1

--

QB8 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

--

		Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu	WN
1	(NUR AN SPLIT A) Die Wirtschafts- und Finanzkrise macht es leichter, Reformen zu verabschieden	1	2	3	4	5
2	(NUR AN SPLIT B) Die Wirtschafts- und Finanzkrise macht es schwieriger, Reformen zu verabschieden	1	2	3	4	5
3	Reformen, die den künftigen Generationen zugute kommen, sollten vorangetrieben werden, selbst wenn dies für die gegenwärtige Generation gewisse Opfer bedeutet	1	2	3	4	5
4	(NUR AN SPLIT A) (UNSER LAND) braucht mehr Reformen, um für die Zukunft besser gerüstet zu sein	1	2	3	4	5

5	(ONLY TO SPLIT B) Reforms that have been done so far in (OUR COUNTRY) are sufficient to face the future	1	2	3	4	5
6	(ONLY IN EU27) EU Member States should work together more in order to take measures to combat the financial and economic crisis (N)	1	2	3	4	5
7	You are ready to reduce your living standards now in order to guarantee the future of the next generations (N)	1	2	3	4	5
8	(ONLY TO SPLIT A) Measures to reduce the public deficit and debt in (OUR COUNTRY) cannot be delayed (N)	1	2	3	4	5
9	(ONLY TO SPLIT B) Measures to reduce the public deficit and debt in (OUR COUNTRY) are not a priority for now (N)	1	2	3	4	5

EB72.4 QC9 TREND MODIFIED

5	(NUR AN SPLIT B) Die Reformen, die bisher in (UNSEREM LAND) verabschiedet wurden, sind ausreichend, um für die Zukunft gerüstet zu sein	1	2	3	4	5
6	(NUR IN EU27) Die EU-Mitgliedstaaten sollten stärker zusammenarbeiten, um Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkrise zu ergreifen	1	2	3	4	5
7	Sie wären bereit, Ihren jetzigen Lebensstandard zu senken, um die Zukunft nachfolgender Generationen zu sichern	1	2	3	4	5
8	(NUR AN SPLIT A) Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung in (UNSEREM LAND) dulden keinen Aufschub	1	2	3	4	5
9	(NUR AN SPLIT B) Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung in (UNSEREM LAND) haben derzeit keinen Vorrang	1	2	3	4	5

EB72.4 QC9 TREND MODIFIED

ASK ALL

QB9 For each of the following statements, please tell me whether you totally agree, tend to agree, tend to disagree or totally disagree.

(SHOW CARD WITH SCALE – ONE ANSWER PER LINE)

	(READ OUT – ROTATE)	Totally agree	Tend to agree	Tend to disagree	Totally disagree	DK
--	---------------------	---------------	---------------	------------------	------------------	----

1	As significant public debt constitutes a burden for future generation it is necessary to rapidly reduce it	1	2	3	4	5
2	In a international financial and economic crisis, it is necessary to increase public deficits to create jobs	1	2	3	4	5

NEW

An alle

QB9 Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

	(ROTIEREN)	Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu	Weiß nicht / Keine Angabe
--	------------	-------------------------	----------------	----------------------	---------------------------	---------------------------

1	Da hohe öffentliche Schulden eine Last für die nachfolgenden Generationen darstellt, müssen diese schnell abgebaut werden	1	2	3	4	5
2	Bei einer internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise ist es zur Schaffung von Arbeitsplätzen erforderlich, das öffentliche Defizit zu erhöhen	1	2	3	4	5

NEW

ASK QB10 ONLY IN EU27 - OTHERS GO TO QC1

--

QB10	Certain measures aimed at combating the current financial and economic crisis are currently being discussed within the European institutions. For each of these measures, could you tell me whether you think it would be effective or not to combat the current crisis? (M)
------	--

(SHOW CARD WITH SCALE - ONE ANSWER PER LINE)

	(READ OUT - ROTATE)	Very effective	Fairly effective	Not very effective	Not at all effective	DK
--	---------------------	----------------	------------------	--------------------	----------------------	----

1	A more important role for the EU at an international level in regulating financial services	1	2	3	4	5
2	The surveillance and supervision by the EU of the activities of the most important international financial groups	1	2	3	4	5
3	A stronger coordination of economic and financial policies among all the EU Member States (M)	1	2	3	4	5
4	A supervision by the EU whenever public money is used to rescue a financial institution	1	2	3	4	5
5	A stronger coordination of economic and financial policies among the countries of the euro area (N)	1	2	3	4	5

EB72.4 QC6 TREND MODIFIED

QB10 NUR IN EU27 FRAGEN - SONST WEITER MIT QC1

--

QB10	Innerhalb der europäischen Institutionen werden derzeit bestimmte Maßnahmen zur Bekämpfung der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise diskutiert. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Maßnahmen, inwieweit Sie sie zur Bekämpfung der derzeitigen Krise für wirksam halten oder nicht.
------	---

--

	(ROTIEREN)	sehr wirksam	ziemlich wirksam	Nicht sehr wirksam	überhaupt nicht wirksam	WN
--	------------	--------------	------------------	--------------------	-------------------------	----

1	Dass die Europäische Union bei der Regulierung von Finanzdienstleistungen auf internationaler Ebene eine wichtigere Rolle spielt.	1	2	3	4	5
2	Dass die Europäische Union die Aktivitäten der wichtigsten weltweiten Finanzkonzerne überwacht und kontrolliert.	1	2	3	4	5
3	Dass die Mitgliedstaaten der EU ihre jeweilige Wirtschafts- und Finanzpolitik stärker aufeinander abstimmen.	1	2	3	4	5
4	Dass die Europäische Union jeden Vorgang kontrolliert, bei dem öffentliche Gelder zur Rettung eines Finanzinstituts eingesetzt werden.	1	2	3	4	5
5	Dass die Länder der Eurozone ihre jeweilige Wirtschafts- und Finanzpolitik stärker aufeinander abstimmen	1	2	3	4	5

EB72.4 QC6 TREND MODIFIED

C. EUROPE 2020

ASK QC1 AND QC2 ONLY IN EU27 - OTHERS GO TO QD1

QC1	For each of the following initiatives, please tell me how important or not you think they are in order for the European Union to exit the present financial and economic crisis and prepare for the next decade. Please use a scale from 1 to 10, where '1' means that you think this initiative is "not at all important" and '10' means that it is "very important".
-----	--

(SHOW CARD WITH SCALE – ONE ANSWER PER LINE)

	(READ OUT)	1 Not at all impo rant	2	3	4	5	6	7	8	9	10 Very impo rant	DK
--	------------	------------------------------------	---	---	---	---	---	---	---	---	----------------------------	----

1	To increase the support for research and development policies and turn inventions into products	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
2	To enhance the quality and appeal of EU's higher education system	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
3	To develop the e-economy by strengthening ultra fast Internet within the EU	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11

C. EUROPA 2020

QC1 UND QC2 NUR IN EU27 FRAGEN - SONST WEITER MIT QD1

QC1	Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Initiativen, für wie wichtig oder unwichtig Sie diese halten, damit die Europäische Union aus der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise herauskommt und für das nächste Jahrzehnt gerüstet ist. Nutzen Sie dafür bitte eine Skala von 1 bis 10, wobei '1' bedeutet, dass Sie diese Initiative für "überhaupt nicht wichtig" halten und '10', dass diese Ihrer Meinung nach "sehr wichtig" ist.
-----	--

		1 Über haupt nicht wicht ig	2	3	4	5	6	7	8	9	10 Sehr wicht ig	WN
--	--	--	---	---	---	---	---	---	---	---	---------------------------	----

1	Verstärkte Förderung von Maßnahmen im Bereich Forschung und Entwicklung und Umsetzung von Erfindungen in Produkte	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
2	Erhöhung der Qualität und Attraktivität des höheren Bildungswesens in der EU	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
3	Weiterentwicklung der Internet- und IT-Wirtschaft durch Ausbau extrem schneller Internetverbindungen innerhalb der EU	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11

4	To support an economy that uses less natural resources and emits less greenhouse gas	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
5	To help the EU's industrial base to be more competitive by promoting entrepreneurship and developing new skills	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
6	To modernise labour markets, with a view to raising employment levels	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
7	To help the poor and socially excluded and enable them to play an active part in society	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11

NEW

4	Unterstützung einer Wirtschaft, die weniger natürliche Ressourcen verbraucht und weniger Treibhausgase ausstößt	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
5	Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der industriellen Basis der EU durch Förderung von Unternehmertum und der Entwicklung neuer Fähigkeiten	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
6	Modernisierung des Arbeitsmarktes, mit dem Ziel, das Beschäftigungsniveau zu erhöhen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
7	Unterstützung von Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, und ihnen die Möglichkeit geben, aktiv an der Gesellschaft teilzuhaben	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11

NEW

QC2	Thinking about each of the following objectives to be reached by 2020 in the European Union, would you say that it is too ambitious, about right or too modest?

(SHOW CARD WITH SCALE – ONE ANSWER PER LINE)

	(READ OUT)	Too ambitious	About right	Too modest	DK
1	Three quarters of men and women aged between 20 and 64 years of age should have a job	1	2	3	4
2	The share of funds invested in research and development should reach 3% of the wealth produced in the EU each year	1	2	3	4
3	To reduce EU greenhouse gas emissions by at least 20% by 2020 compared to 1990	1	2	3	4
4	To increase the share of renewable energy in the EU by 20% by 2020	1	2	3	4
5	To increase the energy efficiency in the EU by 20% by 2020	1	2	3	4
6	Young people leaving school before getting a diploma should not be higher than 10% of pupils	1	2	3	4
7	At least 40% of the younger generation should have a degree or a diploma	1	2	3	4
8	The number of Europeans facing poverty should be reduced by a quarter by 2020	1	2	3	4

NEW

QC2	Bitte sagen Sie mir für jedes der nachfolgend genannten Ziele, die bis zum Jahr 2020 in der Europäischen Union erreicht werden sollen, ob es Ihrer Meinung nach zu ehrgeizig, ungefähr angemessen oder zu bescheiden ist.

		Zu ehrgeizig	Ungefähr angemessen	Zu bescheiden	WN
1	Drei Viertel aller Männer und Frauen zwischen 20 und 64 Jahren sollten einen Job haben	1	2	3	4
2	Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sollten jährlich 3% des in der EU erwirtschafteten Vermögens betragen	1	2	3	4
3	Die Verringerung des Ausstoßes von Treibhausgasen in der EU um mindestens 20%-Punkte bis 2020 gegenüber dem Stand von 1990	1	2	3	4
4	Die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien in der EU um 20%-Punkte bis 2020	1	2	3	4
5	Die Erhöhung der Energieeffizienz in der EU um 20%-Punkte bis 2020	1	2	3	4
6	Der Anteil junger Leute, die die Schule ohne Abschluss verlassen, sollte nicht mehr als 10% der Schüler betragen	1	2	3	4
7	Mindestens 40% der jüngeren Generation sollten ein Diplom oder einen Hochschulabschluss haben	1	2	3	4
8	Die Zahl der Europäer, die von Armut betroffen sind, sollte bis 2020 um ein Viertel gesenkt werden	1	2	3	4

NEW

D) GLOBALISATION

ASK ALL

QD1 For each of the following statements, please tell me whether you totally agree, tend to agree, tend to disagree or totally disagree.

(SHOW CARD WITH SCALE – ONE ANSWER PER LINE)

	(READ OUT - ROTATE)	Totally agree	Tend to agree	Tend to disagree	Totally disagree	DK
--	---------------------	---------------	---------------	------------------	------------------	----

1	Globalisation is an opportunity for economic growth	1	2	3	4	5
2	Globalisation increases social inequalities	1	2	3	4	5
3	Globalisation requires common global rules ("worldwide governance")	1	2	3	4	5
4	The EU and the USA have the same interests when dealing with globalisation	1	2	3	4	5
5	Globalisation protects us from price increases	1	2	3	4	5
6	Globalisation is profitable only for large companies, not for citizens	1	2	3	4	5
7	(NOT IN CY(tcc)) Globalisation means more foreign investments in (OUR COUNTRY)	1	2	3	4	5

D) GLOBALISIERUNG

An alle

QD1 Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

	ROTIEREN	Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu	WN
--	----------	-------------------------	----------------	----------------------	---------------------------	----

1	Globalisierung ist eine Chance für das Wirtschaftswachstum	1	2	3	4	5
2	Globalisierung verschärft soziale Ungleichheiten	1	2	3	4	5
3	Globalisierung erfordert weltweit gültige Regeln ("globales Regieren")	1	2	3	4	5
4	Die Europäische Union und die USA haben dieselben Interessen, wenn es um den Umgang mit der Globalisierung geht	1	2	3	4	5
5	Globalisierung schützt uns vor Preiserhöhungen	1	2	3	4	5
6	Globalisierung lohnt sich nur für große Unternehmen, nicht für die Bürger	1	2	3	4	5
7	Globalisierung führt zu mehr ausländischen Investitionen in (UNSEREM LAND)	1	2	3	4	5

8	(ONLY IN CY(tcc)) Globalisation means more foreign investments in our Community	1	2	3	4	5
9	Globalisation helps the development of poorer countries	1	2	3	4	5
10	The EU has sufficient power and tools to defend its economic interests in the global economy (N)	1	2	3	4	5
11	(ONLY TO SPLIT A) The EU helps to protect European citizens from the negative effects of globalisation	1	2	3	4	5
12	(ONLY TO SPLIT B) The EU enables European citizens to better benefit from the positive effects of globalisation	1	2	3	4	5
13	The EU and China have the same interests when dealing with globalisation (N)	1	2	3	4	5

EB72.4 QB3 TREND MODIFIED

8	Globalisierung führt zu mehr ausländischen Investitionen in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft	1	2	3	4	5
9	Globalisierung trägt zur Entwicklung ärmerer Länder bei	1	2	3	4	5
10	Die EU verfügt über ausreichend Macht und Mittel zur Verteidigung ihrer wirtschaftlichen Interessen in der globalen Wirtschaft	1	2	3	4	5
11	(NUR AN SPLIT A) Die EU hilft, die europäischen Bürger vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung zu schützen	1	2	3	4	5
12	(NUR AN SPLIT B) Die EU ermöglicht es den europäischen Bürgern, stärker von den positiven Auswirkungen der Globalisierung zu profitieren	1	2	3	4	5
13	Die EU und China haben dieselben Interessen, wenn es um den Umgang mit der Globalisierung geht	1	2	3	4	5

EB72.4 QB3 TREND MODIFIED

E) CITIZENSHIP

1. EUROPEAN CITIZENSHIP

ASK QE1 TO QE5 ONLY IN EU27 - CY(tcc) GO TO QE6b - OTHERS GO TO QE6a

QE1 In the near future, do you see yourself as...?

(SHOW CARD - READ OUT - ONE ANSWER ONLY)

(NATIONALITY) only	1
(NATIONALITY) and European	2
European and (NATIONALITY)	3
European only	4
None (SPONTANEOUS) (N)	5
Refusal (SPONTANEOUS) (N)	6
DK	7

EB67.1 QA15 TREND MODIFIED

QE2 For each of the following statements, please tell me to what extent it corresponds or not to your own opinion.

(SHOW CARD WITH SCALE – ONE ANSWER PER LINE)

	(READ OUT)	Yes, definitely	Yes, to some extent	No, not really	No, definitely not	DK
1	You feel you are a citizen of the EU	1	2	3	4	5
2	You know what your rights are as a citizen of the EU	1	2	3	4	5
3	You would like to know more about your rights as a citizen of the EU	1	2	3	4	5

NEW (BASED ON EB71.3 QK7)

E) STAATSBÜRGERSCHAFT

1. EUROPÄISCHE STAATSBÜRGERSCHAFT

QE1 BIS QE5 NUR IN EU27 FRAGEN - CY(tcc) WEITER MIT QE6b - SONST WEITER MIT QE6a

QE1 In der nahen Zukunft, sehen Sie sich da -

nur als (NATIONALITÄT)	1
als (NATIONALITÄT) und Europäer/in,	2
als Europäer/in und (NATIONALITÄT)	3
nur als Europäer/in	4
Spontan: Sonstiges	5
Spontan: Verweigert	6
WN	7

EB67.1 QA15 TREND MODIFIED

QE2 Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Aussagen, inwieweit diese Ihrer eigenen Meinung entspricht oder nicht entspricht.

		Ja, voll und ganz	Ja, teilweise	Nein, eher nicht	Nein, überhaupt nicht	WN
1	Sie fühlen Sich als Bürger der EU	1	2	3	4	5
2	Sie kennen Ihre Rechte als Bürger der EU	1	2	3	4	5
3	Sie würden gerne mehr über Ihre Rechte als Bürger der EU wissen	1	2	3	4	5

NEW (BASED ON EB71.3 QK7)

QE3	Which of the following elements would best strengthen your feeling about being a European citizen?

(SHOW CARD – READ OUT – ROTATE – MAX. 4 ANSWERS)

Being able to vote in all elections organised in the Member State where you live even if you are not a citizen of this Member State	1,
A European social welfare system harmonised between the Member States (health, pensions, etc.)	2,
A President of the EU directly elected by the citizens of all Member States	3,
EU embassies in non EU countries	4,
European emergency response service to fight international natural disasters	5,
A European civic education course for children of primary school age	6,
Being able to use your mobile phone in all EU countries at the same price	7,
Being able to shop online from all EU countries at the same price and with the same consumer protection legislation	8,
Seeing a European researcher winning a Nobel prize	9,
Seeing the President of the European Commission on TV delivering a "general policy speech " in front of the European Parliament	10,
A European Parliament that had the right to decide on taxes raised in the European Union	11,
Being able to move to any EU country after your retirement and to take your pension with you	12,
A European ID card in addition to national ID cards	13,
A European army	14,
Other (SPONTANEOUS)	15,
You do not want to be a European citizen/ You do not feel that you're a European citizen (SPONTANEOUS)	16,
None (SPONTANEOUS) (M)	17,
DK	18,

NEW BASED ON EB70.1 QD20

QE3	Was auf dieser Liste würde am besten Ihr Gefühl stärken, ein europäischer Bürger zu sein?

ROTIEREN - MAX. 4 NENNUNGEN

Die Möglichkeit, in dem Mitgliedstaat, in dem Sie leben, an allen Wahlen teilnehmen zu können, selbst dann, wenn Sie kein Staatsangehöriger dieses Mitgliedstaates sind	1,
Ein europäisches Sozialsystem, das zwischen den Mitgliedstaaten vereinheitlicht ist (Gesundheitswesen, Renten etc.)	2,
Ein Präsident der EU, der direkt von den Bürgern aller Mitgliedstaaten gewählt wird	3,
EU-Botschaften in Ländern, die nicht zur EU gehören	4,
Ein europäischer Notfalldienst zur Bekämpfung internationaler Naturkatastrophen	5,
Ein europäischer Kurs in Staatskunde für Kinder im Grundschulalter	6,
Die Möglichkeit, mit Ihrem Mobiltelefon in allen Ländern der EU zum gleichen Tarif zu telefonieren	7,
Die Möglichkeit, in allen Ländern der EU Online-Einkäufe zum gleichen Preis und mit den gleichen Verbraucherschutzrechten zu erledigen	8,
Zu sehen, dass ein europäischer Forscher einen Nobelpreis gewinnt	9,
Wenn Sie im Fernsehen sehen, dass der Präsident der Europäischen Kommission vor dem Europäischen Parlament eine Rede zu allgemeinen politischen Angelegenheiten hält	10,
Ein Europäisches Parlament, das befugt ist, über Steuern zu entscheiden, die in der Europäischen Union erhoben werden	11,
Die Möglichkeit, nach Ihrem Eintritt in den Ruhestand in jedes andere Land der EU zu ziehen und dort Ihre Rente zu beziehen	12,
Ein europäischer Personalausweis zusätzlich zu dem nationalen Personalausweis	13,
Eine europäische Armee	14,
Spontan: Sonstiges	15,
Spontan: Sie wollen kein europäischer Bürger sein / Sie fühlen sich nicht als europäischer Bürger	16,
Spontan: nichts davon	17,
WN	18,

NEW BASED ON EB70.1 QD20

QE4

In the last 12 months have you...?

(ONE ANSWER PER LINE)

	(READ OUT)	Yes, on several occasions	Yes, once or twice	No	DK
--	------------	---------------------------------	-----------------------	----	----

1	Visited another EU country	1	2	3	4
2	Read a book, newspaper or magazine in a language other than your mother tongue	1	2	3	4
3	Socialised with people from another EU country	1	2	3	4
4	Watched TV programs in a language other than your mother tongue (N)	1	2	3	4
5	Used Internet in order to purchase a product or a service from another EU country (N)	1	2	3	4

EB65.1 QA5 TREND MODIFIED

QE4

Haben Sie in den letzten 12 Monaten -

		Ja, mehrmals	Ja, ein- oder zweimal	Nein	WN
--	--	-----------------	-----------------------------	------	----

1	Ein anderes EU-Land besucht?	1	2	3	4
2	Ein Buch, eine Zeitung oder ein Magazin in einer anderen als Ihrer Muttersprache gelesen?	1	2	3	4
3	Kontakt zu Menschen aus einem anderen EU-Land gehabt?	1	2	3	4
4	Fernsehsendungen in einer anderen als Ihrer Muttersprache geschaut	1	2	3	4
5	Das Internet genutzt, um eine Ware oder eine Dienstleistung aus einem anderen EU-Land zu bestellen oder zu erwerben	1	2	3	4

EB65.1 QA5 TREND MODIFIED

2. EUROPEAN UNION ACHIEVEMENTS FOR CITIZENS

--

QE5 For each of the following achievements of the European Union, could you tell me whether you have benefited from it or not.

(ONE ANSWER PER LINE)

	(READ OUT)	Has benefited (M)	Has not benefited (M)	DK
--	------------	-------------------	-----------------------	----

1	No\ less border controls when travelling abroad (M)	1	2	3
2	Improved consumers rights when buying products or services in another EU country (N)	1	2	3
3	Less expensive communication costs when using a mobile phone in another EU country (N)	1	2	3
4	Receiving medical assistance in another EU country (N)	1	2	3
5	Strengthened rights of air transport passengers in the EU (N)	1	2	3

EB66.1 QA42 TREND MODIFIED

2. ERRUNGENSCHAFTEN DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR DIE BÜRGER

--

QE5 Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Errungenschaften der EU, ob Sie persönlich davon profitiert haben oder nicht.

		Hat profitiert	Hat nicht profitiert	WN
--	--	----------------	----------------------	----

1	Keine oder weniger Grenzkontrollen bei Reisen ins Ausland	1	2	3
2	Stärkung der Verbraucherrechte beim Kauf von Waren oder Dienstleistungen in einem anderen EU-Land	1	2	3
3	Geringere Kosten bei der Benutzung eines Mobiltelefons in einem anderen EU-Land	1	2	3
4	Erhalt medizinischer Leistungen in einem anderen EU-Land	1	2	3
5	Stärkung der Rechte von Flugreisenden in der EU	1	2	3

EB66.1 QA42 TREND MODIFIED

3. REPRESENTATION AND DEMOCRACY

ASK QE6a TO ALL EXCEPT IN CY(tcc) - CY(tcc) GO TO QE6b

QE6a	Please tell me for each statement, whether you tend to agree or tend to disagree.
------	---

	(READ OUT)	Tend to agree	Tend to disagree	DK
--	------------	---------------	------------------	----

1	(ONLY IN EU27) I feel I am safer because (OUR COUNTRY) is a member of the EU	1	2	3
2	My voice counts in the EU	1	2	3
3	My voice counts in (OUR COUNTRY)	1	2	3
4	(OUR COUNTRY)'s voice counts in the EU	1	2	3

EB71.3 QA12a (items 2, 3, 4) + EB69.2 QA15a (item 1) TREND MODIFIED

ASK QE6b ONLY IN CY(tcc) - EU27 GO TO QE7 - OTHERS GO TO QE8

QE6b	Please tell me for each statement, whether you tend to agree or tend to disagree.
------	---

	(READ OUT)	Tend to agree	Tend to disagree	DK
--	------------	---------------	------------------	----

1	My voice counts in the EU	1	2	3
2	My voice counts in our Community	1	2	3
3	Our Community's voice counts in the EU	1	2	3

EB71.3 QA12b TREND MODIFIED

3. REPRÄSENTATION UND DEMOKRATIE

QE6a IN ALLEN LÄNDERN AUSSER CY(tcc) ABFRAGEN - CY(tcc) WEITER MIT QE6b

QE6a	Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie ihr eher zustimmen oder sie eher ablehnen.
------	--

		Stimme eher zu	Lehne eher ab	WN
--	--	----------------	---------------	----

1	Ich fühle mich sicherer, weil (UNSER LAND) ein Mitglied der EU ist.	1	2	3
2	Meine Stimme zählt in der EU.	1	2	3
3	Meine Stimme zählt in (UNSEREM LAND)	1	2	3
4	Die Stimme (UNSERES LANDES) zählt in der EU	1	2	3

EB71.3 QA12a (items 2, 3, 4) + EB69.2 QA15a (item 1) TREND MODIFIED

QE6b NUR IN CY(tcc) FRAGEN - EU27 WEITER MIT QE7 - ANDERE WEITER MIT QE8

QE6b	Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie ihr eher zustimmen oder sie eher ablehnen.
------	--

		Stimme eher zu	Lehne eher ab	WN
--	--	----------------	---------------	----

1	Meine Stimme zählt in der EU	1	2	3
2	Meine Stimme zählt in unserer Gemeinschaft	1	2	3
3	Die Stimme unserer Gemeinschaft zählt in der EU	1	2	3

EB71.3 QA12b TREND MODIFIED

ASK QE7 ONLY IN EU27 - OTHERS GO TO QE8

--

QE7	Representatives of the different levels of public authorities, European level, national level and regional or local level, are all present in the European institutions. From the following list of political representatives, which ones are best placed...?
-----	---

(SHOW CARD WITH SCALE - ONE ANSWER PER LINE)

	(READ OUT – ROTATE)	Your MEP s (Me mbe rs of the Euro pean Parli ame nt)	Your (NA TIO NALI TY) politi cal repre sentat ives	Your regio nal or local politi cal repre sentat ives	Non e of them (SP ONT ANE OUS)	All toget her (SP ONT ANE OUS)	DK

1	To defend your personal interests at a European level	1	2	3	4	5	6
2	To explain you how European policies influence your day-to-day life (M)	1	2	3	4	5	6
3	To explain you what the EU is doing for European citizens (N)	1	2	3	4	5	6

EB70.1 QH3 TREND MODIFIED

QE7 NUR IN EU27 FRAGEN - SONST WEITER MIT QE8

--

QE7	Vertreter der verschiedenen Ebenen öffentlicher Behörden (europäische Ebene, nationale Ebene und regionale oder lokale Ebene) sind in den europäischen Institutionen vertreten. Welcher politische Vertreter auf der folgenden Liste ist am besten geeignet ...?
-----	--

--

	(ROTIEREN)	Ihr MEP (Abg eord nete r im Euro päis chen Parl ame nt)	Ihre (NA TIO NAL EN) politi sche n Ver treter	Ihre regio nale n oder lokal en politi sche n Ver treter	Spo ntan: Kein er davo n	Spo ntan: Alle zusa mmen	WN

1	Ihre persönlichen Interessen auf europäischer Ebene zu verteidigen	1	2	3	4	5	6
2	zu erklären, wie die europäische Politik Ihr tägliches Leben beeinflusst	1	2	3	4	5	6
3	zu erklären, was die EU für die europäischen Bürger tut	1	2	3	4	5	6

EB70.1 QH3 TREND MODIFIED

4. PARTICIPATION OF CITIZENS IN SOCIETY

ASK ALL

QE8 Which two of the following do you think are the best ways of ensuring one's voice is heard by decision-makers?

(SHOW CARD – READ OUT – ROTATE – MAX. 2 ANSWERS)

Voting in elections	1,
Joining a political party	2,
Joining a demonstration	3,
Signing a petition	4,
Going on strike	5,
Joining a trade union	6,
Being a member of a consumer association	7,
Being a member or supporter of an NGO (non-governmental organisation)	8,
Participate in debates using the Internet	9,
Other (SPONTANEOUS)	10,
DK	11,

EB65.1 QA21

4. TEILHABE DER BÜRGER AN DER GESELLSCHAFT

An alle

QE8 Welche beiden der folgenden Dinge sind Ihrer Meinung nach am besten geeignet, um sicherzustellen, dass die eigene Stimme von den Entscheidungsträgern gehört wird?

(ROTIEREN! MAX. 2 NENNUNGEN)

Sich an Wahlen beteiligen	1,
Einer politischen Partei beitreten	2,
An einer Demonstration teilnehmen	3,
Eine Petition unterschreiben	4,
In Streik treten	5,
Einer Gewerkschaft beitreten	6,
Mitglied eines Verbraucherverbandes sein	7,
Mitglied oder Unterstützer einer Nichtregierungsorganisation sein	8,
An Debatten im Internet teilnehmen	9,
Spontan: Sonstiges	10,
WN	11,

EB65.1 QA21

ASK QE9 AND QE10 ONLY IN EU27 - OTHERS GO TO QE11

The Lisbon Treaty came into force in December 2009. It has introduced the "European Citizens' Initiative". The initiative enables one million European Union citizens to call on the European Commission to bring forward an initiative of interest to them in an area of EU competence.

QE9 How likely or not do you think you would make use of this European Citizens' initiative?

(READ OUT – ONE ANSWER ONLY)

Very likely	1
Fairly likely	2
Not very likely	3
Not at all likely	4
DK	5

NEW

QE9 UND QE10 NUR IN EU27 FRAGEN - SONST WEITER MIT QE11

Der Vertrag von Lissabon ist im Dezember 2009 in Kraft getreten. Dieser Vertrag hat die "europäische Bürgerinitiative" ins Leben gerufen. Mit dieser Initiative haben die Bürger die Möglichkeit, die Europäische Kommission zur Vorlage eines Vorschlags in einem Bereich aufzufordern, für den die EU zuständig ist, sofern dies von mindestens einer Million Bürgern unterstützt wird.

QE9 Wie wahrscheinlich ist es Ihrer Meinung nach, dass Sie die Europäische Bürgerinitiative in Anspruch nehmen würden?

Sehr wahrscheinlich	1
Ziemlich wahrscheinlich	2
Nicht sehr wahrscheinlich	3
Überhaupt nicht wahrscheinlich	4
WN	5

NEW

QE10	And whether or not you think you might make use of it or not, if you were to do so, in which of the following fields would you be most likely to use the European Citizens' initiative?

(SHOW CARD – READ OUT – ROTATE – MAX. 4 ANSWERS)

Employment	1,
Environment	2,
Pensions	3,
Education	4,
Sport	5,
Enlargement of the EU	6,
Taxation	7,
Mobility of EU's citizens	8,
Common foreign and security policy	9,
Agriculture	10,
Immigration	11,
Energy	12,
Crime	13,
Terrorism	14,
Consumer protection	15,
Problems with your national government	16,
Fundamental rights of EU's citizens	17,
Other (SPONTANEOUS)	18,
DK	19,

NEW BASED ON EB62.1 QA7

QE10	Einmal unabhängig davon, ob Sie glauben, dass Sie die Europäische Bürgerinitiative tatsächlich in Anspruch nehmen würden oder nicht: In welchem der folgenden Bereiche würden Sie die Europäische Bürgerinitiative am ehesten in Anspruch nehmen?

(ROTIEREN - MAX. 5 NENNUNGEN)

Arbeitsmarkt und Beschäftigung	1,
Umweltschutz	2,
Alterssicherung/Renten	3,
Bildung	4,
Sport	5,
Erweiterung der EU	6,
Steuerfragen	7,
Mobilität von EU-Bürgern	8,
Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	9,
Landwirtschaft	10,
Einwanderung	11,
Energie	12,
Kriminalität	13,
Terrorismus	14,
Verbraucherschutz	15,
Probleme mit Ihrer nationalen Regierung	16,
Grundrechte der EU-Bürger	17,
Spontan: Sonstiges	18,
WN	19,

NEW BASED ON EB62.1 QA7

5. VOLUNTEERING

ASK ALL

QE11 Do you currently participate actively in or do voluntary work for one or more of the following organisations?

(SHOW CARD - READ OUT - MULTIPLE ANSWERS POSSIBLE)

A sports club or club for outdoor activities (recreation organisation)	1,
Education, arts, music or cultural association	2,
A trade union	3,
A business or professional organisation	4,
A consumer organisation	5,
An international organisation such as development aid organisation or human rights organisation	6,
An organisation for environmental protection, animal rights, etc.	7,
A charity organisation or social aid organisation	8,
A leisure association for the elderly	9,
An organisation for the defence of elderly rights	10,
Religious or church organisation	11,
Political party or organisation	12,
Organisation defending the interest of patients and/or disabled	13,
Other interest groups for specific causes such as women, people with specific sexual orientation, local issues, etc.	14,
None (SPONTANEOUS)	15,
DK	16,

EB66.3 QA19

5. EHRENAMT

An alle

QE11 Sind Sie derzeit als aktives Mitglied oder ehrenamtlich für eine oder mehrere der folgenden Organisationen tätig?

(MEHRFACHNENNUNGEN MÖGLICH)

Sportverein oder Freizeitverein	1,
Musik- oder Gesangsverein, Kulturverein, Verein im Bereich der Erziehung	2,
Eine Gewerkschaft	3,
Berufsverband, Berufsorganisation	4,
Verbraucherverband	5,
Internationale Organisation z.B. im Bereich der Entwicklungshilfe oder Menschenrechte	6,
Umweltschutzorganisation, Tierschutzverein usw.	7,
Wohlfahrtsverband, Sozialverband, Hilfswerk (Rotes Kreuz usw.)	8,
Freizeitorganisation für Ältere	9,
Organisation zur Verteidigung der Rechte älterer Menschen	10,
Religiöser Verein oder Kirchenverband	11,
Politische Partei oder Organisation	12,
Organisation zur Verteidigung der Rechte von Patienten oder Behinderten	13,
Andere Interessengruppen, wie z.B. Frauenverbände, Schwulen-/Lesbengruppen, Bürgerinitiativen usw.	14,
Spontan: nichts davon	15,
WN	16,

EB66.3 QA19

QE12	In which of the following fields do you consider volunteering to play an important role?

(SHOW CARD – READ OUT – ROTATE – MAX. 3 ANSWERS)

Democratic life	1,
Intercultural and interreligious dialogue	2,
Intergenerational dialogue	3,
Active ageing	4,
Solidarity and humanitarian aid	5,
Social inclusion of disadvantaged citizens	6,
Construction of European identity	7,
Employment	8,
Education and training	9,
Protection of human rights	10,
Environment	11,
Health care	12,
Consumer protection	13,
Sport	14,
Culture	15,
Other (SPONTANEOUS)	16,
None (SPONTANEOUS)	17,
DK	18,

NEW

QE12	In welchen der folgenden Bereiche spielt Ihrer Meinung nach ehrenamtliche Arbeit eine wichtige Rolle?

(ROTIEREN - MAX. 3 NENNUNGEN)

Demokratisches Leben	1,
Interkultureller und interreligiöser Dialog	2,
Dialog zwischen den Generationen	3,
Aktives Altern	4,
Solidarität und humanitäre Hilfe	5,
Soziale Integration benachteiligter Bürger	6,
Schaffung einer europäischen Identität	7,
Arbeitsmarkt und Beschäftigung	8,
Bildung und Ausbildung	9,
Schutz der Menschenrechte	10,
Umweltschutz	11,
Gesundheitswesen	12,
Verbraucherschutz	13,
Sport	14,
Kultur	15,
Spontan: Sonstiges	16,
Spontan: nichts davon	17,
WN	18,

NEW